VffG, Jahrgang 2, Nr. 2, Juni 1998, 82 Seiten
Appell an unsere Unterstützer · Kurzwellen-Entlausungsanlagen in Auschwitz · Die ›Gaskammern‹ von Majdanek · »*Ein Kommentar ist an dieser Stelle überflüssig*« · Auschwitz: Krema-Zerstörung als Propaganda-Bremse · Das Detail · Die »*Gaskammer*« von Auschwitz I · Wiedergutmachung: Korrektur eines Fehlurteils · Der Mythos von der Vernichtung Homosexueller im Dritten Reich · Guido Knopp: Meister der Gehirnwäsche · Deutschland und seine Neurosen · Zweifeln verboten, fragen verboten, zitieren verboten!



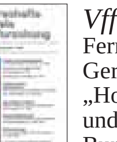
VffG, Jahrgang 2, Nr. 3, September 1998, 82 Seiten
Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben · »*Schlüsseldokument*« ist Fälschung · Dokumentation eines Massenmordes · Verdrängte Schiffskatastrophen · Vatikan und »*Holocaust*«: »*Komplizenschaft*« zurückgewiesen · R. Graham und Revisionismus · Lügen über Waffen-SS-Division · Auschwitz Sterbebücher · Auschwitz-Überleben · Kriegsgerüchte · »*Vor dem Lesen vernichten!*« · Falsche Erinnerungen überall – nur nicht in der Zeitgeschichte · J. W. Goethe knapp BRD-Zensur entgangen · Ein Schritt zurück in polizeistaatliche Intoleranz.

VffG, Jahrgang 2, Nr. 4, Dezember 1998, 82 Seiten
Zensoren und Zensierte · Cremonini-Preis 1999 · »*Gasdichte*« Türen in Auschwitz · Kurzwellen-Entlausungsanlage, Teil 2 · Redefreiheit, dissidente Historiker und Revisionisten, Teil 1 · Aus Kriegspropaganda werden historische »*Tatsachen*« · 1944: Schreckensjahr im Kaukasus · »*Holocaust in neuem Licht*« – Hintergrundinformationen · Repression gegen Dissidenten in Schweiz · Eine Zensur findet nicht statt, es sei denn... · Liste eingezogener Schriften · Dänisches Zeugen-Potpourri.



VffG, Jahrgang 3, Nr. 1, März 1999, 120 Seiten
Deutschlands Historiker anno 1999 · Eine Fallstudie früher integrierter Kriegführung · Redefreiheit…, Teil 2 · Rückblick auf den Revisionismus · Wie die Siegerpropaganda aus Bäckereien »*Krematorien*« schuf · »*Zur Bestreitung des Holocaust – Fakten und Motive*« · Geschichte und Pseudogeschichte · Die 1998'er Konferenz in Adelaide, Australien · Das Rudolf Gutachten in der Kritik, Teil 2 · Pyrrhussieg in der Schweiz für die jüdische Gedankenpolizei · Die Wilkomirski-Pleite · Fragen an die UNESCO zum Thema Auschwitz.

VffG, Jahrgang 3, Nr. 2, Juni 1999, 120 Seiten
Große Zeiten erfordern große Maßnahmen · Kriegsgründe: Kosovo 1999 – Westpreußen 1939 · Partisanenkrieg und Repressaltötungen · Der Erste Holocaust anno 1914-1927 · Polnische Bevölkerungsverluste während des Zweiten Weltkrieges · Der Lebensweg eines tschechischen »*Partisanen*« · Geschichte und Pseudogeschichte, Teil 2 · Versuche der Widerlegung revisionistischer Thesen · Woher stammt eigentlich der David-Stern? · Gewißheit um Werner Heisenberg · Irrtümer, Lügen und Unsinn über Wagner · Über den Abfall eines jüdischen Revisionisten · Redefreiheit…, Teil 3 · Zensur und Willkür ohne Ende · Kristallnacht in Barcelona, u.v.a.m.



VffG, Jahrgang 3, Nr. 3, September 1999, 120 Seiten
Vom Sinn dieser Zeitschrift · Das KL Stutthof · Der große Patentraub · Wlassow in neuem Licht · Die Wandlungen der Totenzahl von Auschwitz · Wieviele Tote gab es im KL Auschwitz? · Über das Schicksal der Juden Deutschlands 39-45 · Der unbekannte Hunger-Holocaust · Sowjetische Bildfälschungen · Gehirnwäsche: Britische Propaganda 39-45 · Aufstieg und Fall des Charles A. Lindbergh · Die Entrechtung der Sudetendeutschen durch die Beneš-Dekrete · Konrad Henlein und die sudetendeutsche Frage · Grenzen der Naturwissenschaft · Wahnwelten · Redefreiheit…, Teil 4 · Jürgen Graf: Urteil von Appelationsgericht bestätigt, u.v.a.m.

VffG, Jahrgang 3, Nr. 4, Dezember 1999, 120 Seiten
Fern-Akademie für freie Geschichtsforschung · Fremdarbeiter im Dritten Reich · Deutsche Zwangsarbeit und ihr Entschädigung · Verweigerte Gerechtigkeit · Ist Amerika seit 250.000 Jahren besiedelt? · Wer waren die Ureinwohner Amerikas? · Hintergrund und Perspektive in „Holocaust"-Kontroverse · Die Holocaust-Religion · 100 Mio. Kommunismus-Opfer: Warum? · Wie war das in Kulmhof/Chelmno? · Sinti und Roma · Peenemünde und Los Alamos · Entmachtung der deutschen Vertriebenen – letzter Akt · „Deutsche Geschichtsschreibung" · Bundesprüfstelle verweigert Political Correctness · Deutschsprachiges über Holocaust im Internet · Wissenschaft oder Ideologie?



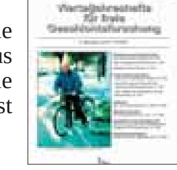
VffG, Jahrgang 4, Nr. 1, Juni 2000, 120 Seiten
Zensoren zensieren? · Pseudo-Experten · D. Irving ./. D. E. Lipstadt · Van Pelt auf den Zahn gefühlt · Aus dem Gerichtsprotokoll · Architektonische Stümpereien · Gutachter- und Urteilsschelte · »*Schlüsseldokument*« – alternative Interpretation · Vergasungslügen gegen Deutschland · Verfahrenstechniker zu Vergasungsbehauptungen · Treblinka archäologisch betrachtet · Großbritannien – Aggressorstaat Nr. 1 · Churchill plante 3. Weltkrieg gegen Stalin · Englands Kriegsgründe für WKII · Rätselhafter General Wlassow · Japan: einen Holocaust verschwindet · Einkreisung Deutschlands · Echte Geschichte · Freispruch für polnischen Historiker · Prozeß gegen Dr. Toben · Zweierlei Kronzeugen · u.a.m.

VffG, Jahrgang 4, Nr. 2, August 2000, 120 Seiten
Von der Angst · Holocaust-Orthodoxie · Gedenken an W. Pfeifenberger und R. Elstner · Deutschland – Sommer-Alptraum · Rebellion · Was geschah in Auschwitz mit unregistrierten Juden? · "Schon 1942 wußte man…" · Leichenkeller von Birkenau · E. Wiesel: Serienlügner · Üben bis zur Vergasung! · C. Lanzmann – ein Lügner! · Eine andere Gaskammer-Besichtigung · Juden unter NS-Herrschaft · Geheimnisvoller Tod Himmlers · WK II: Wessen Krieg war es? · Leistungen der Wehrmacht zur Flüchtlingsrettung · Galileo Galilei · Cremonini-Preis · Neue Weltreligion · Nazifizierung der Deutschen · Ideologische Versuchung · Unsere jüdischen Wurzeln? · u.a.m.



VffG, Jahrgang 4, Nr. 3&4 (Doppelnummer), Dezember 2000, 232 Seiten (als Einzelheft € 30,-)
Deutschland, ein Ganzjahres-Alptraum · War das 20. Jahrhundert ein „deutsches" Jahrhundert? · Revisionistische Wiedergeburt · Der Kongreß der Verfolgten · Historische Vergangenheit und politische Gegenwart · Was widerfuhr den ungarischen Juden? · Bombenschutzeinrichtungen in Birkenau: Eine Neubewertung · Berichte zum KL Auschwitz · Amtlich sanktionierter Betrug in Dachau · Der Giftmordfall Marie Besnard · „Swing tanzen verboten" · Das Ende von U 85 · Eine Armee von Nieten · Washington oder Wilson? · Entstehungsgeschichte des jüdischen Volkes · Wilhelm II. und T. Herzl · Sieg der verlorenen Revolution · Jagd auf G. Rudolf, Teil 1 · u.a.m.

VffG, Jahrgang 5, Nr. 1, Mai 2001, 120 Seiten
Revisionismus und Zionismus · Großbritannien, die Juden und Palästina · Englands Propagandanetz in den USA zwischen den Weltkriegen · US-Intrigen zur Ausweitung des 2. Weltkriegs · Roosevelt und der Fall Kent · Der totale Krieg · Pläne zur Ausrottung des deutschen Volkes · Gräberschändung auf bundesdeutsche Anordnung · Vergewaltigte E. Wiesel deutsche Mädels? · Der Holocaust begann 1648 · Die Shoah: Fiktives Abbild, bloßer Glaube? · *Esquire* berichtet über Revisionismus · Fälle von Bedrohung und Gewalt gegen Revisionisten · Jagd auf G. Rudolf, Teil 2 · »*Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens*« · Fälschungen zum Holocaust · Mythen und Legenden des Sklavenhandels.



VffG, Jahrgang 5, Nr. 2, Juli 2001, 120 Seiten
Von Beirut nach Amman · Beirut: Die unmögliche revisionistische Konferenz · Die Geschichte eines Forums, das nicht stattfinden sollte · Die Führer der islamischen Staaten sollten ihr Schweigen zum „Holocaust"-Betrug brechen · Auswirkung und Zukunft des Holocaust-Revisionismus · Zyklon B, Auschwitz und der Prozeß gegen Dr. Bruno Tesch · Neubewertung Churchills – Teil 1 · J. Goebbels und die „Kristallnacht" · Die Wiege der Zivilisation am falschen Ort? · Ein Volk gibt es unter uns… · Realität und Wirklichkeit · Der Angler, der Karpfen und der Revisionist · Jagd auf Germar Rudolf, Teil 3 · u.a.m.

VffG, Jahrgang 5, Nr. 3, September 2001, 120 Seiten
Großterrorismus und die Folgen · "den holocaust hat es nie gegeben" · Offener Briefes an arabische Intellektuelle · Arabischer Intellektueller gegen Zensur · N. Finkelstein über Juden, Antisemitismus und Israel · Revisionisten sind schwer zu widerlegen · Schwimmbad in Auschwitz · Kreuzigung von Frankreichs Retter · Finnischer Winterkrieg 1939 · Unternehmen Barbarossa und Europas Überleben · Die Ardennenschlacht · Neubewertung Churchills – Teil 2 · Britische Kriegsverbrechen · Die weißen "Mumien" von Ürümchi · Verwandte der Kelten in Westchina entdeckt · Lügen unserer Zeit · "Rede- und Pressefreiheit ist abgeschafft" · Der Fall Gamlich · Die Neuseeland-Saga · u.a.m.

€ 15,- pro Einzelheft bei Nachbestellung (€ 13,75 im Normalabo); Sammelbände (Leinen) Jahrgänge 1997 & 1998: € 60,- ; Jahrgänge 1999 & 2000: € 70,-; Preise zuzüglich € 1,- Porto & Verpackung für jede angefangene € 12,50 in Europa. Bitte richten Sie Ihre Bestellung an: Castle Hill Publishers, PO Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung, 5. Jahrgang, Heft 4, Dezember 2001

Castle Hill Publishers

ISSN: 1370-7507

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

5. Jahrgang • Heft 4 • Dezember 2001



Französisches Propagandaplakat aus dem Ersten Weltkrieg

Revisionismus:
Verfassungsschutz „klärt auf", S. 364

Atlantis-Rätsel:
Forschung & Ausgrenzung von Jürgen Spanuth, S. 374

Menschenhaut:
Der Mythos von Gebrauchsobjekten aus Menschenhaut, S. 397

Eine Revision zur Französischen Revolution, S. 401

Erster Weltkrieg:
Wendepunkt der US-Politik, S. 406

Unterdrückung Lettlands:
von 1918 bis 1991, S. 420

US-Nazijäger:
OSI und Holocaust-Mythos, S. 428

Rote Armee:
Stalins Säuberung 1937, S. 431

Reichsflugscheiben:
Wahn oder Realität?, S. 459



PO Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien

Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung

Herausgeber, Verlag und Vertrieb: Castle Hill Publishers, PO Box 118, Hastings TN34 3ZQ, Großbritannien
Gegründet: im Sommer 1996, Erstausgabe März 1997
Chefredaktion: Dipl.-Chem. Germar Rudolf
Fremdsprachenredaktion: Jürgen Graf
Lektorat: Patricia Willms
Fax: +44-1825-764253
E-Post: Redaktion: VffG@vho.org; Verlag: chp@vho.org; Abos & Einzelhefte: vffgorder@vho.org
Internetz: http://www.vho.org/VffG
Anzeigen: Liste vom 15.10.1997; bitte fordern Sie unsere Media-Daten an (www.vho.org/VffG/MediaDaten.pdf).
ISSN: 1370-7507

Erscheinungsweise: vierteljährlich, nach Möglichkeit jeweils März, Juni, September, Dezember.
Umfang: zur Zeit etwa 120 Seiten DIN A4 gebunden.
Jahresbezug:
- Normal-Abo: inkl. Versand: € 55,- (3-Jahres-Abo: € 150,-).
- Vorzugs-Abo: Lehrlinge, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Wehr- und Zivildienstleistende oder Rentner mit kleinem Einkommen (Nachweis erforderlich) € 38,- (3 J.: € 96,-).
- Förder-Abo: € 100,- (3 Jahre: € 270,-).
- Frei-Abo: Spender mit einem jährlichen Spendenaufkommen ≥€ 55,- erhalten *VffG* für ein Jahr gratis, werden jedoch danach gebeten, das Abo in ein Normal-Abo umzuwandeln.

Einzelverkaufspreis: € 15,-*
Probeheft: aktuelles Heft: € 6,-; Erstausgabe: € 3.*
Werbeexemplare: Bei Bedarf können wir Ihnen Werbeexemplare sowie Werbematerial für *VffG* zukommen lassen. Bitte wenden Sie sich dazu an die Redaktion.
Versand: außerhalb Großbritanniens per Luftpost, Porto und Verpackung sind inklusive.
Zahlungsbedingungen: 60 Tage rein netto.
Zahlungsweise:
- bar: vorzugsweise €, SF, £ oder US$.
- Schecks; vorzugsweise ausgestellt auf Germar Rudolf:
  - im Geltungsbereich des Euro in €.
  - in £ nur, wenn Scheck von britischer Bank!
  - in US$ nur, wenn von kanadischer oder US-Bank!
- online per Kreditkarte: www.vho.org/chp.
- Überweisung: unsere Bankverbindungen in Deutschland, England und den USA teilen wir Ihnen gerne auf Anfrage vertraulich mit.

Kündigung: 3 Monate vor Ablauf des Bezugszeitraumes, ansonsten Verlängerung um ein (bzw. 3) Jahr(e).
Urheberrecht: Abdruck der Beiträge nur nach Vereinbarung gestattet. Alle Rechte vorbehalten.
Tantiemen: Wir zahlen jenen Wissenschaftlern, die unter Verfolgung leiden, ein Honorar für Beiträge, die in unserer Zeitschrift publiziert werden. Dies scheint uns der angemessenste Weg zu sein, wie ihnen geholfen werden kann.
Unterstützung: Sollten Sie unsere Arbeit wertvoll finden, so bitten wir Sie herzlich, uns nach Kräften zu unterstützen, sei es durch Abonnements, die Übernahme von Patenschaften, die Vermittlung neuer Abonnenten und Interessenten oder gar durch Spenden. Spendenüberschüsse fließen zu 100% in die Erforschung wichtiger geschichtlicher Fragen.

Voraussetzungen für den Abdruck von Artikeln in den *Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung*:

Inhaltliche Voraussetzungen:
Themengebiete: Geschichte, insbesondere Zeitgeschichte; daneben auch Meinungs- und Forschungsfreiheit. Nach Möglichkeit neuartige, bisher unveröffentlichte Berichte, Übersichtsartikel bzw. Forschungsergebnisse;
Stil: systematischer Aufbau; sachlich; Belegung von Tatsachenbehauptungen; merkliche Trennung von Meinung und Tatsachenbehauptungen.

Äußere Voraussetzungen: Aus naheliegenden Gründen drucken wir Beiträge gegebenfalls auch unter Pseudonymen ab, die wir selbstverständlich streng vertraulich behandeln. Anonym zugesandte Beiträge, die ebenfalls willkommen sind, können nur veröffentlicht werden, wenn sie inhaltlich annähernd druckreif sind.
Es besteht keine Umfangsbeschränkung für eingereichte Beiträge. Beiträge, die merklich 10 Seiten in unserer Zeitschrift überschreiten (etwa 50.000 Zeichen, bzw. 9.000 Wörter), müssen damit rechnen, in mehrere Teile zerlegt in aufeinanderfolgenden Ausgaben publiziert zu werden. In solchen Fällen ist dafür zu sorgen, daß der Beitrag eine Gliederung aufweist, die eine solche Teilung erlaubt.
Beiträge von zwei Seiten Länge oder mehr sollten mit Abbildungen versehen sein, um den Text aufzulockern (Buchumschläge behandelter Werke, Dokumenten-Faksimiles, Portraits behandelter Personen und evtl. der Beitragsautoren, Autorvorstellungen, Bilder historischer Ereignisse etc.).

Vorgehensweise: Mit Ausnahme anonym zugesandter Beiträge werden Korrekturbögen nach Erfassung zugesandt, ein Recht auf Abdruck entsteht dadurch nicht. Das eventuelle Erscheinungsdatum behält sich die Redaktion vor. Ein Autorenhonorar wird nur gezahlt, falls der Autor unter gesellschaftlicher und/oder staatlicher Verfolgung wegen seinen Meinungsäußerungen leidet. Es wird jeweils nur ein Belegexemplar versandt. Auf ausdrücklichen Wunsch können bis zu fünf Belegexemplare zugesandt werden.

Daten: Wir bevorzugen Daten auf Diskette (PC, evtl. auch MAC, 3,5"/1,44MB und ZIP/100 oder 250 MB). Die Dateiformate der üblichen Textverarbeitungsprogramme können in der Regel alle verarbeitet werden, vorteilhaft sind jedoch aus Gründen der Portabilität Dateien des Formats *.rtf (Rich Text Format). Wir selbst verwenden bevorzugt MS Word97/2000 sowie PageMaker 6.5/InDesign (MS Publisher und Quark Express können gelesen werden). Bitte senden Sie Ihre Manusripte nicht per Fax, da dies ein automatische Erfassung (OCR) erschwert. Bilder können sowohl in allen gängigen Bildformaten auf Diskette als auch im Original zugesandt werden.
3,5"-Disketten sowie unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt, verlangte Original-Manuskripte und Abbildungen nur auf ausdrückliche Bitte.

Falls Sie mit diesen Bedingungen einverstanden sind, erwarten wir gerne Ihre Arbeiten.

* zuzüglich €1,- Porto & Verpackung für jede angefangene € 12,50 der Gesamtbestellung.

Inhalt

Schützt unsere Demokratie! ... **362**
Von Dipl.-Chem. Germar Rudolf

Revisionismus · Der Verfassungsschutz „klärt auf“ ... **364**
Von Georg Wiesholler

Die politische Romantik des Holocaust ... **372**
Von Markus Springer

Zur Forschung und Ausgrenzung von Jürgen Spanuth ... **374**
Von Rudolf Czeppan

Die Deportation ungarischer Juden von Mai bis Juli 1944 ... **381**
Von Carlo Mattogno

Antwort an Carlo Mattogno ... **395**
Von Prof. Dr. Arthur R. Butz

Der Mythos von Gebrauchsobjekten aus Menschenhaut ... **397**
Von Jean Plantin

Eine Revision zur Französischen Revolution ... **401**
Von Dr. Cabanès

Der Erste Weltkrieg: Der Wendepunkt – Teil 1 ... **406**
Von Prof. Dr. Ralph Raico

Die Unterdrückung Lettlands von 1918 bis 1991 ... **420**
Von Alexander von Berkis

Die US-Nazijäger vom OSI und der Holocaust-Mythos ... **428**
Von Andrew Allen

Stalins Säuberung der Roten Armee ... **431**
Von Daniel D. Michaels

Lernen wir aus den Angriffen vom 11. September ... **438**
Von Mark Weber, MA

Offene Fragen zu den Terrorangriffen auf die USA ... **440**
Von Gregory Douglas

Amerika: Das Ende der Freiheit ... **443**
Von Larry Hagerty

England: Das Ende der Freiheit? ... **444**
Von Germar Rudolf

Aus der Forschung
Gab es Gaskammern im Altreich? Von Reinhold Schwertfeger ... *446*
Zeugen, von Angela Schneider ... *449*

Bücherschau
Groß-Rosen – weniger wäre mehr gewesen, von Jürgen Graf ... *451*
Keine Extrawurst: Sonderbehandlung in Auschwitz, von Carlo Mattogno ... *452*
Der braune Sumpf faßt wieder Fuß, oder? Von Dr. phil. Ilse Schirmer-Vowinckel ... *454*
Von Reichsflugscheiben, Deutscher Physik und dem Perpetuum Mobile, von Germar Rudolf ... *459*
Ist die jüdische Überlebensstrategie eine Bedrohung für die Welt?, von Dr. Alexander Jacob ... *463*

Leserbriefe ... **469**

In Kürze ... **477**
Erratum ... *480*

Schützt unsere Demokratie!

Von Dipl.-Chem. Germar Rudolf

Ich glaube, es war Prof. Arndt, der das Wort prägte, das Problem mit unserer Demokratie sei, daß es keine ist. Ich möchte hier nun nicht eine Diskussion anfangen, ob und in welchem Umfang einer solchen Feststellung recht zu geben wäre. Aus gegebenem Anlaß ist aber dennoch Zeit, sich über das Demokratieverständnis bestimmter hoher Staatsdiener so seine Gedanken zu machen, und die möchte ich an dieser Stelle darlegen.

Der Anlaß ist ein in diesem Jahr vom Bayerischen Staatsministerium des Innern herausgegebenes Faltblatt des Titels »*Schützt unsere Demokratie · 4 – Revisionismus*«. Darin wird der Bürger über das aufgeklärt, was die bayerische Staatsregierung vom historischen Revisionismus hält. Nun wäre diese Desinformationskampagne mehr komisch als tragisch, wenn es nicht unter dem Banner des Demokratieschutzes vorgetragen würde. Tatsächlich ist wohl das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz für den Inhalt dieser Broschüre verantwortlich, also die Nachfolgeorganisation der von den alliierten Besatzungsmächten nach Kriegsende als Ersatz für die Gestapo eingesetzte Schnüffelbehörde der alliierten Vasallenregierung gegen das fremdbeherrschte deutsche Volk. Das mag sich zwar für bundesdeutsche Ohren harsch anhören, aber ich denke, daß sich jeder der historischen Wurzel des Verfassungsschutzes stets bewußt sein sollte, um zu wissen, mit was für einer Institution er es hier zu tun hat.

Einige Absurditäten dieses Neo-Gestapo-Faltblattes werden im nachfolgenden Beitrag von Georg Wiesholler dargelegt. Ich beschränke mich daher hier auf einige grundsätzliche Feststellungen.

Das behandelte Flugblatt selbst setzt die Norm, an der es zu messen ist:

> *»Den Wert eines Gutes erkennt man häufig erst, wenn man es verloren hat. Das gilt für die Gesundheit ebenso wie für die persönliche Freiheit. Für uns ist es selbstverständlich, frei unsere Meinung zu sagen* […].
> *Das hohe Gut der Freiheit und der Demokratie müssen wir jeden Tag neu erringen und gegen Verfassungsfeinde von rechts und von links verteidigen.«* (S. 8)

Demokratie, also die Herrschaft des Volkes, ist nicht möglich ohne Freiheit. Das Volk kann nur dann richtige (Wahl-) Entscheidungen treffen, wenn es ungehinderten Zugang zu exakten und umfassenden Informationen hat. Die Forschungsfreiheit, also die Schaffung exakter und umfassender Informationen, sowie die Rede- und Informationsfreiheit, also die Popularisierung und Verbreitung dieser Informationen, sind daher die wichtigsten geistigen Güter einer Demokratie.

Es folgt daraus auch, daß staatliche Vorschriften über das, was für die Wissenschaft oder den einzelnen Bürger als wahr zu gelten hat, nicht mit einer Demokratie in Übereinstimmung zu bringen sind. Noch absurder wäre, wenn eine Demokratie sich anmaßen würde, darüber zu entscheiden – und diese Entscheidung mit dem Strafrecht durchzusetzen –, welche wissenschaftlichen, geschichtlichen oder politischen Ansichten gesellschaftsfähig sein dürften und welche nicht.

Um so verblüffter liest man dann aber in der gleichen Broschüre folgendes:

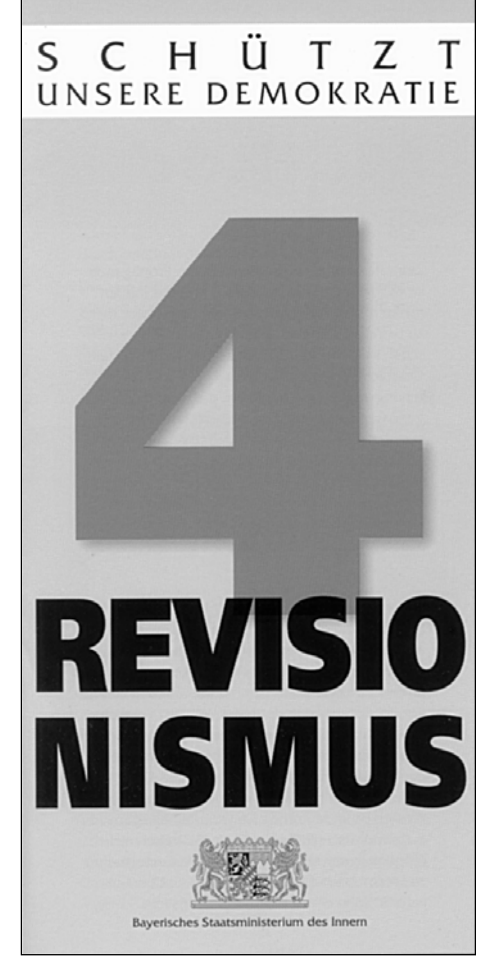
> *»Es gilt zu verhindern, dass sich der Revisionismus* […] *verbreitet und damit allmählich „gesellschaftsfähig" wird. Hier kann und darf der Staat nicht untätig bleiben; deshalb wurden die Strafbestimmungen der Volksverhetzung verschärft, ist die Schaffung entsprechender Strafbestimmungen in anderen Ländern notwendig, werden revisionistische Straftäter konsequent verfolgt und verurteilt* […]*«* (S. 8)

Bayerns Innenminister verkündet also auf S. 7 seiner Broschüre stolz, all jene geistigen Güter zu unterdrücken, die er auf S. 8 dann als Grundlage der Demokratie definiert! Der Kunstgriff, mit dem dies gelingt, ist altbekannt. Es wird schlicht behauptet, die Revisionisten seien Rechtsextremisten, denen es »*um die Rechtfertigung bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*«, um die Befreiung des »*Nationalsozialismus von der ihn am meisten belastenden Hypothek*« gehe (S. 2, 4).

Der Normalbürger wird zustimmen, daß eine solche Motivation, so sie denn gegeben ist, moralisch wirklich inakzeptabel ist, und ich zähle mich selbst zum Kreis dieser Bürger. Von da aus ist es dann für die meisten nur noch ein kleiner Schritt, die gegen die Revisionisten gerichteten staatlichen Unterdrükkungsmaßnahmen gut zu heißen. Bis 1989 habe ich diesen Schritt wie selbstverständlich selbst vollzogen. Ich wäre daher der letzte, der dem deutschen Normalbürger diese Verhaltensweise vorwerfen dürfte. Und dennoch ist sie falsch, wie sich einfach zeigen läßt.

Niemand würde es rechtfertigen können, gegen historische Dissidenten vorzugehen, die zwar mit lauteren Motiven gehandelt haben, die sich aber leider geirrt haben. Irrtum kann nicht strafbar sein. Genauso wenig kann es jemals strafbar sein, Zweifel an bestimmten allgemein akzeptierten Fakten zu haben, und diese Zweifel durch eigenes Forschen beseitigen zu wollen. Auch kann ein Forschungsergebnis nicht deshalb strafbar sein, weil es gewissen Leuten nicht in den Kram paßt – ob es nun richtig ist oder falsch.

Die Verfolgung der Revisionisten erfolgt also nur, weil ihnen unterstellt wird, sie hätten ein moralisch inakzeptables Motiv. Ob dieses Motiv tatsächlich gegeben ist, wird sich wohl nur in wenigen Fällen klären lassen, denn menschliche Handlungsmotive sind



häufig extrem komplex und einem Beweis selten zugänglich. Genau betrachtet wird den Revisionisten also von staatlicher Seite noch nicht einmal eine bestimmte verbotene politische Einstellung unterstellt – wobei man zurecht fragen sollte, ob es so etwas in einer Demokratie überhaupt geben darf –, sondern nur ein Motiv. Schließlich muß jemand, der den Nationalsozialismus historisch entlastet sehen will, deswegen selbst noch lange kein Nationalsozialist sein.
Mit anderen Worten: Der deutsche Staat verfolgt historische Dissidenten aufgrund der ihnen unterstellten Handlungsmotive! Es handelt sich hier also nicht um eine Gesinnungsverfolgung, sondern um eine Motivationsverfolgung. Während eine Gesinnungsverfolgung Menschen mit unerwünschten politischen Gesinnungen verfolgt, greift der moderne deutsche Staat schon einen Schritt früher ein: Noch bevor sich überhaupt eine Gesinnung oder Ideologie ausgebildet hat, wird dem Gedankenverbrecher schon das ihm (oft fälschlich) unterstellte Motive seines Handelns zum Verhängnis. Und dies auch dann, wenn seine tatsächliche politische Gesinnung dazu gar keinen Anlaß böte. Jeder, der von dem Geschichtsbild abweicht, das den Deutschen per Strafgesetz diktiert wurde, wird daher Opfer dieser Motivationsdiktatur.
Doch lassen wir die Frage nach dem Handlungsmotiv der Revisionisten einmal beiseite, und betrachten wir statt dessen die andere Seite in diesem Konflikt. Könnte es dort politische Motive für deren Handlungen geben, die jenseits des „Demokratieschutzes" liegen?
Da uns auch hier die wahren Handlungsmotive verschlossen bleiben, kann man darauf keine direkte Antwort geben. Es läßt sich aber doch eine Feststellung machen, basierend auf einer einfachen logischen Überlegung.
Die Frage, ob bestimmte historische Erkenntnisse den Nationalsozialismus partiell historisch und damit auch moralisch von einer Hypothek befreien, seine Herrschaft irgendwie aufwerten oder gar rechtfertigen, wird letztlich nur dadurch entschieden, ob diese Erkenntnisse richtig sind oder nicht. Die Fakten entscheiden nun einmal über die Bewertung historischer Epochen, und nicht die Wünsche und Vorstellungen irgendwelcher Ministerien.
Mit der in der vorliegenden Broschüre verwendeten Formulierung hat das Bayerische Innenministerium aber klar zum Ausdruck gebracht, das es jedwede historische Entlastung, Aufwertung oder Rechtfertigung des NS-Regimes rundweg ablehnt. Da kein politisches Ministerium der Welt für sich beanspruchen kann, gottgleiches Allwissen zu besitzen, kann die Motivation hinter einer solchen absolutistischen Festsetzung der negativen moralischen/historischen/politischen Bewertung des NS-Regimes nur eine politische sein.
Man verstehe mich nicht falsch: Ich weiß, daß in der heutigen Welt des hysterischen Antifaschismus' derartige Äußerungen notwendig sind zum *politischen* Überleben deutscher Amtsträger, und daß das Ritual des Eindreschens auf das NS-Regime zum „guten Stil" gehört. Sachlich gesehen ist eine derartige absolute Stellungnahme zu einem historischen Zeitabschnitt aber ebenso unangebracht wie zu jedem anderen denkbaren Zeitabschnitt. Jeder, der Ähnliches in bezug auf Dschingis Khan, Nero oder Napoleon unternähme, würde sich der Lächerlichkeit preisgeben, weil unsere moralisch-*politische* Wertung dieser Personen und Epochen für uns keine *politische* Auswirkung haben. Weil aber die Hitler-Zeit für unsere Welt – und besonders für Deutschland – immer noch so große *politische* Auswirkung hat, besteht dieses *politische* Dogma, demzufolge das NS-Regime das absolute Böse zu sein hat – egal, was auch immer die Fakten sagen.
Ich weiß, daß sich Deutschland und das deutsche Volk heute in einem *politischen* Umfeld befinden, wo derartige Feststellungen unerläßlich erscheinen, weil sonst das amerikanische Ostküsten-Establishment – eine höfliche Umschreibung für das, was die Nationalsozialisten einst das „Weltjudentum" nannten – Zeter und Mordio schreit und Deutschland mit Boykotten überzieht wie anno 1933. Aber das liegt eben an dem herrschenden *politischen* Umfeld. Einen wissenschaftlich unerläßlichen Grund für derartige absolute Urteile und damit begründete Diskussionsverbote kann es nie geben.
Es ist mithin klar, daß die Motivation des Bayerischen Innenministers nur eine *politische* sein kann; daß er also nicht aus wissenschaftlichen Gründen so handelt; daß es mithin *er* ist, der die Geschichtswissenschaft *politisch* mißbraucht, um gegen unbequeme Dissidenten vorgehen zu können.
Insofern war ich eigentlich geneigt, die hier betrachtete dümmliche Broschüre einfach zu ignorieren. Die Reaktion unserer Leser hat mich dann aber doch veranlaßt, sie hier zu behandeln. Als Fazit läßt sich fragen: Wer schützt als die Verfassung vor dem Verfassungsschutz, wer unsere Demokratie vor diesen „Demokraten"?
Als Gegendosis empfehle ich die jüngst herausgegebene Broschüre »*„den holocaust hat es nie gegeben"*«, die, so denke ich, alle Fragen des irritierten oder neugierigen Bürgers beantwortet. Ob es sinnreich ist, ein ähnlich dünnes und deshalb zwangsweise oberflächliches Faltblatt im Stile des Bayerischen Innenministers herauszugeben, wage ich zu bezweifeln. Aber vielleicht liege ich hier ja falsch. Es wäre an Ihnen, meine lieben Leser, zu entscheiden, ob Sie ein solches Faltblatt zum Verteilen in unserem Programm wünschen. □

Revisionismus · Der Verfassungsschutz „klärt auf“

Von Georg Wiesholler

»Die Lüge verdirbt das Herz, zerstört das Vertrauen unter den Menschen und stiftet unermeßliches Unheil in der Welt. […] *Wenn wir nicht anders reden, als wir im Herzen denken, sind wir wahrhaftig.«*

Joseph Kardinal Frings, Katholischer Katechismus, Düsseldorf 1956

So wie Kardinal Frings die Wahrhaftigkeit forderte, forderte Emanuel Kant, der große deutsche Philosoph, Mut zu zeigen, indem er Horaz zitierte: *»sapere aude«* (wage, dich deines Verstandes zu bedienen!). Oder:

»Wer nicht zu sagen wagt, was er denkt, ist ein Sklave.«

(Sophokles in *Antigone*)

Hier möchte ich einfügen, daß bei der Hospitation meines Unterrichts durch Schulrat Dr. Fischer am Ubbo-Emmius-Gymnasium in Leer/Ostfriesland, ich gerade Antigone bei Sophokles und Anouilh verglich, wobei ich hervorhob, daß Bürger nicht wegschauen dürfen, wenn staatlicherseits Menschenrechte verletzt werden (und das freie Wort ist ein Menschenrecht!), sondern daß sie eingreifen müssen. Der Schulrat lobte meine Hermeneutik und die Tafelarbeit und ich erhielt eine unbegrenzte Anstellung, während ich aus dem bayrischen Schuldienst entlassen wurde.

Aber den Verstand benutzen und Bekennermut zeigen, wie es auch in den Fürbitten im Gottesdienst gefordert wird, dies sollen wir heute, in der *»freiesten Republik der deutschen Geschichte«* (Walter Scheel) nicht mehr tun dürfen. Wer sich heute des Verstandes bedient und zur Sprache bringt, was er auf dem Herzen hat, und dies den Regierenden nicht paßt, ist ein Häretiker, ein Verbrecher, um auf dunklere Perioden der abendländischen Kulturgeschichte hinzuweisen.

Der Begriff *Revisionismus* kommt aus dem Lateinischen und bedeutet in der Form als Verb ganz einfach „revidēre“ (wiedersehen). Im Laufe der Zeit änderte sich der Inhalt des Begriffes und wurde im heutigen Sinne zum ersten Mal, so meine Kenntnisse, von Eduard Bernstein (1850-1932) verwendet, der mit Blick auf die soziale Entwicklung in England sah, daß die von Karl Marx gestellten Prognosen nicht eintreffen würden, sie daher einer „Revision“ bedurften. Karl Kautsky, marxistischer Schriftsteller (1854-1938), verwendete diesen Begriff dann als Schimpfwort, und bezeichnete Bernstein und seine Anhänger – so auch Lasalle – als Revisionisten. Ein Totschlagwort wurde es in der heutigen Zeit, wie gesagt: in der freiesten Republik der deutschen Geschichte.

Das Bayrische Staatsministerium des Inneren, eine von der westlichen Wertegesellschaft getragene Institution, unterstellt in ihrem Faltblatt *»Revisionismus – Der Verfassungsschutz informiert«* den Revisionisten kriminelle Handlungen und bezeichnet den Revisionismus als eine *»besonders verabscheuungswürdige Ausprägung des Rechtsextremismus«*.[1]

Dies ist nicht nur dumm, sondern eine unglaubliche Beleidigung und Verleumdung aller Wahrheitssuchenden, aller Anständigen – und dies noch mit Steuergeldern. In allen bayrischen Gemeinden wird dieses Pamphlet ausgelegt. Unter Revisionismus versteht man immer noch, und dies in jeglicher Hinsicht, keine kriminelle Handlung, keine Revolution, sondern eine *»sukzessive Reformierung der Gesellschaft«* (Bernstein), d.h. eine geistige Auseinandersetzung mit den herkömmlichen, historischen Theorien. Den Revisionismus zu verbieten bedeutet, sich jeglicher Diskussion über Gesellschaftsreformen zu versperren und die Wahrheitssuche zu unterdrücken. Wer den Revisionismus verbietet, so deutlich muß man dies sagen, ist ihm geistig nicht gewachsen. *»Denn die Wahrheit kann nur eine sein«* (Leopold von Ranke).

Das Bayerische Staatsministerium folgt in seiner Broschüre den Intentionen des damaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, der im Revisionismus den Rassismus, die *»übelste Form des Antisemitismus«* sieht. Frischs Ansicht deckt sich – und von dort kommt der Wind zur Unterdrückung des freien Wortes – mit Avraham Prior, dem israelischen Ex-Botschafter in Bonn, der in seinem Psychogramm im *FAZ*-Magazin, am *»allermeisten den Revisionismus verabscheut«*. *»Daher«*, so fügte auch Heinz Galinski hinzu, der verstorbene Zentralratsvorsitzender der Juden in Deutschland, *»geben wir den Weg zu einer schrankenlosen Geschichtsforschung nicht frei.«* Dies beinhaltet klar und deutlich die Unterdrückung der freien Forschung.

Somit widersetzte sich auch Heinz Galinski, der sonst keine Tabus kannte und der immer so vom Grundgesetz-Patriotismus schwärmte, dem Artikel 5 des Grundgesetzes – ein Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit. Aber er hatte keine Bedenken, aus der Hand des Diktators Honecker am 8.11.1988 den höchsten DDR-Orden zusammen mit Edgar Bronfman vom Jüdischen Weltkongreß entgegenzunehmen.

Der Publizist Karl Schlögel erkannte den Zweck dieser Totschlagtheorie unserer etablierten Politiker und Hofjuristen und schrieb über die Sinnlosigkeit dieser Maßnahmen:[2]

»Revisionist, Negationist, Holocaustleugner, so ein Vorwurf bedeutet so viel wie Ausschluß aus der zivilisierten Menschheit [man gehört nicht mehr zu den Anständigen – d.V.]. *Jemand, den eine solche Verdächtigung ereilt, ist erledigt. Seine bürgerliche Existenz ist dahin und sein Ansehen als Wissenschaftler ruiniert* [So darf auch der so bescheidene Professor Dr. Ernst Nolte, Adenauer-Preisträger, nicht mehr in der FAZ schreiben – d.V.]. *Man wird darüber zu reden haben, wie es um die Öffentlichkeit in einem Land bestellt sein muß, indem es ausreicht, die Keule der Au-*

Der Verfasser, geb. am 13.7.1919, trat nach dem Volksschulbesuch und anfänglicher Arbeit auf dem elterlichen Hof in Bayern freiwillig dem Arbeitsdienst und schließlich der Kriegsmarine bei. Er befand sich bald in Opposition zum Nationalsozialismus und floh nach Schweden, wo er die Landwirtschaftsschule in Hammenhög besuchte und das Abitur nachholte. Da Deutschland das schwedische Abitur nicht anerkannte, studierte er in Schweden Deutsch, Geschichte und Politische Wissenschaft und legte das Staatsexamen für das Höhere Lehramt ab. Darauf lehrte er im Landschulheim Issing, wurde dort aber nach drei Jahren entlassen und ging sodann mit Frau und 6 Kindern wieder ins Exil. Später hatte er eine Lehrerstelle in Leer (Ostfriesland) inne bis zum Ruhestand. Georg Wiesholler ist Verfasser von verschiedenen Artikeln und Schriften, u.a.: Die verfälschte Demokratie – Eine Abrechnung; Das freie Wort; Die Missionare; Zeitgemäße Betrachtung eines Unzeitgemäßen; Die Wahrheit wird euch frei machen (in Arbeit)

schwitzlüge zu schwingen, um einen Wissenschaftler von Rang binnen einer Sekunde moralisch zu erledigen [nicht nur moralisch, sondern auch physisch, siehe Prof. W. Pfeiffenberger![3] – d.V.]. *Das alles zu klären wird schwierig sein und kann natürlich lange dauern. Was aber jetzt schon verlangt werden kann, das sind: Beweise.«*

Aber laut dem Verfasser des staatlich verordneten Pamphlets »*Revisionismus*«,

»geht es den Revisionisten nicht um die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern gezielt um die Rechtfertigung, bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation steht die Leugnung des nationalsozialistischen Massenmords an Juden (Holocaust).« (S.5)

Das sind Unterstellungen, die eine anspruchsvolle, wissenschaftliche Arbeit über dieses Problem erschweren oder gar unmöglich machen, wie auch Karl Schlögel schon schrieb:

»Bereits am 26. April 1994 hatte das Bundesverfassungsgericht [ein Gericht, bestallt und beeinflußt von den etablierten, politischen Parteien, Geert W. Mackenroth, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes laut S.Z. vom 27.4.01 - d.V.] *festgestellt, daß das Leugnen des Holocaust nicht vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt ist.* […]*«*

Daher hat der Gesetzgeber den Spielraum der „rechtsextremistischen" Revisionisten weiter eingeschränkt. Seit 1. Dezember 1994 ist u.a. das Leugnen des Massenmords an Juden verschärft mit Strafe bedroht. Danach wird mit Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren bestraft,

»wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Straftat des Völkermords in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost. Eine strafbare Volksverhetzung liegt selbst dann vor, wenn kein Angriff auf die Menschenwürde der Opfer stattgefunden hat.« (S.5)

Nach diesem Gesetz ist Zweifeln eine Lüge und Wahrheitssuche eine Volksverhetzung. George Orwell läßt grüßen!

Daß der Gesetzgeber leichtsinnig gehandelt, ja sogar gegen das Grundrecht verstoßen, sich den jüdischen Lobbyisten gefügt hat, geht aus den folgenden, kritischen Stellungnahmen hervor:[4]

»Die Legitimität der Vorschrift ist zumindest zweifelhaft; bezweifeln kann man schon, ob eine Lüge überhaupt strafwürdiges Unrecht ist, bezweifeln muß man, ob das bloße Leugnen einer historischen Tatsache ohne Agitationscharakter gerade als Volksverhetzung erfaßt werden darf.«

»Damit Leugnen objektiv ein Straftatbestand werden kann, muß es vorsätzlich geschehen. Der Täter muß wissen, daß er die Unwahrheit sagt, und der Richter muß dieses beweisen, was er natürlich nicht kann. Um den Überzeugungstäter strafen zu können, definiert nun die deutsche Justiz den Begriff des Vorsatzes in diesem Falle neu: Vorsatz kann dann nur noch Wissen darum sein, daß man sich mit seiner Überzeugung zum Widerspruch zu dem befindet, was nach „herrschender Meinung" für diese unbestreitbar eine historische Tatsache [offenkundig – d.V.] *ist.«*[5]

Besser hätten die nationalsozialistischen Juristen die Gesetze auch nicht auslegen können!

»*Das geplante Gesetz über die Auschwitzlüge ist überflüssig*«, warnte schon Professor Hartmut Hoffmann:[6]

»[Es] *dürfte seinen Zweck verfehlen und würde wahrscheinlich sogar Schaden anrichten. Man kann die Erörterung historischer Fakten nicht gesetzlich in dem Sinn reglementieren, daß allein ein amtlicherseits gewünschtes Ergebnis Verbreitung finden* darf. *Das stünde im Widerspruch zur Freiheit von Forschung und Lehre, und insofern wäre das geplante Verbot nicht mit dem Grundgesetz* [ein Grundrecht – d.V.] *vereinbar. Wenn der Verfasser eines wissenschaftlichen Werks mit viel Aufwand von Fußnoten und in vorsichtigen Formulierungen zu dem Schluß kommen sollte, daß für die Vergasung der Juden das Beweismaterial nicht ausreichen sollte oder nicht unumstritten sei, und wenn daraufhin das Buch von der Regierung verboten würde und es darüber zum Prozeß kommen sollte, müßte in letzter Instanz das Bundesverfassungsgericht* [sofern es sich nicht zur Magd der Politik erniedrigt] *gemäß GG Artikel 5,3 das Verbot aufheben.«* (Herv. d. V.)

Diese Ansicht vertraten auch die schwedischen Reichstagsabgeordneten, denn in Schweden versuchten Juden (u.a. Bronfman) und ihre Unterstützer (Per Ahlmark) ein Gesetz einzubringen, wie man es in der BRD eingeführt hatte. Dagegen wetterte Svante Nicander, leitender Redakteur der *Dagens Nyheter*, der auflagenstärksten Zeitung, in einem Leitartikel:[7]

»Die Meisten von uns haben ganz einfach die allgemein etablierte Version über Ereignisse der Nazizeit akzeptiert. Ein Teil solcher etablierter Wahrheiten über historische Ereignisse hat sich als Mythos erwiesen. Menschen mit Einfluß, auch Intellektuelle, haben viele dazu veranlaßt, grobe Geschichtsverfälschungen zu glauben. Wie kann sich eine nur bescheiden geschichtskundige Person sicher sein, daß eine Vernichtung stattgefunden hat? Es könnte sich ja um einen Mythos handeln. Wenn nur eine Version über den historischen Verlauf zugelassen ist, hat das Volk wirklich keine Ursache, an deren Wahrheit zu glauben. Bei einer Behauptung, die den Schutz des Gesetzes braucht, kann man vermuten, daß es ein Mythos ist. *Mythen lassen sich bekanntlich weder beweisen noch widerlegen.«* (Herv. d. V.)

Dieser Antrag wurde von den schwedischen Reichstagsabgeordneten abgelehnt. Sie sind sich der Bedeutung des freien Wortes in einer Gemeinschaft mehr bewußt als die deutschen Vasallen. Dazu schrieb *Svenska Dagbladet* folgenden Leitartikel:[8]

»In gewissen Ländern ist die Behauptung, daß es keine Gaskammern gegeben hat, strafbar. Aber nicht in Schweden. Warum nicht?

Weil entgegengesetzte Ansichten, wie böse und dumm sie auch sein mögen, nach unserer bestimmten Ansicht nicht mit Polizeiarrest und Gefängnis bestraft, sondern mit Argumenten in einer freien Debatte bekämpft werden sollen.

Ein Fehler kann ein Fehler sein, ein Irrtum ein Irrtum. Lüge ist immer eine Lüge. Keiner kann bezweifeln, daß dies mit der Vernichtung der Fall war. Keiner kann aber, bei ruhigem Nachdenken, daran zweifeln, daß es unsinnig ist, die Gerichte entscheiden zu lassen, was in einer historischen Debatte von einer außerordentlichen Bedeutung veröffentlicht werden darf und was nicht. Keiner in unserer Rechtstradition kann nur einen Augenblick über die Möglichkeit reflektieren, ein Gesetz zu erlassen, daß Äußerungen mit einem gewissen Inhalt in einer bestimmten historischen Frage verbietet.*«* (Herv. d. V.)

Auf der Holocausttagung in Stockholm Mitte Januar 2000 forderte der Zentralrat der Juden in Deutschland:[9]

»eine zumindest EU-einheitliche Gesetzgebung, die das Leugnen des Völkermordes an den Juden unter Strafe stellt.

Zur Zeit sei es in Deutschland und Frankreich verboten, nicht aber in Schweden und Dänemark [auch nicht in Norwegen, Italien, England und USA – d.V.] *kritisierte der Vizepräsident des Zentralrats, Michel Friedman. Das ermögliche es den Neonazis, dort ihre Texte ins Internet zu stellen. Besonders in Schweden haben antisemitische Aktivitäten deutlich zugenommen, und es gibt Hinweise auf eine Vernetzung mit deutschen Gruppen.«*

Was sind überhaupt »*antisemitische Aktivitäten*«? Sind die Chefredakteure der *Dagens Nyheter* (aus dem jüdischen Hause Bonnier) und *Svenska Dagbladet* Antisemiten?

Und was sagte die schwedische sozialdemokratische Justizministerin Laila Freiwalds zu Friedmans Forderung?:[10]

»Ich halte nichts vom Verbot des freien Wortes!«

Die *FAZ* bestätigte dies den deutschen Lesern:[11]

»Unter Strafe gestellt [in Schweden] *ist allein Hetze gegen eine Volksgruppe.* […] *Im Unterschied zu Deutschland ist es erlaubt, den Holocaust zu leugnen und sich über die Opfer des Holocausts in satirischer Form lustig zu machen.«*

In der BRD, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, verurteilte das Amtsgericht Grevesmühlen den 72 Jahre alten Roeder zu zwei Jahren Gefängnis wegen Volksverhetzung. Roeder hatte auf einer Veranstaltung »*den Völkermord an den Juden in Abrede gestellt*«. Nun hat das Landgericht Schwerin das erstinstanzliche Urteil auf ein Jahr mit Bewährung abgemildert. Paul Spiegel, der Vorsitzenden der Juden in Deutschland, nannte, was ich furchtbar finde, dieses Urteil »*eine Bankrotterklärung der deutschen Justiz.*«[12]

Ich glaube eher, daß das Urteil gegen Oberstudienrat a.D. Günter Deckert, der wegen der Übersetzung einer friedlichen technischen, aber revisionistischen Rede auf öffentlichen Druck hin zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, eine »*Bankrotterklärung der deutschen Justiz*« war.

Ein US-Völkerrechtler schrieb:[13]

»Revision ist der Alltag der ernstzunehmenden Historiker. Neue Fragen werden aufgeworfen, neue Quellen ermittelt, neue Perspektiven entwickelt.«

Ein Prager Politologe meinte noch konkreter:[14]

»Revision heißt Leben. In einer Zeit, in der man bestrebt ist, das Unrecht des Krieges zu mildem, muß auch das Unrecht, das die Sieger begangen haben, reflektiert, benannt und geheilt werden.«

Der jüdische Journalist Chaim Bermant meinte:[15]

»Keine Gefahr, die entstanden ist, oder die von der Verbreitung revisionistischer Literatur ausgehen könnte, ist bei weitem so gefährlich, wie der entstehende Verdacht, daß es etwas zu verheimlichen gibt.«

Auch der deutsche Jude Fritz Stern meint:[16]

»Jeglicher Revisionismus bringt neue Entzweiung mit sich. […] *Man muß nur hoffen, daß die schwer erkämpfte Offenheit* [in der BRD – d.V.] *bestehen bleibt.«*

Der Mannheimer Politologe Prof. Kielmansegg schlug in die gleiche Kerbe:[17]

»Aber es gibt in der freien Gesellschaft keine Instanz, die autorativ darüber befinden kann, welche Thesen, welche Meinungen diskussionswürdig sind. Das Diskussionswürdige vom Unsinnigen oder Belanglosen zu trennen, kann selbst nur in der Diskussion gelingen, durch Austausch von Argumenten. Eine Gesellschaft, die mit Frageverboten einen korrekten Umgang mit der Vergangenheit erzwingen will, beschädigt sich selbst.«

Ein Bundestagsabgeordneter schließlich führte gegenüber einem führenden Revisionisten folgendes aus:[18]

»Dabei darf es für die geschichtliche Forschung keine Tabus geben. Wir brauchen eine offene und ehrliche Geschichtsforschung, ansonsten taugt sie nichts für die Zukunft.«

In dem staatlich verordneten Pamphlet »*Revisionismus*« heißt es weiter (S. 6):

»Dieser Völkermord bildet den schauerlichen Abschluß der Judenverfolgung, die ein zentrales Element der nationalsozialistischen Ideologie darstellte, seit Hitler in den Jahren 1924/25 in seinem Buch „Mein Kampf" behauptet hatte, der „Jude" sei der Todfeind der Menschheit.«

Als ich am Historischen Institut in Stockholm meinen Magisteraufsatz »*Inför andra världskriget*« (Das Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg) verteidigte, sagte der Opponent, daß ich es unterlassen habe, Hitlers *Mein Kampf* zu erwähnen, denn dort stünde schon, daß Hitler die Juden vernichten und einen Krieg wollte. Professor Gunnar Westin, der Leiter des Instituts, sagte, soweit ich dies noch in Erinnerung habe, daß den *Intentionen* (Absichten) einer Schrift keine *Funktionen* (Tätigkeiten) folgen müssen und verwies auf einige Beispie-

„Kriegsschuld-Lüge" „Auschwitz-Lüge"

Der so genannte Revisionismus ist angesichts der Millionen Opfer des Nationalsozialismus eine besonders makabre Ausprägung des Rechtsextremismus. Seine Repräsentanten wollen die Geschichtsschreibung über die Zeit des „Dritten Reichs" entgegen den Tatsachen ändern. Es geht ihnen dabei gezielt um die Rechtfertigung bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Schon seit Jahrzehnten versuchen in- und ausländische Rechtsextremisten, die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg, vor allem aber Tatsache und Umfang des nationalsozialistischen Massenmords an Juden (Holocaust), zu leugnen oder zumindest zu relativieren. Mit Hilfe pseudowissenschaftlicher Gutachten soll insbesondere ihre These belegt werden, die Tötung von Menschen mittels Giftgas sei in deutschen Konzentrationslagern schon aus technischen Gründen nicht möglich gewesen. Diese abwegige Argumentation ignoriert alle Ergebnisse strafrechtlicher Ermittlungsverfahren und seriöser historischer Forschung.

Zur Erinnerung:

Noch im Frankfurter „Auschwitz-Prozess", der 1965 endete, hatten die Angeklagten die Existenz von Gaskammern keineswegs geleugnet, sondern lediglich ihre eigene Beteiligung am Massenmord bestritten.

Die nationalsozialistische Judenverfolgung begann 1933 bereits kurz nach der „Machtübernahme" mit dem Boykott und der Plünderung jüdischer Geschäfte. Sie setzte sich fort mit der Ausgrenzung der Juden aus dem politischen und bürgerlichen Leben durch die „Rassegesetze" des Jahres 1935. Es folgte schließlich das – später als „Reichskristallnacht" verharmloste – Judenpogrom vom 9. November 1938. Den grauenvollen Abschluss bildete ein staatlich organisierter und planmäßig durchgeführter Massen- und Völkermord.

Der von Hitler und seinen Gefolgsleuten propagierten „Endlösung der Judenfrage" fielen mehrere Millionen von Juden zum Opfer. Mit der zuverlässigen Ermittlung der Gesamtzahl dieser Mordopfer beschäftigt sich seit geraumer Zeit die Wissenschaft.



Der Holocaust – eine historische Tatsache

Die zeitlich letzte Untersuchung veröffentlichte der Historiker und ehemalige Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München Wolfgang Benz. In seinem 1991 herausgegebenen Buch „Dimension des Völkermords" ermittelte er eine Mindestzahl von 5,29 Millionen und ein Maximum von knapp über sechs Millionen unter der Verantwortung des Hitler-Regimes ermordeter Juden. Davon wurde etwa die Hälfte, nämlich fast drei Millionen Menschen, mittels Giftgas (Zyklon B) in den Vernichtungslagern auf polnischem Territorium ermordet (fast zwei Millionen allein in den Konzentrationslagern – KZ – Auschwitz-Birkenau und Treblinka).

le in der Geschichte; so auch auf die Erbfeindtheorie Hitlers gegenüber den Franzosen, die damals, als er *Mein Kampf* schrieb, aufgrund der Rheinlandbesetzung aktuell war, die er später fallen ließ. Diese Tatsache müßte doch dem Verfasser des »*Revisionismus*«-Pamphlets, wenn er etwas Kenntnisse über Geschichtstheorien hat, bewußt sein!

Ich kann mich nicht erinnern, dies von der Todfeindschaft gegenüber den Juden in *Mein Kampf* während des Krieges in den langen Nächten am Eismeer (Porsangerfjord) gelesen zu haben. Dagegen erinnere ich mich, daß Hitler schrieb, es wäre besser gewesen, gewisse Leute wären wie so manche Soldaten an der Front unter Gas gehalten worden. Damit waren Juden nicht allgemein gemeint, was heute unterstellt wird, sondern Politiker, unter denen viele Juden waren, die 1917 zum Streik in den Munitionsfabriken aufgerufen hatten (siehe dazu Deutscher Revolutionsalmanach 1917!). Dann wäre den Soldaten an der Front, die um jeden Meter bitter kämpften, der Gastod erspart geblieben. Hier ist es vielleicht angebracht zu erwähnen, daß Hitler selber gasvergiftet war.



Zentrales Anliegen revisionistischer Propaganda ist es, den Nationalsozialismus von der ihn am meisten belastenden Hypothek, dem Holocaust, zu befreien. Dabei müssen die rechtsextremistischen Revisionisten freilich Regeln der kritischen Geschichtswissenschaft missachten und Forschungsergebnisse negieren, die nicht ihrem vorgefassten Geschichtsbild entsprechen. Ihre Thesen sind also nicht etwa Ergebnisse einer irrtümlichen Fehlinterpretation historischer Quellen; sie erweisen sich vielmehr als gezielte Versuche, durch pseudowissenschaftliche Agitation das auf seriöser Forschung beruhende Geschichtsbild propagandistisch zu unterminieren.

Seit Anfang 1950 erschien eine große Anzahl von Schriften, die den „historischen" Nachweis führen wollten, dass es keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Die maßgeblichen Autoren waren keine Historiker, sondern hatten andere Berufe. So verfasste der Jurist Wilhelm Stäglich das Buch „Der Auschwitz-Mythos – Legende oder Wirklichkeit?". Größere Publizität erlangte der Revisionismus durch ein 1989 als „Leuchter-Bericht" bekannt gewordenes „Gutachten", demzufolge es in deutschen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten. Auch das 1991 erstellte „Rudolf-Gutachten" folgt dieser Argumentationslinie.

Aber möglicherweise sollte man diese Äußerung nicht so ernst nehmen. In der politischen Auseinandersetzung befleißigten sich viele Politiker grober Verwünschungen. So auch Kurt Tucholsky, was ich als eine grobe Entgleisung betrachte, gerade an unschuldigen Menschen:[19]

> *»Möge das Gas in die Spielstuben Eurer Kinder schleichen! Mögen sie langsam umsinken die Püppchen! Ich wünsche der Frau des Kirchenrates und des Chefredakteurs und der Mutter des Bildhauers und der Schwester des Bankiers, daß sie einen bitteren und qualvollen Tod finden, alle zusammen.«*

Aber heute ist es mir nicht möglich, die Behauptung des Verfassers des »*Revisionismus*«-Pamphlets zu verifizieren, denn *Mein Kampf* steht auf dem Index verbotener Bücher. Der bayrische Ex-Finanzminister von Waldenfels begründete sein weiteres Verbot wie folgt:[20]

> *»Das Buch ist geistiger Wirrwarr, schwer verständlich und nahezu unlesbar.«* (Warum ist es dann verboten? – d.V.).

Der renommierte Philosoph Martin Heidegger und der Nachkriegspräsident Theodor Heuss, der ja in der Goebbelschen Zeitung *Das Reich* fleißig mitgearbeitet hat, bejahten Hitlers Einstellung in *Mein Kampf*. Daß er damals nicht kritisch genug war, lastete Heuss nach dem Krieg seinem Vater an, der seinen Söhnen eine Erziehung des bürgerlichen Anstands gegeben habe.[21]

Während die Katholische Kirche, die ja immer als ein Hort der Meinungsunterdrückung angesehen wurde, 1965 den Index endlich aufhob, wurde in der freiesten Republik der deutschen Geschichte (Scheel) ein Index eingeführt.

Im »*Revisionismus«*-Pamphlet heißt es weiter(S. 6):

> *»Die nationalsozialistische Judenverfolgung begann 1933 bereits kurz nach der „Machtübernahme" mit dem Boykott und der Plünderung jüdischer Geschäfte.«*

Für Hitler spielte der Antisemitismus in den Jahren vor der Machtübernahme eine unbedeutende Rolle. Dies zeigen die Hinweise von Sebastian Haffner (*Anmerkungen zu Hitler*), dem in den USA lehrenden jüdischen Historiker Arno J. Mayer (*Der Krieg als Kreuzzug*) und dem deutschen Historiker Rainer Zittelmann (*Hitler*). Rainer Zittelmann schrieb:[22]

> *»Weder der Antisemitismus noch die Lebensraumforderung spielten in jener Phase, in der ihm der Durchbruch zum Massenführer gelang (1930/1932) in seinen Reden eine nennenswerte Rolle.«*

Was sofort nach der Machtübernahme begann, darüber berichtet uns der Verfasser des »*Revisionismus*«-Pamphlets nichts (auch nicht die Geschichtsbücher an den Schulen), dies war der Boykott deutscher Waren und die Kriegserklärung an Deutschland durch einflußreiche britische und amerikanische Juden, was den glimmenden Antisemitismus erst wieder zu einem Feuer entfachte und mit der Katastrophe für Juden endete:[23]

> *»Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg. Der jüdische Handelsfürst verläßt sein Geschäftshaus, der Bankier seine Bank, der Händler seinen Laden und der Hausierer seinen bescheidenen Tragekasten. Vierzehn Millionen Juden stehen wie ein Mann zusammen, um Deutschland den Krieg zu erklären.«*

Der Präsident der »*Internationalen Boykottkonferenz*«, Samuel Untermayer, rief nach seiner Rückkehr vom Zionistischen Kongreß in Den Haag zum Krieg gegen Deutschland auf:[24]

> *»Die Alpträume und der Schrecken in den zwei Wochen, die ich in Europa verbrachte, als ich den herzzerbrechenden Erzählungen der Flüchtlingsopfer zuhörte, spotten jeder Beschreibung.* […] *Ihre begeisterte Begrüßung* […] *dient dem heiligen Krieg für die Menschheit, auf den wir uns eingelassen haben.* […] *Es ist ein Krieg, der unermüdlich geführt werden muß.* […] *Hitler und seine Pöbelhaufen werden ihr Volk nicht wissen lassen, wie es von der Außenwelt angesehen wird. Wir werden auf die einzige Weise, die uns zur Verfügung steht, diese zwingen, dies zu lernen.* […]
>
> *Jeder von ihnen, Jude oder Nichtjude gleichermaßen, der nicht bereits an diesem heiligen Krieg teilnimmt und sich noch freiwillige gemeldet hat, sollte es jetzt und hier tun.«*

Über diese Hetze erboste sich sogar der ehemalige Reichskanzler Brüning in einem Gespräch mit Jakob Landau vom internationalen jüdischen Zeitungsdienst:[25]

> *»Im Frühjahr 1933 habe man gesehen, wie Hitler unmittelbar reagierte, als der Berliner Korrespondent eines New Yorker Blattes an einem außergewöhnlich ruhigen Abend gekabelt hatte, daß die Spree angefüllt sei mit treibenden Leichen von den Nazis ermordeter Juden.* […]

Als ich meine Bewunderung für Rabbi Baeck aussprach, […] *erklärte Landau, Rabbi Baeck sei schwach und habe keinen jüdischen Kampfeswillen. Ich warnte sehr vor diesem Kampfeswillen; er würde zu entsetzlichen Missetaten gegen die Juden seitens Hitler führen.* […]

Herr Landau sagte, der Kampf der Juden müsse mit allen Mitteln gegen die Nazis auf der ganzen Welt fortgesetzt werden. Ich erwiderte ihm, daß ich in diesem Falle das größte Unglück für das Judentum in der ganzen Welt voraussehe.« (Herv. d. V.)

Auch Kardinal von Faulhaber war wegen dieser jüdischen Hetze in Amerika sehr besorgt, weil darunter, wie er schreibt, vor allem die armen Juden in Deutschland zu leiden hätten:[26]

»Die unwahren Berichte über blutige Greueltaten in Deutschland, die in amerikanischen und ausländischen Zeitungen erschienen sind, und die Angriffe gegen die neue Regierung in Deutschland wegen ihres Kampfes gegen den Kommunismus, haben die deutsche Regierung veranlaßt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und vom 1. April ab den Boykott gegen alle jüdischen Geschäfte mit aller Strenge durchzuführen. […] *Die Korrespondenten in ausländischen Zeitungen haben nicht überlegt, in was für eine schwere Lage sie die Juden in Deutschland durch ihre Berichte in den Zeitungen gebracht haben.«*

Diesen Boykott begründeten damals die *Schongauer Nachrichten*:[27]

»Der Jude hat es gewagt, dem deutschen Volke den Krieg zu erklären. Er betreibt in der ganzen Welt mit Hilfe der in seinen Händen befindlichen Presse einen großangelegten Lügenfeldzug gegen das wieder national gewordene Deutschland. Er bezichtigt die Deutschen der unerhörtesten und schändlichsten Greueltaten, der erbärmlichsten Verbrechen. Er fordert auf zum Boykott deutscher Erzeugnisse! Wir fordern die deutsche Bevölkerung auf: Kauft nicht in jüdischen Geschäften!«

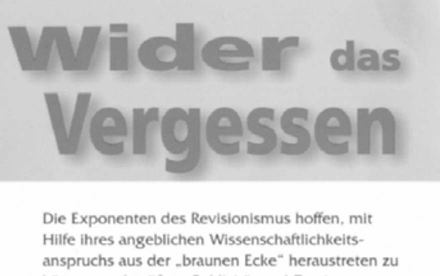
Daß es nicht zu den im »*Revisionismus*«-Pamphlet angedeutete Plünderungen kam, belegte die *Ostfriesen-Zeitung*, zumindest für Ostfriesland:[28]

»Zur Abwehr der Greuelhetze gegen Deutschland im Ausland wurden am 29. März in den meisten Orten Ostfrieslands die jüdischen Geschäfte für einen Tag geschlossen. Wenn sich auch in der Stadt Leer eine merkbare Erregung zeigte, so ist es doch zu keinen Zwischenfällen bei der Aktion gekommen.«

Daß diese Hetze zu diesen Verfolgungen und Leiden der Juden führten, bestätigten vor einigen Jahren torahtreue Juden aus den Vereinigten Staaten:[29]

"Sie [die Zionisten] *forderten eine starke Armee, um sich aus der Verbannung befreien zu können. Aber dadurch, daß sie sich auf die neue, atheistische Verbannungspolitik stürzten,* provozierten und stärkten sie den Antisemitismus in Europa, welcher zum Zweiten Weltkrieg führte und zur Vernichtung des Judentums in Europa.

Alle die großen Rabbiner haben von den Folgen der zionistischen Häresie gewarnt. […] *Wie konnten die zionistischen Führer und der World Jewish Congress* [besteht hauptsächlich aus Zionisten] *die Nerven haben und jüdische Privilegien fordern? Der weltweite Boykott gegen Deutschland im Jahre 1933 und die späteren Erklärungen zum totalen Krieg an Deutschland, veranlaßt von den zionistischen Führern und dem World Jewish Congress, machten Hitler so rasend, daß er drohte, das Judentum zu vernichten. Auf der im Januar 1942 einberufene Wannseekonferenz wurde das Schicksal der Juden beschlossen und somit begann das wirkliche Leiden der Juden. Die Zionisten weigerten sich, diesen zu helfen und blockierten die Versorgung mit Lebensmitteln. Ihr Motto war: „Rak B'Dam" (Nur durch Blut werden wir das Land (Palästina) erhalten).«* (Herv. d. V.)



Wider das Vergessen

Die Exponenten des Revisionismus hoffen, mit Hilfe ihres angeblichen Wissenschaftlichkeitsanspruchs aus der „braunen Ecke" heraustreten zu können und größere Publizität und Zustimmung zu finden. Dabei machen sie sich zunutze, dass das Wissen über den Nationalsozialismus vielfach nur noch bruchstückhaft vorhanden ist. Vor allem Jugendliche sind in Gefahr, der in wissenschaftlichem Gewand daherkommenden Vielzahl von unbewiesenen Behauptungen, Verdrehungen und absurden Thesen zu erliegen.

Es gilt zu verhindern, dass sich der Revisionismus über das politische Ghetto, in das er bisher verbannt war, hinaus verbreitet und damit allmählich „gesellschaftsfähig" wird. Hier kann und darf der Staat nicht untätig bleiben; deshalb

- wurde die Strafbestimmung der Volksverhetzung verschärft,
- ist die Schaffung entsprechender Strafbestimmungen in anderen Ländern notwendig,
- werden revisionistische Straftäter konsequent verfolgt und verurteilt,
- klärt der Staat auf über die Ziele der Revisionisten, über die Haltlosigkeit ihrer Thesen und über die von ihnen geleugneten historischen Tatsachen.

Das Schicksal der vom nationalsozialistischen Unrechtsregime Verfolgten darf weder vergessen noch verdrängt werden. Es muss in lebendiger Erinnerung bleiben, als Mahnung für künftige Generationen.

Das Bayrische Innenministerium, als endverantwortlich für die Broschüre »*Revisionismus*«, ist sich auch nicht zu schade, das „Wannsee-Protokoll", eine wissenschaftlich belegte Fälschung, für ihre Verleumdungszwecke weiter zu zitieren, um die Behauptung von der beabsichtigten Vernichtung der Juden mit dem dazugehörigen sozial-darwinistischen Aspekt aufrechterhalten zu können:

»Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. […] *Der allfällige, endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus anzusprechen ist.* […]

Im Rahmen dieser „Endlösung der Judenfrage" wurden seit 1941 Millionen von Juden systematisch ermordet.« (S.7)

Zur „Wannsee-Konferenz" schrieb der Adenauer-Preis-Träger Prof. Dr. Ernst Nolte:[30]

"Gleichwohl stände es um die etablierte Literatur *besser, wenn sie sich mit den Auffassungen dieser Autoren* [Revisionisten – d.V.…] *sachlich auseinandersetzte, statt immer bloß von „Rechtsradikalen"* [d.h. Kriminellen – d.V.] *zu sprechen. So sind nicht nur gegen das Protokoll, sondern sogar gegen die Tatsache „Wannsee-Konferenz" ernste Zweifel vorgebracht worden, die meines Wissens nirgendwo in der Literatur gründlich erörtert werden. Nicht nur fehlt in der Anwesenheitsliste die wichtigste Person, nämlich Reinhard Heydrich, sondern es ist auch weder die Zeit des Beginns noch diejenige des Endes vermerkt.* […] *Aber es bleibt beklagenswert, daß die* elementarste Regel der Wissenschaft *„audiatur et altera pars" in der* etablierten

Literatur *so weitgehend außer Kraft gesetzt zu sein scheint.* […]

Die Literatur über die „Endlösung“ stammt zum weit überwiegenden Teil von jüdischen Autoren. Sie ist daher begreiflicherweise ganz auf ein einfaches „Täter-Opfer-Schema“ fixiert. […] *Aber andere Aspekte geraten dadurch leicht aus dem Blick und werden oftmals nur in Nebenbemerkungen oder manchmal in aktuell-politischen Auseinandersetzungen zwischen den Autoren greifbar!«* (Herv. d. V.)

Herr Professor Dr. Nolte, die elementarste Regel der Wissenschaft *scheint* nicht außer Kraft gesetzt zu sein, sie *ist* außer Kraft gesetzt!

Erwartungsgemäß blieb der Verfasser des »*Revisionismus*«-Pamphlets auch bei der heiligen Zahl 6 Millionen ermordeter Juden. Dafür bürgt, behauptet er, der ehemalige Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, Wolfgang Benz.[31] Nachdem Benz' Sammelwerk von revisionistischer Seite einer Analyse unterzogen worden war, in der Benz eine fehlerhafte Methode nachgewiesen wird,[32] meinte der Berliner Historiker Prof. Ernst Nolte in einem Privatschreiben an den revisionistischen Autor, daß Benz diese Auseinandersetzung jedenfalls nicht gewonnen habe.[33] Obwohl also wissenschaftlich gesehen nichts entschieden ist, wird allein schon die Bestreitung dieser 6-Millionen-Zahl, die ja dauernd wiederkäut wird, als infam bezeichnet. Sie wurde wieder aktuell durch den Besuch Stoibers in Israel. Stoiber wollte den Juden 6 Millionen schenken, sie empfanden aber die „6“ als eine Diffamierung. Wolfgang Benz sollte doch zumindest wissen, mit welchen ideologischen Scheuklappen an diese Problematik herangegangen wird. Schon 1990, kurz nach der ersten „offiziellen“ Senkung der Opferzahl von Auschwitz, schrieb der polnische Publizist Ernest Skalski darüber, warum man sich aus ideologischer Verblendung heraus »*irrte*« bzw. schlicht log:[34]

»Jetzt scheint gewiß zu sein, was Zeithistorikern schon länger bekannt war: daß es eine bis eineinhalb Millionen Opfer gewesen sind. [...]

Was mich betrifft, empfinde ich als Pole vor allem Verlegenheit, weil die Situation außerordentlich peinlich ist. Der Irrtum, obwohl vor langer Zeit von anderen begangen, bleibt tendenziös. Und es war »unser« Irrtum, wenn mit »uns« Gegner von Faschismus und Rassismus gemeint ist. [...]

Doch er [der Irrtum] *war auch das Werk anderer Mörder, die daran Interesse hatten, die Schuld ihrer Konkurrenten auf dem Gebiet des Völkermordes noch grausiger darzustellen, als sie tatsächlich war.* [...]

Ich gebe zu, daß man manchmal die Wahrheit verheimlichen – also lügen muß, zuweilen sogar aus erhabenen Motiven, etwa aus Mitleid oder aus Feingefühl. Doch immer lohnt es sich zu wissen, warum man das tut, was die jeweilige Abweichung von der Wahrheit bringt. [...]

Wenn auch die Wahrheit nicht immer das Gute ist, so ist viel öfter die Lüge das Böse. [...]«

Hat sich aber seither an der ideologischen Einstellung dieser irrenden Volkspädagogen etwas geändert? Und wenn nein – worauf manches hindeutet –, wie kann man da sicher sein, daß die heute verbreitete Zahl weniger »*geirrt*« ist?

Sybille Steinbacher, eine Mitarbeiterin des Instituts für Zeitgeschichte München, schreibt zur heute verbreiteten Opferzahl von Auschwitz:[35]

»Die Diskussion um die Zahl der Opfer, die trotz aller notwendigen Detailtreue nicht zu Unrecht als „Leichenarithmetik“ kritisiert wurde, kann seit der letzten Ausgabe der Studie von Franciszek Piper von 1993 als abgeschlossen, die Zahl von 1,1 Mill. Toten als gesichert gelten; noch in der zwei Jahre zuvor erschienenen Ausgabe hatte Piper an vier Millionen Toten festgehalten.«

Eigentlich sollte jede Lüge, die man in dieser Sache zuzugeben sich gezwungen sah, zur Vorsicht mahnen bezüglich neuer dogmatischer Behauptungen von »*gesicherten Zahlen*« und »*abgeschlossenen Diskussionen*«. Aber die neue Opferzahl wurde wieder flugs in Stein gegossen, sowohl in Auschwitz im dortigen neuen Mahnmal, wie offenbar auch in den Köpfer der etablierten Historiker. Den Lesern von *VffG* wird aber dank der Artikel von Prof. Faurisson[36] und Werner Rademacher[37] nicht entgangen sein, daß die offiziöse Opferzahl von Auschwitz auch diesmal alles andere als »*gesichert*« ist. Ein neues Aufflammen der Diskussion ist daher wohl nur eine Frage der Stabilität herrschender Machtverhältnisse, wie es ja bereits 1990 der Fall war, als die Auschwitzer 4-Millionen-Zahl wegen des Sturzes des Kommunismus plötzlich zur „Diskussion“ stand.

Mit welchem Recht also erhebt eine staatliche Institution eine bestimmte, temporär für (moralisch) richtig gehaltene Opferzahl eines bestimmten historischen Ereignisses zu einer moralisch unanzweifelbaren Gewißheit?

Hier mag es vielleicht angebracht sein, solche Horrormeldungen aus der Nachkriegszeit zu zitieren, die heute noch im Umgang sind. So schrieb die *Berner Tagewacht* am 24.10.1945 in fetten Lettern:

»Hitler-Deutschland – In der Welt voran!

Wie der Pariser Korrespondent der „News Chronicle“ meldet, sind laut amtlichen Zahlen, auf die Untersuchungsbeamte der französischen Regierung gekommen sind, in allen deutschen Konzentrationslagern 26 Millionen Menschen ermordet worden.

Die meisten davon wurden in Dachau getötet. Durchschnittlich wurden dort täglich 12 000 bis 15 000 umgebracht. Wie der Korrespondent hinzufügt, hatten die Hinrichtungsmänner in Dachau am 10.7.1944 ein Trinkgelage, um ihren Rekord zu feiern, an dem einen Tag wurden 24 000 Männer, Frauen und Kinder ermordet.«

Eine andere Schweizer Zeitung schriebt 1946:[38]

»Es ergibt sich also nach dieser Aufstellung, die zwar leider nicht auf neuen amtlichen Zahlen beruht, deren Grundzahlen aber durchwegs von offizieller Seite stammen, daß alles in allem weniger *als 1,5 Millionen Juden vorläufig als „tot* oder *vermißt" bezeichnet werden müssen.«*

Nun sind Tageszeitungen grundsätzlich keine zuverlässige Quelle für historische Tatsachen. Sie sind aber zumindest eine zuverlässige historische Quelle für den herrschenden Zeitgeist, und der scheint mit Opferzahlen umzugehen, wie es ihm gerade politisch in den Kram paßt.

Interessant ist auch zu wissen, woher Wiesenthal seine Zahlen hat, da er sie nicht belegen konnte. Der israelische Historiker Yehuda Bauer berichtete, daß Wiesenthal ihm in einem privaten Gespräch mitteilte, daß er diese Zahl erfunden hat.[39]

Im »*Revisionismus*«-Faltblatt heißt es weiter:

»Das rechtsextremistische Lager ist sich weitgehend darin einig, daß das deutsche Volk in wesentlichen Fragen seiner jüngeren Geschichte rehabilitiert werden müsse. […] *In der Verfolgung ihres Ziels, das nationalsozialistische Unrechtsregime aufzuwerten, müssen die rechtsextremistischen Revisionisten freilich Regeln der kritischen Geschichtswissenschaft mißachten und Forschungsergebnisse negieren, die nicht ihrem vorgefaßten Geschichtsbild entsprechen.«*

Eine unglaubliche Frechheit und Unverschämtheit obendrein, zu behaupten, die Revisionisten würden die Regeln der kritischen Geschichtswissenschaft mißachten und die Forschungsergebnisse negieren. Hier muß ich mich wiederholen: George Orwell läßt grüßen! Wer erzwingt denn die Einschränkung der Forschung und verbietet – und negiert somit – die Veröffentlichung der Ergebnisse, wenn nicht die BRD-Justiz unter Mitwirkung der christlich bayrischen Staatsregierung? So bei der Erweiterung des Art. 130 StGB am 1.12.1994? Was diese etablierten Hofjuristen und -historiker selber tun, unterstellen sie einfach den Revisionisten. Siehe das oben angeführte Zitat von Professor Ernst Nolte, den Artikel von Dr. Hartmut Hoffmann und Karl Schlögel.

Ist diesen christlichen Politikern nicht bekannt, was der Papst anläßlich des 18. Welttages der sozialen Kommunikationsmittel im Juni 1984 sagte:

»Eure Information lasse sich stets von Kriterien der Wahrheit und Gerechtigkeit leiten, wobei Ihr es als eure Pflicht betrachten müßt, richtigzustellen und wiedergutzumachen, wenn Euch ein Irrtum unterlaufen ist.«

War es nicht der frühere US-Präsident Reagan, der beim Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg am 5.5.1985 sagte:

»Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen worden und zu Unrecht auferlegt.«

Und der amerikanische Publizist und zeitweilige Kandidat für das Amt des Präsidenten, Patrick Buchanan, schrieb vor einiger Zeit in der *Washington Times*:

»Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben; die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde.«

Der US-Diplomat George Kennan meinte 1968:

»Wenn die Geschichte über die Grausamkeiten dieses Krieges ihr Urteil fällt, wird sie zwischen Siegern und Besiegten nicht mehr unterscheiden.«

Er ahnte ja noch nicht, und wer hätte es für möglich gehalten, daß in der freiesten Republik der deutschen Geschichte Schreib- und Publikationsverbote eingeführt werden.

Der US-Historiker Possony kommt in der Zusammenfassung in seinem Buch zu folgender Einsicht:[40]

»Wenn man also über die Ursprünge der beiden Weltkriege ehrlich und endgültig Klarheit schaffen will*, so müßte man eine internationale Historikerkommission einsetzen und in allen beteiligten Ländern die Dokumente, welcher Art sie auch immer sein mögen, freigeben.«* (Hervh. d. V.)

Während das „Heilige Offizium" (der Vatikan) seine Akten in bezug auf die Juden freigegeben hat, ist die Sperre für die Rudolf Heß- und Tylor-Kent-Akten[41] bis zum Jahre 2017 verlängert worden. Dies allein schon spricht dafür, daß Wichtiges über den Kriegsausbruch verheimlicht werden muß!

Daß es sich bei diesem US-Historiker um keinen Amateurhistoriker handelt, wie bei Revisionisten so gern unterstellt wird, geht an den Dankesworten an die Mitarbeiter Possonys hervor:[42]

»Das Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln hat grundlegend zu diesem Buch beigetragen. Dr. Werner Kaltefleiter gebührt mein Dank für die ursprüngliche Anregung, eine Schrift über Kriegsschuld zu verfassen.

Prof. Ferdinand A. Hermens, Direktor des Instituts, gab mir durch seine Bereitwilligkeit, das Buch in seiner Schriftenreihe aufzunehmen, den nötigen Ansporn zur Ausdauer. Er hat mir bei den Schwierigkeiten bei der Schaffenszeit mit einer Reihe kritischer Anregungen beistanden.

Dr. Fritz Werr, ebenfalls im Kölner Institut, übernahm die schwierige Aufgabe, das Manuskript detailkritisch zu prüfen, es sprachlich zu verbessern und den Text für den Druck vorzubereiten.

Die Unterstützung der Hoover Institution on War, Revolution and Peace, stellte eine unerläßliche Vorbedingung zur Vollendung des Buches dar. Ich bin Dr. W. Glenn Campbell, dem Direktor der Hoover Institution, für seine Förderung und für sein Verständnis für meine Arbeit aufs tiefste verpflichtet.

Mein Mitarbeiter an der Hoover Institution, Professor Julius Eppstein, hat mich bei der Quellenforschung und der inhaltlichen Analyse mit gutem Rat und eifriger Tat initiativ und wirksam unterstützt. Den vielen Stunden, die er der Beschaffung längst vergessener und schwer auffindbarer Dokumente widmete, verdanke ich die zeitgerechte Fertigstellung meines Manuskriptes.

Mit Professor Robert Strausz-Hupe, Direktor des Foreign Policy Research Institut Philadelphia, Pa., habe ich die Themen dieses Buches seit vielen Jahren ausgiebig diskutiert. Sein scharfer Blick und seine persönlichen Kenntnisse vieler der dramatis personae haben mir immer wieder neue Einsichten vermittelt.«

Schon Kurt Schumacher, der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ahnte etwas von diesen auf uns zukommenden Verleumdungen. In einer Rede in Iserlohen auf der Alexanderhöhe am 1.3.1947 sagte er:

»Demokratie ist nicht die uneingeschränkte Freiheit, zu lügen und zu verleumden. Die Leute, die uns die Ehre abschneiden, die so lügen und verleumden, die zahlen drauf.«

Bei seinem Besuch in der Westzone sagte der ehemalige Reichskanzler Brüning, der ja wirklich wußte, was auf dieser Welt gespielt wurde und wird, in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*:[43]

»Er habe während des letzten Jahrzehnts zuviel Kenntnis von dem sittlichen Verfall im öffentlichen und privaten Bereich in allen Bezirken der Welt erhalten, als daß er noch geneigt sei, Deutschland in dieser Hinsicht isoliert zu betrachten. Die moralische Vereisung gebe zwar niemanden einen Freibrief, aber es sei pharisäisch, inmitten einer Weltentwicklung ein einzelnes Volk zum alleinigen Sündenbock zu machen!«

Aber unsere etablierten Minister und Politiker, unsere Gutmenschen, unsere Anständigen, eingeschlossen die christlichen, die sogar behaupten, stolz auf Deutschland zu sein (Stoiber u. Goppel), scheuen sich nicht, in pharisäischer Weise eine solche Schrift zu veröffentlichen, Dreck auf unser Vaterland und auf unser Volk zu werfen, um es dann zu verleumden.

Auch Otto von Habsburg empfindet Ekel über diese Leute. Er sagte in einem Interview:[44]

Wachsamkeit – Preis der Freiheit

Den Wert eines Gutes erkennt man häufig erst, wenn man es verloren hat. Das gilt für die Gesundheit ebenso wie für die persönliche Freiheit. Für uns ist es selbstverständlich, frei unsere Meinung zu sagen, frei zu wählen, frei zu reisen. Dass dies aber nicht immer selbstverständlich ist, zeigen NS-Diktatur und das Unrechtsregime in der ehemaligen DDR.

Das hohe Gut der Freiheit und der Demokratie müssen wir jeden Tag neu erringen und gegen Verfassungsfeinde von links wie von rechts verteidigen. Dazu müssen wir die Extremisten und ihre wahren Ziele erkennen. Deshalb haben die Verfassungsschutzbehörden die gesetzliche Aufgabe, extremistische Bestrebungen zu beobachten, Verfassungsfeinde öffentlich zu entlarven und deren Ziele darzustellen.

Mit diesem Faltblatt aus der Reihe „SCHÜTZT UNSERE DEMOKRATIE" wollen wir Sie über extremistische Bestrebungen informieren. Damit Sie Extremisten erkennen und ihnen eine eindeutige Absage erteilen können. Es geht um Ihre Freiheit und um Ihre Sicherheit.

Die Faltblattreihe erscheint im Rahmen einer Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Gewalt. Wenn Sie mehr über den Revisionismus wissen wollen, dann schreiben Sie an

Bayerisches Staatsministerium des Innern
- Stichwort: Verfassungsschutz -
Odeonsplatz 3, 80539 München

oder informieren Sie sich im Internet unter den Adressen

http://www.innenministerium.bayern.de
http://www.verfassungsschutz.bayern.de

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München
Druck: WILLMY, Nürnberg / Gedruckt auf Recyclingpapier / Fotos: Süddeutscher Verlag - Bilderdienst

»Es gibt nichts Unerträglicheres als diesen Typen des Sühnedeutschen, der nichts anderes tut, als auf den Knien herumzurutschen, um die Welt um Verzeihung zu bitten, daß er existiert.«

Ernst Wichert, der im Konzentrationslager saß (wie auch Schumacher), schrieb (Manuskript im Besitz des Verfassers):

»Wir hatten einmal ein Vaterland, das hieß Deutschland. Es ist leicht, den Stab zu brechen über ein ganzes Volk. […] *Ihr sollt die Wahrheit wieder ausgraben und das Recht und die Freiheit und vor den Augen der Kinder die Bilder wieder aufrichten, zu denen die Besten aller Zeiten empor geblickt haben aus dem Staub ihres schweren Weges.«*

Der US-Generalkonsul in Wien, John Gaffrey, schrieb:[45]

»Wenn ich einen Tropfen deutschen Blutes in den Adern hätte, so würde ich keine Nacht mehr Ruhe finden, bis von meinem Vaterland der Vorwurf genommen wäre, der es der furchtbarsten Verbrechen der Weltgeschichte schuldig erklärt, obwohl es für den Ausbruch des II. Weltkrieges durchaus nicht allein verantwortlich war.«

Da ich nicht nur einen Tropfen deutschen Blutes in meinen Adern habe, geht es mir wie Heinrich Heine:

»Wenn ich an Deutschland denke in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht.«

Da ich mich als Deutscher fühle, und »*trotz allem, allem, was geschehen*« (Matthäi), auf Deutschland und auf die gemeinschaftlichen Leistungen des deutschen Volkes stolz bin, schreibe ich diese Zeilen.

Ich finde es unerträglich, von unseren Vasallen, die wir bezahlen müssen, immer zu hören, daß sich die Deutschen gewissermaßen mit Lust als die großen, einzigen Verbrecher und Sünder der Weltgeschichte hinstellen müssen – und dies in einer Welt voller täglicher größter Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Man kann dies auch als pervertierten Nationalismus, als Nationalmasochismus, als neurotische Reinigung, ja sogar als perverse Zurschaustellung betrachten. Dies steigert sich seit 1945 unaufhörlich. Merkwürdigerweise immer mehr mit zeitlich zunehmendem Abstand von den in Frage kommenden Ereignissen. So konnte man kürzlich im *Kemptner Kreis-Bote* lesen, daß Gebirgsjäger in Jugoslawien Frauen vergewaltigt und dann ermordet haben. Man schämt sich heute nicht, die vermeintlichen Sünden der Eltern und Großeltern zu vermarkten. Es ist eine Leichenfledderei ohnegleichen, über die armen Toten herzufallen, die sich nicht mehr wehren können – und andere dürfen es nicht. Nach meinen Kenntnissen der Geschichte ist dies einzigartig (singulär) in der Weltgeschichte. Dieser geistig verkommene Zustand in dieser freiheitlichsten Republik der deutschen Geschichte ödet mich an. Was mir bleibt, ich kann es nicht anders sagen, ist Verachtung für diese etablierten BRD-Politiker und für dieses verlogene System.

Zum Abschluß schrieb der Verfasser dieser Schmähschrift »*Revisionismus*«:

»Das Schicksal der vom nationalsozialistischen Unrechtsregime Verfolgten darf weder vergessen noch verdrängt werden.«

Dem schließe ich mich an. Es darf aber auch nicht vergessen und verdrängt werden, warum und wie es dazu gekommen ist, und es muß auch erlaubt sein darüber zu schreiben, wer die wirklichen Verursacher zu diesen Verbrechen waren und was dem deutschen Volk angetan wurde. Ich möchte noch einmal auf das Geleitwort von Kardinal Frings hinweisen, damit es beherzigt wird:

»Die Lüge stiftet unermeßliches Unheil in der Welt!«

Anmerkungen

1. Bayr. Staatsministerium des Inneren (Hg.), *Revisionismus, Der Verfassungsschutz informiert*, München 2001
2. Karl Schlögel, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.2.1998
3. Rudi Zornig, »*Zum Gedenken an Werner Pfeifenberger*«, *VffG* 4(2) (2000), S. 127-130.
4. Karl Lackner, *Strafgesetzbuch*, 21. Auflage, München 1995
5. Theo Leckner, *Strafgesetzbuch*, 25 Auflage, München, S. 1111
6. Hartmut Hoffmann, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.2.1994
7. *Dagens Nyheter*, 18.4.1992
8. *Svenska Dagbladet*, 29.8.1993
9. *Süddeutsche Zeitung*, 28.1.2000
10. *Dagens Nyheter*, 25.1.2000
11. »*Das linke Auge sieht nur, was das rechte tut*«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.4.01
12. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.4.2001
13. US-Völkerrechtler Professor Dr. Alfred de Zayas in *Ostpreußenblatt*, 4.12.1999
14. Bohumil Dolezal, Prof. an der Universität Prag, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.3.2001
15. Chaim Bermant, *Australian Jewish News*, 28.2.1997
16. Fritz Stern, jüdischer Professor, in seiner Dankrede für den Preis des

Deutschen Buchhandels

[17] Prof. Peter Graf Kielmansegg, »*Fremde Federn*«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.3.00

[18] K.J. Rosmanith, MdB, in einem Brief an den Vorsitzenden des Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Dr. Alfred Schickel

[19] *Weltbühne*, Nr. 30/1927

[20] »*Keine Nachdruck-Freigabe für Hitlers „Mein Kampf“*«, *Focus*, 37/1995, S. 136

[21] Th. Heuss, *Hitlers Weg*, Neuauflage, Tübingen 1968, Einleitung von Prof. Jäckel S. XY-X

[22] R. Zittelmann, *Hitler – Selbstverständnis eines Revolutionärs*, S. 30

[23] *Daily Express*, 24.3.1933

[24] *New York Times*, 7.8.1933

[25] H. Brüning, *Briefe und Gespräche 1934 - 1945*, Stuttgart 1974, S. 162

[26] Erzbischöfliches Archiv München, Nachlaß Faulhaber Nr. 8358

[27] *Schongauer Nachrichten*, 1.4.1939

[28] *Ostfriesen Zeitung*, 30.3.1933

[29] Rabbi Schwartz, *New York Times*, 30.9.1997

[30] E. Nolte, *Der Europäische Bürgerkrieg 1917 - 1945*, Frankfurt/M 1987, S. 592 f Anm. 26 u. 29

[31] W. Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords*, Oldenbourg, München 1991.

[32] Germar Rudolf, »*Statistisches über die Holocaust-Opfer. W. Benz und W.N. Sanning im Vergleich*«, in: Ernst Gauss, (Hg.), *Grundlagen zur Zeitgeschichte*, Grabert, Tübingen 994, S. 141-168

[33] Schreiben Prof. Nolte an G. Rudolf.

[34] »*Ich empfinde Verlegenheit*«, *Der Spiegel*, Nr. 30/1990, S. 111.

[35] Sybille Steinbacher, *„Musterstadt“ Auschwitz*, Hg. IfZ München, 2000, Bd.2, vor S. 8, Anm. 1

[36] »*Wieviele Tote gab es im KL Auschwitz?*«,*Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung* 3(3) (1999), 268-272.

[37] »*Die Wandlungen der Totenzahl von Auschwitz*«, ebenda, S. 256-267.

[38] *Basler Nachrichten*, »*Wie hoch ist die Zahl der jüdischen Opfer*«, 13.6.1946

[39] Peter Novick, *The Holocaust in American Life*, S. 215

[40] George Kennan, amerik. Diplomat und Historiker, *Memoiren eines Diplomaten*, Stuttgart 1968

[41] Vgl. die Beiträge von Keith Stimely, Mark Weber und Tyler G. Kent in *VffG* 5(1) (2001), S. 36-53.

[42] Stefan T. Possony, Leiter der Hoover Institution on War, Revolution and Peace, *Zur Bewältigung der Kriegsschuldfrage*, Köln 1968, S. 336

[43] Dr. Heinrich Brüning in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, 21.8.1948

[44] *Münchner Merkur*, 15.6.1989

[45] *Jahrbuch 1990 der Deutschen Fallschirmjäger*

Die politische Romantik des Holocaust

Elie Wiesel einmal anders betrachtet

Von Markus Springer

Sein Mangel an forensischer Evidenz macht es schwierig, den Holocaust als real existierendes, politisches Phänomen zu erfassen. Es scheint, daß, wenigstens vorläufig, keine ganzheitliche Erklärung dieses ideologische Konstrukt erschöpfend rationialisieren kann. Partielle Auslegungsmuster können jedoch bestimmte Ausdrucksformen und Erscheinungen des Holocaust sinnvoll interpretieren. Die Betrachtung des autobiographischen Werkes Eliezer Wiesels aus der Perspektive der politischen Romantik machen die literarischen Inhalte und Aussagen des Autors zwar nicht vernunftmäßig verständlich, aber aus einem geistesgeschichtlichen Zusammenhang heraus erklärbar.

Man kann die Romantik als eine sich gegen den Rationalismus des 18. Jahrhunderts richtende Kulturbewegung auffassen. Das Ich des Romantikers setzt sich selbst absolut und nihiliert die Gesetzmäßigkeit der Natur. Das subjektivierte Ich ist der Realität der Außenwelt nicht verpflichtet, sondern emaniert aus gefühlsmäßigen Eindrücken heraus eine modifizierbare Welt. In seiner Autobiographie *Alle Flüsse fließen ins Meer* beschreibt Wiesel folgende Parallelwelt:

> *»Meine Verblüffung zum Beispiel, als ich eine Zeit außerhalb der Zeit eine andere Welt neben der Welt, eine Schöpfung in der Schöpfung entdeckte, die ihre eigenen Gesetze, Gebräuche, Sitten, Strukturen und eine eigene Sprache hat. In dieser Welt leben Menschen nur um zu töten, und andere nur, um zu sterben. Und das System funktioniert mit einer beispiellosen Leistungsfähigkeit. Die Peiniger martern und zermartern die ihnen Ausgelieferten, die Folterknechte quälen Menschen, die sie nie zuvor gesehen haben, die Mörder töten ihre Opfer, ohne sie auch nur eines Blickes zu würdigen, Flammen steigen in den Himmel, und nichts kann dieses Räderwerk stoppen, als liefe dies nach einem Plan, der seit Anbeginn aller Zeiten in Kraft ist.«*[1]

Das Wesentliche an der geistigen Situation des Romantikers ist der Subjektivismus seiner Persönlichkeit. In der Rolle des Weltschöpfers kann er die Realität aus sich selbst heraus produzieren. Als Demiurg eigener Lebenswelten dient ihm die vorgegebene Wirklichkeit nur als geistiges Instrument, die Souveränität seines Ichs zu steigern.

> *»Weil ein Geschehen uns sinnlos erscheint, müssen wir ihm einen Sinn geben. Weil wir unsere Zukunft nicht in den Händen halten, müssen wir sie schaffen.«*[2]

Die Wirklichkeit ist auf ihre Faktizität beschränkt. Das romantische Subjekt stellt die Möglichkeit über die Wirklichkeit und schafft sich damit notwendige Spielräume. Nicht die abstrakte Form ist leer, sondern der konkrete Inhalt. Mit dem Stilmittel des Traumes kann der Romantiker den Widerspruch zwischen rationaler Begrenztheit und der Fülle irrationaler Möglichkeiten überwinden.

> »*Birkenau gibt es nur im Traum, nur im Traum steht der riesige Altar, wo die Dämonen des Feuers unser Volk verschlingen. Du träumst einen bösen Traum Gottes, in dem menschliche Wesen jüdische Kinder bei lebendigem Leib in die Flammen werfen, die aus offenen Gruben* emporlodern.«[3]

Die Wahrung der Möglichkeitsfülle läßt keine endgültige Festlegung zu. Das Definitivum einer Aussage zerstört die Unbestimmtheit der Möglichkeiten. Im Stil einer Selbstvergegenwärtigung nimmt Wiesel auf die literarische Funktion des Schweigens Bezug:

> *»Dann sag uns doch, wie du in der Sprache des Schweigens Geheimnisse offenbaren willst, die zwangsläufig unergründbar sind, denn sonst wären es schließlich keine Geheimnisse. Wie willst du Wahrheiten vermitteln, die nach deinen eigenen Worten in einem Bereich liegen, der dem menschlichen Verstand für immer und ewig verschlossen*

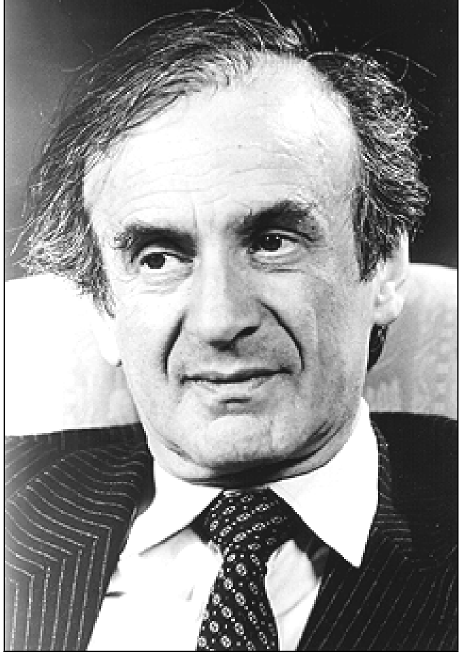
bleibt? Man sagt über Rabbi Mendel von Kotzk, er habe selbst beim Sprechen noch geschwiegen. Gibt es eine Sprache, die ein anderes Schweigen enthält, ein Schweigen, das durch die Sprache Gestalt annimmt und vertieft wird?«[4]

In den Bereich des Nicht-zu-Beschreibenden gehören für Wiesel vor allem die behaupteten Kammern zur massenhaften Tötung von Menschen durch Giftgas.

*»Es ist besser, die Gaskammern bleiben vor neugierigen Blicken verschlossen. Auch die Vorstellungskraft sollte vor ihnen haltmachen. Nie wird man erfahren, was sich hinter den Stahltüren ab*spielte.«[5]

Wiesels Holocaust droht sich immer wieder als pseudoreligiöses Absolutum jeglicher literarischen Bearbeitung zu entziehen.

»*Jedes Buch ist für m*ich *das erste und das letzte. Es ist wie mit Auschwitz: Jedes Wort, das versucht, die Wirklichkeit von Auschwitz zu erfassen, bedeutet ei*n*en Bruch und Scheitern. Wohin mit all der Erfahrung? Wie kann man zugleich über die Verzweiflung schreiben und gegen die Verzweiflung ankämpfen? Kann ein Mensch anders vom Schweigen Gottes reden als durch Schweigen? Muß man Zeugnis ablegen, um eine Spur zu hinterlassen? Für wen? Wozu? Sie wird doch von niemandem entziffert werden. Und trotzdem.*«[6]



Elie Wiesel

Die äußere Welt und die historische Wirklichkeit ist für die romantische Leistung nur insofern von Interesse, als sie Ausgang einer subjektiven Verarbeitung sein kann: das gegebene Faktum wird nicht in einem politischen, historischen, rechtlichen oder moralischen Zusammenhang sachlich betrachtet, sondern ist Gegenstand ästhetisch-gefühlsmäßigen Interesses, etwas, woran der romantische Enthusiasmus sich entzündet. Für eine derartige Produktivität liegt das, worauf es ihr ankommt, so sehr im Subjektiven, in dem, was das romantische Ich aus Eigenem hinzu tut, daß von einem Objekt nicht mehr gesprochen werden kann, weil der Gegenstand zum bloßen Anlaß oder Vehikel, zur occasio, wird. Die Hingabe an dieses romantische Schaffen enthält den bewußten Verzicht auf ein adäquates Verhältnis zur äußeren, sichtbaren Welt. Alles Reale ist nur ein Anlaß. Das Objekt ist ein Punkt, um den das romantische Phantasiespiel schwebt. Dieses Konkrete bleibt als Anknüpfungspunkt vorhanden, aber in keiner kommensurablen Beziehung zu der allein wesentlichen romantischen Abschweifung.

In Wiesels Prosa verbindet sich das biographische Erleben der Verschickung und der Beschwernisse in den Konzentrationslagern Auschwitz und Buchenwald mit dem übersteigerten Leid eines Ausgegrenztenschicksals. Wo Wiesel sein Schweigen bricht, enthüllt sich dem Leser naturgesetzlich Unmögliches, komisch Absurdes und einmal auch eine bizarre Lüsternheit. Im Gegensatz zu den Flammen aus Krematorienschornsteinen hat Wiesel die Schilderung des Paarungsverhaltens seiner Glaubensgenossen im Deportationswaggon widerrufen.

»Dann wurde die Hitze unerträglich. Befreit von aller Kontrolle der Umwelt gaben die Jungen hemmungslos ihren Trieben nach und paarten sich im Schutze der Nacht mitten unter uns, ohne die geringste Rücksicht zu nehmen, als seien sie allein auf der Welt. Die anderen taten so, als sähen sie nichts.«[7]

Romantische Ironie beruht auf dem Gefühl der Unvereinbarkeit des Bedingten mit dem Unbedingten. Da Wiesel seine fiktiven Lebenswelten nicht als solche erkennt, kann sich Ironie bei ihm nicht entwickeln. Seine Überspitzungen sind kein berechneter Spott auf tatsächliche Zustände, sondern ungewollt komische

Auswüchse seiner Rage.

»Wie könnte man auch jenen rabbinischen Richter jemals vergessen, der die Ankunft eines Transports aus Bendin beschrieben hat. Ein Rabbiner begann in der Gaskammer zu tanzen und zu singen. Diesen kleinen Abschnitt lese ich immer wieder, und jedesmal möchte ich... Nein, ich weiß nicht, was ich möchte. Vielleicht aufhören zu singen?«[8]

Auschwitz kristallisiert bei Wiesel zum Fixpunkt der Geschichte. Im Holocaust verbinden sich Vergangenheit und Zukunft. Das Universum ist jetzt eine Verlängerung der Shoah, und umgekehrt, die Shoah eine Kurzfassung des Universums.

»Ich glaube, an jenem Tag zu erstenmal an das Geheimnis des Bösen gerührt zu haben, dessen Offenbarung das Ende der einen und der Anfang einer neuen Zeit bedeutet.«[9]

Würde Wiesel mit seiner Auflösung der Wirklichkeit, mit der spielerischen Zauberei seiner Phantasie in der eigenen Sphäre verbleiben, so wäre sie in der Geschlossenheit ihres Kreises unwiderlegbar. Mit dem Holocaust wäre ein Begriff ohne inhaltliche Grenzen gefunden, der eine Fülle assoziativer Möglichkeiten und Affekte wahrt. Der Revisionismus hat Eliezer Wiesel jedoch diesen Weg der romantischen Herrschaft über die Realität verbaut.

Anmerkungen

1. Elie Wiesel, *Alle Flüsse fließen ins Meer. Autobiographie*, 2. Auflage, Hoffmann und Campe, Hamburg 1997, S. 121.
2. Ebenda, S. 31.
3. Ebenda, S. 119.
4. Ebenda, S. 30.
5. Ebenda, S. 114.
6. Ebenda, S. 492.
7. Ders., *Die Nacht zu begraben, Elischa*, Bechtle Verlag, München und Esslingen a/N 1962, S. 37f.
8. Ders., *...und das Meer wird nicht voll. Autobiographie*, Hoffmann und Campe, Hamburg 1999, S. 292.
9. Ders., aaO. (Anm. 7), S. 9.

Zur Forschung und Ausgrenzung von Jürgen Spanuth

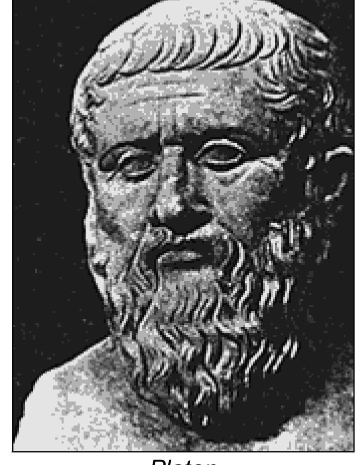
Ist das sagenhafte Atlantis enträtselt?

Von Rudolf Czeppan

Durch die in den *Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung* erschienenen eingehenden Untersuchungen zu ungeklärten, nur gerichtsnotorisch beantworteten Fragen der deutschen Vergangenheit wurde es möglich, sich ein vollständiges, bis in Einzelheiten gehendes objektives Bild von gewissen Ereignissen in der damaligen Zeit zu machen.
In Heft 4/1999 wurde von einem Vorfall berichtet., der diesmal die amerikanische Geschichte betrifft und aufzeigt, daß man auch dort, sogar von Staats wegen, an der Aufklärung der eigenen Ursprungsgeschichte nicht interessiert ist. Der überraschende Fund eines 9400 Jahre alten Skelettes europäischer Abstammung wurde von der amerikanischen Regierung beschlagnahmt und die Fundstelle vernichtet. Offenbar paßt der weiße Urahn Amerikas nicht in die Neue Weltordnung.
Dieser Beitrag beschäftigt sich mit einem ähnlich gelagerten Fall, nämlich der Unterdrückung der Forschungsergebnisse von Jürgen Spanuth zur einer vorgeschichtlichen Frage, die viele Forscher seit Jahrhunderten beschäftigt: Hat es das sagenhafte Atlantis jemals gegeben, und wenn, wo lag es?

Ein weiterer Fall geschichtswissenschaftlicher Ausgrenzung

Es sind neue, revolutionierende Erkenntnisse über die Entstehungsgeschichte unseres Abendlandes, die der nordfriesische Pastor Jürgen Spanuth bei seiner unermüdlichen Suche noch Atlantis, dem „größten Rätsel der Weltgeschichte" gewonnen hat. Spanuth konnte dieses Rätsel wissenschaftlich einwandfrei lösen: Atlantis war das hochentwikkelte Kulturzentrum der nordeuropäischen Bronzezeit und ging um 1200 v.d.Ztr. durch den Sturz eines riesigen Planetoiden in die Nordsee bei Helgoland unter. Obwohl dieses Katastrophenereignis auch andere Teile der Welt betroffen hatte, überall gut überliefert und auch geologisch nachweisbar ist, wird es von der offiziellen akademischen Lobby einfach bestritten. Zuerst möchte ich einen Überblick geben über dieses ganz neue Geschichtsbild, das Spanuth in sieben gut lesbaren, überzeugend geschriebenen wissenschaftlichen Büchern veröffentlicht hat. Sodann werde ich auf die schändliche Reaktion der akademischen Phalanx näher eingehen.



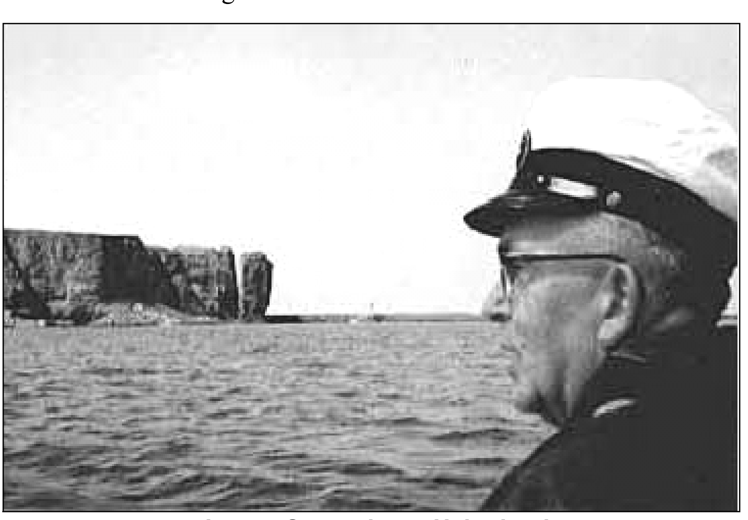
Platon

Die Herkunft des Atlantisberichtes

Der Kern- und Ausgangspunkt aller Atlantisforschung ist der Atlantisbericht des großen griechischen Philosophen Platon. Darauf stützen sich sämtliche angeblich 20.000 Autoren, die seither über dieses „größte Rätsel der Weltgeschichte" geschrieben haben und Atlantis an allen erdenklichen Orten der Welt und zu den unterschiedlichsten Zeiten haben untergehen lassen.
Die Unterlagen zu diesem Atlantisbericht stammen eigentlich von Solon, dem großen Staatsmann und Gesetzgeber Athens, der von 570-560 v.d.Z. in Ägypten weilte, um dort „die Kunde vergangener Zeiten" zu studieren.
Die ägyptischen Priester übersetzten dem Solon alte Papyrusrollen und Tempelinschriften ins Griechische und weckten sein Interesse u.a. auch für eine angebliche Heldentat seiner Vaterstadt Athen in alter Zeit und sagten:

> *»Ihr Griechen seid wie die Kinder, weil ihr nichts wißt über eure Geschichte!«*

Solon notierte sich, was die Priester ihm über diese Heldentat und den ganzen Zusammenhang damit erzählt haben und wollte nach seiner Rückkehr aus Ägypten ein großes Epos darüber schreiben. Das wäre der ursprüngliche Atlantisbericht geworden. Solons Aufzeichnungen blieben aber eineinhalb Jahrhunderte liegen und gelangten über etliche Mittelsmänner in die Hand von Kritias dem Jüngeren, der sie bei einem von Sokrates veranstalteten Lehrgespräch vortrug. Der dabei anwesende Platon nahm diesen Bericht in seine Dialoge Kritias und Timaios auf, und weil wir das Glück haben, daß uns die meisten Werke Platons erhalten sind, ist uns auch dieser Bericht, der sog. Atlantisbericht, erhalten.
So ist es einer ganzen Reihe glücklicher Zufälle zu verdanken, daß dieser zweieinhalb Jahrtausende alte Atlantisbericht überhaupt auf uns gekommen ist und in unseren Tagen für Spanuth der Schlüssel werden konnte, das Tor zu unserer alten Geschichte aufzusperren. Auch dieser letzte Abschnitt ist noch abenteuerlich genug und kann, wenn man so will, schicksalhaft genannt werden.



Jürgen Spanuth vor Helgoland

Der Atlantisforscher Jürgen Spanuth

Jürgen Spanuth wurde als Sohn des Superintendenten der protestantischen Kirche in Leoben (Österreich) 1907 geboren. Als er als Schüler des Leobener Gymnasiums als Griechisch-Matura-Hausarbeit den Atlantisbericht Platons zu übersetzen und zu kommentieren bekam, hielt er ihn für solch einen Unsinn, daß er um Zuteilung eines anderen Themas bat. Das war dann „Der Schild des Achilles" aus der Ilias. Der Atlantisbericht aber sollte Spanuth nie mehr loslassen!

Schon während seiner Theologie- und Archäologiestudien an den Universitäten von Wien, Tübingen, Berlin und Kiel stieß der erstaunte Student immer wieder auf Fakten, die auch im Atlantisbericht erwähnt werden, dort zwar in eine unmögliche Zeit datiert sind, 9000 Jahre vor Solon(!), sonst aber verblüffende Übereinstimmungen aufweisen. Die richtige Datierung bekam Spanuth später dadurch heraus, daß er die schon bekannte Tatsache auf den Atlantisbericht anwendete, daß nämlich die ägyptischen Priester nicht nach Jahren, sondern nach Monaten rechneten. Wir gelangen somit in die ausgehende Bronzezeit um 1200 v.d.Z., wo all die Angaben des Atlantisberichts erst möglich und sinnvoll werden, wie z. B. eine Stadt Athen, Bronzeschwerter oder gar das erste Eisen.

Eine weitere glückliche Fügung des Schicksals war, daß Spanuth von der Vikarstelle in Wiener Neustadt, die er als Pastor zunächst innehatte, nach Bordelum in Nordfriesland berufen wurde, also mitten hinein in das Gebiet, das er dann als in unmittelbarer Nachbarschaft der untergegangenen Königsinsel von Atlantis gelegen erkannt hatte.



Jürgen Spanuth vor der Tempelwand von Medinet Habu (Ägypten)

Der Atlantisbericht

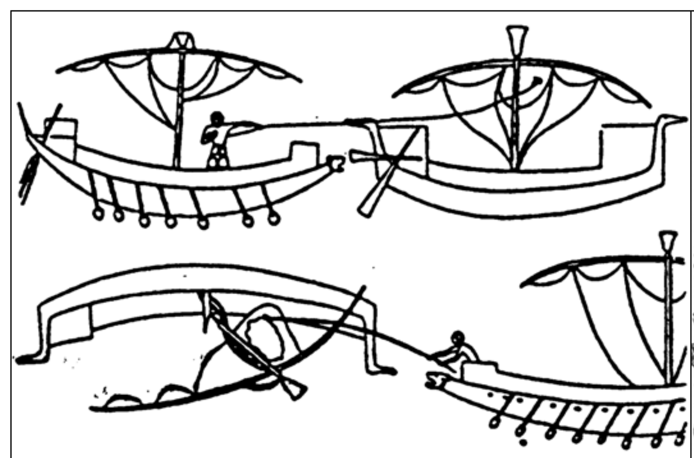
Es handelt sich nämlich um genau jenes Gebiet, von dem die ägyptischen Priester dem Solon erzählten, ich zitiere jetzt den Atlantisbericht, daß

> *»eine gewaltige Heeresmacht der Atlanter aus dem Hohen Norden, von den Inseln und dem Festland am Weltmeer über Europa und Kleinasien hereingebrochen sei. Die Könige von Atlantis wollten damit alle griechischen und ägyptischen Gebiete, sowie überhaupt alle Länder am Mittelmeer unter ihre Gewalt bringen. Bei diesem Ansturm der Atlanter gab nun Athen, meine Vaterstadt, einen überragenden Beweis der Tapferkeit seiner Bewohner. Es stellte sich an die Spitze der bedrohten griechischen Staaten und führte, als ein Staat nach dem andern unterjocht wurde, den Kampf auf sich allein gestellt weiter und rettete seine Freiheit.«*

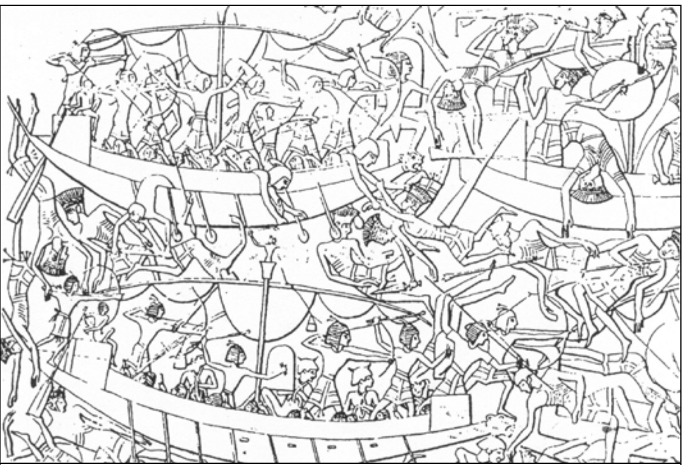
Durch diesen Heldenkampf Athens wurde auch den Ägyptern geholfen, welche durch die Atlanter ebenfalls in äußerste Bedrängnis gekommen waren, aber sich des Angriffs der Atlanter mit Müh und Not erwehren konnten.

Ursache dieser Nöte jener Zeit seien furchtbare Naturkatastrophen gewesen, verheerende Dürreperioden, weltweite Vulkanausbrüche und der Sturz eines Planetoiden in die Mündung des Eridanus mit ungeheuren Überschwemmungen. Von all dem war nicht nur das Mittelmeergebiet betroffen, sondern auch die Heimat der Atlanter, deren Königsinsel Basileia *»an einem Tag und in einer Nacht voll entsetzlicher Schrecken vom Meer verschlungen worden ist.«*

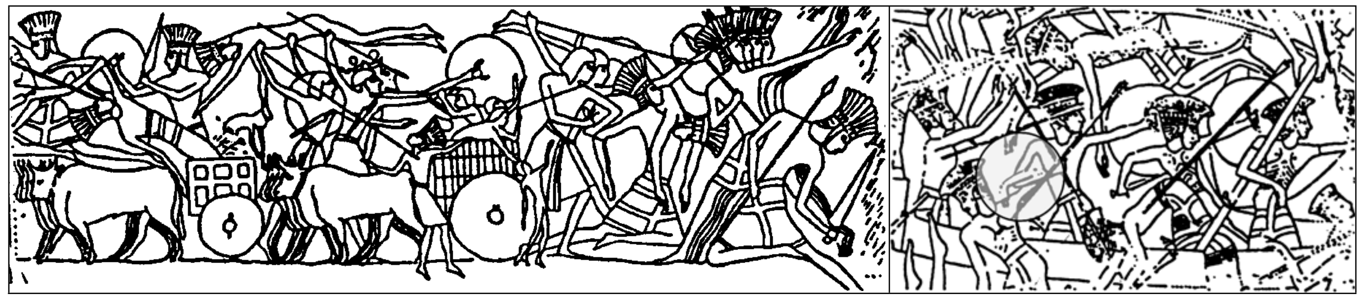
> *»Der ägyptische Priester erinnerte mich an die griechische Sage von Phaethon, der einst den Sonnenwagen seines Va-*



So wurden die Schiffe der Nordmänner zum Kentern gebracht (Aus Medinet Habu, Ägypten, entnommen dem Buch Earlier Historical Records of Ramses III., *The University of Chicago Press)*



Seeschlacht zwischen Ägyptern und den Nordleuten (mit Strahlenkrone)



Wagentreck der Nordmeervölker mit Frauen und Kindern wird von ägyptischen Söldnern und Hilfstruppen (Sardana) überfallen.

Nordleute in der Seeschlacht. Ein nordischer Krieger ist verwundet über Bord gegangen und wird von seinem Kameraden festgehalten (grauer Kreis).

ters Apollon bestiegen habe und, weil er es nicht verstand, auf dem Wege des Vaters zu fahren, von der Richtung abwich, so daß viele Länder der Erde verbrannten oder in schrecklicher Hitze und Dürre ausgetrocknet wurden. Schließlich habe Zeus durch einen Blitz Phaethon vom Himmel in die Mündung des Eridanus geschleudert und die riesigen Brände durch gewaltige Regenfluten und Überschwemmungen gelöscht.

Diese Sage höre sich zwar wie ein Märchen an, sagte der ägyptische Priester, doch sei ähnliches damals wirklich geschehen.«

Soweit einige Zitate aus diesem Atlantisbericht des Platon.

Er enthält noch eine reiche Fülle von Mitteilungen über die Königsherrschaft der Atlanter auf ihrer heiligen Insel am Weltmeer im Norden. Ihr erster König war Atlas, wovon der Name Atlantis abgeleitet ist. Die Königsburg »*Basileia*« war von drei konzentrischen Wasserringen umgeben, die befahren werden konnten. Die Atlanter hatten einen hohen Stand der Schiffsbaukunst erreicht, vermochten Kupfer zu schmelzen und zu verarbeiten, kannten schon das erste Eisen. An ihren Küsten gruben sie den Bernstein aus der Erde, der damals nach dem Golde im Wert am höchsten war.

Diese Dialoge Kritias und Timaios des Platon beschreiben auch die Organisation des atlantischen Staatswesens, schildern Brauchtum und Religion, Sport und Spiele, die Einteilung ihres Heeres, seine Bewaffnung und schließlich den schicksalhaften Zug der Atlanter mit Weib und Kind durch ganz Europa bis an die Tore von Ägypten. Es ist unbegreiflich, daß diese wertvolle Geschichtsquelle von der Wissenschaft stets abgelehnt und in den Bereich der Fabel verwiesen wurde, obwohl Platon selber darauf hinweist, daß es sich hier um kein Märchen, sondern um eine durchaus wahre Geschichte handelt.

Dabei läßt die Erwähnung von Kupfer und Bernstein auf Atlantis allein schon eine Lokalisierung zu, denn es gibt auf der ganzen Erde nur einen Ort, wo diese beiden Stoffe zusammen vorkommen: nämlich Helgoland! Der Eridanus, das ist die Eider, fließt in die Nordsee und hatte vor der Flutkatastrophe südlich von Helgoland einen gemeinsamen Mündungstrichter mit Elbe und Weser. Der Sturz des Phaethon in dieses Mündungsgebiet ließ mit seiner gewaltigen Flutwelle Atlantis untergehen. Heute trutzt nur mehr der einsame Felsen von Helgoland der anbrandenden Nordsee.

Das ganze Land dahinter bis zur nordfriesischen Küste ist jetzt vom Meer bedeckt und heißt in seinem östlichen Teil Wattenmeer. Es liegt nur bei Ebbe trocken. Wo die Königsburg einst stand, hat Spanuth bei mehreren schwierigen Tauchunternehmungen auf der Suche nach ihren Ruinen festgestellt: In ca. 8 m Tiefe und 50 Stadien, also 9,2 km östlich der steilen Felswand von Helgoland, genau wie im Atlantisbericht angegeben, auch bezüglich der Ausmaße und der Beschaffenheit und der Farben: Schwarz-weiß-rot.

Die Große Wanderung

Der große Kriegszug der Atlanter durch Europa wird heute »*Die Große Wanderung*« genannt. Die Wanderwege erscheinen dabei gleichsam von Marksteinen gekennzeichnet, das sind die »*Germanischen Griffzungenschwerter*«. Nach den spektralanalytischen Untersuchungen sind sie allesamt aus Helgoländer Kupfer hergestellt, gleichgültig, ob sie in Norddeutschland, dem übrigen Europa oder in Ägypten gefunden wurden. Das ist ein weiterer, ein naturwissenschaftlicher und deshalb unanfechtbarer Beweis für den Ausgangspunkt der Großen Wanderung.

Als erfahrene Seeleute, die die Atlanter waren, haben sie am Golf von Korinth eine neue Flotte gebaut, mit der sie die



Gefangene und gefesselte Nordmänner werden abgeführt, Tempelwand von Medinet Habu, Ägypten.



Gefangene Nordleute werden mit dem Namen des Pharao gebrandmarkt. Tempelwand von Medinet Habu, Ägypten.

ägäischen Inseln besetzten und dann gegen Ägypten fuhren. Inzwischen rückte ein anderer Teil der Atlanter zu Lande über Kleinasien und Syrien gegen Ägypten vor, wieder andere von Westen her, zusammen mit den Libyern, mit denen sie verbündet waren, so daß der Großangriff auf Ägypten schließlich von drei Seiten gleichzeitig erfolgte! Eine solche enorme Leistung ist nur denkbar als ein einheitliches, von einem gut organisierten Staatsgebilde geplantes Unternehmen. 1200 Schiffe und ebenso viele Streitwagen sollen die Atlanter dabei zum Einsatz gebracht haben. Ein einziger dieser nordischen Streitwagen hat sich im trockenen Wüstensand erhalten. Die Ägypter waren auf den Angriff der Atlanter wohl vorbereitet und konnten ihn – durch besonderes Kriegsglück begünstigt – abwehren. Nach ihrer verlorenen Schlacht ließen sich die überlebenden Atlanter weiter nördlich an der kleinasiatischen Küste nieder.

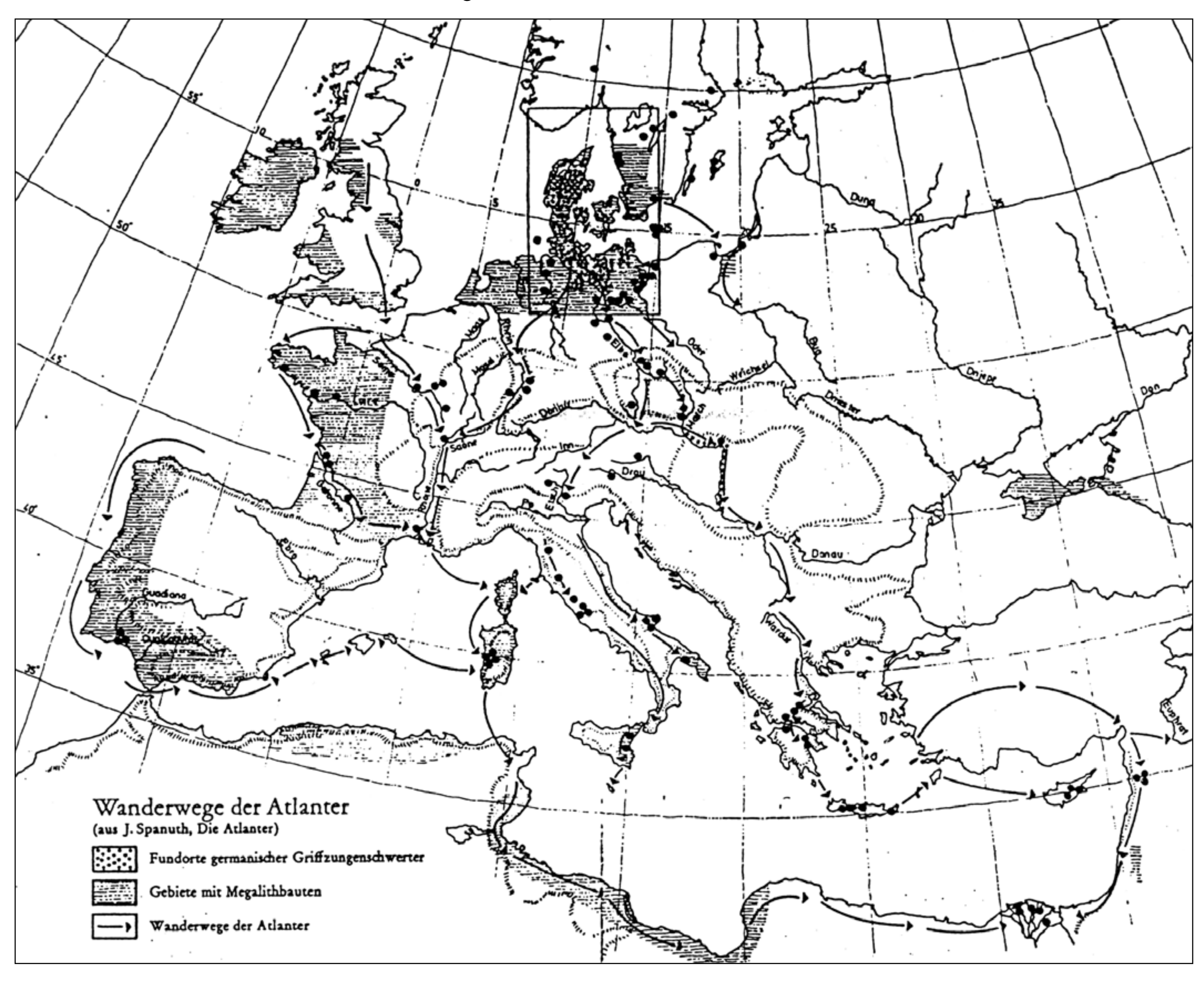
Ihr führender Stamm, die Philister, gab Palästina seinen Namen, die „Denen von den Inseln" siedelten weiter nördlich, in Galiläa und auf der Insel Zypern. Die Sakar legten im Libanongebiet die künstlichen Häfen von Dor, Tyrus und Sidon an. Sie alle waren als tüchtige Seefahrer und Schiffbauer bekannt. Die Griechen nannten sie mit dem Sammelnamen Phöniker. Sprachwissenschaftlich werden die Philister mit den Friesen, die Sakar mit den Sachsen zusammengebracht, die „Denen von den Inseln" bedürfen wohl keiner weiteren Erklärung.

Die große Wanderung der Atlanter ließ auch auf der Apenninhalbinsel Teilstämme zurück, die mit ihren germanischen Namen ebenfalls eindeutig auf ihr Herkunftsgebiet hinweisen, z.B. die italischen Umbrer auf die Ambronen und die Insel Amrum im Wattenmeer, Amber-Bernstein, oder die Falisker auf die Falen, die uns heute als Westfalen geläufig sind. Auch die Dorer sind mit der Großen Wanderung in den Mittelmeerraum gekommen und haben sich dann in Griechenland niedergelassen, wie überhaupt die Große Wanderung die europäischen Völker indogermanischer Sprache erst hat entstehen lassen. Damit wurde die Geburtsstunde unseres Abendlandes eingeläutet.

Die Quellen des Atlantisberichtes

Ein besonderer Wurf ist Spanuth gelungen mit der Entdeckung der Originalvorlagen des Atlantisberichtes. Amerikanische Ägyptologen haben nämlich in Oberägypten einen riesigen Tempel ausgegraben, den Amontempel von Medinet Habu. Es handelt sich um den Siegestempel Ramses III., der auf einer Fläche von 10.000 m² im Bild und in Hieroglyphenschrift den Sieg über die dort als Seevölker aus dem Norden bezeichneten Atlanter eindrucksvoll darstellt. Die Amerikaner betrachten diesen Tempel als die umfangreichste Urkunde, die wir aus der Antike überhaupt besitzen.

Wegen der Übereinstimmung dieser Tempelberichte mit dem Atlantisbericht, und weil auch Pharao Ramses III. kurz nach 1200 v.u.Z., also im fraglichen Zeitraum zur Regierung kam, hat Spanuth geschlossen, daß das jene Urkunden gewesen sein müssen, die – laut Atlantisbericht – dem Solon damals



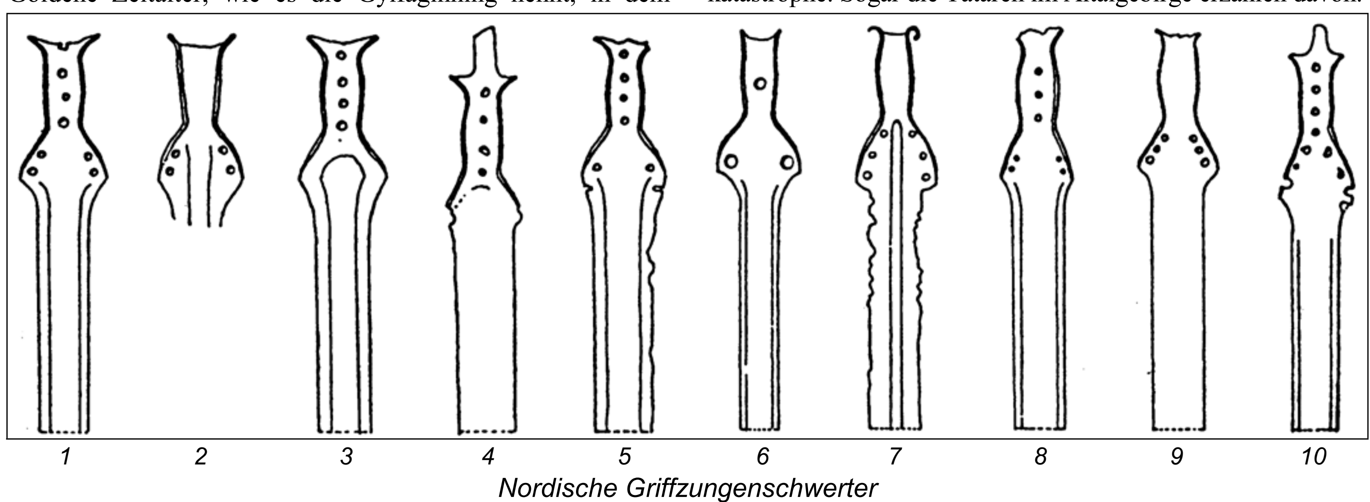
bei seinem Studienaufenthalt in Ägypten gezeigt und übersetzt worden waren. Wir finden dort Hörnerhelme, Bronzeschwerter, Rundschilde und Schiffe mit hohen Steven abgebildet, wie auf skandinavischen Felszeichnungen, kurz gesagt alles, was man als Beweismaterial für die Herkunft dieser Völkerwelle aus dem europäischen Norden nur haben will.
Darüber hinaus hat Spanuth im großen Homerischen Epos, der Fahrt des Odysseus ins Phäakenland, ebenfalls eine Schilderung der Verhältnisse auf Atlantis erkannt, und zwar noch vor der Katastrophe. Er hat auch Nachrichten zahlreicher weiterer griechischer und römischer Schriftsteller als Parallelüberlieferungen zum Atlantisbericht erschlossen, darunter nicht zuletzt die Bibel.

Die Edda als Geschichtsquelle
Sozusagen als Nebenprodukt seiner Forschung, für uns aber um so erfreulicher, gelang Spanuth aufgrund der gewonnenen geschichtlichen Grundlagen die zeitliche Einordnung und dadurch eine klare Deutung der nordischen Sagen und Lieder der Edda, um die sich ganze Forschergenerationen vergeblich bemüht hatten. Viele Mythen und Sagen aus dem germanischen Raum sind tatsächlich viel älter als bisher angenommen. Ihre große Übereinstimmung mit dem Atlantisbericht, der Odyssee und anderen antiken Quellen ist so verblüffend, daß man die Lieder der Edda auch als eine Art Atlantisbericht bezeichnen kann. Dort wird von Asgard erzählt, der Stätte der Weltsäule, dem Wohnsitz der Götter, der Asen, deren Name von dem Wort Ass = Stützbalken, Firstbalken abgeleitet ist, Atl-Ass ist der Träger des Himmelsgewölbes, der Nordsäule.
Dieses Asgard ist von einem Pfostenwall umgeben wie der Tempel und die Königsburg auf der Basileia des Atlantisberichts, der Heiligen Insel im Bernsteinland, wo nach der Argonautensage im Gebiet des Atlas die Hesperiden die goldenen Äpfel behüten, genau wie das Idun in Asgard tut. Wie nach der griechischen Sage Phaeton in die Mündung des Eridanus stürzt, so stürzt die schreckliche Himmelserscheinung Fenrir in die Mündung des Flusses bei Asgard. So, wie die 10 Könige bei ihrem großen Thing einen langen, blauen Mantel tragen, so trägt Odin in Asgard den wunderbar gewirkten, blauen Himmelsmantel!
Die germanische Seherin Völa berichtet von Urzeiten, da die Asen auf dem Idafeld Essen setzten und Erz hämmerten. Das werden wohl die germanischen Griffzungenschwerter gewesen sein, die Ausrüstung für die große Wanderung. Es ist das Goldene Zeitalter, wie es die Gylfaginning nennt, in dem


Germanisches Griffzungenschwert

wahrhaft ungeheure Mengen an Gold nach dem Norden strömten, wohl als Gegenleistung für den intensiven Bernsteinexport in alle Welt.

Der Machtbereich der Atlanter
Nach dem Atlantisbericht herrschten über den ganzen Machtbereich der Atlanter 10 Zwillingskönige, aber nicht despotisch, wie orientalische Gottkönige, sondern durch ihr Vorbild, als Gleiche unter Gleichen. Sie erscheinen als die erste europäische Gemeinschaft, mit dem ersten Beistands- und Nichtangriffspakt der Weltgeschichte. Die Könige von Atlantis trafen sich nämlich alle 5, abwechselnd 6 Jahre auf der heiligen Insel Basileia, im Heiligtum des Poseidon (der spätere Friesengott Fosites), schworen Frieden und Beistand, berieten gemeinsame Angelegenheiten, legten in nächtlicher Stunde ihre wunderbar gewirkten, dunkelblauen Königsgewänder an und ließen bei der Glut ihrer Eidesopfer, an der Bernsteinsäule, nach den dort eingeritzten Anordnungen des Poseidon, als Richter und Gerichtete dem Rechte seinen Lauf.
In den nordischen Sagen sind natürlich auch die schweren Naturkatastrophen am Ende der Bronzezeit überliefert. Es ist die Rede von Ragnarök, dem Untergang der Götter. Muspilli, der Weltbrand, bricht aus mit Feuern, die vom Himmel fielen. Surt verbrennt die ganze Welt, Unerhörtes ereignet sich, die Welt stürzt, es zittert die Esche Yggdrasil, der erste Volkskrieg in der Welt bricht aus, große Schlachten gibt es auf der ganzen Erde.
Vier Jahre dauerte der Fimbulwinter – ohne Sonnenschein! Auch das finnische Kalevala-Epos überliefert diese Weltkatastrophe. Sogar die Tataren im Altaigebirge erzählen davon.



Nordische Griffzungenschwerter
1: Hojlandsvandet, Dänemark; 2: Rügen; 3: Mykene; 4: Ägypten; 5: Beneditto in Perillis, Italien; 6: Annenheim, Kärnten; 7: Leoben, Steiermark; 8: bei Fucinio, Italien; 9: bei Fucinio, Italien; 10: Beneditto in Perillis, Italien

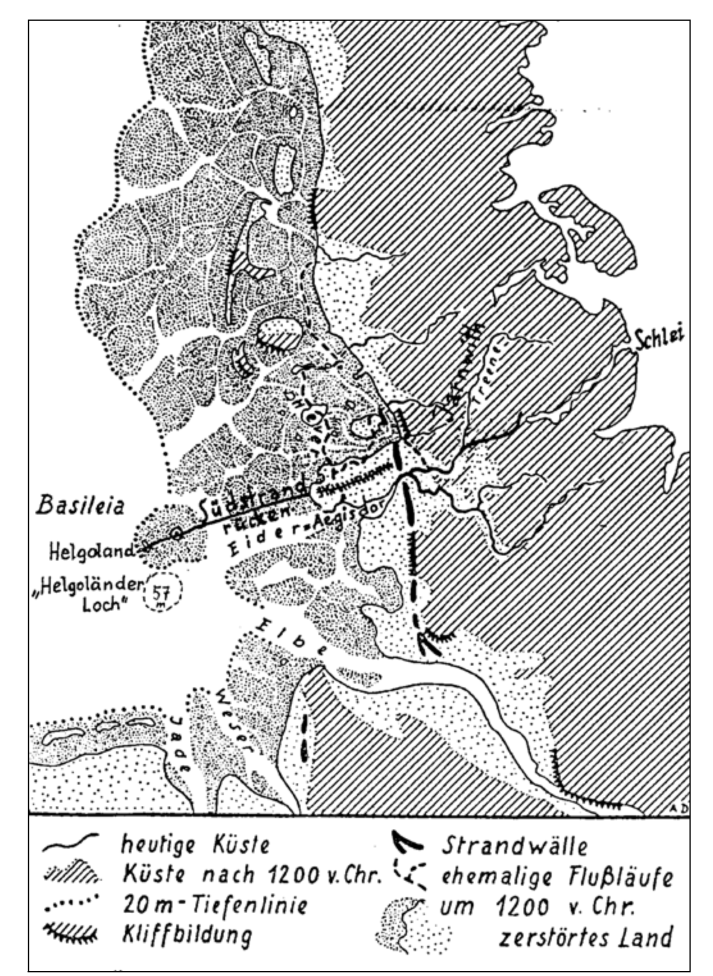
Der zu Ende des 13. Jahrhunderts von der Erde eingefangene große Planetoid hieß bei den Ägyptern Sekhmet. Die Syrer nannten ihn Anat, die indischen Parsen Gocihar, die Griechen und Römer Phaethon bzw. Typhon. In den Edden ist es der Surter aus Muspelheim.

Die Bedeutung der Forschung Spanuths

Jürgen Spanuths Entdeckungen haben ein neues Zeitalter der Geschichtsbetrachtung eingeleitet. Darauf ist die panische Reaktion der alten Professoren zurückzuführen, die mit Spott und Hohn, sogar teilweise mit Verleugnung ihrer eigenen Forschungsergebnisse – um Spanuth die Grundlagen zu entziehen – den „Bordelumer Pastor" fertigzumachen versuchen, nur um das alte „Ex Oriente Lux" aufrecht zu erhalten.

Spanuth hat diesen unfairen und schändlichen Angriffen seiner Gegner stets unerschütterlich standgehalten und schon 1955 eine Entgegnung herausgebracht, die 1980 neu aufgelegt wurde, mit dem Titel *...und doch: Atlantis enträtselt!* In dieser Broschüre können seine Hauptthesen ganz klar nachgelesen werden, sozusagen im Feuer seiner Gegner hart geschmiedet.

Das wichtigste Forschungsergebnis Jürgen Spanuths ist die Erkenntnis, daß die griechische Kultur nicht eine Weiterentwicklung der Mittelmeer-Kulturen ist, sondern ihre Wurzeln im europäischen Norden hat. Sie wurde mit der Großen Wanderung zwar nicht freiwillig in den Osten hineingetragen, konnte sich aber in diesem nach der Katastrophe fast menschenleer gewordenem Raum allmählich zu jener Höhe entwickeln, die wir heute stolz unsere abendländische Hochkultur nennen.



Deutsche Nordseeküste heute und vor 3200 Jahren

Jürgen Spanuth und seine Ausgrenzung

Die überraschende Entdeckung der überragenden Kulturhöhe der Germanen und der Nachweis ihrer kulturschöpferischen Kraft im Süden bedeuten andererseits einen Verstoß gegen den herrschenden Zeitgeist. Eine Ausgrenzung dieser genialen Entdeckungen durch die etablierte Wissenschaft war daher zu erwarten. Daß man aber, offenbar in Ermangelung schlagkräftiger Einwände, mit diesem durchaus ernst zu nehmenden Wissenschaftler persönlich so unfair und standesunwürdig verfuhr, wie im folgenden an einigen Beispielen aufgezeigt wird, ist eine Schande in unserer „aufgeklärten" Zeit.

DIE AUSGRENZUNG DURCH PROF. KARL GRIPP, UNI KIEL

Gleich noch der Veröffentlichung seines ersten Buches, *Das enträtselte Atlantis* (1953 bei Union Deutsche Verlagsgesellschaft), bei dem ihn Fachleute aller in Frage kommenden Wissenschaftsgebiete unterstützt haben, wurde Spanuth von der Arbeitsgemeinschaft für Landes- und Volkstumsforschung in Schleswig zu einer Diskussion eingeladen, bei der unter Leitung des Prof. Karl Gripp fünf Stunden lang ohne Pause fünfzehn Herren ihre Manuskripte verlasen, die, so schreiben die *Kieler Nachrichten*, »*in auffallender Einmütigkeit ihre ganze Kraft daran setzten, den Bordelumer Pastor herabzusetzen*«. Erst am Schluß wurde Spanuth das Wort zu einer kurzen Entgegnung von 10-15 Minuten erteilt. Das *Flensburger Tageblatt* schrieb:

> *»Es war ein gut vorbereiteter Vernichtungskampf.«*

Wenige Tage später wurde vom Geologischen Institut der Universität Kiel, dessen Leiter besagter Prof. Gripp ist, eine zweite Diskussion veranstaltet. Davor erklärte Prof. Gripp einem Journalisten gegenüber, daß er es ablehne, Spanuths Buch zu lesen und nicht mit Spanuth diskutieren werde, falls er anwesend sein werde. Es wurden dann wieder die gleichen Manuskripte vorgelesen wie in Schleswig und Spanuth bekam wiederum sehr wenig Gelegenheit zu entgegnen, und schon gar keine, sein Bildmaterial zu zeigen.

Die gelehrten Herrn mit bekannten Namen, wie Dr. Schwantes, Dr. Otto, Dr. Diller, Dr. Sprockhoff, Dr. Grabowski, stritten sogar ihre eigenen wissenschaftlichen Forschungsergebnisse ab, auf die sich Spanuth bei seinen Studien berufen hatte, nur um unbedingt gegen ihn aussagen zu können. Prof. Gripp bemerkte zum Beispiel zu dem aus Helgoländer Kupfer erzeugten germanischen Griffzungenschwertern:

> *»Spanuth ist ein Phantast, auf Helgoland hat es niemals Kupfer gegeben.«*

Nachher stellte sich heraus, daß der Geologe Gripp selber in seinen Schriften 1933, und nochmals 1964, über das Vorkommen von Kupfererz auf Helgoland geschrieben hat!

DIE AUSGRENZUNG DURCH PROF. FELGENHAUER, UNI WIEN

Als ich einen Wiener Universitätsprofessor, der in Klagenfurt einen Vortrag hielt, anschließend auf die Forschungen Spanuths ansprach, erklärte er mir ganz kleinlaut:

> *»Wenn ich den Namen Spanuth in Wien ausspreche, muß ich um meinen Posten fürchten.«*

Daraufhin suchte ich den für Ur- und Frühgeschichte zuständigen Herrn an der Universität in Wien auf, Prof. Felgenhauer. Zu meiner ersten Frage, warum der spektralanalytische Beweis nicht zur Kenntnis genommen werde, nach welchem die germanischen Griffzungenschwerter aus Helgoländer Kupfer hergestellt sind, sagte Felgenhauer

> *»Das gilt nur für den Erstguß.«*

Etwas verblüfft erlaubte ich mir zu entgegnen:

»Na, Altmetallsammler waren das damals bestimmt keine!«

Im übrigen müßte auch bei Zweitgüssen bei Nachweis des für Helgoländer Erz so typischen Arsengehalts auf die selbe Herkunft geschlossen werden.

Zum zweiten Faktum, daß die Bernsteinwege alle vom Nordseeraum ausgehen, meinte Felgenhauer:

»In der Marsch gibt es auch Bernstein.«

Darauf entgegnete ich, daß gerade dieser Flußlauf ein Teilstück der römerzeitlichen Bernsteinstraße war, und da ist halt beim Transport einmal eine Ladung hineingefallen. Darauf sagte Feigenhauer:

»Der Transport kann auch in umgekehrter Richtung erfolgt sein!«

Die Ostsee als Bernsteineinfuhrgebiet! Nach dem Gespräch konnte ich dann vor der Tür des Professors in einigen Schaukasten etliche schöne Exemplare von germanischen Griffzungenschwertern bewundern. Es fehlen dabei aber jegliche Angaben von Fundort, Material und Kulturzuweisung. Hoffentlich hat man diese Schwerter nicht inzwischen weggeräumt, wie in Schleswig, wo die Griffzungenschwerter samt ihren Gußformen in den Keller des Museums Schloß Gottorf gewandert sind. Auch in andern deutschen Museen sollen bronzezeitliche Sammlungen entfernt worden sein, ähnlich wie es dem Rassensaal in Wien passiert ist. Auch Alte Geschichte scheint heute ein gefährlicher Gegenstand geworden zu sein!

Verunglimpfung im Internet

Auf 60 Seiten eines Internet-Artikels untersucht ein Franz Wegener vom Kulturförderverein Ruhrgebiet das *»Atlantidische Weltbild«* als Mythos, wie ihn Lanz von Liebenfels, Guido von List, Rudolf von Gorsleben und Herman Wirth auffaßten und wie er weiter seine Rolle spielte bei Alfred Rosenberg und Heinrich Himmler bis hin zur europäischen Rechten und zu deutschen Neonazis, wobei auch der Name Jürgen Spanuth aufscheint! Und zwar erwähnt Spanuth Tauchuntersuchungen, die die Deutsche Kriegsmarine im Auftrag der SS-Organisation *»Ahnenerbe«* 1943 bei Helgoland durchgeführt hat, worüber der Vorgeschichtler Peter Wiepert einen Bericht schrieb, in dem er Ruinen am Meeresgrund beschreibt, die Spanuth dann in den Jahren 1953 bis 1961 selbst aufgesucht und dokumentiert hat.

Mit solchen unterschwelligen politisch-ideologischen Zuordnungen des Internet-Artikels haben die Arbeiten Spanuths allein den Namen Atlantis gemeinsam.

Ausgrenzung auch beim Begräbnis

Als Jürgen Spanuth am 17. Oktober 1998 im 92. Lebensjahr starb, war es für mich nach langjähriger Freundschaft mit ihm eine selbstverständliche Pflicht, ihm das letzte Geleit zu geben und seine bedeutende Forschungsarbeit am Grabe zu würdigen. Da sich Spanuth in seiner Jugendzeit Österreich buchstäblich erwandert hatte und es auch immer als seine Heimat ansah, besorgte ich für den Trauerkranz eine Schleife in den Kärntner Farben mit der Aufschrift *»Dein Grenzland Kärnten«*. Diese Schleife aber wurde zu meiner größten Überraschung durch eine weiße ersetzt, auf der lediglich das Wort *»Kernten«* stand, (noch dazu mit *»e«* geschrieben). Bei der Totenmesse dann erwähnte der evangelische Pfarrer die lebenslange, wissenschaftliche Tätigkeit des Verstorbenen nur mit drei Worten und daß sie ohnehin umstritten sei, und verkündete, daß weltliche Ansprachen von der Familie abgelehnt werden. Das war Ausgrenzung bis ins letzte Glied.

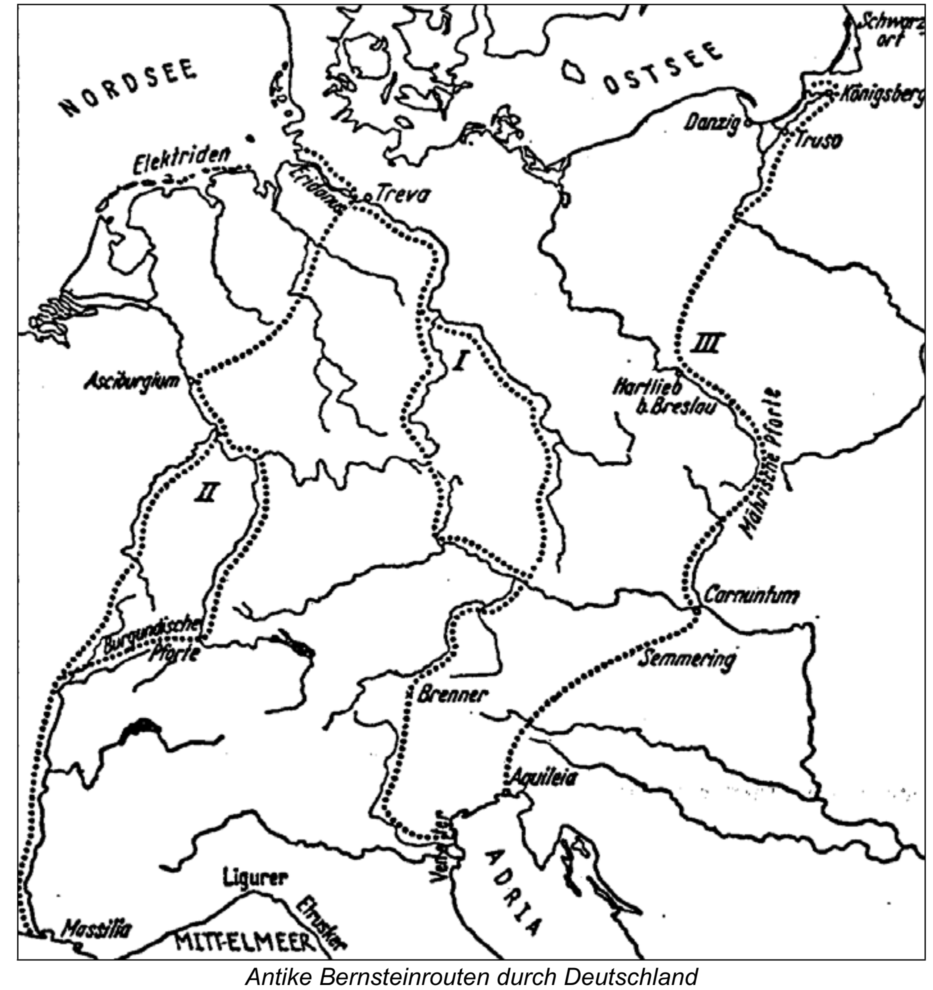
Anerkennung und Hoffnung

Anerkennend muß gesagt werden, daß Spanuth 20 Jahre nach der standesunwürdigen sog. Diskussion von Kiel eingeladen wurde, dort seine Forschung in Wort und Bild darzulegen, und man sich für das damalige unfaire Vorgehen ihm gegenüber entschuldigte. Sehr oft fand Spanuth von unabhängigen Fachleuten begeisterte Anerkennung. Der Schweizer Gelehrte Prof. Emile Biollay bezeichnet Spanuths Forschungsergebnisse. als *»die größte geschichtliche Entdeckung der Gegenwart«* und der Wiener Prof. Dr. Schmied-Kowarzik stellte fest:

»Nach dieser bahnbrechenden Entdeckung sind damit große Aufgaben der Wissenschaft gestellt.«

Spanuth meint dazu:

»Diese Aufgaben wird die Wissenschaft nur lösen können, wenn sie die Mahnung Platons, der ja schließlich den Atlantisbericht niedergeschrieben hat, beherzigen wollte:



Antike Bernsteinrouten durch Deutschland

Man muß die Wahrheit mit ganzer Seele suchen!«

Dennoch dauert die akademische Ausgrenzung Spanuths bis heute an, wobei Neid, Eigen- und Standesdünkel oder die am verläßlichsten wirksame Political Correctness eine Rolle spielen mögen. In jedem Fall verstellt sich die Wissenschaft damit selbst den Weg zu Fortschritt und neuen Erkenntnissen.

Weiterführende Literatur

- Jürgen Spanuth, *Das enträtselte Atlantis*, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1953 (Das grundlegende Werk, sehr klar und überzeugend verfaßt)
- ders., ... *und doch: Atlantis enträtselt! Eine Entgegnung von J. Spanuth*, Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1955 (Widerlegung aller gegen Spanuth vorgebrachten Einwände und Zurückweisung der infamen, unwissenschaftlichen Angriffe); Neuauflage bei Otto Zeller-Verlag, Osnabrück 1980; identisch mit der Ausgabe von 1955, zusätzlich 20 Seiten Nachwort; (dzt. die beste Möglichkeit, sich kurz über das Thema zu informieren)
- ders., *Atlantis, Heimat, Reich und Schicksal der Germanen*, Grabert-Verlag, Tübingen 1965 (sehr umfassende Darstellung, 676 Seiten) Neuauflage: Zeller, Osnabrück 1982.
- ders., *Die Atlanter, Volk aus dem Bernsteinland*, Grabert-Verlag, Tübingen 1977 (Vereinfachte Darstellung des obigen, 507 Seiten) 5. Neuauflage 1989 im gleichen Verlag. (Englische Übersetzung erschienen bei Sidgwick and Jackson Ltd., London 1979)
- ders., *Die Philister, das unbekannte Volk, Lehrmeister und Widersacher der Israeliten*, Otto Zeller-Verlag, Osnabrück 1980 (298 Seiten)
- ders., *Die Phönizier, ein Nordmeervolk im Libanon*, Otto Zeller-Verlag Osnabrück 1985 (Dieses Volk als Nachfahren der Atlanter im Vorderen Orient und seine außergewöhnlichen Leistungen)
- ders., *Die Rückkehr der Herakliden. Das Erbe der Atlanter – der Norden als Ursprung der griechischen Kultur*, Grabert-Verlag 1989 (Zusammenfassung der Ursprungsgeschichte unseres Abendlandes)
- ders., *Eine Ehrenrettung Platons*, Heft 39 der Schriftenreihe der Deutschen Akademie für Bildung und Kultur in München, 1992 (Kurzer Überblick über Platons Atlantis-Bericht, 30 Seiten)
- Gerhard Gadow, *Der Atlantis-Streit. Zur meistdiskutierten Sage des Altertums*, Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/Main 1973. Beschäftigt sich über Spanuth hinaus auch mit allen anderen bekannten Atlantis-Theorien.
- Arn Strohmeyer, *Roter Fels und brauner Mythos: eine deutsche Reise nach Atlantis*, R. G. Fischer, Frankfurt/Main 1990 (politische Anti-Spanuth Polemik)
- Atlantis und die Aufhellung unserer Vorgeschichte finden Sie im Internet: http://atlantis.debox.de/

Die Deportation ungarischer Juden von Mai bis Juli 1944

Eine provisorische Bilanz

Von Carlo Mattogno

Einleitung

Jürgen Grafs Artikel »*Was geschah mit den nach Auschwitz deportierten, jedoch dort nicht registrierten Juden?*«[1] sowie die von Arthur Butz unter dem Titel »*Was widerfuhr den ungarischen Juden? Eine Antwort an Jürgen Graf*«[2] darauf verfaßte Entgegnung hat im revisionistischen Lager die Diskussion über die heikle Frage der Judendeportationen aus Ungarn von Mai bis Juli 1944 neu entfacht. Mit diesem Thema haben sich dann auch Richard A. Widmann[3] und Samuel Crowell[4] auseinandergesetzt.

Die von mir im Verlauf der letzten Jahre erworbenen, den Spezialisten noch unbekannten Dokumente sowie die Neuinterpretation bereits bekannter Urkunden im Lichte der neuen Dokumentenfunde ermöglichen es mir nun, eine provisorische Bilanz der Frage zu erstellen, die fraglos den Ausgangspunkt für künftige, weitergehende Studien bilden dürfte.

Die Ausgangslage

In der ersten Ausgabe des *Kalendariums von Auschwitz*[5] sind 91 Transporte von Juden aus Ungarn verzeichnet, welche in den Zeitraum zwischen dem 2. Mai und dem 18. Oktober 1944 fallen. Insgesamt wurden 29.159 dieser Deportierten im Lager Auschwitz registriert.[6] In bezug auf das Schicksal der Nichtregistrierten vermeldet das *Kalendarium* jeweils lapidar:[7]

»Die übrigen wurden vergast.«

In seinem Artikel *»Essai de détermination du nombre de morts au camp d'Auschwitz«*[8] stützte sich der französisch-jüdische Historiker Georges Wellers zwecks Ermittlung der Opferzahl des Lagers auf Danuta Czechs *Kalendarium*. Hinsichtlich Ungarns behauptete er, es seien in 87 Zügen 437.402 Juden aus diesem Land nach Auschwitz gebracht worden, was eine durchschnittliche Transportstärke von 5.028 Personen ergibt. Nach Abzug der Registrierten – deren Zahl er mit 27.758 angibt – gelangte Wellers zur Schlußfolgerung, in Auschwitz hätten 409.640 Juden aus Ungarn in Gaskammern den Tod gefunden.[9]

In meiner gegen den Wellers-Artikel gerichteten Kritik *Wellers e i „gasati" di Auschwitz*,[6] wies ich auf einen schreienden Widerspruch bezüglich der ungarischen Juden im *Kalendarium* hin: Unter Anklagepunkt 112 wurde beim Jerusalemer Eichmann-Prozeß – unter Berufung auf einen Bericht des ungarischen Oberstleutnants Ferenczy vom 9. Juli 1944[10] – behauptet, zwischen Mitte Mai und dem 8. Juli 1944 seien in 147 Zügen 434.351. Juden aus Ungarn deportiert worden,[11] doch das *Kalendarium* spricht lediglich von 91 Zügen, von denen 33 nach dem 11. Juli (dem Datum des Eintreffens des letzten, am 8. Juli aus Budapest abgefahrenen Zuges) in Auschwitz angelangt seien.[12] Somit drängte sich unweigerlich der Schluß auf, daß in Auschwitz bis zum 11. Juli nur die 58

im *Kalendarium* erwähnten Züge eingetroffen sind und daß es die restlichen 33 nicht gegeben hat.[13] Ehe ich diese Schlußfolgerung akzeptierte, unterbreitete ich die Fragestellung mehreren auf das Studium des „Holocaust" spezialisierten Instituten – dem Institut für Zeitgeschichte (am 17. Februar 1986), der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen (am 21. Februar 1986), dem Centre de la Documentation Juive Contemporaine (am 14. April 1986), der Wiener Library (ebenfalls am 14. April 1986), Yad Vashem (am 21. Januar 1987), dem Auschwitz-Museum (gleichfalls am 21. Januar 1987) sowie natürlich Wellers persönlich (am 17. Februar 1986). Keiner der Angeschriebenen sah sich in der Lage, diesen Widerspruch zu klären. Am 15. April 1987, als meine oben erwähnte Studie bereits veröffentlicht war, bekam ich schließlich eine Antwort vom Auschwitz-Museum, das sich wie folgt äußerte:

1) Ein Teil der in Auschwitz angelangten ungarischen Juden wurde unregistriert dem sogenannten Depotlager oder Durchgangslager zugewiesen. Ein Teil der Betreffenden wurde dann nach und nach im Lager registriert. Deswegen beziehen sich die nach dem 11. Juli erfolgten Registrierungen nicht auf die Ungarntransporte, sondern auf Zugänge aus dem Durchgangslager.
2) Die Registrierung der ungarischen Juden erfolgte kumulativ, so daß eine Registrierung sich auf mehrere am selben Tag angekommene Transporte beziehen konnte.

Diese Erklärung wurde zwei Jahre später von Danuta Czech in der zweiten Ausgabe ihres *Kalendariums*[14] übernommen. Dort gibt die Verfasserin an, ein Teil der nach Auschwitz verschleppten ungarischen Juden sei in den Sektoren BIIe, BIIc, BIIb und BIII von Birkenau untergebracht worden, die in den Dokumenten als »*Durchgangslager KL Auschwitz II*« bezeichnet werden.[15] Die sich auf die ungarischen Juden beziehenden Registrierungen werden zudem oft mit dem Vermerk »*Aus den Transporten des RSHA aus Ungarn*« gekennzeichnet,[16] wodurch D. Czech zu verstehen gibt, daß ein und dieselbe Registrierung mehrere Transporte erfaßte.

Ganz nebenbei sei darauf hingewiesen, daß das Auschwitz-Museum die Wahrheit über das Birkenauer Durchgangslager schon lange vor der Publikation der ersten *Kalendarium*-Auflage kannte. Beispielsweise hatte bereits beim Prozeß gegen den ersten Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß ein beim Auschwitz-Museum hoch im Kurs stehender Zeuge, Otto Wolken, erklärt, die ungarischen Jüdinnen seien anfangs im Lager BIIIc einquartiert worden, wo sie in Schichten hätten schlafen müssen; darauf habe man sie in den Bauabschnitt III verlegt, wo 50.000 von ihnen untergebracht worden seien.[18]

1946, ein Jahr vor dem Höß-Prozeß, war in einer wichtigen polnischen Dokumentensammlung die Abschrift eines Briefs des Leiters der Verwaltung von Auschwitz II (Birkenau) an den Leiter der Zentralverwaltung veröffentlicht worden, in dem es hieß, das Lager BII von Birkenau werde »*als Aufnahme- und Durchgangslager benutzt*.«[19] Außerdem war auch die in der zweiten *Kalendarium*-Auflage figurierende, von mir im folgenden Abschnitt analysierte Information betreffs der Anwesenheit von 30.000 nicht im Lager registrierten, im Durchgangslager befindlichen ungarischen Juden[20] schon seit dem Höß-Prozeß bekannt. Dies bedeutet, daß das Auschwitz-Museum die Wahrheit so lange verschwieg, wie es nur ging.

1989 hat Jean-Claude Pressac die in meiner Schrift gegen Wellers dargelegte, vorsichtig formulierte Schlußfolgerung akzeptiert, daß unter der (unbegründeten) Annahme, alle 91 in der ersten *Kalendarium*-Ausgabe erwähnten Züge seien in Auschwitz eingetroffen, von ca. 271.000[21] in jenes Lager deportierten ungarischen Juden auszugehen ist. In seinem ersten Auschwitz-Buch hatte Pressac noch von 200.000 bis 250.000 in Auschwitz vergasten ungarischen Juden gesprochen;[22] auf diese Zahlen war er offenbar gekommen, indem er die von mir errechnete Zahl von 271.000 nach Auschwitz deportierten Juden übernahm, davon die 29.000 im Lager registrierten abzog und aus Sicherheitsgründen einen breiten Spielraum ließ (271.000 weniger 29.000 ergibt 242.000).

1993 akzeptierte Pressac auch meine rigorosere Schlußfolgerung. Er faßte die oben skizzierte Problematik kurz zusammen und schrieb, nach den Angaben der 2. Ausgabe des *Kalendariums* seien zwischen dem 2. Mai und dem 11. Juli 1944 53 Judentransporte aus Ungarn in Auschwitz angelangt,[23] was ungefähr 160.000 Deportierten entspreche.[24] Pressac tischt noch eine zweite Zahl Deportierter auf – 240.000 –, die jedoch auf falschen Ausgangsziffern fußt. Er meinte nämlich, von Auschwitz seien 20.000 bis 30.000 ungarische Jüdinnen nach Stutthof überstellt worden. Zusammen mit den rund 28.000 Registrierten und den ca. 25.000 in andere Lager Transferierten ergäbe sich dann eine Ziffer von 80.000. Diese – durchwegs arbeitsfähigen – Häftlinge sollen einem Drittel der Deportierten entsprochen haben, womit sich deren Gesamtzahl auf 240.000 beliefe.[25] Doch in Wirklichkeit wurden bloß etwa 12.100 ungarische Jüdinnen nach Stutthof überstellt.



Ungarische Juden im Frühjahr 1944 bei ihrer Ankunft an der Rampe im KL Auschwitz-Birkenau. Im Hintergrund sind die Schornsteine der Krematorien II und III zu sehen – freilich ohne jede Rauchentwicklung (Pfeile).[17]

Am 15. Juni 1995 gewährte Pressac einer Valérie Igounet ein Interview, in dem er folgendes zu Protokoll gab:[26]

»Was die ungarischen Juden anbelangt, so hatte er [Mattogno] *recht, als er 1987 schrieb, die Deportationen hätten von Mai bis Juni* [richtig: bis Anfang Juli] *stattgefunden, wohingegen Danuta Czech, die polnische Herausgeberin des „Kalendariums der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945", und auch Georges Wellers, der diese Quelle ungeprüft verwendete, behauptet haben, sie hätten von Mai bis Oktober gedauert. Wellers lehnte es ab, mit Mattogno bezüglich dieser Frage in einen Briefwechsel zu treten, da er davon ausging, daß man mit Revisionisten nicht diskutiert. Von einem übereifrigen Richter wurde sogar ein* [internationaler] *Haftbefehl gegen Mattogno erlassen, für den Fall, daß er französisches Territorium betreten sollte. Die Czech hatte in den sechziger Jahren ihr „Kalendarium" veröffentlicht, anhand dessen Wellers die Zahl der Auschwitz-Opfer errechnete (1,6 Millionen anstatt* [der damals noch vom Auschwitz-Museum geltend gemachten] *vier Millionen). Eine korrigierte, zweite Auflage des „Kalendariums" erschien 1989. Von den* [in der ersten Auflage] *erwähnten 91 Transporten blieben nur noch etwa 50 übrig. Die Czech hatte sich getäuscht und die lagerinternen Verschiebungen in Birkenau für Transporte gehalten.* […]

Da nun nur noch 50 Transporte übriggeblieben waren, die 150.000 Menschen umfaßten anstelle der ursprünglich angenommenen 438.000, erhöhte die Czech „zur Kompensation" die Zahl der im Mai und Juni eingetroffenen Transporte, indem sie – ohne Beweise – behauptete, an diesem oder jenem Tag seien in Birkenau „Transporte" anstelle „eines Transportes" eingetroffen, womit sie sich einer Geschichtsfälschung schuldig machte. Doch gegen die Czech wurde kein internationaler Haftbefehl erlassen. Was die Berechnungen Wellers' betrifft, so sind sie seit der Veröffentlichung der zweiten „Kalendarium"-Auflage nichts mehr wert, was die Polen freilich nicht daran hindert, die falschen Ergebnisse Wellers' als „seriöse" Quelle anzuführen.«

Um der Genauigkeit willen weise ich darauf hin, daß mir Wellers 1987 einen höchst anmaßenden Brief schrieb, in dem er mir vorwarf, »*die geschichtliche Wahrheit zu verformen*«. Offenbar hatte es ihm gar nicht behagt, daß ich in meiner Studie *Wellers e i „gasati" di Auschwitz*[6] seine Betrügereien aufgedeckt hatte, mittels welcher dieser ach so integre Anprangerer angeblicher Fälscher 594.191 „vergaste" Juden erfunden hatte!

Auf die These von Arthur Butz gehe ich am Ende dieses Aufsatzes ein.

Das allgemeine Problem der Deportation ungarischer Juden umfaßt mehrere spezifische Punkte, die man unbedingt genauer analysieren muß, will man zu einer fundierten Schlußfolgerung gelangen.

Wieviele ungarische Juden wurden nach Auschwitz deportiert?

Am 22. August 1944 erstellte ein Angehöriger der geheimen Widerstandsbewegung in Auschwitz, der unter dem Pseudonym »*Urban*« aktiv war, eine ausführliche Statistik der Lagerstärke am Vortage, also am 21. August. In dieser Tabelle wird die Anzahl der Internierten per Lager und per Häftlingskategorie angegeben. Die Gesamtzahl der Gefangenen betrug dieser Statistik zufolge 104.891, die sich wie folgt verteilten:[27]

Auschwitz I:	15.974[28]
Auschwitz II:	19.424
Auschwitz III:	30.539
Frauenkonzentrationslager:	38.954[29]

Diese Ziffern dürfen als verläßlich eingestuft werden, wie sich aus der einzigen dokumentarisch belegten Vergleichsmöglichkeit ergibt: Laut dem statistischen Rapport »*Arbeitseinsatz*« vom 21. August 1944 belief sich die Lagerstärke von Birkenau – also Auschwitz II – auf 19.468 Häftlinge,[30] was mit der obigen Zahl annähernd identisch ist.

»*Urban*« erwähnt die Anwesenheit von 11.821 registrierten männlichen ungarischen Juden im Lager Auschwitz. Davon befanden sich 3.881 in Auschwitz I und 7.940 in Auschwitz III (Monowitz). Zudem waren 16.187 ungarische Jüdinnen im FKL[31] von Auschwitz II untergebracht. Insgesamt befanden sich also am 21. August 1944 28.008 registrierte ungarische Juden und Jüdinnen im Lagerkomplex Auschwitz.

Sind auch diese Ziffern verläßlich?

Aus der »*Liste der Judentransporte*«,[32] die ausschließlich die Registrierungen unter den Seriennummern A und B enthalten, wissen wir, daß bis zum 21. August 1944 12.374 männliche ungarische Juden sowie 15.288 ungarische Jüdinnen in Auschwitz registriert worden waren, insgesamt also 27.662 jüdische Menschen aus Ungarn. Doch wurden ungarische Juden auch unter der gewöhnlichen Seriennummer registriert. So wurden aus den beiden Judentransporten, welche am 29. April 1944 aus Ungarn abgefahren war, am 2. Mai in Auschwitz 486 Männer (Seriennummern 186645-187130) und 616 Frauen (Seriennummern 76385-76459 und 80000-80540) in die Registratur aufgenommen. Damit wächst die Zahl der registrierten ungarischen Juden auf 28.764 (12.860 Männer sowie 15.904 Frauen) an. »*Urban*« spricht hingegen von 16.187 ungarischen Juden. Dies erklärt sich damit, daß kleine Gruppen ungarischer Juden zusammen mit anderen Transporten eintrafen. Beispielsweise sind am 1. April 1944 mindestens 10 ungarische Juden mit Nummern zwischen 177354 und 178122 registriert worden [33].

Man darf also schließen, daß die Zahl der ab 17. Mai 1944 aus Ungarn eingetroffenen registrierten Juden, die sich am 21. August in Auschwitz befanden, rund 27.500 betrug.

In seinem statistischen Rapport berichtet »*Urban*«:[34]

»In Birkenau halten sich außer den oben erwähnten [Häftlingen] *rund 30.000 nichtregistrierte ungarische Juden auf, die für das Gas bestimmt sind. Diese Zahl ist Schwankungen unterworfen.* […] *Dazu kommt noch die – ebenfalls Schwankungen unterworfene – Zahl der „Durchgangshäftlinge", im Moment 30.000 ungarische Juden.«*

Auch hier gilt es zu ermitteln, wie zuverlässig diese Zahlenangaben sind. Dazu ist es vor allem notwendig, sich vor Augen zu halten, wie die Aufnahme ungarischer Juden in Auschwitz konkret verlief.

Das »*Durchgangslager*« von Birkenau

Nach ihrem Eintreffen in Auschwitz wurden die ungarischen Juden in drei Kategorien unterteilt:

1) Arbeitsfähige, die gleich nach Ankunft im Lager registriert wurden.
2) Nicht registrierte Arbeitsfähige.
3) Nicht registrierte Arbeitsunfähige.

Die sofort nach Ankunft registrierten Häftlinge wurden im Lager selbst zur Arbeit eingesetzt.

Die nicht registrierten Arbeitsfähigen kamen ins Durchgangslager, das aus dem Lager BIIc, einem Teil des Lagers BIIa und später noch einem Teil des Lagers BIIe und des Lagers BIII bestand.

Ein unveröffentlichtes, bedeutsames deutsches Dokument erhellt, auf welche Weise der Empfang der zur letzten Kategorie gehörenden Häftlinge erfolgte. Am 26. Juni 1944 beklagte sich die Leitung des KL Dachau bei der Verwaltung von Auschwitz darüber, daß aus Auschwitz überstellte und am 15. Juni in Kauferling, einem Nebenlager von Dachau, eingetroffene Gefangene nur mit Lumpen bekleidet waren. Der Chef der Häftlings-Bekleidungs-Kammern von Birkenau schrieb der Lagerverwaltung zu seiner Rechtfertigung einen Brief, aus dem ich den wichtigsten Abschnitt zitiere:[35]

> *»Zur Aufklärung des Sachverhaltes wird im Nachstehenden der gesamte Vorgang vom Eintreffen der ungarischen Judenhäftlinge bis zur Bahnverladung beschrieben. Nach Eintreffen der Zugänge im hiesigen Konzentrationslager werden den Häftlingen die gesamten Zivil-Bekleidungsstücke abgenommen, und nach gründlichst durchgeführter Entlausung werden diese Häftlinge mit den von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Häftl.Bekleidungssorten eingekleidet.* […]
>
> *Nachdem die einzelnen Zugangstransporte eingekleidet sind, werde diese in das Durchgangslager K.L. Auschwitz II überstellt und vom Arbeitsdienstführer Uscha* [Unterscharführer] *Olexius übernommen. Dieser stellt über die Bekleidungssorten, mit denen die Zugänge bekleidet sind, eine Quittung aus, aus welcher ersichtlich ist, mit welchen Bekleidungsstücken die Häftlinge versehen sind. Diese Quittung wird zur Einsichtnahme vorgelegt. Im Durchgangslager verbleiben die Zugänge mehrere Tage / bis zu 2-3 Wochen. Mit Rücksicht auf den Mangel an ausreichenden Unterkünften sind in jeder Baracke, welche für einen Normalbeleg von 300 Häftlingen vorgesehen ist, 1000 bis 1200 Häftlinge untergebracht. Schon dieser Umstand bedingt eine starke Verunreinigung der Bekleidungsstücke. Im Durchgangslager werden aus den dort untergebrachten Häftlingen Transporte zusammengestellt und diese ins Quarantänelager verlegt, wo sie bis zum Abtransport mehrere Tage verbleiben.* […]
>
> *Die Bekleidungskammern K.L. Auschwitz II haben seit dem 16.5. 1944 bis heute ca. 57.000 Häftlinge eingekleidet und 48 Transporte mit 45.132 Häftlingen für den Abtransport abgefertigt, ohne daß bisher die geringste Beschwerde eingelaufen wäre.«*

Das Quarantänelager war mit dem Lager BIIa identisch. In Moskau haben J. Graf und ich einen wichtigen Bericht über die Funktion dieses Lagers als „Durchgangslager" für die ungarischen Juden entdeckt. Das auf den 26. Juli 1944 datierte Dokument ist nur unvollständig erhalten (die zweite Seite fehlt, und der rechte Rand ist teilweise abgebröckelt). Die Überschrift lautet wie folgt:

> *»HKB Ambulanz BII/a. Auschwitz II. Monatsberichte über vorübergehend im Lager untergebrachte u*[ngarische Juden]*.«*

Der Bericht deckt den Zeitraum vom 26. Juni bis zum 26. Juli 1944 ab; daraus läßt sich folgern, daß es mit großer Wahrscheinlichkeit einen vorhergehenden Bericht gab, der den Zeitraum von Mitte Mai bis zum 15. Juni behandelte. Der uns interessierende Abschnitt lautet wie folgt:[36]

> *»In der Berichtzeit /26. Juni bis 26. Juli 1944/ vo* […[37]] *durchschnittlich 2500 ungar. Juden transportbereit im Lager in 3 Blocks, verbleiben 3 – 10 Tage im Lager.*
>
> *Sie wurden jeweils bei Zugang und Abgang einer genauen ärztlichen Untersuchung unterzogen und auf Läuse kontrolliert. Tägl. Fieber- und Läusekontrolle, ermittelte Läuseträger in der lagereigenen Entlausungsanlage entlaust, Kleider und Wäsche im Dampfkessel desinfiziert und lauseto-imprägniert.*
>
> *Bei den Kontrollen festgestellte ernste Erkrankte nach BII/f rücküberstellt oder in ein anderes Lager verlegt.*
>
> *Am 1.7. a ds. Zugang von 450 jugendl. Ungar. Juden aus B II/d.* […]
>
> *Da zu viele Häftlinge jeweils auf den Blöken* [sic] *untergebracht wurden // bis zu 1000 // mußten viele auf dem nackten Betonboden bezw. feuchten Erdboden schlafen, wodurch Häufung Erkältungskrankheiten und Durchfall. Die in Sonderquarantäne befindlichen Jugendlichen auf Bl. 12 haben seit 10 Wochen, die Ungarn auf Bl.8 seit 8 Wochen keine Wäsche gewechselt. Da beide Gruppen nicht zur selben Lagerstärke gehören, konnte auch keine Waschseife an sie zur Ausgabe gebracht werden. Zuweisung von Seife dringend erforderlich.«*

Es gibt außerdem einen Bericht über den »*KGL-Bauabschnitt III*«, der am 16. Juni 1944 vom »*Hygieniker der Bauinspektion „Schlesien"*« erstellt wurde. Darin werden die verheerenden sanitären Zustände in diesem Lagersektor geschildert.



„Nichteinsatzfähige" ungarische Juden auf dem Weg von der Rampe zu einem unbekannten Ort, mit Kochgeschirr und Gepäck. Einsatzfähige Gefangene mußten hingegen all ihr Habe abgeben.[38]

Der Verfasser des Berichts hält fest:

»Der erste Häftlingstransport traf am 9.6. 44 ein. Zurzeit ist der Bauabschnitt mit etwa 7000 weiblichen Häftlingen (Juden) belegt.«

Bezüglich der Quarantänemaßnahmen heißt es:[39]

»Da die Häftlinge des Bauabschnitts III beschleunigt zur Arbeit herangezogen werden sollen, wird eine eigentliche Quarantäne nicht durchgeführt. Um bei einem allfälligen Auftreten von Seuchen größere Verzögerungen im Arbeitseinsatz zu vermeiden, ist es erforderlich, an Stelle der üblichen Quarantänemaßnahmen durch Abzäunungen eine Unterteilung des Lagers in vier Felder vorzunehmen. Auf diese Weise kann bei einer etwa auftretenden Epidemie wenigstens ein Teil der Häftlinge weiter eingesetzt bzw. abtransportiert werden.«

Das Lager BIIc umfaßte 32 Wohnbaracken. Laut den oben zitierten Dokumenten waren im Juni 1944 in jeder Baracke 1.000 bis 1.200 Personen zusammengepfercht, so daß sich im Lager im Schnitt rund 35.000 nichtregistrierte ungarische Juden befanden. Und wenn am 16. Juni 7.000 – offensichtlich aus Ungarn stammende – Jüdinnen unter prekären Umständen im Sektor BIII untergebracht waren, leuchtet es ein, daß die Unterkunftsmöglichkeiten des Lagers BIIc erschöpft gewesen sein müssen. Aus all dem geht hervor, daß sich zu jener Zeit in Birkenau wenigstens 42.000 nichtregistrierte ungarische Juden aufgehalten haben müssen. Übrigens wurden am 2. Oktober 1944 aus dem Durchgangslager 17.202 Jüdinnen in den Lagerbestand aufgenommen, jedoch nicht registriert.[40] Hinsichtlich der weiblichen Häftlinge endet die »*Liste der Häftlingstransporte*« am 20. September 1944 mit der Nummer A-25378. Die höchste Nummer, die einer der später, im Januar 1945, von den Sowjets befreiten ungarischen Jüdinnen zugewiesen worden war, lautete A-27841. Die betreffende Frau hieß Ilona Schlamovitz und war im Mai 1944 deportiert worden. Wären die 17.202 oben erwähnten Jüdinnen registriert worden, so wären die höchsten Nummern der Serie A- höher als 42.000. Zu guter Letzt ist zu vermerken, daß von den 500 Jüdinnen, die um den 10. Oktober herum von Auschwitz abtransportiert wurden und am 12. in Buchenwald eintrafen, mindestens 200 keine Registrierungsnummer besaßen.[41]

Die am 2. Oktober in den Lagerbestand aufgenommenen Jüdinnen wurden allerdings separat gezählt, und zwar unter der Rubrik »*Durchgangs-Juden*«.[42]

Aus all dem Gesagten läßt sich schließen, daß die von »*Urban*« für den 21. August 1944 angegebene Ziffer von 30.000 nichtregistrierten ungarischen Juden glaubhaft ist; die wirkliche Zahl lag vermutlich sogar noch höher.

Die Überstellungen aus dem Durchgangslager

Vom 17. Mai an wurde eine außerordentlich große Zahl ungarischer Juden aus dem Birkenauer Durchgangslager überstellt. Bis zum 21. August registriert das *Kalendarium* (2. Ausgabe von 1989) insgesamt 21.497 solcher Juden. Die wirkliche Zahl ist jedoch mehr als doppelt so hoch, wie aus nebenstehender Tabelle hervorgeht, welche die von D. Czech gelieferten Unterlagen durch zusätzliche, einwandfrei dokumentierte Daten ergänzt.[43]

Laut dem vorher zitierten Rapport des Chefs der Bekleidungskammern für die Häftlinge sind im Zeitraum vom 15. Mai bis zum 14. Juli 1944 aus Birkenau 45.132 Gefangene abtransportiert worden. Obiger Tabelle zufolge wurden in dieser Zeit 49.188 Häftlinge in andere Lager überstellt. Die

Überstellung ungarischer Juden aus Auschwitz-Birkenau in andere Lager

Datum	Anzahl	Betroffen	Bestimmungsort
17/5	1.500	Ungar. Juden	KL Groß-Rosen
23/5	1.000	Ungar. Juden	KL Buchenwald
24/5	3.000	Ungar. Juden	KL Groß-Rosen
24/5	189	Ungar. Juden	KL Groß-Rosen
28/5	2.000	Ungar. Juden	KL Mauthausen
28/5	963	Ungar. Juden	KL Mauthausen
29/5	1.000	Ungar. Juden	KL Mauthausen
1/6	1.000	Ungar. Juden	KL Buchenwald
5/6	2.400	Ungar. Juden	KL Sachsenhausen
5/6	2.000	Ungar. Juden	KL Buchenwald
6/6	2.000	Ungar. Juden	KL Mauthausen
8/6	4.000	Ungar. Juden	KL Groß-Rosen
11/6	2.000	Ungar. Juden	KL Mauthausen
14/6	500	Ungar. Juden	KL Mauthausen
15/6	?	Ungar. Juden	KL Dachau (Kauferling)
17/6	1.000	Ungar. Juden	KL Buchenwald
17/6	1.500	Ungar. Juden	KL Mauthausen
23/6	434	Ungar. Juden	KL Buchenwald
29/6	2.502	Ungar. Jüdinnen	KL Stutthof
1/7	2.000	Ungar. Jüdinnen	KL Buchenwald
6/7	2.500	Ungar. Juden	KL Buchenwald
10/7	800	Ungar. Jüdinnen	KL Dachau
13/7	2.500	Ungar. Juden	KL Buchenwald
15/7	2.500	Ungar. Juden	KL Buchenwald
20/7	2.500	Ungar. Jüdinnen	KL Stutthof
30/7	530	Ungar. Jüdinnen	KL Buchenwald
13/8	1.000	Ungar. Jüdinnen	KL Buchenwald
14/8	2.800	Ungar. Jüdinnen	KL Stutthof
16/8	2.800	Ungar. Jüdinnen	KL Stutthof
20/8	270	Ungar. Juden	KL Buchenwald
	49.188		

Differenz – 4.056 Häftlinge – geht auf die Transporte ungarischer Juden aus Auschwitz I und Auschwitz III zurück.

Die im vorhergehenden angeführten Ziffern ermöglichen es uns nun, für den 21. August 1944 folgenden Zahlenstand zu ermitteln:

Im Lager internierte registrierte ungar. Juden:	27.500
In andere Lager überstellte ungar. Juden:	49.200
Nichtregistrierte ungar. Juden im Durchgangslager:	30.000
Insgesamt ca.:	**106.700**

Somit sind wir bisher zu dem wohluntermauerten Schluß gelangt, daß die Zahl der *arbeitsfähigen* ungarischen Juden in Auschwitz mindestens 106.700 betrug.

Wurden aus Ungarn nur arbeitsfähige Juden deportiert?

In einem vom 26. Mai 1944 stammenden Bericht schrieb Eberhard von Thadden, ein Judenexperte im deutschen Außenministerium:[44]

»Nach den bisherigen Feststellungen sind etwa 1/3 der abtransportierten Juden arbeitseinsatzfähig. Sie werden sofort nach Eintreffen im Sammellager Auschwitz auf die Dienststellen von Gauleiter Sauckel, die OT [Organisation Todt] *usw. verteilt.«*

Die Photographien im *Album d'Auschwitz*, auf die ich später noch zurückkomme, zeigen klar, daß in Auschwitz auch arbeitsunfähige ungarische Juden (Behinderte, Greise und Kin-

der) eintrafen.[45] Somit wurden aus Ungarn sowohl arbeitsfähige als auch arbeitsunfähige Juden deportiert.

Daß lediglich ein Drittel dieser Deportierten zum Arbeitseinsatz tauglich war, wie von Thadden festhielt, wird auch durch einen Brief erhärtet, den Ernst Kaltenbrunner am 30. Juni 1944 an den SS-Brigadeführer Blaschke schrieb und in dem es um die ins österreichische Straßhof geschickten ungarischen Juden ging. In diesem Brief heißt es:[46]

> *»Nach den bisherigen Erfahrungen werden bei diesen Transporten schätzungsweise etwa 30% (im vorliegenden Fall etwa 3600) arbeitsfähige Juden sein* […]*«*

Dementsprechend mußten auf rund 106.700 arbeitsfähige Juden etwa doppelt so viele – ungefähr 213.400 – arbeitsunfähige entfallen, woraus sich ergibt, daß die Gesamtzahl der aus Ungarn nach Auschwitz deportierten Juden bei ca. 320.000 lag.

Die Kriterien bei der Selektion Arbeitsfähiger

Die Kriterien bei der Selektion Arbeitsfähiger waren höchst elastisch. Am 14. August 1944 wurden aus dem Durchgangslager von Birkenau 300 ungarische Juden registriert, welchen die Nummern B-5860 bis B-6159 zugeteilt wurden. Man schickte sie dann zur Arbeit in die Raffinerie von Trzebinia, einem Nebenlager von Auschwitz.[47] Weitere 101 Juden aus Ungarn wurden am 15. September unter den Nummern B-10072 bis B-10172 registriert und in dieselbe Raffinerie abkommandiert.[48]

Diese Häftlinge gehörten folgenden Altersgruppen an:

	Gruppe vom 14.8.	Gruppe vom 15. 9.
14 Jahre (Jg. 1930)	9	0
15 Jahre (Jg. 1929)	106	7
16 Jahre (Jg. 1928)	84	8
17 Jahre (Jg. 1927)	29	4
18-20 Jahre	22	7
21-30 Jahre	14	9
31-40 Jahre	24	20
41-50 Jahre	7	32
51-60 Jahre	3	12
61-68 Jahre	2	2
Insgesamt	300	101

Am 3. Juli wurden aus dem Durchgangslager 174 ungarische Juden mit den Nummern A-15857 bis A-16030 registriert. Auf der Liste mit den Namen der Betreffenden finden sich zwei Kinder von 11 und 8 Jahren: Laszlo Leszlauer, geboren in Budapest am 2. März 1933, Nummer A-15952, und Isnac Herskowitz, geboren in Czanahosz am 4. Februar 1936, Nummer A-15922.[49]

Der bereits zitierte Rapport vom 26. Juli 1944 erwähnt, daß am 1. Juli 450 junge ungarische Juden aus dem Lager B II/d ins Quarantänelager BIIa verlegt worden sind. Vermutlich entstammten die später nach Trzebinia geschickten Jugendlichen dieser Gruppe.

Ein weiterer Punkt: Jene 578 ungarischen Juden, die sich zur Zeit der Befreiung des Lagers durch die Sowjettruppen noch in Auschwitz aufhielten, gehörten folgenden Altersklassen an:

1 bis 10 Jahre :	29
11 bis 14 Jahre:	52
15 bis 49 Jahre:	433
50 bis 60 Jahre:	50
61 bis 70 Jahre:	9
71 bis 79 Jahre:	3
Alter unbekannt:	2[50]

Im Gegensatz zu den Erwachsenen waren die Kinder mehrheitlich Zwillinge.[51]

Der Historiker Szita Szabolcs, der u.a. eine der am ausführlichsten dokumentierten Studien über die nach Straßhof deportierten ungarischen Juden verfaßt hat, vermittelt folgende Auskunft über die Altersklassen, denen die 16.600 in jenes österreichische Lager Geschickten angehörten [52]:

	Männlich	Weiblich
0-2 Jahre	200	250
3-6 Jahre	500	500
7-12 Jahre	900	900
13-14 Jahre	400	350
15-20 Jahre	800	1.300
Über 31 Jahre [*sic*]	4.500	6.000
	7.300	**9.300**

Zwar war Straßhof sicher ein Sonderfall, doch bleibt trotzdem festzuhalten, daß zum Arbeitseinsatz in Österreich auch Häftlinge abkommandiert wurden, die selbst theoretisch gesehen arbeitsunfähig waren. S. Szabolcs publiziert einen Brief der *Technischen Nothilfe. Dienststelle Bad-Vöslau* an *BdS u.SD., Sondereinsatzkommando für ungarische Juden, Aussenkommando Wien II*, in dem eine Liste von 42 ungarischen Juden figuriert, welche *»beim Bau einer Bettungsstelle (Stollen) für das SS-Lazarett seit 1. Oktober 1944*« beschäftigt waren. In diesem Brief heißt es weiter:[52]

> *»Diese Juden stammen aus dem Lager Straßhof und haben in Klein-Mariazell und Bernhof nach der Unwetterkatastrophe und beim Aufbau von Behelfsheimen gearbeitet.«*

Es handelte sich also um Personen, die tatsächlich zur Arbeit eingesetzt wurden. Auf der Liste stehen 13 Juden von mehr als 70 Jahren, je einer von 15, 13 und 10 Jahren, zwei von acht und einer von vier Jahren. Der älteste, Arnold Singer, geboren am 28. März 1868, war 76 Jahre alt; die jüngste, Agnes Anisfeld, geboren am 31. August 1940, zählte ganze 4 Lenze.

Obschon die nichtregistrierten ungarischen Juden in Auschwitz unter primitiven Verhältnissen im Durchgangslager einquartiert wurden – weil nämlich, wie wir im folgenden sehen werden, die Lagerverwaltung nicht auf den Empfang solcher Menschenmassen vorbereitet war –, haben die SS-Leute die Kranken nicht nur nicht „vergast", sondern medizinisch behandelt, wenn nötig sogar mittels chirurgischer Eingriffe. Der früher schon zitierte Bericht vom 28. Juni 1944 enthält folgende Angaben über die medizinische und sanitäre Betreuung dieser ungarischen Juden:[53]

> *»<u>Krankenbehandlung:</u>*
> *In der Berichtszeit sind 3138 Häftl. in der Ambulanz behandelt. Davon:*
> *Chirurg. Fälle 1426*
> *Durchfall 327*
> *Obstipation 253*
> *Angina 79*
> *Diebet. Mell. 4*
> *Herzschwäche 25*
> *Skabies 62*
> *Pneumonie 75*
> *Grippe 136*
> *Intertrig. 268*
> *Sonstige 449*
> *Infektionskrankheiten:*
> *Scharlach 5*

Mumps	*16*
Masern	*5*
Erysipel	*5.«*

Wurden ungarische Juden nur nach Auschwitz deportiert?

Laut Randolph Braham gingen 6 oder 7 Züge mit deportierten ungarischen Juden aus der Zone IV (vermutlich 20.787 Personen) nach Straßhof ab.[54] Diese Deportierten sind also in der Zahl von 437.402 miterfaßt, die Edmund Veesenmeyer, deutscher Sonderbotschafter in Budapest, in einem Telegramm vom 11. Juli 1944 nannte.[55] Am 30. Juni fuhr ein weiterer Transport mit 1.684 ungarischen Juden über dem Umweg nach Wien nach Bergen-Belsen ab, wo er am 8. Juli ankam.[56]

Bereits im Mai waren einige Transporte mit ungarischen Juden in Österreich angekommen, und zwar in Gänserndorf bei Wien. Einer der ersten fuhr mit 4200 Häftlingen am 26. Mai von Baja Bácska ab. Von Anfang Juni an wurden im Gau Niederdonau Juden aus Ostungarn als Zwangsarbeiter beschäftigt.[57]

Die Anwesenheit ungarischer Juden an anderen Orten mutet höchst befremdlich an. Vom litauischen Kaunas (deutsch Kauen) trafen in Stutthof ein:

- 54 ungarische Jüdinnen (Registrierungsnummern 48947 – 49000) am 19. Juli als Angehörige eines Transports von insgesamt 1.097 Jüdinnen.[58]
- 588 ungarische Jüdinnen am 4. August als Angehörige eines Transports von 793 Jüdinnen, von denen 743 namentlich bekannt sind.[59]

Aus dem lettischen Riga gelangten in Stutthof an:

- 484 namentlich bekannte ungarische Jüdinnen am 9. August als Angehörige eines Transports von 6.382 Jüdinnen, von denen 1.858 namentlich bekannt sind. Der Prozentsatz der Ungarinnen unter den namentlich bekannten dieser Jüdinnen beträgt somit 26%.[60]
- 15 ungarische Jüdinnen am 1. Oktober als Angehörige eines Transports von 1.777 Jüdinnen, von denen 817 namentlich bekannt sind.[61]

Insgesamt sind von Kaunas und Riga mindestens 1.141 ungarische Jüdinnen nach Stutthof überstellt worden. Von woher waren sie ins Baltikum geschickt worden? Ich werde mich dieser Frage im nächsten Abschnitt zuwenden.

Zu erwähnen ist auch der Fall Płaszów. Dieses Arbeitslager befand sich unweit von Krakau. Dem polnischen Historiker Aleksander Bieberstein zufolge fragte der SS-Standartenführer Gerhard Maurer am 14. Mai beim Kommandanten von Płaszów an, ob er sich in der Lage sehe, 10.000 ungarische Jüdinnen aufzunehmen, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden sollten.[62] In der Tat wurden dann etliche tausend ungarische Jüdinnen nach Płaszów überstellt. Am 6. August trafen rund 8000 Jüdinnen aus diesem Lager in Auschwitz ein, von wo aus bald darauf 4000 bis 5000 nach Stutthof weitergeleitet wurden.[63] Es handelt sich hier natürlich um die am 14. und 16. August in Stutthof eingegangenen Transporte, von denen jeder rund 2.800 ungarische Jüdinnen umfaßte.[64]

Auf welchem Wege waren diese ungarischen Jüdinnen in Płaszów angelangt? Direkt aus Ungarn oder über Auschwitz?

Die aus Ostungarn (Karpato-Ukraine und Nordsiebenbürgen) abgegangenen Transporte kamen alle von Osten her über Krakau nach Auschwitz.[65] Es ist somit fast sicher, daß die nach Płaszów geschickten Jüdinnen in Krakau einer Selektion unterzogen worden waren, ehe sie in Auschwitz eintrafen. Möglicherweise belief sich die Gesamtzahl dieser Jüdinnen auf 10.000, so wie es Maurer verlangt hatte, und es ist auch denkbar, daß in Krakau weitere Juden für andere Bestimmungsorte selektioniert wurden.

Ursprünglicher Zweck und Bestimmungsort der Deportationen ungarischer Juden

Am 9. April 1944 unterrichtete Adolf Hitler den Luftwaffenchef Erhard Milch, der Reichsführer SS Himmler habe den Auftrag erhalten, 100.000 Juden zur Errichtung unterirdischer Fabriken im Rahmen des Jäger-Bauprogramms bereitzustellen.[66] Am 9. Mai ordnete Hitler an, man möge 10.000 Männer aus Sewastopol abziehen, um die rund 200.000 Juden zu überwachen, die zwecks Einsatz beim Jäger-Bauprogramm in die Konzentrationslager des Reichs zu überstellen seien.[67]

Doch die Vorbereitungen zur Deportation der ungarischen Juden entsprachen diesen Plänen durchaus nicht. Am 2. Mai sandte von Thadden folgendes Telegramm an die deutsche Botschaft im slowakischen Preßburg (Bratislava):[68]

> *»Fahrplan für Abtransport größerer Anzahl ungarischer Juden zum Arbeitseinsatz in die Ostgebiete wird 4.-5. Mai in Wien zur Aufstellung gelangen. Vermutlich wird Großteil Transporte durch Slowakei geleitet werden müssen. Sollten hiergegen schwerwiegende Bedenken bestehen, erbitte Drahtbericht.«*

Am 3. Mai erwiderte Ludin, deutscher Minister in Preßburg:[69]

> *»Erbitte beim Abtransport größerer Anzahl ungarischer Juden zum Arbeitseinsatz in die Ostgebiete das Gebiet der Slowakei möglichst nicht zu berühren.«*

Am 5. Mai schickte von Thadden Ludin eine weitere Botschaft zum Thema *»Abtransport ungarischer Juden zum Arbeitseinsatz in die Ostgebiete«*, in der es hieß:[70]

> *»In der nebenbezeichneten Angelegenheit ergeben sich folgende Schwierigkeiten: Eine Transportführung über Lemberg ist aus militärischen Gründen außerordentlich schwierig, eine Leitung von Transporten aus Ostungarn – und in diesem Gebietsteil soll mit dem Abtransport begonnen werden – über Budapest-Wien würde zu einer erheblichen und z.Zt. unerwünschten Beunruhigung der Budapester Bevölkerung führen. Es ist daher seitens des RSHA besonderer Wert darauf gelegt worden, daß wenigstens die Transporte aus Ostungarn, sofern sie nicht über Lemberg laufen können, durch die Slowakei geführt werden.* […]
> *Vermerk: Im übrigen sei auch das RSHA* [Reichssicherheitshauptamt] *am meisten an einer Leitung der Transporte über Lemberg interessiert, weil es die kürzeste Marschroute wäre. Soweit die Strecke Lemberg seitens der militärischen Behörden überhaupt freigegeben würde, werde sie daher für die Transporte herangezogen werde.«*

Fassen wir zusammen:

Die Deportation der ungarischen Juden sollte im Osten des Landes beginnen;

Der Zweck der Transporte bestand im Arbeitseinsatz;

Der kürzeste Weg zum Erreichen des Zielortes führte über Lemberg.

Schon ein flüchtiger Blick auf die Landkarte zeigt, daß der kürzeste Weg von Ostungarn in die *»Ostgebiete«* in der Tat über Lemberg führte.

Es ist somit klar, daß der ursprüngliche Plan zur Deportation ungarischer Juden den Abtransport arbeitsfähiger Juden in die besetzten Ostgebiete vorsah, wo sie zweifellos Befestigungsanlagen gegen die Sowjets im Rahmen der Organisation Todt

errichten sollten. Dies könnte unter Umständen mit dem Hitler-Befehl vom 8. März 1944 zur Errichtung von Festungsanlagen in den Ostgebieten, u.a. in Bobrujsk, Mogilew, Orša und Witebsk in Verbindung stehen.

Die Anwesenheit ungarischer Juden in Kaunas und Riga läßt sich mit diesem Umstand erklären. Vermutlich wurden einige Transporte direkt von Ungarn via Lemberg ins Baltikum geschickt.

Viele Transporte aus Ostungarn (Felsővisó, Kőrömező, Máramarossziget, Huszt, Iza, Munkács) führten via Stryj in der Tat nach Lemberg,[71] und es spricht somit alles dafür, daß einige Transporte nicht etwa westwärts nach Przemysl-Auschwitz, sondern nordwärts in die Ostgebiete gingen, so wie es der ursprüngliche Plan vorgesehen hatte. Dies wird übrigens dadurch bekräftigt, daß am 25. Mai zumindest ein Judentransport aus Ungarn nach Lublin/Majdanek gelangte, also zweifellos aus Ostungarn kam.[72]

In diesem Fall würden die 1.141 aus Kaunas und Riga nach Stutthof überstellten ungarischen Jüdinnen, die aber nur einen Teil der Deportierten ausmachten, der Stärke zweier Transporte entsprechen.[73] (Dies gilt natürlich auch für den Fall, daß diese Jüdinnen von Auschwitz aus ins Baltikum geschickt worden sein sollten.[74])

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß gerade zum Zeitpunkt, wo die Deportationen aus Ungarn einsetzten, nämlich am 15. Mai 1944, ein Transport mit 878 – fast durchwegs arbeitsfähigen – Juden aus dem französischen Drancy nach Kaunas abging.[76]

Es ist jedenfalls sicher, daß Auschwitz, als „Sammellager", lediglich eine Ersatzlösung darstellte, denn wie wir gesehen haben, wurde die Lagerleitung durch den enormen Zustrom von Häftlingen völlig überrascht und hatte keine Zeit, die notwendigen Vorkehrungen zur ordentlichen Unterbringung der künftigen Zwangsarbeiter des Reichs zu treffen. Dies hätte natürlich auch in noch größerem Maß auf die angeblichen Ausrottungsvorrichtungen zugetroffen.

Die Deportation ungarischer Juden nach Auschwitz wurde offiziell als »*Sonderaktion Ungarn-Programm*« bezeichnet,[77] wobei das Wort »*Programm*« sich auf einen vorgesehenen Arbeitseinsatz wie etwa das »*Jäger-Bauprogramm*« bezieht, während der Ausdruck »*Sonderaktion*« lediglich Bezug auf die Deportation nahm.[78]

Was war das Schicksal der arbeitsunfähigen ungarischen Juden?

Der gegenwärtige Kenntnisstand erlaubt es uns nicht, diese Frage sicher und durch Dokumente abgestützt zu beantworten. Die revisionistische Kritik hat anhand der von US-Aufklärern aufgenommenen Luftfotos sowie der Kapazität der Krematorien bewiesen, daß die arbeitsunfähigen ungarischen Juden keinesfalls »*nach ihrer Ankunft vergast*« worden sind. Dies wird auch durch die Aufnahmen im bereits erwähnten *Album d' Auschwitz* erhärtet.

Erstens zeigen mehrere Fotos in diesem Album sämtliche Krematoriumskamine (Krematorien II und III: Foto 6 auf S. 51, Foto 7 auf Seite 53, Foto 17 auf S. 63; Krematorien IV und V: Foto 99 auf S. 131, Foto 125 auf S. 155), doch aus keinem dieser Kamine steigt Rauch empor.[79] Wären aber die arbeitsunfähigen ungarischen Juden vergast worden, so hätten die Krematorien in der zweiten Maihälfte 1944 (die Aufnahmen im *Album d'Auschwitz* stammen vom 26. Mai) Tag und Nacht unaufhörlich auf Hochtouren in Betrieb sein müssen, und selbst dann hätten sie bloß einen kleinen Teil der „Vergasten" einäschern können.[80]

Zweitens lassen die Fotos erkennen, daß zwar die Arbeitsfähigen ihr ganzes Gepäck auf einer Bank zurückließen, die Arbeitsunfähigen hingegen ein leichtes Gepäck aus Rucksäcken und Taschen behalten durften. Besonders aussagekräftig sind Fotos 6 auf S. 51, Foto 163 auf S. 185 (wo die Arbeitsunfähigen, mehrheitlich Kinder, sogar zwei große Kochtöpfe tragen), Foto 165 auf S. 187 sowie Foto 169 auf S. 191. Warum wurden die Arbeitsunfähigen mit Taschen, Rucksäcken und Kochtöpfen in die „Gaskammern" geschickt? Die Fotos belegen außerdem, daß die Arbeitsunfähigen im Hain beim Löschteich östlich des Krematoriums IV ausruhten. (Foto 174 auf S. 194 zeigt im Vordergrund einen alten Mann, der sich anschickt, die leichte Böschung am Rand des Löschteichs hinunterzusteigen, um mit einem Metallbehälter Wasser zu schöpfen.) Auf keiner der Fotos sieht man Menschen in den Höfen der Krematorien II und III, obwohl diese recht geräumig waren. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die Fotos 152 und 153 auf S. 176 und 177, die in chronologisch falscher Reihenfolge abgebildet werden. Die Geschehnisse auf Foto 153 gingen nämlich jenen auf Foto 152 voraus, denn auf letzterer ist die Menschengruppe, welche auf ersterer vor dem Ostflügel von Krematorium III erscheint, bereits am Eingangstor zum Hof des Krematoriums vorbeigegangen, das man am rechten Rand des Bildes erkennt. Zu guter Letzt ist dieses Eingangstor geschlossen. Es ist somit klar, daß die Arbeitsunfähigen die Lagerstraße hinuntergingen, die parallel zum Eisenbahngeleise an den Krematorien II und III vorbei verlief, dann rechts abbogen, durch die Zentralsauna und das Effektenlager gingen, längs der Westseite des Krematoriums IV weiterschritten, anschließend abermals nach rechts abbogen und schließlich den Hain beim Löschteich betraten.

Wenn diese Arbeitsunfähigen zur „Vergasung" bestimmt waren, warum wurde dann ein großer Teil von ihnen nicht in die Höfe der Krematorien II und III geschickt, in denen sich angeblich viel leistungsfähigere Gaskammern und – tatsächlich – viel leistungsfähigere Verbrennungsöfen befanden als in den Krematorien IV und V?



Nichteinsatzfähige Häftlinge rasten mit Sack und Pack im Wald in der Nähe des Krematoriums IV: Einen alter Mann steigt eine leichte Böschung am Rand des Löschteichs hinunter, um mit einem Metallbehälter Wasser zu schöpfen.[75]

Ist da die Annahme nicht ungleich logischer, diese Menschen, denen man Handgepäck gelassen hatte, warteten auf ihre Abfahrt aus Auschwitz?

Die Frage, wohin diese Arbeitsunfähigen geschickt worden sind, ist natürlich weit schwieriger zu beantworten. Der Fall der nach Straßhof deportierten ungarischen Juden mag uns eine Vorstellung davon vermitteln, *wie* sie untergebracht wurden. Im Gau Niederdonau wurden diese Juden in wenigstens 175 Siedlungen untergebracht, wo sich auch die Arbeitsunfähigen befanden und die man "Familienlager" nannte.[81] Und zumindest bis zum 22. Juni 1944 verlief die Front im Norden noch östlich der Linie Narva-Opocka-Vitebsk-Bobrujsk, und ein erheblicher Teil der Ostgebiete, unendlich viel größer als der Gau Niederdonau, war noch in deutscher Hand.

Wieviele Juden wurden aus Ungarn deportiert?

Wie wir gesehen haben, wurden mit Sicherheit rund *106.700* arbeitsfähige ungarische Juden nach Auschwitz deportiert, woraus sich eine Gesamtzahl von ca. *320.000* Deportierten hochrechnen läßt. Für andere Bestimmungsorte als Auschwitz wird man – zusätzlich zu den rund 21.000 nach Straßhof geschickten ungarischen Juden – eine Mindestziffer von 18.000 annehmen müssen (6 Transporte: zwei nach Gänserndorf, je einer nach Bergen-Belsen, Riga, Kaunas und Lublin/Majdanek), so daß die Zahl der nach Auschwitz Deportierten nicht höher als [437.402 – (21.000 + 18.000) =] *398.400* gewesen sein kann, von denen ein Drittel – etwa *132.800* – arbeitsfähig gewesen sein muß. Bisher haben wir mit Sicherheit etwa *106.700* davon aufspüren können.

Außerdem betrug die Kapazität des Durchgangslager bereits im Juni 1944 etwa 42.000 Personen, so daß die Erklärung Otto Wolkens über die Anwesenheit von ungefähr 50.000 ungarischen Jüdinnen im Birkenauer Durchgangslager der Wahrheit nahe gekommen sein mag.[82]

Somit ist es wahrscheinlich, daß die Zahl der im Durchgangslager einquartierten ungarischen Juden am 21. August höher als 30.000 war (der Häftling »*Urban*« gab übrigens an, die Ziffer sei Schwankungen unterworfen gewesen); überdies spricht alles dafür, daß die Anzahl der von Auschwitz nach verschiedenen Orten Deportierten wesentlich größer war als die von uns zuvor errechnete Mindestzahl, und schließlich ist die Liste der in andere Lager Überstellten bestimmt lückenhaft, besonders für die Zeit vom 15. Juli bis zum 21. August und erst recht bezüglich der Lager Auschwitz I und Auschwitz III, in denen sich – wie oben festgehalten – am 21. August 1944 insgesamt rund 11.800 ungarische Juden aufhielten.

Zusammenfassend läßt sich folgern, daß die rund (132.800 – 106.700 =) *26.100* fehlenden arbeitsfähigen ungarischen Juden (die ca. 78.300 Deportierten und etwa 26 Transporten entsprechen), zu diesen verschiedenen Kategorien gehören und daß die Gesamtzahl von 437.402 Deportierten zumindest der Größenordnung nach stimmt.

Die statistischen Dokumente über die Deportation der ungarischen Juden

Tabelle 1 im Anhang faßt die in der oben erwähnten »*Liste der Judentransporte*« enthaltenen Daten zusammen. Bis zum 11. Juli 1944 (dem letzten mit Bestimmtheit feststehenden Datum des Eintreffens eines Transports aus Ungarn in Auschwitz; der betreffende Transport war am 8. Juli abgegangen) umfaßt diese Liste 58 Einträge, die wenigstens (2.975 x 58 =) 172.500 Deportierten entsprechen.[83] Doch weil die Mindestzahl der nachgewiesenermaßen nach Auschwitz deportierten ungarischen Juden rund *320.000* beträgt, scheint es mir offenkundig, daß eine Registrierung sich auf mehrere Transporte beziehen konnte, so daß Danuta Czechs Angaben in diesem Fall zutreffend sind.

In Tabelle 2 im Anhang habe ich die von den Sowjets in Auschwitz befreiten ungarischen Juden aufgelistet, die ein genaues und glaubhaftes Datum ihrer Deportation oder ihres Eintreffens in Auschwitz angegeben haben. Insgesamt entsprechen die betreffenden Daten recht genau den Daten der Registrierung ungarischer Juden im Lager (Tabelle 1). Diese geringe Anzahl von 110 Häftlingen wurden an insgesamt nicht weniger als 43 verschiedenen Tagen deportiert, was wenigstens 43 Transporten mit (2.975 x 43) etwa 128.000 Deportierten entspricht. Doch an jedem Deportationstag ging mehr als ein Transport ab. Andererseits entsprechen die *320.000* nachgewiesenen Deportierten rund *107* Transporten; somit läßt sich aus den erwähnten 43 Deportationstagen auf eine wenigstens dreifach höhere Zahl von Transporten schließen.

In welchen Zeiträumen die Deportationen laut den vorhandenen Dokumenten (Veesenmeyer-Telegramme sowie Ferenczy-Berichte) stattfanden, läßt sich aus Tabelle 4 im Anhang ersehen.

Ein vom 15. Juli stammender Bericht der geheimen Widerstandsbewegung in Auschwitz besagt, im Lager seien vom 16. Mai bis zum 13. Juni über 300.000 ungarische Juden in 113 Zügen eingetroffen.[84] Gemäß den Veesenmeyer-Telegrammen wurden bis zum 7. Juni 1944 aus Ungarn 289.357 Juden in 92 Zügen deportiert;[85] zwischen dem 11. und dem 16. Juni verließen weitere 50.805 Juden Ungarn in 23 Zügen, was pro Zug einen Schnitt von 2.209 Deportierten ergibt. Am 14. Juni schließlich belief sich die Zahl der Verschickten auf 324.005. Doch vom 11. bis zum 14. Juni wurden [289.357 + 50.805) – 324.005 =] 16.157 Personen deportiert, was 7 Transporten entspricht. Unter der Annahme, daß am 11. Juni zwei Transporte abgingen und am 13. Juni in Auschwitz eintrafen, wären damals 5000 Menschen im Lager angekommen, und die Gesamtzahl betrüge rund 294.000 in 94 Zügen. Einige tausend ungarische Juden waren außerdem nach Österreich geschickt worden. Somit ist die von der Widerstandsbewegung genannte Zahl von über 300.000 ungarischen Juden zwar leicht erhöht, der Größenordnung nach jedoch richtig.

In Tabelle 3 im Anhang führe ich die Liste der Transporte aus Ungarn an, die Randolph L. Braham in der ungarischen Ausgabe seines Buchs *The Politics of Genocide*[86] veröffentlicht hat. In einer Anmerkung weist er darauf hin, daß diese Daten vom Bahnhofvorsteher von Kassa gesammelt wurden und daß ein gewisser Gaskó Miklós eine Kopie davon anfertigte, die er später publizierte. Als Quelle zitiert Braham die Zeitschrift *Menorà*, Toronto 1984, 1., 4. und 12. Juni. Die Liste umfaßt 134 Transporte bis zum 9. Juli 1944.

In der dritten und vierten Spalte von Tabelle 5 im Anhang präsentiere ich eine Gegenüberstellung der Deportiertenzahlen, wie sie aus den Unterlagen von Veesenmeyer und Ferenczy hervorgehen, und jenen, die sich aus der von Braham veröffentlichten Liste ergeben. Diese Gegenüberstellung erweist, daß diese Liste, von der man unter anderem die Herkunft nicht kennt, nicht besonders zuverlässig ist, auch wenn sie wahre Elemente enthalten mag. Übrigens ist keiner der aus

Zentralungarn abgegangenen Transporte über Kassa (slowakisch Košice) gefahren, und nur ein Teil der Transporte aus der Karpato-Ukraine und Nordsiebenbürgen ging über diese Station,[87] so daß der Bahnhofvorsteher von Kassa ganz unmöglich 134 Transporte vorbeifahren sehen konnte.

Diese Liste spiegelt den tatsächlichen Fluß der Deportationen nur teilweise wider, so daß es sich bei ihr eher um eine Rekonstruktion anhand bereits bekannter Dokumente zu handeln scheint. Als Beispiele für solche lassen sich etwa eine von Karsai Elek veröffentlichte Liste nennen, die (ohne Datenangaben) die Zahl der aus 43 ungarischen Städten Verschleppten – insgesamt 427.400 Personen – angibt,[88] oder ein am 19. Juni 1944 nach Genf abgesandter Bericht, der die Zahl der bis zum 10. Juni aus 37 Städten Deportierten – insgesamt 335.000 Personen – vermeldet,[89] sowie natürlich die Veesenmeyer-Telegramme und die Ferenczy-Rapporte.

Betrachtungen zur These von Arthur Butz

In seinem eingangs erwähnten Artikel wiederholt A. Butz seine bekannte These, wonach die Deportation von 437.402 ungarischen Juden zwischen Mai und Juli 1944 nur mit gefälschten oder verfälschten Dokumenten bewiesen worden sei. Butz zufolge sind wohl Juden aus Ungarn deportiert worden, doch in weitaus geringerem Umfange. Er nennt keine alternative Ziffer und begnügt sich damit, die Größenordnung von 438.000 zu verwerfen.[90]

Zur Untermauerung seiner These führt er drei Hauptargumente an:

- Die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, so viele Deportierte zu transportieren;
- Einen aus dem Jahre 1948 stammenden Rotkreuzbericht über Ungarn während der Kriegszeit;
- Das Argument, die vorliegende Dokumentation sei »*suspekt*«, worunter er „gefälscht" oder „verfälscht" versteht.

Wie wir oben festgehalten haben, wurden aus Ungarn mit Sicherheit nicht weniger als (320.000 + 21.000 + 18.000 =) *359.000* Juden deportiert, und diese Zahl genügt bereits, um die These von A. Butz zu entkräften. Wie J. Graf in seinem eingangs zitierten Beitrag richtig bemerkt hat, hätte es keinen Sinn ergeben, eine schlaue und raffinierte Fälschung in riesigem Maßstab zu betreiben, um weniger als 80.000 falsche Deportierte zu gewinnen. Zudem ist bereits diese mit Gewißheit feststehende Ziffer um ein Mehrfaches höher als die Schätzungen von A. Butz, der früher von rund 100.000 deportierten ungarischen Juden ausgegangen war.

Auf die von A. Butz angeführten Argumente möchte ich kurz wie folgt antworten:

Es unterliegt zwar keinem Zweifel, daß die deutschen Behörden in Ungarn am 19. April äußerst große Schwierigkeiten hatten, Züge für 10.000 Juden zu finden, doch eben aus diesem Grund beriefen sie am 4. und 5. Mai in Wien eine »*Fahrplankonferenz*« ein, um das Problem in den Griff zu bekommen und einen Terminkalender für die Transporte zu erstellen.[91] Wäre dies nicht der Fall gewesen, so müßte man mit derselben Logik auch die Deportation von 100.000 Juden – und dies ist ja die von A. Butz ursprünglich geschätzte Zahl – für unmöglich erklären. Auf dieser Konferenz wurde beschlossen, ab dem 15. Mai »*täglich 4 Judentransporte*« abgehen zu lassen.[92] Auch wenn man davon ausgeht, daß die Hin- und Rückfahrt sechs Tage dauerte, hätten 24 Züge – vier pro Tag an sechs Tagen – ausgereicht, um den Mechanismus der Deportation in Gang zu halten, denn am siebten Tage wären die vier am ersten Tage abgefahrenen Züge wieder verfügbar gewesen. Ich sehe hier keine Unmöglichkeit oder auch nur besondere Schwierigkeit vorliegen.

Der Bericht des Internationalen Roten Kreuzes über Ungarn besitzt keinerlei historischen Wert. Einerseits konnte es Friedrich Born, dem IKRK-Vertreter in Budapest, schwerlich entgangen sein, daß wenigstens *320.000* ungarische Juden nach Auschwitz deportiert worden waren. Andererseits wußte das IKRK selbst im Jahre 1948 selbstverständlich Bescheid über die offizielle Version, laut der »*bis zum 27. Juni* [1944] *475.000 Juden deportiert worden waren.*«[93] Im Bericht des Roten Kreuzes findet sich nicht der geringste Hinweis auf all dies. Wie konnten die Verfasser des Berichts denn behaupten, der »*Höhepunkt der Heimsuchungen*« habe für die ungarischen Juden im Oktober 1944 begonnen,[94] obgleich sie darüber informiert waren, daß von Mai bis Juli mindestens *320.000* Juden aus Ungarn in ein Lager verbracht worden waren, das damals schon allgemein als Vernichtungslager galt? Wie konnten sie die Abkommandierung von ungefähr 30.000 Juden zum Arbeitseinsatz für schlimmer halten als die Deportation von mehr als *320.000* in ein (angebliches) Vernichtungslager?

Es scheint mir offenkundig, daß das IKRK die Geschehnisse in Ungarn *ad usum delphini* geschildert hat. Grund dafür war meiner Ansicht nach die tödliche Verlegenheit darüber, damals nichts gesagt und nichts zur Verhütung dieser fürchterlichen Tragödie getan zu haben.

Die Vorstellung, die umfangreiche Dokumentation über die Deportation der ungarischen Juden könne gefälscht oder verfälscht sein, hat mich stets mit Verwunderung erfüllt, da die Voraussetzung dafür eine internationale Verschwörung gewesen wäre. A. Butz äußert den Verdacht, die deutschen Dokumente seien von Horst Wagner, einem Mitarbeiter Außenminister Ribbentrops, sowie Eberhard von Thadden unter Aufsicht Robert Kempners als Gegenleistung für eine Art »*Schutz vor Strafverfolgung*« gefälscht worden.[90] Doch macht es nicht den Anschein, als habe Veesenmeyer beim Wilhelmstraße-Prozeß angesichts dieser angeblich falschen Dokumente Protest erhoben. Ich weise schließlich noch darauf hin, daß dieser Prozeß 1948 begann (das Urteil wurde am 11. April 1949 gefällt), und die Ferenczy-Berichte, aus denen eine praktisch gleich hohe Zahl Deportierter hervorgeht (434.351 im Vergleich zu 437.402) waren bereits im Jahre 1948 bekannt, sonst hätte Eugene Levai sie in seinem in jenem Jahr veröffentlichten *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jews*[95] nicht zitieren können. Kann man denn wirklich glauben, das sowjetisch kontrollierte Ungarn habe in aller Eile eine Übersetzung dieser Berichte an Robert Kempner geschickt, damit dieser sie Horst Wagner und Eberhard von Thadden geben und sie mit der Herstellung entsprechender Fälschungen beauftragen konnte? Wie ließen sich die Übereinstimmungen zwischen den beiden Serien von Berichten denn sonst erklären?

Abkürzungen:

AFB: Archivio Federale, Bundesarchiv, Bern.
AGK: Archiwum Głównej Komisji badania zbrodni hitlerowskich w Polsce (Archiv der Kommission zur Erforschung der Hitler-Verbrechen in Polen), Warschau.
AMS: Archiwum Muzeum Stutthof .
APMO: Archiwum Państwowego Muzeum Oświęcim-Brezinka (Archiv des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau).
GARF: Gosudarstwenni Archiv Rossiskoi Federatsii (Staatliches Archiv der Russischen Föderation), Moskau.

RGVA: Rossiiskij Gosudarstvenniy Vojenniy Archiv (Staatliches russisches Kriegsarchiv, ehemals Tsentr Chranenija Istoriko-dokumentalnich Kollektsi (TCIDK, Zentrum zur Aufbewahrung geschichtlich-dokumentarischer Sammlungen, Moskau).

RIOD: Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie (Reichsinstitut für Kriegsdokumentation), Amsterdam.

Anmerkungen

Carlo Mattogno hat diesen Artikel im April 2001 verfaßt und im Juli 2001 ergänzt. Übersetzt von Jürgen Graf.

1 *VffG*, 4(2) (2000), S. 140-149; englisch: *The Journal of Historical Review*, July/August 2000, S. 19-28.
2 *VffG*, 4(3&4) (2000), S. 277-284; englisch: *The Journal of Historical Review*, July/August 2000, S. 19-28.
3 »*Transfers to the Reich. The Unregistered Inmates of Auschwitz*«, *The Journal of Historical Review*, March-April 2000, S. 21-25.
4 »*Beyond Auschwitz. New Light on the Fate of the Hungarian Jews*«, ebenda, S. 26-35.
5 Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau*, publiziert in *Hefte von Auschwitz*, Wydawnictwo Państwowego Muzeum w Oświęcimiu, Hefte 2, 1959; 3, 1960; 4, 1961; 6, 1962; 7 und 8, 1964.
6 Man vergleiche hierzu die vollständige Liste der Transporte in meiner Studie *Wellers e i „gasati“ di Auschwitz*, Edizione la Sfinge, Parma, März 1987, S. 51-54.
7 *Hefte von Auschwitz*, 7, 1965, S. 91 ff.
8 *Le Monde Juif*, octobre-décembre 1983, Nr. 112, S. 127-159.
9 Ebenda, S. 147 und 153.
10 Zum damaligen Zeitpunkt stand mir der Text dieses Berichts noch nicht zur Verfügung.
11 *Le procès de Jérusalem. Jugement-Documents.* Introduction de Léon Poliakov. Calman-Lévy, Paris 1963, S. 199.
12 Edmund Veesenmayer, deutscher Sonderbotschafter in Budapest, nannte eine Zahl von 437.402 bis zum 9. Juli 1944 Deportierten. NG-5615.
13 *Wellers e i „gasati“ di Auschwitz*, aaO (Anm. 6), S. 18-20, 37, 39.
14 Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945,* Rowohlt Verlag, Reinbeck bei Hamburg 1989.
15 Ebenda, S. 699.
16 Ebenda, S. 777 ff.
17 *L'Album d'Auschwitz*, Editions du Seuil, Paris 1983, Foto Nr. 6, S. 51.
18 AGK, NTN, 88. S. 46.
19 N. Blumenthal, *Dokumenty i materiały,* Lodz 1946, S. 95.
20 D. Czech, *Kalendarium…,* Auflage von 1989, S. 860.
21 Die Zahl ergibt sich aus folgender Rechnung: [(437.402 : 147) x 91] = ca. 271.000.
22 Jean-Claude Pressac, *Auschwitz: Technique and Operation of the Gas Chambers,* Beate Klarsfeld Foundation, New York 1989, S. 253.
23 In Wirklichkeit kamen 57 Transporte an.
24 J.-C. Pressac, *Die Krematorien von Auschwitz. Die Technik des Massenmordes,* Piper Verlag, München/Zürich 1994, S. 198-199. Den Anhang »*Die Zahl der ungarischen Juden, die nach Auschwitz kamen, und ihre Sterblichkeitsrate*« gibt es in der französischen Originalfassung nicht.
25 Ebenda, S. 171 und 173.
26 »*Entretien avec Jean-Claude Pressac*«, in: Valérie Igounet, *Histoire du Négationnisme en France,* Editions du Seuil, Paris 2000, S. 643-64.
27 AGK, NTN, 155, S. 115.
28 Im Original steht aufgrund eines Rechenfehlers "15971".
29 Im Original steht aufgrund eines weiteren Rechenfehlers "39234".
30 APMO, D-AuII-3a/39, S. 71.
31 Frauenkonzentrationslager.
32 APMO, D-RO/123.
33 AGK, NTN, 156, S. 140-146.
34 AGK, NTN, 155, S. 95 und 96.
35 AGK, NTN, 88, S. 111-113.
36 GARF, 7021-108-32, S 76.
37 Lücke im Text.
38 *L'Album d'Auschwitz*, aaO (Anm. 17), Fotos 163 & 165, S. 185, 187.
39 RGVA, 502-1-168, S. 6-6a.
40 APMO, D-AU II 3a, S. 5a.
41 APMO, D-Bu-3/1, 5.
42 In den Berichten unter der Rubrik *Arbeitseinsatz des F.L. Birkenau* ab dem 5. Oktober 1944. APMO, D-AuII-3a/1a-4c.
43 Zu den nach Stutthof Geschickten siehe AMS; zu den nach Mauthausen Deportierten siehe AGK; zu Groß-Rosen siehe Isabell Sprenger, *Groß-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 1996.
44 NG-2190.
45 *L'Album d'Auschwitz*, aaO (Anm. 17).
46 PS-3803.
47 AGK, NTN, 145, S. 82-92 (Namenliste).
48 Ebenda, S. 92-95.
49 RIOD, c(21.23)32, Nr. 1866 und 1836 der Liste.
50 GARF, 7021-108-26, S. 1-16; 108-22/23.
51 Siehe hierzu den interessanten Artikel von Jean-Marie Boisdefeu »*A propos des jumeux d'Auschwitz*« (Zu den Zwillingen von Auschwitz), *Etudes révisionnistes*, vol. 1, S. 257-267, in dem der Verfasser anhand einer originellen – meiner Ansicht nach freilich mit unzureichenden Unterlagen dokumentierten – Berechnungsmethode zum Schluß gelangt, es seien ca. 118.500 ungarische Juden nach Auschwitz deportiert worden.
52 Szita Szabolcs, *Utak a pokolból. Magyar deportálak as annektált Ausztriában 1944-1945* (Wege aus der Hölle. Ins annektierte Österreich deportierte ungarische Juden), Metalon Manager Iroda Kft, Kesckemét 1991, S. 97.
53 GARF, 7021-108-32, S. 76.
54 Randolph L. Braham, *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary,* Columbia University Press, New York 1981, vol. 2, S. 652.
55 NG-5615.
56 *Der Kastner-Bericht über Eichmanns Menschenhandel in Ungarn,* Kindler Verlag, München 1961, S. 130, 134.
57 Leonore Lappin, »*Der Weg ungarischer Juden nach Theresienstadt*«, in: *Theresienstädter Studien und Dokumente*, Prag 1996, S. 57-59.
58 AMS, I-IIB-10.
59 Ebenda.
60 AMS-I-IIE-12.
61 AMS-I-IIB-12.
62 Aleksander Bieberstein, *Zagłada Żydów w Krakowie,* Wydawnictwo Literackie, Krakau-Breslau 1986, S. 138.
63 Magdalena Kunicka-Wyrzykowksa, » *Kalendarium obozu płaszowskiego 1942-1945*«, in: *Biuletyn Głównej Komisji badania zbrodni hitlerowskich w Polsce*, Warschau 1982, XX, S. 69.
64 AMS, I-IIB-11.
65 Martin Gilbert, *Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas*, Rowohlt Verlag, Reinbeck bei Hamburg 1995, S. 197.
66 R-134.
67 NO-5689.
68 NG-5565. R.L. Braham, *The destruction of Hungarian Jewry,* New York 1963, S. 151.
69 Ebenda, S. 152.
70 Ebenda, S. 367-368.
71 Martin Gilbert, aaO (Anm. 65), S. 197.
72 Tadeusz Menzel (Hg.), *Majdanek 1941-1945,* Wydawnictwo Lubelskie, Lublin 1991, S. 454 (von Zofia Leszczyńska erstellte Tabelle der 1941-1944 nach Majdanek gelangten Transporte).
73 Laut einem am 24. Mai von Oswald Pohl an Himmler gesandten Telegramm machten die Frauen 50% der arbeitsfähigen ungarischen Juden aus. Da jene rund ein Drittel der Deportierten bildeten, entsprachen die arbeitsfähigen Frauen einem Sechstel des Gesamtbestandes und somit 1.141 arbeitsfähige Frauen mehr als 6000 Deportierten, d.h. mindestens zwei Transporten.
74 S. Crowell erwähnt das von A. Ezergailis verfaßte Buch *The Holocaust in Latvia 1941-1945,* The Missing Center, Riga 1996), laut dem im Lager Dungada unweit von Riga zwischen 2000 und 5000 ungarische Juden interniert waren, welche ab Mai 1944 aus Auschwitz eingetroffen sein sollen. (S. Crowell, a.a.O, S. 30).
75 *L'Album d'Auschwitz*, aaO (Anm. 17), Foto 174, S. 194
76 Serge Klarsfeld, *Le mémorial de la déportation de juifs de France,* Paris 1978, S. 13 und 20 (meine Seitennumerierung; Klarsfelds Werk hat keine Seitenzahlen).
77 Telegramm von Kammler an die Zentralbauleitung von Auschwitz vom 21. (in Wirklichkeit 25.) Mai 1944, RGVA, 502-1-83, S. 21.
78 Man vergleiche dazu meine Studie "*Sonderbehandlung" ad Auschwitz. Genesi e significato*, Edizioni di Ar, Padua 2001, II, 18 "La Sonderaktion Ungarn". (Eine deutsche Fassung dieses Werks ist in Vorbereitung.)
79 Nur Pressac glaubt noch ernsthaft daran, daß die Kamine der Krematorien von Birkenau nicht rauchen konnten, weil der Rauch beim Kongreß von Dresden vom 7. Juni 1876 verboten worden war (V. Igounet, a.a.O, S. 648)! Man vergleiche dazu die in meinem in der anschließenden Fußnote genannten Artikel angeführten Gegenbeweise.
80 Vgl. hierzu meinen Artikel *Supplementary response to John C. Zimmermann on his "Body Disposal at Auschwitz",* herausgegeben von Russell Granata, http://www.russgranata.com/Risposta-new-eng.html.

[81] S. Szabolcs, a.a.O., S. 279.
[82] Im Durchgangslager waren im August 1944 allerdings auch polnische Jüdinnen und Juden aus Płaszów und Lodz untergebracht.
[83] Durchschnittliche Zahl der Deportierten pro Transport: (437.402: 147 Züge =) 2.975.
[84] APMO, Au D-Ro/91, t. VII, S. 451.
[85] NG-5619.
[86] *A Magyar Holocaust,* 1988, vol. 2, S. 514-515.
[87] Martin Gilbert, a.a.O., S. 196-197.
[88] *Vádirat a nácizmus ellen* (Anklage gegen den Nazismus), Budapest 1967, Band 3, S. 36-37.
[89] AFB, E 2001 (D) 1968/74/14, S. 5.
[90] A. Butz, aaO. (Anm. 2), S. 277.
[91] NG-5565.
[92] R.L. Braham, *The destruction of Hungarian Jewry,* S. 371.
[93] Eidesstattliche Erklärung R. Kastner vom 13. September 1945. PS-2605.
[94] A. Butz, *The Hoax of the Twentieth Century,* Historical Review Press, 1977, S. 138,
[95] The Central European Times Publishing Co. Ltd., Zürich 1948, S. 472.

Tabelle 1: Registrierungslisten der Transporte ungarischer Juden nach Auschwitz

Nr.	Datum	Registrierte Häftlinge	Matrikel-nummer	Reg. Weibl. Häftlinge	Matrikel-nummer
1	17.5.1944	19	A-1419-1437	/	
2	18.5.1944	/		20	A-3622-3641
3	19.5.1944	7	A-1438-1444	/	
4	20.5.1944	34	A-2507-2540	58	A-5079-5136
5	21.5.1944	5	A-2541-2545	6	A-5137-5142
6	21.5.1944	3	A-3100-3102	/	
7	22.5.1944	2.000	A-3103-5102	3	A-5342-5344
8	22.5.1944	7	A-5103-5109	/	
9	23.5.1944	/		5	A-5415-5419
10	24.5.1944	2.000	A-5729-7728	/	
11	25.5.1944	/		100	A-5667-5766
12	25.5.1944	/		253	A-5770-6022
13	25.5.1944	/		1	A-6023
14	26.5.1944	/		4	A-6024-6027
15	27.5.1944	2	A-5331-5332	6	A-6028-6033
16	28.5.1944	12	A-5717-5728	/	
17	28.5.1944	12	A-7729-7740	2	A-6034-6035
18	29.5.1944	2.000	A-7741-9740	/	
19	30.5.1944	1.000	A-9741-10740	3	A-6036-6038
20	31.5.1944	100	A-10741-10840	1000	A-6039-7038
21	31.5.1944	1.000	A-10841-11840	/	
22	1.6.1944	/		26	A-7039-7064
23	2.6.1944	11	A-12080-12090	/	
24	4.6.1944	/		3	A-7199-7201
25	6.6.1944	/		4	A-7202-7205
26	7.6.1944	2.002	A-12091-14092	3	A-7206-7208
27	7.6.1944	2	A-14093-14094	/	
28	8.6.1944	/		1	A-7209
29	12.6.1944	/		1	A-7210
30	13.6.1944	/		5	A-7211-7215
31	14.6.1944	/		6	A-7216-7221
32	14.6.1944	/		3	A-7222-7224
33	15.6.1944	203	A-14095-14297	/	
34	16.6.1944	9	A-14298-14306	/	
35	17.6.1944	10	A-14319-14328	2	A-7254-7255
36	17.6.1944	320	A-14329-14648	/	
37	17.6.1944	309	A-14640-14948	/	
38	17.6.1944	120	A-14949-15068	/	
39	18.6.1944	/		4	A-7256-7259
40	28.6.1944	/		1.000	A-7270-8269
41	29.6.1944	150	A-15069-15218	/	
42	29.6.1944	2	A-15675-15676	/	
43	3.7.1944	174	A-15857-16030	/	
44	3.7.1944	500	A-16037-16536	/	

Tabelle 2: Unvollständige Liste der von den Sowjets in Auschwitz befreiten ungar. Juden

Familienname	Vorname	Matrikel-nummer	Alter (1945)	Datum der Deportation
Fischer	Mano	A-11026	49	15.5.1944
Goldstein	Aron	A-10060	42	15.5.1944
Herstieg	Mozes	A-7471	46	15.5.1944
Herskovits	Eva	A-6377	34	15.5.1944
Erdös	Zouzsanna	A-8806	26	16.5.1944
Back	Riza	A-7608	18	17.5.1944
Havas	Olga	A-7946?	49	17.5.1944
Jakubovics	Janka	A-9471	33	17.5.1944
Gelbermann	Ilona	A-7754	20	18.5.1944
Glanz	Simon	A-4552	50	18.5.1944
Heisler	Jozsef	A-4549	53	18.5.1944
Kanitz	Salamon	A-4553	54	18.5.1944
Brummer	Pepi	A-20089	43	18.5.1944
Feldman	Helene	A-7684	32	18.5.1944
Hollender	Helen	A-6372	47	18.5.1944
Telmanovits	Mor	A-3102	13	18.5.1944
Weisz	Max	A-8671	36	18.5.1944
Freiberger	Ferenc	A-10001	48	18.5.1944
Goldmann	Ignatz	B-14711	54	19.5.1944
Genuth	Samuel	A-8991	50	20.5.1944
Gross	Klara	A-6260	23	20.5.1944
Jakobovics	Berisk	A-10151	53	20.5.1944
Kantor	Miklos	A-9241	34	20.5.1944
Klein	H.	A-10943	23	20.5.1944
Lieber	Samuel	A-5967	54	20.5.1944
Teller	K.	A-6900	14	20.5.1944
Glückmann	Antal	A-6924	51	22.5.1944
Hartmann	Tibor	A-10139	19	22.5.1944
Lustig-Brawer	A.	A-5121	2	22.5.1944
Czukor	Siegmund	A-9873	50	23.5.1944
Glatz	A.	A-17015	42	23.5.1944
Jchverenz	L.	A-3430	43	25.5.1944
Fried	Karl	172425	36	26.5.1944
Arnstein	Decsö	A-8472	47	27.5.1944
Rosenberg	Isidor	A-10449	49	27.5.1944
Feldmann	Hella	A-27629	44	28.5.1944
Fixler	Bernat	A-7935	45	28.5.1944
Holczer	Dezsö	A-17312	38	28.5.1944
Szakacs	Sandor	A-13896	49	28.5.1944
Smuck	Lajos	A-10557	29	28.5.1944
Berger	Jenö	A-14016	30	29.5.1944
Mandel	St.	A-11435	44	30.5.1944
Blau	Laszlo	B-10077	16	1.6.1944
Ilkovits	Miklos	A-8141	46	1.6.1944
Briekka	Andreas	A-17456	10	1.6.1944
Briekka	Karl	A-17457	10	1.6.1944
Arnstein	Iosef	A-13751	52	2.6.1944
Grossinger	Farkas	B-10099	16	2.6.1944
Hermann	Piroska	A-7222	13	2.6.1944
Lörinczi	L.	A-7059	10	2.6.1944
Lövinczi	A.	A-12090	10	2.6.1944
Rottstein	Dezider	A-8547	23	2.6.1944
Cengeri	L.	A-7057	7	2.6.1944
Cengeri	J.	A-7058	7	2.6.1944
Markolacz	Eva	A-19643	27	4.6.1944

Nr.	Datum	Registrierte Häftlinge	Matrikel-nummer	Reg. Weibl. Häftlinge	Matrikel-nummer
45	5.7.1944	4	A-16935-16938	/	
46	5.7.1944	13	A-16939-16951	/	
47	7.7.1944	283	A-16952-17234	6	A-8735-8740
48	7.7.1944	217	A-17235-17451	/	
49	7.7.1944	3	A-17458-17460	/	
50	8.7.1944	2	A-17452-17453	/	
51	8.7.1944	/		999	A-8741-9739
52	9.7.1944	10	A-17500-17509	5	A-9740-9744
53	10.7.1944	2	A-17454-17455	2	A-9745-9746
54	10.7.1944	2	A-17456-17457	2	A-9747-9748
55	10.7.1944	/		4	A-9749-9752
56	11.7.1944	/		2	A-9753-9754
57	11.7.1944	/		2	A-9755-9756
58	14.7.1944	2	A-17543-17544	/	
59	15.7.1944	2	A-17545-17546	/	
60	25.7.1944	11	A-17677-17687	2.001	A-9818-11818
62	26.7.1944	/		2.008	A-11819-13826
63	27.7.1944	261	A-17688-17948	/	
64	27.7.1944	5	A-17949-17953	/	
65	30.7.1944	2	A-19945-19946	/	
66	31.7.1944	/		683	A-16457-17139
67	8.8.1944	25	B-5569-5593	1.414	A-17141-18554
69	10.8.1944	/		1.446	A-18555-20000
70	10.8.1944	/		1.000	A-20001-21000
71	11.8.1944	/		1.000	A-21001-22000
72	11.8.1944	/		999	A-22001-22999
73	12.8.1944	/		1.020	A-23000-24019
74	13.8.1944	151	B-5709-5859	/	
75	14.8.1944	300	B-5860-6159	/	
76	14.8.1944	50	B-6160-6209	/	
77	16.8.1944	/		6	A-24191-24196
78	17.8.1944	/		9	A-24204-24212
79	19.8.1944	16	B-7550-7565	/	
80	22.8.1944	3	B-7761-7763	138	A-24041-24178
81	24.8.1944	28	B-7877-7904	/	
82	28.8.1944	/		1	A-24981
83	4.9.1944	5	B-9103-9107	/	
84	5.9.1944	5	B-9366-9370	/	
85	7.9.1944	3	B-9619-9621	/	
86	15.9.1944	101	B-10072-10172	/	
87	18.9.1944	3	B-10420-10422	/	
88	20.9.1944	31	B-10423-10453	22	A-25357-25378
89	21.9.1944	28	B-10454-10481	/	
		12.581		15.288	

Familienname	Vorname	Matrikel-nummer	Alter (1945)	Datum der Deportation
Mund	Antal	A-16334	35	4.6.1944
Faradi	Ferensz	B-14707	48	5.6.1944
Friedmann	Zoltan	A-12436	21	5.6.1944
Glück	Michaly	A-13228	21	5.6.1944
Grosz	Jozsef	A-13876	44	5.6.1944
Goldenthal	Ernö	A-13202	10	5.6.1944
Goldenthal	Marika	A-7205	3	5.6.1944
Deutsch	Tibor	B-5901	23	6.6.1944
Dobos	Roza	78244	56	6.6.1944
Fekete	Vilmos	A-12089	7	6.6.1944
Böhm	Margit	A-11243	23	9.6.1944
Deutsch	Katalin	A-9745	14	10.6.1944
Deutsch	Marta	A-9746	14	10.6.1944
Hadl	Eva	A-9754	13	11.6.1944
Hadl	Gyuri	A-17545	7	11.6.1944
Hadl	Paul	A-17546	7	11.6.1944
Gold	Margit	A-11954	23	12.6.1944
Hoffmann	Andor	A-14165	43	12.6.1944
Szasz	E.	A-9626	39	12.6.1944
Epstein	Thomas	B-14706	15	14.6.1944
Csillag	Imre	A-14361	31	15.6.1944
Schlesinger	Makla	A-7254	12	15.6.1944
Schlesinger	Judith	A-7255	12	15.6.1944
Frei	Rozsi	A-27789	14	16.6.1944
Fuhrmann	Bella	A-14383	43	16.6.1944
Mansfeld	Geza	189121	63	16.6.1944
Kegö	Ferenc	A-15048	25	17.6.1944
Brauer	Zsigmond	A-14355	18	20.6.1944
Feldmayer	Josef	B-14708	56	20.6.1944
Friedmann	Jenö	A-14710	37	22.6.1944
Altwer	Gyula	B-5865	54	26.6.1944
Gara	Ferensz	A-17022	58	27.6.1944
Kalasz	Gergely	A-16282	46	28.6.1944
Grad	Miklos	A-17026	48	29.6.1944
Hartenstein	Georg	B-5959	41	29.6.1944
Rapaport	M.	A-16383	21	29.6.1944
Pal	F.	A-27653	34	1.7.1944
Friedmann	Salamon	A-13831	44	3.7.1944
Feldman	Elisabet	A-9910	16	5.7.1944
Füredi	Sandor	B-5914	37	5.7.1944
Gottlieb	Marton	A-17288	30	7.7.1944
Guttmann	Hermine	A-27636	54	7.7.1944
Wortmann	G.	A-14880	14	7.7.1944
Benedek	Tibor	B-14509	15	8.7.1944
Bernard	Hajnalka	A-11227	19	8.7.1944
Lejhelyi	Janus	A-17800	59	8.7.1944
Deutsch	Janka	A-27624	50	9.7.1944
Jolesz	Sara	A-11403	32	9.7.1944
Feher	Istvan	B-5571	38	10.7.1944
Gergely	Sandor	B-5950	55	11.7.1944
Gergely	Janos	B-5951	17	11.7.1944
Hermann	Eva	A-10839	16	11.7.1944
Hollo	Kalman	B-5965	57	11.7.1944
Hollos	Tamas	B-5966	15	11.7.1944
Isak	Vera	A-13030	16	11.7.1944

TABELLE 3: LISTE AUS UNGARN DEPORTIERTER JUDEN LAUT R.L. BRAHAM (1988)

Datum	Deportationsort	Zahl Deportierter	Zahl laut Veesenmayer	Zahl laut Tab 3
14. Mai	Nyíregyháza	3.200		
14. Mai	Munkács	3.169		
16. Mai	Kassa	4.055		
16. Mai	Beregszász	3.818		
16. Mai	Máramarosszig	3.007		
16. Mai	Munkács	3.629		
16. Mai	Kassa	3.629		
17. Mai	Kassa	3.352		
17. Mai	Ungvár	3.455		
17. Mai	Ökörmezõ	3.052		
17. Mai	Munkács	3.306	23.363	37.672
18. Mai	Máramarosszig	3.248		
18. Mai	Beregszász	3.569		
18. Mai	Sátoraljaújhely	3.439		
18. Mai	Munkács	3.025	27.637	13.281
19. Mai	Felsõvisó	3.032		
19. Mai	Mátészalka	3.299		
19. Mai	Szatmárnémeti	3.006		
19. Mai	Munkács	3.222	11.644	12.559
20. Mai	Máramarosszig	3.104		
20. Mai	Nagyszõllõs	3.458		
20. Mai	Munkács	3.026		
21. Mai	Felsõvisó	3.013		
21. Mai	Nyíregyháza	3.274		
21. Mai	Sátoraljaújhely	3.290		
21. Mai	Munkács	2.861	32.023	22.026
22. Mai	Máramarosszig	3.490		
22. Mai	Ungvár	3.335		
22. Mai	Szatmárnémeti	3.300		
22. Mai	Mátészalka	3.290		
23. Mai	Felsõvisó	3.023		
23. Mai	Nyíregyháza	3.272		
23. Mai	Munkács	3.269		
23. Mai	Nagyvárad	3.110		
24. Mai	Beregszász	2.602		
24. Mai	Kassa	3.172		
24. Mai	Huszt	3.328		
24. Mai	Munkács	3.080	22.415	38.271
25. Mai	Ungvár	3.334		
25. Mai	Nagyvárad	4.138		
25. Mai	Kolozsvár	3.130		
25. Mai	Aknaszlatina	3.317		
25. Mai	Felsõvisó	3.006		
25. Mai	Szatmárnémeti	3.336	21.788	20.261
26. Mai	Huszt	3.249		
27. Mai	Sátoraljaújhely	3.325		
27. Mai	Nagyszõllõs	3.415		
27. Mai	Nyíregyháza	2.708		
27. Mai	Ungvár	2.988		
27. Mai	Marosvásárhely	3.183		
28. Mai	Técsõ	2.208		
28. Mai	Dés	3.150		
28. Mai	Nagyvárad	3.227	45.179	27.453
29. Mai	Beregszász	860		
29. Mai	Mátészalka	3.299		
29. Mai	Kolozsvár	3.417		
29. Mai	Szatmárnémeti	3.306		
29. Mai	Nagyvárad	3.187		
30. Mai	Kisvárda	3.475		
30. Mai	Marosvásárhely	3.204		
30. Mai	Nagyvárad	3.187		
30. Mai	Szatmárnémeti	3.300		
31. Mai	Ungvár	3.056		
31. Mai	Kolozsvár	3.270		
31. Mai	Nagybánya	3.073		
31. Mai	Szilágysomlyó	3.106		
31. Mai	Mátészalka	3.299	33.187	43.039
1. Juni	Kisvárda	3.421		

Datum	Deportationsort	Anzahl Deportierter	Zahl laut Veesenmayer	Zahl laut Tab. 3
1. Juni	Nagyvárad	3.059		
1. Juni	Szatmárnémeti	2.615	19.178	9.095
2. Juni	Huszt	2.396		
2. Juni	Beszterce	3.106		
2. Juni	Kolozsvár	3.100	11.442	8.602
3. Juni	Nagyszõllõs	2.967		
3. Juni	Kassa	2.499	5.433	5.466
4. Juni	Szilágysomlyó	3.161		
4. Juni	Szászrégen	3.149		
4. Juni	Sátoraljaújhely	2.567		
5. Juni	Nagyvárad	2.527		
5. Juni	Mátészalka	3.100		
5. Juni	Nyíregyháza	2.253		
5. Juni	Nagybánya	2.844		
6. Juni	Huszt	1.852		
6. Juni	Dés	3.160		
6. Juni	Beszterce	2.875		
6. Juni	Szilágysomlyó	1.584		
8. Juni	Dés	1.364		
8. Juni	Kolozsvár	1.784		
8. Juni	Marosvásárhely	1.163	36.068	33.383
9. Juni	Kolozsvár	1.447		
11. Juni	Maklár	2.794		
12. Juni	Diósgyõr	2.675		
12. Juni	Balassagyarmat	3.810		
12. Juni	Diósgyõr	2.941		
12. Juni	Érsekújvár	2.899		
12. Juni	Diósgyõr	3.051		
12. Juni	Hatvan	2.961		
13. Juni	Komáron	2.790		
13. Juni	Salgótarján	2.310		
14. Juni	Miskolc	3.968		
14. Juni	Balassagyarmat	1.867	34.648	33.513
15. Juni	Léva	2.678		
15. Juni	Miskolc	2.829		
15. Juni	Érsekújvár	1.980	2.004	7.487
16. Juni	Gyõr	2.985		
16. Juni	Komáron	2.673		
16. Juni	Dunaszerdahely	2.969		
26. Juni	Szeged	3.199	25.841	11.826
27. Juni	Debrecen	3.842		
27. Juni	Kecskemét	2.642		
27. Juni	Nagyvárad	2.819		
27. Juni	Békéscsaba	3.118		
28. Juni	Bácsalmás	2.737		
29. Juni	Kecskemét	2.790		
29. Juni	Szolnok	2.083		
29. Juni	Debrecen	3.026	29.811	23.057
5. Juli	Sárvár	3.105		
5. Juli	Szombathely	3.103		
6. Juli	Kaposvár	3.050		
6. Juli	Pécs	3.100		
6. Juli	Kaposvár	2.066		
7. Juli	Sopron	3.077		
7. Juli	Pápa	2.793		
7. Juli	Paks	1.072		
7. Juli	Monor	3.549		
7. Juli	Óbuda	3.151		
7. Juli	Sárvár	2.204	41.250	30.270
8. Juli	Pécs	2.523		
8. Juli	Óbuda	2.997		
9. Juli	Monor	3.065		
9. Juli	Óbuda	3.072		
9. Juli	Budakalász	3.072		
9. Juli	Monor	3.079		
9. Juli	Békásm.	1.924	14.491	19.732
22. Juli	Rákoscsaba	1.230		1.230
		398.223	**437.402**	**398.223**

TABELLE 4: ÜBERSICHT ÜBER DIE DEPORTATIONEN DER UNGARISCHEN JUDEN

Gendarmerie-distrikt	Zeitraum der Deportation	Anzahl Züge	Anzahl Deportierte laut Ferenczy	Anzahl Deportierte laut Veesenmayer
VIII, IX, X	15. Mai-7. Juni	92	288.333	289.357
II,VII	11-16. Juni	23	51.829	50.805
V,VI	25-28. Juni	14	40.505	41.499
III, IV, I	4-8. Juli	18	53.684	55.741

TABELLE 5: ANZAHL DER AN DEN BETREFFENDEN DATEN AUS UNGARN DEPORTIERTEN JUDEN

Datum	Anzahl Deportierte	Datum	Anzahl Deportierte
17. Mai	23.363	3. Juni	253.289
18. Mai	51.000	7. Juni	289.357
19. Mai	62.644	14. Juni	324.005
21. Mai	94.667	15. Juni	326.009
24. Mai	117.082	19. Juni	340.142
25. Mai	138.870	26. Juni	351.850
28. Mai	184.049	30. Juni	381.661
31. Mai	217.236	7. Juli	422.911
1. Juni	236.414	9. Juli	437.402
2. Juni	247.856		

Antwort an Carlo Mattogno

Von Prof. Dr. Arthur R. Butz

Immer, wenn ich mit jemandem eine Auseinandersetzung über das Problem der ungarischen Juden habe, stelle ich fest, daß mein Gegenüber über Auschwitz und andere Konzentrationslager spricht, während ich über Ungarn spreche. Ich habe daher das Gefühl, daß wir nicht über die gleiche Sache reden.

In seiner Zusammenfassung meiner Argumente, wie sie in meiner Antwort auf Jürgen Graf in *VffG* wiedergegeben wurden,[1] überging Carlo Mattogno das wichtigste darunter, vielleicht weil wir nicht über die gleiche Sache sprechen oder vielleicht, weil ich mich nicht klar genug ausdrückte, entweder bezüglich dessen, was ich behaupte, oder weil ich meine wichtigsten Argumente nicht richtig ausformulierte.

Man möge mir daher erlauben, meine These in einem Absatz so klar wie möglich darzulegen. Die tradierte „Holocaust"-Legende behauptet, daß Ungarn im Zeitraum zwischen Mitte Mai und Anfang Juli 1944 von Juden „gesäubert" wurde, mit Ausnahme von Budapest. Diese Behauptung, die ich das „tradierte Szenario" nenne, befindet sich in Übereinstimmung mit dem von mir zitierten Zeitungsartikel Goebbels und ist quasi eine Heftklammer der „Holocaust"-Legende. Ich behaupte nun, daß das „tradierte Szenario" auch nicht annähernd stattfand. Es ist nicht meine Absicht, eine Anzahl der Deportierten festzustellen, und ich habe mich damit auch nie besonders befaßt. Ich lehne das „tradierte Szenario" ab, weil es absolut lächerlich ist.

Mattognos Zahlenjongliererei bezüglich der in Frage kommenden Konzentrationslager ist fragwürdig, und zwar sowohl an sich als auch bezüglich des von mir betrachteten Problems, das er nicht aufgreift. Ich kann daher nur darüber spekulieren, welche Meinung Mattogno bezüglich der Geschichtlichkeit des „tradierten Szenarios" hat.

Mattognos numerische Schätzungen hängen entscheidend vom Vorhandensein und der Bedeutung des Unterschieds ab, der zwischen „arbeitsfähigen" und „arbeitsunfähigen" Häftlingen und Deportierten gemacht wird, und zwar in ganz verschiedenen Zusammenhängen auf verschiedenen Ebenen. Diese Unterscheidung ist voll subjektiver, politischer und bürokratischer Komplikationen. Mattogno bemerkt dieses Problem ja selbst, indem er anmerkt, daß einige formell arbeitsunfähige Juden in Österreich zur Arbeit eingesetzt wurden.

Ich *nehme an*, daß bezüglich der Registrierungsdaten der Konzentrationslager der Unterschied zwischen „arbeitsfähigen" und „arbeitsunfähigen" Erwachsenen im Arbeitsalter in der medizinischen Bewertung der Ankömmlinge lag, festgestellt von den Ärzten und anderen Funktionären, die die Aufnahme der Transporte überwachten. Es gibt aber keinen Grund anzunehmen, daß „arbeitsfähig" im medizinischen Sinne für die Zwecke ausreichte, welchen die Deutschen im Sinne hatten. Häftlinge, die im medizinischen Sinne arbeitsfähig waren, mögen dennoch für bestimmte oder gar für jedwede Arbeit ungeeignet gewesen sein. Eine medizinisch arbeitsfähige Person kann tatsächlich aus vielen Gründen arbeitsunfähig gewesen sein, z.B. wegen ihrer „Einstellung" oder andere Arten mangelnder Kooperationsbereitschaft. Es stellt sich nämlich die einfache Frage: warum sollte ein gesunder Jude willens gewesen sein, für die Deutschen zu arbeiten? Um unwillige Leute zur Arbeit zu zwingen, ist Gewalt nur von begrenztem Wert, insbesondere bei Facharbeitern. Es würde mich überraschen, wenn medizinisch arbeitsfähige Juden auch praktisch immer arbeitsfähig waren.

Es ist unzulässig anzunehmen, daß Kaltenbrunner die gleiche Interpretation des Begriffs „arbeitsfähig" hatte wie die Ärzte in Auschwitz. Ich kann daher die von Mattogno praktizierte Multiplikation mit dem Faktor Drei nicht akzeptieren. Dies würde zum Beispiel voraussetzen, daß alle jene, die bei der Ankunft im Lager formell als „arbeitsfähig" kategorisiert wurden, auch für Kaltenbrunner arbeitsfähig waren, also *»nach den bisherigen Erfahrungen«*.

Wie schon in Grafs früherem Beitrag,[2] so kann uns auch Mattogno nicht mitteilen, wo all die arbeitsunfähigen Juden abgeblieben sind, wie er in jenem einem Absatz zugibt, der sich mit dieser zentralen Frage befaßt.

Mattogno hat mein wichtigstes Argument übergangen, weil wir womöglich nicht über die gleiche Sache sprechen. 1994

wurden mehrere internationale Konferenzen über die Ereignisse in Ungarn im Jahr 1944 abgehalten, und die veröffentlichten Beiträge dieser Konferenz passen nicht zum „tradierten Szenario". Damit meine ich nicht, daß die Konferenzteilnehmer die Wirklichkeit des „tradierten Szenarios" nicht bewiesen. Ich meine damit, daß die im „tradierten Szenario" gemachte Behauptung von solcher Art ist, daß die Konferenzteilnehmer, von denen viele besondere Fachkenntnisse über Ungarn hatten und die Forschungsberichte darüber schrieben, von Details und Auswirkungen der Deportationen überwältigt gewesen wären, so daß die Konferenz damit angefüllt gewesen wäre. Ein „Szenario" ist eine Beschreibung für eine komplexe Anzahl miteinander in Beziehung stehender Ereignisse, die wir grob als „Details" bezeichnen können. Zumindest einige dieser Forschungsberichte hätten diese Details erforscht. Die Existenz von Wissenschaftlern hängt davon ab, über Dinge zu schreiben, über die bisher noch nicht geschrieben wurde. Nichts hätte sie von den Details fernhalten können, wenn es sie geben würde.

Es ist eine schreckliche Ironie, daß ich in meiner Kritik an Grafs Artikel eine Analogie zu dem „tradierten Szenario" machte, indem ich annahm, »*daß das World Trade Center gesprengt und zerstört worden sei*«, daß aber eine solche Behauptung nur von wenigen Dokumenten gestützt werde, nicht aber von zeitgenössischen Berichten über die Details, Konsequenzen, Nebenereignisse und nachfolgenden Geschehnissen. Zumal 1993 einige Terroristen eine solche Sprengung erfolglos versuchten, nahm ich an, daß es nie passieren würde. Jetzt, da es geschehen ist, schwimmen wir geradezu in Details und Auswirkungen. Es ist unmöglich, die Vereinigten Staaten am Ende des Jahres 2001 zu betrachten, ohne von diesen Details geradezu ertränkt zu werden. Das ist es, was ich meine, wenn ich davon rede, daß etwas wirklich geschieht.

Der wichtigste Satz von Details sind jene bezüglich der verheerenden wirtschaftlichen Verwerfungen, die sich aus der plötzlichen, sich in solch kurzem Zeitraum abspielenden Deportation all jener ungarischen Juden ergeben hätten, und ebenso bezüglich der politischen Probleme und Auseinandersetzungen, die daraus entstanden wären. Wer hätte die Geschäfte und Anstellungen der Juden übernommen? Wie hätte man den plötzlichen Verlust der fähigen Handwerker kompensieren können? In vielen Fällen wäre ein Ersatz nicht möglich gewesen. Welche flehenden Bitten brachten die Ungarn vor, und welche Hindernisse bauten sie auf? Wie hätte ein Streit bei diesem Vorgang gelöst werden können? Welche Auseinandersetzungen entwickelten sich überhaupt? Welche Vereinbarung hätte man getroffen bezüglich dem Verbleib des Eigentums und der Schulden der Juden? Die früheren Deportationen der Juden aus Deutschland fanden über viele Jahre statt, mit entsprechenden wirtschaftlichen Anpassungen in den Jahren davor.

Für das „tradierte Szenario" fehlen all diese Details. Das erinnert mich an ein Auto ohne Räder, ohne Motor, ohne Lenkrad, ohne Getriebe, ohne Bremsen, ohne Sitze, ohne Türen, ohne Fenster. Tim Cole beschwerte sich über die Berichte von einer der Konferenzen, was aber auf alle zutrifft. Er sagte, daß das Buch, das er rezensierte, »*ironischerweise dazu tendiert, um den Holocaust selbst* […] *herumzureden*«. Damit bezog er sich hauptsächlich auf die Ereignisse in Ungarn.[3] Cole ist Mitautor einer Studie der Details und Auswirkungen der gegen die Juden von Budapest erwirkten Maßnahmen.[4] Die Forschungsberichte, die auf diesen Konferenzen vorgetragen wurden, behandle ich hier als Teil der eigentlichen historischen Daten, anstatt als historische Arbeiten, mit denen ich übereinstimme oder auch nicht. Man muß wohl annehmen, daß die Teilnehmer dieser Konferenzen nicht miteinander konspirierten, um die Details und Auswirkungen zu verbergen, die das „tradierte Szenario" ausgefüllt hätten. Die einfache Erklärung dafür ist, daß es solche Details eben nicht gab. Diesbezüglich haben die Berichte der Konferenzen von 1994 eine frappierende Ähnlichkeit mit dem attackierten Rotkreuzbericht des Jahres 1948. Darüber muß ernsthaft nachgedacht werden.

Da ich hier nicht darüber spreche, was sich in den Berichten der Konferenzen befindet, sondern darüber, was sich darin nicht befindet, kann ich hier naturgemäß unmöglich eine spezifische Passage oder einen Artikel aus diesen Berichten zitieren. Der Leser, der diese Sache tiefgehend ergründen möchte, muß diese Berichte schon persönlich untersuchen.

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist vergangen, und wir haben immer noch keinen Bericht darüber, wie diese erstaunlichen Ereignisse vonstatten gingen, trotzt einiger internationaler Konferenzen, die sich angeblich darum bemühten!

Ich bleibe dabei: wenn keiner so handelte, als ob es passierte, dann ist es eben nicht passiert. Mattogno und ich, wir können uns beide Dokumente bis zur Vergasung ansehen, aber ich werde meine Maxime nicht aufgeben. Sonst wären wir auf Gedeih und Verderb der verrückten Geschichtsschreibung ausgeliefert.

Um auf meinen anfangs erwähnten Punkt zurückzukommen: Das Problem der ungarischen Juden ist eine Frage dessen, was in Ungarn passiert ist – zumindest für mich.

Anmerkungen

1. A.R. Butz, »*Was widerfuhr den ungarischen Juden?*«, *VffG*, 4(3&4) (2000), S. 277-284.
2. J. Graf, »*Was geschah mit den nach Auschwitz deportierten, jedoch dort nicht registrierten Juden?*«, *VffG*, 4(2) (2000), S. 140-149.
3. *Holocaust and Genocide Studies*, 14(1) (2000), S. 135ff.
4. »*Ghettoization and the Holocaust: Budapest 1944*«, *Journal of Historical Geography*, 21(3) (1995).

Anmerkung der Redaktion

Da die Redaktion wahrscheinlich in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit unserer Leserschaft der Meinung ist, daß das Thema der ungarischen Juden mehr als ausführlich behandelt wurde, werden wir diese Kontroverse mit Abdruck dieser Beiträge auf sich beruhen lassen und das Thema vorerst nicht mehr behandeln.

Der Mythos von Gebrauchsobjekten aus Menschenhaut

Von Jean Plantin

Der Mythos von den Lampenschirmen, Handschuhen und Handtaschen aus Menschenhaut, von den Nationalsozialisten angeblich aus den Häuten ermordeter Häftlinge angefertigt, sowie das Bild von der Judenseife: sie wollen nicht mehr verschwinden. Um unseren Lesern eine Vorstellung von der Entstehung und Verbreitung dieses Mythos zu geben, haben wir nachfolgend einige Quellen zusammengestellt, die diesen Mythos begründet bzw. verbreitet haben. Den üblichen Quellen, die über den Zweiten Weltkrieg und hier besonders über die NS-Konzentrationslager berichten, wurden weitere aus anderen Epochen und Gegenden hinzugefügt, die den Eindruck geben, als sei es üblich gewesen, Handtaschen und Bucheinbände aus Menschenhaut anzufertigen. Selbstverständlich müßten all diese Behauptungen zuerst verifiziert werden. Dank sei hier den Lesern ausgesprochen, die zu dieser Liste beigetrugen.

Das Nürnberger Militärtribunal

Während des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg las der Ankläger der USA, Thomas J. Dott, am 13. Dezember 1945 folgende schriftliche Zeugenaussage eines ehemaligen Insassen von Buchenwald vor:[1]

»Der Gerichtshof wird sich daran erinnern, daß wir in dem Film aus einem der Konzentrationslager zeigten, wie im Konzentrationslager Buchenwald Hautstücke von menschlichen Körpern geschnitten und als Dekorationsstücke aufbewahrt wurden. Für diesen Zweck wurden besonders unglückliche Opfer wegen ihrer Tätowierungen ausgesucht. Das Beweisstück trägt die Nummer US-252. Ein Auszug aus einem offiziellen amerikanischen Armeebericht ist angefügt, in welchem angegeben wird, wie dieses Beweisstück gefunden wurde. Dieser Auszug erscheint in dem Dokument 3420-PS, das ich teilweise verlesen werde, […].

Vorbemerkung: Der Verfasser des Berichts ist der Kriegsgefangene Andreas Pfaffenberger, 1. Kompanie des 9. Landesschützen-Btl., 43 Jahre alt, von begrenzter Bildung, von Beruf Metzger. […]

„Im Jahre 1939 wurde allen Gefangenen mit Tätowierungen befohlen, sich im Krankenrevier zu melden“ […]

„Niemand wußte, warum das geschah, aber nachdem die tätowierten Gefangenen untersucht waren, wurden diejenigen mit den schönsten und künstlerischsten Mustern in dem Krankenrevier zurückbehalten und dann durch Einspritzung getötet, die durch Karl Beigs, einen kriminellen Gefangenen, ausgeführt wurden. Die Leichen wurden dann in die Pathologische Abteilung gebracht, wo die gewünschten Stücke der tätowierten Haut von den Leichen abgetrennt und behandelt wurden. Die fertiggestellten Stücke wurden der Frau des SS-Standartenführers Koch übergeben, die sie in Lampenschirme und andere Ziergegenstände für den Haushalt verarbeiten ließ. Ich selbst sah solche tätowierten Häute mit verschiedenen Zeichnungen und Inschriften, wie zum Beispiel ‚Hänsel und Gretel', die ein Gefangener an seinem Knie hatte, und Schiffen von der Brust von Gefangenen. Diese Arbeiten wurden von einem Gefangenen namens Wernerbach ausgeführt.“«



*In der Pathologie des Krankenbaus des KL Sachsenhausen stellt die BRD-Regierung immer noch Fotos aus, die vorgeben, daß es Lampenschirme aus Menschenhaut gegeben habe. Die Beschriftung des mittleren Bildes lautet: »*Tätowierungen und Lampenschirme aus Menschenhaut.*«*

US-Ankläger Dodd verlas darüber hinaus am 11. Januar 1946 die eidesstattliche Erklärung des ehemaligen tschechischen Gefangenen des KL Dachau Franz Blaha:[2]

»9. Es war allgemein üblich, die Häute der Leichen toter Gefangener zu entfernen. Es wurde mir öfters befohlen, dies zu tun. Dr. Rascher und Dr. Volter im besonderen verlangte diese menschliche Haut von Menschen-Rücken und -Brüsten. Sie wurde chemisch behandelt und in die Sonne zum Trocknen gelegt. Nachher wurde sie in verschiedenen Größen zugeschnitten für Benützung von Sättel, Reithosen, Handschuhe, Hausschuhe und Damenhandtaschen. Tätowierte Haut wurde besonders von den SS-Männern geschätzt. Russen, Polen und andere Häftlinge sind auf diese Art benutzt worden, aber es war verboten, die Haut eines Deutschen auszuschneiden. Diese Haut mußte von gesunden Personen kommen und durfte keine Fehler haben. Manchmal hatten wir nicht genügend Körper mit guter Haut, und dann würde Rascher gewöhnlich sagen: „Gut, Ihr werdet die Körper bekommen“. Den nächsten Tag erhielten wir dann 20 bis 30 Körper junger Menschen. Sie sind gewöhnlich in den Hals geschossen worden oder auf den Kopf geschlagen worden, so daß die Haut unbeschädigt blieb. Wir bekamen auch häufig Verlangen für die Schädel und Skelette von Gefangenen. In diesen Fällen kochten wir den Schädel oder den Körper in einem Kessel. Dann wurden die weichen Teile entfernt, die Knochen gebleicht und getrocknet und dann wieder zusammengesetzt. Bei den Schädeln war es wichtig, gute Zähne zu haben. Als wir eine Anfrage für Schädel von Oranienburg bekamen, würden die SS-Männer sagen: „Wir werden versuchen, Euch einige mit guten Zähnen zu verschaffen.“ Deswegen war es gefährlich, eine gute Haut oder gute Zähne zu haben. […]*«*

Am 29. Januar 1946 ergab sich der folgende Wortwechsel zwischen dem stellvertretenden Hauptankläger Frankreichs, Charles Dubost, und dem Zeugen den Anklage Alfred Balachowsky:[3]

»M. DUBOST: Ich glaube, daß die Erklärung des zweiten Zeugen den Gerichtshof endgültig aufklären wird, was immer die Verteidigung zu unserer Irreführung unternehmen mag.

[Zum Zeugen gewandt:] *Wissen Sie etwas über tätowierte Menschen?*
BALACHOWSKY: Jawohl
M. DUBOST: Wollen Sie uns sagen, was Sie darüber wissen?
BALACHOWSKY: Die tätowierten Menschenhäute wurden in Block 2 in Buchenwald, im sogenannten „Pathologischen Block“ aufbewahrt.
M. DUBOST: Gab es viele tätowierte Menschenhäute in Block 2?
BALACHOWSKY: Es gab stets tätowierte Menschenhäute in Block 2. Ich weiß nicht, ob es viele waren, weil ständig Häute hereinkamen und wieder weitergegeben wurden; es gab nicht nur tätowierte, sondern auch einfache gegerbte Häute, die nicht tätowiert waren.
M. DUBOST: Man hat also Menschen gehäutet?
BALACHOWSKY: Man hat die Haut abgezogen und dann gegerbt.
M. DUBOST: Wollen Sie bitte Ihre Aussage über diesen Punkt fortsetzen.
BALACHOWSKY: Ich sah SS-Männer aus Block 2, dem „Pathologischen Block“, mit gegerbten Häuten unter dem Arm herauskommen. Ich weiß von Kameraden, die in Block 2 arbeiteten; daß dort Bestellungen auf Häute eingegangen sind und daß diese gegerbten Häute einigen Wachposten und Besuchern geschenkt wurden, die sie zum Einbinden von Büchern benutzten.
M. DUBOST: Man hat gesagt, daß der damalige Kommandant Koch wegen dieser Gepflogenheiten bestraft worden ist.
BALACHOWSKY: Ich war nicht Zeuge des Falles Koch, der sich vor meiner Lagerzeit abgespielt hat.
M. DUBOST: Also gab es auch nach seinem Weggang noch tätowierte und gegerbte Häute?
BALACHOWSKY: Es hat immer gegerbte und tätowierte Häute gegeben, denn als die Amerikaner das Lager befreiten, haben sie am 11. April 1945 im Block 2 noch tätowierte und gegerbte Häute gefunden.
M. DUBOST: Wo wurden diese Häute gegerbt?
BALACHOWSKY: Diese Häute wurden in Block 2 und vielleicht auch in den Baulichkeiten des Krematoriums gegerbt, die nicht weit von Block 2 entfernt waren.
M. DUBOST: Nach Ihrer Aussage war es also ein ständiger Brauch, der sogar nach der Hinrichtung Kochs fortgesetzt wurde?
BALACHOWSKY: Jawohl, es geschah während der ganzen Zeit, aber ich weiß nicht in welchem Ausmaß.
M. DUBOST: Sind Sie Zeuge von Besuchen deutscher Persönlichkeiten im Lager gewesen, und wer waren diese Persönlichkeiten?
BALACHOWSKY: Ich kann Ihnen einiges über die Besuche in Dora wiederholen.
M. DUBOST: Ich bitte um Entschuldigung, aber ich möchte bezüglich der Häute noch eine Frage stellen.
Sind Sie über die Verurteilung Kochs unterrichtet?
BALACHOWSKY: Jawohl, ich bin durch Gerüchte und Aussagen meiner alten Kameraden unterrichtet, die im Lager waren; ich selbst bin jedoch nicht Zeuge dieser Angelegenheit gewesen.
M. DUBOST: Das macht nichts. Es genügt mir, zu wissen, daß selbst nach der Verurteilung Kochs immer noch gegerbte und tätowierte Häute da waren.
BALACHOWSKY: Jawohl.
M. DUBOST: Sind Sie sicher?
BALACHOWSKY: Jawohl. Auch nach seiner Verurteilung gab es weiterhin gegerbte und tätowierte Häute.«



Beweisstück PS-3420 im Militärtribunal Nürnberg: Natürlich wurde keine Expertise abgegeben, aus welchem Material diese Dinge tatsächlich bestanden. Und überhaupt: Wer würde wegen derart häßlichen Tätowierungen den Finger krumm machen?

Berichte über NS-Menschenhäute aus der Nachkriegszeit

1. Robert Antelme, *L'Espèce humaine*, Gallimard, Paris 1978 (Erstausgabe 1957), S. 195:
   »Die kleinen Zigeuner von Buchenwald werden wie Ratten erstickt. […] *Die ganze Asche auf dem Boden von Auschwitz.* […]
   Aus ihren Leichen macht man Seife. Oder auch Handtaschen für die weiblichen SSler aus ihrer Haut. Auf den Lampenschirmen weist keine Spur darauf hin, nur die Tätowierungen. […]*«*
2. Joseph Drexel, *Voyage à Mauthausen. Le cercle de la résistance de Nuremberg*, France-Empire, Paris 1981 (Erstauflage Stuttgart 1978), S. 139f.:
   »Handtaschen oder andere Luxusobjekte für „Damen“ [aus ausgeschnittenen Hauttätowierungen] *«*

Und im Anhang des gleichen Buches, S. 280:
   »Stücke tätowierter Haut, mit der man Bücher einband, Lampenschirme und Taschen herstellte.«
3. Jorge Semprun, *Quel beau dimanche!*, Editions Grasset, Paris 1991 (Erstausgabe 1980), S. 22:
   » […] *unter dem Kommando des SS-Obersturmbannführers Koch, dessen Frau, wie man sich erinnert, später Lampenschirme mit der Haut von Gefangenen herstellte, deren Tätowierungen ihre Aufmerksamkeit erregt hatten.«*
4. Jean Edward Smith, *Lucius D. Clay; An American Life*, Henry Holt, New York 1990, S. 301:
   »Ein Reporter hatte sie die „Hündin von Buchenwald“ genannt und hatte geschrieben, daß sie Lampenschirme besaß, die zum Teil aus Menschenhaut gefertigt worden waren. Dies wurde dem Gericht dargelegt, wo definitiv nachgewiesen wurde, daß die Lampenschirme aus Ziegenleder waren.«

5. Luc Virgis, »*Quand le Troisème Reich surgit des archives argentines*« (Wenn sich das Dritte Reich aus den argentinischen Archiven erhebt), *L'Événement du jeudi*, Nr. 382, 24.2.-4.3.1992, S. 34f. Am Anfang des Artikels ist die Rede von einer Bibel aus dem 19. Jahrhundert, deren zarter und leichter Einband Neugierde geweckt hatte:

»Das ist von dem Juden, sagte seine Gastgeberin mit sanftem Blick aus ihren blauen Augen und ohne mit den Wimpern zu zucken. Mein Ehemann hat in einem Lager gedient, in Polen.«

6. Gustave Corçao, *Le Siècle de l'enfer*, Èditions Sainte-Madeleine, Le Barroux 1994, S. 443:

»Die Juden machen sich kriegsbereit, weil sie Millionen von Eltern und Freunden haben, die in Lampenschirmhäute und Seifen verwandelt werden […].*«*

7. Denise Holstein, »*Je ne vous oublierai jamias, mes enfants d'Auschwitz…*« (Ich werde euch nie vergessen, meine Kinder von Auschwitz), Éditions Nr. 1, Paris, Januar 1995, S. 106:

»Bei der Ankunft traten die Menschen, die aus den Lastwagen stiegen, in einen Raum ein, um sich auszuziehen. Dort gab es große Aufschriften, die die Leute aufforderten, ihre Sachen gut zu ordnen, damit sie sie nachher wieder finden. Sie [die Opfer] *stiegen in einen Duschraum hinunter, wo sie mit Zyklon B erstickt wurden. Der Fußboden öffnete sich, und die Leichen fielen auf ein Fließband; etwas später schnitt man ihnen die Haare, um Seidenstrümpfe daraus herzustellen. Man schlug ihnen mit Hämmern die Goldzähne aus und entfernte Tätowierungen, denn die Frau des Kommandanten hatte die Manie, aus der tätowierten Haut der Hingerichteten Lampenschirme herzustellen. Anschließend wurden die Leichen gekocht und man fing das Menschenfett auf, um daraus Seife zu machen.«*

»Ja, in den Vernichtungslagern wurde das Schlimmste wahr, Gaskammern und Krematorien, verschiedene Folterungen und Hinrichtungen, Seife aus Menschenfett und Lampenschirme aus tätowierter Menschenhaut.«

8. Michel Tatu, »*Le nazism jusqu'à la nausée*« (Nazismus bis zum Erbrechen), *Le Monde*, 29.-30. September 1996:

»Nur Goebbels blieb zuversichtlich. Goebbels, der Mann des Hasses, der Fanatischste der sechs. Im Unterschied zu Himmler, der sich Möbel aus Knochen und einen Lampenschirm aus menschlicher Haut machen ließ, mordet der Propagandachef „mit Worten“.«

9. In der Ausgabe Nr. 36 (Oktober 1996, S. 6f.) seines *Smith Report* berichte Bradley Smith von Codoh über einen Artikel in der *Outlaw Biker Tattoo Revue* Nr. 52, 1996, des Titels »*The Tattoo Skins of Buchenwald: Hidden Horror of the Holocaust*« (Die tätowierten Häute von Buchenwald: verborgener Schrecken des Holocaust)., verfaßt von Kenneth Kipperman (»*geboren in Lodz, Polen, Sohn zweier Holocaust-Überlebenden*«). Darin wird die Legende von den Buchenwalder Lampenschirmen aus Menschenhaut (und mit Ilse Koch) wiederholt, und der Autor mißt ihr Glaubhaftigkeit zu.

Eine Quelle zur Französischen Revolution

Reynard Secher, »*La Vendée, mémoire et génocide*«, im Sammelband *L'Envers des droits de l'homme*, Renaissance Catholique, Issy-les-Moulineaux, Dezember 1993, S. 178:

»Saint-Just machte tatsächlich die Aussage, daß es Frankreich an Rohstoffen zur Einkleidung seiner Soldaten und Offiziere mangele. Er hatte daher die Idee, den Rohstoff von dort zu nehmen, wo er ist. Man baute daher in der Vendée militärische Gerbereien für Menschenhäute. So gab es eine, die in Ponts-de-Cé gewütet hat und die von einem Zeitgenossen in einem Bericht, den ich gefunden habe, ausführlich beschrieben wurde. Ich kann ihnen daher berichten, wie man die Leute aus der Vendée enthäutet und skalpiert hat und wie man die Sexualorgane der Männer abschnitt um sie wie Medaillen zu tragen um zu zeigen, wie viele Menschen man im Laufe des Tages getötet habe. Dies sind wahrhaftig Litaneien des Schreckens.«

Mehr zu angeblichen Vorfällen während der Französischen Revolution wird im anschließenden Beitrag in diesem Heft berichtet.

Verschiedene andere Quellen

1. Martin Mittasch, »*Bucheinbände aus Menschenhaut*«, *Buchbinderlehrling* Nr. 12 , 1931 (www.unternehmen.com/Buchbinder/M-haut.html):

»Bei aufmerksamen Wanderungen durch Museen, Sammlungen und Archive stößt man öfter auf Raritäten, um die sich mehr oder weniger ein geheimnisvoller Schleier des Romantischen, Absonderlichen, und Abenteuerlichen webt.

Zu diesen gehören auch die Gegenstände aus Menschenhaut.

Es ist zu verstehen, daß gerade aus Gründen einer gewissen Scheu und Abneigung in der breiten Öffentlichkeit relativ wenig davon bekannt ist; jedoch vom Standpunkt des allgemeinwissenschaftlichen Interesses sollte man daran nicht unbeachtet vorübergehen.

Das Deutsche Buchkunstmuseum in Leipzig birgt eine Anzahl prachtvoll verarbeiteter Buchdecken, die mit Menschenhaut überzogen sind. Die Feinheit der Struktur und die Farbe des Leders erregen Bewunderung und überragen die schönsten Exemplare tierischer Herkunft. Ebenso verwahrt die medizinische Fakultät der Universität Göttingen sechs Originalbände des überragenden Mediziners der griechischen Blütezeit im 4. Jahrhundert, Hippokrates, die, als eine wahrhaft aparte Idee, in Menschenhaut gebunden sind. Über die näheren Umstände dieser Bände wie überhaupt um die Arbeiten über die erwähnten Luxuseinbände in Leipzig hat man bis jetzt noch nichts Zuverlässiges erfahren können.

Dagegen existieren über zwei Bücher, die im französischen Nationalmuseum, im Louvre in Paris, aufbewahrt werden, genaue Unterlagen. Deren Entstehung entbehrt nicht des Hauches seltener Romantik. Man weiß über das Werk „Les mondes imaginaires et les mondes réales“, die wertvollste Geistesarbeit des erst vor einigen Jahren verstorbenen französischen Gelehrten Camille Flammarion, folgendes: Marquise Trouville, als begeisterte Anhängerin der astronomischen Forschungen Flammarions, hatte ihn nach damals französischer Gönnersitte zu einem längeren Aufenthalt auf ihre Besitzungen eingeladen. Am Tage des Abschieds empfing ihn die Gräfin in einem tief ausgeschnittenen Kleid, worüber der schwärmerische Gast, von der Schönheit ihrer Schultern und Büste hingerissen, die Schloßherrin in ehrlicher Begeisterung feierte. Nach geraumer Zeit, als Flammarion dieses Erlebnis nur noch schwach bewegte, erhielt er eines Tages vom Arzt der inzwischen verschiedenen Marquise die Mitteilung, daß der letzte und innigste Wunsch der Toten, die den Philosophen allzu tief liebte, gewesen sei, das von ihr so geschätzte Werk, welches er in ihrem Hause geschrieben hatte, in die

von ihm bewunderte Haut binden zu lassen. Diese zwei Bände des phantastischen Grüblers Camille Flammarion, die er als sein wertvollstes Vermächtnis dem Louvre überließ, dürften als Attribut feinsinniger Regung stiller Liebe bis übers Grab hinaus zu den größten Seltenheiten aller Zeiten gehören. Von Kennern wird behauptet, die Struktur des Leders dieser Bucheinbände sei unendlich fein und die Farbe von schöner Elfenbeintönung.

Diese schöngeistige Schwärmerei findet eine grundsätzliche Umkehrung ins Gegenteil durch die in der sächsischen Kreisstadt Zittau zur Schau gestellte Haut des berüchtigten Raubmörders Nierlein. Hier zog menschliche Rachsucht dem Verbrecher wörtlich und bildlich das Fell über die Ohren. Auch diese Haut hat, trotz 300jährigen Alters, obgleich von grobem Korn und kräftiger Porung, eine schöngelbe Färbung. Im sächsischen Museum zu Dresden befindet sich eine Janitscharentrommel, die als Kuriosum mit Troddeln von Menschenohren behangen ist, die von den Türken aus der Schlacht bei Liegnitz im 17. Jahrhundert stammen. Aus diesem Anlaß feiert Liegnitz noch heute das „Sieben-Sack-voll-Ohren-Fest“.

Die ehemaligen Besitzer dieser Trommeltroddeln dürften recht robuste Kerle gewesen sein, denn bei näherer Inaugenscheinnahme gemahnen die noch daran haftende Härchen eher an Borsten.

Menschenhaut, zu anderen Zwecken verwendet, findet man in den Kolonialmuseen öfters, wo sie als Gebrauchs-, Zier-, und Fetischgegenstände Verwendung fanden. Bei diesen wilden und kulturlosen Völkerstämmen – auch bei den primitiven Menschen unseres Kontinents aus der Zeit des Mittelalters bis in das graue Altertum zurück, wo sittliche Scheu ein fremder Begriff war – ist eine solche Verwendung nicht wunderlich. Im Gegenteil ist es zu verstehen, daß man die Verbrecher als Schädlinge, nachdem sie ihr Leben auf dem Rad oder Galgen gelassen hatten, auch noch ihrer Haut entledigte, um sie als abschreckendes Beispiel zu Taschen, Köchern, Knuten, Riemen, Schuhen usw. zu verarbeiten.

In den Zeiten der Französischen Revolution, als man vor dem Menschenleben keinen Respekt hatte, wurde die Menschenhaut sogar industriell ausgenutzt. Nach Akten des Nationalkonvents aus dem Jahre 1791 wurden sogar diesem abscheulichen Gewerbe Konzessionen und Subventionen erteilt. Französische Revolutionsannalen besagen weiter, daß der Herzog Joseph Philipp von Orleans, der Enkel Louis XIII., als er in jenen turbulenten Jahren gegen den damaligen König Ludwig XVI. agitierend, auf den Thron zu gelangen suchte, Barett, Hosen, und Schuhen aus Menschenhaut gefertigt getragen haben soll.

Leider besteht noch heute bei den Französischen Kolonialtruppen die von der Regierung stillschweigend geduldete abscheuliche Unsitte, Tabaksbeutel aus der Brusthaut eingeborener Frauen zu benutzen, was auf den moralischen Tiefstand dieser Menschen ein bezeichnendes Schlaglicht wirft. Einzelne während des Krieges über die Schützengräben zu uns gelangte Exemplare sind glücklicherweise schon längst in der Versenkung verschwunden.

Ein in seiner Art sinniges Beispiel, die eigene Haut schon bei Lebzeiten zu verschreiben, lieferte nach böhmischen Urkunden der Hussitenführer Ziska. Im schlesischen Landesmuseum zu Görlitz zeigt man eine mit der Haut Ziskas bespannte Schlachttrommel. Sein ermutigender Geist sollte, wenn auch seine Zunge schon längst verstummt sei, die Kampfgenossen durch die dröhnende Stimme seiner Haut zu weiterem ungestümem Vorwärtsdrängen anfeuern. Die vom starken Gebrauch arg mitgenommene Trommel tönt heute recht unheimlich, wenn man leise darauf tippt.

Der König Kambyses von Persien, ein gewalttätiger Epileptiker und Trinker, bestrafte einst einen bestechlichen Richter damit, daß er ihm die Haut abziehen ließ. Diese Haut ließ er gerben und damit einen Stuhl beziehen. Der Sohn des Verurteilten mußte sein Nachfolger im Richteramt werden und von diesem furchtbaren Stuhle aus Rechtsprechen.

Dieser wenig erfreulichen aber immerhin wissenswerten Abhandlung möchte ich zum Schluß eine kleine heitere Episode anhängen. Vor langen Jahren fand ich in einem Hamburger Lederwarengeschäft ein hellfarbiges Zigarrenetui mit einem Blinddruckstempel: „Zigarrenetui aus echtem Menschenleder.“

Nachdem ich mir über diese Scheußlichkeit einige Male den Kopf zerbrochen hatte, ließ ich mir in dem Geschäft ein solches Exemplar zeigen. Da fand ich auf der Rückseite einen zweiten Stempel: „Dürfen nicht angefertigt werden.“ Ein „geistreicher“ Scherz!«

2. Joe Nickel, *Entities. Angels, Spirits, Demons, and Other Alien Beings*, Prometheus Books, Amherst 1995, S. 64: Nikkel berichtet eine Anekdote aus der US-Stadt Morristown, die er Arthur Meyers *Ghostly Register* entnommen hat (*Contemporary Books*, Chicago 1986, S. 227ff.) Danach wurde der Mörder Antoine LeBlanc aufgehängt. Um die Prozeßkosten zu begleichen und zur Feier dieses frohen Anlasses hat man angeblich die Haut von seiner Leiche abgezogen und daraus Hand- und Brieftaschen hergestellt. Einige Bewohner von Morristown sollen diese noch heute besitzen.

3. *Tattootime*, Band 4, 1988, *Life & Death Tattoos*: Eine Zusammenfassung dieses Bandes wird im 1994er Katalog von Loompanics Unlimited auf S. 274 gegeben. Ein Artikel bzw. Kapitel darin ist übertitelt mit:

»Muß noch besucht werden (Museum der gegerbten Menschenhäute in Tokio)«

Demnach soll es in Tokio ein Museum mit gegerbten Menschenhäuten geben, was zu bestätigen wäre.

4. *Fortean Times*, Nr. 76, August-September 1994, S. 7: Wiedergabe eines Artikels der Nachrichtenagentur Reuters vom 5. April 1994:

»Der Dichter Donal Eugene Russell aus dem US-Bundesstaat Oregon ist am 3. Februar im Alter von 62 Jahren gestorben. Sein letzter Wille wird aber nicht vollstreckt. Er hatte verlangt, daß seine Haut dazu verwendet werden solle, einen Band seiner Gedichte einzufassen. Am 4. April akzeptierte seine Witwe Rachel Barton-Russel, daß er eingeäschert wird, nachdem der Bundesstaat ein Verfahren eröffnet hatte.«

5. Fortean Times, Nr. 84, Dezember 1995-Januar 1996, S. 8:

»Andan Kazir aus Dhaka (Bangladesh), verrückt vor Schmerz über den Tod seiner Frau, hat dieselbe enthäutet, um sich aus ihrer Haut ein Gewand zu machen. Seine Gattin wog 170 kg, so daß der Schneider genug Material zu verarbeiten haben wird.«

In der gleichen Nummer wird auf derselben Seite eine Pressemeldung von Associated Press vom 6. Juli 1995 wiedergegeben:

»Ein 21-jähriger Ukrainer, der angeklagt ist, eine Frau ermordet und sich ihrer Haut bedient zu haben, um daraus

einen Büstenhalter und einen Slip zu machen, hat während seines Prozesses erklärt, er habe dies getan, um seine Nerven zu beruhigen.«

6. Christian Galanteris, *Manuel de bibliophilie*, Éditions des Cendres, Paris, Oktober 1997, Band 1, S. 107f.:

»Ein Kritiker, amüsiert über die manchmal krankhaften Gewohnheiten der Bücherliebhaber auf ihrer Suche nach außergewöhnlichen Materialien zum Einbinden ihrer Lieblingsstücke, machte einst folgenden wunderbaren Vorschlag: Eine mit der nackten Haut des Autors gebundene Ausgabe.

[…] *Aber die Bücherliebhaber kennen die wahrhaftige, makabre Geschichte eines Autors, dessen Werk wirklich mit seiner Haut eingebunden war! Delille, den seine Zeitgenossen als neuen Virgile ansahen, starb 1813. In den erleuchteten Katafalk, wo sein Leichnam aufgebahrt war, drang ein Fanatiker ein und, welch Sakrileg (oder welcher Eifer), entnahm seinem Idol ein Stück Haut. Später erfuhr man, daß dieses Stück dem Zentrum des Einbandes aufgepfropft worden war, die eine Luxusausgabe der Werke des ruhmreichen Dichters einband. (Anm. 57: Dieses Buch, das in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts immer noch in einer Privatsammlung aufbewahrt wurde, war das Objekt einer detaillierten Studie in* Le Livre et ses amis*, Nr. 15, Januar 1947)«*

Im 2. Band des gleichen Werkes heißt es auf den Seiten 220 und 222:

»Gegerbt und hergerichtet kann Menschenhaut genauso als Einband dienen wie Tierhäute und ist unter normalen klimatischen Bedingungen lange beständig. Sie ähnelt dem feinsten Schweinsleder. Die Beispiele derartiger Einbände sind zahlreich, bleiben aber ein Geheimnis, da weder der Binder noch der Liebhaber sich dieser Tat bzw. dieses Besitzes rühmen. – Literatur: Roger Devauchelle, „Un chapitre inédit de La Reliure en France: *Reliures bizzares“* [Ein ungeschriebenes Kapitel der Binder in Frankreich: Bizarre Einbände], *in:* Le Livre et l'Estampe, *XXII, Brüssel 1960, S. 144-153.«*

7. *Berliner Kurier*, 20.12.1997 (www.berlinonline.de/wissen/berliner_kurier/archiv/1997/1220/tv/0053/index.html):

»Thriller. „Buffalo Bill“ wird jener unbekannte Wahnsinnige genannt, der schon fünf Frauen ermordet hat. Denn wie einst die Büffeljäger häutet der Psychopath seine Opfer, um sich aus der Menschenhaut ein Kleid zu nähen.«

Anmerkungen

Entnommen der Zeitschrift *Akribeia*, Nr. 6, März 2000, S. 61-68. Übersetzt und mit weiteren Funden angereichert von Germar Rudolf.

1. *Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, 14.11.1945-1.10.1916*, Bd. III, S. 574f.
2. Ebenda, Bd. V, S. 173f.
3. Französischer Chemiker, Laborchef des Institut Pasteur in Paris; geboren am 15.8.1909 in Rußland, seit 1932 französischer Staatsbürger, inhaftiert in Dora und Buchenwald; er nannte Eugen Kogon *»meinen Freund«*, *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. VI, S. 347f. Danke gebührt Prof. R. Faurisson für diese Informationen.

Eine Revision zur Französischen Revolution

Wurde 1789 Leder aus Menschenhaut hergestellt? · Ein revisionistischer Text anno 1908

Von Dr. Cabanès

Die Legende, wonach auf Verlangen von Ilse Koch, der Frau des zeitweiligen Lagerkommandanten des KL Buchenwald, Gebrauchsgegenstände aus der Haut ermordeter Häftlinge angefertigt worden sein sollen, ist hartnäckig und wird auch heute noch in den deutschen Lagermuseen den Besuchern als Tatsache verkauft. Im Heft Nr. 2/1999 von *VffG* (S. 214ff.) wies David Irving darauf hin, daß es laut einem alten deutschen Lexikon bereits zur Zeit der Französischen Revolution die Praxis gegeben haben soll, aus ermordeten Gefangenen Menschenhautleder herzustellen. Zu recht wies ein Leser darauf hin, daß auch diese Behauptung nichts weiter als Greuelpropaganda über die Exzesse der Französischen Revolution sein könne, was zunächst überprüft werden solle, bevor es von einer kritischen Geschichtszeitschrift als Tatsache übernommen wird (*VffG* Nr. 4/1999, S. 469). Bereits 1908 erschien in Paris eine kritische Analyse der Behauptungen über während der Französischen Revolution angeblich hergestelltes Menschenhautleder. Sie wurde von Dr. Cabanès in dem Werk des Titels *Les Indiscrétions de l'histoire* veröffentlicht.[1] Der nun bald ein Jahrhundert alte Artikel stellt ein ausgezeichnetes Beispiel seriöser revisionistischer Forschungsarbeit dar und verdient es, auch deutschen Lesern bekanntgemacht zu werden.

I

Eine heute noch in gewissen Kreisen kursierende und gelegentlich wieder aufgetischte Legende besagt, zur Zeit des Terrors der Französischen Revolution habe es Gerbereien für Menschenhaut gegeben. Ist es diese Legende überhaupt wert, daß man darüber diskutiert? Beruht sie auf seriöser Grundlage? Wir werden ohne Umschweife darlegen, wie sie entstanden ist.

Zitieren wir zunächst die zeitgenössischen Zeugenaussagen. Harmand (de la Meuse), Abgeordneter der Konvention [des Parlamentes], berichtet folgendes:[2]

»Eine Dame, jung, großgewachsen und gut gebaut, hatte Saint-Just die kalte Schulter gezeigt, worauf er sie zum Schafott führen ließ. Nach der Enthauptung verlangte er, man möge ihm die Leiche zeigen und ihr die Haut abziehen. Nachdem diese abscheuliche Prozedur vollzogen war,

ließ er sie (die Haut) von einem Gerber präparieren und trug sie als Hose. Ich habe dies von jenem Mann erfahren, der mit der Zubereitung beauftragt war und den Wunsch des Unholds erfüllt hatte; er hat es mir, mit zusätzlichen Einzelheiten, deren Wiederholung ich mir schenke, in meinem Arbeitszimmer, im Amt für öffentliche Sicherheit, in Gegenwart zweier anderer, heute noch lebender Personen erzählt. Doch nicht genug damit: Nach diesen Geschehnissen haben andere Unholde, getreu dem Beispiel Saint-Justs, sich mit der Verwertung und dem kommerziellen Vertrieb von Menschenhaut befaßt. Letzterer ist heute noch im Gange. Vor ungefähr drei Jahren hat man zudem Öl aus menschlichen Leichen auf den Markt gebracht; dieses verkaufte man für die Lampen der Emailleproduzenten.

Was Saint-Just anbelangt, so hat man mir später berichtet, ein wohlbekannter Mann habe nach dem Verscheiden einer Dame, welcher er über alle Maßen zugetan war, dieselbe Methode angewandt, um ein Überbleibsel oder eine handgreifliche Erinnerung an den Gegenstand seiner Zuneigung zu bewahren.«

Diese Geschichte scheint uns suspekt, weil sie so übertrieben anmutet; dennoch wurde sie von Historikern übernommen, die sie nicht bloß weitererzählten, sondern noch mit mehr oder weniger raffinierten Ausschmückungen versahen.

Der Vicomte von Beaumont-Vassy, der auch manch andere Mär eifrig nacherzählt hat,[3] behauptet, ein Manuskript in Händen gehabt zu haben, in dem von verschiedenen Episoden der Revolution berichtet wurde. Verfasser dieses Manuskripts, oder besser gesagt dieser Chronik der Epoche, sei ein braver Landbesitzer aus der Picardie gewesen, der sich, weniger aus Neugier als seiner Geschäfte willen, nach Paris begeben hatte und dort auf die Idee kam, mit großer Genauigkeit eine Art Tagebuch zu führen, in dem er – übrigens ohne kompromittierende Reflexionen – die Begebenheiten schilderte, deren Zeuge er geworden war. Das Original des Manuskripts war dank der Hilfsbereitschaft des Sohns jenes picardischen Landbesitzers, der so ungewollt zum interessanten Chronisten seiner Zeit geworden war, dem Vicomte in die Hände geraten. De Beaumont-Vassy gibt zu, daß er es als Quelle benutzt, jedoch in seinen eigenen Worten wiedergegeben hat – d.h. nach eigenem Gutdünken abgeändert –, ehe er es seinen Lesern präsentierte.

Das betreffende Tagebuch berichtet angeblich von der Käuflichkeit Dantons, von jener Mirabeaus, der nicht bestritt, sich kaufen lassen zu haben, wohl aber, sich verkauft zu haben, von den letzten Sitzungen beim Prozeß gegen Ludwig den Sechzehnten nach dem Bericht eines Augenzeugen etc.

Unser Bürger hatte auch Klubs besucht, namentlich jenen der Jakobiner. Dort hatte er Gonchon, den Redner aus der Vorstadt Antoine, fordern hören, man möge das ehemalige Tuilerien-Schloß abreißen, das dabei abfallende Material verkaufen und den Garten, »*die Freude der Aristokraten*«, zum Anbau von Gemüse verwenden. Bei der gleichen Versammlung hatte Cambacérès, zukünftiger Erzkanzler des Kaiserreichs, verlangt, man solle all jene, welche das königliche Wappen zeigten, für vogelfrei erklären – ein Antrag, den er später vor der Konvention wiederholte und der angenommen und zum Dekret erhoben wurde.

Einige Monate später lustwandelte unser Picarde in den Vierteln nahe des Tempels. Im Verlauf dieses Spaziergangs gelangte er in die Rue des Vielles-Haudriettes. Er befand sich fast genau gegenüber dem Geschäft eines Lederwarenhändlers, das schon von weitem durch seinen eigentümlichen Geruch zu erkennen war, und war tief in Gedanken versunken, als ihm forschen Schrittes ein junger Mann entgegenkam, in dem er sogleich einen picardischen Landsmann erkannte, den bereits berühmten Saint-Just, Konventionsabgeordneter des Departements Aisne und treuer Freund Robespierres.

Saint-Just, damals 24 Jahre alt, hatte angenehme Gesichtszüge und war von eleganter Gestalt. In einem Wort, er besaß alle Eigenschaften, welche die Jugend so verführerisch machen.

»*Durch welchen Zufall treffen wir uns hier?*«, fragte der fesche Konventionsabgeordnete in dem ihm eigenen trockenen Tonfall seinen Landsmann.

»*Ich nutze meinen Aufenthalt in der Hauptstadt dazu, selbst ihre abgelegensten Winkel zu erkunden*«, erwiderte der Gefragte.

»Können Sie einige Augenblicke auf mich warten? Ich gehe nur rasch zum Lederwarenhändler, dem ich ein paar Worte zu sagen habe; dann komme ich wieder zu Ihnen, und wir können uns im Gehen über die Lage im Land unterhalten.«

Ob er nun Saint-Just nicht richtig verstanden hatte oder ob er bloß aus Neugierde so tat, als sei dies der Fall – jedenfalls folgte unser Bürger Saint-Just in den Laden des Lederwarenhändlers. Nach seiner Heimkehr vertraute er dann seinem Tagebuch folgenden Dialog an, den gehört zu haben er behauptet und für dessen Wortlaut er, oder vielmehr jener, der den Inhalt des Tagebuchs später wiedergab, die Verantwortung trägt. Saint-Just begann die Unterhaltung wie folgt:

»„Man hat mir berichtet, Bürger, daß du Menschenhaut gerbst."

„Das stimmt, Bürger, aber ehrlich gesagt ist das keine besonders gute Ware. Es gibt freilich bei Charenton einen Betrieb, wo man dergleichen in großem Maßstab betreibt; zum Einbinden von Büchern beispielsweise eignet sich Menschenhaut hervorragend als Ersatz für Kalbshaut. Unlängst hat man ein Exemplar der Verfassung mit diesem Material eingebunden, und man wird es der Konvention schenken, falls dies nicht bereits geschehen ist."

„Na schön, aber man kann daraus Hosen herstellen, nicht wahr? Die müssen doch angenehm zu tragen sein."

„Sicherlich tut man das, aber sie sind nicht gerade solid, auch wenn man sie noch so sorgfältig schneidert."

„Frauenhaut oder Männerhaut, das kommt auf dasselbe heraus, oder?"

„Nein, ganz und gar nicht. Der Unterschied ist sehr groß, und mit Frauenhaut zu arbeiten erfordert weit größere Sorgfalt, denn sie ist meist feiner als Männerhaut."

„Aber man kann sie verwenden?"

„Für Hosen oder für Handschuhe?"

„Stimmt, man könnte auch Handschuhe daraus machen. Aber für Hosen?"

„Man kann es natürlich probieren. Aber ich habe dir ja schon gesagt, Bürger, daß Männerhaut weitaus solider wäre. Die beiden besten, die ich hergestellt habe, waren die eines Schweizer Soldaten sowie eines anderen Burschen, den man in bestem Mannesalter um einen Kopf kürzer gemacht hat."

„Gut, ich werde es mir überlegen, und wenn ich mich dafür entschließe, schicke ich dir die Haut einer mir bekannten Person."

„Keine Sorge, ich tue, was ich kann."

„Ich verlasse mich darauf."

„Aber ich kann nichts garantieren.“

„Verstehe. Auf Wiedersehen.“«

Saint-Just verließ den Laden, gefolgt von seinem Gefährten, der seinen Ohren nicht trauen wollte. Wer mochte wohl diese Person sein, deren Haut Saint-Just vielleicht dem Lederwarenhändler schicken wollte? War es eine Frau, wie aus den Worten des Konventionsabgeordneten hervorzugehen schien? Nach einigen Augenblicken wohlkalkulierten Schweigens sagte unser wackerer Picarde in spöttischem Ton:

»So so, Bürger Abgeordneter, du willst dir also Hosen aus der Haut einer Frau machen lassen – einer hübschen Frau jedenfalls, nicht wahr?«

»*Vielleicht*«, entgegnete Saint-Just mit düsterem und eigenartigem Gesichtsausdruck. Und er wechselte das Gesprächsthema.

War die Bürgerin, auf die er angespielt hatte, womöglich die junge Sartines oder die wunderschöne Mademoiselle de Sainte-Amaranthe, von der es hieß, sie habe den seltenen Mut besessen, die Avancen des stürmischen Saint-Just zu verschmähen? Hatte der Konventionsabgeordnete einen Gehilfen des Henkers geschmiert, um sich die Leiche jener Frau zu beschaffen, die ihm einen Korb gegeben hatte, und hatte er ihre Haut zum Lederwarenhändler in der Rue des Vieilles-Haudriettes geschickt? Es gibt keine hinreichenden Beweise dafür, ebensowenig wie für die intimen Beziehungen Saint-Justs zu der schönen Emilie. Man wird vielleicht einwenden, er habe auf der Place de la Révolution ohne erkennbare Gefühlsregungen der Hinrichtung jener jungen Frau beigewohnt. An das Gerüst gelehnt, habe er ohne jeden Versuch, seine Identität zu verbergen, das Schauspiel in allen Einzelheiten verfolgt. Doch daran ist nichts Ungewöhnliches. Fouqier-Tinville hatte sich die Chance auch nicht entgehen lassen, sich dieses rare Spektakel – sechzig an einem einzigen Abend abgeschlagene Köpfe – zu Gemüt zu führen, und all jene, welche die Guillotine fleißig mit Nachschub versorgten, wollten sich mit eigenen Augen davon überzeugen, ob die Rotjakken [zur Hinrichtung Bestimmten] dem Tod furchtlos ins Auge blickten.

Kehren wir zur Erzählung unseres Bürgers zurück. Wir könnten diese zur Not für glaubwürdig halten, wäre sie nicht erst nach der Schrift des Konventionsabgeordneten Harmand veröffentlicht worden, von der sie nichts weiter als ein – abgeänderter und erheblich erweiterter – Abklatsch zu sein scheint, und, was noch wichtiger ist, enthielte sie nicht offenkundige Unrichtigkeiten.

Es ist beispielsweise von einer Gerberei für Menschenhaut »*bei Charenton*« die Rede. Doch allen zeitgenössischen Berichten zufolge befand sich ein Betrieb zum Gerben von Haut (wir behaupten nicht, es sei Menschenhaut gewesen) in Meudon, und dieses liegt keinesfalls in der Nähe von Charenton. Von Meudon erzählt auch ein Romancier, der so tut, als sei er ein Chronist,[4] und der einen vortrefflichen Dramaturgen abgegeben hätte, wenn er die Neigung dazu verspürt hätte. Der Betrieb, von dem man uns so schreckliche Dinge berichtet, befand sich in Meudon. Zur Feier des 20. Prairial, dem Fest des Höchsten Wesens, sollen mehrere Abgeordnete, darunter Drouet, Lebas, Choudieu, Billaud-Varennes und andere, Hosen aus den Häuten von Christen oder Christinnen getragen haben, die aus jener berühmt-berüchtigten Gerberei stammten. Unser Legendenschmied schreibt vorsichtig:

»Ich behaupte nichts und bestreite nichts. Ich war nicht einmal in der Lage, den Bericht auf seine Richtigkeit hin zu überprüfen, doch behaupte ich guten Gewissens, daß damals jedermann daran glaubte. Trotz des allgegenwärtigen Terrors pfiffen es die Spatzen von den Dächern, und besonders in Meudon zweifelte kein Mensch daran: Die Bewohner jenes Dorfs zeigten mit geheimnisvollem Entsetzen auf die Fenster des alten Schlosses, wo sich ihnen zufolge grauenhafte Dinge zutrugen. Jede Nacht, versicherten sie, höre man das unheimliche Rollen von bedeckten Karren, welche Menschenrümpfe herbeischafften; das Schafott auf der Place de la Révolution, hieß es, versorge die Gerberei mit nie versiegendem Nachschub.«

Der sich anschließende Kommentar verdirbt leider alles. »*Und warum nicht?*«, schließt der Erzähler. Anders gesagt, stellte es etwa eine grobe Verleumdung der Revolutionsführer dar, wenn man sie für skrupellos genug hielt, sich Hosen aus der Haut ihrer Gegner schneidern zu lassen? *In cauda venenum* – im Stachel steckt das Gift… Der Erzähler entpuppt sich hier als parteiisch, und seine Aussagen sind uns fortan suspekt.

Dürfen wir einem Schriftsteller mehr Glauben schenken, welcher in dogmatischem und schneidendem Ton wiederholt, was Zeugen aus zweiter und dritter Hand vor ihm ohne jeden Beweis behauptet haben, und diese Behauptungen mit seiner zweifelhaften Autorität stützt?

Granier de Cassagnac schreibt:[5]

»Kein gebildeter Mensch, der das Ende des letzten Jahrhunderts ernsthaft studiert hat, kann in Unkenntnis der Tatsache leben, daß man mit großem Erfolg versucht hat, Menschenhäute zu gerben. Es gibt eine Denkschrift von Roland, dem berühmten Girondin, welcher der Akademie von Lyon vorschlug, die Knochen und das Fett der Toten zur Herstellung von Öl zu destillieren. […]*«*

An anderer Stelle gibt derselbe Autor an, zwei Briefe erhalten zu haben, die ihm zufolge »*sämtliche Zweifel ausräumen*«. Der erste stammte von einem Anwalt am Appellationsgericht, der von seinem – zum Zeitpunkt, wo sich die einschlägigen Ereignisse abspielten, fünfzehn Jahre alten – Vater erfahren hatte, ein Gerber aus Etampes präpariere »*dem Vernehmen nach*« Menschenhaut, aus der man anschließend Hosen für die Offiziere herstelle. Der zweite Brief entstammte der Feder eines ehemaligen Kriegskommissars, der geltend machte, mehrere seiner Regimentskameraden hätten an Feiertagen Hosen derselben Provenienz getragen. Schließlich soll ein Monsieur Bérard 1847 dem Historiker der Girondins folgende Anekdote erzählt haben:

Bérard hatte von einem Greis vernommen, vor der Revolution habe dieser die Haut einer wegen Diebstahls gehenkten Magd gerben und sich daraus eine Hose schneidern lassen. Wenn er in Wallung geriet, pflegte er sich heftig auf die Schenkel zu schlagen und zu schreien:

»So, und das ist für dich, du Schlampe!«

Um seiner These, von der er ahnte, daß sie lediglich auf Gewäsch und Latrinenparolen beruhte, mehr Gewicht zu verleihen, zitiert Cassagnac zeitgenössische Verfasser, die er als Autoritäten ansieht, denen man aber, wie man seither nachgewiesen hat, mit äußerster Vorsicht begegnen muß: Prud'homme beispielsweise, dessen *Histoire impartiale des Révolutions* nichts weiter als ein Sammelsurium von Albernheiten mit einigen darin eingeflochtenen Wahrheiten ist, oder Danican, der in seinem Buch *Brigands demasques* an einer Stelle vage von einem Mann berichtet, der zu einem ungenannten Zeitpunkt vor die Schranken der Konvention getreten

sei und ein einfaches und neues Verfahren zur Versorgung mit ausreichenden Mengen von Leder vorgeschlagen haben soll; worum es sich bei diesem Verfahren gehandelt haben muß, errät man unschwer, wenn man im gleichen Werke liest, daß Barère und Vadier als erste Stiefel aus Menschenleder getragen haben sollen. Ergänzen wir noch, daß Danican im Dienste aller Regierungen stand: Er war ein Spion, der seine Schmähschrift im Ausland zu Papier brachte, wo er den Sold für seinen Verrat erbettelte, und der für Geld log, bis sich die Balken bogen.

Gehen wir zu ernsthafteren Argumenten über. Angeblich verfügen wir, so heißt es, über einen *»materiellen Beweis, der* unabweisbar [sic] *die Existenz der behaupteten Gerbereien belegt.«*[5] Bei diesem materiellen Beweis, oder vielmehr diesen Beweisen, soll es sich um ein zeitgenössisches Plakat sowie um ein Exemplar der Verfassung von 1793 handeln, die beide in Menschenhaut gebunden seien.

Louis Combes[6] hat den Inhalt des Plakats vom Original kopiert und veröffentlicht. Die Überschrift hebt sich deutlich vom Rest des Textes ab:

»Antwort auf das Plakat
von Billaud-Varenne, Vadier, Collot und Barère
gegen die Redaktion des Journal des Lois
Signiert: F. Galetti«

Es folgt der Text:

> *»Mehrere Zeitungen haben vor uns von den angeblichen Gerbereien in Meudon berichtet. Der Sachverhalt erschien uns dermaßen abwegig, daß wir ihn unter die Gerüchte einreihten und uns damit begnügten, in einer Schrift jene Einzelheiten wortwörtlich wiederzugeben, die ein akkreditiertes Blatt zu diesem Thema ausgeführt hatte. Billaud-Varenne, Vadier, Colot und Barère haben es für richtig erachtet, ein großes, blaues Plakat gegen uns allein zu signieren; es ziert sämtlichen Mauern von Paris, und wir werden nun von Männern angeprangert, die ganz Frankreich anprangert!*
>
> *Unserer ersten, bereits abgegebenen Erklärung fügen wir nur die Tatsache hinzu, daß die Menschenhautgerberei, wenn sie nicht in Meudon existierte, sicherlich anderswo bestanden hat, denn einer unserer Abonnenten hat uns als würdiges Mahnmal der Dekemviren eine Verfassung von 1783 zugesandt, die in Dijon bei Causse gedruckt und in Menschenhaut eingebunden war, die an die Haut eines fahlen Kalbs gemahnt. Wir anerbieten uns, sie all jenen zu zeigen, die sie gerne sehen möchten.* […]*«*

Dieses Exemplar der Verfassung geriet später in den Besitz eines Historikers der Revolution, Villenave, der dazu ein Exemplar des Plakats sowie ein Echtheitszertifikat erwarb. Mit diesen Beweisstücken versehen, wurde das Buch 1849 zum Verkauf angeboten und zu einem gepfefferten Preis von einem Pariser Buchhändler erworben.

Bis zum Jahre 1864 verliert sich seine Spur. Am 13. Februar jenes Jahres aber wurde der Band, der soviel Aufsehen erregt hatte, von Monsieur France, dem Vater des großen Stilisten und meisterhaften Erzählers [Anatole France], für die stolze Summe von 231 Francs verkauft. Dieses Exemplar, das seither mehrmals seinen Besitzer gewechselt hat – einer davon war der Marquis von Turgot –, wurde 1889 von der Bibliothek Carnavalet erworben.

In dieser Bibliothek haben wir diesen eigenartigen Band vor ein paar Jahren zu Gesicht bekommen; der handgeschriebene Vermerk von Villenave war noch daran geheftet. Man könnte meinen, es sei Kalbsleder, versichert der Verfasser des oben zitierten Plakats. Unserer Ansicht nach dürfte es sich eher um fahlgelbes Schafsleder handeln. Ohne die Notiz von Villenave wiese nichts darauf hin, daß es sich um Menschenhaut handelt. Doch selbst wenn sich dies nachweisen ließe, würde dies immer noch nicht heißen, daß sie auf Befehl der Konvention in einem staatlichen Unternehmen gegerbt wurde, und daß sie von Konterrevolutionären stammt.

Noch sind wir aber noch nicht am Ende unserer Darlegungen angelangt; wir müssen noch weitere Zeugen anhören.

II

Der Bücherwurm Jakob, dessen Worte man nicht immer auf die Goldwaage legen darf, behauptete, er habe *»einen alten Bibliotheksangestellten namens Souterre – welch ein seltsamer Name – kennengelernt, der einstmals Husar des Todes war.«*. Dieser Souterre habe ihm versichert, er habe einmal eine Hose aus Menschenhaut oder -leder getragen, die aus einem einzigen Teil bestand. Unser Bücherwurm unterhielt ebenfalls Beziehungen mit einem Architekten, der im Jahre 1823 einer der gefürchtetsten Schergen der Schwarzen Bande war: Er brandschatzte die Schlösser so unbarmherzig, wie die Guillotine die Köpfe in die Körbe plumpsen ließ. Dieser Architekt hatte ihm anvertraut, während seiner Zeit bei der Armee habe er eine Hose aus Menschenhaut getragen, *»sehr gut gegerbt, höchst geschmeidig und außerordentlich bequem«*. Meister Jakob sagte ihm schmunzelnd:[7]

> *»Sie werden mir doch nicht weismachen wollen, daß Ihre Hose ohne Nähte war.«*

Paul Lacroix fügte hinzu, ihm sei ein Werk in die Hände geraten, wo Gerbereien für Menschenhaut sehr ausführlich beschrieben würden. Der Verfasser dieses Buches,[8] meint er, müsse die Wahrheit kennen, sei er doch Freund und Mitarbeiter Camille Desmoulins gewesen. Freilich war er auch Freund und – in Saint-Lazare – Mithäftling von André Chénier, der die politischen Ansichten Camilles ganz und gar nicht teilte. Wie dem auch sei, in besagtem Werk liest man folgendes:

> *»Welches Volk in Europa hält die Errichtung der Gerberei für Menschenhaut in Meudon nicht für eine Fabel? Und doch erinnert man sich daran, daß ein Mann vor die Schranken der Konvention trat und für ein einfaches, neuartiges Mittel zur reichlichen Versorgung mit Leder warb, daß das Komitee für Volkswohl ihm den Betrieb von Meudon zuwies, dessen Tore sorgfältig verriegelt wurden, und daß mehrere Mitglieder dieses Komitees unter den ersten waren, die Stiefel aus Menschenhaut trugen. Wenn man sagte, Robespierre habe sein Volk geschunden, war dies nicht nur in übertragenem Sinne zu verstehen, und da Paris die Armeen mit Schuhen belieferte, dürfte mehr als nur ein Vaterlandsverteidiger Schuhe aus der Haut seiner Verwandten und Freunde getragen haben.«*

Genau wie die vorhergehenden Behauptungen ist auch diese unbewiesen. Wir finden hier fast ohne Veränderungen Sätze aus dem Werk Danicans vor, über deren Beweiswert wir uns bereits geäußert haben. Festzuhalten bleibt indessen eine Tatsache: Es gab in Meudon einen Betrieb, wo geheimnisvolle Dinge vor sich gingen. Außerdem berichtete die Überlieferung, im Schloß von Meudon habe man Versuche mit dem Gerben von menschlicher Haut angestellt, aber in einer Zeit vor der Revolution. Hieß es denn nicht, gegen das Ende der Herrschaft Ludwig des Fünfzehnten habe ein Anatom, bei dem es sich um keinen anderen als um den Großvater des

Schriftstellers Eugène Sue handelte, dem König ein Paar in seinem Labor hergestellte Pantoffeln geschenkt, und der Herzog von Orléans sei eines Abends mit einer Hose aus Menschenhaut bekleidet in den Salons des königlichen Palastes erschienen? Ging ein damaliges Wörterbuch der Naturwissenschaften denn nicht so weit, jedem Interessenten eine Gebrauchsanweisung zum Gerben der Haut seines Nächsten zu liefern? Als nun das Komitee für Volkswohl in Meudon die Gründung eines Betriebs beschloß, dessen Zweck geheimgehalten wurde, der von dichten Mauern umgeben war und dem man sich nicht nähern durfte; als man Personen, die versucht hatten, sich über das Verbot hinwegzusetzen, als Spione des Auslands verhaftete; als man jedem, der das Verbot künftig mißachten sollte, die Todesstrafe androhte, keimte im Volk flugs die Legende von der Gerberei für die Haut Hingerichteter auf.

Schon bald murmelte man in vernehmlichem Ton, was man zuerst nur geflüstert hatte. Einige Oppositionsblätter spielten auf die Gerberei der Sans-culottes [„Hosenlosen", Volksrevolutionäre] an, besonders nach dem Sturz des Diktators [Robespierre]. Die kurz zuvor mit der Überwachung des Betriebs in Meudon beauftragen Volksvertreter – es handelte sich bei ihnen um Thermidorianer – hielten es zur Eindämmung dieser Gerüchte für erforderlich, im *Moniteur* folgendes Dementi zu publizieren:

> *»Die zwecks Überwachung der Versuche mit neuen Erfindungen nach Meudon entsandten Volksabgeordneten richten an die Konvention ein Schreiben, in dem sie sich gegen die in mehreren Zeitungen verbreiteten verleumderischen Gerüchte verwahren, unter der Tyrannei (Robespierres) habe man in Meudon menschliche Häute gegerbt, um daraus Leder herzustellen.*
>
> *Die Konvention ging zur Tagesordnung über.«*

Das *Journal des hommes libres* sowie das *Journal des Débats et Décrets* – beides Organe der gemäßigten Parteien – veröffentlichten dasselbe Dementi in leicht abgeänderter Form.

III

In Wirklichkeit diente der Betrieb in Meudon einem doppelten Zweck. Zunächst war er eine große Fabrik, wo man ohne Unterlaß Munition für den Krieg produzierte. Daneben erfüllte er die Funktion eines Laboratoriums, wo man neue Maschinen, Waffen und andere der nationalen Verteidigung dienende Gegenstände ausprobierte. Hier wurden die ersten der – bis in unsere Tage fortgesetzten – Versuche mit Militärballons unternommen. Man versteht sehr wohl, daß dergleichen Operationen strikt geheimgehalten wurden.

Eine Gerberei wurde dort auch eingerichtet, jedoch erst nach dem 9. Thermidor. Die – nach dem Sturz Robespierres und dem Ende der Terrorherrschaft – auf der Île de Sèvres gegründete Gerberei war unter die Leitung des Bürgers Séguin gestellt worden, eines »*Erfinders neuer Methoden zum Gerben von Leder*«. Dieser Betrieb war ins Leben gerufen worden, um das dringend benötigte, zur Herstellung von Schuhen für die Soldaten der Republik verwendete Leder zu beschaffen: Es war dies jene Zeit, als die Freiwilligen barfuß in Schnee und Schlamm starben und die glücklicheren unter ihnen mit Stroh gestopfte Holzschuhe trugen.

Séguin wurde dem Komitee für Volkswohl von Berthollet vorgestellt, und als Reaktion auf einen sehr ausführlichen Bericht von Fourcroy beschloß die Konvention die Gründung der Gerberei von Sèvres. Das Komitee maß dieser eine derart große Bedeutung zu, daß es zusicherte, dem Bürger Séguin »*auf alle mögliche Art und Weise behilflich zu sein*«. Am 11. Brumaire (Nebelmonat, 23.10.-21.11., hier 1. November) stellte es ihm den gesamten Gerbstoff zur Verfügung, den man in staatlichen Betrieben auftreiben konnte, und betonte, das Interesse der Republik erheische es, daß die Regierung ihm vorbehaltlose Unterstützung gewähre.

Zugunsten des neuen Betriebs ließ man die Pumpe aus dem nationalen Haus von Passy, welches unter dem Namen Kloster von Sainte-Marie bekannt war, entfernen. Man wandelte die großen Ställe des ehemaligen Königs in Versailles in Magazine zum Aufbewahren der zu gerbenden Häute um. Schließlich wurden das in Staatsbesitz befindliche Maison Brancas genannte Gut in Sèvres, die an diese Gemeinde angrenzende Insel sowie ein in Ravanny liegendes Grundstück an Séguin verkauft, damit er seine Gerberei vergrößern konnte.[9]

Wie kann man bloß auf den Gedanken verfallen, ein dermaßen beschäftigter Mann habe sich, und sei es auch nur zur Zerstreuung in seinen Mußestunden, mit dem Gerben von Menschenhaut abgegeben?

Man hat behauptet, sein Sohn, oder einer seiner Verwandten, habe lange Zeit ein Paar Handschuhe aus diesem Material besessen und seinen Besuchern als Kuriosum gezeigt. Doch selbst wenn diese von Armand Séguin hergestellt worden sein sollten, wäre dies kein ausreichender Beweis dafür, daß auf Geheiß der Sans-culottes über einen längeren Zeitraum hinweg systematisch Hosen aus Menschenhaut produziert worden sind.

Verbannen wir diese Fabel also in die Legendenwelt eines Alexandre Dumas und eines Ponson du Terrail, und sprechen wir die Revolution von einem ebenso dümmlichen wie infamen Vorwurf frei.

Anmerkungen

1. Cinquième série, Librairie mondiale, Paris 1908, S. 303-323. Hier entnommen der Zeitschrift *Akribeia*, Nr. 6, März 2000, S. 69-80. Übersetzt von Jürgen Graf.
2. J.-B. Harmand de la Meuse, *Anecdotes relatives a quelques personnes et a plusieurs événements remarquables de la Révolution*, Maradan, Paris 1820, S. 78.
3. *Les mémoires secrets du dix-neuvième siècle*, Paris 1874.
4. *Souvenirs de la Terreur*, von Georges Duval.
5. *Histoires des Girondins et des Massacres de Septembre.*
6. *Épisodes et Curiosités révolutionnaires.*
7. Vgl. *Intermédiaire des Chercheurs et Curieux*, 1873.
8. Dusaulchoy de Bergemont, *Mosaïque historique, littéraire et politique*, Rosa, Paris 1818, 2 Bände, S. 140 des 1. Bandes: »*Tannerie de peau humaine*« (Gerberei für Menschenhaut).
9. *»Am 5. Ventôse* [Windmonat, 19.2.-20.3., hier 23.2.] *wurde der Befehl erteilt, 50.000 Pfund Salz für die Einsalzung der aus dem Schlachthaus von Paris stammenden und in der Chapelle des Orfèvres deponierten Häute zu liefern, welche auf den Transport nach Sèvres warteten. Die Schwierigkeiten des Transports auf der Seine hatten die Einsalzung der seit einigen Tagen in den Wärmeräumen liegenden Häute erforderlich gemacht. Schon eine geringe Verzögerung der Einsalzung führte zu großen Werteinbußen, und die Fäulnis raubte der Republik Materialien, die wegen ihrer Seltenheit außerordentlich kostbar geworden waren.«*
   Catalogue d'une importante collection de documents autographes et historiques sur la Révolution française, etc., Charavay, Paris 1862.

Der Erste Weltkrieg: Der Wendepunkt – Teil 1

Von Prof. Dr. Ralph Raico

Einführung

1919, als das Gemetzel an den Fronten zu guter Letzt vorbei war, versammelten sich die Sieger in Paris, um eine Reihe Friedensverträge zusammenzubrauen. Dann wurden diese pflichtschuldigst von den Vertretern von vier der 5 besiegten Nationen – Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien, nicht aber der Türkei – unterzeichnet – jeweils in einem der in der Nähe liegenden Schlösser. Die Unterzeichnung des wichtigsten Vertrages, nämlich dem mit Deutschland, fand in dem großen Schloß von Versailles statt.

Artikel 231 des Versailler Vertrags lautete (rückübersetzt):[1]

»Die Alliierten und assoziierten Regierungen bekräftigen und Deutschland akzeptiert die Verantwortung Deutschlands und seiner Verbündeter für die Verursachung der Verluste und Schäden, die den Alliierten und ihren verbündeten Regierungen und Nationen als Folge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges auferlegt wurden.«

Es war ohne Beispiel in der Geschichte von Friedensverhandlungen, daß die Verlierer des Krieges die Schuld für dessen Ausbruch auf sich nehmen sollten. Die Tatsache, daß der Kriegsschuldparagraph die deutsche Haftbarmachung für nicht festgesetzte, aber riesige Wiedergutmachungen beinhaltete, verschärfte die Kontroverse, wer für den Ausbruch des Krieges verantwortlich gemacht werden sollte. Sie wurde umgehend zu einer der meistdiskutierten Fragen in allen historischen Werken – und ist es geblieben.

Als die Bolschewisten die Macht ergriffen, öffneten sie triumphierend die zaristischen Archive und veröffentlichen Dokumente, darunter einige der Geheimverträge der Entente-Mächte, wie die Beute aufgeteilt werden sollte, wenn der Krieg vorbei war. Ihr Ziel war es, die scheinheiligen „kapitalistischen" Regierungen in Verlegenheit zu bringen, die auf der Reinheit ihrer Sache beharrt hatten. Dieser Schachzug trug dazu bei, daß viele andere Nationen ihre eigenen Dokumente früher veröffentlichten, als sonst wahrscheinlich zu erwarten gewesen wäre.

In der Zwischenkriegszeit entwickelte sich unter den Wissenschaftlern ein Konsens, daß der Kriegsschuld-Paragraph des Versailler Vertrags historisch gesehen wertlos war. Die Beurteilung von Sidney Fay[2] erlangte vielleicht am meisten Anerkennung. Er verteilte die Hauptverantwortlichkeit zwischen Österreich, Rußland, Serbien und Deutschland. 1952 kam ein Komitee angesehener französischer und deutscher Historiker zu der Schlußfolgerung:[3]

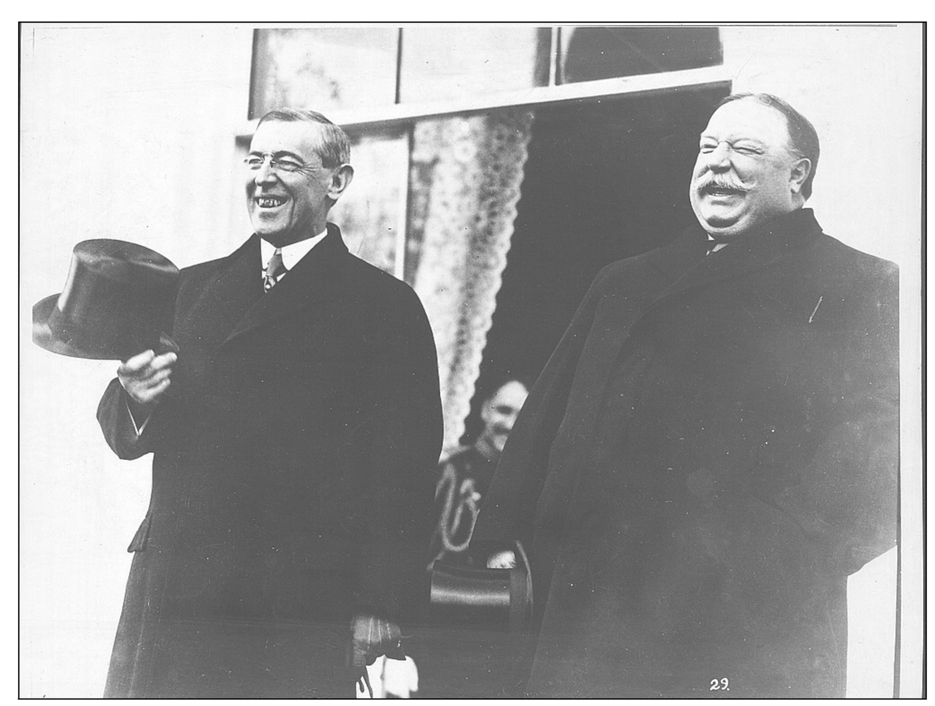
»Die Dokumente erlauben nicht, irgendeiner Regierung oder Nation 1914 einen vorsätzlichen Wunsch nach einem europäischen Krieg zuzuschreiben. Das Mißtrauen war auf seinem Höhepunkt, und führende Kreise waren von dem Gedanken beherrscht, daß ein Krieg unvermeidlich war. Jeder dachte, die andere Seite sei auf einen Angriff aus.«

Dieser Konsens wurde 1961 zunichte, als Fritz Fischer sein Buch *Griff nach der Weltmacht* veröffentlichte. Die Einschätzung von Fischer und den ihm folgenden Wissenschaftlern läuft darauf hinaus, daß die deutsche Regierung 1914 absichtlich einen europäischen Krieg entzündet habe, um ihre Hegemonie über Europa auszudehnen.[4] (Würden doch nur alle Historiker die Motive ihres eigenen Staates so zynisch betrachten!)

Die Forscher der Fischer-Schule erzwangen bestimmte Änderungen der zuvor allgemein herrschenden Ansicht. Aber das Pendel der Geschichtsschreibung hat jetzt allzuweit in die Fischer-Richtung ausgeschlagen. Ausländische Historiker waren geneigt, seine Analyse mit Bausch und Bogen zu übernehmen, vielleicht weil sie in ihr Bild paßt *»von der deutschen Geschichte, das in weitem Umfang durch die Erfahrung von Hitler-Deutschland und den Zweiten Weltkrieg bestimmt ist.«*[5] Beispielsweise behauptet ein amerikanisches Nachschlagwerk zum 1. Weltkrieg geradeheraus:[6]

»der Kaiser und das Auswärtige Amt […] *nutzten zusammen mit dem Generalstab absichtlich die Krise aus* [die durch die Ermordung von Franz Ferdinand entstanden war], *um einen allgemeinen europäischen Krieg herbeizuführen. Die Wahrheit ist einfach, erfrischend einfach.«*

Nun, es mag sein, daß sie doch nicht so einfach ist. Während die in der Zwischenkriegszeit von einigen nationalistischen deutschen Historikern verbreitete Legende von der völligen Unschuld ihrer Regierung *»effektiv widerlegt wurde, gibt es in manchen Kreisen die Tendenz, eine umgekehrte Legende zu schaffen, die einzig Deutschland die Schuld zuweist und so die Legende nur in einer anderen Form verewigt«*, warnte Fritz Stern.[7]



Woodrow Wilson mit seinem Vorgänger Präsident William H. Taft am Tag vor Wilsons Vereidigung am 4.3.1913

Das Vorspiel zum Krieg

Die Wurzeln des 1. Weltkrieges reichen in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurück.[8] Nach Frankreichs Niederlage gegen Preußen änderte das Heraufkommen eines großen deutschen Reiches 1871 dramatisch das Gleichgewicht der Kräfte in Europa. Über Jahrhunderte hatten die deutschen Lande den europäischen Mächten als Schlachtfeld gedient, die sich die Uneinigkeit der deutschen Staaten für ihre eigene Expansion zunutze machten. Jetzt hatte das politische Geschick des preußischen Ministerpräsidenten Bismarck und die Stärke der preußischen Armee ganz klar die führende Macht auf dem Kontinent geschaffen, die sich von Frankreich bis zur russischen Grenze und von der Ostsee bis an die Alpen erstreckte. Eine der Hauptsorgen Bismarcks, der als preußischer Minister und deutscher Kanzler noch zwei Jahrzehnte im Amt blieb, war, die neugeschaffene Einheit dieses Zweiten Reiches zu bewahren. Vor allem aber mußte ein Krieg vermieden werden. Der Vertrag von Frankfurt, der den französisch-preußischen Krieg beendete, zwang Frankreich, das Elsaß und die Hälfte von Lothringen abzutreten, ein Verlust, mit dem sich die Franzosen auf Dauer nicht abfinden würden. Um Frankreich zu isolieren, brachte Bismarck ein System von Verteidigungsbündnissen mit Rußland, Österreich-Ungarn und Italien zustande, das sicherstellte, daß Frankreich keinen Bundesgenossen für einen Angriff auf Deutschland finden würde.

1890 wurde der alte Kanzler von dem neuen Kaiser Wilhelm II. entlassen. Im gleichen Jahr wurde Rußland plötzlich von der Bindung an Deutschland befreit, als der Rückversicherungsvertrag auslief und nicht erneuert wurde. Jetzt begannen diplomatische Bemühungen in Paris, um Rußland für eine Allianz zu gewinnen, die künftigen französischen Zwecken dienen konnte – defensiv und möglicherweise auch offensiv.[9]

Die Verhandlungen zwischen den zivilen und militärischen Führern der beiden Länder brachten 1894 einen französisch-russischen Militärvertrag zuwege, der über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges hinaus wirksam blieb. Zur damaligen Zeit war selbstverständlich, was General Boisdeffre zu Zar Alexander III. sagte:

> *»Mobilisierung bedeutet Krieg.«*

Sogar eine Teilmobilisierung von Deutschland, Österreich-Ungarn oder Italien sollte mit einer Total-Mobilisierung Frankreichs und Rußland und der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen alle drei Mitglieder des Dreibundes beantwortet werden.[10]

In den folgenden Jahren war die französische Diplomatie weiterhin »*glänzend brillant*«[11], wie Laurence Lafore es formulierte. Im Gegensatz dazu stolperten die Deutschen von einem Fettnäpfchen ins andere, das schlimmste war wohl, ein Flottenwettrüsten mit England einzuleiten. Als man dort schließlich beschloß, die traditionelle Abneigung gegen Bündnisse mit anderen Mächten in Friedenszeiten aufzugeben, brachte Frankreich eine *Entente cordiale*, ein herzliches Einvernehmen zwischen den beiden Nationen zuwege. 1907 verständigten sich England und Rußland – mit freundlicher Ermunterung Frankreichs – in bezug auf verschiedene Streitpunkte, und es entstand eine Tripel-Entente, die dem Dreibund gegenüberstand.

Die zwei Bündnisse unterschieden sich jedoch stark in bezug auf ihre Stärke und ihren Zusammenhalt. England, Frankreich und Rußland waren Weltmächte, Österreich und Italien waren dagegen die schwächsten europäischen Mächte. Darüber hinaus war Italiens Unzuverlässigkeit als Bündnispartner allbekannt, während Österreich-Ungarn, das aus mehreren sich befehdenden Nationalitäten zusammengesetzt war, nur durch die Treue zur alterwürdigen Habsburger Dynastie zusammengehalten wurde. In einer Zeit, wo der Nationalismus wucherte, war diese Treue mancherorts nicht allzuviel wert, vor allem bei Österreichs serbischen Untertanen, von denen sich viele mehr mit dem Königreich Serbien verbunden fühlten, wo wiederum glühende Nationalisten auf die Gründung eines Großserbien, oder gar auf ein Königreich aller Südslawen – ein „Jugo-Slawien" – hofften. Eine Reihe Krisen in den Jahren vor 1914 festigten die Tripel-Entente in einem Ausmaß, daß sich die Deutschen einer „Einkreisung" überlegener Mächte gegenüber sahen. 1911, als Frankreich daranging, die Unterwerfung Marokkos zu vervollständigen, protestierte Deutschland heftig. Die folgende Krise ließ nun erkennen, wie nahe sich England und Frankreich gekommen waren: ihre militärischen Führer erörterten, im Falle eines Krieges britische Streitkräfte über den Kanal zu schicken.[12] 1913 sah ein geheimes Marineabkommen vor, daß die englische Marine im Fall von Feindseligkeiten den Schutz der französischen Kanalküste übernehmen sollte, während die Franzosen am Mittelmeer Wache hielten.

> *»Die englisch-französische Entente war nun tatsächlich eine Militärallianz.«*[13]

Im demokratischen England ging all das vor sich, ohne daß das Volk, das Parlament oder sogar die Mehrheit des Kabinetts davon wußte.

Der Marokko-Streit wurde beigelegt, indem Deutschland afrikanische Gebiete überlassen wurden, was zeigte, daß koloniale Streitigkeiten zwar Spannungen hervorriefen, aber nicht wichtig genug waren, um zu einem Krieg zwischen den Mächten zu führen. Aber der französische Einmarsch in Marokko setzte eine Reihe Ereignisse in Gang, die den Krieg auf dem Balkan herbeiführten, und dann den Großen Krieg. Einer früheren Übereinkunft zufolge hatte Italien das Recht, das heutige Libyen zu besetzen, das damals im Besitz der ottomanischen Türken war, wenn Frankreich Marokko einnahm. Italien erklärte der Türkei den Krieg, und der italienische Sieg machte den kleinen Balkan-Staaten Appetit auf die Überbleibsel der türkischen Besitzungen in Europa.

Rußland hatte große Ambitionen auf dem Balkan, vor allem nach seinem Fehlschlag im Fernen Osten im Krieg mit Japan 1904-05. Nicholas Hartwig, Rußlands überaus einflußreicher Botschafter in Serbien, war ein extremer Panslawist, also ein Anhänger der Bewegung, die slawischen Völker unter russischer Führerschaft zu vereinigen. Hartwig organisierte die Bildung des Balkanbundes, und 1912 erklärten Serbien, Montenegro, Bulgarien und Griechenland der Türkei den Krieg. Als Bulgarien den Löwenanteil der Beute für sich forderte, fielen im folgenden Jahr, im zweiten Balkankrieg, seine ehemaligen Verbündeten, zusammen mit Rumänien und der Türkei, selbst über Bulgarien her. Diese Kriege verursachten in Europa große Beunruhigung, vor allem in Österreich, das eine von Rußland unterstützte Expansion Serbiens fürchtete. In Wien drängte Conrad, der Chef der Armee, auf einen Präventivkrieg, aber der alte Kaiser verwarf dies. Serbien ging aus den Balkankriegen nicht nur mit einem stark vergrößerten Territorium hervor, sondern auch beseelt von einem überhöhten Nationalismus, den Rußland mit Freuden ermunterte. Sasonoff, der russische Außenminister, schrieb an Hartwig: »*Serbiens gelobtes Land liegt auf dem Territorium des heuti-*

gen Ungarn«, und wies ihn an, mitzuhelfen, die Serben »*für den künftigen unvermeidlichen Kampf*« vorzubereiten.[14] Im Frühjahr 1914 arbeiteten die Russen auf einen neuen Balkanbund unter russischer Führung hin. Sie erhielten starke Unterstützung von Frankreich, dessen neuer Präsident Raymond Poincaré in Lothringen geboren und selbst ein aggressiver Nationalist war. Es wurde angenommen, daß der neue Bund, von Serbien angeführt, etwa eine Million Mann an Österreichs Südflanke aufbieten und damit die militärischen Pläne der Mittelmächte zunichte machen konnte.[15]
Rußlands Militärkonzentration war seinem Ehrgeiz entsprechend. Norman Stone schrieb über das Rußland am Vorabend des Krieges:

> *»Die Armee bestand aus 114 ½ Infanterie-Divisionen, verglichen mit Deutschlands 96, und verfügte über 6720 mobile Kanonen, gegenüber 6004 deutschen. Der strategische Eisenbahnbau hatte einen solchen Umfang, daß Rußland bis 1917 in der Lage gewesen wäre, innerhalb einer Mobilisierung von 18 Tagen fast hundert Divisionen in den Krieg gegen die Mittelmächte zu führen und Deutschland in seiner Gesamtbereitschaft nur um drei Tage nachstand. In gleicher Weise wurde Rußland wieder eine wichtige Seemacht* […]*, 1913-14 gab es 24 Mio. £ aus, verglichen mit 23 Mio. £ der Deutschen.«*

Das in Gang gesetzte Programm forderte sogar noch beeindruckendere Kräfte bis 1917, wo sie wohl gebraucht würden:[16]

> *»Es wurden Pläne vorangetrieben, um mit einem Überraschungsschlag zur See Konstantinopel und die Dardanellen einzunehmen, und ein Flottenvertrag mit Großbritannien ermöglichte eine gegen Deutschland gerichtete Zusammenarbeit in der Ostsee.«*

Rußland sah Deutschland als einen unvermeidbaren Feind an, weil Deutschland niemals zustimmen würde, daß Rußland die Dardanellen einnehmen oder eine Balkanfront schaffen und anführen würde, deren Ziel der Untergang Österreich-Ungarns war. Die Habsburger Monarchie war Deutschlands letzter zuverlässiger Verbündeter und ihr Zerfall in eine Ansammlung kleiner, meist slawischer Staaten hätte Deutschlands Südflanke für einen Angriff bloßgelegt. Deutschland würde in eine militärisch unhaltbare Lage kommen, der Gnade seiner Gegner ringsum ausgeliefert. Österreich-Ungarn mußte daher um jeden Preis erhalten werden.
Die Ereignisse hatten eine solche Gangart angenommen, daß Oberst Edward House, der durch Europa reiste, um für Woodrow Wilson Informationen zu sammeln, im Mai 1914 an den Präsidenten berichtete:[17]

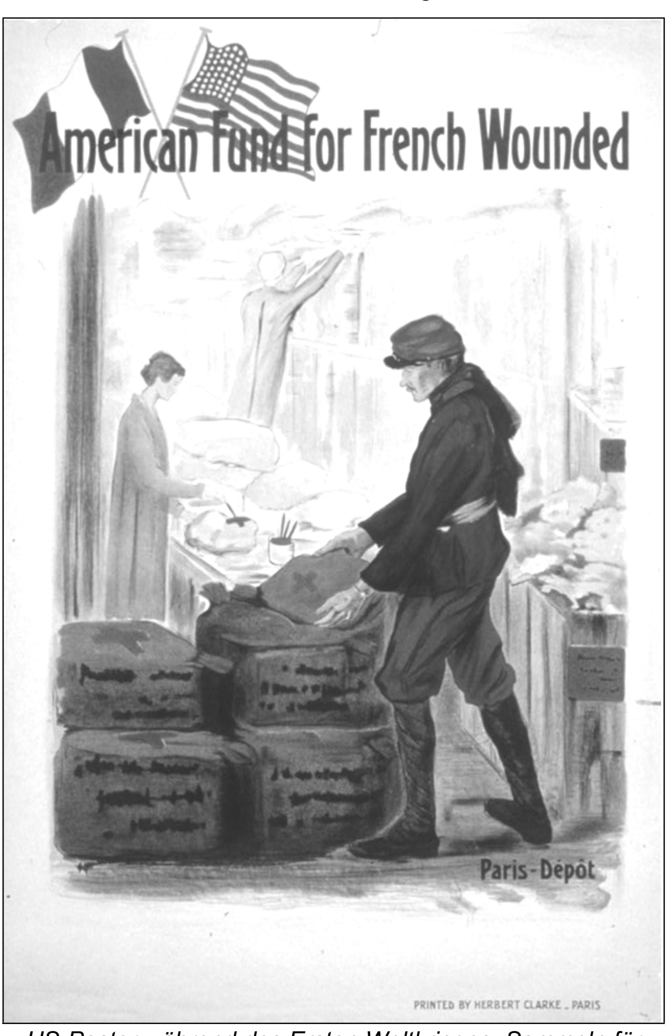
> *»Die Lage ist außergewöhnlich. Der Militarismus ist geradezu verrückt geworden.* […] *Es gibt zu viel Haß, zu viel Neid. Frankreich und Rußland werden über Deutschland und Österreich herfallen, wann immer England damit einverstanden ist.«*

Und der Krieg kam…

Der unmittelbare Ursprung des Krieges von 1914 liegt in der krankhaften Politik des Königreichs Serbien.[18] Im Juni 1903 ermordeten serbische Armeeoffiziere ihren König und die Königin im Palast und warfen ihre Leichen aus dem Fenster. Zugleich massakrierten sie verschiedene königliche Verwandte, Kabinettsminister und Angehörige der Palastwache. Es war eine Tat, über die viele in der zivilisierten Welt erschreckt und empört waren. Die Militärclique ersetzte die pro-österreichische Obrenović-Dynastie durch die anti-österreichische Karageorgević-Dynastie. Die neue Regierung verfolgte eine pro-russische panslawistische Politik, und ein Netzwerk von Geheimgesellschaften schoß empor, das eng mit der Regierung verknüpft war, deren Ziel die „Befreiung“ der serbischen Untertanen Österreichs (und der Türkei) und vielleicht auch der anderen Südslawen war.
Der Mann, der Ministerpräsident wurde, Nicolas Pasic, wollte ein Groß-Serbien schaffen, zwangsläufig auf Kosten Österreich-Ungarns. Die Österreicher fühlten ganz richtig, daß die Aufgabe ihres von Serben bewohnten Landesteils und womöglich gar der von anderen Südslawen bewohnten Gebiete den Zerfall des großen multinationalen Reiches auslösen würde. Für Österreich stellten die serbischen Pläne eine tödliche Gefahr dar.
Der russische Botschafter Hartwig arbeitete eng mit Pasic zusammen und unterhielt mit einigen der Geheimorganisationen Verbindung. Das Ergebnis der zwei von ihm geförderten Balkankriege war, daß sich Serbien größenmäßig fast verdoppelte und Österreich-Ungarn nicht nur politisch, sondern auch militärisch bedrohte. Sasonoff, der russische Außenminister, schrieb an Hartwig:

> *»Serbien hat erst den ersten Teil seines historischen Weges betreten, und muß zur Erreichung seines Zieles noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dem sogar seine ganze Existenz auf dem Spiel steht.«*

Sasonoff fuhr fort, wie oben gezeigt, die serbische Expansion auf die Ländereien von Österreich-Ungarn zu richten, deret-



US-Poster während des Ersten Weltkrieges: Sammeln für die leidenden Franzosen

wegen Serbien den *»künftigen unvermeidlichen Kampf«* führen müßte.[19]

Die nationalistischen Gesellschaften weiteten ihre Aktivitäten nicht nur innerhalb Serbiens aus, sondern auch in den österreichischen Gebieten Bosnien und Herzegowina. Die radikalste dieser Gruppen hieß *Union oder Tod* und war auch als „Schwarze Hand" bekannt. Sie wurde von Oberst Dragutin Dimitrijević geführt, Apis genannt, der zugleich auch Chef des königlich-serbischen Militärnachrichtendienstes war. Apis war ein Veteran des Gemetzels von 1903 an seinem eigenen Königspaar wie auch einer Reihe anderer politisch motivierter Mordanschläge.

»Er war aller Wahrscheinlichkeit nach in bezug auf Königsmord der führende europäische Experte seiner Zeit.«[20]

Einer seiner engen Verbindungen war Oberst Artamonov, der russische Militärattaché in Belgrad.

Franz Joseph, der ehrwürdige Kaiser von Österreich-Ungarn, der 1948 auf den Thron gekommen war, würde offensichtlich nicht mehr lange leben. Sein Neffe und Erbe, Franz Ferdinand, war zutiefst besorgt über die das Reich zerreißenden ethnischen Probleme und suchte sie mit einer großen Strukturreform zu lösen, sei es in Richtung auf einen Föderalismus für die verschiedenen nationalen Gruppen, oder ansonsten durch eine Triade, die Schaffung einer dritten, slawischen Komponente im Reich, neben der deutschen und der ungarischen. Da ein solches Zugeständnis den Ruin eines jeden Planes für ein Großserbien bedeutet hätte, war Franz Ferdinand ein einleuchtendes Ziel für eine Ermordung durch die Schwarze Hand.[21]

Im Frühjahr 1914 rekrutierten serbische Staatsangehörige, die Agenten der Schwarzen Hand waren, eine Gruppe junger bosnischer Fanatiker für diese Aufgabe. Die Jugendlichen wurden in Belgrad trainiert und mit Gewehren, Bomben und Führern (ebenfalls serbische Staatsangehörige) versehen, um ihnen über die Grenze zu verhelfen. Sie erhielten auch Zyankali für die Zeit nach Vollendung ihrer Aufgabe. Ministerpräsident Pasic erfuhr von dem Anschlag, informierte sein Kabinett und machte wirkungslose Versuche, ihn zu stoppen, einschließlich einer verschleierten, praktisch sinnlosen Warnung, die er an einen österreichischen Beamten in Wien übermittelte. (Es ist auch wahrscheinlich, daß der russische Attaché Artamonov von dem Anschlag wußte.[22]) Die Österreicher erhielten keine Mitteilung, die so klar war, daß die Ermordung hätte verhindert werden können. Am 28. Juni 1914 erwies sich der Anschlag als brillanter Erfolg, als Gavrilo Princip, der gerade 20 Jahre alt geworden war, Franz Ferdinand und seine Frau Sophie in den Straßen von Sarajewo niederschoß und tötete. In Serbien wurde Princip sofort als Held gefeiert, genau wie in Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg, wo der Jahrestag der Morde als nationaler und religiöser Festtag gefeiert wurde. Eine Marmortafel wurde an dem Haus angebracht, vor dem die Erschießung stattgefunden hatte. Die Inschrift hatte die Widmung:[23]

»An diesem historischen Ort proklamierte Gavrilo Princip am 28. Juni 1914 die Freiheit.«

In seiner berühmten Geschichte des Ersten Weltkrieges schreibt Winston Churchill über Princip:[24]

»Er starb im Gefängnis, und ein Monument, das in den letzten Jahren durch seine Landsleute errichtet wurde, gibt Kunde von seiner und ihrer Niedertracht.«

In Wien glich in diesem Sommer 1914 die vorherrschende Stimmung weniger Belgrads Freude über die Tat als Churchills ärgerlicher Verachtung. Diese Greueltat war die sechste in weniger als vier Jahren und ein starker Beweis für die zunehmende serbische Gefahr. Ob zu recht oder unrecht – die Österreicher schlußfolgerten, daß die weitere Existenz eines expansionistischen Serbiens eine unannehmbare Bedrohung für die Habsburger Monarchie darstelle. Ein Ultimatum sollte abgefaßt werden, das Forderungen enthielt, die Serbien gezwungen wäre zurückzuweisen, was Österreich einen Vorwand für einen Angriff liefern sollte. Schließlich würde Serbien vernichtet und wahrscheinlich unter seinen Nachbarn aufgeteilt werden (wobei sich Österreich, dem nichts daran lag, mehr unzufriedene Südslawen als Untertanen zu bekommen, wahrscheinlich bei der Teilung heraushalten würde.) Natürlich könnte es Rußland einfallen, zu intervenieren. Aber dieses Risiko waren die Österreicher bereit, auf sich zu nehmen, vor allem nachdem sie den „Blankoscheck" von Kaiser Wilhelm erhalten hatten, alle für notwendig erachteten Maßnahmen weiterzuführen. In der Vergangenheit hatte die deutsche Unterstützung für Österreich die Russen gezwungen, klein beizugeben.

Jetzt steht den Wissenschaftlern das Tagebuch von Kurt Riezler zur Verfügung, dem Privatsekretär des deutschen Kanzlers Bethmann Hollweg. Aus diesem und anderen Dokumenten wird deutlich, daß Bethmann Hollwegs Standpunkt während der Juli-Krise schwierig war. Wenn Österreich als Macht verschwinden würde, wäre Deutschland durch den wuchernden Panslawismus bedroht, der von der wachsenden russischen Macht im Osten und vom französischen Revanchismus im Westen gefördert wurde. Als er die Österreicher ermutigte, Serbien umgehend anzugreifen, hoffte er, daß der Konflikt damit örtlich begrenzt blieb und die serbische Gefahr zunichte gemacht würde. Auch dem Kanzler war klar, daß die Mittelmächte einen den ganzen Kontinent umfassenden Krieg riskierten. Wenn Österreich aber schnell reagieren und Europa mit *»einem schnellen fait accompli«* konfrontieren würde, so glaubte er, daß der Krieg auf den Balkan begrenzt werden könnte und *»die Interventionen Dritter soweit wie möglich* [vermieden] *werden könnten.«* Auf diese Weise könnte die deutsch-österreichische Allianz mit einem wunderbaren politischen Sieg hervorgehen, der die Entente aufspalten und Deutschlands „Einkreisung" vielleicht aufbrechen könnte.[25] Aber die Österreicher zauderten, und das Ultimatum wurde Serbien erst am 23. Juli ausgehändigt. Als Sasonoff es in St. Petersburg las, rief er aus:

»Das ist der europäische Krieg !«

Die Russen fühlten, daß sie Serbien nicht nochmals im Stich lassen durften, nachdem es ihnen nicht gelungen war, die österreichische Annexion von Bosnien-Herzegowina zu verhindern oder für Serbien nach dem zweiten Balkankrieg einen Seehafen zu erlangen. Am 24. Juli erklärte Sasonoff auf einer Kabinettsitzung, daß Serbien im Stich zu lassen einen Verrat an Rußlands „historischer Mission" als Beschützer der Südslawen bedeuten würde und Rußland damit zu einer zweitrangigen Macht reduziert würde.[26]

Am 25. Juli beschlossen die russischen Führer, das in Gang zu setzen, was in ihren Plänen als *»die Vorbereitungsphase auf den Krieg«* bekannt war, ein Vorspiel zur Generalmobilmachung. Diese gegen beide Mittelmächte gerichtete Maßnahme setzte *»eine ganze Folge von Militärmaßnahmen entlang der österreichischen und deutschen Grenze in Gang.«*[27] Schon 1920 hatte Sidney Fay die Aussage eines serbischen Offiziers zitiert, der am 28. Juli von Deutschland nach Ruß-

land gereist war und unterwegs auf der deutschen Seite der Grenze keine militärischen Maßnahmen feststellte, während im russischen Polen »*in großem Maßstab Schritte zur Mobilisierung ergriffen worden waren.*«

Fay kommentierte weiter:[28]

> *»Als der Krieg kam, ermöglichten es diese geheimen „Vorbereitungsmaßnahmen" Rußland, die Welt durch die Schnelligkeit zu überraschen, mit der es seine Truppen nach Ostpreußen und Galizien hineinführen konnte.«*

Auch in Paris begannen die Militärchefs bereits am 25. Juli, Vorbereitungen für die Generalmobilmachung zu treffen.[29]

Am 28. Juli erklärte Österreich Serbien den Krieg. Der französische Botschafter in St. Petersburg, Maurice Paléologue, drängte die Russen – höchst wahrscheinlich mit Unterstützung Poincarés – zu Unnachgiebigkeit und zur Generalmobilmachung. (Jedenfalls hatte Poincaré den Russen 1912 praktisch einen „Blankoscheck" gegeben, als er ihnen versicherte, »*Frankreich würde marschieren, wenn Deutschland Österreich* [auf dem Balkan] *unterstützt.*«[30] Nach der (recht wirkungslosen) österreichischen Bombardierung Belgrads wurde der Zar am 30. Juli zur Freude der russischen Generale überredet, die Generalmobilmachung zu genehmigen (der Erlaß wurde für einen Augenblick widerrufen, aber dann schließlich bestätigt). Nikolaus II. war sich darüber klar, was das bedeutete:[31]

> *»Denken Sie, welch schreckliche Verantwortung Sie mir empfehlen zu übernehmen. Denken Sie an die Tausende und Abertausende Männer, die in den Tod geschickt werden!«*

Was war schief gegangen? James Joll schrieb:[32]

> *»Die Österreicher hatten geglaubt, daß ein energisches Vorgehen gegen Serbien und ein deutsches Hilfeversprechen Rußland abschrecken würde. Die Russen hatten geglaubt, das die Zurschaustellung von Stärke gegen Österreich sowohl die Österreicher kontrollieren wie auch Deutschland abschrecken würde. Beide Seiten mußten schließlich Farbe bekennen.«*



Helden-Land Frankreich*: Aufruf zu einer Unterstützungsdemonstration im Central Park, New York*

Rußland – und durch seine Unterstützung Rußlands auch Frankreich – waren genauso wie Österreich und Deutschland bereit, im Juli 1914 einen Krieg zu riskieren.

Als der Konflikt zunehmend unvermeidbar erschien, riefen die Generale in allen Hauptstädten danach, ihre Pläne für den Ernstfall vorzunehmen. Der bekannteste war der Schlieffen-Plan, der einige Jahre vorher entworfen worden war und die deutsche Strategie im Falle eines Zweifrontenkriegs bestimmte. Er forderte eine Kräftekonzentration gegen Frankreich, um einen schnellen Sieg im Westen zu erlangen, um dann den Großteil der Armee an die Ostfront zu bringen, wo sie die Russen, die man für wenig beweglich hielt, treffen und besiegen sollte. Als sich die Deutschen der russischen Mobilisierung und der offensichtlichen Absicht, Österreich anzugreifen, gegenüber sahen, aktivierten sie den Schlieffen-Plan. Es war, wie Sasonoff ausgerufen hatte, der europäische Krieg.[33]

Am 31. Juli gab das französische Kabinett der Forderung von Armeechef General Joffre statt und erließ die Generalmobilmachung. Am nächsten Tag besuchte der deutsche Botschafter in St. Petersburg, Portalès, den russischen Außenminister. Nachdem er ihn viermal gefragt hatte, ob Rußland die Mobilmachung wieder aufheben werde und jedesmal eine verneinende Antwort bekommen hatte, überreichte Portalès Deutschlands Kriegserklärung an Sasonoff. Das deutsche Ultimatum an Frankreich war eine Formalität. Am 3. August erklärte Deutschland auch Frankreich den Krieg.[34]

Die Frage der „Kriegsschuld" ist endlos aufgeworfen worden.[35] Es kann mit Sicherheit festgestellt werden, daß Fischer und seine Schüler ihren Standpunkt in keiner Weise bewiesen haben. Daß z. B. Helmut Moltke, der Chef der deutschen Armee, wie Conrad, sein Pendant in Wien, auf einen Präventivkrieg drängte, ist seit langem bekannt. Aber beide Militärführer wurden von ihren Vorgesetzten unter Kontrolle gehalten. Jedenfalls gibt es keinen wie auch immer gearteten Beweis dafür, daß Deutschland 1914 absichtlich einen europäischen Krieg loslöste, den es jahrelang vorbereitet hätte, keinen Beweis in den diplomatischen und innenpolitischen Dokumenten, in der Militärplanung, bei den Aktivitäten der Geheimdienste, oder bei den Beziehungen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Generalstab.[36]

Karl Dietrich Erdmann formulierte das Problem gut:[37]

> *»1914 hätte der Frieden bewahrt werden können, wenn Berchtold, Sasonoff, Bethmann-Hollweg, Poincaré, Grey oder eine der betroffenen Regierungen dies so aufrichtig gewollt hätten, daß sie gewillt gewesen wären, bestimmte politische Ideen, Traditionen und Auffassungen zu opfern, die nicht allein ihre eigenen persönlichen waren, sondern die ihrer Völker und ihrer Zeit.«*

Diese nüchterne Beurteilung wirft ein bezeichnendes Licht auf die falschen Annahmen derer, die mit der Fischer-Richtung sympathisieren. John W. Langdon gibt z. B. zu, daß eine jegliche russische Mobilisierung »*eine weitergehende Antwort von Deutschland erfordert hätte.*« Er fügt jedoch hinzu, daß die Erwartung, Rußland werde *nicht* mobilisieren, »*wenn es sich einer offensichtlichen österreichischen Entschlossenheit gegenübersieht, die serbische Souveränität zu unterminieren und das Kräftegleichgewicht auf dem Balkan zu ändern – das bedeutete, etwas Unmögliches zu erwarten.*« Damit entschuldigt Langdon Rußland weil, wie er sagte, Österreich »*zu einem Handlungsverlauf entschlossen schien, der klar den russischen Interessen in Osteuropa zuwiderlief.*«[38] Wahr genug – aber Rußland „schien gezwungen", Serbien zu benutzen, um sich österreichischen Interessen entgegenzustellen (dem österreichischen Interesse, zu überleben), und Frankreich „schien gezwungen", Rußland volle Unterstützung zu geben, und so weiter. Genau deshalb sprechen die Historiker von einer geteilten Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

England muß noch in die Rechnung einbezogen werden. Auf dem Höhepunkt der Krise waren Premierminister Asquith und

Außenminister Edward Grey in einer prekären Lage. Obwohl die Entente cordiale formal kein Bündnis darstellte, hatten geheime Militärgespräche zwischen den Generalstäben gewisse Erwartungen und sogar bestimmte Verpflichtungen geschaffen. Aber abgesehen von hohen Militärkreisen und natürlich Winston Churchill, dem Ersten Lord der Admiralität, war niemand in England scharf auf einen Krieg. Es war ein „Glück" für die englischen Führer, daß Deutschland ihnen aus der Verlegenheit half. Der Erfolg eines Angriffs auf Frankreich – das war der springende Punkt beim Schlieffen-Plan – hing vor allem von der Schnelligkeit ab. Sie konnte nur – so dachte man – durch eine Verletzung der Neutralität Belgiens erreicht werden. Diese wurde von den Mächten, die den Vertrag von 1839 unterzeichnet hatten, garantiert. Mit dem Feingefühl des Ausdrucks, das deutschen Staatsmännern ihrer Zeit eigen war, nannte Bethmann Hollweg den Vertrag über die belgische Neutralität »*einen Wisch Papier*«.[39] Grey bezeichnete in seiner Rede vor dem Unterhaus den Einmarsch in Belgien als »*das gräßlichste Verbrechen, das je das Blatt der Geschichte befleckt hat.*«[40]

Die Verletzung der belgischen Neutralität war zwar bedauerlich, aber durchaus nicht ohne Präzedenz in den Annalen der Großmächte. 1807 liefen Einheiten der britischen Marine im Hafen von Kopenhagen ein, bombardierten die Stadt und bemächtigten sich der dänischen Flotte. Zu dieser Zeit herrschte Frieden zwischen England und Dänemark, das in den napoleonischen Kriegen neutral war. Die Engländer behaupteten, Napoleon bereite eine Invasion Dänemarks vor und wolle sich selbst der Flotte bemächtigen. In einem Manifest an die Kopenhagener erklärten sie, England handle nicht nur im Interesse seines eigenen Überlebens, sondern für die Freiheit aller Völker.



Woodrow Wilson mit seiner Frau auf dem Weg zur Vereidigung zur zweiten Amtszeit am 5.3.1917

Als die deutsche Flotte wuchs, wurden in England von Sir John Fischer, dem Ersten Seelord, und sogar von Arthur Lee, dem Ersten Lord der Admiralität, Rufe laut, die deutsche Flotte »*zu kopenhagen*«. Sie wurden zurückgewiesen, und England beschritt den Weg, die Deutschen beim Flottenwettrüsten zu übertreffen. Aber die Bereitschaft hochrangiger Briten, zugunsten nationaler Interessen, die als lebenswichtig eingeschätzt wurden, ohne Skrupel zu handeln, war in Deutschland nicht unbemerkt geblieben.[41] Als die Zeit kam, gingen die Deutschen hart gegen das neutrale Belgien vor, sie verschonten aber die Belgier mit Belehrungen über die Freiheit der Menschheit. Wohlgemerkt: als der König von Griechenland 1916 gegen die Einnahme griechischen Territoriums durch die Alliierten protestierte – die Neutralität von Korfu war wie die Belgiens von den Mächten garantiert worden – blieb sein Protest unbeachtet.[42] Die Invasion in Belgien war nur ein Vorwand für London.[43] Das war John Morley klar, da er die Machenschaften von Grey und der Kriegspartei im Kabinett kannte. In einem letzten Aufleben von echt englischem Liberalismus reichte Lord Morley, der Biograph von Cobden und Gladstone, seinen Rücktritt ein.[44]

Englands Kriegseintritt war entscheidend. Er besiegelte auf mehr als eine Art das Schicksal der Mittelmächte. Ohne Englands Kriegsteilnahme wären auch die USA nie eingetreten.

Woodrow Wilson und sein „zweites Ich"

Bei wem auch immer die Schuld am Krieg lag – für die überwältigende Mehrheit der Amerikaner war er 1914 nur einer der europäischen Schrecken, aus denen sie ihre Neutralitätspolitik herausgehalten hatte, die von den Gründern der Republik erklärt worden war. Pasic, Sasonoff, Conrad, Poincaré, Moltke, Edward Grey und der Rest – das waren die Leute, vor denen ihre Väter sie gewarnt hatten. Es war kein Ausgang des Krieges denkbar, der Amerikas weite und solide Stellung auf dem Kontinent durch eine Invasion bedrohen konnte. Die Amerikaner sollten es einer gütigen Vorsehung danken, die ihnen dieses gesegnete Land, diese uneinnehmbare Festung geschenkt hat, daß wenigstens Amerika nicht in dieses sinnlose Gemetzel der Alten Welt hineingezogen würde. Das war undenkbar. Aber – 1914 war Thomas Woodrow Wilson der Präsident der Vereinigten Staaten.

Der heutzutage am häufigsten mit Woodrow Wilson verbundene Ausdruck ist „Idealist". Der Ausdruck „machthungrig" wird dagegen selten gebraucht. Aber sogar ein ihm nicht unwohl gesonnener Gelehrter hat kürzlich über Wilson geschrieben:

> »*Er liebte die Macht, sehnte sich nach ihr und glorifizierte sie irgendwie.*«

Als er noch Gelehrter war, sinnierte Wilson über die Wesensart der US-Regierung und schrieb:[45]

> »*Ich kann mir Macht nicht als etwas Negatives und Nicht-Positives vorstellen.*«

Sogar bevor er in die Politik einstieg, war er fasziniert von der Macht des Präsidentenamtes und wie sie gesteigert werden konnte, wenn man sich in ausländische Angelegenheiten einmischte und überseeische Gebiete beherrschte. Der Krieg mit Spanien und die Eroberung von Kolonien in der Karibik und jenseits des Pazifik wurden von Wilson begrüßt, weil sie heilsame Änderungen im föderalen System der USA bewirken könnten. »*Der Sprung in die internationale Politik und die Verwaltung weit entfernter Schutzgebiete*« hatte bereits dazu geführt, daß »*dem Präsidenten weit mehr Macht und Mög-*

lichkeiten für eine konstruktive Staatsführung gegeben waren.«

»Wenn in der Politik und den Überlegungen einer Nation Auslandsangelegenheiten eine herausragende Rolle spielen, muß die Exekutive notwendigerweise der Führer sein, muß jede anfängliche Bewertung zum Ausdruck bringen, immer den ersten Schritt tun, die Informationen liefern, aufgrund derer gehandelt werden muß, muß anregen und in weitem Umfang kontrollieren, wie sie geführt wird. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist jetzt wie selbstverständlich an der Front des Geschehens. Es gibt jetzt kein Problem, die Reden des Präsidenten gedruckt und gelesen zu bekommen – jedes Wort davon. [...] Die Regierung abhängiger Gebiete muß weitgehend in seiner Hand sein. Aus dieser einzigartigen Veränderung können sich interessante Dinge ergeben.«[46]

Wilson erhoffte sich eine anhaltende »*neue Führerschaft der Exekutive*«, wo selbst die Chefs der Ministerien »*einen neuen Einfluß auf das Wirken des Kongresses*« ausübten.

Wilsons Reputation als Idealist läßt sich in weitem Umfang auf seine ständig erklärte Friedensliebe zurückverfolgen. Aber sobald er Präsident geworden war, – noch bevor er das Land in den Ersten Weltkrieg führte – war seine Handlungsweise in Lateinamerika alles andere als pazifistisch. Sogar Arthur S. Link (den Walter Karp als den Hüter der Wilsonschen Flamme bezeichnete) schrieb in bezug auf Mexiko, Zentralamerika und die Karibik:

»Die Jahre von 1913 bis 1921 bezeugen Interventionen durch das Außenministerium und die Marine – in einem Ausmaß, wie es selbst bei so ausgesprochenen Imperialisten wie Theodore Roosevelt und William Howard Taft nie zuvor in Erwägung gezogen wurde.«

Präsident Woodrow Wilson (links) mit „Oberst" Edward Mandell House (rechts), des Präsidenten „alter ego".[49]

Die Protektorate erstreckten sich über Nicaragua, den Einmarsch und die Unterwerfung von Haiti (was etwa 2000 Bewohnern Haitis das Leben kostete), und die militärische Besetzung der Dominikanischen Politik – das waren die Meilensteine von Wilsons Politik.[47] Alles war eingehüllt in den Dunst der ihm eigenen Phrasen über Freiheit, Demokratie und die Rechte der kleinen Nationen. Der Pan-Amerika-Pakt, den Wilson unseren südlichen Nachbarn vorschlug, garantierte »*die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit*« aller Signatarstaaten. Angesichts Wilsons ständiger Einmischung in die Angelegenheiten Mexikos und anderer lateinamerikanischer Staaten war dies Heuchelei in großem Stil.[48]

Das unerhörteste Beispiel von Wilsons kriegerischem Interventionismus vor dem Europäischen Krieg war Mexiko. Hier führte sein Versuch, den Verlauf eines Bürgerkrieges zu manipulieren, zu den Fehlschlägen von Tampico und Vera Cruz.

Im April 1914 legte eine Mannschaft amerikanischer Seeleute ihr Schiff in Tampico ohne Erlaubnis der Behörden an und wurde verhaftet. Sobald der mexikanische Kommandant von dem Zwischenfall erfuhr, ließ er die Amerikaner frei und sandte eine persönliche Entschuldigung. Das wäre das Ende der Affäre gewesen, »*hätte nicht die Regierung in Washington nach einem Vorwand gesucht, um einen Kampf zu provozieren*«, um die Seite zu begünstigen, die Wilson im Bürgerkrieg favorisierte. Der diensthabende amerikanische Admiral forderte von den Mexikanern 21 Salutschüsse für die amerikanische Flagge. Washington stärkte ihm den Rücken und gab ein Ultimatum heraus, das unter Androhung schlimmer Folgen auf dem Salut bestand. Marineeinheiten erhielten Befehl, Vera Cruz einzunehmen. Die Mexikaner leisteten Widerstand, 126 Mexikaner wurden getötet, fast 200 verwundet (US-Zahlen zufolge), und auf amerikanischer Seite wurden 19 getötet und 71 verwundet. In Washington wurden Pläne für einen ausgewachsenen Krieg gegen Mexiko geschmiedet, wo zwischenzeitlich *beide* Bürgerkriegsparteien die Yankee-Aggression verurteilten. Schließlich wurde ein Vergleich angenommen, und Wilson verlor die Lust, die mexikanische Politik zu kontrollieren.[50]

Zwei Wochen vor der Ermordung des österreichischen Thronfolgers hielt Wilson eine Rede anläßlich des Flaggen-Feiertags (14. Juni). Seine Bemerkungen ließen nichts Gutes ahnen in bezug auf die amerikanische Zurückhaltung bei dem kommenden Krieg. Auf die Frage, was die Flagge in der Zukunft symbolisieren werde, antwortete Wilson:

»Die gerechte Anwendung unbestrittener nationaler Macht. [...] Selbstbestimmung, Würde, die Behauptung des Rechts einer Nation, den anderen Nationen der Welt zu dienen.«

Als Präsident werde er »*auf die Rechte der Menschheit bestehen, wo immer die Flagge entrollt werde.*«[51]

Wilsons Zweites Ich – eine der Hauptpersonen, um die Vereinigten Staaten in den europäischen Krieg hineinzuführen – war Edward Mandell House. House, der den honorigen Ehrentitel „Oberst" führte, wurde von seinen Zeitgenossen als ein geheimnisumwobener Mann betrachtet. Er war nie in ein öffentliches Amt gewählt worden, wurde aber trotzdem in innen- und vor allem außenpolitischen Angelegenheiten der zweitmächtigste Mann im Land, praktisch bis zum Ende von Wilsons Regierungszeit. House begann als Geschäftsmann in Texas, kam in die Führung der Demokratischen Partei dieses Staates und dann auf nationaler Ebene. 1911 schloß er sich Wilson an, dem damaligen Gouverneur von New Jersey, der Präsidentschaftskandidat werden wollte. Die beiden hatten eine denkbar enge Zusammenarbeit. Wilson ging so weit, öffentlich die ziemlich bizarre Erklärung abzugeben:[52]

»Herr House ist mein zweites Ich. Er ist mein unabhängiges Selbst. Seine und meine Gedanken sind eines.«

Die Mentalität dieses „geheimnisumwobenen Mannes" wird

durch einen futuristischen politischen Roman erhellt, den House 1912 veröffentlichte: *Philip Dru: Administrator*. Das Werk enthält eine merkwürdige Vorwegnahme der Rolle, die der Oberst Wilson spielen helfen sollte.[53] In diesem speziellen Werk führt der Titelheld einen Kreuzzug, um die reaktionäre und repressive Geldmacht zu stürzen, die die USA regiert. Dru ist eine wahre Messias-Gestalt:

> *»Er erscheint mit Gerechtigkeit gerüstet und mit dem Licht des Verstandes in seinem Blick. Er kommt als Fürsprecher für gleiche Chancen und er kommt mit der Macht, seinen Willen durchzusetzen.«*

Nachdem er eine große Armee angesammelt hat, stellt sich Dru in einer titanischen Schlacht gegen die Massenkräfte des Bösen (nahe Buffalo, New York):

> *»Die menschliche Freiheit hat noch nie so sicher vom Ausgang eines Konflikts abgehangen wie dieses Mal.«*

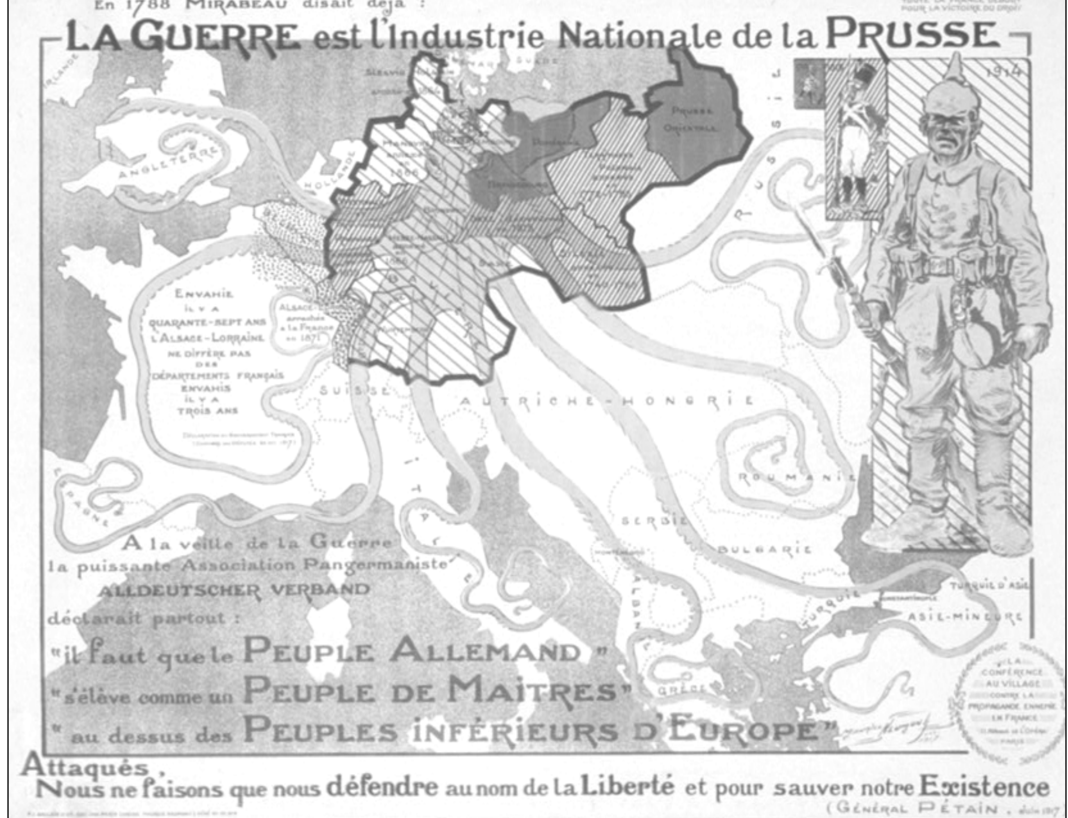
Natürlich siegt Dru und wird »*Administrator der Republik*«, wobei er »*diktatorische Macht*« übernimmt. Seine Sache ist fraglos derart rein, daß ein jeder Versuch, die reaktionäre Politik der vorherigen Regierung »*zu fördern*« als »*staatsgefährdend angesehen und mit dem Tode bestraft zu werden pflegte*.« Dru formt nicht nur eine neue Verfassung für die Vereinigten Staaten und schafft einen Wohlfahrtsstaat, er schließt sich auch mit den Führern der anderen Großmächte zusammen, um die Weltordnung zu erneuern, und bringt der ganzen Menschheit Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit.[54]

Wilson verwendete House als seinen persönlichen Vertrauten, Ratgeber und Abgesandten und überging dabei seine eigenen ernannten und vom Kongreß durchleuchteten Beamten. Es war die gleiche Position, die Harry Hopkins etwa 20 Jahre später bei Roosevelt einnehmen sollte. Als der Krieg ausbrach, beschwor Wilson seine Landsleute, neutral zu bleiben – sogar mit Worten und Gedanken. Das war etwas unaufrichtig, wenn man bedenkt, daß seine ganze Regierung, mit Ausnahme des armen bedrängten Außenministers William Jennings Bryan, von Anfang an für die Alliierten war. Der Präsident und die meisten seiner Ressortchefs waren anglophil bis ins Mark. Liebe zu England und allem Englischen war ein unabdingbarer Bestandteil ihres Selbstgefühls. Angesichts eines bedrohten Englands äußerte sogar der Höchste Richter des Obersten Gerichtshofs der USA, Edward D. White, das Verlangen, nach Kanada zu gehen, um sich bei der britischen Armee als Freiwilliger zu melden. Im September 1914 konnte der britische Botschafter in Washington, Cecil Spring-Rice Edward Grey versichern, daß Wilson »*ein verständnisvolles Herz*« für Englands Probleme und seine schwierige Lage habe.[55]

Diese eingefleischte Voreingenommenheit der amerikanischen herrschenden Schicht wurde durch die britische Propaganda bestärkt. Am 5. August 1914 kappte die britische Marine die Kabelverbindungen zwischen den USA und Deutschland. Jetzt mußten die Nachrichten für die USA über London geschleust werden, wo die Zensoren Berichte zugunsten ihrer Regierung formen und ausrichten konnten. Schließlich wurde der britische Propaganda-Apparat im Ersten Weltkrieg der größte, den die Welt bis dahin erlebt hatte. Später war er ein Muster für den NS-Propagandaminister Josef Goebbels. Philip Knightley bemerkte:

> *»Die britischen Versuche, die Vereinigten Staaten auf Seiten der Alliierten in den Krieg zu bekommen, durchdrangen jede Phase des amerikanischen Lebens.* […] *Es war einer der größten Propaganda-Kampagnen der Geschichte, und sie wurde so gut und so geheim durchgeführt, daß bis zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs wenig davon herauskam, und die ganze Geschichte muß erst noch erzählt werden.«*

Bereits in den ersten Kriegswochen verbreiteten sich Geschichten über die gräßlichen „Greueltaten", die von den Deutschen in Belgien verübt worden seien.[56] In den Augen der amerikanischen Parteigänger für Englands Sache sollten sich aber zur See die abscheulichsten Züge der „Hunnen" zeigen.



Französisches Propaganda-Plakat: Die deutsche Krake auf dem Weg zur Unterwerfung Europas

Amerika tritt in den Krieg ein

Mit Ausbruch des Krieges in Europa begannen im Nordatlantik Feindseligkeiten, die schließlich den Grund – oder besser den Vorwand – für Amerikas Teilnahme lieferten. Fragen in bezug auf die Rechte der neutralen und der kriegführenden Mächte traten sofort in den Vordergrund.

1909 hatte eine internationale Konferenz die Erklärung von London ausgearbeitet, eine Erklärung, wie internationales Recht auf die Seekriegführung anzuwenden sei. Da sie nicht von allen Unterzeichnerstaaten ratifiziert wurde, trat die Erklärung nie in Kraft. Als

jedoch der Krieg begonnen hatte, erkundigten sich die Vereinigten Staaten, ob die Kriegführenden gewillt waren, diese Bestimmungen einzuhalten. Die Mittelmächte bejahten, sofern auch die Entente dies tun würde. Die Briten bejahten mit gewissen „Modifikationen“, die im Endeffekt die Erklärung aufhoben.[57] Die britischen „Modifikationen“ beinhalteten, daß eine Vielzahl vorher „freier“ Waren auf die „bedingte“ Konterbanden-Liste kamen, und der Status grundlegender Rohstoffe – Lebensmittel als deren wichtigstes – in absolute Konterbande geändert wurde – angeblich, weil sie von der deutschen Armee genutzt werden konnten.

Die traditionelle Auffassung des internationalen Rechts wurde in bezug auf diesen Punkt anderthalb Jahrzehnte vorher durch den britischen Premierminister, Lord Salisbury dargelegt:[58]

> *»Nahrungsmittel mit einem feindlichen Zielort können nur dann als Kriegskonterbande angesehen werden, wenn sie Nachschub für die feindlichen Streitkräfte darstellen. Es reicht nicht aus, daß sie möglicherweise dazu benutzt werden. Es muß bewiesen werden, daß dies tatsächlich zum Zeitpunkt ihrer Beschlagnahme ihre Bestimmung war.«*

Das war auch die Position der US-Regierung im Lauf der Geschichte. Aber 1914 beanspruchten die Briten das Recht, Nahrungsmittel wie auch andere vorher nur bedingte Konterbande zu beschlagnahmen, nicht nur, wenn sie für feindliche Häfen bestimmt war, sondern sogar für neutrale Häfen – der Vorwand war, sie würden letztlich Deutschland und damit die deutsche Armee erreichen. In Wirklichkeit war das Ziel, wie Churchill, Erster Lord der Admiralität, offen zugab, *»die ganze Bevölkerung – Männer, Frauen und Kinder, alt und jung, Verwundete und Gesunde – durch Aushungern zur Unterwerfung zu bringen.«*[59]

England übernahm nun *»mit einem glatten Bruch des internationalen Rechts* […] *praktisch die gesamte Kontrolle über den ganzen neutralen Handel.«*[60] Ein scharfer Protest wurde von den Anwälten des US-Außenministeriums entworfen, aber nie abgeschickt. Statt dessen konferierten Oberst House und der britische Botschafter Spring-Rice und kamen auf eine Alternative. Die Vereinigten Staaten baten London, seine Politik nochmals zu überdenken, wiesen aber von sich, daß die neue Note auch nur einen „formalen Protest“ darstelle. Die Briten erklärten ihr Wertschätzung für das Verständnis der Amerikaner und beschlossen stillschweigend, ihre Übertretungen fortzusetzen.[61] Im November 1914 verkündete die britische Admiralität, vermutlich als Reaktion auf die Entdekkung, daß ein deutsches Schiff Minen vor der englischen Küste legte, daß künftig die gesamte Nordsee „Militärgebiet“ oder Kriegszone sei, die vermint würde und in die neutrale Schiffe *»auf eigenes Risiko«* einfuhren. Die britische Handlungsweise war ein eklatanter Verstoß gegen internationales Recht – einschließlich der Erklärung von Paris von 1856, die England unterzeichnet hatte – unter anderem, weil sie offensichtlich keine der Kriterien einer legalen Blockade erfüllte.[62]

Die britischen Schachzüge bedeuteten, daß der amerikanische Handel mit Deutschland de facto beendet wurde, da die Vereinigten Staaten die Rüstungskammer der Entente wurden. Viele der großen amerikanischen Unternehmen waren nun nicht nur gefühlsmäßig, sondern auch finanziell mit England verbunden und arbeiteten nun auf die eine oder andere Weise für die alliierte Sache. Das Morgan-Haus, das sich selbst als Nachschub-Koordinator für England anbot, beriet sich bezüglich seiner finanziellen Operationen für die Entente regelmäßig mit Wilsons Regierung. Das *Wall Street Journal* und andere Wirtschaftszeitungen waren bei jeder Gelegenheit lautstark pro-britisch, bis sich die USA schließlich in das europäische Getümmel stürzten.[63] Die USA lehnten es ab, sich dem Protest der skandinavischen Neutralen gegen die Schließung der Nordsee anzuschließen und sandte auch keinen eigenen Protest.[64]

Französisches Plakat mit einer Auflistung der von der deutschen Kriegsmarine (angeblich) versenkten Rotkreuzschiffe.

Als jedoch im Februar 1915 Deutschland die Gewässer um die britischen Inseln zum Kriegsgebiet erklärte, in dem feindliche Handelsschiffe riskierten, zerstört zu werden, wurde Berlin mitgeteilt, daß Deutschland zu *»strenger Verantwortung«* gezogen würde, sofern irgendein amerikanisches Schiff oder amerikanisches Leben durch eine U-Boot-Aktion verloren ginge.

Im März 1915 wurde ein englisches Dampfschiff, *Falaba*, das Munition und Passagiere transportierte, torpediert, was u.a. den Tod eines Amerikaners mit sich führte. Die folgende Note an Berlin verschanzte sich hinter Wilsons widersinniger Doktrin, daß die USA das Recht und die Pflicht hätten, Amerikaner zu beschützen, die auf einem Schiff unter Kriegsflagge fuhren. John Bassett Moore, der über dreißig Jahre lang Professor für internationales Recht an der Columbia-Universität und langjähriges Mitglied des Haager Tribunals sowie nach dem Krieg ein Richter am Internationalen Gerichtshof war, stellte später hierzu und zu ähnlich absurden Wilsonschen Prinzipien fest:[65]

> *»Was am entscheidendsten zu der Verwicklung der Vereinigten Staaten in den Krieg beitrug, war die Beanspruchung eines Rechts, kriegführende Schiffe zu beschützen, die Amerikaner als zum Reisen geeignet ansahen, und die Behandlung bewaffneter kriegführender Handelsleute als*



Kumpel: Der Teufel und der Kaiser *(US Dia-Serie)*

»Die Zeiten sind hart, Eure Majestät – Sie lassen uns nichts übrig«

»Ich habe wirklich angefangen, Dich zu bewundern, mein Freund, als Du dieses Lusitania-Ding abgezogen hast. Als Du das tatest, sagte ich mir: „Das ist ein mann ganz nach meinem Geschmack!"«

friedliche Fahrzeuge. Beide Annahmen widersprachen sowohl der Vernunft wie auch dem etablierten Recht, und niemand sonst, der sich als neutral bekannte, brachte derlei vor.«

Wilson hatte Amerika auf einen direkten Kollisionskurs mit Deutschland gebracht.

Am 7. Mai 1915 erfolgte der berühmteste Zwischenfall im Nordatlantik. Das britische Linienschiff *Lusitania* wurde versenkt, und 1195 Menschen kamen ums Leben, darunter 124 Amerikaner (das war die weitaus größte Zahl amerikanischer Opfer durch deutsche U-Boote vor Amerikas Kriegseintritt).[66] Es gab einen Aufschrei bei der Ostküsten-Presse und bei der gesamten amerikanischen Polit-Hierarchie.

Wilson war aschfahl. Eine Note wurde nach Berlin abgefeuert, die das Prinzip der »*strengen Verantwortlichkeit*« wiederholte und unheilverkündend schloß, daß Deutschland[67]

»nicht erwarten wird, daß die Regierung der Vereinigten Staaten mit Worten und Taten irgend etwas unterläßt, was die Durchführung ihrer heiligen Pflicht gebietet, um die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu bewahren und ihren Genuß und ihre freie Ausübung sicherzustellen.«

Zu dieser Zeit brachten die Engländer den *Bryce-Bericht* über die belgischen Greuel heraus. Der Bericht war ein rohes Produkt der Entente-Propaganda, profitierte jedoch vom Namen des angesehenen englischen Schriftstellers und unterstrich die wahre Natur der unsagbaren Hunnen.[68] Überall waren die Anglophilen empört. Das Establishment der Republikanischen Partei erhöhte den Druck auf Wilson und forderten eine schärfere Gangart. Die große Mehrheit der Amerikaner, die inständig einen Krieg vermeiden wollten, hatte in keiner der Hauptparteien einen Fürsprecher. Amerika war dabei, die Früchte der de facto „Außenpolitik über alle Parteien hinweg" zu ernten.

In ihrer Antwort auf die Note des Außenministeriums bemerkten die Deutschen, daß die U-Boot-Kriegführung eine Vergeltungsmaßnahme für die illegale Hungerblockade war, daß die *Lusitania* Kriegsmunition mitführte, daß sie als Hilfskreuzer der britischen Marine registriert war, daß britische Handelsschiffe angewiesen waren, auftauchende U-Boote zu rammen oder auf sie zu feuern – all das war richtig – und daß die Lusitania bewaffnet gewesen war – was zweifelhaft war.[69]

Wilsons Außenminister versuchte, ihm zuzureden:

»Deutschland hat ein Recht zu verhindern, daß Konterbande an die Alliierten geht, und Schiffe, die Konterbande führen, sollten nicht darauf vertrauen, daß mitfahrende Passagiere sie vor einem Angriff schützen – das wäre, als ob man Frauen und Kinder vor den Soldaten in Stellung brächte.«

William Jennings Bryan erinnerte den Präsidenten daran, daß ein amerikanischer Kompromißvorschlag, dem zufolge England Nahrungsmittel nach Deutschland hereinlassen, während Deutschland die U-Boot-Angriffe auf Handelsschiffe aufgeben sollte, von Deutschland begrüßt worden war, während England ihn zurückgewiesen hatte. Schließlich sprudelte Bryan heraus:[70]

»Warum sollte man schockiert sein, wenn ein paar Leute ertrinken, wenn es keinen Einwand geben darf, eine ganze Nation auszuhungern?«

Im Juni, als er davon überzeugt war, daß die Regierung auf einen Krieg hinsteuerte, trat Bryan zurück.

Die britische Blockade forderte einen hohen Zoll, und im Februar 1916 verkündete Deutschland, daß feindliche Handelsschiffe – außer Passagierlinienschiffe – als Hilfskreuzer behandelt würden, die ohne Warnung angegriffen werden konnten. Das US-Außenministerium konterte mit der Erklärung, daß bewaffnete Handelsschiffe kriegführender Staaten die volle Unangreifbarkeit friedlicher Schiffe genössen, solange »*zwingende Beweise eines aggressiven Zweckes*« im Einzelfall fehlten.[71] Wilson wies Aufrufe des Kongresses zurück, die Amerikaner wenigstens zu warnen, daß derjenige, der mit bewaffneten Handelsschiffen reise, selbst das Risiko trage. Während des mexikanischen Bürgerkriegs hatte er die Amerikaner gewarnt, nicht nach Mexiko zu reisen.[72] Aber jetzt wies Wilson dies unerbittlich zurück.

Noch einmal richtete sich die Aufmerksamkeit auf den Seekrieg, als ein französisches Passagierschiff, die Sussex, die keine Flagge oder Erkennungszeichen führte, durch ein U-Boot versenkt und mehrere Amerikaner verletzt wurden. Eine barsche amerikanische Note erwirkte von der deutschen Regierung, die sehr darauf bedacht war, einen Bruch zu vermeiden, das sogenannte Sussex-Versprechen: Deutschland würde nicht mehr ohne Warnung feindliche Handelsschiffe in der Kriegszone angreifen. Dies wurde jedoch ausdrücklich von der Annahme abhängig gemacht, daß »*die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt fordern und darauf bestehen werde, daß die britische Regierung künftig die Bestimmungen des internationalen Rechts einhält.*« Washington ließ seinerseits die Deutschen kurz und bündig wissen, daß ihre eigene Verantwortlichkeit »*absolut*«, und in keiner Weise von der Handlungsweise anderer Mächte abhängig sei.[73]

Wie Borchard und Lage kommentierten:[74]

»Die durchgängige Weigerung von Präsident Wilson, einen Zusammenhang zwischen den britischen Regelverletzungen und der deutschen U-Boot-Kriegführung zu sehen, ist wahrscheinlich der Kernpunkt der amerikanischen Einmischung. Die eingenommene Position ist offensichtlich unhaltbar, denn es ist die Pflicht eines Neutralen, keinen doppelten Maßstab anzuwenden und keine Seite zu bevorzugen.«

In Wirklichkeit war die amerikanische Regierung alles andere als neutral. Der Ausdruck „Anglophile" ist nicht stark genug, um unseren Botschafter in London, Walter Hines Page, zu charakterisieren, der mit seinem erbärmlichen Eifer, seinen Gastgebern zu gefallen, alle Merkmale eines richtigen englischen Spaniels an den Tag legte. Später schrieb Edward Grey über Page:

»Von Anfang an zog er in Betracht, daß die Vereinigten Staaten früh auf Seiten der Alliierten in den Krieg gebracht werden könnten, wenn ihnen die Sache richtig beigebracht würde und der Präsident einen eindrucksvollen Aufruf erließ. […] *Pages Ratschläge und Anregungen waren von größtem Wert, denn er warnte uns, wo wir vorsichtig sein sollten, oder ermunterte uns, wo wir ohne Gefahr hart bleiben konnten.«*

Grey erinnerte besonders an einen Vorfall, als Washington der britischen Marine das Recht abstritt, amerikanische Schiffsladungen nach neutralen Häfen anzuhalten. Page kam mit der Botschaft zu ihm.:

»„Ich wurde angewiesen," sagte er, „Ihnen folgende Depesche vorzulesen". Er las vor, und ich hörte zu. Dann fügte er hinzu: „Ich habe jetzt die Botschaft verlesen, aber ich stimme ihr nicht zu. Überlegen wir, wie wir sie beantworten sollten.«

Grey sah Pages Verhalten natürlich als »*die höchste Form von Patriotismus*« an.[75]

Pages Haltung war natürlich bei seinen Vorgesetzten in Washington nicht fehl am Platz. Robert Lansing, Bryans Nachfolger als Außenminister, beschrieb in seinen Memoiren, wie England nach dem *Lusitania*-Zwischenfall »*seine Politik, die Blockade fester zu zurren und jeden nur möglichen Kanal zu schließen, durch den Waren ihren Weg nach Deutschland finden konnten*«, fortsetzte und dabei sogar noch krassere Verstöße gegen die Rechte der Neutralen beging. Wenn die Briten Noten des US-Außenministeriums beantworteten, die diese Politik in Frage stellten, machten sie nie das geringste Zugeständnis. Sie wußten, daß das nicht nötig war. Denn, wie Lansing zugab:

»Wenn ich mit der britischen Regierung verhandelte, war ich immer überzeugt, daß wir letztendlich ein Verbündeter Großbritanniens würden und daß es daher nicht anging, unsere Auseinandersetzungen einen Punkt erreichen zu lassen, wo die diplomatische Korrespondenz durch Maßnahmen ersetzt würde.«

Wenn sich die USA erst einmal den Engländern angeschlossen hätten, »*würden wir wahrscheinlich gerne einige der Strategien und Handlungsweisen übernehmen, die die Briten bereits übten*«, weil dann auch die Amerikaner danach streben würden, »*die Moral des deutschen Volkes durch eine wirtschaftliche Isolierung zu zerstören, durch die ihnen alles Lebensnotwendige abgehen würde.*« Mit verblüffender Offenheit enthüllte Lansing, daß der jahrelange Notenaustausch mit England eine Heuchelei war:[76]

»Alles wurde in einen Schwall von Worten eingehüllt. Das erfolgte mit voller Absicht. Es sicherte die Fortdauer der Kontroversen und ließ die Fragen ungelöst. Das war notwendig, damit dieses Land frei handeln und sogar gesetzwidrig handeln konnte, wenn es in den Krieg eintrat.«

Auch Oberst House war deutlich unneutral. Er handelte gegen eine jede frühere amerikanische Praktik wie auch gegen internationales Recht und behauptete, daß die Natur der ausländischen Regierung dafür entscheidend sein sollte, welche Kriegführenden die „neutralen" Vereinigten Staaten bevorzugen sollten. Als sich der österreichische Botschafter bei House über den britischen Versuch beklagte, die Völker Mitteleuropas auszuhungern, »*Deutschland sieht sich vor einer Hungersnot, wenn der Krieg fortdauert*«, berichtete House Wilson selbstgefällig über die Unterredung:[77]

»Er vergaß hinzuzufügen, daß man keine Einwendungen gegen Englands Machtausübung machen kann, weil es demokratisch kontrolliert wird.«

In ihrem Präsidenten fanden Page, Lansing und House einen Mann, dessen Herz wie das ihre schlug. Wilson vertraute seinem Privatsekretär seine tiefe Überzeugung an:[78]

»England kämpft unseren Kampf, und Sie werden sicher verstehen, daß ich bei der gegenwärtigen Weltlage ihm keine Hindernisse in den Weg legen werde. […] *Ich werde nichts tun, um England in Schwierigkeiten zu bringen, wenn es um sein Leben und das Leben der Welt kämpft.«*

In der Zwischenzeit hatte Oberst House einen guten Zweck für den bevorstehenden amerikanischen Kriegseintritt gefunden: um die Demokratie zu fördern und »*die Welt auf den richtigen Weg zu bringen.*« Der Autor von *Philip Dru: Administrator* enthüllte seine Vision dem Präsidenten, der »*wußte, daß Gott ihn dazu ausersehen hatte, große Dinge zu tun.*«[79] Die Feuerprobe würde hart sein, aber »*egal, welche Opfer wir bringen, das Ziel wird sie rechtfertigen.*« Nach diesem Endkampf gegen die Kräfte der Reaktion würden die Vereinigten



W. Wilson (links) im offenen Wagen am Ende seiner zweiten Präsidentschaft am 4. März 1921

Staaten sich mit anderen Demokratien zusammentun, um den Frieden der Welt und die Freiheit zu Land und zu Meer für immer zu bewahren.

Wilson gegenüber äußerte sich House verführerisch:[80]

> *»Ich glaube, das ist die Rolle, für die Sie bei dieser Welttragödie vorgesehen sind, und es ist die edelste Rolle, die jemals einem Menschenkind zukam. Dieses Land wird Ihnen auf einem solchen Weg folgen, ungeachtet was es kosten wird.«*

Die Deutschen hungerten – wie es die britischen Führer geplant und gehofft hatten. 1916 *»überlebten sie mit einer mageren Ration Schwarzbrot, Wurstscheiben ohne Fett, pro Person drei Pfund Kartoffel pro Woche und Kohlrüben*«, und dann gab es eine Kartoffel-Mißernte. Ein deutscher Schriftsteller formulierte es so:[81]

> *»Bald sprachen die Frauen, die bleich vor den Läden Schlange standen, mehr über den Hunger ihrer Kinder als über den Tod ihrer Ehemänner.«*

Am 13. Januar 1917 kündigte Deutschland an, daß es am nächsten Tag den unbeschränkten U-Boot-Krieg einführen werde. Wilson war erstaunt, aber es ist kaum einsichtig, warum. Denn die Deutschen hatten jahrelang damit gedroht, falls der illegalen britischen Blockade kein Ende gesetzt werde. Die USA brachen die Beziehungen mit Berlin ab. Der Präsident entschied, daß amerikanische Handelsschiffe bewaffnet und von amerikanischen Seeleuten verteidigt werden sollten, und stellte so Munition und andere Konterbande, die nach England verschifft wurde, unter den Schutz der US-Marine. Als Robert Lafollette und zehn andere US-Senatoren sich gegen das Gesetz wandten, das hierzu ermächtigen sollte, beschuldigte Wilson sie:

> *»Eine kleine Gruppe böswilliger Leute, die niemanden sonst als sich selbst repräsentieren, haben die große Regierung der Vereinigten Staaten hilflos und verächtlich gemacht.«*

Wilson zögerte aber, etwas zu unternehmen, denn es war ihm durchaus bewußt, daß die widersprechenden Senatoren weit mehr als nur sich selbst repräsentierten.

Es gab bekümmernde Berichte – aus Sicht der Kriegspartei in Washington – wie der von William Durant, dem Chef von General Motors. Durant rief Oberst House an und ersuchte ihn, die Kriegshetze einzustellen. Er war gerade aus dem Westen zurückgekommen und hatte zwischen New York und Kalifornien nur eine Person getroffen, die den Krieg wollte.[82]

Aber die Meinung begann umzuschlagen und gab Wilson die Chance, die er brauchte. Ein Telegramm, das Alfred Zimmermann vom deutschen Auswärtigen Amt an die mexikanische Regierung geschickt hatte, war vom britischen Nachrichtendienst aufgefangen und an Washington weitergegeben worden. Zimmermann schlug eine Militärallianz mit Mexiko vor, *falls* der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ausbräche. Mexiko wurde der amerikanische Südwesten versprochen, einschließlich Texas. Das Telegramm wurde an die Presse gegeben. Jetzt, wo ihm zum ersten Mal von der allgemeinen Stimmung der Rücken gestärkt wurde, befahl Wilson die Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe. Mitte März wurde eine Reihe Frachter versenkt, nachdem sie in die erklärte U-Boot-Zone eingefahren waren, und der Präsident berief für den 2. April den Kongreß zu einer Sondersitzung ein.

Anhand seiner Kriegsrede könnte man Woodrow Wilson als einen Anti-Washington ansehen. George Washington gab in seiner Abschiedsrede den Rat, daß *»die Hauptverhaltensregel für uns in bezug auf andere Nationen ist, unsere Handelsbeziehungen auszuweiten, um mit ihnen so wenig wie möglich* politische *Beziehungen zu haben.*« (Hervorhebung im Original) Wilson war auch der Antipode eines John Quincy Adams. Adams, der Verfasser der Monroe-Doktrin, erklärte, daß die Vereinigten Staaten von Amerika *»nicht ins Ausland gehen, um dort Unholde zu vernichten.*« Wilson schrieb diese ganze Tradition ab und brachte die Vision eines Amerika auf, das in zahllose politische Verbindungen mit fremden Mächten verstrickt war und ständig auf der Lauer lag, um Unholde zu vernichten. Als Amerika in den Krieg eintrat, war sein Ziel,[83]

> *»für den letzten Frieden der Welt und für die Befreiung seiner Völker – einschließlich des deutschen Volkes – zu kämpfen: für das Recht der Nationen, seien sie groß oder klein, und das Vorrecht der Menschen, überall ihre eigene Lebensführung und Regierung zu wählen. Die Welt muß reif für die Demokratie gemacht werden.* [Amerika kämpfe] *für eine universelle Herrschaft des Rechts durch ein derartiges Zusammenspiel freier Völker, das allen Nationen Frieden und Sicherheit bescheren und die Welt endlich frei machen soll.«*

Wilson wurde im Kongreß vom Führer der Demokraten, Claude Kirchin, und im Senat von Robert LaFollette Kontra gegeben, aber es half nichts.[84] Im Kongreß herrschte beinahe Hysterie, als beide Kammern die Kriegserklärung mit großer Mehrheit billigten. Die Politiker und ihre Genossen an den Universitäten, auf den Kanzeln und die Presse begrüßten eifrig den Sprung in den Weltkrieg und die Aufgabe des bisherigen Amerika. Was die Bevölkerung im allgemeinen betraf, so fügte sie sich, wie ein Historiker bemerkte, aufgrund der allgemeinen Langeweile am Frieden, der Gewohnheit, ihren Führern zu gehorchen, und einer sehr unrealistischen Vorstellung über die Folgen davon, daß Amerika die Waffen aufnahm.[85]

Dreimal bezog sich Wilson in seiner Kriegsbotschaft auf die Notwendigkeit, daß ohne Leidenschaft und Rachsucht gekämpft werden müsse – das glich eher der Vorstellung, die ein Professor vom Kriegführen hat. Die Wirklichkeit sollte für Amerika ganz anders werden.

(Fortsetzung folgt)

Anmerkungen

Ralph Raico ist Professor für Geschichte am Buffalo State College und ehemaliger Absolvent des Ludwig von Mises Institute. Entnommen dem Buch von John V. Denson (Hg.), *The Costs of War: America's Pyrrhic Victories*, 2. Auflage, Transaction Publishers, New Brunswick/London 1999, S. 203-247, hier S. 203-230.

Bildquelle, falls nicht gesondert vermerkt: Library of Congress, Washington, http://memory.loc.gov/ammem/odmdhtml/preshome.html (W. Wilson) und http://lcweb2.loc.gov/pp/wwiposquery.html (Poster).

1. Alan Sharp, *The Versailles Settlement: Peacemaking in Paris, 1919*, St. Martin's Press, New York 1991, S. 87. Der alliierte Brief (Covering Letter) vom 16. Juni 1919 fügte die Anklage ein, die Deutschland beschuldigte, absichtlich den Großen Krieg entfesselt zu haben, um Europa zu unterwerfen, »*das größte Verbrechen*«, das je von einer angeblich zivilisierten Nation verübt worden sei. Karl Dietrich Erdmann, »*War Guilt 1914 Reconsidered: A Balance of New Research*«, in H.W. Koch (Hg.), *The Origins of the First World War: Great Power Rivalries and German War Aims,* 2. Aufl., Macmillan, London 1984, S. 342.
2. Sidney B. Fay, *The Origins of the World War,* 2 Bd., Free Press, London [1928] 1966.
3. Joachim Remak, *The Origins of World War 1, 1871-1914*, 2. Aufl., Harcourt, Brace, Fort Worth, TX,1995, S. 131.
4. Siehe Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht – Germany's Aims in the First World War*, W. W. Norton, New York [1961] 1967; ders.., *War of*

Illusions: German Policies from 1911 to 1914, übers. von Marian Jackson, W. W. Norton, New York [1969]1975; Imanuel Geiss, *July 1914: The Outbreak of the First World War, Selected Documents*, Charles Scribner's, New York [1963-64]1967); und ders., *German Foreign Policy, 1871-1914*, Routledge and Kegan Paul, London 1975. Das Werk von John *W.* Langdon, *July 1914: The Long Debate, 1918-1990*, Berg, New York 1991, ist eine nützliche und informative historiographische Übersicht aus Sicht eines Fischer-Anhängers.

[5] H.W. Koch, »*Introduction*« in ders., *Origins*, aaO. (Anm. 1), S. 11.

[6] Holger H. Herwig und Neil M. Heyman, (Hg.), *Biographical Dictionary of World War I*, Greenwood Press, Westport, Conn., 1982, S. 10.

[7] Fritz Stern, »*Bethmann Hollweg and the War: The Limits of Responsibility*«, in Leonard Krieger und Fritz Stern, (Hg.), *The Responsibility of Power: Historical Essays in Honor of Hajo Holborn*, Doubleday, Garden City, N.Y. 1967, S. 254. Vgl. H.W. Koch, »*Introduction*«, aaO. (Anm. 5), S. 9:Fischer »*ignoriert die Grundbereitschaft der anderen europäischen Mächte, in den Krieg einzutreten, aber auch ihre exzessiven Kriegsziele, die jegliche Form eines Verhandlungsfriedens unmöglich machten. Es fehlt der vergleichende Maßstab und die Methode.*« Auch Laurence D. Lafore, *The Long Fuse: An Interpretation of the Origins of World War* I, 2. Aufl., Waveland Press, Prospect Heights, Ill., 1971, S. 22:

»Fischers Vorgehensweise ist bezüglich der deutschen Seite der Dinge sehr enggehalten, und eine weitere Übersicht zeigt deutlich, daß die Deutschen keineswegs als einziges Volk bereit waren, einen Krieg zu riskieren, und die ein expansionistisches Programm im Sinn hatten.«

[8] Die folgende Erörterung bezieht sich neben anderen Werken auf Luigi Albertini, *The Origins of the War of 1914,* Isabella M. Massey, 3 Bd., Greenwood, Westport, Conn., [1952-57]1980; L.C.F. Turner, *Origins of the First World War*, Norton, New York 1970; James Joll, *The Origins of the First World War,* 2. Aufl., Longman, London 1992; Remak, *Origins*, aaO. (Anm. 3) und Lafore, *The Long Fuse*, aaO. (Anm. 7).

[9] George F. Kennan, *The Fateful Alliance: France, Russia, and the Coming of the First World War*, Pantheon, New York 1984, S. 30.

[10] Ebenda, S. 247-52.

[11] Lafore, aaO. (Anm. 7), S. 134.

[12] Im Februar 1912 stellte Joffre, der Chef der französischen Armee fest: *»Alle Vorbereitungen für die englische Landung sind bis ins letzte Detail getroffen, so daß die Englische Armee an der ersten großen Schlacht teilnehmen kann!*«, Turner, *Origins*, aaO. (Anm. 8), S. 30f.

[13] Ebenda, S. 25.

[14] Albertini, *Origins*, aaO. (Anm. 8), 1, S. 486.

[15] Egmont Zechlin, »*July 1914: Reply to a Polemic*«, in H.W. Koch, *Origins*, aaO. (Anm. 1), S. 372.

[16] Norman Stone, *The Eastern Front, 1914-1917*, Charles Scribner's Sons, New York 1975, S. 18

[17] Charles Seymour (Hg.), *The Intimate Papers of Colonel House*, Houghton Mifflin, Boston 1926, 1, S. 249.

[18] Zu dieser Diskussion siehe vor allem Albertini, *Origins*, aaO. (Anm. 8), 2, S. 1-119; und Joachim Remak, *Sarajevo: The Story of a Political Murder*, Criterion, New York 1959, S. 43-78 und passim.

[19] Albertini, *Origins*, aaO. (Anm. 8), 1, S. 486

[20] Remak, *Sarajevo*, aaO. (Anm. 18), S. 50

[21] Albertini, *Origins*, aaO. (Anm. 8), 2, S. 17:

»Er wurde von den serbischen Nationalisten und den Südslawen, die ihre Inspiration von Belgrad bezogen, als ihr schlimmster Feind angesehen.«

[22] Ebenda, 2, S. 86

[23] Ebenda, 2, S. 47, Anm. 2. Ein jugoslawischer Historiker dieses Verbrechens, Vladimir Dedijer, sympathisierte auch sehr mit den Attentätern, die seiner Ansicht nach einen Akt des Tyrannenmordes begingen *»für das Gemeinwohl, auf der Grundlage der Lehren des Naturrechts*«. Siehe sein *The Road to Sarajevo*, Simon and Schuster, New York 1966, S. 446.

[24] Winston S. Churchill, *The World Crisis*, Charles Scribner's Sons, New York 1932, 6, S. 54.

[25] Konrad H. Jarausch, »*The Illusion of Limited War: Chancellor Bethmann Hollweg's Calculated Risk, July 1914*«, *Central European History* 2(1) (März 1969), S. 60f.; Turner, *Origins*, aaO. (Anm. 8), S. 98; auch Lafore, *The Long Fuse*, aaO. (Anm. 7), S. 217:

»Es wurde gehofft und erwartet, daß keine weitergehenden europäischen Komplikationen folgen würden, und falls doch, daß Deutschland für sie bereit war.«

[26] Remak, *Origins*, aaO. (Anm. 3), S. 135,

[27] L.C.R Turner, »*The Russian Mobilization in 1914*«, *Journal of Contemporary History*, 3(1) (Januar 1968), S. 75f.

[28] Fay, *Origins*, aaO. (Anm. 2), 2, S. 321, Anm. 98.

[29] Turner, »*Russian Mobilization*«, aaO. (Anm. 27), S. 82.

[30] Albertini, *Origins*, aaO. (Anm. 8), 2, S. 587ff., 3, S. 80-85; Turner, *Origins*, aaO. (Anm. 8), S. 41.

[31] Turner beschreibt dies in »*Russian Mobilization*«, aaO. (Anm. 27), S. 85f., als »*vielleicht wichtigste Entscheidung, die in der Geschichte des zaristischen Rußland getroffen wurde.*«

[32] Joll, *Origins*, aaO. (Anm. 8), S. 23, auch S. 125f.

[33] L.C.F. Turner, »*The Significance of the Schlieffen Plan*«, in Paul M. Kennedy (Hg.), *The War Plans of the Great Powers, 1880-1914*, George Allen and Unwin, London 1979, S. 199-221.

[34] S.L.A. Marshall, *World War I*, Houghton Mifflin, Boston 1964, S. 39-42.

[35] Für eine einigermaßen überzeugende Zuordnung der »*nationalen Verantwortung*« findet sich bei Remak, *Origins*, aaO. (Anm. 3), S. 132-41.

[36] Zechlin, »*July 1914* «, aaO. (Anm. 15), S. 371-85. Geiss, z. B., in *German Foreign Policy*, aaO. (Anm. 4), S. 142-45, fehlinterpretiert völlig die Bedeutung des deutschen »*Kriegsrats*« vom 8. Dezember 1912, wenn er ihn als Beginn eines »*Planes*«, darstellt, der schließlich mit Deutschlands Kriegsentfesselung 1914 verwirklicht worden sei. Siehe Erwin Hölzle, *Die Entmachtung Europas: Das Experiment des Friedens vor und im Ersten Weltkrieg*, Musterschmidt, Göttingen 1975, S. 178-83; auch Koch, »*Introduction«*, aaO. (Anm. 5), S. 12f.; und Turner, *Origins*, aaO. (Anm. 8), S. 49. Siehe auch den wichtigen Artikel von Ulrich Trumpener, »*War Premeditated? German Intelligence Operations in July 1914*«, *Central European History* 9(1) (März 1976), S. 58-85. Trumpener stellt u.a. fest, daß es keinen Beweis für signifikante Änderungen in den schläfrigen Routinen des deutschen Generalstabs gab, nicht einmal nach Deutschlands Blanko-Scheck an Österreich, und daß die Handlungsweise der deutschen Militärführer bis zur letzten Juliwoche nahelegen, daß ein Krieg mit Rußland zwar in den Bereich des Möglichen gezogen wurde, aber »*nicht als recht wahrscheinlich*« angesehen wurde (Moltke wie auch der Chef des Militärnachrichtendienstes kehrten erst am 25. Juli aus dem Urlaub nach Berlin zurück)

[37] Karl Dietrich Erdmann, »*War Guilt 1914 Reconsidered*«, aaO. (Anm. 1), S. 369 (rückübersetzt).

[38] Langdon, *July 1914*, aaO. (Anm. 4), S. 181 (Hervorhebung im Original).

[39] Was Bethmann Hollweg tatsächlich dem britischen Botschafter sagte, war weniger schockierend (rückübersetzt):

»Kann diese Neutralität, die wir nur aus der Notwendigkeit verletzen, weil wir um unser Überleben kämpfen, [...] wirklich die Rechtfertigung für einen Weltkrieg abgeben? Reduziert sich die Bedeutung dieser Neutralität im Vergleich zum Unglück eines solchen Weltbrandes nicht auf einen Wisch Papier?«

Siehe Jarausch, »*The Illusion of Limited War*«, aaO. (Anm. 25), S. 71.

[40] Marshall, *World War I*, aO. (Anm. 34), S. 52.

[41] Jonathan Steinberg, »*The Copenhagen Complex«*, *Journal of Contemporary History*, 1(3) (Juli 1966).

[42] H.C. Peterson, *Propaganda for War. The Campaign against American Neutrality, 1914 – 1917*, University of Oklahoma Press, Norman 1939, S. 45f.

[43] Joll schreibt in *Origins*, aaO. (Anm. 8), S. 115, Greys Lüge vor der Öffentlichkeit und dem Parlament der britischen Demokratie zu, die »*Minister zwingt, ränkevoll und unaufrichtig zu sein*«. Joll fügt hinzu, daß Franklin Roosevelt von 1939-41 und Lyndon Johnson im Vietnam Krieg aktuellere Beispiele dafür darstellen. Ein demokratischer Führer, »*der selbst davon überzeugt ist, daß die Umstände einen Kriegseintritt erfordern, muß oft das, was er tut, vor denen verbergen, die ihn gewählt haben.*«

[44] John Morley, *Memorandum on Resignation*, Macmillan, New York 1928. In der Diskussion vor der schicksalhaften Entscheidung fragte Lord Morley das Kabinett:

»Haben Sie je darüber nachgedacht, was geschieht, wenn Rußland gewinnt?«

Er stellte fest, daß das zaristische Rußland »*als Vormacht in Europa aufsteigen werde*«. Lloyd George gab zu, nie darüber nachgedacht zu haben.

[45] Walter A. McDougall, *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World since 1776*, Houghton Mifflin, Boston/New York 1997, S. 126,128.

[46] Woodrow Wilson, *Congressional Government: A Study in American Politics*, Peter Smith, Gloucester, Mass. [1885]1973), S. 22f. Diese Äußerungen stammen von 1900. Wilson griff auch das verfassungsmäßige System von Kontrollen und Gleichgewicht an, weil es eine wirkungsvolle Regierung beeinträchtige, S. 186f.

[47] Arthur *S.* Link, *Woodrow Wilson and the Progressive Era, 1910-1917*, Harper and Brothers, New York 1954, S. 92-106.

[48] Sogar Link, ebenda, S. 106, stellt fest, daß die von Wilson und seinen

Kollegen geäußerten Prinzipien nur Lippenbekenntnisse waren, die sie nicht gewillt waren, einzuhalten.

[49] Entnommen *The Barnes Review* 6(2) (2000), S. 5.

[50] Ebenda, S. 122-28; and Michael C. Meyer and William L. Sherman, *The Course of Mexican History,* 5. Aufl., Oxford University Press, New York 1995, S. 531-34.

[51] Arthur S. Link (Hg.), *The Papers of Woodrow Wilson*, Princeton University Press, Princeton, N.J., 1979, 30, S. 184-86. Wilsons Talent für Selbsttäuschung war bereits offensichtlich. Er erklärte:

»Ich wundere mich manchmal, warum Männer auch jetzt diese Flagge nehmen und zur Schau stellen. Wenn ich geachtet werde, brauche ich keine Achtung zu fordern.«

Offensichtlich war der Tampico-Vorfall von vor zwei Monaten seinem Gedächtnis entschwunden.

[52] Seymour, *The Intimate Papers of Colonel House*, aaO. (Anm. 17), 1, S. 6, 114.

[53] Edward M. House, *Philip Dru: Administrator. A Story of Tomorrow, 1920-1935*, B.W. Huebsch, New York [1912] 1920.

[54] Ebenda, S. 93, 130, 150, 152 und passim.

[55] Charles Callan Tansill, *America Goes to War*, Peter Smith, Gloucester, Mass., [1938] 1963, S. 26ff. Vgl. den Kommentar von Peterson, *Propaganda for War*, aaO. (Anm. 42), S. 10:

»Die amerikanische Aristokratie war ausgesprochen anglophil.«

[56] Philip Knightley, *The First Casualty*, Harcourt Brace Jovanovich, New York 1975, S. 82, 120f; Peterson, *Propaganda for War*, aaO. (Anm. 42); John Morgan Read, *Atrocity Propaganda*, *1914-1919*, Yale University Press, New Haven, Conn,.1941; und der Klassiker von Arthur Ponsonby, *Falsehood in Wartime*, E.P. Dutton, New York 1928. Der getarnte Apologet für einen globalen Interventionismus, Robert H. Ferrell, fand in *American Diplomacy: A History,* 3. Aufl., W.W. Norton, New York 1975, S. 470f., nichts Kritikwürdiges an den geheimen Propaganda-Bemühungen, die Vereinigten Staaten in einen Weltkrieg zu verwickeln, das gehöre zur »*Kunst der friedlichen Überredung*«. Man fragt sich, was Ferrel wohl zu einer vergleichbaren Kampagne von NS-Deutschland oder der Sowjetunion gesagt hätte.

[57] Tansill, *America Goes to War*, aaO. (Anm. 55), S. 135-62.

[58] Ebenda, S. 148

[59] Zitiert in Peterson, *Propaganda for War*, aaO. (Anm. 42), S. 83. Wie Lord Devlin es formulierte, waren die Befehle der Admiralität

»klar genug. Alle Nahrungsmittel, die über neutrale Häfen nach Deutschland verschickt wurden, sollten aufgebracht werden, und bei allen Nahrungsmitteln für Rotterdam sollte angenommen werden, daß sie für Deutschland bestimmt seien. […] *Die Briten waren zu der Aushungerungspolitik entschlossen, gleichgültig, ob sie statthaft war oder nicht.«*

Patrick Devlin, *Too Proud to Fight: Woodrow Wilson's Neutrality*, Oxford University Press, New York 1975, S. 193, 195.

[60] Edwin Borchard und William Pooter Lage, *Neutrality for the United States*, Yale University Press, New Haven, Conn.,1937, S. 61.

[61] Ebenda, S. 62-72. Der US-Botschafter in London, Walter Hines Page, begann bereits, Farbe zu bekennen. Im Oktober sandte er ein Telegramm an das Außenministerium und kritisierte jegliche amerikanischen Proteste gegen britische Eingriffe in die Rechte Neutraler.

»Das ist kein Krieg in dem Sinn, wie wir bisher dieses Wort verwendet haben. Es ist ein gewaltiger Aufeinanderprall von Regierungssystemen, ein Kampf um die Auslöschung der englischen Zivilisation oder der preußischen Militärautokratie. Präzedenzfälle sind auf dem Müllhaufen gelandet.«

[62] Siehe Ralph Raico, »*The Politics of Hunger*: A Review«, in *Review of Austrian Economics* 3 (1989), S. 254, und die zitierten Quellen.

[63] Tansill, *America Goes to War*, aaO. (Anm. 55), S. 132, 83:

»Das Wall Street Journal sorgte sich nie um eine Politik der „redaktionellen Neutralität", und als der Krieg fortschritt, ließ es keine Gelegenheit aus, die Mittelmächte mit den maßlosesten Ausdrücken zu verdammen.«

[64] Ebenda, S. 177f.

[65] Peterson, *Propaganda for War*, aaO. (Anm. 42), S. 112. Vgl. Borchard und Lage, *Neutrality*, aaO. (Anm. 60), S. 136:

»Es gab keine Präzedenz oder rechtmäßige Befugnis für einen Neutralen, ein ***kriegführendes*** *Schiff vor einem Angriff seines Feindes zu beschützen, weil es zufällig amerikanische Bürger an Bord hatte. Daß alle an Bord ausschließlich der Jurisdiktion des Landes unterworfen sind, unter dessen Flagge ein Schiff fährt, ist eine unstrittige Gesetzesregel.«* (Hervorhebung im Original)

[66] Bezüglich der möglichen Verwicklung von Winston Churchill, dem Ersten Lord der Admiralität, in die Entstehung des Unglücks siehe »*Winston Churchill – eine Neubewertung*«, *VffG* 5(2) (2001), S. 188-195 und *VffG* 5(3) (2001), S. 293-305.

[67] Thomas G. Paterson (Hg.), *Major Problems in American Foreign Policy: Documents and Essays*, Bd. 2, seit 1914, 2. Aufl., D.C. Heath, Lexington, Mass., 1978, S. 30ff.

[68] Bezüglich des Schwindels mit dem Bryce Report siehe Read, *Atrocity Propaganda*, aaO. (Anm. 56), S. 2018; Peterson, *Propaganda for War*, aaO. (Anm. 42), S. 51-70; and Knightley, *The First Casualty*, aaO. (Anm. 56), S. 83-84,107.

[69] Tansill, *America Goes to War*, aaO. (Anm. 55), S. 323. Der deutsche Kapitän des U-Boots, das die Lusitania versenkt hatte, erklärte später, daß britische Kapitäne von Handelsschiffen bereits für das Rammen oder den Versuch, U-Boote zu rammen, ausgezeichnet worden waren oder Prämien erhalten hatten. Siehe auch Peterson, *Propaganda for War*, aaO. (Anm. 42), S. 114.

[70] William Jennings Bryan and Mary Baird Bryan, *The Memoirs of William Jennings Bryan*, John C. Winston, Philadelphia 1925, S. 397ff.; Tansill, *America Goes to War*, aaO. (Anm. 55), S. 258f.

[71] Borchard and Lage, *Neutrality*, aaO. (Anm. 60), S. 122-24. John Bassett Moore war beißend in seiner Kritik von Wilsons neuer Doktrin, derzufolge bewaffnete Handelsschiffe alle Rechte von unbewaffneten haben sollten. Moore zitierte Präzedenzfälle, die bis auf John Marschall zurückgingen und stellte fest:

»Mit dem tatsächlich eingenommenen Standpunkt waren die Vereinigten Staaten darauf bedacht, eine kriegführende Position aufrechtzuerhalten, während sie beteuerten, neutral zu sein.«

Alex Mathews Arnett, *Claude Kitchin and the Wilson War Policies*, Russell and Russell, New York [1937] 1971), S. 157f.

[72] Tatsächlich hatte Wilson während des Mexiko-Konflikts geradeheraus die Verschiffung von Waffen nach Mexiko verboten. Noch im August 1913 erklärte er:

»Ich werde in dieser Neutralitäts-Sache dem besten Beispiel der Nationen folgen und den Export jeglicher Art von Kriegswaffen oder Munition aus den Vereinigten Staaten in irgendeinen Teil der Republik Mexiko verbieten.«

Tansill, *America Goes to War*, aaO. (Anm. 55), S. 64.

[73] Ebenda, S. 511-15.

[74] Borchard and Lage, *Neutrality*, aaO. (Anm. 60), S. 168.

[75] Edward Grey, Viscount Grey of Fallodon, *Twenty-Five Years: 1892-1916*, Frederick A. Stokes, New York 1925, S. 101f, 108-11.

[76] Robert Lansing, *War Memoirs*, Bobbs-Merrill, Indianapolis, Ind., 1935, S. 127f.

[77] Seymour, *The Intimate Papers of Colonel House*, aaO. (Anm. 17), 1, S. 323.

[78] Joseph P. Tumulty, *Woodrow Wilson as I Know Him*, Doubleday, Page, New York 1921, S. 231. In den 20er und 30er Jahren wurden Beweise wie diese veröffentlicht, daß die US-Führer mit ihren Neutralitätsbekundungen schamlos gelogen haben. Das erklärt die Leidenschaft der Anti-Kriegsbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg weit besser als die imaginären „Nazi-Sympathien" oder „Antisemitismus", die heutzutage von dümmlichen interventionistischen Schreibern bemüht werden. Sie helfen auch erklären, daß von Zeit zu Zeit immer wieder enthüllende Werke mit „populärem" Revisionismus erscheinen, deren Verfasser über die Tatsachen, die sie entdeckt haben, erbost sind, wie etwa C. Hartley Grattan, *Why We Fought*, BobbsMerrill, Indianapolis, Ind., [1929] 1969); Walter Millis, *Road to War: America 1914-1917*, Houghton Mifflin, Boston 1935; und später Charles L. Mee, Jr., *The End of Order: Versailles 1919*, E.P. Dutton, New York 1980 und Walter Karp, *The Politics of War: The Story of Two Wars which Altered Forever the Political Life of the American Republic (1890-1920)*, Harper and Row, New York 1979.

[79] McDougall, *Promised Land*, aaO. (Anm. 45), S. 127.

[80] Seymour, *The Intimate Papers of Colonel House*, aaO. (Anm. 17), 1, S. 470; 2, S. 92.

[81] C. Paul Vincent, *The Politics of Hunger. The Allied Blockade of Germany, 1915-1919*, Ohio University Press, Athens 1985, S. 21. Siehe auch Raico, »*The Politics of Hunger*: A Review«, aaO. (Anm. 62).

[82] Seymour, *The Intimate Papers of Colonel House*, aaO. (Anm. 17), 2, S. 448.

[83] Arthur S. Link (Hg.),*The Papers of Woodrow Wilson, January 24-April 6, 1917*, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1983, 41, S. 525-27.

[84] Siehe Arnett, *Claude Kitchin*, aaO. (Anm. 71), S. 227-35; und Robert M. LaFollette, »*Speech on the Declaration of War against Germany*«, in Arthur A. Ekirch, Jr. (Hg.), *Voices in Dissent: An Anthology of Individualist Thought in the United States*, Citadel Press, New York 1964, S. 211f.

[85] Otis L. Graham, Jr., *The Great Campaigns: Reform and War in America, 1900-1928*, Robert E. Krieger, Malabar, Fla., 1987, S. 89.

Die Unterdrückung Lettlands von 1918 bis 1991

Von Alexander von Berkis

Das Hauptthema dieses Beitrags ist die Unterdrückung und die Verfolgung, die die Sowjetunion der baltischen Nation Lettland zugefügt hat, und zwar seit der Unabhängigkeitserklärung im Jahre 1918 bis zum Untergang der Sowjetunion. Die Rote Armee hat Lettland in dieser Zeit dreimal überfallen und besetzt. Das Resultat der letzten Aggression im Jahre 1944 war die bis 1991 andauernde illegale Besetzung Lettlands. Jede Invasion der Sowjets hatte Massentötungen und Deportationen von Letten zur Folge. Die sowjetischen Behörden trachteten danach, die lettische Nation zu vernichten, sowohl durch die illegale Annexion Lettlands als auch durch Maßnahmen, welche darauf abzielten, die historischen, kulturellen und religiösen Traditionen der Letten auszumerzen. Nichtsdestoweniger hat die lettische Nation im Heimatland und auch im Exil mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für ihren Bestand gekämpft und letztlich obsiegt.

Lettland unter Fremdherrschaft, 1290-1918

Das kommunistische Regime Rußlands baute auf der früheren Unterdrückung durch die Zaren auf und hat diese noch verstärkt, daher ist ein kurzer Überblick über Lettlands Geschichte unter fremder Herrschaft notwendig.

Bis 1290 war ganz Lettland vom Deutschen Ritterorden und dem Livländischen Orden erobert worden. Von 1290 bis 1561 gehörte Lettland zur livländischen Konföderation, die auch Estland umfaßte. Der Zerfall der livländischen Konföderation wurde durch die russische Invasion unter der Herrschaft Iwan IV. (Iwan des Schrecklichen) verursacht. Da sich die Konföderation nicht selbst verteidigen konnte, bat sie Polen-Litauen, Schweden und Dänemark um Hilfe. Als Ergebnis des langen livländischen Krieges (1558-1582) wurde das nördliche Livland zusammen mit dem südlichen Estland eine polnische Provinz (1561-1629). Nach dem schwedisch-polnischen Erbfolgekrieg wurden das westliche Livland mit seiner Hauptstadt Riga und ganz Estland eine schwedische Provinz (1629-1721). Das östliche Livland blieb bis 1772 eine polnische Provinz und wurde nach der ersten Teilung Polens im gleichen Jahr von Rußland annektiert.

Das letzte Oberhaupt des livländischen Ordens, Gotthard Kettler, gründete das Herzogtum Kurland, das als beinahe unabhängiger Staat mehr als zwei Jahrhunderte (1561-1795) lang unter polnischer Oberherrschaft blieb. Es ist keine Übertreibung, daß die Geschichte des Herzogtums Kurland seit 1795 fast in Vergessenheit geriet, obwohl Herzog James (1639-1682) und seine Leistungen im 17. Jahrhundert sehr bekannt waren. Der Herzog besaß zwei Kronkolonien, die Insel Tobago westlich von Indien und Gambia in West Afrika, außerdem Bergbaugebiete in Norwegen, die, wie die Kolonien in Tobago und Gambia, von seinen Kuren kolonisiert wurden.

Kurland war auch eine Seemacht. Nur die Niederlande, England, Spanien und Portugal hatten stärkere Flotten als Kurland zu Zeiten von Herzog James. Die neidischen Holländer nannten Herzog James den »*Skipper Herzog*«, da Kurlands blühender Reichtum während des Zeitalters des Merkantilismus die Kurländer zu Rivalen der Holländer gemacht hatte. James wurde auch der »*Händler auf dem herzoglichen Throne*« genannt.

Nach der dritten Teilung von Polen-Litauen (1795) wurden die Herzogtümer von Kurland und Litauen von Rußland annektiert. Es sollte betont werden, daß die Russen während des Livländischen Krieges und des großen Nordischen Krieges (1700-1721) in großem Maßstab Greueltaten in Lettland verübt haben. Während des großen Nordischen Krieges führten diese russischen Maßnahmen zu einem Ausbruch der Pest, bei dem zwei Drittel der lettischen Bevölkerung starben.

Die systematische Verfolgung der Letten durch die Russen begann, als ganz Lettland zu den russischen Provinzen Livland und Kurland geschlagen wurde. Die russischen Behörden begnügten sich nicht damit, die lettischen Rufe nach Selbstbestimmung zu unterdrücken, sondern verfolgten während des ganzen 19. Jahrhunderts ein immer intensiveres Programm zur Russifizierung Lettlands. Von 1883 an war Russisch die einzige Unterrichtssprache in lettischen Schulen. Schüler wurden dafür bestraft, wenn sie untereinander lettisch sprachen. Gebildete Letten konnten in ihrem Heimatland keine Arbeit in ihrem Beruf finden; dabei waren sie aber, wegen ihrer Geschicklichkeit und ihrer Zuverlässigkeit, in Rußland selber willkommen.



Oben: Der lettische Schneider Valdemars Janelis vor dem sowjetischen Einmarsch 1940. Rechts: in sowjetischer Haft





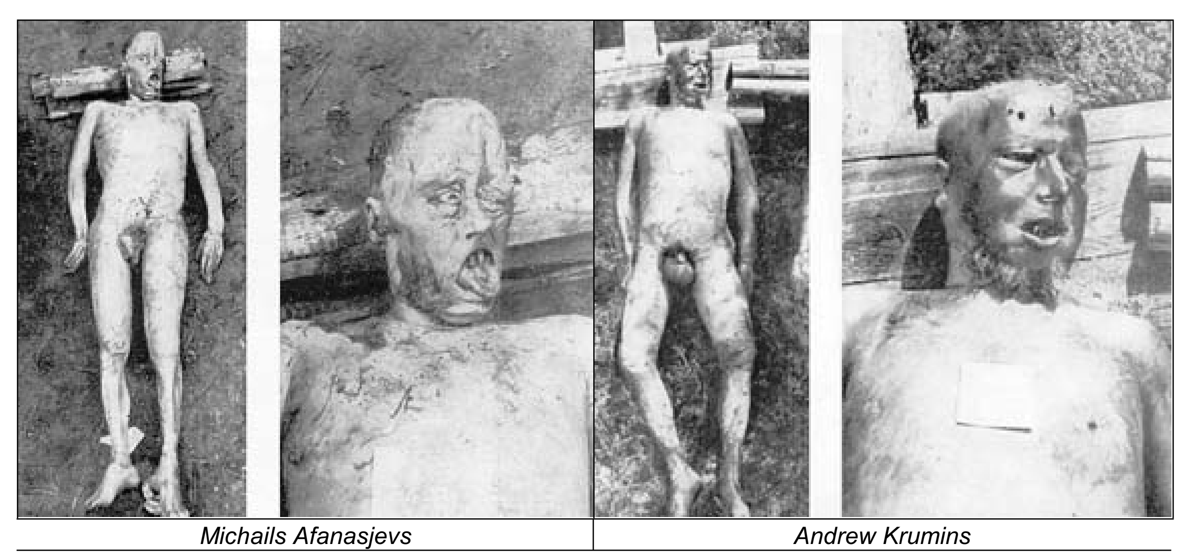
Rechts: …was von ihm 1941 übrig blieb…

Im 19. Jahrhundert kam in Lettland die Zeit des nationalen Erwachens (oder auch des romantischen Nationalismus). Die Führer dieser Bewegungen, Krisjanis Voldemars (1825-1891) und Krisjanis Barons (1835-1923) waren die Ziele der russischen Unterdrückung. Sie wurden als politisch gefährlich angesehen und dazu gezwungen, drei Jahrzehnte im russischen Exil zu leben. Dennoch werfen ihnen einige lettische Historiker vor, Lettlands politische Unabhängigkeit vernachlässigt zu haben. Voldemars und Barons taten nichts weiter, als ihre Landsleute zur Pflege ihrer Sprache und ihrer nationalen Traditionen anzuhalten, aber sie befürworteten Lettlands zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit durch das Ansammeln wirtschaftlicher Reichtümer.
Als Rußland im Jahre 1905 von der Revolution erschüttert wurde, riefen lettische Nationalisten nach politischer Autonomie für Lettland. Die zaristischen Behörden antworteten mit Massentötungen und Deportationen nach Sibirien.
Beispielhaft für das Schicksal der damaligen lettischen nationalen Führer, die das Glück hatten zu überleben, waren die Erlebnisse von Karlis Ulmanis, dem späterem Präsidenten Lettlands. Er war in Verbindung mit seinen Aktivitäten des Jahres 1905 mehrere Monate im Gefängnis. Nach seiner Entlassung versuchten die zaristischen Behörden erneut, ihn einzusperren. Daher ging Ulmanis ins Exil nach Amerika, wo er von 1906 bis 1913 lebte. 1913 verabschiedete die russische Duma ein Amnestiegesetz zur Feier des dreihundertsten Geburtstags der Romanov-Dynastie. Ulmanis und andere lettische Führer kamen rechtzeitig aus dem Exil zurück, um den Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu erleben, der zum Sturz Nikolaus' II. und seiner Dynastie führte, außerdem zur bolschewistischen Machtergreifung und der Unabhängigkeit der baltischen Nationen.

Lettlands Unabhängigkeit und 1. sowjetische Besetzung

Man kann unmöglich die Unabhängigkeit Lettlands (1918-1940) und die drei Besetzungen unter sowjetischer Herrschaft behandeln, ohne kurz das Leben des Präsidenten Ulmanis von Lettland (1877-1942?) zu schildern. Ausländische Beobachter, einschließlich Historiker, haben Ulmanis Lettland genannt und Lettland Ulmanis. In der Tat sind die beiden Namen untrennbar miteinander verbunden. Der Verfasser dieses Beitrages kennt kein anderes Beispiel in der Geschichte, wo eine Person die Geschichte und das Leben eines Landes so vollständig dominiert hat, wie es Ulmanis in Lettland tat, sowohl als Führer, als auch als Legende.

Karlis Ulmanis wurde am 4. September 1877 in Zemgale im südlichen Lettland geboren, auf dem Gebiet des früheren Herzogtums Kurland. Er erhielt 1905 am Institut für Agrarwissenschaften in Leipzig seinen Abschluß in Agrarwissenschaften, und während seines Exils in Amerika 1909 ein Diplom (B.S.) in Agrartechnik der Universität von Nebraska.
Nachdem er nach Lettland zurückgekehrt war, gründete Ulmanis 1916 die Bauernunion bzw. -partei und wurde auch ihr Führer – eine Position, die er bis zum Ende der Unabhängigkeit Lettlands 1940 innehatte. Während der folgenden Jahre organisierte Ulmanis die führenden lettischen Politiker und formte mit ihnen den Volksrat. Am 18. November 1918 rief der Volksrat die Unabhängigkeit Lettlands aus. Weil Ulmanis als der einzige Kandidat angesehen wurde, der willens, in der Lage, machtvoll und mutig genug war, um Lettland zu führen, wählte ihn der Rat zum Premierminister der provisorischen Regierung. Die politischen Gegebenheiten Lettlands waren zu der Zeit sehr kompliziert, da das gesamte Gebiet bis 1918 von der deutschen Armee besetzt war. Lettland hatte im Krieg sogar mehr Zerstörungen erlitten als Belgien. Nachdem Deutschland den Waffenstillstand vom 11. November unterzeichnet hatte, brach die Disziplin der deutschen Soldaten zusammen und die sowjetische Armee rückte allmählich ins verteidigungslose Lettland ein. Bis zum Februar 1919 war ganz Lettland mit Ausnahme des westlichen Teiles, der aber weniger als ein Achtel des Territoriums umfaßt, von den Sowjets besetzt.[1]
Im besetzten Lettland erließen die sowjetischen Behörden Dekrete zur Verstaatlichung von Eigentum ohne Entschädigung der ehemaligen Besitzer. Das gesamte Landeigentum wurde verstaatlicht und es wurde Zwangsarbeit verfügt. Die Kommunisten beschlagnahmten Kleidung und Schuhwerk. Sie bürdeten den Leuten räuberische Steuern auf und sogar die Arbeiter mußten höhere Steuern bezahlen. Alle diese Dekrete verletzten grob das internationale Recht. Weil die sowjetischen Maßnahmen nicht ohne Terror durchgeführt werden konnten, wurden Tausende von Letten ermordet, gefoltert oder starben den Hungertod. Die Gefängnisse waren überfüllt. Ab Anfang 1919 war die Macht weitgehend in den Händen von örtlichen Räten oder „Sowjets". Diese Behörden waren im wesentlichen damit beschäftigt, nach vermeintlichen Konterrevolutionären zu suchen. Nachts trafen sich die Machthaber und entschieden, wer zu verhaften war, und nachts wurden die Opfer auch eingesperrt. Bauern, Künstler, Arbeiter und Intellektuelle wurden gleichermaßen eingesperrt, keiner



Michails Afanasjevs | *Andrew Krumins*

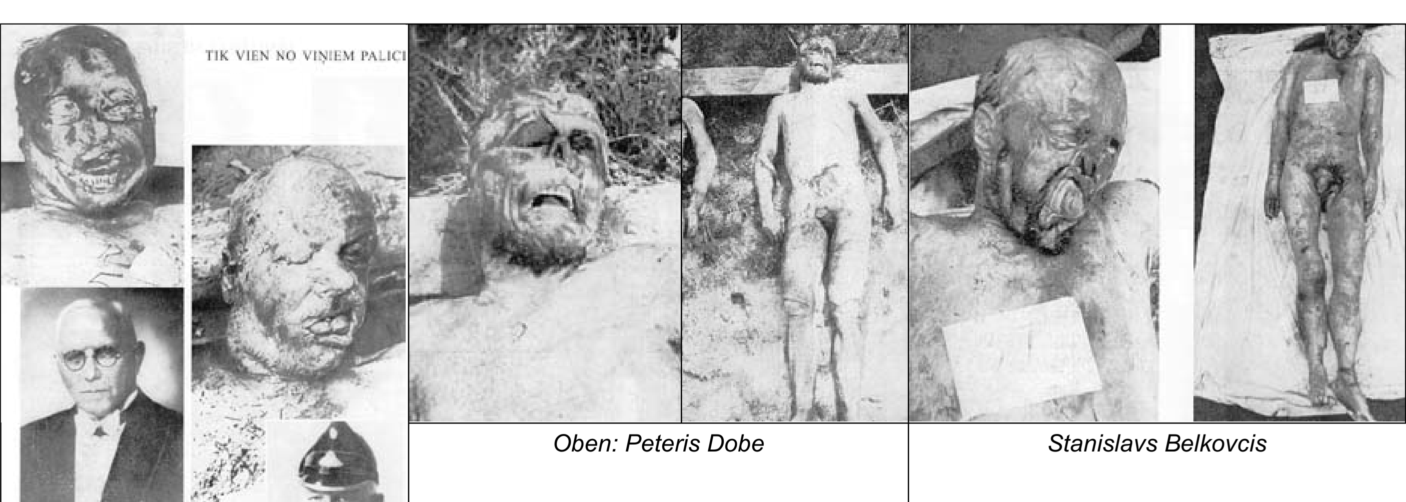
konnte sich sicher fühlen. Revolutionäre Tribunale waren ständig beschäftigt und erließen zahlreiche Todesstrafen. Das „Gesetz“, das diese „Richter“ anwandten, war „revolutionäres Bewußtsein“. Gegen Sonnenaufgang übernahmen spezielle Einheiten die verurteilten Letten, befahlen ihnen, sich auszuziehen, und erschossen sie anschließend.
Die Verbrechen, die die Sowjets gegen die Elite der lettischen Nation verübten, grenzten an Völkermord und verursachten einen großangelegten Guerillakrieg gegen russische Truppen. Die Ulmanis-Regierung eroberte mit der Hilfe deutscher Soldaten allmählich das besetzte Lettland zurück. Anfang Februar 1920 war ganz Lettland befreit. Die im Bürgerkrieg gegen die weißrussischen Generäle hart bedrängte Sowjetunion schloß am 11. August 1920 einen Friedensvertrag mit Lettland.[2]
Während des lettischen Befreiungskrieges bildete Ulmanis drei Regierungen. Anfang Mai 1920 tagte die konstituierende Nationalversammlung und ermächtigte Ulmanis zur Bildung seiner vierten Regierung. Diese Regierung konnte am 26. Januar 1921 die rechtmäßige Anerkennung Lettlands durch Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Belgien erreichen. Einige Monate später zwang die konstituierende Nationalversammlung Ulmanis zum Rücktritt, denn eine Mehrzahl der Delegierten war neidisch auf die Führerschaft des starken Mannes und ihrer überdrüssig geworden.[3]

Die Jahre zwischen den Kriegen

Ulmanis’ Einfluß blieb dennoch machtvoll. 1925 wurde er der Premierminister der fünften Regierung, die 1926 zurücktrat. Ulmanis bildete seine sechste Regierung während der Wirtschaftskrise des Jahres 1931, die im landwirtschaftlich geprägten Lettland vergleichsweise mild ausfiel. Es gab keine Arbeitslosigkeit, und es wurden sogar ausländische Landarbeiter ins Land gebracht. Trotzdem machte so mancher Lette das parlamentarische System für die wirtschaftlichen Nöte verantwortlich. Es wurde beinahe sprichwörtlich, daß Ulmanis immer dann auftauchte, um die Probleme zu beseitigen, wenn Lettland schwierige Zeiten durchmachte. Ausländische Beobachter bemerkten, daß Parlamente gewählt und abgesetzt wurden, Ulmanis aber blieb. In der Tat konnten Koalitionsregierungen ohne Ulmanis’ Zustimmung selten gebildet werden – sogar dann, wenn aufgrund des Neides der anderen Parteien gegenüber Ulmanis andere Mitglieder der Bauernunion zu Premierministern gewählt wurden.
Im März 1934 wurde Ulmanis der siebte und letzte Premierminister unter dem parlamentarischen System. Die lettische Bevölkerung hatte am Ende genug von der korrupten Herrschaft der vielen Parteien im Lande. Am 15. Mai 1934 führte Ulmanis einen unblutigen Staatsstreich durch und löste das Parlament und alle Parteien auf.[4]
Er wurde mit einer Flut von Briefen und Telegrammen bejubelt, die ihm dafür dankten, die Einheit Lettlands wiederhergestellt zu haben. Der dritte Präsident Lettlands, Alberts Kviesis, der auch zur Bauernunion gehörte, lud Ulmanis und seine Minister der achten und letzten Regierung in das Schloß des Präsidenten ein. Präsident Kviesis verkündete, daß für ihn Ulmanis’ Staatsstreich die Kraft eines Plebiszites habe, da sich eine überwältigende Mehrheit von Letten hinter die Ulmanis-Regierung gestellt hatte. Kviesis gab daher der neuen Regierung der nationalen Einheit seine Billigung und seinen Segen. Diese Regierung blieb mehr als sechs Jahre an der Macht, und zwar solange, bis die Sowjetunion Lettland überfiel.
Die Dankbarkeit des lettischen Volkes galt immer dem heroischen und magischen Premierminister des lettischen Befreiungskrieges – Karlis Ulmanis. Dennoch kann der Einfluß von Ulmanis’ Persönlichkeit in Zusammenhang mit dem tragischen Sturz des freien Lettlands nicht übersehen werden. Nach dem Ausbruch des zweiten Weltkriegs waren die baltischen Staaten isoliert. Unter diesen Bedingungen zwang die Sowjetunion Estland, Lettland und Litauen dazu, gegenseitige Hilfsabkommen zu unterzeichnen, und baute in diesen praktisch verteidigungslosen Ländern russische See-, Luft- und Infanteriestützpunkte auf.[5]

Die zweite sowjetische Besatzung

Ulmanis hoffte, Zeit zu gewinnen, und unterzeichnete das Abkommen. Er gewann tatsächlich Zeit, und zwar bis zum 17. Juni 1940. Der Zusammenbruch Frankreichs veranlaßte die Sowjetunion dazu, die komplette Besetzung der baltischen Länder und die dortige Bildung pro-sowjetischer Regierungen zu fordern. Ulmanis akzeptierte das Ultimatum und weigerte sich ins Exil zu gehen. Er blieb formal bis zum 22. Juli 1940 Präsident von Lettland, aber ohne Macht oder Einfluß. Am 22. Juli wurde er in die Sowjetunion deportiert. Ort, Datum und Umstände von Ulmanis’ Tod sind unbekannt, obwohl einige Quellen angeben, daß er 1942 gestorben sei.
So begann die zweite sowjetische Besatzung Lettlands. Sie stellte sich als weit katastrophaler heraus als die erste. In den ersten Wochen nach der Invasion der Roten Armee wurden Lettlands politische Führer, darunter auch der sehr populäre



Oben: Peteris Dobe

Stanislavs Belkovcis

Links: Schuldirektor Arnolds Cuibe

frühere Vizepräsident und Kriegsminister General Janis Balodis, verhaftet und deportiert.
Die Massenverhaftungen fanden Monate später statt, nachdem ausländische Diplomaten und Konsularvertreter Lettland verlassen hatten und ihren Regierungen nichts mehr über die von den Sowjets verübten Verbrechen berichten konnten.
Es gibt authentische Dokumentenbeweise darüber, daß der NKWD, die sowjetische Geheimpolizei, am 11. Oktober 1940 einen detaillierten Befehl zur Deportation von anti-sowjetischen Elementen aus Litauen, Lettland und Estland ausgegeben hat (Befehl Nr. 001223). Er war vom stellvertretenden Volkskommissar für öffentliche Sicherheit, Serow, unterzeichnet worden, was wiederum zeigt, daß der Befehl ausgegeben wurde, als die baltischen Staaten noch unabhängige Staaten waren.[6] Es erübrigt sich zu erwähnen, daß dies die Grundprinzipien internationalen Rechts grob verletzt. Die Liste der sogenannten anti-sowjetischen Elemente war lange zuvor von örtlichen Kommunisten und gutbezahlten Verrätern aufgestellt worden.
Der sowjetischen Regierung war die Abneigung der Letten bewußt, und sie sah es als notwendig an, eine freiwillige „Zustimmung“ der Besetzung Lettlands zu konstruieren. Daher ordneten die sowjetischen Behörden eine Parlamentswahl an. In den inszenierten Wahlen des 14. und 15. Juli 1940 war eine einzige von Andrei Wischinski gebilligte Kandidatenliste zugelassen. Das einstimmig „gewählte“ Parlament erklärte, daß Lettland in eine Sowjetrepublik umgewandelt werden solle und bat das sowjetische „Parlament“ um Aufnahme Lettlands zur Sowjetunion. Die Verfassung Lettlands von 1922 hatte festgelegt, daß jede Frage, die die Unabhängigkeit Lettlands berührte, durch eine Volksbefragung zu entscheiden war. Die sowjetische Regierung wagte es aber nicht, eine solche durchzuführen, daher wurde Lettland auch nie legal in die Sowjetunion integriert. Nebenbei bemerkt kann gemäß internationalem Recht keine Wahl, die unter der Besatzung fremder Truppen durchgeführt wird, rechtlich gültig sein.
Der Botschafter Lettlands in Washington, Dr. Alfred Bilmanis, dem von der legitimen Regierung Notvollmachten verliehen worden waren, und der lettische Botschafter in London, Karlis Zarins, erklärten demgemäß die Wahlen für null und nichtig. Ihre Notvollmachten waren erst am 18. Mai 1940 von der Regierung Lettlands erteilt worden, wobei Dr. Bilmanis zu Zarins' Stellvertreter ernannt worden war, falls der lettische Botschafter in London sterben sollte. Der Inhaber der staatlichen Notvollmachten war dazu befugt, Delegierte für internationale Konferenzen zu ernennen und außerdem die Mitarbeiter der lettischen Gesandtschaften und Konsulate zu ernennen und zu versetzen. Zarins waren demgemäß die Funktionen des Präsidenten und der Regierung Lettlands übertragen worden. Die lettische Marionettenregierung erklärte beide Männer zu Verrätern und erkannte ihnen ihre lettische Staatsangehörigkeit ab.
Die Sowjetisierung Lettlands schritt schnell voran. Bis Ende September 1941 waren sowohl alle „großen“ privaten Vermögen, die private Industrie, Handel, Banken, Transportwesen, das Land und seine Bodenschätze, wie auch gemieteter Besitz verstaatlicht worden, ohne Entschädigung der Besitzer. Im Gegenteil, sie wurden verleumdet und als Ausbeuter und Feinde der schwer arbeitenden Massen beleidigt. Das Kapital im Besitz der nationalisierten und desorganisierten Banken wurde in wertloses Papier umgewandelt und ebenfalls wertlose sowjetische Papierrubel überschwemmten das Land. Hohe Preise in Rubel wurden dann für alle Waren festgesetzt. Prompt leerten Soldaten der Roten Armee und sowjetische Funktionäre die Geschäfte.
Während der ersten Phase der Massendeportationen sind mindestens 35.828 Personen deportiert oder ermordet worden. Amerikanische oder andere ausländische Quellen schätzen die Anzahl der deportierten oder ermordeten Personen aus allen sozialen Schichten auf 60.000. Nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges wurden lettische Soldaten – die entgegen den Prinzipien internationalen Rechtes in die Rote Armee eingezogen worden waren – nach Rußland abgezogen oder ermordet. Viele Zivilisten wurden ebenfalls von den sich zurückziehenden sowjetischen Behörden verschleppt. Besonders für die Ausrottung bestimmt waren lettische Regierungsbeamte, Mitglieder der Intelligenz und Armeeoffiziere im Ruhestand. Es sollte erwähnt werden, daß die Intellektuellen am meisten durch die Verfolgung litten, da während des lettischen Befreiungskrieges fast die gesamte Studentenschaft der Universität von Lettland freiwillig gegen die Rote Armee gekämpft hatte. Daher nannten die Sowjets die Universität von Lettland auch die »*Zitadelle der Erzreaktionäre*«.
Aber weder unter den Intellektuellen noch unter den Kapitalisten fanden die Sowjets ihre schärfsten Feinde. Das waren vielmehr die Bauern, weil in Lettland 62 Prozent der Einwohner Bauern mit ihren Familien waren. Sie waren in der Tat ihre eigenen Herren. Vom sowjetischen Standpunkt aus mußte das Rückgrat der stabilen Mittelschicht auf jeden Fall und mit allen Mitteln gebrochen werden. Der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges hinderte das Sowjetregime daran, die Kollektivierung der Landwirtschaft zu erzwingen.[7]



*Eine Seite aus dem lettischen Bericht »*Das gräßliche Jahr*« über die sowjetische Besetzung 1940-1941*



Vom NKWD erschossene Letten in Valmiera

Der sowjetische Terror stieß auf einen Aufstand von Offizieren und Rekruten des früheren lettischen Heimatschutzes, einer gut trainierten Reservearmee, und anderen lettischen Nationalisten. Sie übernahmen nach dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges die Kontrolle über den größten Teil Lettlands. Die deutsche Armee eroberte nur die großen Städte – Riga, Liepaja (Libau), Ventspils (Windau), Jelgava (Mitau) and Daugavpils (Dünaburg). Mit den ersten Julitagen 1941 war ganz Lettland von der deutschen Armee besetzt. Der Krieg fegte über Lettland hinweg wie ein Orkan.
Trotz der deutschen Befreiung waren die Letten alsbald enttäuscht, weil klar wurde, daß Hitlers Regierung nicht beabsichtigte, Lettlands Unabhängigkeit wiederherzustellen.
Von Mitte Juli 1944 an zogen sich die deutschen Truppen nach heftigen Kämpfen allmählich aus Lettland zurück. Die Überlegenheit der Roten Armee war in nicht unerheblichem Maße bedingt durch die Hilfe der USA und des Britischen Empire mit Waffen und jeder Art von Material. Am 8. Mai 1945 legten die deutschen Truppen in Übereinstimmung mit dem Wortlaut der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands sowohl an der West- als auch an der Ostfront die Waffen nieder.
Mit der Erkenntnis, daß mit Lettlands dritter Besetzung durch die Rote Armee der sowjetische Terror wieder bevorstand, sahen viele lettische Aktivisten das Exil als die einzige Hoffnung für die Zukunft an. Die Erfahrung hatte sie gelehrt, daß nichts so schlimm war wie der Kommunismus. Informationen zufolge, die durch das lettische Rote Kreuz übermittelt wurden, gab es bis 1947 134.000 lettische politische Flüchtlinge, davon die überwältigende Mehrheit in Westdeutschland.

Niederlage und erneute Besatzung

Diejenigen Letten, die in Lettland geblieben waren, hatten keine Illusionen über ihr Schicksal. Der Roten Armee folgte innerhalb weniger Tage das NKWD. Die rote Geheimpolizei befragte die Bevölkerung zwangsweise mit vorgefertigten Fragebögen. Zu den Fragen, die jeder Lette beantworten mußte, gehörten unter anderem die folgenden:

»Warum haben Sie sich 1941 nicht zusammen mit der Sowjetarmee zurückgezogen?
Welcher Beschäftigung gingen Sie während der deutschen Besatzung nach?
Welche anti-deutsche Sabotage haben Sie ausgeführt?
Nennen Sie drei Kollaborateure der Deutschen.«

Den Leuten wurden rote Ausweise für Militärdienst ausgestellt, grüne für Zwangsarbeit und weiße für Deportation. Volksgerichte, die in Abwesenheit der Angeklagten tagten, verurteilten lettische Patrioten zu langen Gefängnisstrafen oder zur Deportation in den Gulag, während die Familien abgeholt wurden, an den Verladestationen getrennt und in für sie unbekannte Teile der Sowjetunion verschleppt wurden. Mit Beginn des Jahres 1948 wurde den meisten lettischen Bauernhöfen die Kollektivierung aufgezwungen.
Die Universität von Lettland wurde vollständig russifiziert und sowjetisiert. Ein noch schlimmeres Ergebnis der dritten Besetzung durch die Rote Armee war, daß Russen und Angehörige der asiatischen Republiken der UdSSR ins Land gebracht wurden, um deportierte Letten zu ersetzen.[8]

Der lettische Guerillawiderstand

Diese sowjetischen Maßnahmen verursachten einen großangelegten, sehr blutigen Guerillakrieg, und zwar nicht nur in Lettland, sondern auch in Estland und Litauen, wo ähnliche Verfahrensweisen aufgezwungen wurden. Von 1944 bis 1952, und in kleinerem Maßstab sogar bis 1956, tobten heftige Kämpfe auf dem Land. Erst nach der fehlgeschlagenen ungarischen Revolte 1956 begriff die baltische Bevölkerung, daß die westlichen Demokratien unfähig oder nicht willens waren, ihnen zu helfen. Der Guerillakrieg wurde in Litauen im größten Maßstab geführt. Nach litauischen Quellen verloren die Litauer 30.000 Mann. Die sowjetischen Verluste werden mit nicht weniger als 80.000 Soldaten und NKWD-Leuten angesetzt. Diese Schätzungen werden durch die Aussagen sowjetischer Beamter bekräftigt, die an der Unterdrückung litauischer Freiheitskämpfer beteiligt waren, bevor sie selbst ins Exil gingen.[9]
Die sowjetischen Behörden sprachen sehr freimütig über das Ausmaß des Guerillakrieges. Sie schätzten, daß es ungefähr 9.000 nationale lettische Partisanen gab, die sie verächtlich als *»faschistische Banditen«* bezeichneten. Das kommunistische Regime brandmarkte die Letten als konterrevolutionäre und anti-sowjetische Leute. In Wirklichkeit ist es ein großes Kompliment, von den Sowjets mit solchen Bezeichnungen bedacht zu werden. Es ist darüber hinaus etwas Neues, da es durchweg ein sowjetischer Standardbrauch war, Freundschaft mit allen Völkern vorzutäuschen und zwischen den „Ausbeutern“, den „Volksfeinden“ und der Bevölkerung als Ganzem zu unterscheiden.
Es sollte bemerkt werden, daß lettische Quellen ungefähr die gleiche Schätzung über die Anzahl nationaler lettischen Partisanen abgeben. Im Durchschnitt überlebten die Partisanen den Kampf nur zwei bis drei Jahre und wurden dann durch andere Männer mit Militärausbildung ersetzt. Bis 1949 kontrollierten die nationalen Partisanen viele Teile Lettlands, insbesondere die Halbinsel Kurland. Ihre Erfolge können damit erklärt werden, daß 43 Prozent Lettlands von Wäldern, Seen und Sümpfen bedeckt sind. Dieses Gelände wurde von abgehärteten Kämpfern zweier Divisionen der von den Deutschen aufgestellten lettischen Legion ausgenutzt. Zum Zeitpunkt der deutschen Kapitulation waren sie in die Wälder gegangen. Diese lettischen Truppen nahmen ihre Waffen mit sich und verschafften sich weitere Waffen und Munition aus deutschen Armeedepots in der Festung von Kurland, der Redoute der letzten Kämpfe von Hitlers Armeegruppe Nord. Später benutzten sie erbeutete russische Waffen. Vor allem aber hatten

sie die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der Letten.

Nach der Kollektivierung der Landwirtschaft führten die sowjetischen Behörden 1949 ihre größte Deportation durch, welche hauptsächlich die Landbevölkerung traf. Diese Maßnahme brachte die nationalen Partisanen in beträchtlichem Maße um ihre Nahrungsversorgung, die Unterstützung der Bürger und ihre Rekrutierungsmöglichkeiten. Jedoch waren die Partisanen so findig, daß sie Nahrung und Geld aus den kollektiven Landwirtschaften und den Geschäften im Staatsbesitz erbeuteten.

Die Kollektivierung und die Massendeportationen leiteten aber den Anfang vom Ende des großangelegten Guerillakrieges ein. Allmählich wurden die Partisanenverbände aufgelöst. Sie wurden mit gefälschten oder auf dem Schwarzmarkt gekauften Ausweisen ausgestattet, so daß sie wieder in die zivile Bevölkerung integriert werden konnten.

Die Frage des Schicksals der früheren Partisanen ist immer noch offen. Diejenigen, die den Guerillakrieg kritisieren, machen geltend, daß er von Anfang an verloren war. Tatsächlich haben aber die nationalen Partisanen dadurch, daß sie viele sowjetische Funktionäre exekutiert haben, bei vielen von diesen Todesangst hervorgerufen. In einigen Fällen haben sowjetische Funktionäre die überlebenden Partisanen absichtlich ignoriert, besonders dann, wenn sie weit weg von ihren früheren Wohnungen oder in die Hauptstadt Riga mit ihren 700.000 Einwohnern zogen. Kommunisten fürchten Vergeltung, das ist das einzige Argument, das sie verstehen. Außerdem sollte die Tatsache, daß die nationalen Partisanen eine Legende für die Zukunft schufen, nicht übersehen werden. Die einzigen Völker, die freie Staaten verdienen, sind diejenigen, die bereit sind, dafür zu kämpfen!

Der Autor dieses Beitrages hat die traurige Pflicht, darauf hinzuweisen, daß sich die edlen Bestrebungen und Hoffnungen Präsident Ulmanis' als falsch erwiesen haben, der das lettische Volk vor der Ausrottung schützen wollte, indem er das Ultimatum der Sowjetunion akzeptierte, ohne militärischen Widerstand zu leisten. Die Massendeportationen, die durch die Regierung der Sowjetunion durchgeführt wurden, die Mobilisierung von mehr als 150.000 Letten durch die Deutschen und der sehr blutige Guerillakrieg haben der Bevölkerung solch große Verluste beigebracht, daß sie zur jetzigen Zeit gar nicht richtig eingeschätzt werden können. Diese schmerzlichen Tatsachen können aber Präsident Ulmanis' hervorragende Leistungen und seine ruhmreiche Herrschaft nicht schmälern.

Donald Day, der 22 Jahre lang für die *Chicago Tribune* als Korrespondent in Osteuropa tätig war, hat Ulmanis in seinem Buch *Onward Christian Soldiers* mehr Seiten gewidmet als irgendeinem anderen Staatsmann, einschließlich Polens Marschall Pilsudski. Nach Day glaubte Ulmanis, daß die beste Hoffnung für eine künftige nationale Existenz der Letten darin bestehe, den Lebensstandard und die Kultur auf ein so hohes Niveau zu bringen, daß die Bevölkerung die Erinnerung daran immer in ihren Herzen hochhalten würde, was auch immer die nahe Zukunft bringen möge. Days Meinung nach war Ulmanis der bedeutendste Sohn den Lettland je hervorgebracht hatte.[10]

Karlis Ulmanis war der großartige Präsident eines kleinen Landes. Ein Mißverständnis sollte noch korrigiert werden. In westlichen Demokratien gibt es immer noch den weitverbreiteten Glauben, daß der Kommunismus ein geringeres Übel sei als der Nationalsozialismus. Der frühere Marxist Alexander Solschenizyn hat mit großem Widerstreben erkannt, daß der Nationalsozialismus ein kleineres Übel als der Kommunismus ist. Es sollte auch betont werden, daß sogar William L. Shirer, dessen ausgeprägten anti-deutschen Vorurteile in bezug auf jeden Abschnitt der deutschen Geschichte allgemein bekannt sind, in seinem Buch *The Rise and Fall of the Third Reich (Aufstieg und Fall des Dritten Reiches)* im Abschnitt über Lettland und die anderen baltischen Staaten schreibt, daß Stalin genauso roh und unbarmherzig, und sogar noch zynischer sein konnte, als Hitler, wenn er sich mit kleinen Staaten befaßte.[11]

Lettischer Widerstand, sowjetische Unterdrückung

Nach dem Ende des Guerillakrieges griffen die Letten auf passiven Widerstand zurück. Trotz des wohlbekannten lettischen Individualismus, der ausländische Beobachter zu der Aussage brachte, daß die Letten als Einzelpersonen stark, aber im Zusammenschluß schwach seien, hat die sowjetische Herrschaft eine starke nationale lettische Einheit gefördert. Im bis 1991 sowjetisch besetzten Lettland halfen Letten ihren Volksgenossen, wo immer sie konnten. Es gab keine Parteien mehr in Lettland, alle Letten bildeten zusammen eine Leidensgemeinschaft.


Büro des NKWD in Riga nach der Flucht der Sowjets im Sommer 1941

Im allgemeinen taten Letten ihr möglichstes, um ihre Sprache, ihre Kultur und ihre nationalen Traditionen zu erhalten. Vor allem taten sie alles und tun auch weiterhin alles, um die bestmögliche Erziehung ihrer Kinder zu gewährleisten. In dieser Hinsicht waren sie erfolgreich, da die Letten zusammen mit den Esten unter den bis 1991 gefangengehaltenen Völkern die am besten ausgebildeten sind; jedenfalls sind sie viel besser ausgebildet, als die Russen.

Trotz aller Anstrengungen der Letten, als Volk zu überleben, wurden die Aussichten nach vielen Jahrzehnten der sowjetischen Besetzung mit jedem Jahr finsterer. Sicherlich haben sich nach den größeren Deportationen von 1949 keine Massendeportationen mehr abgespielt. Im Gegenteil, für manche Katego-

rien bestimmter politischer Gefangener wurde nach Stalins Tod 1953 eine Amnestie ausgesprochen. Mehrere Tausend Letten sind in ihr Heimatland zurückgekehrt, die meisten davon als Invaliden, körperlich und geistig gebrochen. Aber Deportationen von Lettland aus gab es immer noch, weil junge Leute dazu verführt wurden, sich freiwillig für die Urbarmachung von Wildnis oder zum Bergbau in Zentralasien und in Sibirien zu melden.

Der achtjährige russische Krieg in Afghanistan hatte der Regierung der Sowjetunion einen neuen Vorwand gegeben, um junge Letten zu deportieren. Letten, Litauer, Esten, Ukrainer, Georgier, Armenier und andere Untertanen wurden als Soldaten nach Afghanistan geschickt, um Afghanen zu beseitigen und um, soweit als möglich, die pro-sowjetischen Russen zu schützen. Die Verluste unter den lettischen Soldaten waren sehr hoch, weil die sowjetischen Behörden sie absichtlich für die riskantesten militärischen Operationen einsetzen.

Die lettischen Exilorganisationen haben bis zu einem gewissen Grad mit den kämpfenden Afghanen Abkommen abschließen können, um die lettischen Kriegsgefangenen zu schonen. Aber diese Maßnahmen konnten nur von begrenztem Ausmaß sein, weil den verschiedenen afghanischen Stämmen sowohl eine vereinigte militärische Führerschaft als auch eine gemeinsame Organisation im Ausland fehlte, die als Exilregierung arbeiten könnte.

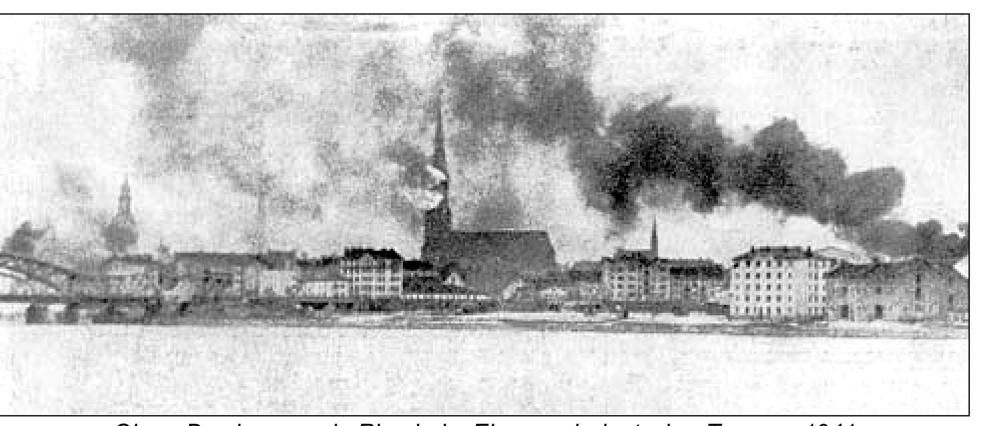
Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl, welche durch grobe Fahrlässigkeit der sowjetischen Behörden verursacht wurde, verschaffte den Sowjets noch einen Vorwand, um Letten, Esten, Litauer und andere Bürger zu deportieren. Denjenigen, die einberufen wurden, um den Schlamassel von Tschernobyl aufzuräumen, wurde gesagt, daß sie nur drei Monate dort arbeiten müßten. Dennoch wurde denen, die die nukleare Aufräumaktion unter miserabelsten Bedingungen überlebten, nicht erlaubt, nach Hause zurückzukehren. Das Billigste in der Sowjetunion war menschliches Leben.

Die sowjetischen Behörden im besetzten Lettland haben an der systematischen Zerstörung von Gräbern, ganzen Friedhöfen, Kirchen und vielen anderen historischen Monumenten gearbeitet. Zum Beispiel wurde das Grab von Präsident Ulmanis' Familie von russischen Barbaren zerstört. Das Monument und das Gedenkmuseum von Lettlands erstem Oberbefehlshaber Oskars Kalpaks wurden ebenfalls von den Sowjets zerstört. Die Zerstörung von Kircheneigentum war sehr verbreitet. Der historische lutherische Dom von Riga, die Kathedrale des Erzbischofs, wurde in eine Konzerthalle umgewandelt. Die historische St. Peters Kirche wurde ein Museum und die griechisch-orthodoxe Kathedrale wurde ein Planetarium, während andere Kirchen in Lagerhäuser, Kinos, Clubs oder Konferenzhallen umgewandelt, oder auch einfach niedergebrannt wurden. Viele Letten, die für ihre offen antikommunistische Haltung bekannt waren, wurden durch „Unfälle" getötet, und zwar nicht nur in Lettland unter sowjetischer Herrschaft, sondern auch in den Vereinigten Staaten, Kanada und Westdeutschland. Letten waren nie sicher vor russischer Verfolgung, auch nicht im Exil.

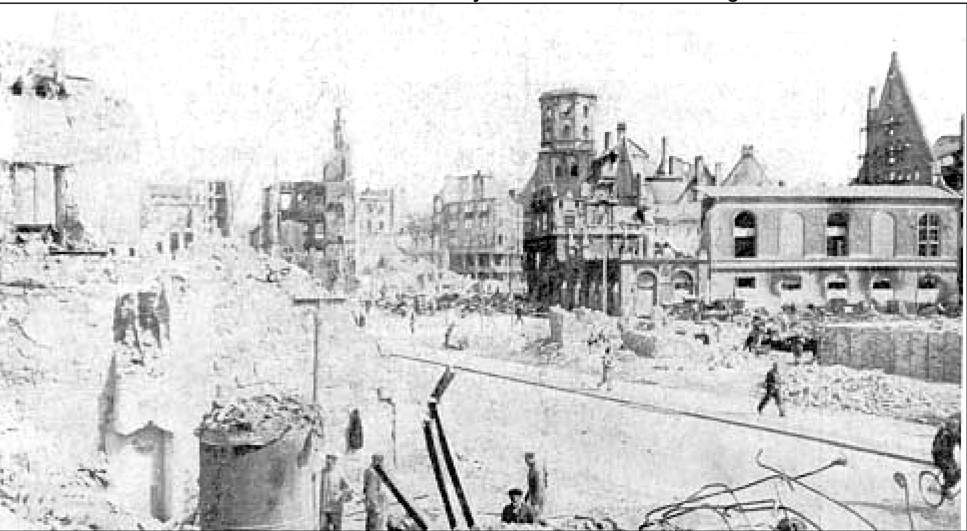
Der Kampf geht im Ausland weiter

Die Balten im Exil ließen sich aber nicht einschüchtern. Die diplomatischen und konsularischen Vertreter von Lettland, Litauen und Estland fungierten zusammen mit den weltweiten Organisationen der baltischen Völker als Exilregierungen. Eine neue Generation von Balten, die von ihren Eltern mit Ausbildungen an den besten Universitäten Amerikas, Kanadas, Australiens und Westeuropas versorgt wurden, war in die Führerschaft der Exilorganisationen eingerückt. Noch wichtiger war, daß sie es geschafft haben, ihren Kampf für Gerechtigkeit und für die Befreiung ihres Vaterlandes in internationale Foren zu bringen.

Als Ergebnis ihrer unaufhörlichen Aktivitäten und Bemühungen hat das Europaparlament in Straßburg am 13. Januar 1983 eine Resolution verabschiedet, die die Besetzung der baltischen Staaten durch die Sowjetunion scharf verurteilt. Die Resolution nannte die Sowjetunion das letzte Kolonialreich und verlangte, daß die Frage der baltischen Staaten vor die Vereinten Nationen gebracht wird. Die europäische Resolution war fest auf zahlreiche Verträge gegründet, darunter auch solche, die mit der Sowjetunion abgeschlossen wurden, und die später von ihr verletzt wurden. Die Resolution beton-



Oben: Das brennende Riga beim Einmarsch deutscher Truppen 1941
Unten: Das von den Sowjets 1941 verwüstete Riga



te, daß die drei baltischen Völker acht Jahre lang (1944-1952) einen großangelegten Guerillakrieg gegen die sowjetischen Truppen führten, und daß seit 1940 etwa 665.000 Letten, Litauer und Esten von den Sowjetbehörden in Zwangsarbeitslager deportiert wurden.
Ermutigt durch diesen Erfolg haben die lettischen, litauischen und estischen Exilorganisationen am 25. und 26. Juli 1985 ein internationales Tribunal gegen die Regierung der Sowjetunion abgehalten, in dem ihr Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschheit in den drei baltischen Staaten vorgeworfen wurde. Ein Ausschuß von international bekannten Autoritäten auf dem Gebiet der Menschenrechte verkündete seinen Urteilsspruch, das Kopenhagener Manifest, welches die Sowjetregierung für schuldig im Sinne der Anklage befand.12
Währenddessen fuhr ein baltisches Schiff, welches das Ideal von auf Freiheit beruhendem Frieden symbolisierte, an der Küste Dänemarks, Schwedens und Finnlands entlang. Eindrucksvolle Demonstrationen gegen die Sowjetunion fanden in Kopenhagen, Stockholm und Helsinki statt. Westeuropäische Sendernetze und große Zeitungen berichteten ausführlich über diese Ereignisse. Es ist nur bedauerlich, daß die Zeitung *The Wall Street Journal* und einige andere große amerikanische Zeitungen diesen Ereignissen überhaupt keine Aufmerksamkeit schenkten.

Nützliche Idioten gegen die baltische Freiheit: Der OSI

Wie man hätte vermuten können, beantwortete die Sowjetunion diese Initiativen mit der Organisation sogenannter Kriegsverbrecherverfahren. Leider fing der Geheimdienst der US-Justizbehörde OSI (Office of Special Investigations) eine Kollaboration mit der sowjetischen Geheimpolizei an. Karl Linnas, ein in Estland geborener Bürger von Long Island, dem von einem amerikanischen Bundesgericht seine Staatsangehörigkeit aberkannt worden war, weil er angeblich an von Hitler verübten Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sein sollte, wurde in „Beweise" verwickelt, die vom sowjetischen KGB zusammengestellt worden waren. Diese Beweise waren gefälscht, erfunden und betrügerisch. Linnas wurde daraufhin von der U.S. Regierung ins illegal besetzte Estland deportiert, wo er von den sowjetischen Gerichten bereits zum Tode verurteilt worden war. Bei seiner Ankunft informierte ihn der sowjetische Staatsanwalt davon, daß die Sowjetunion aufgrund von gesetzlichen Beschränkungen keinen Prozeß gegen ihn führen würde. Kurze Zeit später gaben die Sowjets seinen Tod bekannt.
Der Fall Linnas war eine empörende Verletzung der U.S.-Verfassung. Linnas und andere U.S. Bürger osteuropäischer Herkunft wurden in den sogenannten Kriegsverbrecherverfahren als drittklassige Bürger behandelt, und um einen fairen Prozeß, ein Schwurgerichtsverfahren und den Schutz vor *ex post facto* Gesetzen gebracht. Die gesetzliche Grundlage für diese Frevel ist ein besonderes Gesetz, das während der Carter-Regierung den Kongreß durchlaufen hat. Der Autor dieses Berichtes glaubt, daß es sich um eine Gesetzesvorlage über den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte handelt, und daher durch die U.S. Verfassung verboten ist. Der Kongreß hat ebenfalls das konstitutionelle Prinzip der Gewaltentrennung der drei Regierungsorgane in grober Weise verletzt.
Um Präsident Reagan Gerechtigkeit zukommen zu lassen, sollte erwähnt werden, daß er Allan A. Ryan, Jr., vom OSI, der nicht durch Zivilbedienstetengesetze geschützt war, feuerte. Ryans Antwort an den Präsidenten war das Buch *Quiet Neighbors: Prosecuting Nazi War Criminals in America (Stille Nachbarn: Die Verfolgung von Nazikriegsverbrechern in Amerika)*.[13] In diesem Buch entwickelte Ryan großen Eifer, um die Aktivitäten der ruchlosen OSI zu rechtfertigen. Indem er Letten, Litauer und Esten allgemein als Kollaborateure der Deutschen darstellte, beteiligte er sich an dem Rufmord dieser drei Völker als Ganzem. Er scheint verärgert darüber gewesen zu sein, daß die U.S.-Regierung die sowjetische Annektierung der baltischen Länder nicht anerkannte. Da der Kolonialismus in Afrika und Asien vorbei ist, befanden sich Ryan und seine sowjetischen Komplizen nicht mehr in der Hauptdenkrichtung der Ideen des zwanzigsten Jahrhunderts. Sein Buch demonstriert in vielfältiger Weise, daß seine Loyalität und die des OSI der Sowjetunion galt, was durch ihre Aufhetzung zu Völkerhaß und Haß auf Abweichler und durch ihre Versuche bewiesen wird, offen bekennende Antikommunisten einzuschüchtern.
Sogar unter diesem Gesichtspunkt haben sie jämmerlich versagt. Sie verschließen ihre Augen gegenüber der Tatsache, daß junge Letten, Litauer und Esten eine gute Bildung haben, einfallsreich und mutig sind. Die heutige baltische Jugend kann und wird es nicht zulassen, sich rechtlich oder moralisch mit Kriegsverbrechen zu belasten, die vor ihrer Geburt passierten. Sie hassen Ryan nicht, sie verachten ihn. Nur ein Eigenbrötler wie Ryan kann das nicht erkennen. Lenin nannte solche Personen *»nützliche Idioten«*. Die pro-sowjetischen Elemente der USA, darin eingeschlossen der OSI, erlebten im September 1986 einen großen Rückschlag, als die Supermächte sich zu einer Konferenz in Jurmala, Lettland, trafen. Dort sagte der Berater des weißen Hauses und Botschafter Jack Matlock am 18. September auf Lettisch, daß die U.S.A. die Rechtmäßigkeit der zwangsweisen Aufnahme Lettlands, Litauens und Estlands in die Sowjetunion nie anerkannt haben und nicht anerkennen werden.
Diese Deklaration wurde zweimal im örtlichen Fernsehen ausgestrahlt und verbreitete sich in ganz Riga, der Hauptstadt von Lettland. Matlock wurde sofort in Lettland ein Volksheld, und die Letten sehen Präsident Reagan als den besten Freund Lettlands an. Dies war eine Deklaration, die die amerikanischen Nachrichtenmedien nicht unterdrücken konnten.

Aussichten für ein unabhängiges Lettland

Seit 1965 haben beide Häuser des US-Kongresses ein Jahrzehnt lang Resolutionen verabschiedet, welche die Völkermordmaßnahmen der Regierung der Sowjetunion in den baltischen Staaten verurteilten und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit dieser Staaten verlangten. Der Kongreß hat ebenfalls jährliche Resolutionen verabschiedet, die den 14. Juni als den Tag der baltischen Staaten erklärten, und die die von den Sowjets in den baltischen Staaten durchgeführten Massendeportationen verurteilten. Präsident Reagan hat jedes Jahr eindeutige Proklamationen der gefangengehaltenen Nationen und die Resolution des Tages der baltischen Staaten unterzeichnet, welche die Sowjetunion als Aggressor bezeichneten und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Lettland, Litauen und Estland verlangten. Es ist bedauerlich, daß diese Resolutionen und Proklamationen in unseren großen Medien fast nie erwähnt wurden.
Ende der achtziger Jahre gab es eine starke Untergrundbewegung in den baltischen Staaten. Die Untergrundorganisationen haben oft Memoranden an die westlichen Demokratien geschickt, die die Wiederherstellung der Rechte auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit für die baltischen Völker for-

dern. Diese amtlichen Verlautbarungen wurden allerdings von den westlichen Medien ignoriert.
Es sollte erwähnt werden, daß an westlichen akademischen Institutionen eine verfälschte Geschichte gelehrt wird, die einen angeblichen deutschen Imperialismus hervorhebt und dabei übersieht, daß Deutschland nach 1254 (dem Ende der Hohenstaufen-Dynastie) geographisch bis zur Vereinigung Deutschlands unter Otto von Bismarck 1870 weitgehend keine Einheit bildete. Die Studenten in den meisten amerikanischen Schulen und Universitäten werden beflissentlich um das Wissen gebracht, daß die Russen mehrere Jahrhunderte lang mit großangelegten kolonialistischen Plünderungen und der Ausbeutung recht weit entwickelter Nichtrussen und Nichtslawen zu tun hatten, und daß Sowjetrußland ein Menschengefängnis war.
Ein Mangel an intellektueller Aufrichtigkeit hindert die Akademiker daran, die amerikanischen Studenten darüber aufzuklären, daß die Sowjets konsequente Pläne hatten, um mit allen Mitteln die Weltvorherrschaft zu erlangen. Ein gutes Beispiel dieser Art von Desinformation wurde durch die ganze glänzende Versammlung von U.S.- und westeuropäischen Fernsehsendern gegeben, die, von falschen Meinungsforschern unterstützt, Gorbatschow als einen Führer mit konstruktiven Ideen zur Erreichung des Friedens beschrieben haben, im Gegensatz zur negativen Einstellung Präsident Reagans. Sie ignorierten absichtlich die Tatsache, daß während der kurzen totalitären Diktatur von Gorbatschow die Massenmorde in Afghanistan, dabei auch jene an Frauen und Kindern, ihren Höhepunkt erreichten, was schließlich zum Tode von einem Drittel der dortigen Bevölkerung führte. So hat Gorbatschow hinter einer Fassade der Mäßigung seine wahre barbarische Mentalität gezeigt.
Ich habe schon 1988, zur Zeit der Erstveröffentlichung dieses Beitrages, vorausgesagt, daß aufgrund der hochgradig instabilen Wirtschaft, dem explosiven und anwachsenden Nationalismus der gefangengehaltenen Völker, und den im Gegensatz zueinander stehenden Interessen von Sowjetrußland und Rotchina nur pro-sowjetische westliche Kapitalisten wie die Rockefellers den Verfall des sowjetischen Reiches aufschieben konnten.
Die lettische Jugend, in Lettland und im Exil, nutzte den Wahlspruch von Präsident Ulmanis:

»Lettland für Letten und Letten für Lettland.«

Vor seiner Deportation nach Rußland erklärte Ulmanis seinen nächsten Mitarbeitern:

»Wir können unterdrückt werden, wir können teilweise ausgerottet werden, aber solange ein einziger Lette noch am Leben ist, wird der Kampf für das Recht, in einem freien und unabhängigen Lettland zu leben, weitergehen.«

Der Autor dieser Studie glaubte 1988 daran, daß er noch einmal ein unabhängiges Lettland sehen wird, ein Lettland welches sich dann tatsächlich wenige Jahre danach bildete, ein neues Lettland, ein wiederhergestelltes Lettland.

Anmerkungen

Entnommen dem *The Journal of Historical Review*, Bd. 8(1) (1988), S. 25-40, mit freundlicher Genehmigung des Institut for Historical Review, PO Box 2739, Newport Beach, California 92659; übersetzt von Detlef Gonia. Die Bilder wurden entnommen der Website http://www.latvian-holocaust.com/too_many_to_count.html von Kārlis Zuika, angeblich eine Veröffentlichung des Titels »*The Ghastly Year*« wiedergebend. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um einen Bericht, der von Deutschen und Letten nach der temporären Befreiung 1941 angefertigt wurde. Die Website ist allerdings seit einigen Monaten offline.

1. Zanis Unams (Hg.), *Es Vinu Pazistu. Biografiska Vardnica*, Riga 1939, S. 501-505.
2. Dr. Arnolds Spekke, *History of Latvia*, Stockholm 1951, S. 347-348. Dr. Spekke war zwischen 1954-1970 Lettischer Gesandter in Washington, D.C..
3. Edgars Dunsdorfs, *Karla Ulmana Dzive*, Stockholm 1978, S..193-209.
4. Unams (Hg.), aaO. (Anm. 1), S. 501-504.
5. Dr. Alfred Bilmanis, *History of Latvia*, Princeton University Press, 1951, S. 394-407. Bilmanis war zwischen 1935 und 1948 lettischer Gesandter in den USA und ein prominenter lettischer Historiker.
6. Joseph Pajaujis-Javis, *Soviet Genocide in Lithuania*, Anhang Nr. 4, S. 222-229.
7. Alfreds Zeichners, *Latvijas Bolsevizacija*, 1940-1941, Selbstverlag, Riga 1944, S.458; Bilmanis, aaO. (Anm. 5), S. 406.
8. Clarence A. Manning, *The Forgotten Republics*, New York 1952, S. 232-235.
9. Pajaujis-Javis, *Soviet Genocide in Lithuania*, S. 91-117.
10. Donald Day, *Onward Christian Soldiers*, The Noontide Press, Torrance, California, 1982, S.33.
11. Aleksandr I. Solzhenitsyn, *The Gulag Archipelago*, Harper and Row Publishers, New York, Band I, S. 145. William L. Shirer, *The Rise and Fall of the Third Reich*, New York 1962, S. 1041; das bedeutet nicht, daß der Autor diese Ansicht teilt.
12. *Baltic Tribunal Against the Soviet Union July 25 and 26, 1985*, Kopenhagen, veröffentlicht durch die World Federation of Free Latvians, S. 1-195
13. New York Harcourt, Brace and Jovanovich, 1984.

Die US-Nazijäger vom OSI und der Holocaust-Mythos

Von Andrew Allen

Die US-Nazijäger

Eine wichtige Stütze des Holocaust-Mythos ist der weitverbreitete Glaube, daß nationalsozialistische Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg während verschiedener Gerichtsverfahren nachgewiesen wurden. Sogar noch 50 Jahre nach dem Krieg versuchen verschiedene Regierungen, diesen Mythos durch die Strafverfolgung angeblicher Kriegsverbrecher zu stützen. Die Fälle John Demjanjuk in Israel und Imre Finta in Kanada sind nur zwei Beispiele dafür. In den Vereinigten Staaten wurde für die „Nazi-Jagd" sogar eine permanente Einrichtung innerhalb der US-Justizministeriums geschaffen, das Büro für Sonderermittlungen – Office of Special Investigations (OSI). Es wurde am 4. September 1979 von Präsident Jimmy Carter gegründet, als Reaktion auf ein am 30. Oktober des Vorjahres vom Kongreß verabschiedeten Gesetz. Dieses Gesetz mit der Nummer 95-549 hat den Zweck, sogenannte „Nazi-Kriegsverbrecher" aufzuspüren und ihnen die Staatsbürgerschaft zu entziehen. In den ersten zehn Jahren des Bestehens des OSI wurde 35 US-Bürgern die Staatsbürgerschaft entzogen, woraufhin sie anschließend in ihre verschiedenen Herkunftsländer deportiert wurden. Das Büro hat ein Jahresetat von über 4 Millionen US-Dollar. Zur Zeit ist Neal Sher Vorsitzender des Büros.
Die Aktivitäten des OSI werden von den Mitgliedern des Aufsichtsrats, den Gerichten und von Kongreßmitgliedern zunehmend in Frage gestellt. Dieser Beitrag befaßt sich mit ei-

nem vom OSI verfolgten Fall, und zwar dem von Martin Bartesch. 1987 eröffnete das OSI ein Verfahren gegen den in Chicago ansässigen Martin Bartesch, um ihm die Staatsbürgerschaft abzuerkennen und ihn zu deportieren. In seinen Schriftsätzen wie auch in den Presseerklärungen beschuldigte das OSI Martin Bartesch, ein „Nazi-Kriegsverbrecher" zu sein, der persönlich Zehntausende von Häftlingen im Konzentrationslager Mauthausen ermordet habe. Er wurde beschuldigt, seine Einreise in die USA durch Betrug erschlichen zu haben, da er seine Aktivitäten für die SS verschwiegen habe.

Man sollte sich vergegenwärtigen, daß den vom OSI Beschuldigten nur vorgeworfen wird, bei der Einreise in die USA formale Vergehen begangen zu haben, indem sie gewisse Informationen zurückhielten. Das OSI sowie die Medien bezeichnen ihre Verfolgungsopfer aber dennoch regelmäßig als „Kriegsverbrecher". Ihnen wird tatsächlich keinerlei Verbrechen vorgeworfen. Das OSI klagt diese Leute nur wegen zivilrechtlicher Vergehen gegen die Einwanderungsbestimmungen an. Eine Niederlage in dem sich daraus entwickelnden Rechtsstreit wird von den Gerichten lediglich als Verurteilung in einer Zivilsache behandelt, nicht aber als Strafsache. Es mag unlogisch erscheinen, daß der Entzug der Staatsbürgerschaft, die Trennung von der Familie, der Verlust aller Sozialversicherungszahlungen sowie die Deportation nicht als „Bestrafung" aufgefaßt wird, ein Knöllchen über $100 aber sehr wohl. Dies ist aber dennoch die Rechtsauffassung des OSI, und die US-Gerichte haben sich dem leider angeschlossen.

Der Unterschied zwischen Zivil- und Strafverfahren ist sehr wichtig. Er bedeutet, daß ein vom OSI Angeklagter nicht jene Rechte zugestanden bekommt, die beispielsweise jedem Mörder zustehen. So hat der Angeklagte kein Recht auf einen Pflichtverteidiger, kein Recht auf ein Geschworenengericht, kein Aussageverweigerungsrecht und kann schon bei weitaus mangelhafterer Beweislage, als sie in einem Strafverfahren notwendig ist, für schuldig befunden werden. Angesichts dieser schwerwiegenden Nachteile und der drohenden hohen Gerichtskosten einigte sich Martin Bartesch außergerichtlich mit dem OSI. Diese Einigung bestand darin, daß er zurück in sein Geburtsland Österreich gehen würde, seine Sozialversicherungsbeiträge behalten könnte, und, was am wichtigsten ist, daß das OSI seine Frau nicht auch verfolgen würde.

Damit wäre dieser Fall abgeschlossen gewesen, wenn Martin Barteschs Kinder nicht so entschlossen gewesen wären, den Ruf ihres Vaters wieder herzustellen. 1988 wurde ich von Martins Sohn Heinz gebeten, bei den Behörden Akteneinsicht bezüglich seines Vaters zu erhalten. Die Einsichtsnahme zielte darauf ab, herauszufinden, was das OSI über Martin Bartesch vorliegen hatte. Als das OSI diese Akteneinsichtsgesuch ignorierte, verklagte ich es.

Das US-Gesetz über die Informationsfreiheit (Freedom of Information Act 5 U.S.C., FIOA) war 1966 vom Kongreß beschlossen worden und wurde 1974 erheblich verändert. Das Gesetz stellt einen wichtigen liberalen Triumph dar, denn mit ihm wurde erstmalig gesetzlich das Recht festgeschrieben, daß jede Person Zugang zu den Akten der US-Bundesbehörden bekommen kann, die sich auf ihn beziehen. Das FOIA schreibt vor, daß die US-Bundesbehörde entweder die über die anfragende Person geführten Akten freigibt oder eine vollständige Liste der Dokumente anfertigt und sich auf einen der Ausnahmegründe beruft, warum die Dokumente selbst nicht freigegeben werden (wie z.B. aus Gründen der Staatssicherheit). Diese Liste wird auch „Vaughn"-Index genannt.

Mehrere Wochen nachdem ich das OSI verklagt hatte, wurde mir ein großes Paket zugesandt. Es war angefüllt mit Dokumenten über Bartesch aus den OSI-Akten. Das ist es, was den Fall Bartesch so besonders interessant macht. Als mir irgend jemand im OSI die Dokumente zuspielte, befand ich mich in einer interessanten Lage: Ich konnte nachprüfen, wie sich meine juristischen Kollegen vom OSI an den Wortlaut des Informationsfreiheits-Gesetzes hielten. Ich war außerdem in der Lage, den gesamten Verlauf des Falles Bartesch nachzuzeichnen.

Die Geschichte Martin Barteschs

Martin Bartesch war ein auf einem rumänischen Bauernhof lebender Volkdeutscher. 1943, im Alter von 16 Jahren, trat er der SS bei, angeblich unter großem Druck, um einem Fronteinsatz in Rußland zu entgehen. Er war nie ein Mitglied in einer anderen NS-Organisation, wie etwa der Hitler-Jugend. Im September und Oktober 1943 wurde er außerhalb des Konzentrationslagers Mauthausen ausgebildet und wurde anschließend ins etwa 100 km weit entfernt Lager Linz III verlegt. Es handelte sich dabei um ein Arbeitslager, das von Zivilisten unter der Aufsicht der SS geführt wurde und wo es nicht zu Mißhandlungen oder Greueln gekommen ist.

Zeugenaussagen wiesen außerdem darauf hin, daß Bartesch während Straßenbaueinsätzen seine Zigaretten mit den vom ihm beaufsichtigten Häftlingen teilte und für sie auch Zusatzverpflegung organisierte. 1945 wurde Bartesch an die Ostfront verlegt. Er kämpfte gegen die Sowjets und wurde bei Kriegsende gefangengenommen. Als die Sowjets Rumänien überrannten, verlor Bartesch sein Zuhause. 1958 wanderte Martin Bartesch als Flüchtling nach Amerika aus, gründete dort eine Familie und wurde ein vorbildhafter Bürger.

Während seines Einsatzes bei Mauthausen diente er drei Wochen als Wache des äußeren Sicherungsringes. Während dieser Zeit erschoß er einen flüchtenden Häftling namens Max Ochsbron. Dieser Vorgang wurde ordnungsgemäß in den Akten des Lagers festgehalten und zeigt, daß der Häftling tatsächlich versucht hatte zu fliehen. Ochsbron scheint wegen Fälschungsdelikten inhaftiert gewesen zu.

Die Geschichte des Deportationsfalles Martin Bartesch

Irgendwann im Jahr 1985 wurde dieser eine Eintrag in den Lagerakten von den Untersuchungsbeamten des OSI entdeckt. Eine Rechnersuche ergab, daß der Name in den Akten mit dem des Martin Bartesch aus den Einwanderungsakten identisch war. Aufgrund dieser dünnen Beweislage eröffnete das OSI ein Verfahren gegen Martin Bartesch. Es veröffentlichte zudem Presseerklärungen, die, wie oben erwähnt, Bartesch als Massenmörder bezeichneten. Die Staatsanwälte des OSI taten dies, obwohl sie die Liste der im Lager Mauthausen stationierten SS-Männer vorliegen hatten (Bartesch befand sich nicht darauf) sowie eine Liste, aus der sich ergibt, daß Bartesch in Linz III eingesetzt war. Aus einer zweiten dem OSI vorliegenden Liste ergab sich ebenfalls, daß Bartesch nie im KL Mauthausen selbst eingesetzt war.

Der direkt mit dem Fall befaßte OSI-Staatsanwalt war Michael Bernstein, der mit der Zustimmung und Genehmigung des OSI-Direktors Neal Sher handelte. Erst nach seiner Verfahrenseröffnung fing das OSI überhaupt an, nach Beweisen gegen Bartesch zu suchen. In verschiedenen Zeitungen wurden Anzeigen geschaltet, denen zufolge das »*OSI dringend Mauthausen Zeugen sucht*«. Die Ermittler durchkämmten Akten in

Prag, Wien und Berlin. Bernstein und seine Assistentin (namens Betty Shave) unternahmen verschiedene teure Reisen nach Israel und Paris, um mögliche „Zeugen" zu vernehmen. Doch trotz dieser erschöpfenden Ermittlung konnte das OSI keinerlei Beweis dafür finden, wonach Martin Bartesch in irgendein Verbrechen verwickelt war. Ein Telegramm des Außenministeriums faßte dies wie folgt zusammen:

»Alles, was aus den Dokumenten festgestellt werden konnte, ist, daß der französische Jude (Nr. 14582) Max Ochsbron, geboren am 20. August 1916 in Wien, am 28. Oktober 1943 um 9^{55} *Uhr während eines Fluchtversuches erschossen wurde (Auf der Flucht erschossen).«*

Tatsächlich förderte die Suche des OSI nur Beweise zutage, die Bartesch entlasten. In verschiedenen Vernehmungen mit ehemaligen Häftlingen versicherten diese immer wieder, daß diese niemals irgendwelche Mißhandlungen oder Tötungen von Häftlingen durch SS-Wachpersonal im Lager Linz III sahen oder daß sie niemals Beschwerden anderer Häftlinge über Mißhandlungen oder Tötungen hörten. Über das Lager Linz III wird gesagt, es sei *»relativ nett«* gewesen. Die Berichte vieler dieser Vernehmungen werden am Ende vom OSI wie folgt kommentiert:

»Vernehmungen nicht brauchbar. Er [der Vernommene] *zeichnet ein eher angenehmes Bild des Lebens in Linz III.«*

Trotz der klaren Beweislage für Barteschs Unschuld stellte Neal Sher den Fall aber nicht ein oder nahm auch nur die extremen und abscheulichen Anschuldigungen gegen Bartesch zurück. Die Bitte um Akteneinsicht seitens Barteschs Einwanderungsanwalts wurde übergangen, und Michael Bernstein enthielt der Familie Bartesch die entlastenden Beweise vor, mit Genehmigung durch den OSI-Direktor Neal Sher. Die Erklärungen bezüglich der milden Bedingungen im Lager Linz III wurden „vergessen". Schlimmer noch: Dokumente wurden in einer verzerrenden Weise übersetzt, die den Anschein erweckten, Martin Bartesch sei doch irgendwie schuldig. Zudem fügte man die Worte *»Konzentrationslager Mauthausen«* der Liste der Namen der SS-Wachen bei, womit fälschlich suggeriert wurde, daß die in Linz III eingesetzten Wachen auch in Mauthausen gedient hätten. Es wurde auch ausgelassen, daß Bartesch bei seiner Einreise sehr wohl angegeben hatte, in der SS gewesen zu sein.

Das OSI hat niemals zugegeben, daß der anfängliche Vorwurf der Ermordung von Zehntausenden von Häftlingen falsch war. Während Barteschs Deportationsverfahren schrieben verschiedene US-Bürger Protestbriefe zur Unterstützung von Martin Bartesch an das Weiße Haus und den US-Kongreß. Die mir zugespielten Dokumente enthüllen, daß das OSI diese Protestbriefe zugeschoben bekam und sammelte. Es schlug zudem vor, verwaltungsrechtliche und juristische Schritte gegen die Briefschreiber einzuleiten. Michael Bernstein forderte gar die Einwanderungsakten der Briefschreiber an, um auch dieser einer Untersuchung zu unterziehen. In einem im OSI zirkulierenden Rundbrief wurde festgestellt, diese Briefe seien *»irritierend«*, und es wird diskutiert, die Protestierenden zu einer Vernehmung vorzuladen.

Die Akten des OSI waren voll mit gesammelten Artikeln und Leserbriefen aus verschiedenen Periodika. Direktor Sher hat die öffentliche Wirkung der vom OSI untersuchten Fälle intensiv analysiert. Aus den Unterlagen ergibt sich auch, daß das OSI offenbar mit privaten Organisationen zusammenarbeitet, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Eine einzige Tragödie sorgte dafür, daß Martin Barteschs Name auf einer Liste auftauchte, die vom OSI verwendet wurde, um mögliche NS-Kriegsverbrecher aufzuspüren. Ohne vorherige Ermittlungen erhob das OSI sofort die schwerwiegendsten Beschuldigungen gegen Bartesch und ruinierte ihn somit. Dies ist eine unverantwortliche Handlungsweise für eine US-Regierungsbehörde. Der Fall wurde auch noch weiter untersucht, als die Wahrheit bereits bekannt war, denn das OSI konnte nicht zugeben, einen Fehler begangen zu haben. Das OSI hatte nicht die Aufrichtigkeit, die anfänglichen Anschuldigungen zurückzuziehen und sich bei der Familie Bartesch zu entschuldigen.

Die Klage auf Akteneinsicht

Das US-Informationsfreiheits-Gesetz war gedacht als wichtiges Instrument, um geheime Regierungsaktivitäten in Schach zu halten und um die Regierungspraktiken offenzulegen. Das OSI hat sich im Fall von Barteschs Antrag auf Akteneinsicht ganz offensichtlich nicht an dieses Gesetz gehalten. Viele Dokumente, die sich in Barteschs Akten befanden, befanden sich nicht auf dem mir zugesandten „Vaughn"-Index. Ich gehe davon aus, daß es wohl mehr als ein Zufall ist, daß sämtliche für Bartesch entlastenden Beweise bzw. solche, die ein Fehlverhalten des OSI belegen, schlicht nicht aufgeführt wurden.

In einem anderen Klagefall um Informationsfreiheit, der im Fall John Demjanjuk angestrengt worden war, weigerte sich das OSI ebenfalls, bestimmte wichtige Dokumente auszuhändigen oder auch nur aufzulisten. Die Staatsanwälte des OSI scheinen also ein Verhaltensmuster an den Tag zu legen, demzufolge sie das Gesetz zur Informationsfreiheit schlicht ignorieren bzw. ihm auszuweichen versuchen.

Während meiner Klage um Akteneinsicht verhielt sich das OSI zudem feindselig und unprofessionell. Es wurden gedroht, die eingestellten Verfahren gegen Martin Bartesch wieder aufzunehmen, wenn sein Sohn auf der gerichtlichen Durchsetzung seines Akteneinsichtgesuches bestehe. Als Rechtsanwalt der Familie Bartesch wurde mir mit Strafverfolgung gedroht, weil ich im Besitz von OSI-Dokumenten sei. Vernünftigen Akteneinsichtsgesuchen widersetzte man sich.

Zusammenfassend beweisen die Dokumente, daß das OSI

1. das Ausbürgerungsverfahren auf der Basis sehr dünner Beweise eröffnete, während es zugleich extrem schwerwiegende Strafvorwürfe machte;
2. sich weigerte, Entlastungsbeweise für Bartesch freizugeben;
3. verzerrte und unrichtige Übersetzungen benutzte;
4. sich weigerte, die schwerwiegendsten gegen Bartesch erhobenen Vorwürfe zurückzuziehen, als sie sich als falsch herausgestellt hatten;
5. die Namen von Bürgern sammelte, die sich an ihre gewählten Repräsentanten wandten;
6. und verwaltungsrechtliche Repressalien gegen sie erwog.
7. Bezüglich der Akteneinsichtsklage weigerte sich das OSI, viele wichtige Dokumente auf den „Vaughn"-Index zu setzen
8. und es beschrieb die angeführten Dokumente in einer irreführenden Weise.

Das Bestehen eines Amtes wie das Office of Special Investigations zeigt die Macht und die andauernde Wichtigkeit des Holocaust-Mythos. Die Tatsache, daß sich das OSI gezwungen zu sehen scheint, in Fällen wie dem von Martin Bartesch überhaupt zu ermitteln, weist darauf hin, daß es gar keine richtigen NS-Verbrecher gibt, die es verfolgen könnte.

Stalins Säuberung der Roten Armee

Eine Neubewertung des Falles Tuchatschewski

Von Daniel D. Michaels

Viktor Suworow, der schon mit seiner revisionistischen Analyse des Ausbruchs des deutsch-russischen Krieges im Juni 1941 die russischen Historiker der nach-stalinistischen Ära aufgerüttelt hat, hat 1998 ein neues Buch des Titels *Die Säuberung: Warum Stalin seine Armee enthauptete?* veröffentlicht, in dem er eine neue Interpretation der Großen Säuberung der Roten Armee im Jahre 1937 liefert. Demnach sei der von Stalin beabsichtigte Zweck gar nicht so irrational und die Konsequenzen nicht derart verheerend gewesen wie bisher geglaubt, einschließlich der Hinrichtung von Marschall Michail Nikolajewitsch Tuchatschewski.

Mit überzeugenden Argumenten, die er, wie man es von ihm gewohnt ist, auf Primärquellen stützt, entlarvt Suworow die übliche Lehrmeinung bezüglich der schweren Verluste, die die Rote Armee beim Beginn des deutschen Rußlandfeldzuges erlitt.[2] Diese Lehrmeinung behauptet, daß Stalins Säuberung des Jahres 1937 die Rote Armee enthauptet und ihrer besten Kommandeuren beraubt habe. Falsch, behauptet Suworow – ganz im Gegenteil!

Die offizielle Fassung bezüglich der Konsequenzen von Stalins Säuberung, von den sowjetischen Beamten als Geschichte präsentiert, geht auf das Jahr 1956 zurück und wurde von Nikita Chruschtschow als Teil seines Entstalinisierungsprogramms veranlaßt, also seinem Versuch, sich selbst auf Stalins Kosten aufzubauen. Chruschtschow, zu Lebzeiten des Diktators noch ein Speichellecker Stalins, vertrat nach dessen Tode die Auffassung, daß Marschall Tuchatschewski ein großer Stratege war, der den deutschen Angriff voraussah und davor warnte, und der auf die Aufrüstung der Streitkräfte drängte, aber daran durch Stalins Dummheit und Kurzsichtigkeit gehindert wurde. Mehr noch: Chruschtschow beharrte darauf, daß der Marschall Wassily Konstantinowitsch Blücher, die Heereskommandeure ersten Ranges Jonas Emmanuelowitsch Jakir und Hieronim Petrowitsch Uberowitsch, der Corps-Kommandeur Vitovt Kazimirowitsch Putna, der Heereskommandeur zweiten Ranges Pavel Jefimowitsch Dybenko und die anderen Helden des Tages, die zusammen mit Tuchatschewski gesäubert wurden, alle Patrioten waren, die niemals gegen den Staat konspiriert hätten. Chruschtschow bürgte auch für die Zuverlässigkeit von General Andrej Wlassow.[3] Chruschtschow klagte Stalin an, er sei auf eine vom nationalsozialistischen Geheimdienst ausgekochte Intrige hereingefallen, die vorgab, hochrangige sowjetische Militärpersonen hätten mit ihren deutschen Gegenstücken konspiriert, um sowohl die deutschen wie die sowjetischen Führer zu beseitigen.[4]



Diese überfüllte Straße ist typisch für die Zustände, mit denen sich die auf Smolensk vorrückenden Deutschen herumschlagen mußten. Für diese massive Land-Invasion standen genau zwei fahrbare Straßen zu Verfügung, auf der die Deutschen etwa 87.000 Fahrzeuge nach Osten führten, zumindest im Fall des Generalleutnants Heinz Guderian. Andere Straßen wurden der Verteidigung halber absichtlich zerstört. Die Deutschen stießen in Stalins Rußland mit erstaunlicher Geschwindigkeit und Effektivität vor. Guderian wird als der Vater der Panzerkräfte und der „Blitzkrieg"-Taktik betrachtet.

Gemäß Chruschtschow und den meisten nachfolgenden Kreml-Fachleuten wirkte sich Stalins Säuberung katastrophal auf die Effektivität der Roten Armee aus. 40.000 Offiziere der Roten Armee wurden liquidiert, einschließlich drei der fünf Marschälle der Sowjetunion,[5] alle fünf Heereskommandeure ersten Ranges, beide Armeekommissare ersten Ranges sowie alle 12 Heereskommandeure zweiten Ranges. Chruschtschow behauptete, daß die Rote Armee 1941 als Ergebnis dieser Säuberung ihre fast verhängnisvolle Niederlage erlitt.

Als rhetorisches Stilmittel wendet sich Suworow mit seinen Argumenten an das kürzlich verstorbene leitende Mitglied des sowjetrussischen Establishments – ein Doktor der „historischen und philosophischen Wissenschaften" (Marxismus-Leninismus), Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Abgeordneter der Duma (russ. Parlament), früherer stellvertretender Leiter der Politischen Hauptverwaltung, Leiter der Verwaltung für Sonderpropaganda, früherer Leiter des Instituts der Sowjetischen Militärgeschichte, Professor, Ge-

neralleutnant Dimitri Antonowitsch Wolkogonow, der die Aussagen des Autors mit der Behauptung abzutun versucht, daß nur er (Wolkogonow) Zugang zu allen Akten und Dokumenten habe und Suworow folglich nur spekulieren könne. Suworow wendet dagegen ein, daß er mit dem einfachen, gewöhnlichen, russischem Bauernverstand spreche.

Erstens bezweifelt Suworow die Anzahl (40.000) der angeblich während Stalins Säuberung erschossenen Kommandeure der Roten Armee. Durch die Auffindung der für diese Zahl angegebenen Primärquelle, die 1993 erneut publiziert worden war, entdeckte er, daß dieses Dokument gar nicht behauptet, 40.000 seien liquidiert worden.[6] Das Dokument sagt aus, daß 1937 20.643 Mitglieder der Streitkräfte entlassen wurden – nicht liquidiert oder erschossen –, gefolgt von weiteren 16.118 im Jahr 1938, also insgesamt 36.761. Weiter fand Suworow, daß gemäß dem Originaldokument von jenen, die 1937 entlassen worden waren, nur 5.811 verhaftet wurden, und von denen, die 1938 entlassenen wurden, weitere 5.057. Es wurden also nicht 40.000 Kommandeure erschossen, so Suworow, sondern 10.868 verhaftet. Zudem seien nicht alle Verhafteten auch erschossen worden. Viele seien später tatsächlich wieder in die Streitkräfte aufgenommen worden. Konstantin Konstantinowitsch Rokossowski ist ein gutes Beispiel für einen Kommandeur, der 1937 verhaftet wurde, später jedoch für seine Siege im Zweiten Weltkrieg zum Marschall der Sowjetunion aufgestiegen ist.

Anschließend klärt Suworow die Bedeutung der in der Säuberungs-Literatur verwendeten russischen Begriffe »*polkovodets*« und »*komandir*« auf, die gewöhnlich mit General bzw. Kommandeur der Roten Armee übersetzt werden. Da die Rote Armee 1937 etwa eine Million Mann stark war, ist offensichtlich, daß nicht jeder davon ein General oder Kommandeur im üblichen Sprachgebrauch sein konnte. Suworow fand heraus, daß der Anteil politischer Offiziere und Kommissare an den Festgenommenen sehr hoch war. In der Kategorie der Heereskommandeure zweiten Ranges zum Beispiel, die dem Heereskommissar zweiten Ranges und dem Militärrichter des Heeres entspricht, waren offiziell 26 erschossen worden, von denen aber nur 10, also 40%, Militär-Offiziere waren, während die restlichen 60% Parteikommissare waren, die Suworow als Ballast bezeichnet. Die Erschießung der Kommissare, die – nebenbei bemerkt – von gewissen deutschen Einheiten im Zweiten Weltkrieg fortgesetzt wurde, habe tatsächlich die Moral der Armee erhöht, da die Kommissare bei der Mannschaft der Roten Armee und bei der Bevölkerung allgemein verachtet waren. Bis zu dieser Zeit hatten die Kommissare die absolute Macht über das Militär, selbst wenn sie keine militärische Ausbildung besaßen; und diese Macht nutzten sie auch aus, indem sie jeden Widerstand abwürgten und das freie Denken unterdrückten. Die politischen Offiziere dagegen, die 1943 die Kommissare ersetzten, waren nicht mehr ermächtigt, sich in rein militärische Entscheidungen einzumischen.



Oben: der junge Tuchatschewski. Der Verhaftung von Marschall Tuchatschewski (1893-1937), der nach allgemeiner Auffassung die Verantwortung für die Entwicklung der Roten Armee zu einer effektiven Streitkraft trägt, und anderer hochrangiger militärischer Offiziere folgte im Mai und Juni 1937 die Verhaftung des vormaligen Chefs des NKWD, Jagoda, und 3.000 seiner treuesten NKWD-Gehilfen.

Um Suworows zynische Einstellung zu verstehen, müssen wir uns in Erinnerung rufen, daß die Rote Armee von Leo Davidowitsch Trotzki (Bronstein), der im „Bürgerkrieg" von 1918-1925 Kriegskommissar und Leiter der Roten Armee gewesen war, gegründet und unter seiner Aufsicht in den höheren Rängen bemannt wurde. Zuerst gab es überhaupt keine Rangunterschieden in Trotzkis Armee. Später mußte aber doch eine Unterscheidung zwischen jenen gemacht werden, die Befehle erteilten, und jenen, die sie ausführten. Die Kommissare, die später mindestens so weit befördert wurden wie die professionellen Soldaten, waren im wesentlichen bewaffnete, mörderische Gangster, die sich auf das Abschlachten der alten russischen Elite und aller Russen und Ukrainer spezialisiert hatten, die sich gegen die Revolution stellten. Die Brutalitäten und willkürlichen Tötungen unter Trotzki und seinen Henkern sind durchaus jenen unter Stalin in den folgenden Jahren vergleichbar – Suworow meint sogar, daß sie schlimmer gewesen seien. Trotzkis Spielart des Kommunismus war noch gewaltsamer und revolutionärer als Stalins. 1935, auf der Höhe der Kollektivierungsorgie, wurde in die Rote Armee der stolze Rang des Marschalls eingeführt, um die leitenden Eintreiber der Parteiideologie zu belohnen.

Suworow betont, daß die meisten von jenen, die „gesäubert" wurden, gar keine Soldaten waren, sondern Tschekisten und Lagerkommandanten bzw. Lagerpersonal im Dienste des NKWD, der größten und mächtigsten Unterdrükkungsorganisation im Dienste des Staates.[7] Der Autor zählt etliche dieser frühen Leiter der Roten Armee und ihre Dienststellungen auf: Divisionsquartiermeister Izrail Izrailowitsch Pliner, Chef des GULAG, NKWD; Divisionsquartiermeister Eduard Petrowitsch Bersin, Chef der Dalstroi (Zentralbauleitung des Hohen Nordens) – eine wichtige Komponente des GULAG-Systems, der z.B. den Bau von Rußlands Kanalsystem mit Sklavenarbeitern und Kriegsgefangenen überwachte; Rudolf Augustowitsch Peterson, Kommandant des Kremls, verantwortlich für die Sicherheit der Parteigrößen in der Zeit von Trotzkis Nachfolger; Heereskommandeur zweiten Ranges Pawel Jefimowitsch Dybenko, der über die Sklavenarbeitslager in den Wäldern Rußlands und Sibiriens herrschte; Lazar Josifowitsch Kogan, erster Chef der GULAG; und Salomon Rafailowitsch Milstein, der Dybenko in den Waldarbeitslagern ablöste. Die Gebildeteren unter den Kommissaren leiteten die Zeitungen und Propagandabüros der Armee und der Marine.

Die ideologische Spaltung zwischen Trotzkisten und Stalinisten in der Roten Armee, zwischen der Ersten Kavalleriearmee und den Roten Kosaken, war schon während des Bürgerkrieges offensichtlich geworden. Stalin war an allen Opera-

tionen der Ersten Kavalleriearmee beteiligt und kannte deren Führung. Unter ihren Befehlshabern befanden sich die Marschälle Budonni und Woroschilow, Timoschenko (der später zu Stalins Marschall gemacht wurde), Armeegeneral Josif Rodionowitsch Apanasenko und weitere Waffenbrüder des Diktators. Ebenso eng mit den Roten Kosaken verbunden waren dagegen der Genosse Trotzki, Marschall Tuchatschewski, Heereskommandeur Jakir[8] und andere, die Stalin später „entfernte".

Marschall Tuchatschewski war sowohl Lenins als auch Trotzkis besonderer Liebling und daher prädestiniert dafür, Stalins spezielles Ziel in seinem Kampf gegen die Trotzkisten zu werden. Suworow zieht eine interessante Analogie zwischen Hitlers Eliminierung von Ernst Röhms SA, dem mehr radikalen und unberechenbaren Element in der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland, und Stalins Liquidation seiner Linksabweichler, den Trotzkisten.[9] Während in Deutschland die Ereignisse allerdings sehr früh erfolgten – Hitler wurde 1933 an die Macht gewählt, und schon ein Jahr später hatte er sich seiner Opposition entledigt (sowohl der Kommunisten als auch Röhms SA) – dauerte der gleiche Prozeß in Rußland viel länger. Zwar nicht für einen größeren Krieg, sehr wohl aber für kurze, begrenzte Konflikte besaß Hitler 1939 die beeidete Treue der Armee (mit Ausnahme einer kleinen Clique aristokratischer Offiziere, die sich nicht durchringen konnten, einen steil aufgestiegenen Obergefreiten zu akzeptieren). In enger Zusammenarbeit mit Marschall Boris Michailowitsch Schapownikow plante Stalin jedoch einen größeren Krieg, allerdings nicht vor der zweiten Hälfte des Jahres 1941. Stalins Streitkräfte waren daher viel besser auf den großen Krieg vorbereitet, der dann ja auch kam.

In einer weiteren Analogie mit den Richtlinien der deutschen Nationalsozialisten vergleicht Suworow den Heereskommandeur Jakir mit Erich Koch, dem Reichskommissar der Ukraine. Beide waren Okkupanten der Ukraine. Beide waren rücksichtslose Eintreiber mit völlig unmenschlichen Leitprinzipen. Es ist eine Ironie, oder vielleicht passend, daß Koch und sein Stab in Kiew für sich das gleiche Gebäude in Anspruch nahmen, das vorher Hauptquartier der NKWD war.[10] Sarkastisch kommentiert Suworow, wenn man jemals beabsichtigte, ein Denkmal zu Jakirs oder Tuchatschewskis Ehren zu errichten, so müsse man in aller Gerechtigkeit auch eines zu Kochs Ehren aufstellen.

Sodann deckt Suworow den Mythos auf, Tuchatschewski sei ein brillanter General gewesen, der ausländische Angriffe auf die UdSSR vorausgesehen, vor ihnen gewarnt und die Wiederbewaffnung der sowjetischen Kräfte vorangetrieben habe. Stalins Versäumnis, Tuchatschewski Gehör zu schenken, so die Lehrmeinung, resultierte in der Katastrophe des 22. Juni 1941.

Tatsächlich waren Tuchatschewskis Ausbildung und Kampferfahrung ziemlich begrenzt. Im Ersten Weltkrieg hatte er einen Kommandoposten ungefähr sechs Monate lang inne. Der „Bürgerkrieg", in dem er herausragend war, war weniger ein Krieg im üblichen Sinne, sondern eine Serie von Strafaktionen, einschließlich Brandschatzung von Dörfern, Geiselnahmen und Massenhinrichtungen sowohl von Zivilisten als auch von Soldaten. Tuchatschewski selbst sagte:

> *»Lokale feindliche Klassen müssen mit eiserner Faust kontrolliert werden.«*

Tuchatschewski war auch Kommandeur der sowjetischen Streitkräfte in dem unglücklichen Feldzug gegen Polen anno 1920. Seine Truppen wurden vom polnischen Marschall Pilsudski vor den Toren Warschaus vertrieben und mußten sich nach Moskau zurückziehen.

Tuchatschewskis Unfähigkeit als Truppenführer, wie er auch in seinem Buch *Campaign on the Vistula* offen zutage tritt, wurde von Marschall Pilsudski wie folgt kommentiert:

> *»Die außerordentliche Abstraktheit des Buches zeigt uns das Bild eines Mannes, der nur zur Analyse seines eigenen Sinnes oder Herzens fähig ist. Er weigert sich entweder absichtlich oder ist unfähig, seine Gedanken mit den täglichen Aktivitäten seiner Truppen zu koordinieren, die seine Befehle und Absichten nicht nur immer ignorierten, sondern ihnen oft auch zuwider handelten. Viele Ereignisse während der Militäroperationen von 1920 sind genau wegen* […] *Tuchatschewskis Tendenz, seine Armee in dieser abstrakten Manier zu führen, so vonstatten gegangen.«*



Wenigen ist bekannt, daß Stalins Sohn, Jakov Dschugaschwili (zweiter von links) in den ersten Monaten der Invasion der UdSSR von der deutscher Armee gefangengenommen worden war. Die Deutschen glaubten anfangs, dies für Verhandlungen mit Stalin ausnutzen zu können. Stalin aber kümmerte sich nicht um seinen Sohn und weigerte sich, über seine Freilassung zu verhandeln.

Tuchatschewskis gesammelte Werke analysierend, beobachtet Suworow, daß der Marschall nicht über Strategie, Taktik, Logistik, Waffensysteme, Fähigkeiten und andere Dinge schreibt, die ernsthafte militärische Denker interessieren, sondern daß er sich in Allgemeinheiten, Parolen und politischen Aufrufen ergeht, wobei er seinem Mentor Trotzki ähnelte. Details, wie Produktionskapazitäten oder Erfordernisse des Kräfteausgleichs, ignorierte er völlig. Um nur ein Beispiel anzuführen: Im Dezember 1927 forderte er Stalin auf, im Jahre 1928, als die Sowjetunion ihre industrielle Basis noch nicht gefestigt hatte, 50.000 bis 100.000 Panzer zu produzieren. Diese Zahl war vollkommen unrealistisch, wenn man bedenkt, daß kein Staat oder keine Kombination von Staaten auch nur annähernd diese Zahl in einem Jahr hätte produzieren können.



Stalins Herrschaft in der Ukraine war so schlimm, daß die deutschen Blitzkrieg-Kämpfer von den Einwohnern als Befreier begrüßt wurden. Hier: ukrainische Mädchen überschütten siegesgewohnte deutsche Soldaten mit Blumen.

Ideologisch waren Trotzki und Tuchatschewski von ähnlicher Gesinnung. Trotzki gab einmal kund:[11]

»Die Parole, die die revolutionäre Vernichtung des nationalen Staates fordert, muß weiter verbreitet werden. Das Programm der Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas als eine Stufe zu den Vereinigten Staaten der Welt muß dem Narrenhaus des kapitalistischen Europa entgegenstehen.«

Oder an anderer Stelle:[12]

»Vergiß den Nationalismus. Es gibt keine nationalen Interessen. Es gibt nur Klasseninteressen.«

Tuchatschewskis Stil, vollgestopft mit blumigen Worten und rhetorischen Phrasen, war genau der Gegensatz von Stalins Stil. Alle, die jemals mit dem Diktator zu tun hatten – Suworow zählt viele Militärs und einige politische Führer auf, einschließlich Churchill –, führten aus, daß Stalin ein phänomenales Gedächtnis hatte, analytisches Denken besaß, außerordentliche Willenskraft und eine große Aufnahmefähigkeit für das, was andere sagten, sowie daß er seine Entscheidungen prägnant und klar ausdrückte.

Tuchatschewskis Unfähigkeit als Planer der sowjetischen Wiederaufrüstung kommentierend, kam Stalin zu einer sehr ähnlichen Folgerungen wie der polnische Marschall:

»Genosse Tuchatschewskis Plan resultiert zu sehr aus stilvollem Enthusiasmus für eine „linke“ Phrase; er entstammt einer Leidenschaft für bürokratische Papierarbeit. Folglich spielt die Analyse mit Zahlen, und die marxistischen Perspektiven für die Entwicklung der Roten Armee, wie er sie präsentiert, sind phantastisch. Auch nur der Versuch, so einen „Plan“ zu verwirklichen, wäre mit Sicherheit gleichbedeutend mit dem Ruin sowohl der Volkswirtschaft als auch der Armee.«

Tatsächlich schlug Tuchatschewski mehrmals Alarm bezüglich der Bedrohungen der Sowjetunion durch fremde Staaten. Suworow zeigt allerdings anhand der vom Marschall verfaßten Schriften,[13] daß er mit seinem Lagebericht falsch lag und zudem unaufrichtig gewesen ist. 1931 warnte er in Übereinstimmung mit der offiziellen Doktrin der kapitalistischen Einkreisung, daß Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten drohten, die UdSSR anzugreifen. Deutschland hat er nicht erwähnt.

Wie Suworow darstellt, war Tuchatschewski vielleicht die führende sowjetische militärische Gestalt, die mit ihren deutschen Entsprechungen bei der Ausbildung der deutschen Streitkräfte in Rußland zusammenarbeitete. So wurden zum Beispiel deutsche Panzerbesatzungen in Kasan ausgebildet, deutsche Flieger in Lipezk. Deutsche Panzer- und U-Boot Konstrukteure haben in Leningrad gearbeitet, deutsche Flugzeughersteller (z. B. Junkers) bauten und testeten neue Modelle in Filya bei Moskau. Als der Krieg dann aber ausbrach, stellte sich natürlich heraus, daß die USA und Frankreich alles in ihrer Macht stehende taten, um das bolschewistische Regime zu retten, während Deutschland das Land war, das die UdSSR zu zerstören trachtete.

Ohne Zweifel erließ Tuchatschewski 1935 noch eine Warnung, in der er Deutschland tatsächlich revanchistischer Absichten beschuldigte.[14] Zusätzlich zu seiner Übertreibung von Deutschlands militärischer Stärke – der Marschall hatte behauptet, Deutschland besäße 10 Schlachtschiffe und eine Panzerwaffe, was beides nicht stimmte, und außerdem war der Barbarossa-Plan noch nicht einmal angedacht – schrieb Tuchatschewski, daß Deutschlands Drohung gegen Frankreich, Belgien und Polen gerichtet sei.



Es überrascht nicht, daß sich Hollywoods führende Stars der Kriegszeit mit dem russischen Militärattaché während dessen Besuch in den USA unterhielten. Es war genau diese Art amoralischen Verhaltens, die dann zur unverblümten Verherrlichung Stalins und der UdSSR führte. Von links nach rechts: Cary Grant, Jean Arthur, der Militärattaché der UdSSR und Ronald Colman, in den Studios von Columbia Pictures, April 1942.

Da Deutschland und die Sowjetunion keine gemeinsame Grenze hatten und noch durch Polen getrennt waren, drängte der Marschall die genannten Staaten, ihre Verteidigung aufzubauen. Zu dieser Zeit hatte Stalin aber bereits seine eigenen Pläne für Europa, die nicht auf Verteidigung basierten, sondern auf der Ergreifung der Initiative für eine größeren Offensive. Stalin beabsichtigte, Hitler als seinen „Eisbrecher" zu verwenden, um Europas kleinere Staaten zu besetzen, und anschließend seinerseits Deutschland und alle dessen Eroberungen einzunehmen.

Das Schwarzbuch des Kommunismus zitiert Beispiele von Tuchatschewskis „Pazifizierungsmethode" des russischen Bauerntums während des Bürgerkrieges, die eine Fortführung von Trotzkis Methode war. Im von Tuchatschewski unterzeichneten Befehl Nr. 171 vom 11. Juni 1921 heißt es z.B.:

> *»1) Erschieße auf Sicht jeden Bürger, der sich weigert, seinen Namen anzugeben; 2) die Politischen Ausschüsse sind ermächtigt, Strafen für jedes Dorf zu verkünden, in dem Waffen verborgen werden, und Geiseln zu nehmen, wenn die Aufbewahrungsorte der Waffen nicht angegeben werden; 3) wo immer Waffen gefunden werden, richte den ältesten Sohn der Familie umgehend hin; 4) jede Familie, die einem Banditen Unterschlupf gewährt, ist zu verhaften und aus der Provinz zu deportieren, und der älteste Sohn ist sofort hinzurichten;* […] *7) diese Befehle sind ohne Gnade auszuführen.«*

Am Tag, nachdem Befehl Nr. 171 ausgesandt wurde, befahl Tuchatschewski alle Rebellen zu vergasen:[15]

> *»Die Reste der besiegten Rebellenbanden und ein paar isolierte Banditen halten sich noch in den Wäldern verborgen* […]. *Diese Wälder sind durch Verwendung von Giftgas zu säubern. Das muß sorgfältig kalkuliert werden, so daß das Gas in die Wälder eindringt und alle tötet, die sich dort verborgen halten.«*

Suworow widmet sich nur sehr kurz verschiedenen behaupteten internationalen Intrigen, wie z.B. jener berühmten, derzufolge ein deutscher Nachrichtendienst durch tschechische Mittelsmänner absichtlich Informationen zu Stalin habe durchsickern lassen bezüglich einer Verschwörung von Tuchatschewski und anderen sowjetischen Militärs zum Putsch gegen den sowjetischen Führer;[4] oder jene andere Intrige, derzufolge die Opfer der Säuberung herausgefunden hätten, daß Stalin in den früheren Jahren seiner Karriere Mitglied der zaristischen Ochrana gewesen sei, weshalb er eliminiert werden sollte. Suworow lehnt diese Theorien aus mehreren Gründen ab: 1) es gebe keinen soliden Beweis (d.h. Dokumente), daß solche Intrigen jemals stattgefunden haben; 2) derartige Gerüchte wurden bisweilen in den Vereinigten Staaten und anderswo von Stalins politischen Feinden, den Trotzkisten, verbreitet, um den Diktator zu diskreditieren; 3) es wäre von den Deutschen wirklich dumm gewesen zu versuchen, feindliche Militärführer zu entfernen, die inkompetent und von ihren eigenen Truppen verachtet waren.

Wie Suworow in seiner Trilogie über das Vorspiel zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges überzeugend gezeigt hat, hatte Stalin einen genauen Plan, die Sowjetunion nicht nur zu verteidigen, sondern territorial zu erweitern.[16] Aber zuerst mußte er die Wirtschaft auf Kriegsleistungen umstellen; dann eine enorme Panzer-, Flugzeug-, U-Boot- und Luftlandestreitmacht produzieren; sodann eine regelrecht gestaffelte Mobilisierung anordnen, und seine Streitmacht schließlich längs der westlichen Grenze in offensive Positionen aufmarschieren



DAS BLUTIGE ERBE DES KOMMUNISMUS IN DER UdSSR

Ein gemeinsames italienisch-russisches Projekte, geleitet von Antonella Christiani, Vera M. Michalewa und Norma Tarchowa, hat 1996 Suworows Hauptargument bestätigt, daß die Rote Armee, speziell die Kommissare, in den 30er Jahren beim russischen und ukrainischen Volk wegen der Grausamkeiten, die sie im „Bürgerkrieg" und beim Kollektivierungsprogramm verübt hatte, verhaßt waren.

Um Wolfgang Strauß, einen prominenten deutschen Slawisten und politischen Analytiker, zu zitieren:

> **»Nicht ein einziger Kommandeur unter den Leitern im Bürgerkrieg hat Lenins, Trotzkis oder Stalins Massenhinrichtungsbefehle verweigert oder auch nur in Frage gestellt. Aus dem Haß der alten Bolschewiken gegen die rückständige Bauernschaft, aus dem Haß gegen Trotzki, Swerdlow und Sinowjew ist der Haß gegen die Rote Armee erwachsen.«**

Sie waren wirklich „willige Vollstrecker" des Kommunismus. Die russischen Historiker und ihre italienischen Kollegen dokumentieren in dieser Studie die Brutalität der Roten Armee bei der Zerschlagung der Bauernaufstände, der Beschlagnahmung der Getreideernte für die Parteigrößen, den vielfältigen Verhaftungen, Hinrichtungen und Deportationen.

Ein General namens Jan Gamarnik, Chef des politischen Direktoriums der Armee, war 1932-33 für die Ausführung der Direktive von Lasar Kaganowitsch verantwortlich, mit der die Beschlagnahmung des Getreides im Kuban befohlen wurde. Als Stalin die Kommandeure der Alten Garde des Bürgerkrieges in der Lubljanka hinrichten ließ (Gamarnik beging 1996 Selbstmord), vergoß kein Bauer in der ganzen Sowjetunion auch nur eine Träne. Mit Ausnahme von Tuchatschewski, einem wirklichen Russen, waren alle Schlächter Nichtrussen, die das russische Volk in Wirklichkeit verachteten: Lowandowski, Kork, Eidemann, Schmid, Alksnin, Jakir, Putna, Uborewitsch und Feldmann (die meisten werden in Suworows Werk erwähnt).

Es wird oft vergessen, daß das russische Volk das erste Opfer des Kommunismus war, einer fremden Ideologie, die Rußland von Nichtrussen rücksichtslos aufgezwungen wurde.

lassen. Stalin beabsichtigte, Deutschland in einer günstigen Zeit anzugreifen (Suworow glaubt im Juli 1941), also nachdem Hitler mit der Eroberung von ganz Westeuropa als sein „Eisbrecher“ fungiert hatte. Stalins überlegene Streitkräfte würden dann Deutschland überrennen und anschließend jene Nationen besetzen, die Hitler schon unterjocht und entwaffnet hatte.

Bevor Stalin diesen Plan durchführen konnte, stellt Suworow fest, habe er alle politisch unzuverlässigen und professionell inkompetenten Elemente aus der bewaffneten Macht entfernen müssen. Er habe die Moral durch Entfernung aller tyrannischen Kommissare stärken, das beste aus Rußlands Vergangenheit wiederbeleben und die Liebe und Hingabebereitschaft für Mütterchen Rußland wiederherstellen müssen.

Hitlers überraschender Angriff am 22. Juni 1941 war vollkommen unerwartet, weil er vollkommen unlogisch war. Durch seinen Nachrichtendienst wußte Stalin, daß Deutschland auf einen langen Zweifrontenkrieg (England war noch im Krieg) nicht vorbereitet war. Suworow beruft sich auf die Memoiren mehrerer deutscher Generale, die bescheinigen, daß es ihnen schon vor Kriegsausbruch an Treibstoff und Waffen mangelte. Als Hitler sich auf dieses verzweifelte Glücksspiel einließ,[17] wobei er hoffte, die Sowjetunion in etwa drei Monaten niederzuringen, war Stalin kurzfristig bestürzt, und zwar nicht so sehr, weil der Krieg begonnen hat, sondern weil seine minutiös geplante Offensive zur Sowjetisierung ganz Europas über den Haufen geworfen worden war.



*Am 22. Juni 1941 griff Deutschland mit seinem „Fall Barbarossa“ Rußland an, woraus sich der größte und blutigste militärische Feldzug der Geschichte entwickelte. Laut Befehl Nr. 21 war die Masse der russischen Armee, die im westlichen Rußland stationiert war, »*in kühnen Operationen durch tiefe Vorstöße der Panzerspitzen zu zerstören. *[...]* Der Rückzug kampffähiger Elemente in die rückliegenden russischen Landesteile ist zu verhindern. Mittels schneller Verfolgung soll dann eine Linie erreicht werden, von welcher die russische Luftwaffe nicht mehr in der Lage sein wird, deutsches Heimatgebiet anzugreifen.*«*
Hier: deutsche Soldaten diskutieren ihre Pläne für den Feldzug.

Suworow vergleicht Stalins Gemütszustand in den Tagen unmittelbar nach Hitlers Angriff mit jenem eines Schiffbaumeisters, dessen unsinkbares Schiff einen Eisberg rammt und sinkt, oder eines Raketenkonstrukteurs, dessen Geschöpf auf der Startrampe explodiert. Stalin war einstweilig zusammengebrochen, weil er nicht imstande war, Europa wie geplant zu überrennen.

Suworow drückt dies wie folgt aus:

> *»Am 22. Juni 1941 hat Hitler sich selbst einen selbstmörderischen Schlag und gleichzeitig dem Kommunismus einen tödlichen Hieb versetzt. Ohne Rücksicht darauf, wie sich die Ereignisse später entwickelten, war Stalin nicht länger imstande, die Welt für den Sozialismus zu erobern.«*

Zum Schluß stellt Suworow folgende Frage:

> *»Hatte Stalin recht, als er die inkompetenten Militärs, die mörderischen Kommissare und die trotzkistischen Elemente aus den höheren Rängen des Militärs säuberte und seine eigenen Leute einsetzte, lange vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten?«*

Suworows Antwort darauf lautet:

> *»Wenn die Tatsache, daß Stalins Armee letztlich die deutschen Streitkräfte zerschmetterte und Berlin eroberte, ein unzureichender Beweis wäre, so lassen Sie mich aus einigen der letzten Eintragungen in Josef Goebbels Tagebuch zitieren:* [rückübersetzt]
>
> 15. März 1945. Stalin hat allen Grund, seine sowjetischen Marschälle, die hervorragende militärische Fähigkeiten demonstrierten, wie Filmstars zu feiern.
>
> 16. März 1945. Der Generalstab hat mir ein Buch mit biographischen Daten und Bildern der sowjetischen Generale und Marschälle gegeben. Beim Durchschauen dieses Buches ist es nicht schwer, die Fehler zu sehen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben. Die sowjetischen Marschälle und Generale sind im Durchschnitt jung. Fast keiner ist älter als 50 Jahre. Sie scheinen sehr energische Leute zu sein, und ihre Gesichter verraten eine gute, gesunde Abstammung. […] Kurz: ich bin gezwungen, die unangenehme Folgerung zu ziehen, daß die Leiter der Sowjetunion aus besseren Schichten der sowjetischen Gesellschaft entstammen als unsere eigenen.
>
> 28. März 1945. Ich habe dem Führer gesagt, daß wir 1943 leider die Notwendigkeit zur Reform der Wehrmacht nicht erkannten, als wir die Gelegenheit dazu hatten.«

Suworows Verteidigung von Stalins Entscheidung, die Rote Armee zu säubern, sollte in keiner Weise als eine Verteidigung oder Entschuldigung des gesamten Regimes des Tyrannen aufgefaßt werden. Suworow will nur zeigen, warum Stalin so handelte: um sich vor politischen Feinden zu schützen, um politische Fraktionen in der Armee zu eliminieren, um die Vorbereitung der Streitkräfte auf einen modernen Krieg zu verbessern und um seine eigenen Invasionspläne für die Bolschewisierung Europas auf geordnete und systematische Weise vorzubereiten. Stalin handelte jederzeit absichtlich, intelligent und logisch. Es war gerade wegen der logischen und methodischen Art des sowjetischen Diktators, daß Hitlers überraschender und scheinbar irrationaler Angriff den sowjetischen Führer auf dem falschen Fuß erwischte.

In völligem Gegensatz zu Stalin, dessen ganze Natur mehr auf logisches, kalkuliertes Verstehen der Geschehnisse und Kräfte gründete, als auf den Verstand, handelte Hitler oft aus instinktiven Impulsen heraus, auf Empfindung gründend. Der deutsche Diktator erahnte wahrscheinlich instinktiv – richtig, wie es sich herausstellte –, daß Stalin niemals seinen Angriff erwarten würde. England war schließlich noch im Krieg und bekam in aller möglichen Weise Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Überdies wußte Stalin durch den sowjetischen Nachrichtendienst, daß Deutschland in keiner Weise auf einen langen Krieg an zwei Fronten vorbereitet war. Aber genau weil ein deutscher Angriff auf die Sowjetunion von Stalins logischer Denkweise aus betrachtet als unlogisch und höchst unwahrscheinlich gelten mußte, hat Hitler wohl angenommen, daß dies die beste Aussicht auf Erfolg bietet. Hitler wußte auch, daß England nicht aufgeben würde, solange die Sowjetunion ein möglicher Verbündeter war.

Stalin, wie auch Trotzki, erwies sich als ein Weltrevolutionär, der sich der Zerstörung des Christentums und des Kapitalismus sowie der Bolschewisierung der Welt widmete. Sein verkündetes Ziel war die Weltherrschaft. In der christlichen Welt wurden damals die Führer des Kommunismus oft mit dem Antichrist verglichen. Hitler stellte sich als ein Retter des deutschen Volkes vor. Seine verkündeten Ziele waren: 1) jene Territorien und Volksdeutschen ins Vaterland zurückzuführen, die nach Versailles vom Vaterland abgetrennt worden waren, und 2) die bolschewistische Gefahr zu zerstören.

Daniel D. Michaels ist Übersetzer deutscher und russischer Texte für das US Verteidigungsministerium und für private Unternehmer. Herr Michaels war von 1972 bis 1993 beim Nachrichtendienst der US- Marine als Sprachspezialist angestellt. Er ist Verfasser verschiedener wissenschaftlicher Berichte und literarischer Werke in Geo- und Astrophysik. Der gebürtige New Yorker lebt jetzt in Washington, D.C. Entnommen der *Barnes Review*, 6(3) (2000), S. 48-55 (130 Third St., SE, Washington, D.C., 20003, USA), übersetzt von Zoltan Bruckner.

Bibliographie

– Norma Tarchowa und Vera Michalewa, *La repressione anni degli trento nell'Armata Rossa* (Die Unterdrückungen in der Roten Armee in den 30er Jahren), Instituto universitario orientale, Dipartimento di scienze sociali, 1996.
– Wolfgang Strauß, *Staatsbriefe*, 8(9), 1997, S. 29-34, München, online: vho.org/D/Staatsbriefe/Strauss8_9.html.

Anmerkungen

1. *Ochishcheniye: Zachem Stalin obezglavil svoyu armiyu?* (Die Säuberung. Warum enthauptete Stalin seine Armee?), Ast, Moskau 1998.
2. Die Rote Armee wurde offiziell RKKA oder »*Die Rote Armee der Arbeiter und Bauer*« genannt.
3. Vgl. John Kovacs , »*Der rätselhafte General Andrei A. Wlassow*«, *VffG*, 4(1) (2000), S. 76-80.
4. Dies wird allerdings von Heinrich Müller bestätigt, Kopf der Gestapo, siehe Gregory Douglas (Hg.), *The 1948 Interrogation of Gestapo Chief Heinrich Müller*, Bd. 3, R.J. Bender, San Jose, Kalifornien, 1998, S. 14-23.
5. Die ersten Marschälle der Sowjetunion waren M.N. Tuchatschewski, W.K. Blücher, A.I. Jegorow, K.J. Woroschilow und S.M. Budenni. Stalin entfernte die ersten drei in dieser Liste aufgezählten und ersetzte sie später durch S.M. Timoschenko, G.I. Kulik und B.M. Schaposchnikow, der des Diktators nächster Militärratgeber wurde.
6. A.T. Ukolow und V.I. Ivkin, *Militärgeschichtszeitschrift*, Nr. 1, S. 56, 1993.
7. Um eine Kostprobe der erstickenden Anwesenheit der Geheimpolizei in jedem Aspekt des militärischen Lebens zu geben, zählt Suworow nur einige der Unterabteilungen unter der GUGB (Hauptadministration der Staatssicherheit) und des NKWD (Volkskommissariat der Inneren Angelegenheiten) auf: GURKM – Miliz der Arbeiter und Bauer; GUPVO – Grenz- und Innere Sicherheit; GUPO – Brandschutz; GUSHosdor – Hauptadministration der Straßen (Häftlingsarbeit verwendend); die GULAG – Hauptadministration der Korrektiven Arbeitslager; GEU – Ökonomische Hauptadministration; GTU – Transport-Hauptadministration usw. Alle diese Unternehmen verwendeten natürlich Zwangsarbeit.
8. Wenig bekannt ist die Tatsache, daß Jakir etwa 40.000 chinesische Söldner angeworben hatte, um sie gegen das russische Volk zu verwenden, und ein kleineres Kontingent als seine eigene Leibgarde.
9. Sowohl von Röhm als auch von Jakir wurde berichtet, sie hätten kurz vor ihrer Hinrichtung ihre Hingabe für ihre jeweiligen Führer, Hitler und Stalin, beteuert.
10. Das Gebäude, das nicht zerstört wurde, als die Sowjets Kiew evakuierten, obwohl sie genug Zeit hatten, die Klöster Kreschchatik und Petscherskaja Lavra zu demolieren, liegt in der Wladimirskaja Straße 33.
11. *Bulletin of the Opposition,* Nr. 84, S. 14.
12. M.N., Tuchatschewski, *Nationale und Klassenstrategie und der Klassenkampf.*
13. M.N. Tuchatschewski, *Izbrannye proizvedaniya*, 2. Band, S. 165.
14. M.N. Tuchatschewski, (*Militärpläne des modernen Deutschland*), *Voyennyy vestnik*, Nr. 4, 1935.
15. Stéphane Courtois u.a., *The Black Book of Communism, Crimes, Terror, Repression*, Harvard University Press, Cambridge, MA, 1999, S. 116-117. Die zitierte Stelle ist auch ein gutes Beispiel für ein von der Regierung durchgesetztes frühes Waffenkontrollprogramm.
16. Viktor Suworow, *Der Einbrecher – Hitler in Stalins Kalkül*, Klett-Cotta, Stuttgart 1989; ders.; *Der Tag M*, ebenda, 1995; *Stalins verhinderter Erstschlag*, Pour le Mérite, Selent 2000, letzteres rezensiert in *VffG*, 4(3&4) (2000), S. 438f.
17. Hitler war überzeugt, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich schon vor Ausbruch der Feindlichkeiten mit der Sowjetunion verbündet waren und schon damals alles taten, um die sowjetischen Kräfte zu stärken. Er folgerte, daß die gegen ihn antretenden Kräfte immer stärker, seine eigenen aber relativ gesehen immer schwächer würden, je länger er wartete. Da die Regierungen Englands und der U.S.A. auf Rußlands fast unbegrenzte Menschenstärke bauten, um Deutschland zu überwältigen, folgerte Hitler, daß seine einzige Überlebenschance in einem mutigen Versuch lag, die UdSSR in einem dreimonatigen Blitzkrieg zu überrumpeln. Es war unwahrscheinlich, daß England und die Vereinigten Staaten die eigene Menschenstärke für eine Invasion in Europa ohne russische Unterstützung verwendet haben würden.

Lernen wir aus den Angriffen vom 11. September

Von Mark Weber, MA

Der Krieg ist mit Tausenden von Opfern und fesselnden Bildern von Tod und Zerstörung mit furchtbarer, niederschmetternder Plötzlichkeit nach Amerika gekommen. Gemeinsam mit unseren Landsleuten trauern wir um die vielen Opfer der Terrorangriffe vom 11. September auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon-Gebäude in Washington. Jedoch, jenseits unserer Gefühle des Kummers und des Zornes über das Geschehene müssen Klarheit und Verständnis ans Tageslicht treten.

US-Präsident George W. Bush sagte im landesweiten Fernsehen, daß »*Amerika Ziel dieses Angriffs war, weil wir in der Welt der strahlende Leitstern für Freiheit und menschliche Entfaltungsmöglichkeiten sind*«. Am darauffolgenden Tag sagte er, daß »*Freiheit und Demokratie angegriffen wurden*«, und daß die Täter auf »*alle Freiheit liebende Menschen überall in der Welt*« eingeschlagen haben.

Wenn jedoch Demokratie und Freiheit liebende Menschen die Ziele waren, warum wurde dann nicht die Schweiz, Japan oder Norwegen angegriffen? Bushs Behauptungen sind ebenso unwahr wie Präsident Wilsons Erklärung im Ersten Weltkrieg, die Vereinigten Staaten kämpften, »*um die Welt für die Demokratie sicher zu machen*«, und Präsident Roosevelts Versicherungen im Zweiten Weltkrieg, die USA kämpften für Freiheit und Demokratie.

Unmittelbar nach den Angriffen am 11. September wurde sofort lebhaft darüber spekuliert, wer wohl die Täter gewesen sein könnten. Es ist an sich schon ein Eingeständnis, daß so viele Menschen unser Land abgrundtief hassen und es deshalb gar nicht so einfach ist, festzustellen, wer diese gut organisierten Angriffe aus selbstmörderischer Verzweiflung geplant und durchgeführt haben mag.

Diese erschütternden Angriffe waren aber sehr wohl vorhersehbar. Schon 1993 ließen islamische Fundamentalisten am World Trade Center eine Bombe hochgehen, die sechs Menschenleben forderte. Im August 1998 haben die Vereinigten Staaten Raketenangriffe gegen Afghanistan und den Sudan durchgeführt. Über diese Angriffe sagten hochstehende Beamte der Clinton-Regierung, sie würden den Beginn »*eines wirklichen Krieges gegen den Terrorismus*« signalisieren. Unmittelbar nach jenen Angriffen wies ein hochrangiger amerikanischer Geheimdienstbeamter warnend darauf hin, daß »*die Erwartung einer Vergeltung gegen Amerikaner sehr, sehr hoch einzuschätzen ist.*« (*The Washington Post*, 21. August 1998, S. A1).

Unsere politischen Führer und die amerikanischen Massenmedien verbreiten die lächerliche Fiktion, die Angriffe vom 11. September seien vollkommen unprovoziert gewesen und hätten keineswegs etwas mit irgendwelchen vorhergehenden Handlungen der Vereinigten Staaten zu tun. Jeder soll glauben, daß der tiefgründige Haß auf Amerika durch so viele Menschen in der Welt nichts mit der Politik der USA zu tun hat. Vor allem der Haß der Bevölkerung der arabischen und islamischen Staaten hat aber den Tätern der Angriffe vom 11. September die Beweggründe geliefert. Es liegt mehr als nahe, daß diejenigen, die diese verheerenden Selbstmordangriffe gegen Zentren amerikanischer Finanz- und Militärmacht hauptsächlich durchführten, dies wegen der Luftangriffe und Wirtschaftskriege der USA gegen Afghanistan, Sudan, Irak und Iran taten sowie wegen der jahrzehntelangen amerikanischen Unterstützung Israels mit seiner Angriffspolitik, seiner mörderischen Unterdrückung und seiner brutalen Besatzung gegen Araber und Muslime.

Amerika ist das einzige Land, das für sich das Recht herausnimmt, seine Soldaten und seine Luftwaffe überall auf dem Globus aufmarschieren zu lassen, wobei »*lebenswichtige nationale Interessen*« gewahrt werden, wie es die Führer der USA auszudrücken pflegen. George Washington und die anderen Mitbegründer der USA erhoben gegen solche imperiale Arroganz ihre warnende Stimme, während weitsichtige Amerikaner wie Harry Elmer Barnes, Garet Garrett und Pat Buchanan im 20. Jahrhundert ähnliche Bedenken zum Ausdruck gebracht haben.

Für die meisten Amerikaner war der moderne Krieg weitgehend eine abstrakte Angelegenheit – etwas, was sich nur in weit entfernten Ländern abspielte. Die Opfer von amerikanischen Luftangriffen und Bombardierungen in Vietnam, Libanon, Sudan, Libyen, Irak und Serbien blieben ein surreales Medienereignis. Sie wurden nur von wenigen US-Bürgern beachtet, weil Amerikas Kriegshandlungen normalerweise nur wenig Einfluß auf ihr alltägliches Leben hatten.

Ebenso, wie die Bewohner Roms im zweiten Jahrhundert die Schlachten kaum zur Kenntnis nahmen, die von ihren Legionen an den Rändern des Römischen Reiches geschlagen wurden, so befassen sich auch heute die Einwohner von Seattle und Cleveland nicht mit den Verwüstungen, die amerikanische Soldaten und Waffen z.B. im Irak anrichten.

Ramsey Clark, ehemaliger US-Generalstaatsanwalt, beschuldigte die Vereinigten Staaten, »*ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit*« im Irak zu begehen, »*das in seiner Größenordnung, Grausamkeit und Tragweite alles andere überschattet*«. Bezugnehmend auf Berichte der Vereinten Nationen und auf Grund seiner eigenen Untersuchungen vor Ort, machte Clark 1996 deutlich, daß der Mangel an Lebensmitteln und Arzneien als Folge der seit 1990 andauernden Sanktionen und Bombenangriffe gegen den Irak durch die USA



In diesem Krieg geht es um den Islam

Von Salman Rushdie

Unter dieser Überschrift veröffentlichte der weltbekannte Kritiker des Koran am 6. November 2001 einen Artikel in der australischen Tageszeitung The Age, *worin er seine Meinung begründet, daß es sich beim Krieg der NATO gegen Afghanistan, den Irak und andere islamische Länder tatsächlich um einen Krieg gegen den Islam handelt.*

(http://www.theage.com.au/news/state/2001/11/06/FFX1WH04NTC.html)

den Tod von mehr als einer Million Menschen zur Folge hatte, mehr als die Hälfte davon Kinder.

Madeleine Albright, Außenminister in Clintons Regierung, verteidigte die Massentötungen. Während eines Interviews im Jahre 1996 wurde sie gefragt:

> Frage: *»Wir haben gehört, daß eine halbe Million Kinder gestorben ist* [als Folge der Sanktionen gegen den Irak]. *Ich meine, das sind mehr Kinder als in Hiroshima gestorben sind.* […] *Ist es diesen Preis wert?«*
>
> Albright: »[…] *Wir denken, daß es das wert ist.«* (US-Polit-Fernsehmagazin *60 Minutes*, 12.5.1996).

Präsident Bush verspricht jetzt einen »*Kreuzzug*«, einen »*Krieg gegen Terrorismus*« und eine »*andauernde Kampagne*«, um »*das Übel des Terrorismus auszurotten*«.

Aber angesichts der Unterstützung des Terrorismus durch die amerikanische Regierung, zum Beispiel während des Vietnamkrieges, klingen solche Rufe heuchlerisch. In den 80er Jahren unterstützten die Vereinigten Staaten „Terroristen" in Afghanistan bei ihrem Kampf zur Vertreibung der sowjetischen Eindringlinge – darunter Osama bin Laden, jetzt „Hauptverdächtigter" bei den Angriffen vom 11. September.

Mehrere US-Präsidenten haben die israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin und Jitzhak Schamir im Weißen Haus wärmstens empfangen. Es ist wohldokumentiert, daß beide Israelis früher Terroristen waren. Präsident Bush selbst hieß Ariel Scharon in Washington herzlich willkommen, dessen Streitkräfte die gezielte Ermordung von palästinensischen Führungskräften und mörderische Anschläge gegen Palästinenser zu verantworten haben. Sogar eine amtliche israelische Kommission hat ermittelt, daß Scharon Mitverantwortung für die Massenmorde von palästinensischen Zivilisten in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila trägt.

Jüdische und zionistische Führer und ihre amerikanischen Hilfswilligen machten sich schleunigst daran, die Angriffe vom 11. September für ihre eigenen Zwecke auszubeuten. Sie nutzen die derzeitige Stimmung im Lande, bestehend aus blinder Wut und Rachegelüsten, um neue Kriegshandlungen gegen Israels zahlreiche Feinde zu fordern.

In den kommenden Wochen können wir daher damit rechnen, daß die amerikanische Regierung, unterstützt von einer wütenden Öffentlichkeit, gewaltig losschlagen wird. Die große Gefahr liegt jedoch darin, daß eine von Gefühlen getriebene Reaktion die unterschwelligen Spannungen nur verschärfen und zu neuen Handlungen mörderischer Gewalt führen wird.

Was wir jetzt brauchen, ist kein rachsüchtiger »*Kreuzzug*«, sondern eine wohlüberlegte abgewogene Politik der Vernunft und Gerechtigkeit.

In den kommenden Monaten und Jahren werden die meisten Amerikaner zweifellos weiterhin akzeptieren, was ihre politische Führung und die Massenmedien ihnen einreden.

Aber die aufrüttelnde Auswirkung der Angriffe vom 11. September, die zum ersten Male Terror und Verwüstung durch Angriffe aus der Luft in US-Städte hineingetragen haben, wird immer mehr denkende US-Bürger hierzulande dazu ermutigen, Lügen zu durchschauen, die von der politischen und kulturellen Elite der USA und ihrer zionistischen Verbündeten propagiert werden, um der ganzen Welt ihren Willen aufzuzwingen. Immer mehr Leute werden verstehen, daß die Überseepolitik ihrer Regierung zwangsläufig auch hierzulande entsprechende Folgen haben wird. Als der zionistische Staat 1948 in Palästina gegründet wurde, wies der damalige Außenminister George C. Marshall wie auch fast jeder andere hochrangige Sachverständige für auswärtige Angelegenheiten der USA warnend darauf hin, daß die amerikanische Unterstützung für Israel langfristige unheilvolle Folgen haben werde. Die Ereignisse haben diese Besorgnis nun voll bestätigt.

»Die Angriffe vom 11. September waren große Grausamkeiten. Bezüglich der Opferzahl reichen sie aber nicht an viele andere heran, zum Beispiel Clintons Bombardierung des Sudan ohne jeden Vorwand, wobei die Hälfte der Arzneimittelproduktionskapazität des Landes zerstört wurde, wodurch wahrscheinlich Zehntausende dem Tod preisgegeben wurden.«
Prof. Dr. Noam Chomsky

Auf lange Sicht gesehen werden die Angriffe vom 11. September das öffentliche Bewußtsein bezüglich der imperialen Rolle der US-Regierung in der Welt schärfen, was hoffentlich zu einer besonnenen Neubewertung der abartigen „besonderen Beziehung" zu dem jüdischen Ethnostaat führen wird. Damit einhergehend wird dann der Zorn auf diejenigen wachsen, die amerikanische Interessen und grundlegende Gerechtigkeit und Menschlichkeit den jüdisch-zionistischen Ambitionen untergeordnet haben.

Seit mehr als zwanzig Jahren bemüht sich das IHR, durch seine beharrliche Bildungsarbeit gerade solche Schrecken wie die Angriffe auf New York und Washington zu verhindern. In den vor uns liegenden Jahren werden wir unsere Mission fortsetzen, das Bewußtsein für Geschichte und Weltgeschehen in der Bevölkerung zu stärken und zu fordern, daß diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, deren Politik die rasende Wut erzeugte, die dann zu den Angriffen vom 11. September führte. Unsere Arbeit wird dann wichtiger sein als je zuvor.



Das World Trade Center nach dem Einschlag des zweiten Flugzeugs im Südturm.

Übersetzung des Artikels »*Learning from the September 11 Attacks*« (http://ihr.org/news/010917attacks.html), angefertigt von Hans Rudolf von der Heide. Der Beitrag wurde u.a. in den konservativen *Christian News*, in einer in Kalifornien erscheinenden arabischen Zeitung sowie in der arabischen Online-Zeitung *Al Shaab* abgedruckt.

Offene Fragen zu den Terrorangriffen auf die USA

Von Gregory Douglas

Im Anschluß an die Terrorangriffe auf das World Trade Center in New York am 11. September hat es in den USA eine große Verwirrung gegeben.
Warum wurde dieses Finanzzentrum in New York angegriffen?
Warum wurde das Pentagon in Washington angegriffen?
Wer waren die Angreifer?
Was waren deren Motive?
Die offizielle Einstellung der US-Regierung ist, daß diese Angriffe von islamischen Fanatikern unter der Kontrolle von Osama bin Laden durchgeführt wurden. Als Grund für deren Handlungen wird ihr Haß auf die USA und deren militärische Präsenz in Saudi Arabien angegeben.
Diese Antworten sind aber alles andere als zufriedenstellend und dazu geeignet, die Ängste der US-Öffentlichkeit zu besänftigen. Diese Angriffe haben mehr Fragen aufgeworfen, als vom offiziellen Washington beantwortet wurden. Gab es neben der US-Präsenz in Saudi-Arabien noch andere Gründe für diese Angriffe?
Ja. Der wichtigste und am wenigsten diskutierte Grund ist die anhaltende Unterstützung der USA für die Verfolgung und Tötung palästinensischer Araber durch Israel. Seit sich Israel in der Hand wilder anti-arabischer Fanatiker befindet, ist es sein erklärtes Ziel, alle Araber aus dem Gebiet zu entfernen, das die Israelis als ihr Territorium ansehen, und zwar mit allen dazu notwendigen Methoden. Das schließt die Ermordung der arabischen Führer, die Zerstörung von Häusern und anderem Eigentum in arabischen Gegenden sowie die Tötung arabischer Zivilisten, einschließlich Frauen und Kinder, durch israelische Militäreinheiten ein. Der vormalige israelische Tourismusminister hat öffentlich erklärt, daß er vorhabe, alle Araber aus Palästina zu vertreiben und sie irgendwo anders „umzusiedeln".[1] Wegen derartiger und anderer brutaler Ansichten wurde der Minister dann ja auch ermordet.
Es ist offensichtlich, daß die jetzige Führung Israels eine Seite aus dem deutschen Buch der erzwungenen Entfernung und Umsiedlung der Juden während des Zweiten Weltkrieges kopiert. Das mißhandelte Kind wurde zu einem mißhandelnden Erwachsenen.
Da die brutalen und offen zutage liegenden Handlungen Israels gegen die arabische Bevölkerung weltweite Kritik hervorriefen, hat Israel versucht, Mittel und Wege zu finden, von dieser negativen Reklame abzulenken, und dies wird auch weiterhin versucht. Da die USA zudem als Israels einzige wirtschaftliche Stütze angesehen werden, ist es für Israel überlebenswichtig, die öffentliche Meinung in den USA in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zweck einer solchen Kampagne wäre, den USA deutlich zu machen, daß dieselben Araber, die die israelische Besatzungsmacht in Israel angreifen, zugleich eingeschworene Feinde der USA sind.
Israel verlangt keine amerikanische Militärhilfe, um das Land von den arabischen Opfer zu säubern, sondern die Erlaubnis, es selbst tun zu dürfen. Wenn nun die amerikanische Öffentlichkeit über einen islamischen, gegen die USA gerichteten Terrorakt, derart erzürnt wäre, wäre es völlig logisch, daß die Amerikaner der Ansicht wären, Israel sei ein starker Verbündeter und sei als solcher in seinen Handlungen zu unterstützen, die Welt von arabisch-islamischen Terroristen zu befreien, die beide Länder gleichermaßen angreifen.

»Heute abend gefragt, was dieser Anschlag für die Beziehungen der USA zu Israel bedeute, antwortete Israels früherer Ministerpräsident Benjamin Netanyahu: „Das ist sehr gut." Dann korrigierte er sich: „Also, nicht sehr gut, aber er wird unmittelbar Sympathie erzeugen."«
New York Times, 12.11.2001, S. A22

Es scheint sehr wahrscheinlich zu sein, daß es niemals irgendwelche Angriffe gegen US-Interessen gegeben hätte, wie wir sie am 11. September 2001 erlebten, wenn die USA eine ausgewogenere und unparteiischere Politik gegenüber der islamischen Welt geführt hätten.
Die nächste sich stellende Frage ist, ob jemand vor den Angriffen Kenntnisse darüber hatte. Hatte irgendeine Behörde irgendwo solche Kenntnisse? Und wenn, wurde diese Information ordnungs- und zeitgemäß an US-Behörden weitergegeben, so daß diese Angriffe hätten verhindert werden können?
Diese Angriffe waren schließlich über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr vorbereitet worden, und es waren daran eine nicht unerhebliche Anzahl von Personen verwickelt. Diese Personen lebten in verschiedenen Ländern, kommunizierten miteinander, überwiesen Gelder vor und zurück und planten sorgfältig einen massiven und wohlkoordinierten Angriff.
Zumal ein Großteil dieser Planungen außerhalb der USA stattfand, war es die Pflicht der CIA (Central Intelligence Agency) und NSA (National Security Agency), derartige Aktivitäten festzustellen. Aber beide Behörden fanden nichts heraus.
Die CIA hat nachfolgend mittels Helfern in den US-Medien versucht, dem FBI Inkompetenz vorzuwerfen. Es muß aber



Krieg dem Terror!

darauf hingewiesen werden, daß das FBI nur für die Verhinderung von Terrorakten innerhalb der USA verantwortlich ist. Die CIA hat die Verantwortung zur Verhinderung ähnlicher Akte im Ausland. Wenn das FBI aber keine Informationen über ausländische Aktivitäten von Terroristen erhält, von denen man annimmt, daß sie auch innerhalb der USA operieren werden, so kann es diesbezüglich nur im Nebel stochern.

Niemand mit Kenntnissen über das internationale Nachrichtenwesen kann glauben, daß der höchst kompetente israelische Geheimdienst Mossad keine frühen Informationen über die zu erwartenden Angriffe hatte. Londoner Zeitungen druckten dann auch Äußerungen des Mossad ab, dieser habe die CIA, mit der der Mossad eine herzliche und andauernde Beziehung hat, tatsächlich über einen bevorstehenden Angriff informiert.[2] Die CIA hat dies freilich laut dementiert[3] und versucht, das FBI mittels in der *New York Times* und der *Los Angeles Times*[4] lancierten Artikeln der Inkompetenz zu zeihen, indem behauptet wurde, man habe das FBI über »*verdächtige*« Araber informiert, die in die USA kommen könnten. Dies kann allerdings wohl kaum als Warnung angesehen werden, auch wenn die Medien dies die Leser glauben machen wollen.

Es gibt aber noch weitere offene Fragen. Neulich erschienen in einigen US-Zeitungen kurze Artikel[5] mit dem Hinweis, daß die amerikanische Börsenkommission (Security and Exchange Commission, SEC) einen plötzlichen Schwall ungedeckter Aktienverkäufe von 38 Firmen untersuche, der zwischen dem 26. August und dem 11. September auftrat. Es konnte vernünftigerweise davon ausgegangen werden, daß die Aktienkurse aller dieser 38 Firmen nach den Angriffen massive fallen würden. Mit Interesse nimmt man zur Kenntnis, daß sich unter diesen 38 Firmen Fluglinien und Finanzfirmen befinden, die ihren Sitz im WTC hatten. Diese Liste wurde nicht an die Öffentlichkeit gegeben, gelangte aber dann in unsere Hände und wurde in der US-Zeitung *American Free Press* wiedergegeben.[6] Die Untersuchungen der SEC konzentrierten sich auf Kanada, wo die meisten dieser ungedeckten Verkäufe ihren Ursprung hatten.

Über die Ergebnisse der SEC-Untersuchung hat es einen völligen Medien-Blackout gegeben, aber die von einem Kommissionsmitglied unter der Bedingung, daß er anonym bleibt, überreichten Papiere zeigen, daß ein Konsortium jüdischer Makler in Toronto die Hauptbeteiligten an dieser Spekulation waren. Irgend jemand hatte also Vorkenntnisse und profitierte davon. Keiner dieser Börsenspekulanten leitete diese Kenntnisse an die US-Behörden weiter. Laut Aussage eines SEC-Informanten betrug ihr Gewinn »*mehrere Millionen US-Dollars*«.

Schließlich stellt sich noch eine Frage bezüglich der weiteren Entwicklung nach den Anschlägen auf das WTC, und zwar im Zusammenhang mit den Milzbrand-Briefen. Es wird nun angenommen, auch wenn es noch nicht öffentlich verbreitet wird, daß diese Milzbrand-Anschläge nicht ausländischen, sondern inländischen Ursprungs sind, und daß sich dahinter aller Wahrscheinlichkeit nach keine islamischen Fundamentalisten verbergen. Es wird zwar angenommen, daß sich hinter diesen Aussendungen eine US-Terrorgruppe verbirgt, jedoch ist es interessant, folgendes festzustellen: Die den Sendungen beigelegten Briefe sprechen zwar lauthals davon, den Tod in die USA und nach Israel zu tragen, allerdings hat es noch keinen einzigen Anschlag auf eine israelische Behörde oder eine Gruppe gegeben, die Israel unterstützt. Weder die Anti-Defamation League, noch der Jüdische Weltkongreß oder irgendeine israelische oder jüdische Gesellschaft war je das Ziel, weder in den USA noch im Ausland.

Es erscheint doch merkwürdig, daß eine arabische Terrorgruppe, die sich all den Mühen aussetzte, Milzbrand zu erhalten und auszusenden, ihre ärgsten Feinde ausspart und nur den anderen Feind als Empfänger der tödlichen Sporen vorsieht.

Es ist auch merkwürdig, daß diejenigen, die den Milzbrand verbreiten, anscheinend nicht etwa versuchen, großen Schaden anzurichten – dafür ist Milzbrand einfach zu harmlos –, sondern daß die damit verbundenen Ereignisse im extremen Maße publizistisch ausgeschlachtet werden, womit die amerikanische Öffentlichkeit in eine Art Hysterie getrieben wird. Im Zustand solcher anhaltender Hysterie ist die Öffentlichkeit

THE TIMES

Donnerstag, 1. NOVEMBER 2001

FBI Zorn: Männer mit Atomreaktorplänen entwischt

VON KATTY KAY IN WASHINGTON

Mit den USA in höchster Alarmbereitschaft, jagte das FBI gestern sechs Männer mit nahöstlichem Aussehen, die Pläne eines Atomkraftwerkes und der Trans-Alaska Öl-Pipeline mit sich führten. Die sechs waren am Wochenende von der Polizei im Mittleren Westen verhaftet, aber wenig später freigelassen worden. […]

Dem Knight Ridder News Service zufolge reisten die Männer in zwei Dreiergruppen in weißen Limousinen, als sie von Polizisten im Mittleren Westen angehalten wurden. Die Behörden verweigerten jede weitere Auskunft.

Die Männer wurden durchsucht und vernommen. Dabei fand die Polizei detaillierte Pläne und Fotografien eines Atomreaktors in Florida und Klingen, wie sie bei den Attacken vom 11. September als Waffen benutz worden waren, sowie andere Ausrüstungsgegenstände.

Die Männer, die nahöstlicher Abstammung zu sein schienen und israelische Pässe besaßen, wurden anschließend von Beamten der Einwanderungsbehörde befragt. Als sich herausstellte, daß ihre Pässe und Visa in Ordnung waren, wurden sie von den Einwanderungsbeamten, die offenbar nicht über den erhöhten nationalen Alarmzustand informiert waren, entlassen, ohne daß beim FBI bezüglich einer intensiveren Vernehmung angefragt wurde. […]

Geheimdienstbeamte zeigten sich besonders besorgt über die detaillierten Informationen des Atomkraftwerks. […]

Die Männer trugen auch Pläne der 1280 km langen Trans-Alaska Pipeline bei sich, die 17% des US-Öls transportiert. […]

Zu einer Zeit, da das FBI nie dagewesene Befugnisse hat, Personen zu festzunehmen und in U-Haft zu halten, die lediglich verdächtigt werden, Verbindungen zu terroristischen Aktivitäten zu haben, hat die Freilassung der sechs Männer das FBI rasend gemacht.

Der Vorfall weist auf einen gefährlichen Koordinationsmangel zwischen den verschiedenen US-Behörden hin. Die neuen US-Anti-Terror-Gesetze erlauben es der Polizei, Personen annähernd unbegrenzt zu inhaftieren, wenn sie als „unentbehrliche Zeugen“ für den Terrorismus gelten. […]

offenbar bereit, alle möglichen juristischen Einschränkungen in den USA hinzunehmen wie auch die Militäraktion der USA im Ausland zu unterstützen.

Als offenbar wurde, daß die erhoffte US-Unterstützung für Israels „ethnische Säuberung" gegen die Palästinenser nicht wie erhofft eintrat, ja schlimmer noch, daß US-Präsident Bush in weiser Einsicht sogar Verbündete in der arabischen Welt suchte, mögen gewisse israelische Kreise sich vielleicht angespornt gefühlt haben, die amerikanische Öffentlichkeit zu einer noch weitergehender Unterstützung zu verleiten.

Die Bedrohung der Vereinigten Staaten mit Milzbrand könnte vielleicht herbeiführen, was die Zerstörungen in New York und Washington nicht vermochten.

US-Professoren geben USA die Schuld für Terrorismus[10]

»Die Terrorangriffe waren nicht verachtenswerter als jene Terrorakte, die die US-Regierung zu meinen Lebenszeiten begangen hat.«

Professor Robert Jensen, University of Texas

»Die Terrorangriffe erfolgten, weil sich die Masse der Menschheit […] unter den Stiefeln der Macht von US-Wirtschaft, Militär, Kultur und Diplomatie befindet.«

Professor Richard Falk, Princeton University

»Meine Befürchtung bezüglich der US-Flaggen, die nun den Campus umrahmen, ist, daß sie den freien Austausch bedrohen, der unseren Campus normalerweise charakterisiert.«

Professor Elisabeth Weber, University of California-Santa Barbara

»Was auch immer die unmittelbare Ursache für die Terrorangriffe ist, der letzte Grund ist der Faschismus der US-Außenpolitik während der vielen vergangenen Jahrzehnte.«

Barbara Foley, Rutgers University

»Wir müssen über die Ressentiments nachdenken, die überall in der Welt von Völkern gehegt werden, die die Opfer amerikanischer Militärpolitik wurden – in Vietnam, in Lateinamerika, im Irak.«

Professor Howard Zinn, Boston University

»Wenn wir den Schmerz, die Angst und den Zorn, den die amerikanische Öffentlichkeit zur Zeit fühlt, 800 oder 1.000 Mal verstärken, dann fangen wir vielleicht an zu verstehen, wie der Rest der Welt fühlt, der fortwährend das Opfer der USA ist.«

Professor Larry Mosqueda, Evergreen State College of Olympia

»Wir spielen damit in die Hände unserer eigenen Militaristen, denen Interesse, so glaube ich, immer in der Übertreibung von Bedrohungen und in bewaffneten Antworten usw. liegt. Ich würde sogar behaupten, daß es eine schweigende Übereinkunft unter den Militaristen auf allen Seiten gibt.«

Professor Charlie Kurzman, University of North Carolina – Chapel Hill

»Präsident Bush will unschuldige Menschen töten, die ganze arabische Welt kolonialisieren und das dortige Erdöl für die Bush-Familie sichern.«

Professor George Wright, Chico State University in Chico, Calif.

»Man kann keinen Haß sähen, und nicht damit rechnen, Haß zu ernten.«

Professor Ezra Hyland, University of Minnesota

Um dies noch zu ergänzen, mag man noch drei weitere Fragen stellen:

1. Als der Angriff auf das World Trade Center stattfand, wurde die Polizei von besorgten Bürgern am anderen Ufer des Hudson River gerufen, weil fünf Personen beobachtet wurden, die auf ihrem Nutzfahrzeug Freudentänze vollführten und schadenfroh jede Menge Bilder von dem sich am anderen Ufer abspielenden Drama aufnahmen. Diese von der Polizei schließlich ergriffenen und verhafteten Personen waren israelische Staatsbürger, die weder angeben konnten, warum sie sich in der Nähe des Desasters aufhielten, noch rechtfertigen konnten, warum sie sich so offensichtlich über den Anblick der brennenden und kollabierenden Gebäude so sehr freuten. Als Reaktion auf diesen Vorfall forderte die israelische Regierung umgehend die Freilassung und Rückkehr der Verhafteten nach Israel, von denen behauptet wurde, es handele sich dabei »*lediglich um Touristen*«.[7] Was ist der Hintergrund dieser Leute?

2. Am 1. November berichteten die Londoner *Times* und die *Jerusalem Post*,[8] im mittleren Westen der USA seien mehrere Israelis, die in zwei Fahrzeugen reisten, wegen verdächtigem Verhalten festgenommen worden. Bei der Durchsuchung ihrer Fahrzeuge stellte sich heraus, daß sie detaillierte Pläne eines Atomreaktors in Florida mit sich führten sowie mehrere Werkzeuge besaßen, die identisch waren mit jenen, die von den Entführern der WTC-Angriffe verwendet worden waren (vgl. den Kasten rechts). Der *Jerusalem Post* zufolge wird diesen Israelis vorgeworfen, einen nuklearen Terrorakt geplant zu haben. Die sich hier stellende Frage ist offensichtlich: Was hatten diese Israelis tatsächlich vor, und wer sind ihre Auftraggeber?[9]

3. Am 31. Oktober 2001 ließ die französische Tageszeitung *Le Figaro* eine Bombe platzen. Demnach hat sich Osama bin Laden im Juli 2001 in einem US-Krankenhaus in Dubai einer Behandlung wegen einer chronischen Niereninfektion unterzogen. Während dieses Aufenthalts soll ihn der dortige Chef des CIA besucht haben, zu einer Zeit also, als bin Laden bereits wegen der Terroranschläge gegen diverse afrikanische Botschaften der USA im Jahr 1998 und wegen des Anschlags auf den US-Zerstörer USS Cole gesucht wurde. Bin Laden steht auf der CIA-Liste der zu ermordenden Personen, die Ex-Präsident Bill Clinton kurz vor Ende seiner Amtszeit herausgab. Bin Laden verließ Dubai aber am 14. Juli in seinem Privatjet, ohne vom CIA oder der US-Luftwaffe behelligt zu werden.

Nach einer Meldung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 14.9.2001 soll der BND die CIA und Israel bereits im Hochsommer gewarnt haben, daß nahöstliche Terroristen »*planen, ein kommerzielles Flugzeug zu entführen, um es als Waffe für einen Angriff auf wichtige Symbole amerikanischer und israelischer Kultur einzusetzen.*«

Ebenso im Sommer 2001 soll ein Iraner US-Behörden angerufen und vor einem in der Woche vom 9. September stattfinden Angriff auf das World Trade Center informiert haben. Die deutsche Polizei bestätigte den Anruf, gab aber keine weiteren Auskünfte.[11]

Im August 2001 verhaftete das FBI in Boston einen militanten Muslim mit Verbindungen zu bin Laden. Französische Geheimdienstquellen sollen bestätigt haben, daß der Mann eine Schlüsselstellung in bin Ladens Netzwerk hatte und daß das FBI erfuhr, daß der Mann dabei war, fliegen zu lernen. Zur Zeit seiner Festnahme fand man technische Information

von Boeing-Flugzeugen und Fluganweisungen in seinem Besitz.[12]

Dies ist nur ein Ausschnitt der Merkwürdigkeiten, die diesen gesamten Fall umgeben. Es stellt sich unweigerlich die Frage: Was wußten die US-Behörden wirklich, und wenn sie mehr wußten, als sie heute zugeben, was haben sie zu verbergen?

Aber das sind alles selbstverständlich nur Fragen. Die Antworten darauf können nur weitergehende Untersuchungen erbringen. Man sollte sich aber immer vergegenwärtigen, wer von diesen scheußlichen Taten am meisten profitiert.

Anmerkungen

1. *New York Times*, 23.-25. Oktober 2001.
2. *Sunday Telegraph*, 16. September 2001.
3. *Washington Post*, 23. Oktober 2001.
4. *LA Times*, 18.10.2001; *NY Times*, 21.10.2001.
5. 10. Oktober 2001.
6. Nr. 8, 15. Oktober 2001, S. 5.
7. *New York Times*, 8.10.01, S. S8; *Jerusalem Post*, 26.10.01; laut Meldung der *Jewish Telegraph Agency* waren 3 der 5 am 11.11. immer noch in Haft.
8. Vgl. ach *Miami Herald El Nuevo Herald* 31.10.2001
9. http://www.thetimes.co.uk/article/0,,2001370005-2001380535,00.html
10. Entnommen einem Artikel von Jon Dougherty, www.WorldNetDaily.com.
11. *online.ie*, 14. September 2001.
12. *Reuters*, 13.11.20001. Weitere Merkwürdigkeiten hat Mike Ruppert zusammengestellt, vgl. www.copvcia.com.

Amerika: Das Ende der Freiheit

Über die Aufhebung der Bürgerrechte im Zuge der „Terrorismusbekämpfung“

Von Larry Hagerty

Amendment IV to the US Constitution

»The right of the people to be secure in their persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures, shall not be violated, and no warrants shall issue, but upon probable cause, supported by oath or affirmation, and particularly describing the place to be searched, and the persons or things to be seized.«

IV. Zusatz zur Verfassung der Vereinigten Staaten

»Das Recht der Person auf Sicherheit ihrer Person, in ihren Häusern, Schriften und ihrem Vermögen gegen unbillige Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen darf nicht verletzt werden, und es darf kein Befehl erlassen werden, außer in wahrscheinlichen Verdachtsfällen, unterstützt durch Eid oder eidesstattliche Versicherung, und unter ausdrücklicher Beschreibung des zu durchsuchenden Ortes und der zu beschlagnahmenden Dinge bzw. zu verhaftenden Personen.«

Benjamin Franklin würde sich dieser Tage im Grab umdrehen. Erinnern Sie sich noch an ihn? Er war derjenige, der sagte:

> *»Wer entscheidende Freiheiten aufgibt, um dafür zeitweilig ein wenig Sicherheit zu erkaufen, verdient weder Freiheit noch Sicherheit.«*

Ich frage mich, was er über die Männer und Frauen gesagt hätte, die heutzutage die Macht in Washington innehaben. Mit viel Hauruck und wenig Diskussionen habe sie die USA im Kongreß gerade in die Anfangsphase eines Polizeistaates gestimmt.

Eine kurze Auflistung der wichtigsten Änderungen, die sich durch die nun angenommene Gesetzesvorlage ergeben, die ironischerweise den Titel »*The USA Patriot Act*«, trägt, sieht wie folgt aus:

– Die Regierung soll nun insgeheim Wohnhäuser und Geschäftsräume ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl durchsuchen dürfen;
– die Regierung soll nun jede Email lesen und das Besuchsverhalten von Internetbenutzern ohne richterlichen Abhörbefehl aufzeichnen dürfen;
– die Regierung soll nun verdächtige Ausländer bis zu sechs Monate einsperren dürfen, ohne Anklage zu erheben;
– die Regierung soll nun ohne richterlichen Befehl Bankauszüge und medizinische Daten einsehen dürfen;
– und das Gesetz definiert „inländischen Terrorismus“ derart weit, daß die Behörden nun ermächtigt sein sollen, Personen als Terroristen einzustufen, die sich an politischen Protesthandlungen beteiligen.

Die Liste ist in Wirklichkeit noch länger, aber das alleine reicht wohl schon, um eine Vorstellung zu bekommen. Die Freiheit ist der Paranoia gewichen, aber das ist für die USA ja nichts Neues. Während des Bürgerkrieges hat Abraham Lincoln die US-Verfassung schlicht ignoriert, und die meisten Menschen schauten einfach weg. Während des Ersten Weltkrieges wurden Leute wie Eugene V. Debs für bis zu zehn Jahre eingesperrt, weil sie sich gegen den Kriegseintritt der USA aussprachen. Während der 50er Jahren wurden Dissidenten unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Kommunismus eingesperrt. Man sollte daher so ehrlich sein zuzugeben, daß die USA in Zeiten nationaler Krisen routinemäßig viele ihrer hart erkämpften Bürgerrechte außer Kraft setzten.

Der oberste Gesetzeshüter der USA, US-Generalbundesanwalt John Ashcroft, hat seine Auffassung überaus deutlich gemacht, daß Notfälle eine maximale Ausübung der Regierungsmacht verlangen und eine flexible Interpretation der Verfassung bedürfen. Den Anweisungen ihres Chefs folgend tritt das FBI daher nun dafür ein, den Einsatz von Drogen und Folter zu ermöglichen, um aus verdächtigen Terroristen Informationen herauszuholen. Und US-Vizepräsident Cheney teilte mit, daß der Krieg gegen den Terror nicht zu unseren Lebzeiten beendet werden wird. Amerika, gewöhne dich also daran: Das Land von Freiheit und Gerechtigkeit ist jetzt offiziell ein Mythos!

Kürzlich wurde einem 22-jährigen Mann (der keinem „rassisch verdächtigem Profil“ entspricht, wie ich hinzufügen darf) verweigert, ein Flugzeug zu betreten, weil die National-

garde gegen einen Roman Einspruch erhob, den dieser Mann gerade las. Obwohl dies nur ein Einzelfall sein mag, so verspricht es dennoch nichts Gutes für die Zukunft. Was ist, wenn die Analytiker recht haben mit ihren Voraussagen, daß die Erdöl-Dynastien im Nahen Osten durch Volksaufstände gestürzt werden? Derartige Ereignisse würden die Erdölversorgung der USA ernsthaft gefährden. Werden im Falle solcher Ereignisse diejenigen, die gegen die Suche nach Erdöl im arktischen Naturreservat sind, als Anti-Amerikaner gebrandmarkt, oder schlimmer gar, als Terroristen?

Schon vor dem Beginn des Bombardements in Afghanistan warnte der persönliche Sprecher des US-Präsidenten die Amerikaner, »*vorsichtig zu sein, mit dem, was sie sagen*«. Und die angesehene Gilmore-Kommission zum Terrorismus empfahl geheime, Sondergerichte, um mit der Internetkriminalität fertig zu werden. Unter dem Deckmantel des Krieges gegen den Terrorismus haben die Führer der USA nun freie Hand, alle möglichen Verhaltensweisen einzuschränken, die sie nicht mögen. So hat der US-Kongreß zum Beispiel bereits das Internet-Glückspiel mit dem Terrorismus in Zusammenhang gebracht und einen Gesetzentwurf vorgeschlagen, um dieses Art des Glückspiels ganz zu untersagen.

Wie beim mißverstandenen und definitiv ungewinnbaren Krieg gegen die Drogen, so übersieht man auch beim diesem weltweiten Krieg gegen den Terrorismus alle Fragen bezüglich der Ursachen dieses Problems. Es ist unpatriotisch geworden, bestimmte Fragen auch nur zu stellen, wie etwa „Warum gibt es Terrorismus, und warum hassen sie die USA so sehr?“ Für die, denen Macht eine Droge ist, sind diese Fragen unwichtig. In ihren Augen ist alleine wichtig, die Macht ihres Polizeistaates auszuweiten, bis man außer ihrer eigenen Stimme nichts mehr hört. Laßt uns nur hoffen, daß die US-Bürger weise genug sind, diese Leute in naher Zukunft abzuwählen.

Der Originalartikel erschien unter dem Titel »*The Forth Amendment Has Just Been Cancelled*«; weitere Beiträge des Autors sind zu finden unter: http://www.MatrixMasters.com. Übersetzt von Germar Rudolf.



Wo war Kingkong, als wir ihn brauchten?

England: Das Ende der Freiheit?

Von Germar Rudolf

Der Kampf gegen den „internationalen Terrorismus“ hat, wie vorauszusehen war, nun auch in Europa zu ernsthaften Einschränkungen der Menschenrechte geführt. In einer Meldung vom 11. November 2001 berichtet die Online-Ausgabe des *Daily Telegraph*:[1]

The Daily Telegraph

»*Neues „Kriegs“-Gericht zum Einsperren von Terrorismus-Verdächtigen*

Diese Woche werden Notvollmachten verkündet, die mittels nichtöffentlicher Gerichte die unbegrenzte Inhaftierung von Personen ermöglichen, die des internationalen Terrorismus verdächtigt werden.

Diese Kriegsmaßnahmen, die eine Ausnahmeregelung von den Menschenrechtsgesetzen voraussetzen, sollen dazu dienen, etwa 20 Verdächtigte zu verhaften, die sich in Großbritannien verstecken und mit den existierenden Gesetzen nicht belangt werden können.

Ein Oberrichter wird die entsprechenden Verfahren, die von einer Kamera aufgenommen werden, leiten. Diejenigen, die für schuldig befunden werden, in den Terrorismus verwickelt zu sein, werden in ein Hochsicherheitsgefängnis gesperrt. Zeugenaussagen durch Sicherheits- und Geheimdienstpersonal werden privat abgegeben, und es wird keine Laienrichter geben.

Diese Inhaftierungsvollmachten richten sich gegen Terroristen, die in Großbritannien keine Verbrechen begangen haben, die aber wegen im Ausland begangener Verbrechen gesucht werden. Man geht davon aus, daß die meisten in Großbritannien deshalb Zuflucht gesucht haben, weil die hiesigen Menschenrechtsgesetze ihre Auslieferung unmöglich machen.

David Blunkett, [Englands] *Innenminister, wird dieses Notgesetz gegen den Terrorismus am Dienstag verkünden, das als Reaktion auf die Angriffe vom 11. September eine Serie harscher Sicherheitsmaßnahmen enthalten wird.*

Der Gesetzesentwurf soll in einer Woche durch das Unterhaus gepeitscht und noch vor Weihnachten in Kraft treten.

Morgen wird Großbritannien den „öffentlichen Notstand“

erklären, eine juristische Formalität, die nicht bedeutet, daß es irgendeine konkrete Terrorbedrohung gibt.
Dies ist notwendig, damit die Regierung teilich begrenzt den Artikel 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention aufheben kann, der eine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren verbietet.
Blunketts Pläne werden Bedenken von Menschenrechtlern teilweise entgegenkommen, die befürchten, daß diese Art der Internierung dazu benutzt werden wird, um Personen zu verhaften, die [lediglich] *verdächtigt werden, islamische Terroristen zu sein.*
[…]
Anstatt zu einer bestimmten Gefängnisstrafe verurteilt zu werden, sollen die Terroristen solange in Haft bleiben, bis sie ein Gericht davon überzeugen können, daß sie keine potentielle Bedrohung darstellen.
Wenn sie dann ein sicheres Land benennen können, das zu ihrer Aufnahme bereit ist, werden sie dorthin deportiert.
[…]
Andere im Gesetzentwurf vorgesehene Maßnahmen sind:
- *Gesetze, um Unterstützer in Großbritannien daran zu hindern, sich mit Terroristen im Ausland zu verschwören oder sie mit Geld und Gütern zu versorgen.*

[…]
- *Ausweitung der Gesetze gegen die Aufstachelung zum Rassenhaß durch Einbeziehung der Aufstachelung zum religiösen Haß. Erhöhung der Höchststrafe von zwei auf sieben Jahre.«*

Analyse
Aus logischen und juristischen Gründen sollte jedem einleuchten, daß die Erklärung eines Notstandes auf tatsächliche Fälle des Notstandes beschränkt bleiben muß. Dies vor allem deshalb, weil ein Notstand die Einschränkung der Menschenrechte erlaubt, wofür schon ein triftiger Grund vorhanden sein muß. Nun erleben die Briten, wovor die deutschen Studentenrevoluzzer bei der Einführung der deutschen Notstandsgesetzgebung in den 60ern gewarnt haben: Der Notstand wird von der Regierung erklärt, obwohl es – wie freimütig zugegeben wird – gar keinen Notstand gibt. Der einzige Grund, warum er erklärt wird, ist, weil dies eine juristische Voraussetzung ist, um die Menschenrechte einzuschränken! Und als ob es gar nichts bedeutet, wird ganz lässig gesagt, die Erklärung des Notstandes sei eine notwendige »*juristische Formalität*«. Man traut seinen Augen nicht! Die Erklärung eines Notstandes wird zur Formalität degradiert, um Menschenrechte aufzuheben! Das ist der hundertprozentige Beweis eines Willküraktes jenseits jeder Rechtsstaatlichkeit!
Die Einschränkung der Menschenrechte ist dann auch dementsprechend einschneidend, auch wenn sie zunächst nur gegen ausländische Staatsbürger gerichtet ist:
- Inhaftierungen auf unbeschränkte Zeit, ohne richterlichen Haftbefehl und Haftprüfung;
- kein öffentliches Verfahren;
- die Beweislast liegt völlig auf dem Angeklagten, denn er muß seine Unschuld beweisen, mehr sogar: er muß beweisen, daß keine „Bedrohung“ von ihm ausgeht, daß er also auch in Zukunft unschuldig bleiben wird;
- selbst im Falle eines Freispruchs verliert der Angeklagte jedes Recht, sofern er keine britische Staatsbürgerschaft hat: er wird einfach außer Landes deportiert.

Doch damit nicht genug. Die Ankündigung, es werde Gesetze geben, die verhindern sollen, daß Terroristen im Ausland von England aus unterstützt werden, setzt voraus, daß die Behörden den Informationsaustausch sowie den Warenverkehr und die wirtschaftliche Betätigung der Bewohner Großbritanniens überwachen. Es ist unbekannt, in welchem Ausmaß das geschehen soll, aber es dürfte klar sein, daß hier der geheimdienstlichen Überwachung aller Bürger Tür und Tor geöffnet wird.
Und schließlich werden die Zensurgesetze in England massiv verschärft. Ziel der Einführung des Delikts der Aufstachelung zum religiösen Haß dürfte der islamische Fundamentalismus sein, dem man jede Propagandatätigkeit verwehren will. Aber gerade für die Leser von *VffG* dürfte klar sein, daß es früher oder später von interessierter Seite Versuche geben wird, auch die *Kritik* an jüdischem und zionistischem Fundamentalismus *zu unterbinden*! Der nächste Schritt hin zur Unterbindung von Äußerungen, durch die sich gewisse selbstauserwählte Gruppen angegriffen fühlen, ist da nur noch klein.
Bisher war der Holocaust-Revisionismus in England legal. Englands Richter müssen erst noch beweisen, ob dies auch unter dem neuen Gesetz weiterhin so sein wird. Interessant dürfte auch sein, ob dieses Notstandsgesetz ohne Notstand jemals wieder abgeschafft werden wird.

Abschlachtung eines Taliban-Anhängers durch Truppen der kommunistisch orientierten Nördlichen Allianz: England und die USA führen Krieg, um den Belzebub mit dem Teufel auszutreiben – oder ist es anders herum?
(http://stcom.net/afghanistan/Archives/Photos2001/alliance.htm)

Anmerkung

1 Joe Murphy, »*New „wartime“ court to jail terror suspects*«, http://www.portal.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news/2001/11/11/npris11.xml&sSheet=/news/2001/11/11/ixhome.html

Aus der Forschung

Gab es Gaskammern im Altreich?

Vom Ende einer revisionistischen Illusion

Von Reinhold Schwertfeger

In Ausgabe 2/2001 der *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung* behauptet Prof. Dr. Robert Faurisson folgendes (S. 149):

> »Es ist eine gute Sache*, daß die Exterminationisten letztlich praktisch die auf „Aussagen" basierende Anschuldigung aufgegeben haben, daß es Hinrichtungs-Gaskammern in den Lagern Ravensbrück, Oranienburg-Sachsenhausen, Mauthausen, Hartheim, Struthof-Natzweiler, Stutthof-Danzig, Bergen-Belsen... gegeben habe«*

Schon 1993 haben Mark Weber und Greg Raven Ähnliches behauptet:[1]

> *»Solche offiziellen Behauptungen von Vernichtung und Vergasung in Lagern des Altreiches hielten sich bis August 1960, als Dr. Martin Broszat von Deutschlands halboffiziellem Institut für Zeitgeschichte in einem in der Hamburger Wochenzeitung* Die Zeit *veröffentlichten Leserbrief zugestand, daß derartige Behauptungen nicht wahr sind.«*

Anlaß für diesen Artikel war ein Leserbrief Simon Wiesent-

Keine Vergasung in Dachau

Weder in Dachau noch in Bergen-Belsen noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden. Die Gaskammer in Dachau wurde nie ganz fertiggestellt und „in Betrieb" genommen. Hunderttausende von Häftlingen, die in Dachau oder anderen Konzentrationslagern im Altreichsgebiet umkamen, waren Opfer vor allem der katastrophalen hygienischen und Versorgungszustände: Allein in den zwölf Monaten von Juli 1942 bis Juni 1943 starben laut offizieller Statistik der SS in allen Konzentrationslagern des Reiches 110 812 Personen an Krankheiten und Hunger. Die Massenvernichtung der Juden durch Vergasung begann 1941/1942 und fand ausschließlich an einigen wenigen hierfür ausgewählten und mit Hilfe entsprechender technischer Einrichtungen versehenen Stellen, vor allem im besetzten polnischen Gebiet (aber nirgends im Altreich) statt: in Auschwitz-Birkenau, in Sobibor am Bug, in Treblinka, Chelmno und Belzec.

Dort, aber nicht in Bergen-Belsen, Dachau oder Buchenwald, wurden jene als Brausebäder oder Desinfektionsräume getarnten Massenvernichtungsanlagen errichtet, von denen in Ihrem Artikel die Rede ist. Diese notwendige Differenzierung ändert gewiß keinen Deut an der verbrecherischen Qualität der Einrichtung der Konzentrationslager. Sie mag aber vielleicht die fatale Verwirrung beseitigen helfen, welche dadurch entsteht, daß manche Unbelehrbaren sich einzelner richtiger, aber polemisch aus dem Zusammenhang gerissener Argumente bedienen, und daß zur Entgegnung Leute herbeieilen, die zwar das richtige Gesamturteil besitzen, aber sich auf falsche oder fehlerhafte Informationen stützen.

Dr. M. Broszat, Institut für Zeitgeschichte, München



Sunday, January 24, 1993

Gassings in Germany

A letter appeared on this page titled "Gas chamber error" (Jan. 5). Since I was quoted in this letter, I find it necessary to state the following:

It is true that there were no extermination camps on German soil and thus no mass gassings such as those that took place at Auschwitz, Treblinka and other camps. A gas chamber was in the process of being built at Dachau, but it was never completed.

Gassings did, however, take place at Mauthausen, which at that time belonged to Germany.

The Nazi euthanasia program included four institutions (Hartheim by Linz, Hadamar, Sonnenstein by Pirna, and Grafenegg), in which mentally and physically handicapped people were killed — very often with the help of gas. All four of those institutions were located on German soil.

They were closed following protests but before that served as a sort of school for mass murders; from 1942 the SS members who had been active there were assigned to the large extermination camps, such as Treblinka, Sobibor and Belzec in Poland.

—Simon Wiesenthal
Vienna, Austria

Abbildung 2, oben: Leserbrief von Simon Wiesenthal

Abbildung 1, links: Leserbrief von Martin Broszat in Die Zeit *vom 19.8.1960*

hals, veröffentlicht in der US-Zeitschrift *The Starts and Stripes* vom 24.1.1993, der als Bestätigung von Broszats Aussage interpretiert wurde – vgl. Abbildungen 1 und 2.
Wenn man sich beide Briefe jedoch genau durchliest, so stellt man fest, daß in keinem behauptet wird, es habe in Lagern des Altreiches (also in den Grenzen von 1937) keine Vergasungen gegeben, sondern lediglich, es habe dort keine »*Massenvergasungen wie diejenigen, die in Auschwitz, Treblinka und anderen Orten stattfanden*« (Wiesenthal) bzw. »*Massenvernichtung der Juden durch Vergasungen*« (Broszat) gegeben. Diese Aussagen schließen „einzelne" Vergasungen von



Abbildung 3, oben: Erinnerungsplakette am angeblichen Standort der „Gaskammer" im KL Ravensbrück

Abbildung 4, unten: Denkmal im KL Ravensbrück:
»VIELE TAUSENDE WURDEN VERGAST ODER STARBEN AN ERSCHÖPFUNG«



Juden oder gar Massentötungen von Nichtjuden in Lagern des Altreiches durchaus nicht aus.
Erich Kern hat die Ereignisse detailliert beschrieben, die Martin Broszat zu seinem Leserbrief veranlaßten: Da damals jemand die Existenz von Gaskammern in Dachau öffentlich bestritten hatte, ergab sich ein medialer und politischer Sturm der Entrüstung, einschließlich dem Ruf nach dem Strafrichter. Aufgrund der mehr als dünnen und offenbar unhaltbaren Beweislage bezüglich einer Gaskammer in Dachau machten Medien und Justiz dann aber einen Rückzieher.[2]
Seit Erscheinen dieses Leserbriefes wird dieser von Revisionisten als Beweis dafür vorgetragen, es habe in den Lagern des Altreiches keine Vergasungen oder sogar keine Gaskammern gegeben, obwohl schon das eine Überinterpretation seines Inhalts ist.
Ein Blick in die Literatur zeigt tatsächlich, daß die Behauptungen von Gaskammern und Vergasungen in den Lagern des Altreiches von Holocaust-Establishment niemals aufgegeben wurde. Eines der zentralen Werke zum Holocaust, das Buch *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas*,[3] beschäftigt sich auf den Seiten 245-280 mit Gaskammern und Vergasungen in den Lagern Mauthausen, Sachsenhausen, Ravensbrück, Stutthof, Neuengamme, Natzweiler und Dachau. Als Beweise für das Dargelegte wird verwiesen auf: Akten der alliierten Nachkriegstribunale, Veröffentlichungen ehemaliger Häftlinge; Aktenbestände der Zentralen Erfassungsstelle Ludwigsburg sowie auf frühere kommunistische Veröffentlichungen aus der SBZ (DDR). Im Kapitel zu Dachau zum Beispiel wird zum Beweis der Existenz der Gaskammern der Zeuge Dr. Blaha zitiert, ohne aber auf dessen aberwitzigen Aussagen einzugehen, wie etwa, daß in Dachau über 200.000 vergast worden seien.
Im 1990 erstmals erschienenen und zuletzt 1996 aufgelegten Taschenbuch *Legenden, Lügen, Vorurteile* listet Hellmuth Auerbach vom Institut für Zeitgeschichte die Lager wie folgt auf:[4]

Mauthausen:	4.000 Opfer (Zyklon B, Gaswagen CO)
Neuengamme:	450 Opfer (Zyklon B)
Sachsenhausen:	mehrere Tausend Opfer (Zyklon B)
Natzweiler:	120 bis 200 Opfer (Zyklon B)
Stutthof:	mehr als tausend Opfer (Zyklon B)
Ravensbrück:	mindestens 2.300 Opfer (Zyklon B)

Dachau wird in dieser Liste nicht aufgeführt. Auerbach bezieht sich auf drei Quellen der Sekundärliteratur, und zwar primär das oben erwähnte Buch *Massentötungen…*, einem in dieser Hinsicht recht oberflächlichen Beitrag von Ino Arndt und Wolfgang Scheffler[5] sowie auf ein Werk des seinerzeitigen Leiters der zentralen Erfassungsstelle in Ludwigsburg, das sich allerdings primär mit den sogenannten Vernichtungslagern beschäftigt.[6] Letztlich bleibt also als Nachweis nur das, was im Werk *Massentötungen…* angeführt wird.
Ein Besuch in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Ravensbrück ergab, daß es dort sowohl einen Gedenkstein am angeblichen Standort der ehemaligen „Gaskammer" gibt, vgl. Abbildung 3, sowie einen weiteren Gedenkstein, mit dem der vergasten Frauen gedacht wird, Abbildung 4 (aufgenommen im Jahr 2000).
Eine Anfrage beim Institut für Zeitgeschichte zu diesem Komplex ergab die in Abbildung 5 wiedergegebene Antwort von Dr. Dieter Pohl, der in den 90er Jahren über Themen des Holocaust promovierte.[7] Demnach hat sich die Opferzahl von Ravensbrück von 2.300 auf 3.000 erhöht.

Auch Yehuda Bauer, Direktor des Internationalen Holocaust-Forschungsinstituts in Jerusalem, schließt sich der Meinung von Dr. Pohl an, Abbildung 6.

Auch der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, in dessen Land sich die Gedenkstätte des ehemaligen Lagers Sachsenhausen befindet, schließt sich den beiden Holocaust-Historikern an, wobei er auf die zwei von uns bereits oben zitierten Quellen verweist. Damit nicht genug, krönt er seinen Brief sogar mit der Feststellung, aus *»historischen Quellen«* gehe *»eindeutig hervor«*, daß die SS Schrumpfköpfe als *»Geschenkartikel«* aus ermordeten Häftlingen herstellte, Abbildung 7. Seine eindeutigen Quellen gibt er aber nicht preis, denn die dürfte es wohl nicht geben. Es sei hier auch auf den Erlebnisbericht von Gerhard Schirmer hingewiesen, der persönlich an der Errichtung der „Gaskammer" in Sachsenhausen beteiligt war – nach dem Krieg als Kriegsgefangener und im Auftrag der Sowjets.[8]

Überhaupt sind die auf die diversen Anfragen erhaltenen Antworten mehr als dünn. Am peinlichsten ist die des deutschen Jung-Holocausters Dr. Pohl, der doch ernsthaft meint, die Lagerleitung des Frauen-KL Ravensbrück sei im März 1945 noch organisatorisch in der Lage gewesen, irgendwelche Baumaterialien und Giftgase zusammenzubekommen, um daraus eine Gaskammer zu bauen und in Betrieb zu setzen.

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE
– Dr. Dieter Pohl –

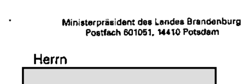
LEONRODSTRASSE 46 B
80636 MÜNCHEN
TELEFON: (089) 126880
TELEFAX: (089) 1231727

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b · D-80636 München · Tel. 126880

Herrn

München, 27. Juni 2000

Ihre Anfrage vom 16. Juni

Sehr geehrter Herr 

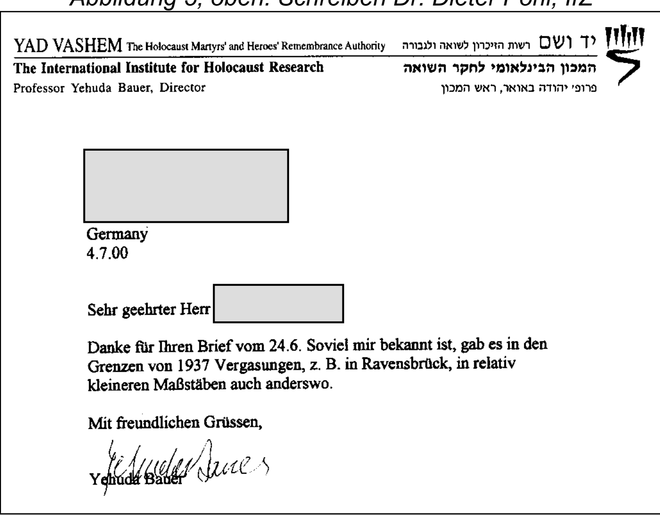
der Kenntnisstand von 1961 bezüglich von Massentötungen durch Giftgas im „Altreich" ist heute überholt. In einer Reihe von staatsanwaltschaftlichen und historiographischen Ermittlungen konnte festgestellt werden, daß es auch in den Konzentrationslagern innerhalb des „Altreichs", d.h. Deutschland in den Grenzen von 1937, Massenmorde durch Giftgas gegeben hat.

Im Konzentrationslager Sachsenhausen (Provinz Brandenburg) bestand seit 1943 eine kleinere Vergasungsanlage, in der bis Kriegsende hin und wieder Personengruppen ermordet wurden, so etwa sogenannte Ostarbeiterinnen. In Neuengamme (Hamburg) existierte zwar keine eigene Vergasungseinrichtung, die Lagermannschaft dichtete jedoch zeitweise den sogenannten „Bunker", ein Lagergefängnis, so ab, daß darin Menschen im Gas erstickt werden konnten. Nachweisbar ist dort die Ermordung von zwei Gruppen sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Lager Fallingbostel. Im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück (Brandenburg) wurde ca. im März 1945 eine Gaskammer eingerichtet, in der etwa 3.000 marschunfähige weibliche Häftlinge noch vor der Befreiung durch Giftgas ermordet wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dieter Pohl

Abbildung 5, oben: Schreiben Dr. Dieter Pohl, IfZ



YAD VASHEM The Holocaust Martyrs' and Heroes' Remembrance Authority יד ושם רשות הזיכרון לשואה ולגבורה
The International Institute for Holocaust Research המכון הבינלאומי לחקר השואה
Professor Yehuda Bauer, Director פרופ׳ יהודה באואר, ראש המכון

Germany
4.7.00

Sehr geehrter Herr

Danke für Ihren Brief vom 24.6. Soviel mir bekannt ist, gab es in den Grenzen von 1937 Vergasungen, z. B. in Ravensbrück, in relativ kleineren Maßstäben auch anderswo.

Mit freundlichen Grüssen,

Yehuda Bauer

Abbildung 6, oben: Schreiben Prof. Dr. Yehuda Bauer, Yad Vashem

Ministerpräsident

LAND BRANDENBURG

Ministerpräsident des Landes Brandenburg
Postfach 601051, 14410 Potsdam

Herrn

Potsdam, 22. Mai 2000
Geschz.: 44/Rö/0411-00
Bearbeitung: Frau Römer
Hausruf: (0331) 866-(0)-1352
Fax: (0331) 866-1450
e-mail: silvia.römer@stk.brandenburg.de

Sehr geehrter Herr

Sie hatten mit Schreiben vom 2. April 2000 dem Ministerpräsidenten Ihre Kritik an der - Ihrer Auffassung nach - falschen Darstellung historischer Fakten in den Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück mitgeteilt. Inzwischen liegt mir die Stellungnahme des zuständigen Ministeriums vor, die ich Ihnen nachfolgend gerne übermittle.

- Sie verweisen darauf, dass die Konzentrationslager, vor allem das in Sachsenhausen, nach der Befreiung im April 1945 durch die russische Besatzungsmacht weiter genutzt wurden. Deshalb fand nach Ihrer Meinung keine Befreiung statt. Sie fordern eine entsprechende Klarstellung.
  Hierzu teilt das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur mit:

  Die Landesregierung legt Wert darauf, sowohl an die Opfer und Leiden während der Nazi-Zeit zu erinnern als auch an diejenigen, die zu Unrecht und ohne rechtsstaatliche Verfahren nach 1945 durch den NKWD in Lagern interniert waren.

  Das Gedenken an politische Gewaltherrschaft und deren historische Aufarbeitung erfolgt in den Gedenkstätten des Landes Brandenburg ohne Relativierung und Verharmlosung der dort vorgekommenen Grausamkeiten, die durch gegenseitige Aufrechnungen entstehen würden.

- In den Gedenkstätten werden nach Ihrer Meinung zum Teil Fälschungen gezeigt bzw. fehlerhafte Aussagen gemacht. Zu den einzelnen von Ihnen angeführten Punkten liegt mir folgende Stellungnahme vor:

  Eine Überprüfung Ihrer Kritik hat ergeben, dass Sie sich mit den von Ihnen vorgetragenen Belegen nicht auf dem Boden der neuesten wissenschaftlichen Forschungsergebnisse bewegen. Demzufolge hat es Gaskammern und Vernichtungsstationen in den Lagern auf deutschem Boden gegeben. Das Ministerium verweist in diesem Zusammenhang auf die neueste dazu erschienene Fachliteratur (Eugen Kogon u.a. aus dem Jahr 1986 sowie Wolfgang Benz aus dem Jahr 1992). Die Forschungen in der Gedenkstätte Sachsenhausen haben bestätigt,

Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam

2

dass im März 1943 auch dort eine Gaskammer in die Krematoriumsanlage eingebaut und betrieben worden war.

Sie sprechen ferner die Herstellung von sogenannten Schrumpfköpfen als Geschenkartikel an. Aus historischen Quellen geht eindeutig hervor, dass diese Greueltaten von der SS im KZ Buchenwald begangen wurden. Unabhängig davon sieht die Gedenkstätte Sachsenhausen die derzeitige Ausstellung als überholt an und bereitet die Neugestaltung dieses Ausstellungsabschnitts im Pathologie-Gebäude vor.

Die Zahl der Toten des Speziallagers in Sachsenhausen ist mit 12.000 recherchiert worden. Alle anderen Zahlen sind unbelegte Schätzungen.

Seien Sie versichert, dass die Landesregierung darauf achtet, dass die Dokumentation in den Gedenkstätten seriös ist und den historischen Tatsachen entspricht. Auch wenn sie nicht unmittelbar an den wissenschaftlichen Diskussionen über die Geschichte der Lager vor und nach 1945 teilnimmt, achtet sie über ihre Vertreter in den Aufsichtsgremien und Beiräten darauf, dass die Dokumentationen auf dem letzten wissenschaftlichen Stand sind.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Römer

Abbildung 7, rechts: Schreiben Ministerpräsident Brandenburg (zwei Seiten)

Zu jener Zeit ging in Deutschland schon lange nichts mehr. In allen Lagern war die Infrastruktur völlig zusammengebrochen. Weder Lebensmittel noch medizinische Versorgung kam zu den Lagern durch, geschweige denn irgendwelche für eine Gaskammer notwendigen Baumaterialien oder größere Mengen Giftgas. Es ist auch völlig unglaubhaft, daß die Lagerleitung im März 1945 noch in der Lage gewesen wäre – oder auch nur einen Gedanken darauf verschwendet hätte –, irgendeine Personengruppe für einen organisierten, langfristig zu planenden Massenmord herauszusuchen.

Angesicht solcher fieberwahnartiger Phantastereien muß man sich ernsthaft fragen, nach welchen Kriterien das IfZ eigentlich seine Mitarbeiter aussucht.

Festzuhalten ist, daß die Legende von Gaskammern und Vergasungen im Altreich alles andere als tot ist. Sie ist so lebendig wie nie zuvor, und in der heutigen Zeit der Offenkundigkeit, wo jede Kritik und Widerrede, jedes Zweifeln und Aufmucken mit Gefängnisstrafen verfolgt wird, ist wohl auch nicht damit zu rechnen, daß sich daran in absehbarer Zeit etwas ändern wird bzw. kann.

Andererseits ist aber auch klar, daß es mit der Beweisgrundlage für diese Legende wirklich nicht weit her ist. Die revisionistische Forschung hat in den letzten Jahrzehnten viele Mosaiksteine zusammengetragen, die dieser Legende schwer zugesetzt haben. Es schadet der wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung aber, wenn man wider die Tatsachen behauptet, die Hofhistoriker hätten diese Legende bereits aufgegeben. Dazu müssen sie erst noch gezwungen werden, etwa durch eine revisionistische Monographie, die sich ausschließlich mit Vergasungsbehauptungen in diesen Lagern beschäftigt.

Es wäre in der Tat an der Zeit, diese bereits gesammelten revisionistischen Mosaiksteine nun zu einem großen Ganzen zusammenzusetzen und die fehlenden Stücke zu finden und ebenfalls einzusetzen. Ein erster Schritt dazu war der unter Federführung von Prof. Faurisson zusammengestellte sogenannte Dritte Leuchter-Bericht.[9] Dieser müßte ausgebaut und auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

Anmerkungen

1. »*Wiesenthal Re-Confirmes: „No Extermination Camps on German Soil“*«, *The Journal of Historical Review*, 13(3), S. 9-12, hier S. 10.
2. E. Kern, *Meineid gegen Deutschland*, K. W. Schütz Verlag, Göttingen 1968, S. 91-100.
3. E. Kogon, H. Langbein, A. Rückerl et al., *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas*, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1983.
4. Wolfgang Benz, *Legenden Lügen Vorurteile*, dtv, München 1992, 1993, 1995, 1996, S. 200-203. Das Buch erschien zuerst 1990 bei Moos, München.
5. I. Arndt, W. Scheffler, »*Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern*«*VfZ* 24 (1976) S. 105-135.
6. Adalbert Rückerl, *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse*, dtv, München 1977.
7. Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 - 1944: Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, Oldenbourg, München 1996; ders., *Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord: der Distrikt Lublin des* Generalgouvernements 1939 – 1944, Lang, Frankfurt am Main 1993.
8. G. Schirmer, *Sachsenhausen – Workuta*, Grabert, Tübingen 1992.
9. Frederick A. Leuchter , *The third Leuchter Report*, Samisdat Publishers, Toronto 1990.

Zeugen

Von Angela Schneider

The Miami Herald

FRANKFURT — (UPI) — A former inmate of Auschwitz death camp apologized in court for making "nasty accusations" against his onetime Nazi masters.

"I was drunk when I made those nasty accusations," claimed Rudolf Kauer, 62, called to repeat at the trial of 21 former Auschwitz personnel the charges he made in pre-trial testimony.

There was shocked silence in the courtroom.

"It isn't so easy . . . you know you can be legally punished for lying," snapped Chief Judge Hans Hofmeyer.

"I'm sorry about this. But, okay — then punish me. I'm used to it," retorted Kauer. The judge stared at him grimly and began to read from Kauer's pre-trial transcript.

"You said you could never forget (defendant Wilhelm) Boger mistreating a 23 or 24-year-old Polish girl from Cracow. You said he beat her on the breasts with a bullwhip. You said she was covered with blood and one breast was ripped off. You said there was a sea of blood in the interrogation room," intoned the judge.

"I lied. That was just a yarn going about the camp. I never saw it," Kauer, a postwar construction engineer said.

Boger, described by numerous witnesses as Auschwitz' torture master, sat grinning in the prisoner section. Soon other defendants began to grin.

"You said (defendant Klaus) Dylewski was one of the worst killers," the judge prodded Kauer.

"Dylewski was harmless. I may have said something like that. But it wasn't true. Everything I said then is worthless," the witness said.

"Did you know (defendant Pery) Broad?" asked the judge, maintaining an iron calm.

"Yes . . . but he also did nothing," said Kauer.

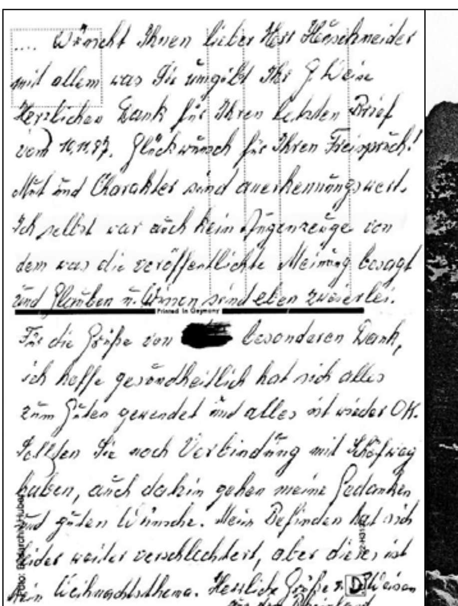
"And ex-Auschwitz SS medic Josef Klehr? There were stories he gave poison injections." "I never saw it," said the witness.

And ex-SS medic Herbert Scherpe, whom Kauer said in pretrial question selected ailing prisoners for death? "I don't know anymore. Many people did that, even prisoners.

1. Lügen über Auschwitz

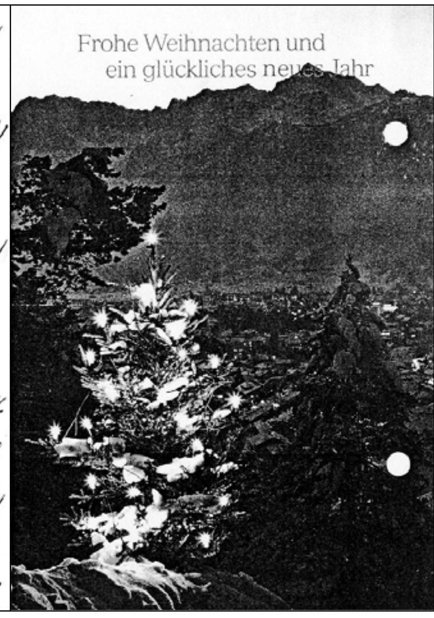
Als erstes soll hier ein Fall von seltener Aufrichtigkeit in Erinnerung gerufen werden, der sich während des Frankfurter Auschwitz-Prozesses 1964 zutrug. Während seiner Vernehmung durch das Frankfurter Schwurgericht nahm Rudolf Kauer, damals 62 Jahre alt, alle seine belastenden Aussagen zurück. Da dieser Fall meines Wissens nach im deutschen Sprachraum bisher nicht dargelegt wurde, sei hier nachfolgend ein Artikel in Übersetzung wiedergegeben, wie er vom *Miami Herald* am 7.7.1964 auf S. 15A abgedruckt wurde:

> *»Frankfurt – (UPI) – ein ehemaliger Insasse des Todeslagers Auschwitz entschuldigte sich beim Gericht, „niederträchtige Anschuldigungen“ gegen seine damaligen Nazi-Meister gemacht zu haben.*
>
> *„Ich war betrunken, als ich diese niederträchtigen Anschuldigungen machte“, behauptete Rudolf Kauer, 62, der vorgeladen worden war, um bei Prozeß gegen 21 ehemalige Auschwitz-Bedienstete seine im Untersuchungsverfahren gemachte Aussage zu wiederholen.*
>
> *Es herrschte eine schockierte Stille im Gerichtssaal.*
>
> *„Das ist nicht so einfach… Wissen Sie, Sie können fürs Lügen bestraft werden“, schnauzte der Vorsitzende Richter Hans Hofmeyer ihn an.*
>
> *„Es tut mir leid. Aber gut, dann bestrafen Sie mich eben. Ich bin das gewöhnt.“, erwiderte Kauer. Der Richter starrte in grimmig an und begann, Kauers schriftliche Aussage aus dem Untersuchungsverfahren vorzulesen.*
>
> *„Sie sagten, Sie könnten nie vergessen, wie (der Angeklagte Wilhelm) Boger ein 23 oder 24jähriges polnisches Mädchen aus Krakau mißhandelt hat. Sie sagten, er habe sie mit einer Peitsche auf die Brust geschlagen. Sie sagten, sie sei mit Blut überströmt gewesen, und eine Brust sei abgerissen worden. Sie sagten, im Vernehmungsraum sei ein*



... Wünscht Ihnen lieber Herr Hirschneider
mit allem was Sie umgibt Ihr G. Weise
Herzlichen Dank für Ihren letzten Brief
vom 11.11.97. Glückwunsch für Ihren Freispruch!
Mut und Charakter sind anerkennungswert.
Ich selbst war auch kein Augenzeuge von
dem was die veröffentlichte Meinung besagt
und Glauben u. Wissen sind eben zweierlei.
Printed in Germany
Für die Grüße von [illegible] besonderen Dank,
ich hoffe gesundheitlich hat sich alles
zum Guten gewendet und alles ist wieder OK.
Sollten Sie noch Verbindung mit [illegible]
haben, auch dahin gehen meine Gedanken
und guten Wünsche. Mein Befinden hat sich
leider weiter verschlechtert, aber dies ist
kein Weihnachtsthema. Herzliche Grüße [illegible]
aus dem Rheinland

Foto: Bildarchiv Huber



See aus Blut gewesen", betont der Richter.
„Ich habe gelogen. Das war das Seemannsgarn, das im Lager umherging. Ich habe das nie gesehen", sagte Kauer, nach dem Krieg ein Bauingenieur.
Boger, der von einigen Zeugen als der Foltermeister von Auschwitz beschrieben wurde, saß grinsend auf der Angeklagtenbank. Auch andere Angeklagte fingen an zu grinsen.
„Sie sagten, (der Angeklagte Klaus) Dylewski sei einer der schlimmsten Mörder gewesen", spornte der Richter Kauer an.
„Dylewksi war harmlos. Ich habe so was Ähnliches gesagt. Aber es ist nicht wahr. Alles, was ich gesagt habe, ist wertlos", erwidert der Zeuge.
„Kannten sie (den Angeklagten Pery) Broad?" fragte der Richter, der eiserne Ruhe bewahrte.
„Ja… aber er hat auch nichts getan", sagte Kauer.
„Und der vormalige Auschwitz SS-Sanitäter Josef Klehr? Es gab Geschichten, er habe Giftspritzen gegeben." „Ich habe das nie gesehen", sagte der Zeuge.
Und der Ex-SS-Sanitäter Herbert Scherpe, von dem Kauer bei seiner Vernehmung im Untersuchungsverfahren sagte, er habe kränkelnde Gefangene für den Tod ausgesondert?
„Ich weiß nicht mehr. Viele Leute haben das gemacht, sogar Gefangene."«

Dieser Vorgang beweist zwar nur, daß dieser *eine* Zeuge das Blaue vom Himmel log. Er gibt jedoch einen Hinweis auf die Atmosphäre, die im Vernehmungsbüro der Frankfurter Staatsanwaltschaft sowie unter den ehemaligen Häftlingen geherrscht haben muß – und zwar sowohl damals in Auschwitz als auch zur Zeit des Prozesses –, daß ein Zeuge derartiges Seemannsgarn überhaupt kannte und als eigenes Erleben zum Besten bringen konnte. Interessanterweise berichtet noch nicht einmal Hans Laternser in seinem Werk *Die andere Seite im Auschwitz-Prozeß 1963/65* (Seewald, Stuttgart 1966) über diesen doch recht bezeichnenden Vorfall.

2. Unwissen über Auschwitz

Über den Schauprozeß gegen den ehemals im KL Auschwitz als Bewacher eingesetzten Gottfried Weise ist hinreichend publiziert worden (vgl. zusammenfassend Claus Jordan, »*Politik und Rechtsprechung – Ein Fallbeispiel*«, in E. Gauss (Hg.), *Grundlagen zur Zeitgeschichte*, Grabert, Tübingen 1994, S. 111-139). Herr Weise war zu lebenslanger Haft verurteilt worden, wurde aber wegen seiner schweren Krebskrankheit gnadenhalber am 4.4.1997 entlassen. Wie berichtet, ist Herr Weise am 1. März 2000 seiner Krankheit erlegen. Aus diesem Anlaß erlauben wir uns, eine Weihnachtsgrußkarte von Herrn Weise wiederzugeben, in der er in knapper Form auf die ihm schriftlich gestellte Frage einging, ob er in Auschwitz jemals Gaskammern gesehen habe. Jetzt kann man ihn dafür ja nicht mehr verfolgen. Seine Antwort könnte klarer nicht sein:

»Ich selbst war auch kein Augenzeuge von dem, was die veröffentlichte Meinung besagt, und Glauben und Wissen sind eben zweierlei.«

3. Swingtanz in Auschwitz

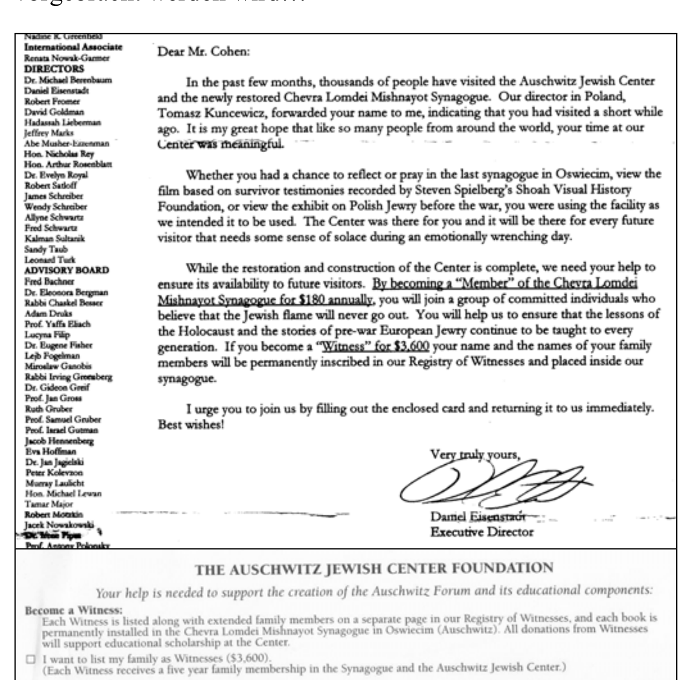
Die *Mainzer Allgemeine Zeitung* schrieb am 29.1.2000:

»Coco Schumann: Im NS-Jargon „Halbjude", trug er schon als Kind den Judenstern. Der Berliner durchlebte die Konzentrationslager Theresienstadt und Auschwitz-Birkenau, spielte Schlagzeug bei den „Ghetto-Swingers". […] *Der Halbjude überlebte.«*

Es gab also in Auschwitz nicht nur ein Schwimmbad (vgl. *VffG* 3/2001), sondern auch eine Jazz-Band.

4. Wie man Zeuge wird…

Wollen Sie zusammen mit Ihrer Familie als Zeuge in der Registratur der Zeugen im Jüdischen Zentrum in Auschwitz verewigt werden? Lächerliche $3.600 (DM 8.500), und Sie sind mit von der Partie! Es wäre interessant zu erfahren, ob diese Liste der Zeugen irgendwann als „Beweis" für den Holocaust vorgebracht werden wird…



Nadine K. Greenfield
International Associate
Renata Nowak-Garmer
DIRECTORS
Dr. Michael Berenbaum
Daniel Eisenstadt
Robert Fromer
David Goldman
Hadassah Lieberman
Jeffrey Marks
Abe Musher-Eizenman
Hon. Nicholas Rey
Hon. Arthur Rosenblatt
Dr. Evelyn Royal
Robert Satloff
James Schreiber
Wendy Schreiber
Allyne Schwartz
Fred Schwartz
Kalman Sultanik
Sandy Taub
Leonard Turk
ADVISORY BOARD
Fred Bachner
Dr. Eleonora Bergman
Rabbi Chaskel Besser
Adam Druks
Prof. Yaffa Eliach
Lucyna Filip
Dr. Eugene Fisher
Lejb Fogelman
Miroslaw Ganobis
Rabbi Irving Greenberg
Dr. Gideon Greif
Prof. Jan Gross
Ruth Gruber
Prof. Samuel Gruber
Prof. Israel Gutman
Jacob Hennenberg
Eva Hoffman
Dr. Jan Jagielski
Peter Kolevzon
Murray Laulicht
Hon. Michael Lewan
Tamar Major
Robert Motzkin
Jacek Nowakowski
Dr. Ivan Pipes
Prof. Antony Polonsky

Dear Mr. Cohen:

In the past few months, thousands of people have visited the Auschwitz Jewish Center and the newly restored Chevra Lomdei Mishnayot Synagogue. Our director in Poland, Tomasz Kuncewicz, forwarded your name to me, indicating that you had visited a short while ago. It is my great hope that like so many people from around the world, your time at our Center was meaningful.

Whether you had a chance to reflect or pray in the last synagogue in Oswiecim, view the film based on survivor testimonies recorded by Steven Spielberg's Shoah Visual History Foundation, or view the exhibit on Polish Jewry before the war, you were using the facility as we intended it to be used. The Center was there for you and it will be there for every future visitor that needs some sense of solace during an emotionally wrenching day.

While the restoration and construction of the Center is complete, we need your help to ensure its availability to future visitors. By becoming a "Member" of the Chevra Lomdei Mishnayot Synagogue for $180 annually, you will join a group of committed individuals who believe that the Jewish flame will never go out. You will help us to ensure that the lessons of the Holocaust and the stories of pre-war European Jewry continue to be taught to every generation. If you become a "Witness" for $3,600 your name and the names of your family members will be permanently inscribed in our Registry of Witnesses and placed inside our synagogue.

I urge you to join us by filling out the enclosed card and returning it to us immediately.
Best wishes!

Very truly yours,

Daniel Eisenstadt
Executive Director

THE AUSCHWITZ JEWISH CENTER FOUNDATION

Your help is needed to support the creation of the Auschwitz Forum and its educational components:

Become a Witness:
Each Witness is listed along with extended family members on a separate page in our Registry of Witnesses, and each book is permanently installed in the Chevra Lomdei Mishnayot Synagogue in Oswiecim (Auschwitz). All donations from Witnesses will support educational scholarship at the Center.

☐ I want to list my family as Witnesses ($3,600).
(Each Witness receives a five year family membership in the Synagogue and the Auschwitz Jewish Center.)

Schreiben der Auschwitz Jewish Center Foundation *vom 18.6.2001 (oben) und „Zeugen"-Bestellkarte (Ausschnitte): Für $3.600 kann man sich als „Zeuge" registrieren lassen.*
(Vollgröße im Internet)

Bücherschau

Groß-Rosen – weniger wäre mehr gewesen

Von Jürgen Graf

Isabell Sprenger, *Groß-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien*, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 1996, 425 S., DM 84,- (Dissertation, vorgelegt 1995 an der Universität Stuttgart)

Isabell Sprengers als sechster Band der *Neuen Forschungen zur schlesischen Geschichte* publiziertes Buch *Groß-Rosen. Ein Konzentrationslager in Schlesien* ist zwar bereits 1996 erschienen, doch bin ich erst kürzlich auf das Werk aufmerksam geworden, welches die erste in deutscher Sprache veröffentlichte Monographie über das westlich von Breslau gelegene Groß-Rosen darstellt. 1940 zunächst als Nebenlager von Sachsenhausen gegründet, wurde dieses 1941 in den Rang eines selbständigen Konzentrationslagers erhoben und nahm nach den – freilich nicht vollumfänglich durch Dokumente abgestützten – Berechnungen I. Sprengers bis zu seinem Ende im Januar 1945 rund 120.000 Häftlinge auf, davon knapp die Hälfte Juden.

Groß-Rosen galt als eines der härtesten Lager. Dies erklärte sich dadurch, daß ein erheblicher Teil der Häftlinge in den Steinbrüchen arbeiten mußte, wo die Bedingungen besonders schwer bis unmenschlich waren. Das Steinbruchgelände war 1940 von dem SS-eigenen Betrieb »*Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH*« (DESt) erworben worden, so daß der Gedanke nahe lag, neben zivilen Arbeitskräften auch KL-Häftlinge in den Steinbrüchen einzusetzen. Der dort geförderte Granit wurde zur Errichtung von Bauwerken, aber auch zum Straßen- und Autobahnbau in Schlesien verwendet.

Groß-Rosen wies annähernd hundert Neben- oder Außenlager auf, weitaus mehr als jedes andere KL. Von sämtlichen nationalsozialistischen Konzentrationslagern ist es das am wenigsten bekannte und am mangelhaftesten erforschte. Der Grund dafür mag, wie I. Sprenger auf S. 3 ihrer Studie schreibt, in der Tat teilweise darin zu suchen sein, daß sich in der alten Bundesrepublik sowie der DDR »*das Interesse auf die Lager innerhalb der jeweiligen eigenen Grenzen konzentrierte*« und daß für die aus Schlesien vertriebene Bevölkerung »*die eigenen Erlebnisse von Flucht und Vertreibung im Vordergrund standen*«, doch abgesehen davon ist die Geschichte Groß-Rosens nur äußerst lückenhaft dokumentiert, und jede Darstellung muß zwangsläufig fragmentarischen Charakter aufweisen.

Es gilt anzuerkennen, daß I. Sprenger eine sehr beträchtliche Arbeit geleistet hat. Sie hat in deutschen, polnischen, russischen und israelischen Archiven geforscht, die verhältnismäßig umfangreiche polnische Literatur über das Konzentrationslager ausgewertet (im Gegensatz zu so gut wie allen deutschen „Holocaust-Experten" hat sie sich die Mühe gemacht, Polnisch zu erlernen) sowie schließlich zahlreiche Akten der BRD-Justiz studiert. Herausgekommen ist ein über 400 Seiten umfassendes Buch, das unseren Wissensstand über Groß-Rosen zwar fraglos bereichert, nach dessen Lektüre der kritische Leser jedoch seufzen muß: Weniger wäre mehr gewesen! Ein erheblicher Teil des Werkes besteht nämlich aus ganz unnützem ideologischem Ballast, der nichts mit dem KL Groß-Rosen zu tun hat und über weite Strecken im sattsam bekannten Jargon der Vergangenheitsbewältigung und der Political Correctness verfaßt ist. Die Verfasserin hätte gut daran getan, den von ihr (auf S. 5) zitierten Ausspruch des ehemaligen Groß-Rosen-Häftlings Andrzej Kaminski zu beherzigen, wonach man den Opfern »*nicht ein pauschales Wehgeschrei, sondern genaues Wissen*« schulde.

Wenn I. Sprenger die gängige Darstellung des „Holocaust" kritiklos übernimmt und von einer Massentötung von Juden in „Vernichtungslagern" spricht, so mag man ihr dafür mildernde Umstände zubilligen; sie wußte es einfach nicht besser, und falls sie es besser gewußt hätte, so hätte sie dies unter den in der BRD herrschenden Bedingungen nicht offenbaren dürfen. Wenn sie jedoch die uralten Märchengeschichten über Vergasungen in den westlichen Lagern wieder aus der Rumpelkammer holt und beispielsweise (auf S. 220) den Unfug von den 5000 angeblich im österreichischen Schloß Hartheim Vergasten auftischt, so ist dies mehr als ärgerlich. Daß es in Groß-Rosen keine Gaskammer zur Menschentötung gab, räumt sie zwar ein, schreibt jedoch, es habe gegen Kriegsende »*offenbar Planungen gegeben, aus Auschwitz abgebaute Gaskammern in Groß-Rosen wieder aufzubauen*« (S. 205). Eine Quelle für diese Behauptung nennt sie nicht, doch wird sie sich wohl auf das ganz und gar unzuverlässige „vergrabene Manuskript eines unbekannten Autors" gestützt haben.

Wie sämtliche Studien dieser Art krankt auch jene I. Sprengers an der unkritischen Akzeptanz fragwürdiger Zeugenaussagen. Gestützt auf solche Augenzeugenberichte gibt sie beispielsweise die Anzahl der hingerichteten oder ohne Urteil mittels Injektion getöteten Häftlinge mit über 3000 an (S. 225), was fraglos zu hoch gegriffen sein dürfte; dokumentarisch belegt sind 375 Exekutionen (S. 211). Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit übertrieben ist auch die auf S. 226 genannte Gesamtopferzahl von 40.000 bis 45.000 Toten: Die bis Ende 1943 erhaltenen Sterbebücher des Lagers belegen das Ableben von 6.347 Häftlingen bis zu jenem Zeitpunkt (S. 225), und selbst wenn bis dann tatsächlich annähernd 3000 Häftlinge unregistriert getötet wurden, mutet es unwahrscheinlich an, daß 1944 sowie in den ersten Monaten 1945 in Groß-Rosen 30.000 bis 35.000 Menschen den Tod fanden. I. Sprenger hat ihre Angaben aus der polnischen Literatur übernommen, welche die Opferzahlen der deutschen Konzentrationslager stets zu übertreiben pflegt; so wird für das KL Stutthof von den Polen eine Ziffer von 65.000 Toten angegeben, während die tatsächliche Zahl bei rund 26.500 lag.[1] Im Fall Groß-Rosen könnte sich die Übertreibung in einer ähnlichen Größenordnung bewegen. Eine alternative Zahl läßt sich aber, im Gegensatz zu Stutthof, angesichts der Lückenhaftigkeit der Dokumente nicht nennen.

Trotz seiner offensichtlichen, auf ideologische Vorgenommenheit zurückzuführenden Schwächen ist I. Sprengers Buch durchaus nicht wertlos. Zunächst erbringt sie unfreiwillig zahlreiche Beweise dafür, daß das Ziel der SS eben *nicht* darin bestand, »*die Gefangenen durch die Lagerhaft zugrunde zu richten*«, wie sie auf S. 311 und anderswo behauptet. Sie

weist beispielsweise darauf hin, daß die meisten weiblichen Häftlinge Groß-Rosen überlebt haben (S. 283f.); daß »*eine erhaltene Sammlung von Krankenberichten aus den Jahren 1943-1945 mit sehr ausführlichen täglichen Angaben über den Verlauf der Erkrankung einzelner Patienten zeigt, daß zum Teil Zeit und Sorgfalt bei der Heilung der Häftlinge aufgewendet werden konnte*« (S. 151); daß an zahlreiche Insassen Geldprämien ausgegeben wurden und sich die Prämierten mit diesem Lagergeld Zigaretten und Lebensmittel kaufen konnten (S. 250). Noch wichtiger sind aber die Informationen, die uns die Verfasserin über die von Auschwitz nach Groß-Rosen überstellten ungarischen und polnischen Juden liefert.

In ihrer »*chronologischen Transportliste*« (S. 319 ff.) dokumentiert sie rund 18.000 Überstellungen fast durchwegs jüdischer (und mehrheitlich weiblicher) Häftlinge von Auschwitz nach Groß-Rosen im Jahre 1944. Nur ein geringer Teil dieser Überstellungen wird in Danuta Czechs *Kalendarium* erwähnt, was Bände über die Zuverlässigkeit jenes „Standardwerks" über Auschwitz spricht. Auf S. 135 vermerkt I. Sprenger, vermutlich seien mehrere zehntausend ungarische Juden gleich in die Nebenlager von Groß-Rosen gebracht worden. Auch wenn sich diese These nicht dokumentarisch erhärten läßt, da die Geschichte der Nebenlager noch schlechter dokumentiert ist als jene des Stammlagers, erscheint sie uns völlig glaubwürdig. Die gerade in letzter Zeit von verschiedenen revisionistischen Autoren, darunter dem Verfasser dieser Rezension, aufgeworfene Frage, was mit den nach Auschwitz deportierten, jedoch dort nicht registrierten ungarischen Juden geschehen sei, könnte dank I. Sprengers Buch ihrer Beantwortung ein Stück näher gekommen sein. Allein schon aus diesem Grund hat die Verfasserin ihre Arbeit schwerlich umsonst getan.

Anmerkung

[1] Jürgen Graf und Carlo Mattogno, *Das Konzentrationslager Stutthof und seine Funktion in der nationalsozialistischen Judenpolitik,* Castle Hill Publisher, Hastings 1999 (€10,-), Kapitel 4.

Keine Extrawurst: Sonderbehandlung in Auschwitz

Von Carlo Mattogno

Carlo Mattogno, »*Sonderbehandlung« ad Auschwitz. Genesi e significato*, Edizioni di Ar, Padova, 2001, 188 Seiten, 26 Dokumentablichtungen; bald auch erhältlich in deutsch: »*Sonderbehandlung« in Auschwitz. Entstehung und Bedeutung*, Castle Hill Publishers, Hastings 2002, etwa 200 S., voraussichtlich €10,-

Im Juni 2001 erschien mein Buch *»Sonderbehandlung« ad Auschwitz. Genesi e Significato.* Es stützt sich größtenteils auf neue Dokumente, die auch den Auschwitz-Spezialisten – bei Jean-Claude Pressac angefangen – weitgehend unbekannt geblieben sind.

1946 hatte die »*Hauptkommission zur Erforschung der deutschen Verbrechen in Polen*« eine Deutung aufgestellt, derzufolge es sich bei den Begriffen »*Sonderbehandlung*«, »*Sonderaktion*«, »*Sondermaßnahme*« etc. um „Tarnwörter" für Menschenvergasungen gehandelt haben soll. Diese Deutung wurde 1947 bei zwei in Polen durchgeführten Prozessen, nämlich dem Höß-Prozeß sowie dem Prozeß gegen das Lagerpersonal von Auschwitz, abgesegnet und mauserte sich im folgenden zum unumstößlichen Eckpfeiler der offiziellen Geschichtsschreibung über das KL Auschwitz. Bei ihrer „Entzifferung" ging die polnische Untersuchungskommission von der Annahme aus, in den Krematorien von Birkenau hätten sich Gaskammern zur Menschentötung befunden, und leitete davon die kriminelle Bedeutung der mit »*Sonder-*« beginnenden Ausdrücke ab. Später hat die offizielle Geschichtsschreibung dann den umgekehrten Weg eingeschlagen: Von der Annahme ausgehend, diesen Begriffen wohne eine kriminelle Bedeutung inne, schloß sie auf die Existenz von Menschentötungsgaskammern in Birkenau. So entstand ein Zirkelschluß, ein steriler Teufelskreis.

Ziel meiner Studie war es, die Deutung der offiziellen Geschichtsschreibung im Lichte der Dokumente zu überprüfen. Mein Werk besteht aus zwei Teilen. Im ersten wird J.-C. Pressacs Interpretation der »*Sonderbehandlung*« in Auschwitz vorgestellt, analysiert und widerlegt. Ich zeige auf, daß er etliche Urkunden auf geradezu unglaubliche Weise mißverstanden und andere bewußt entstellt gedeutet hat. In diesem ersten Buchteil ist außerdem ein längerer Abschnitt dem Himmler-Besuch in Auschwitz vom 17. und 18. Juli 1942 gewidmet. Hier weise ich nach, daß Himmler ungeachtet der (in polnischer Haft entstandenen) Aussagen des ersten Lagerkommandanten Rudolf Höß, welche später von der gesamten offiziellen Geschichtsschreibung übernommen wurden, unter keinen Umständen einer Judenvergasung in Birkenau beigewohnt haben *kann*.

Auf diesen ersten, destruktiven (d.h. die orthodoxe Deutung demolierenden) Buchteil folgt ein konstruktiver, d.h. eine alternative Interpretation darbietender zweiter Teil. Hier analysiere ich sämtliche mir bekannten wichtigen Dokumente, in denen auf die »*Sonderbehandlung*« in Auschwitz Bezug genommen wird, und lege von Fall zu Fall dar, was der Begriff in seinem historischen Kontext bedeutet.

Die ersten Judentransporte nach Auschwitz fanden im Rahmen eines allgemeinen Plans zur Ausbeutung der jüdischen Arbeitskraft statt. Dieser Plan sah die Entsendung von Transporten vor, die sich ausschließlich aus arbeitsfähigen Juden aus der Slowakei und Frankreich rekrutieren sollten. Dementsprechend wurden die ersten 18 Transporte (16.767 Juden), welche bis zum 30. Juni 1942 in Auschwitz angelangt waren, durchwegs in den Lagerbestand aufgenommen. Als daraufhin auch die Deportation von arbeitsunfähigen Juden (alten Menschen und Kindern) angeordnet wurde, sollten diese ins Generalgouvernement abgeschoben werden, zunächst auf direktem Wege, anschließend über das als Durchgangslager dienende Auschwitz.

Was die Entstehung der »*Sonderbehandlung*« in Auschwitz in engerem Sinne anbelangt, so taucht dieser Begriff erstmals am 31. März 1942 in einem Dokument auf (und nicht, wie Pressac wähnt, am 15. Juli jenes Jahres). Ein vom 9. Juni

1942 stammendes Dokument – zu jenem Zeitpunkt trafen in Auschwitz durchwegs arbeitstaugliche Juden ein – spricht von vier Baracken *»für die Sonderbehandlung der Juden«*, die *»zur Unterbringung der Effekten«* verwendet wurden; vorher hatte man diese Effekten im Freien aufgestapelt, wo sie der Witterung schutzlos ausgesetzt waren. Die vier *»Baracken für Sonderbehandlung«*, welche laut Pressac mit den sogenannten „Bunkern" von Birkenau in Beziehung standen und angeblich als „Ausziehbaracken" dienten, waren in Wahrheit zur Sichtung und Lagerung der den jüdischen Häftlingen abgenommenen Gegenstände bestimmt. Dies wird durch andere Urkunden erhärtet, beispielsweise durch die *»Barackenaufteilung«* vom 30. Juni 1942, in denen vier *»Effektenbaracken für Sonderbehandlung«* Erwähnung finden.

In einem bedeutsamen, vom 28. Oktober 1942 stammenden Dokument geht es um eine *»Entwesungsanlage für Sonderbehandlung«*, bei der es sich um nichts anderes handelte als um die sogenannte Zentralsauna (*»Desinfektion und Entwesungsanlage«*, Bauwerk 32). Die hieb- und stichfest nachweisbare Erkenntnis, daß diese beiden Einrichtungen identisch waren, ermöglicht uns eine alternative Deutung der Dokumente betreffs Zyklon-B-Lieferungen für *»Sonderbehandlung«*: Sie sind vor dem Hintergrund der im Sommer 1942 in Auschwitz wütenden Flecktyphusepidemien zu betrachten. Das Zyklon B diente nicht nur zur Entwesung der Lagerbaracken, sondern auch zur Desinfizierung der den Juden abgenommenen persönlichen Effekten, die hauptsächlich in der *»Aufnahmebaracke mit Entlausung«* des Bauwerk 28 (Entwesungseinrichtung des sogenannten „Kanada I"), der *»Entwesungs- und Effektenkammer«* der Aktion Reinhardt sowie schließlich der *»Station 2 der Aktion Reinhardt«* stattfand. Das zu diesem Zweck bestimmte Zyklon B wurde beim SS-Standortarzt für *»Sonderbehandlung«* angefordert.

Im Oktober 1942 wurde dem Auschwitz-Komplex offiziell die *»Durchführung der Sonderbehandlung«* zugewiesen. Somit hatte das Lager eine neue Aufgabe erhalten, nämlich ein umfangreiches Programm zur Ausbeutung jüdischer Arbeitskraft für die deutsche Rüstungsindustrie. Unter Bezugnahme auf diese neue Funktion des Lagers hielt Rudolf Höß am 22. März 1943 gegenüber Hans Kammler, dem Leiter der Amtsgruppe C des SS-WVHA, fest:

> *»Dazu kam in letzter Zeit die Lösung der Judenfrage, wofür die Voraussetzung für die Unterbringung von zuerst 60.000 Häftlingen, die innerhalb kurzer Zeit auf 100.000 anwächst, geschaffen werden mußte.«*

Über eine Judenvernichtung, die sich angeblich hinter dem Ausdruck *»Lösung der Judenfrage«* verborgen haben soll, ließ Höß kein einziges Wort fallen.

Das eben geschilderte Programm war am 15. September 1942 von Albert Speer sowie Oswald Pohl, dem Leiter des SS-WVHA (Wirtschaftsverwaltungshauptamt), vereinbart worden. Ihm zufolge sollten die jüdischen Arbeitskräfte *»aus der Ostwanderung«* abgeschöpft werden: Die zum Arbeitseinsatz auserkorenen Juden würden in Auschwitz bleiben, während die Arbeitsuntauglichen weiter nach Osten abgeschoben werden sollten. Nach der Selektion blieben die Arbeitsunfähigen ein paar Tage in Auschwitz; danach wurden sie nicht den normalen, zur Verhütung der Ansteckungsgefahr dienenden Entwesungsmaßnahmen unterzogen, sondern *»gesondert untergebracht«* und im Vergleich zu den zum Arbeitseinsatz ausgewählten Juden bevorzugt behandelt, nämlich *»sonderbehandelt«*. Dies ist die wirkliche Bedeutung dieser Ausdrücke, die in der offiziellen Geschichtsschreibung völlig willkürlich mit „Vergasung" gleichgesetzt werden.

Der Ausdruck *»Durchführung der Sonderbehandlung«* besaß keinerlei kriminelle Bedeutung. Den Dokumenten läßt sich nämlich entnehmen, daß er ein Synonym für *»Durchführung der Sonderbaumaßnahmen«* und *»Durchführung der Sonderaktion«* war. Bei den *»Sonderbaumaßnahmen«* handelte es sich um nichts anderes die gängigen hygienisch-sanitären Prozeduren. Am 7. Mai 1943 erörterte Kammler in Auschwitz mit den örtlichen Behörden die hygienischen Probleme des Lagers. Innerhalb weniger Tage wurde ein umfassendes Programm zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen in Auschwitz in die Wege geleitet, auf das in den Dokumenten unter den Stichworten *»Sofortprogramm«*, *»Sondermaßnahme«* *»Sonderprogramm«* sowie *»Sonderbaumaßnahmen«* Bezug genommen wird.

Auch hinter dem Wort *»Sonderaktionen«* verbargen sich durchaus keine verbrecherischen Machenschaften. In einem Brief, den Karl Bischoff, Leiter der Zentralbauleitung von Auschwitz, am 13. Oktober 1942 verfaßte, war im Zusammenhang mit dem Krematorium II von Birkenau von *»Sonderaktionen«* die Rede. Diese bezogen sich auf die unerwartet kritische Situation, die zu einem Zeitpunkt, wo die hygienisch-sanitären Zustände in Auschwitz im argen lagen, durch die ständig neuen Judentransporte in jenes Lager entstanden war. Die Einlieferung von mehr und mehr Häftlingen hatte eine stete Verschlechterung der hygienischen Bedingungen und infolgedessen auch eine erhöhte Sterblichkeit zur Folge. Noch verheerender wurde die sanitäre Lage dadurch, daß das Krematorium I im Stammlager Auschwitz stillgelegt worden war, weil man den Kamin abreißen und durch einen neuen ersetzen mußte.

Die *»Badeanstalten für Sonderaktionen«*, um die es im Aktenvermerk vom 21. August 1942 geht, waren geplante, doch niemals verwirklichte schlichte Noteinrichtungen zur Bekämpfung der Flecktyphusseuche in Auschwitz mittels sanitärer Behandlung der Lebenden sowie Einäscherung der Toten.

Bisweilen standen die *»Sonderaktionen«* auch in Zusammenhang mit der Unterbringung der Judentransporte. Beispielsweise wurde im Standortbefehl Nr. 31/43 die Anfang August erfolgte Deportation von Juden aus Sosnowitz nach Auschwitz eben als *»Sonderaktion«* bezeichnet. Der Begriff konnte sich ferner auf den Transport sowie die Lagerung der persönlichen Gebrauchsgegenstände der Juden beziehen. Zu diesem Behufe stellte das SS-WVHA der Verwaltung von Auschwitz am 14. September 1942 fünf Lastkraftwagen *»für Sonderaktionen«* zur Verfügung. Anfang Februar 1943 existierten *»zur Lagerung der Effekten«* drei Baracken *»beim Sonderkommando 1«* und weitere drei Baracken *»beim Sonderkommando 2«*. Die Tätigkeit des Sonderkommando 1 wurde als *»Sonderaktion 1«* bezeichnet, jene des Sonderkommando 2 als *»Sonderaktion 2«*. Aus diesem Grund wurden die eingelagerten persönlichen Effekten der Häftlinge in einem Bischoff-Brief vom 24. Dezember 1943 *»Bestände aus den Sonderaktionen«* genannt.

In dem oft zitierten Tagebuch Dr. Johann Paul Kremers wohnt dem Ausdruck *»Sonderaktionen«* gleichfalls keinerlei kriminelle Bedeutung inne. Je nach Zusammenhang waren darunter nämlich die nach Ankunft der Transporte durchgeführten Selektionen oder die Selektionen der bereits registrierten Häftlinge zwecks Aussonderung der Kranken zu verstehen; letztere kamen dann in andere Sektoren des Lagers

oder wurden in andere Lager überstellt, wie die »*800 malariakranken Häftlinge*«, die man Ende 1943 nach Majdanek schickte. Die sogenannten „Muselmänner", d.h. hoffnungslos Kranke im Endzustand, wurden vermutlich dem »*Schonungsblock*« zugewiesen, wo sie entweder gesundeten oder eines natürlichen Todes starben.

In der ersten Hälfte des Jahres 1943 gab es außerdem eine »*Baustelle Sonderaktion*«, wie man einem Brief der Berliner Firma Baugeschäft Anhalt vom 10. Juni 1943 entnehmen kann.

Die »*Sonderaktion Ungarn*« – so ein in etlichen Urkunden aus dem Jahre 1944 auftauchender Begriff – bezog sich schlicht und einfach auf den Gesamtvorgang der Judendeportationen aus Ungarn nach Auschwitz.

Laut der offiziellen Geschichtsschreibung gab es in Auschwitz ein einziges »*Sonderkommando*«, das aus dem jüdischen Personal der Krematorien bestanden haben soll. Während der Arbeit an meinem Buch über die »*Sonderbehandlung*« in Auschwitz entdeckte ich, daß es in Auschwitz wenigstens elf »*Sonderkommandos*« gegeben hat, von denen freilich keines in den Krematorien tätig war. Es gibt *nicht einen einzigen dokumentarischen Beweis* dafür, daß die Arbeiter, welche die Krematorien bedienten, als »*Sonderkommando*« bezeichnet worden wären; in den Dokumenten hießen sie »*Krematoriumspersonal*«, oder man benannte sie nach dem Kommando, dem sie angehörten, beispielsweise »*206-B*« oder »*207-B*«. Der Ausdruck »*Sonderkommando*« wurde im Zusammenhang mit den in den Krematorien Angestellten gemäß der Logik der These von der „Tarnsprache" nachträglich geprägt: Wenn die angebliche Massenvergasung »*Sonderbehandlung*« hieß, so mußten die an ihrer praktischen Durchführung Beteiligten notwendigermaßen ein »*Sonderkommando*« gebildet haben, und dieses mußte das einzige »*Sonderkommando*« in Auschwitz gewesen sein!

Bei der Niederschrift meiner Studie, die in einer von Jürgen Graf erstellten Übersetzung bald auch auf Deutsch erscheinen wird, habe ich zahlreiche bisher unbekannte oder wenig bekannte Dokumente ausgewertet. Im Anhang werden 26 der wichtigsten davon abgelichtet.

Aus dem Italienischen übertragen von Jürgen Graf

ANMERKUNG DER REDAKTION

Carlo Mattognos Buch wird in Kürze erhältlich sein und unseren treuen Kunden der üblichen Vorgehensweise folgend als Ansichtssendung zugesandt werden. Wir dürfen Sie bitten, von diesem Erwerbsangebot Gebrauch zu machen, damit wir den Druck dieses Buches auch finanzieren können. Das Thema „Sonderbehandlung" ist immerhin psychologisch gesehen ein äußerst wichtiges, und es ist erfreulich, daß nun endlich eine sachliche Monographie zu diesem Thema vorliegt. Sollten Sie an dem Buch kein Interesse haben, so lassen Sie uns dies bitte im voraus wissen, damit wir uns das Porto und Ihnen die Umstände ersparen können.

Herzlichen Dank

Germar Rudolf, *Castle Hill Publishers*

Der braune Sumpf faßt wieder Fuß, oder?

Zur Berichterstattung deutscher Medien in den Monaten Januar und Februar 2001

Von Dr. phil. Ilse Schirmer-Vowinckel

Finkelstein und das Staunen über das deutsche Tabu

Am 10. Feb. 2001 fand im Südwestfunk (SWR) Fernsehen eine gespenstische Diskussion über das Buch von Norman Finkelstein: *Die Holocaust-Industrie* statt. Das Thema des Buches *ist* brisant, einige Tage lang wurde darüber diskutiert. Dann folgte das totale Totschweigen.

Wir wollen hier aber *Die Holocaust-Industrie* nicht rezensieren. Jeder Fachmann weiß darüber Bescheid und kennt den deutschen Verlag, in dem die Übersetzung erschienen ist. (Falls nicht: Es ist Piper.)

Wir wollen uns auf die Gespenstischkeit der oben erwähnten Diskussion konzentrieren, denn sie bedeutet einen guten Einstieg in die Thematik des braunen Sumpfes und des Mutes dagegen.

In obiger Diskussion wurde von einem der Teilnehmer festgestellt, daß die deutsche Gesellschaft eine große Scheu hat vor der Beschäftigung mit dem Thema Holocaust („Shoah"). Es wird gefragt, warum bloß, und hin- und hergerätselt. Es mag mehr als einen Grund für diese Scheu und das Zurückschrecken geben, und die Teilnehmer bringen sie alle vor, bis auf einen, der ebenso handfest wie profan ist: Wer sich mit dem Holocaust, d.h. also mit der Judenvernichtung in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten, beschäftigt, steht immer mit einem Bein im Gefängnis. Deshalb werde ich mich hüten, das Thema auch nur anzudeuten, statt dessen verweise ich auf den §130, 3-5 Strafgesetzbuch, dessen Wortlaut in der Beckschen Taschenausgabe nachzulesen ist und mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft, »*wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 220a Abs.1 bezeichneten Art* [Völkermordparagraph. Rez.], *die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.*« Dieser berühmte Paragraph 130, 3-5 StGB stammt aus dem Jahre 1994. Zu den großen Verfechtern gehörte die heutige Justizministerin Däubler-Gmelin. Damit wurde ein Novum in der deutschen Gesetzgebung geschaffen, denn der Straftatbestand, der hier aufgelistet ist, hat keine Allgemeingültigkeit, sondern betrifft nur eine Volksgruppe als Täter und einen begrenzten Kreis von Menschen als Opfer, außerdem nur einen begrenzten Zeitraum. Es ist höchst bedauerlich, daß es keine Definition dessen gibt, was der §130, 3-5 StGB unter Strafe stellt. Es ist Sache des jeweils befaßten Richters, ein Vorkommnis zu bestrafen oder nicht. Es kommt darauf an, wie weit die Kenntnisse des Richters reichen, ob er den Forschungsstand kennt und weiß, ob die betreffenden Forschungsergebnisse offiziell sind oder nicht.

Hierzu gibt es einen bemerkenswerten Gesprächsbeitrag Rafael Seligmanns in der Diskussionsrunde um Frau von Arnim im Südwestfunk. Er bemängelt Finkelsteins Hinweis auf das Schicksal seiner Eltern:

»Seine Mutter kommt aus Majdanek [gemeint: sie war dort interniert. Rez.] *Wie wir wissen, war Majdanek ein reines Vernichtungslager.«*

»*Richtig. Ja*«, bemerkt die Gesprächsleiterin Frau v. Arnim im Hintergrund:

»Das kann also nicht gestimmt haben, die war bestimmt vorher mal Zwangsarbeiterin. Das nehme ich ihm ab. Finkelstein als Autor hätte sofort gesagt „Das ist unkorrekt. Da wird manipuliert, das ist eine Verschwörung."«

Fassen wir zusammen: Da Norman Finkelstein von seiner Mutter berichtet, sie sei in Majdanek gewesen, so lügt er, dann Majdanek war ein „reines" Vernichtungslager, wer dort war, konnte nach dem Krieg nicht mehr gelebt haben.

Graf Lambsdorff, seinerzeit Verhandlungsführer bei der Zwangsarbeiter-Vereinbarung, stellt die Frage, was einem Buch eines Deutschen passiert wäre, das die Thesen Finkelsteins aufgestellt hätte. Die Frage, so interessant die Antwort wäre, geht leider im Disput unter.

Es wird dann über die Gründe sinniert, die gegen eine deutsche Ausgabe von Finkelsteins Buch gesprochen hätten. Es sind die Stereotypen: Angst vor „Beifall von der falschen Seite", die Sorge, seine Befürworter könnten „in die rechte Ecke gestellt" werden. Die Angst vor der rechten Ecke und vor dem falschen Beifall geht so weit, daß keiner der Teilnehmer es wagt, den Maulkorbparagraphen § 130, 3-5 StGB auch nur als politische Wirklichkeit im heutigen Deutschland zu erwähnen.

Analyse von Gewalttaten

Wir kommen nun zu der Frage rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland. Dies Problem tauchte urplötzlich im September 2000 als extrem brisantes Medienthema auf. Einen Zusammenhang mit dem Besuch Scharons auf dem Tempelberg und dem Ausbruch der palästinensischen Intifada könnte man vielleicht annehmen. Ich würde aber nicht so weit gehen, hier ein Ablenkungsmanöver zu konstatieren, denn die Medien folgen eigenen Gesetzen, und die Berichterstattung in den deutschen Medien über den ungleichen Kampf zwischen Israel und den Palästinensern ist den ersteren gegenüber von erheblicher Skepsis geprägt.

Wer also gegen „Rechts" zum Halali geblasen hat und warum, läßt sich nicht so recht erkennen. Ob es die Entlassung Günter Deckerts war, ehemaliger Vorsitzender der NPD, nach fünf Jahren politischer Haft? Dafür spricht die Wahl der NPD als Zielobjekt.

Wir wenden uns einer anderen, ganz praktischen Frage zu. Welches sind die Gewalttaten der Rechten? Wir stützen uns auf die Berichterstattung in den Medien und hier in erster Linie auf das einflußreichste der Medien, das Fernsehen, die anderen Medien einschließlich Presse konnten nur sporadisch berücksichtigt werden. Die Konzentration auf diese eine Medienart erlaubt jedoch einen einigermaßen fundierten Vergleich der Gewichtung der Themen.

Den rechten Gewalttaten stellen wir solche von a) in Deutschland lebenden Ausländern, und b) von linken Gruppen gegenüber.

Die Beobachtungen deckten den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2001 und dem 28. Februar 2001 ab, besonders herausragende Ereignisse wurden bis zu Redaktionsschluß berücksichtigt. Aus Platzgründen geben wir hier nur eine Zusammenfassung der Ereignisse wieder. Die volle Liste der Medienberichte kann in der Internetfassung dieses Beitrages eingesehen werden.

Zusammenfassend ergibt sich aus dieser Beobachtung folgendes: Von rechter Seite wurden Überfälle mit Gegenständen verübt: einmal Bierflasche, einmal Faustschlag gegen Asylbewerber, ein Skinheadüberfall in München, dessen Ausmaß bis Redaktionsschluß nicht eruieren werden konnte. Jedenfalls erlitt ein Grieche ein gebrochenes Nasenbein und gegen die deutschen Beteiligten wurde Anklage u.a. wegen versuchten Mordes erhoben (so die Mitteilung der Staatsanwaltschaft). In Passau wurde ein kroatischer Schüler von Schülern geschlagen und beschimpft – einmal ein Deutscher und ein Spätaussiedler mit Baseballschläger geschlagen; eine Massenschlägerei in Kaufering mit fremdenfeindlichem Hintergrund.

Nicht gewalttätige, aber fremdenfeindliche Ereignisse: ein Hitlergruß in der Straßenbahn, wodurch eine Schwarze mit Kind beleidigt wurde; drei antisemitische Vorfälle: Synagogentür in Thüringen mit spiegelverkehrtem Hakenkreuz verunziert, jüdischer Friedhof in Mannheim geschändet; vorgetäuschter Bombenanschlag auf Lübecker Synagoge; und zudem eine Unverschämtheit: Christian Worch beantragte eine „Gröhlgenehmigung".

Meldungen allgemeiner Art in 3SAT und ARD-Aspekte betrafen Hetzpropaganda deutscher Neonazis in Rußland, eine unheilige Allianz von Neonazis mit Moslems sowie rechtsextreme Geister, die von einem Dirigenten geweckt worden sein sollen.

Zudem gab es eine von einem farbigen Jungen in Lauchhammer vorgetäuschte rechte Gewalttat.

Die Medien berichteten wie folgt über Gewalttaten von Ausländern in Deutschland oder an Deutschen im Ausland vom 1. Januar bis zum 28. Februar 2001: ein Deutscher in Kenia ermordet; zwei Deutsche in den USA ermordet; drei Afghanen von ihren eigenen Angehörigen in Berlin ermordet; Geiselnahme in Borken durch Ägypter; ein Toter und vier Schwerverletzte bei Schießerei von Jugoslawen in Hamburg; Brandanschlag auf türkische Gaststätte in Alzey; Jugoslawe erschießt Lebensgefährtin; Kroate erschießt Freund seiner Ex-Frau; zwei tschechische Schlepper festgenommen; Geiselnahme und Schießerei in Hamburg, dabei Unbeteiligter von Algerier schwer verletzt.

Fazit: In den beiden hier dokumentierten Monaten wurden von „rechten" Deutschen nur Schlägereien und „Propagandadelikte" begangen; alle neun berichteten Morde sowie andere schwere Gewaltverbrechen wurden von Ausländern an Ausländern oder an Deutschen begangen. Es gab in keinem Fall einen erkennbaren politischen Hintergrund.

An dieser Stelle muß auf einen schockierenden Raubmord an einem deutschen Jugendlichen in München hingewiesen werden, begangen am 12. April und von den deutschen öffentlich-rechtlichen Medien ebenso wie von den Privatsendern unseres Wissens vollkommen ignoriert. Ich erfuhr durch Zufall von einer Meldung in der Münchner *Abendzeitung* (*AZ*) vom Samstag, 22. April, die auf einer dreiviertel Zeitungsseite dieses berichtet: Am 12. April hielt der 18jährige Sebastian Obersojer am Münchner Hauptbahnhof im BMW seines Vaters aus irgendeinem Grund an, ein Fremder öffnete die Wagentür, stieg ein, zwang den Jungen zum Weiterfahren, ermordete ihn, warf ihn aus dem Auto und fuhr in dem Wagen in Richtung Österreich. An der österreichisch-ungarischen Grenze fiel er den Zöllnern auf, da er aber die Wagenpapiere hatte und »*nichts gegen ihn vorlag*«, durfte er weiterfahren. Es handelt sich um den Rumänen *Petru Emanuel Ieneu*. Die Tat wird als „Car-Jacking" bezeichnet und zum Gelingen der

Entführung gehört eben Mord. Am 6. Mai, unmittelbar vor Redaktionsschluß, berichtete der *SPIEGEL-Report* in stark verkürzter Form von dem Mord. Den Redakteuren ging es aber nicht darum, sondern um die Frage, warum der Rumäne mit dem gestohlenen Auto weiterfahren durfte. Er ist inzwischen gefaßt.

Die von linken bzw. autonomen Gruppen begangenen Gewalttaten sind meistens sehr brutal und sehr spektakulär und haben politischen Anlaß. Es wurden aber keine Morde begangen. Bis Ende Februar waren es meistens gewalttätige Störungen von rechten Demonstrationen sowie die Ausschreitungen beim Wiener Opernball. Im März kamen „vorbeugende" Gewalttaten in Berlin gegen Castortransporte hinzu sowie die Gewalttaten beim ersten Castortransport selbst. Mit besonders „überzeugender" Gewalt wurde am 17. März eine Demonstration von 60 (sechzig) NPD-Anhängern in Bad Kreuznach verhindert, rd. 1000 (eintausend) Gegendemonstranten verletzten und bedrohten die Demonstranten, die von der Polizei nicht mehr geschützt werden konnten und sich zurückziehen mußten. Am aufsehenerregendsten waren die massiven Ausschreitungen am 1. Mai.

Aktivismus gegen „Rechts"

Der zweite Teil unserer Dokumentation ist den Bekundungen gegen Rechts von Seiten der deutschen Öffentlichkeit gewidmet. Die im Fernsehen gemeldeten rechten Vorkommnisse und Attacken, die keine wirklich schweren, d.h. lebensgefährlichen Verletzungen der Opfer zur Folge hatten, standen nicht erkennbar als Anlaß im Mittelpunkt der Reaktionen, vielmehr gab es Massenaufmärsche, die von Reden mit starken, aber allgemeinen Formulierungen begleitet wurden und sich allgemein gegen „Rechts" wendeten. Dabei wird durch die Häufung beliebiger Mitteilungen zum Thema „Rechts" der Eindruck der Häufung rechter Gewalttaten erweckt.

Einige Beipiele: (Meldung am 14.1.01) »*Aktionstag gegen Rechts in Greifswald. 6000 Teilnehmer*« – Gleicher Tag: 6000 demonstrieren anläßlich des Todes von Liebknecht und Luxemburg (vor 82 Jahren); 16.1.01: Bubis-Preis gegen Rechtsradikalismus und Gewalt in der Paulskirche von Frankfurts Oberbürgermeister Roth verliehen und mit 100.000 Mark dotiert; Empfänger: Bundestagspräsident Thierse. Redner Bischof Lehmann fordert schnelleres Vorgehen gegen Rechts. Die Tagesschau berichtet:

> *»Bundespräsident Rau hat zum Kampf gegen „menschenverachtende und rechtsextremistische Internetseiten" aufgerufen.«*

Anlaß: die auf Staatskosten gegründete Internetseite „fairlink gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus" (und Gewalt nicht zu vergessen). Fairlink ist »*nicht vornehm und sauber* [sic], *sondern weltoffen und tolerant.* […] *Nicht auf die verstaubte Art, sondern kombiniert mit den Medien.*«

»*Das Thema Toleranz und Verantwortung ist auch bei Jugendlichen ganz wichtig*«, versichert ein Philipp Graf Dönhoff, Chef einer Jugendzeitung. Von den „fairlink"-Mitarbeitern meldet sich Jesamin Dikmen zu Wort:

> *»Erschreckend ist es schon, wie viele Sachen passieren, wie viele Menschen umgebracht werden und* […] *das gibt einem zu denken!«*

Die Morde „Rechtsradikaler" – z.B. der an einem Obdachlosen in Greifswald – sind gewöhnliche Morde. Die Täter sind nicht im hierzulande gebräuchlichen Sinne „rechtsradikal", d.h. einer rechten Partei zugehörig. Der Bürgermeister der Stadt sagte dazu:



Staatsanwaltschaft Chemnitz

Staatsanwaltschaft Chemnitz
Annaberger Straße 79, 09120 Chemnitz

Herrn
Alexander Kleber
[geschwärzt]

Chemnitz, den 27. Oktober 2000
Telefon: 0371/453-4414
Bearbeiter: Herr StA a.GL Zöllner / leu
Aktenzeichen: [geschwärzt]
(Bitte bei Antwort angeben)

Ermittlungsverfahren gegen [geschwärzt]
wegen Beleidigung

Strafanzeige vom 30.05.2000

Sehr geehrter Herr Kleber,

das Ermittlungsverfahren habe ich mit Verfügung vom 25.10.2000 gemäß § 170 Abs. 2 Strafprozeßordnung eingestellt.

Gründe:

Dem Beschuldigten wurde vorgeworfen, den Anzeigenerstatter in einem Artikel der Zeitung "Freibärger", Ausgabe Mai 2000 als Neonazi bezeichnet und so beleidigt zu haben. Desweiteren sei ohne Erlaubnis ein Bild des Anzeigenerstatters veröffentlicht worden.

Eine strafbare Beleidigung im Sinne von § 185 StGB liegt nicht vor, der Beschuldigte hat die Grenzen der Pressefreiheit nicht überschritten. Maßgebend bei der Beurteilung der Frage, ob die Bezeichnung als Neonazi eine Beleidigung darstellt, ist, wie ein unbefangener verständiger Durchschnittsleser die Äußerung verseht. Entscheidend ist damit der objektive Sinngehalt (Erklärungsinhalt), nicht also, was der Beschuldigte zum Ausdruck bringen wollte oder was der Anzeigenerstatter als Betroffener darunter versteht, sondern was mit dem Begriff Neonazi zum Ausdruck gebracht wurde. Gerade vor dem Hintergrund der aktuell häufig in der Öffentlichkeit diskutierten "rechten Gewalt" wird der Begriff Neonazi als Sammelbegriff für sämtliche Personen, die in irgendeiner Art und Weise dem politisch rechten Spektrum zuzurechnen sind, verwendet, ohne dass dabei hinsichtlich einer Gruppenzugehörigkeit innerhalb des rechten Spektrums differenziert wird. Die hier verwendete Bezeichnung stellt also keine Beleidigung dar, sondern ordnet den Anzeigenerstatter lediglich

Hausanschrift: Annaberger Str. 79, 09120 Chemnitz Vermittlung: 0371/453-0 Telefax: 0371/453-4445
Verbindung: Straßenbahnen Linie 5 und 6. Behindertengerechter Zugang über Lothringer Straße

\- 2 -

einer Gruppe zu, der er tatsächlich angehört. Er ist als Landesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft von Sachsen und Niederschlesien zweifelsohne als rechtsorientiert einzustufen. Hinsichtlich des veröffentlichten Bildes des Anzeigenerstatters war seine Erlaubnis wegen § 23 Abs. 1 Nr. 3 KunstUrkG entbehrlich.

Hochachtungsvoll

gez. Zöllner
Staatsanwalt als Gruppenleiter

Diese Mitteilung wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift, wofür um Verständnis gebeten wird.

Offizielle Feststellung: Alle Rechten sind vogelfrei!

(Das auf S. 93 von VffG *1/2001 abgebildete Dokument stammte aus den* Unabhängigen Nachrichten, *wo es aus Platzgründen zusammengeschnitten worden war.)*

»Ich denke, daß die Täter sich vielleicht dem rechten Spektrum zugehörig gefühlt haben, aber daß sie keine Rechtsradikalen sind. Sie sind einfach dumm und gewalttätig!«

Die anderen hören gar nicht hin, sie bezeichnen sich selbst als »*schockiert und betroffen*«, sie packen als eine von vielen gleichartigen Duftmarken einen Glockenturm vor die evangelische Kirche von Ahlbeck (dem Herkunftsort der Mörder). Dies soll, so sagt die Inschrift, »*Mahnmal* [sic] *sein, daß sich solche Tat nicht wiederholt*«. Wie dämlich. Aber ich will nicht ausschließen, daß an der Stelle, wo in der Nähe von München der ermordete Sebastian Obersojer gefunden wurde, eines Tages auch ein Gedenkstein aufgerichtet wird. Allerdings hört man davon nichts. Um so mehr hörte man während des Prozesses von dem Obdachlosenmord. Am Morgen, am Mittag, am Abend. Längst war es ein „rechter" Mord geworden. Ein Reporter tat kund:

»Das rechtsradikale Moment ist die Wahl des schwächsten Opfers.«

Da Verbrechensopfer immer die Schwächeren sind, wird nach dieser Logik jeder Mord, jede Gewalttat zu einer rechten Tat. Von da ist es dann nicht weit, bis in jeder rechten Tat ein Verbrechen gesehen wird, in jedem Rechten ein Verbrecher. (Siehe dazu das Menetekel im vorseitigen Dokument!)

Doch kehren wir zu unserer Darstellung der Aktionen gegen Rechts fort. Am 22. Januar zeigt Hannover die Rote Karte für Neonazis. Fußballklub Hannover 96:

»Wir wollen ein Zeichen setzen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Von sofort an sind im Niedersachsenstadion Symbole und Zeichen sowie Parolen und Abbildungen, die den Eindruck einer rassistischen, fremdenfeindlichen und extremistischen Einstellung hervorrufen könnten, verboten!« (26.1.01)

Es wird wieder zurückgekommen auf das o.g. „fairlink", die Internetseite der Jugend gegen Rechts und für Toleranz. Sog. Toleranzschiedsrichter sollen »*engagiert und kompetent*« für Toleranz aussagen, so z.B. ein eher rührender „Fabian, 15" aus Rheinland-Pfalz:

»Ich mache [sic]*, weil ich die Meinungen anderer Menschen tolleriere* [sic] *und respektiere und niemanden* [sic] *meine Ideale aufzwänge* [sic]*.«*

Wenn es die angeberische Leitung des „fairlink" ihrerseits großherziger mit dem gutmeinenden Kerlchen umzugehen für nötig hielte, hätte sie Fabians Äußerung ein bißchen geglättet, damit er sich nicht lächerlich macht.

Am Vorabend des neuen Auschwitz-Gedenktages Ende Januar ruft Bundespräsident Rau zum wiederholten Male auf zum »*Widerstand gegen den Rechtsextremismus*«. Doch es hilft nichts, schon am 29. Januar zeigt sich: 20% aller Berliner Schüler sind angeblich empfänglich für Neonazi-Gedankengut, ca. 10% dezidiert so.

Ungefähr um diese Zeit nehmen Nachrichten überhand, daß im Vorjahr rechtsextreme Vorfälle erschreckend zugenommen haben, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, in den östlichen Bundesländern, deutschlandweit. Die Nachrichten werden anstandshalber oft ergänzt durch den Hinweis, daß auch kleine Vorfälle neuerdings gemeldet würden, die früher nicht in der Statistik aufgetaucht wären. Aber wen kümmert das schon. Froh wird verkündet:

»Deutschland macht gegen die NPD mobil.«

Am 29.1. heißt es, eine Staatssekretärin habe den NPD-Verbotsantrag beim Innenministerium eingereicht, es gebe »*viel belastendes Material*«, keinen Verbotsantrag zu stellen, wäre »*leichtsinnig*«. Am 31.1. wird erneut gemeldet, daß jetzt die »*Bundesregierung NPD-Verbotsantrag gestellt*« hat. Am 3.2. hören wir vom *Focus*:

»778 Ermittlungsverfahren im Umfeld der NPD«

Am 4.2.: »*Bundesweit erhebliche Zunahme rechtsextremer Straftaten erwartet*« – d.h., man wartet auf die Auswertung der Statistiker, aber warum soll man nicht vorher schon ein bißchen Stimmung machen usw. usf., bis am 7. Februar offenbart wird: 40% mehr rechte Vorfälle! (Im Deutschlandfunk wird man Ende April schon 60% sehen!) Politiker sprechen im Morgenmagazin, in den Abendnachrichten, im Mittagsmagazin, um 17 Uhr, um 19 Uhr; auch wenn sie davor warnen, zu pauschalisieren, die Moderatorin weiß es besser:

»Insgesamt doch eine gewaltige Zunahme der rechtsextremen Gewalttaten.«

Tatsächlich handelt es sich bei der Masse der »*Gewalttaten*« um »*Propagandadelikte*«, die in einer zivilisierten Gesell-

Deutschland heute:

73.954 Strafverfahren

wegen Gedankenverbrechen

in nur sieben Jahren:

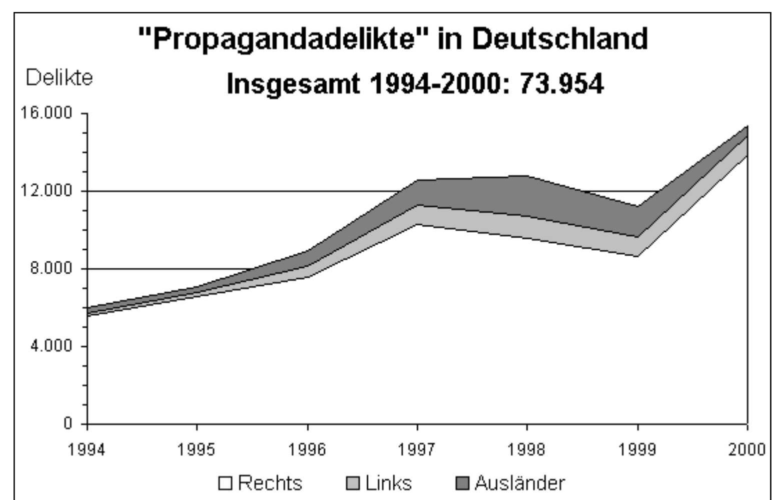
Jahr	Rechts	Links	Ausländer	Summe
1994	5.562	185	235	5.982
1995	6.555	256	276	7.087
1996	7.585	557	818	8.960
1997	10.257	1.063	1.249	12.569
1998	9.549	1.141	2.098	12.788
1999	8.651	1.025	1.525	11.201
2000	13.863	979	525	15.367

Rechts: »*Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund*«, konkret »*Propagandadelikte*« und »*Volksverhetzung*«

Links: »*Straftaten mit linksextremem Hintergrund*«, lediglich allgemein als »*Andere Straftaten*«

Ausländer: Straftaten von ausländischen Extremisten, vorwiegend Verstöße gegen das Vereinsgesetz (Kurden der PKK)

Nach BKA laut Bundesverfassungsschutzberichte 1995-2000



*Die Zahl der „rechten" „Propagandadelikte" nahm von 1999 auf 2000 um 60¼% zu (13.863 ÷ 8.651 = 1,6025), bedingt vor allem durch die gesteigerte Denunziationswut deutscher Gutmenschen im Zuge der antirechten Hysterie im zweiten Halbjahr 2000. (Die Zahl „rechter" Gewalttaten nahm hingegen **nicht** zu.)*

schaft gar nicht als »*Vorfälle*« oder gar Verbrechen registriert würden (vgl. Tabelle und Grafik).
Am 15.2. wird wieder einmal von einem Eilantrag für ein NPD-Verbot beim Bundesverfassungsgericht berichtet.
Mitte Februar geht auch die öffentliche Hand dazu über, deutliche Zeichen zu setzen. Sie startet ein Programm gegen Rassismus am Arbeitsplatz. Es gibt nämlich 75 Millionen Mark für die nächsten drei Jahre aus dem europäischen Sozialfonds gegen Rassismus. Da heißt es Zuschuß-Anträge stellen. Eine Dortmunder Gesamtschule startet eine Aktion gegen den alltäglichen Rassismus in Deutschland mit provozierten Szenen gegen das Wegsehen und Verharmlosen. Wenn nichts passiert, muß man es passieren machen, zum Beispiel durch einen Fernsehkurzbeitrag für die SAT-1-Initiative »*Zeig Mut! Kurzfilme für mehr Zivilcourage*«. Die Initiative wird mit einer entlarvenden Feststellung vorgestellt:

> *»Kaum ein Tag, an dem die Medien nicht über von Rechtsradikalen begangene Straf- und Gewalttaten berichten.«*

Wie wahr.
Zur Einstimmung erleben wir hautnah das brutale Vorgehen rechter Schläger in einer Straßenbahn – von Schülern gemimt! (19. Februar). In den gleichen Rahmen gehört ein Beitrag der *Frankfurter Rundschau* vom 24. März mit der Überschrift »*Rassismus-Film. Das Uni-Projekt hat heute Premiere«.* Richtig begeistert erzählt ein mit Kürzel »*ebo*« identifizierbarer FR-Mitarbeiter:

> *"Kassel. Ein Stuntman half bei den Dreharbeiten, und so wirken die Kampfszenen zwischen deutschen Neonazis und Türken-Gang täuschend echt.«*

Tja, und das läuft dann erst im Kino und später als Hintergrund im Fernsehen, als Beweis für rechte Gewalt.
Auch einige Verlage stehen auf wie ein Mann (oder Männchen) und machen mobil für Toleranz und gegen Rechts. Zum Beispiel der Carl Ueberreuter Verlag. Er »*startet im Frühjahr eine große Aktion für Toleranz*« mit einem Super-Plakat. Zu sehen ist ein etwas strubbeliger Halbwüchsiger, halblinks darüber der markige Spruch »*Forget it! Rechts ist out!*« Zu erwähnen sind schließlich noch Konzerte, wie z.B. »*Rock gegen Rechts*«, Bericht darüber am Tag davor, am Tag selbst, am Tag danach und dann noch ein paarmal im Laufe der nächsten Wochen. Die Künstler verzichten auf Gage, der Erlös soll Opfern rechter Gewalt zukommen. Da man sich nicht sicher ist, ob es deren genug gibt, heißt es, der »*Erlös geht an Organisationen, die sich um Opfer rechter Gewalt kümmern, und an Szeneaussteiger*«.
Bedenklich erscheint es, daß die Bundesregierung tatsächlich – nach Medienberichten – viele -zig Millionen Mark für den Kampf gegen Rechts aus Haushaltsmitteln zur Verfügung stellt. Es sind dies Mittel, die an entsprechend engagierte Jugendklubs und dergleichen gezahlt werden, wenn sie die erwünschte Zielsetzung nachweisen können. Ende Februar wird wieder einmal von dem »*Neuen Regierungsprogramm gegen Rechtsradikale*« berichtet (man schaut schon nicht mehr durch, welches Programm da gemeint ist). Das ARD-Mittagsprogramm stellt einige geplante Schul-Arbeitsgruppen vor, die für eine Förderung in Frage kommen, etwa »*Der braune Sumpf faßt wieder Fuß* [sic] – *was tun?*« oder »*Jugend für Toleranz und Demokratie*«.
Eine Arbeitsgruppe mit dem ausgefallenen Thema »*Arbeitsgemeinschaft für freie Meinungsäußerung*« wird abgelehnt, man vermutet die NPD dahinter. (Das ist *kein* Scherz!)
Derweil sterben in Deutschland immer mehr Jugendliche den grausamen Drogentod – im Jahr 2000 waren es zweitausendunddreißig. Da der Genuß von Drogen erlaubt ist, kann man da wenig machen, vor allem, wenn das Geld schon für andere, unheilige Zwecke verbraten ist und man sowieso keine Ideen hat, wie man mit der Situation umgehen könnte.
Sehr umstritten, auch in den Organisationen und Parteien, ist die seltsame Erfindung des Hilfsprogramms für Aussteiger aus der rechten Szene. Sie sollen Geld bekommen, eine neue Wohnung, eine neue Beschäftigung. Das luxemburgische Tageblatt spottet leise:

> *»Schilys Programm stößt in allen Parteien auf geteiltes Echo. Zum Teil begrüßt auch die Opposition jeden Versuch der rot-grünen Regierung, rechtsextreme Ausschläge (sic) zu bekämpfen. Andererseits fürchten Kritiker, die Belohnung für den späteren Ausstieg könnte manche erst recht zum Einstieg animieren.«* (*Tageblatt*, 3./4.März 2001).

Über vollmundige Bekenntnisse zur Toleranz, über ganze »*Medientage gegen Rechtsextremismus*« in der Akademie Tutzing, über Wettbewerbe für Schüler und Studenten, sich in Fernsehszenen gegen Rechts zu profilieren, mit anschließender Belohnung, über all dies wäre noch viel zu berichten. Wir wollen es aber genug sein lassen und statt dessen zum Abschluß die Frage wiederholen: Was soll das Ganze? Wem nützt das Spektakel? Dreht man die Frage um und fragt: Wem schadet es? dann heißt die Antwort zwar auch, den rechtsaußen stehenden Parteien, seien es NPD, REP oder DVU. Aber außerdem schadet es ganz erheblich der Bundesrepublik Deutschland.
Wir wollen noch eine andere Frage stellen: Ist diese massive, bundesweit landauf landab zelebrierte Hatz auf politisch Rechtsstehende, die bis zur Vernichtung der beruflichen und finanziellen Existenz der ins Fadenkreuz Geratenen führen kann, mit unserem Strafgesetz und ist sie mit dem Grundgesetz vereinbar? § 130 (1) StGB besagt, wer

> *»zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,* […] *die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe bestraft.«*

Und wenn der Staat selbst diese Straftat begeht, wie soll man das nennen? Von staatlicher Seite wird – etwa per Verfassungsschutzbericht – dazu animiert, nicht genehmen Parteien, etwas der NPD, oder Zeitungen, etwa der *Jungen Freiheit*, Postscheck- und Bankkonten zu kündigen. Buchhändlerische Adreßbuchredaktionen fühlen sich vollkommen im Recht, wenn sie nicht genehme Verlage ausschließen. Gegen dieses Vorgehen hat sich mit Erfolg nur die *Junge Freiheit* wehren können, für sie intervenierten viele Prominente aller politischen Richtungen, denn hier ging es um die Pressefreiheit. Weniger Glück hatten die NPD und der oben erwähnte Verlag, sie haben weder die Verbindungen noch die finanziellen Möglichkeiten, um ihr gutes Recht durchzusetzen, und sie verloren ihre Prozesse, für weitere Instanzen ist meistens kein Geld da.
Ein letztes Wort zu der Art und Weise, wie die Jugend indoktriniert wird. Die Erzieher sagen: Sei tolerant, sei für Ausländer und gegen die Rechten. Den Widerspruch erkennen Kinder nicht. So antwortete ein kleines Mädchen im Fernsehen auf die Frage, wie sie den Ausspruch finde, »*Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein*«, mit der entsetzten Feststellung:

> *»Aber das ist doch rechtsradikal!«*

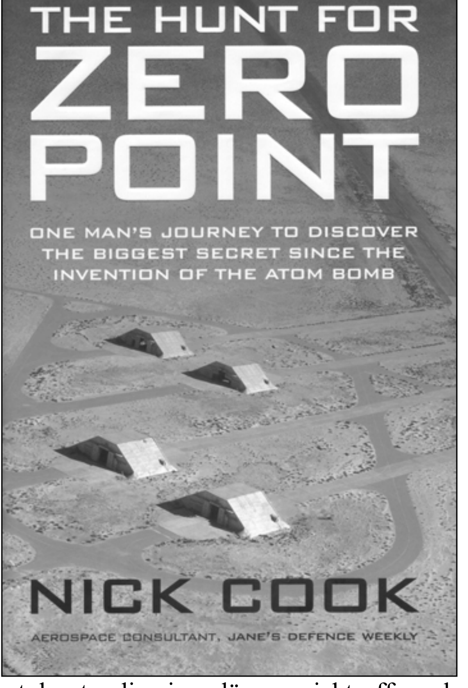
Von Reichsflugscheiben, Deutscher Physik und dem Perpetuum Mobile

Von Germar Rudolf

Nick Cook, *The Hunt for Zero Point*, Century/Random House, London 2001, 281 S. geb., £17,99

Eine thematische Einführung

Es gibt Rezensionen, für die man eine triftige Erklärung und Rechtfertigung abgeben muß, um zu verhindern, daß man mißverstanden wird oder gar ins falsche Licht gerät. Die Rezension des hier behandelten Buches ist eine davon. Zunächst deshalb, weil Geschichte in diesem Buch nur ein Nebenschauplatz ist, denn es geht primär um revolutionäre Energietechnologien, ein Thema, das in *VffG* wenig zu suchen hat. Da der geschichtliche Hintergrund aber in die Zeit des Dritten Reiches fällt und sich mit der Geheimwaffenforschung in Deutschland befaßt, ist das Thema sehr wahrscheinlich von höchstem Interesse für viele Leser von *VffG*.



In Cooks Buch geht es aber auch um die Unterdrückung wahrlich umwälzender, alte Erkenntnisse revidierende, naturwissenschaftliche und technische Entdeckungen durch mächtige Interessengruppen. Zumal derartiges den Revisionisten mehr als bekannt ist, ist dies ein weiterer Grund, das Buch hier ausführlich zu behandeln.

Eine persönliche Einführung

Es war im Jahr 1989, als ich über eine Ausgabe der Zeitschrift namens *Code* – seligen Angedenkens – stolperte, die einen längeren Artikel über die angeblich während des Dritten Reiches entwickelten Flugscheiben enthielt, einschließlich recht professionell wirkender Bauquerschnittszeichnungen von fliegenden Untertassen namens Hanebu. Der Artikel wirkte phantastisch, hatte aber den schweren Nachteil, daß er mit keinerlei Quellenverweisen oder weiterführender, vor allem Primärquellen- oder wissenschaftlich-technischer Literatur ausgestattet war, die es einem ermöglicht hätte, das Behauptete zu überprüfen. Auf meine Anfrage beim Diagnosen-Verlag, der damals die inzwischen eingestellten *Code*-Hefte herausgab, bekam ich vom Autor des Beitrages eine Antwort, die mich nicht etwa auf Primärdokumente und Archive oder auf technisch-wissenschaftliche Literatur verwies, sondern lediglich darlegte, man könne die damalige deutsche Wundertechnologie nur verstehen, wenn man einen esoterischen Ansatz verfolge. Meine sich daran anschließende halbjährige geistige Exkursion in die Esoterik hat mich dann zur Überzeugung gebracht, daß ich es bei den Anhängern der These von der Existenz der Reichsflugscheiben mit Anhängern einer Religion zu tun habe, die nicht wissen, sondern glauben wollen, und die einige wenige Bilder und Bauzeichnungen als religiöse Devotionalien benutzen.



1993, kurz nach meiner ersten Hausdurchsuchung, kam ich dann das erste Mal mit einem Vertreter dieser Religion zusammen. Es war dies ein aufrichtiger Patriot einfacher Bildung, der der standhaften Überzeugung war, die Erde sei hohl und im Innern würde das Dritte Reich mit seinen Reichsflugscheiben auf seine Zeit warten, um Deutschland zu befreien – oder so. Meine Versuche, ihm zu erklären, daß aus statischen und tektonischen Gründen die Erde niemals hohl sein könne, fruchteten gar nichts. Er wollte glauben.

1996, während meines kurzzeitigen Exils in Spanien, lernte ich einen deutschen Kriegsveteranen kennen, der zwar eine einfache Ausbildung hatte, sich als ehemaliger Bibliothekar einer wissenschaftlichen Bibliothek aber ein reichhaltiges Wissen erworben hatte. Er vertrat die ähnliche These, nämlich daß der Mond in Wirklichkeit hohl und besiedelt sei. Kurze Zeit später veröffentlichte er darüber sogar ein Buch.

Anfang 2000 schließlich bekam ich ein Buchmanuskript zur Veröffentlichung angeboten, in dem die These von der hohlen Erde dargelegt wurde, worin die Reichsflugscheiben ihre Basis hätten. Der Eingang zu dieser Basis befände sich im vom Dritten Reich eroberten Neuschwabenland – einem Teil der Antarktis. Auf meine Anfrage beim Autor, ob er irgendwelche technisch-naturwissenschaftlichen Beweise für diese Basis in der Antarktis habe wie etwa Satellitenbilder, sandte dieser mir ein angebliches Satellitenbild der Antarktis, worauf ein Loch in derselben zu sehen war von einigen hundert km Durchmesser mit einer Steilwand von einigen zig km Tiefe. Selbst wenn man annimmt, ein solch tiefes Loch würde die Erdkruste nicht durchbrochen und das flüssige Magma nicht offengelegt haben, wären einige zig km hohe Felssteilwände dennoch statisch instabil und würden zweifellos kollabieren, was gigantische weltweite Erdbeben und Vulkantätigkeiten zur Folge hätte, vergleichbar nur mit dem Einschlag eines riesigen Meteors. Dies wäre das Ende jedes höheren Lebens auf der Erde.

Warum berichte ich dies hier? Weil man sich bei der Annäherung an das im hier besprochenen Buch behandelte Thema zwangsläufig auf einen Balanceakt, auf eine Gratwanderung einläßt, die schnell in einen geistigen und gesellschaftlichen Absturz in oben angeführte Schluchten führen kann. Nick Cooks Buch ist voll von Bezügen auf seine eigene Angst wie auch die Angst vieler von ihm kontaktierter Techniker und Naturwissenschaftler, von ihren Kollegen und von den Medien als Idioten und Phantasten bezeichnet zu werden, nur weil sie sich auf ein wissenschaftliches Tabuthema eingelassen haben, das wegen seiner geschichtlichen Ursprünge und politischen Instrumentalisierung durch radikale Randgruppen einen äußerst schlechten Ruf hat.

Wer ist Nick Cook?

Um also dem Eindruck vorzubeugen, ich sei nun völlig verrückt geworden und hätte jeden Bezug zur Realität verloren, sei hier zuerst der Autor des behandelten Buches vorgestellt, das immerhin nicht in einem Winkelverlag, sondern in einem der angesehensten Verlage Englands erschien.

Seit etwa 15 Jahren schreibt Nick Cook, 41, regelmäßig Beiträge über die neuesten Entwicklungen in der Rüstungsindustrie mit Schwerpunkt auf der Luftfahrtindustrie. Er ist Berater der weltweit führenden Zeitschrift für Rüstungsgüter *Jane's Defence Weekly* und Redakteur des Luftwaffenteils dieser Zeitschrift. Daneben erschienen seine Artikel in so ziemlich allen großen britischen Zeitungen, und seine Kommentare über Rüstungs- und Sicherheitsfragen werden von den großen Fernsehsendern der Welt verbreitet. Er wird weltweit als Kapazität in Fragen der Luftwaffenrüstung angesehen.

Zum Thema des hier behandelten Buches strahlte der englischsprachige Wissenschaftssender *Discovery Channel* eine zweistündige, von Cook selbst geschriebene und präsentierte Reportage aus, in der er die Öffentlichkeit in die (ihm bekannten oder von ihm vermuteten) Geheimnisse der US-Rüstungsindustrie einführte.

Cook selbst hat eine akademische Ausbildung in Eton erhalten und einen Grad in arabischen und islamischen Studien erworden. Des Autors Mangel an technisch-naturwissenschaftlichem Wissen ist denn auch der schwächste Punkt dieses Buch, führt er doch zu einigen offensichtlichen Fehlern und Mißverständnissen, die einen an der Kompetenz des Autors zweifeln lassen. Daneben stört, daß Cook meint, so ganz ohne Quellenverweise auskommen und des Lesers Skepsis durch eine einfache Bibliographie zerstreuen zu können. Nach einer intensiven Suche im Internet ergibt sich allerdings, daß diese Bibliographie, so kurz sie auch scheinen mag, zumindest ein recht guter Ausgangspunkt ist, um sich ins Thema zu vertiefen.

Eine Reise durch Zeit und Raum

Vor etwa zehn Jahren fand Nick Cook einen aus dem Jahr 1956 stammenden Zeitungsartikel von M. Gladych auf seinem Arbeitsplatz bei *Jane's Defence Weekly*, der von der nahe bevorstehenden Serienreife von Gravitationsmotoren berichtet, die alles Reisen und Fortbewegen fast mühelos ermöglichen soll, da eine neue Technik die Aufhebung des Effekts der Schwerkraft ermögliche (siehe Abbildung). Selbstverständlich ist daraus nie etwas geworden, wie wir alle wissen. Cook war von diesem Artikel irritiert: Wer hatte ihn dahin gelegt und warum?



The G-Engines Are Coming!

By far the most potent source of energy is gravity. Using it as power future aircraft will attain the speed of light.

By MICHAEL GLADYCH

■ Nuclear-powered aircraft are yet to be built, but there are research projects already under way that will make the super-planes obsolete before they are test-flown. For in the United States and Canada research centers, scientists, designers and engineers are perfecting a which there has been no escape. "What goes up must come down," they said. The bigger the body the stronger the gravity attraction it has for other objects . . . the larger the distance between the objects, the lesser the gravity pull. Defining those rigid rules was as way to earth.

This discovery gave modern scientists a new hope. We already knew how to make magnets by coiling a wire around an iron core. Electric current running through the coiled wire created a magnetic field and it could be switched on

Was schließlich das Interesse Cooks weckte, waren die in besagtem Artikel zitierten Fachleute der US-Luftfahrtindustrie, die alle Mitte der 50er Jahre an einem Projekt zu arbeiten schienen, das darauf hinauslief, die Schwerkraft mittels elektromagnetischer Vorrichtungen zu neutralisieren, so daß man Dinge mühelose zum Schweben bringen könnte. War dies eine Zeitungsente, oder arbeiteten führende US-Luftfahrtunternehmen wirklich an solchen Projekten? Nick Cook spürte den letzten Überlebenden der damaligen Verantwortungsträger auf, doch dessen verängstigte, ja geradezu panische Reaktion, nicht über das Thema sprechen zu wollen, machte das Thema für Nick Cook um so unwiderstehlicher: Was ging hier vor?

In seinem Buch beschreibt Nick Cook den Weg seiner eigenen Erkenntnisgewinnung Schritt für Schritt: In US-Archiven findet er Hinweise darauf, daß die US-Regierung nach dem Krieg deutsche Wunderwaffentechnologie beschlagnahmte und in die USA transportierte, von denen dann nie wieder etwas gehört wurde: Strahlenwaffen zur Flugzeugabwehr und verschiedene Arten von nicht näher definierten Flugobjekten. Er findet Augenzeugenberichte von US-Bomberpiloten über unbekannte Flugobjekte und merkwürdige optische und magnetische Effekte über deutschem Luftraum gegen Ende des Krieges.

Aus diversen, mitunter aber recht obskuren Quellen läßt sich erkennen, daß das Dritte Reich an der Entwicklung verschiedener Experimentalflugkörper arbeitete: Namen wie Schriever, Habermohl und Miethe tauchen auf, die an Geheimprojekten mit Schwerpunkten im Protektorat Böhmen und Mähren arbeiteten. Diese Spur jedoch führt Nick in die politisch gefährliche Nähe von Gruppen, die aus der Geheimwaffenforschung des Dritten Reiches eine Ersatzreligion gezimmert haben, und so verläßt Cook diese Spur wieder und wendet sich den Forschungen in den USA und Kanada zu.

Versuche mit „Fliegenden Untertassen", die der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurden, wurden von der kanadischen Firma Avro in den fünfziger und sechziger Jahren durchgeführt, jedoch wenig später komplett eingestellt. Aber war dies wirklich alles? Was ist zum Beispiel mit den vielen seit Kriegsende verzeichneten Sichtungen unbekannter Flugobjekte? Und ließen sich die geheimnisvollen Vorgänge um die berühmt-berüchtigte Area 51, jener streng geheimen US-Luftbasis im Militärtestgelände Nellis in Süd-Nevada, nicht vielleicht tatsächlich teilweise auf die Erprobung neuer Technologien zurückführen, wie sie bereits in der 40er Jahren in Deutschland entwickelt worden waren?

Mit seinen erstklassigen Beziehungen zu den führenden US-Rüstungsbetrieben versucht Cook, einen Blick hinter die Kulissen der geheimsten aller Geheimprojekte zu bekommen: Von Lockheed-Martin über Northrop Grumman bis hin zum Marshall Space Flight Center der NASA. Er nimmt Kontakt auf zu verschiedenen Luftfahrt- und Rüstungsexperten, und in fast konspirativer Weise wird er von Forschern unterstützt, die ihm nicht nur sensible Informationen zukommen lassen, sondern auch deutlich zum Ausdruck bringen, daß Nick Cook auf der richtigen Fährte ist.

Revolution in der Physik

Der – wegen des Autors mangel an naturwissenschaftlicher Bildung – schwächste Punkt von Cooks Buch ist zugleich auch sein faszinierendster: Unterstützt von diversen Wissenschaftlern geht Cook auf wissenschaftliche Erkenntnisse ein, die unser physikalisches Weltbild grundlegend revolutionie-

ren könnten, wenn sich die bisher zumeist als Spekulationen angesehenen neuen Theorien als richtig erweisen sollten. Demnach stellt sich Einsteins Relativitätstheorie zumindest als korrekturbedürftig heraus, zumindest was die Möglichkeit anbelangt, daß Objekt schneller sein können als die bisher als oberste Grenze angesehene Lichtgeschwindigkeit (ca. 300.000 km pro Sekunde, oder 1,08 Milliarden km pro Stunde).

Der seit etwa einem Jahrhundert erwartete Durchbruch bezüglich der Vereinigung der vier großen Naturkräfte (Elektromagnetismus, Gravitation, Starke und Schwache Kernkraft) stünde demnach kurz vor einem zumindest praktischen (Teil-)Durchbruch, denn wenn sich die vor allem im letzten Jahrzehnt durchgeführten Experimente von Physikern bestätigen, so ist es möglich, die Gravitation mittels elektromagnetischer Vorrichtungen abzuschirmen, also Dinge, die sich „über" einem bestimmten elektromagnetischen Feld befinden, schwerelos zu machen, sprich: zum Schweben zu bringen. Mehr noch: man kann sogar eine Art Abstoßungseffekt erzielen, wodurch eine Beschleunigung eines Objektes möglich wird. Als nächster Schritt wird auch schon die Erzeugung von Gravitationsstrahlen diskutiert, daß man also Dingen gezielt ein Gewicht in eine bestimmte Richtng geben kann.

Zudem spricht einiges dafür, daß unsere Welt ganz anders aufgebaut ist, als bisher angenommen. Bestimmten quantentheoretischen Thesen zufolge „besteht" nämlich unsere Welt nicht einfach, sondern sie wird geprägt vom statistischen Entstehen und Verschwinden von Energie- und Materiequanten, dem sogenannten Quantenrauschen. Sollte es der Theorie entsprechend möglich sein, dieses Quantenrauschen anzuzapfen (die sogenannte Nullpunktsenergie), also die aus dem Nichts entstehende Energie einzufangen, bevor sie wieder ins Nichts zurück verschwindet, so wäre es möglich, Energie aus dem Nichts zu gewinnen. Was sich anhört wie ein Perpetuum Mobile, oder besser gar, ein Gerät, das Energie aus dem Nichts gewinnt – was aller Schulphysik grundlegend widerspricht (Energieerhaltungssatz, Hauptsätze der Thermodynamik) –, wird allerdings wieder relativiert, wenn man bedenkt, daß die Theorie hier von der Existenz paralleler Universen ausgeht, so daß unsere „Energie-aus-dem-Nichts-Pumpe" womöglich lediglich die Energie aus einem parallelen Universum ins andere überführt.

Überlichtgeschwindigkeit, Aufhebung bzw. Manipulation der Gravitation, Traktorstrahlen, parallele Universen, Hyperspace, Nullpunktsenergie: Hört sich das alles an wie Raumschiff Enterprise? Richtig, und wenn man es glauben will, so steht uns genau eine solche Zukunft bevor. So hat es denn auch Nick Cook gesehen, als er darüber einen Artikel in *Janes Defense Weekly* veröffentlichte: »*Warp Drive When?*« (Wann kommt der Warp-Antrieb, 26.7.2000)

Wissenschaft oder Humbug?

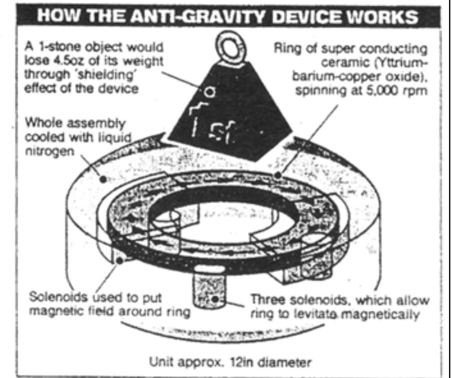
Was unsere Schulphysiker von solchen Thesen halten, kann man sich vorstellen, denn schließlich würde dies alle Physik der letzten 2000 Jahre auf den Kopf stellen. Evgeny Podkletnov, ein russischer Physiker, war und ist einer der führenden Physiker auf diesem Gebiet „revisionistischen" Physik. Als seine Gravitations-Abschirmungsversuche so weit gediehen waren, daß er einen Artikel in einer der weltweit führenden Zeitschriften für Physik veröffentlichen wollte (*Journal of Physics D: Applied Physics*), kam es allerdings zu einem Zwischenfall, der das ganze Gebiet um fünf Jahre zurückwarf. Kurz vor der Veröffentlichung bekam Ian Sample vom *Sunday Telegraph* Wind von der neuen revolutionären Forschung und veröffentlichte daraufhin am 1.9.1996 einen reißerischen Artikel (vgl. Abbildung). Der darin verwendete Begriff „Anti-Gravitation", der als extrem unwissenschaftlich gilt, warf allerdings ein sehr negatives Licht auf die ganze Affäre und wirkte sich verheerend auf die Forschungen aus. Es hagelte Angriffe durch die „wissenschaftliche Gemeinde", und dermaßen aufgescheucht bekamen die anderen an dem Projekt beteiligten Wissenschaftler kalte Füße und zogen ihre Unterstützung des Artikels zurück, ließen Podkletnov also im Regen stehen. Weiterer Druck seitens der „wissenschaftlichen Gemeinde" führte schließlich dazu, daß Podkletnov seine Anstellung an der Uni Tampere in Finnland verlor.[1]

Ähnlich erging es auch anderen Wissenschaftlern, die sich diesem Thema näherten: Sie wurden (und werden) von ihren Kollegen lächerlich gemacht, ausgegrenzt und oft nicht nur um Ehre und Ansehen gebracht, sondern sehen oft auch ihre Karriere abrupt beendet. Das sind Verhaltensweisen, wie sie den historischen Revisionisten nur zu bekannt sind, und die erklären, warum es Nick Cook so schwer fällt, mit den Experten überhaupt ins Gespräch zu kommen, die in diesen Dingen die Medien scheuen wie der Teufel das Weihwasser.

Podkletnovs Experimente[2] wurden aber immerhin so ernst genommen, daß sogar die NASA an dem Projekt Interesse zeigte und im Zusammenhang mit der Uni Huntsville Experimente im Stile Podkletnov durchführte.[3]

Deutsche Physik

Nachdem Cook einige Vorführungen durch die „revisionistische Physik" bekam, die ihn davon überzeugen, daß er es hier mit ernsthafter Forschung zu tun hat, nahm er seine alte aufgegebene Spur wieder auf, die, so spürt er, ihn an den Ur-



Breakthrough as scientists beat gravity

by ROBERT MATTHEWS and IAN SAMPLE

SCIENTISTS in Finland are about to reveal details of the world's first anti-gravity device. Measuring about 12in across, the device is said to reduce significantly the weight of anything suspended over it.

The claim — which has been rigorously examined by scientists, and is due to appear in a physics journal next month — could spark a technological revolution. By combatting gravity, the most ubiquitous force in the universe, everything from transport to power generation could be transformed.

The Sunday Telegraph has learned that Nasa, the American space agency, is taking the claims seriously, and is funding research into how the anti-gravity effect could be turned into a means of flight.

The researchers at the Tampere University of Technology in Finland, who discovered the effect, say it

tures. The team was carrying out tests on a rapidly spinning disc of superconducting ceramic suspended in the magnetic field of three electric coils, all enclosed in a low-temperature vessel called a cryostat.

"One of my friends came in

the *Journal of Physics-D: Applied Physics*, published by Britain's Institute of Physics.

Even so, most scientists will not feel comfortable with the idea of anti-gravity until other teams repeat the experiments.

Sunday Telegraph, 1.9.1996



Angeblicher Teststand von Reichsflugscheiben in Ludwigsdorf, Schlesien

sprung dieser „revisionistischen“ Physik bringen würde: Zurück in die Zeit des Dritten Reiches. Cooks Berichte über die Geheimwaffenforschungen des Dritten Reiches sind erwartungs- und zeitgeistgemäß angefärbt mit der üblichen Polemik vom „Reich des Bösen“, was einen aber nicht stören sollte. Der interessanteste Teil seiner Forschungen brachten ihn mit dem Sohn Viktor Schaubergers zusammen, dessen praktische Forschungen zu einer Reihe von revolutionären Techniken führte, von denen aber keine je die Serienreife erreichte. Schauberger arbeitete gegen Ende des Krieges an der Entwicklung der Reichsflugscheiben mit. In diesem Zusammenhang reiste Cook auf den Hinweis eines polnischen Forschers nach Schlesien und besichtigte dort eine geheime Forschungsanlage, deren Zweck heute ein Rätsel ist. Cook spekuliert aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Informationen, daß es sich hierbei um einen Teststand für einen Prototyp einer gravitationsbeherrschenden Reichsflugscheibe handeln *könnte* (vgl. Abbildung).

Fakt ist, daß Schauberger nach dem Krieg im Zusammenhang mit der Aktion Paperclip, also der Überführung deutscher Spitzenforscher in die USA, nach Amerika gebracht wurde, wo er jedoch wegen seines fortgeschrittenen Alters wenig Erfolg hatte bei der Reproduktion seiner Forschungen – so wenigstens die veröffentlichte Version.

Cook kommentiert kurz die verzweifelten Versuche des Dritten Reiches, angesichts der extrem beschränkten Ressourcen auch in den abgelegensten Winkeln der Wissenschaft nach Lösungen zu suchen. Diese Verzweiflung führte dazu, daß man sich nicht von den bestehenden Theorien leiten ließ, sondern auch das, was die Schulphysik für unmöglich hielt, ausprobierte. Laut Cook ist es den Deutschen damals womöglich erstmals gelungen, eine Technik zur Abschirmung der Gravitation und womöglich gar zur Anzapfung der Nullpunktsenergie zu entwicklen, ohne daß sie sich über den theoretischen Hintergrund im klaren waren. Cook ist offenbar tief schockiert über die Möglichkeit, das Dritten Reich, also das „Reich des Bösen“, wäre kurz davor gestanden, unbegrenzte Energieressourcen und eine revolutionäre Fortbewegungsmöglichkeit zu entwickeln., basierend, wie sich langsam herauszustellen scheint, auf einem Sieg der Quantentheorie über die Relativitätstheorie, dem Sieg der angewandten, praxisorientierten Forschung über die theoretische Wissenschaft, oder – wie es Cook kurz anreißt – dem Sieg der „Deutschen Physik“ über die „Jüdische Physik“, wie es damals im Dritten Reich polemisch hieß. Welch ein Graus, fürwahr!

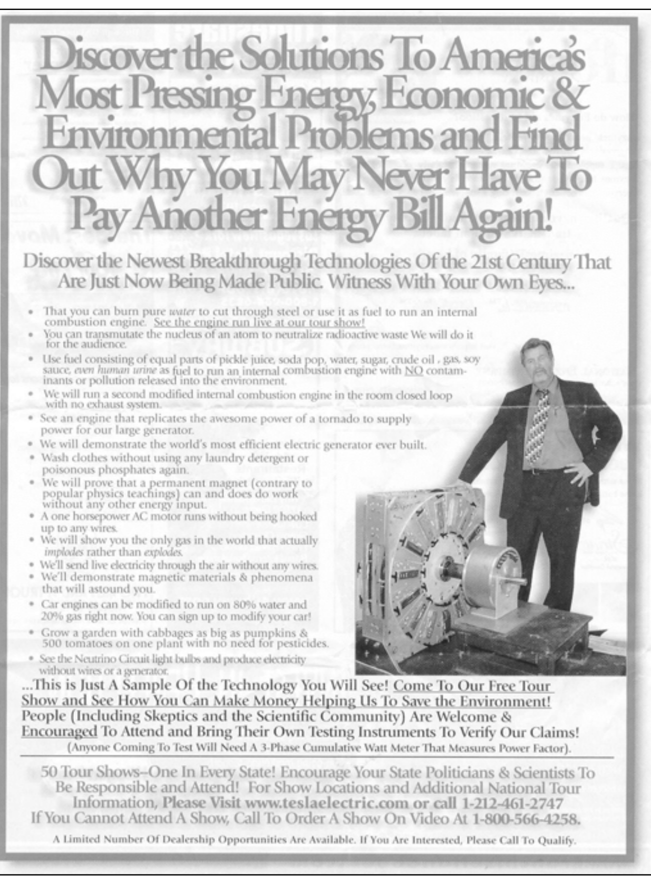
…und sie schweben doch!

Podkletnov ist inzwischen nach Finnland zurückgekehrt und hat jüngst einen Artikel veröffentlicht, in dem er von erfolgreichen Experimenten zur Erzeugung von Gravitationsstrahlen berichtet.[4] In einem Gespräch mit Cook gestand er auch, es sei ihm inzwischen gelungen, Objekte komplett von der Gravitation abzuschirmen, sie also zum Schweben zu bringen. Inzwischen scheint es, als sei die Technologie an einen Punkt angelangt, wo sie für eine praktische Anwendung attraktiv erscheint. So hat sich Ning Li, die an der Universität in Huntsville, AL, für die NASA forschte, laut Auskunft der Fakultät für Physik an der Universität Huntsville von ihrem Universitätsposten zurückgezogen, um sich einer Anwendung ihrer Forschungsergebnisse zu widmen, und auch E. Podkletnov soll nach Aussage von Cook inzwischen ein Angebot von Toshiba haben, seine Forschungsergebnisse wirtschaftlich umzusetzen.

Freilich gibt es auch auf diesem Gebiet jede Menge Trittbrettfahrer, und zumal dieses Gebiet der Physik noch völlig neu und wenig verstanden ist, fällt es nicht nur dem Laien, sondern auch dem Fachmann schwer, hier zwischen ernsthafter Forschung und Scharlatanerie zu unterscheiden (vgl. Abbildung). Es sei daher hier davor gewarnt, irgendwelchen schönen Versprechungen von kostenloser Energie leichtgläubig Glauben zu schenken.

Reaktionen

Während eines Telefongespräches mit Nick Cook erläuterte er die Reaktionen auf sein jüngstes Buch, das inzwischen unter den Bestsellern in England rangiert. Neben einigen kleineren Zeitschriften wurde das Buch in der englischen Tageszei-



Werbeanzeige für ein Gerät, das mit „neuer Physik“ alle Probleme auf einmal löst. Das dürfte wohl ein bißchen zu viel des Guten sein.[5]

tung *The Guardian* und im Wissenschaftsmagazin *New Scientist* positiv besprochen. Cooks Kollegen von *Jane's Defence Weekly* sprachen sich durchgehend positiv über sein Werk aus, ja einige gratulierten ihm dazu sogar. Die Reaktion aus der Luftfahrt- und Rüstungsindustrie war geteilt. Während einige Stimmen seine Grundthese vom Aufkommen einer neuen Physik nicht akzeptierten, dankten ihm andere dafür, ihnen die Augen geöffnet zu haben. Die „wissenschaftliche Gemeinde" war ebenso gespalten, wobei ein Teil Cooks These als Unsinn abtut, während ein anderer Teil ihm durchaus dankbar ist, diese kontroversen und interessanten Thesen popularisiert und damit aus der Verschwiegenheit geholt zu haben. Die negativste Reaktion kam von einem UFO-Forscher, der Cook vorwarf, ein Neo-Nazi zu sein, da er die historischen Ursprünge der Flugscheibentechnologie im Dritten Reich sieht. (Die UFO-Forscher wollen nämlich an die grünen Männchen glauben.) Dieser Vorwurf ist freilich Unsinn, denn Nick Cooks Einstellung zum Dritten Reich ist, wie beschrieben, deutlich negativ.

Dazu meint Nick Cook:

> *»Es wäre falsch, die Forschungen in Deutschland in den 30er und 40er Jahren nur deshalb nicht zu behandeln, weil sie im Dritten Reich stattfanden. Ein solches Ausblenden von Fakten wäre unwissenschaftlich und genauso schlimm wie die Ausblendung von Fakten in der damaligen Zeit.«*

So mag sich also schließlich herausstellen, daß nicht nur der Otto-, Diesel-, Wankel-, Düsen- und Raketenmotor in Deutschland erfunden wurde, sondern womöglich auch der Gravitationsmotor – Nazis hin oder her.

Anmerkungen

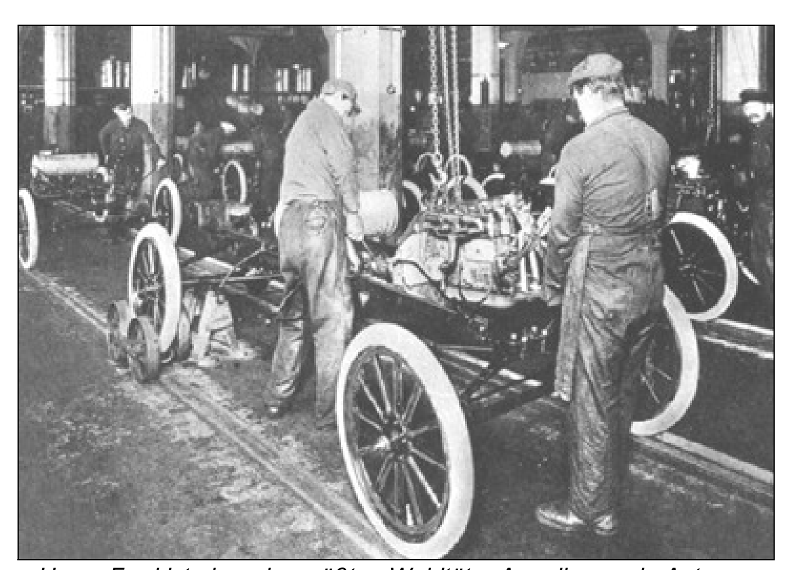
Weiterführende Literatur kann man am besten auffinden über zwei Websites: http://www.inetarena.com/~noetic/pls/gravity.html; http://www.omicron-research.com/RecDocD/introD.htm

1. Vgl. den Beitrag in *Wired* 6(3) (März 1998); http://www.wired.com/wired/archive/6.03/antigravity.html
2. Evgeny Podkletnov and R. Niemanen: »*A Possibility of Gravitational Force Shielding by Bulk $YBa_2Cu_3O_{7-x}$ Superconductors*«, *Physica C* 203 (1992), S. 441–444.
3. Vgl. Ning Li und D.G. Torr: »*Effects of a Gravitomagnetic Field on Pure Superconductors*«, *Physical Review D*, (1991), S. 457–459; Ning Li, D. Noever et. al.: »*Static Test for a Gravitational Force Coupled to Type II YBCO Super-conductors*«, *Physica C* 281 (1997), S. 260–267.
4. Evgeny Podkletnov, Giovanni Modanese, »*Impulse Gravity Generator Based Y $Ba_2Cu_3O_{7-y}$ Superconductor with Composite Crystal Structure*«, http://xxx.lanl.gov/abs/physics/0108005
5. Die auf der angegebenen Website www.teslaelectric.com wiedergegebene Information ist so dürftig und konzentriert sich so auffällig darauf, Werbegebühren einzutreiben, daß es sich wahrscheinlich um ein unseriöses Unternehmen handelt.

Ist die jüdische Überlebensstrategie eine Bedrohung für die Welt?

Von Dr. Alexander Jacob

Kevin MacDonald, *A People That Shall Dwell Alone: Judaism as a Group Evolutionary Strategy* (Ein Volk, das für sich alleine leben soll – Judentum als Strategie der Gruppenevolution, 1994); ders., *Separation and Its Discontents: Toward an Evolutionary Theory of Anti-Semitism* (Absonderung und die damit Unzufriedenen: Hin zu einer Theorie über die Evolution des Antisemitismus, 1998); und ders., *The Culture of Critique: An Evolutionary Analysis of Jewish Involvement in Twentieth-Century Intellectual and Political Movements* (Die Kultur der Kritik: eine evolutionäre Analyse der jüdischen Beteiligung an intellektuellen und politischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, 1998), alle verlegt von Praeger, Westport, Connecticut.

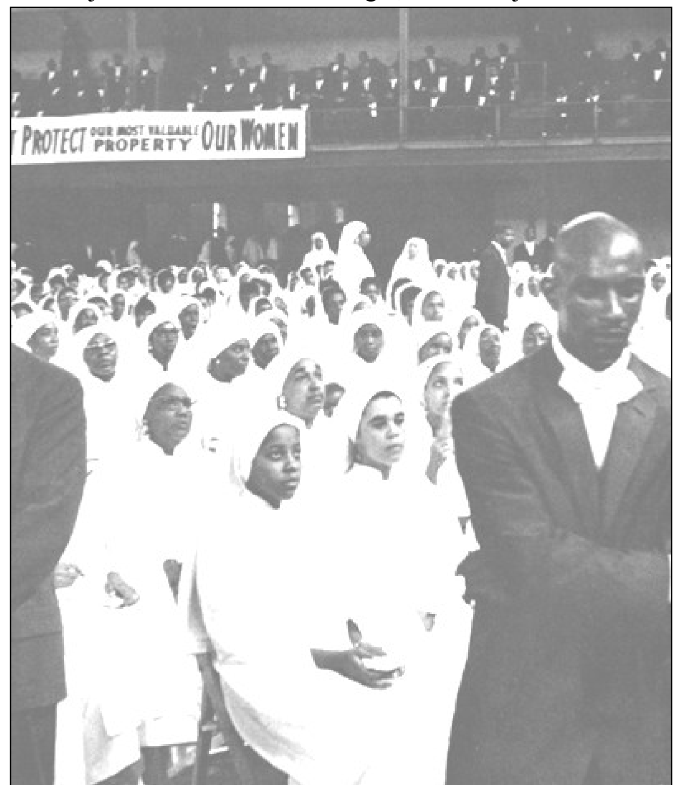


Henry Ford ist einer der größten Wohltäter Amerikas, sein Automodell T (oben, auf dem Fließband) versorgte alle Volksschichten mit einem billigen und zuverlässigen Transportmittel. Er war der erste Industrielle, der den Arbeitern fünf Dollar am Tag für ihre Arbeit bezahlte. Aber als Ford ab 1920 in Michigan seine Zeitung, den Dearborn Independent *in Angriff nahm, (der neben anderen Dingen den starken und wachsenden jüdischen Einfluß in Amerika zur Debatte stellte), wurde er verteufelt. Die Verleumdung war so wirksam, daß sein Sohn und Firmenerbe, Henry Ford Jr., ein enger Verbündeter führender jüdischer Organisationen wurde. Für viele Jahre hindurch war die Ford-Stiftung – als offensichtliche Sühne für das Vergehen von Henry Sen. – einer der führenden Wohltäter linksliberaler Zielsetzungen.*

Vor dem Zweiten Weltkrieg offerierten deutsche Intellektuelle die schärfsten Analysen des Problems der jüdischen Teilnahme an der westlichen Gesellschaft. Der Grund war der schnelle Aufstieg der Juden in der deutschen Gesellschaft direkt nach ihrer Emanzipation um 1860. Die deutsche Intelligenz mit ihrer hochentwickelten Tradition einer Natur- und Moralphilosophie war besonders feinfühlig für die soziale Aggressivität und die Dissonanz, die die jüdische Weltsicht in ihre Gesellschaft einführte. Diese gespannte ideologische Atmosphäre brachte solche Klassiker der antisemitischen Literatur hervor wie Wilhelm Marrs *Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum* (1879),

Eugen Dührings *Die Judenfrage als Rassen-, Sitten-, und Kulturfrage* und Werner Sombarts *Die Juden und das Wirtschaftsleben*.

Diese Werke bleiben unschätzbar für ein Verständnis der Unmöglichkeit, den Antisemitismus auszuschalten, solange die Juden eine organisierte und mächtige Gemeinschaft bleiben, die in einem fremden Land lebt. In Amerika, wo es keine fein entwickelte metaphysische Tradition gab und die geistigen Wurzeln der Nation von jüdisch-puritanischen Religionsvorschriften genährt wurden, die, wie Max Weber in seinem *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* aufzeigte, eng mit dem Wachsen des Kapitalismus als Staatspolitik und säkularer Religion verbunden waren, gab es entsprechend wenig Äußerungen antisemitischer Gefühle bei der Intelligenz. Godwin Smiths *Essays on Questions of the Day* (Aufsätze über Tagesfragen, 1894) und Henry Fords *Dearborn Independent* waren leuchtende Ausnahmen von dieser Regel der Apathie. Professor Kevin MacDonalds Trilogie über die jüdische Frage, die genau ein Jahrhundert nach den großen deutschen Werken zu diesem Thema veröffentlicht wurde, ist daher ein gutes Vorzeichen für Amerikas künftige Selbsterkenntnis und seine Unabhängigkeit als Nation. Denn in diesen drei Bänden gibt MacDonald dem amerikanischen Leser eine meisterhafte Analyse der umfassenden Bedrohung, die die jüdische Überlebensstrategie, die er als jüdische »*Evolutionsstrategie*« bezeichnet, für die nichtjüdische („Gojim") Kultur darstellt.



*Ein Treffen Anfang der 60er Jahre der Black Muslim, einer Bewegung, die auf der mohammedanischen Religion beruht und einen strengen Moralkodex und (im Gegensatz zu anderen Richtungen des Islam) eine strikte Rassentrennung fordert. Der Autor bezeichnet die Juden als »*genetisch und kulturell abgesonderte Nation in den nichtjüdischen Gesellschaften*«. Juden sind, wie im Fall der Black Muslims und verschiedener weißer Gruppen, jeglicher Form kollektiver rassischer Ausgrenzung durch Nichtjuden entgegengetreten und fühlen sich dadurch bedroht. Die Black Muslims waren für jüdische Aktivisten Anlaß für besondere Sorge, weil man – ganz zutreffend – gemerkt hatte, daß sie öffentlicher Kritik der Juden als politischer und ökonomischer Ausbeuter der Schwarzen, Mulatten und anderer die Tür öffnen würden.*

Die soziologischen Thesen, die MacDonald im ersten Band vorbringt, sind

1. Judentum ist eine selbstauferlegte, nicht erzwungene Evolutionsstrategie;
2. Judentum ist eine ziemlich abgeriegelte Gruppenstrategie, die viel Mühen darauf verwendet, der genetischen Assimilation umgebender Bevölkerungen zu widerstehen;
3. Juden konkurrieren typischerweise mit nichtjüdischen Gesellschaften um Hilfsmittel und Fortpflanzung;
4. es gibt ein bedeutendes (aber begrenztes) Maß an Altruismus innerhalb der Gruppe; und
5. es gibt ein bedeutendes Maß an Rollen-Spezialisierung, die durch kulturelle und eugenische Praktiken charakterisiert werden, die auf Intelligenz, Gewissenhaftigkeit, Investition in die Nachfahren und Gruppenloyalität abzielen (*A People*, S. 19)

Die erste dieser Thesen verdient besondere Überprüfung, weil sie mit den Grundlagen der Exklusivitäts-Aspekte der jüdischen Gesellschaft zu tun hat. MacDonalds Vorbringen, daß sie selbst-auferlegt und nicht erzwungen war, ignoriert die ganze historische Dimension des Problems der Juden als Volk. Judaismus ist eine Religion, in deren Zentrum die Verehrung eines aramäischen Stammesgottes steht, Jahwe genannt, der ursprünglich das Gegenstück von Baal, dem Gott der Amoriter (oder Kanaaniter) war. Obwohl auch die Aramäer ursprünglich Polytheisten waren, entwickelte eine Splittergruppe der Aramäer, nämlich die „apiru" oder „habiru", die über Jahrhunderte hindurch im alten Nahen Osten nomadische Räuber, Söldner und Sklaven gewesen zu sein scheinen, einen fanatischen Monotheismus unter der Führung von Abraham von Ur in Chaldäa.

Laut Josephus, dem jüdischen Rechtfertiger des 1. Jahrhunderts nach Chr., war Abraham »*der erste, der selbstgewiß erklärte, daß Gott mit dem Schöpfer des Universums eins ist*« und diese Neuerung war die Ursache eines Aufstands »*der anderen Völker Mesopotamiens*« *(Jewish Antiquities*, I:157). Angesichts der wohlbekannten Tatsache, daß die Religion der Mesopotamier hochstehend und astronomisch ausgerichtet war und keiner Reform durch Apiru-Einwanderer bedurfte, konnte der Aufstand gegen Abraham durchaus auf die Befürchtung zurückgehen, daß die religiöse Neuerung mehr mit einem Mono-Nationalismus als mit Monotheismus zu tun habe.

Die Apiru wurden seit den frühesten sumerischen Aufzeichnungen als Söldner, Räuber, Landstreicher und Sklaven bezeichnet, die die soziale und politische Ordnung des Landes gefährdeten. Angesichts dieses Ursprungs des jüdischen Volkes außerhalb der Rechtsordnung fällt es schwer zu glauben, daß ihre Überlebensstrategien nicht durch Zwang (also von außen) entwickelt wurden, wenn es tatsächlich besser mit den historischen und philosophischen Berichten übereinstimmt, daß die vom Ressentiment als Ausgestoßene charakterisierten Juden ihre exklusivistischen Religionsgesetze als Abwehr gegen die Verachtung entwickelten, mit der sie vom mesopotamischen Wirtsvolk, zwischen dem sie lebten, überhäuft wurden.

Die ganze soziale Korruption und die politischen Revolutionen, die mit den Juden seit ihren frühesten Anfängen in Sumer verbunden sind, sind eine klare Bestätigung der fortdauernden Eigenschaften dieser Randgruppe aramäischer Nomaden, die im Laufe ihrer vielen Wanderungen natürlich ver-

schiedene fremde Typen in sich assimilierten, aber trotzdem nicht ihre wesentliche soziopolitische Natur und Wirkweise änderten, wie diese von der unwandelbaren Habsucht und dem Ehrgeiz Jahwes geformt und bewahrt wurde.

Anstatt die soziologischen Eigenschaften des jüdischen Volkes aus der frühesten Formulierung des monotheistischen Jahwismus in Mesopotamien abzuleiten, versucht MacDonald, ihre „Evolutionsstrategie" zurückzuführen auf die Zeit ihres (ohnehin mehr als zweifelhaften) ägyptischen Aufenthalts und der Erfindung einer »*erblichen (Stammes-) Priesterklasse mit einer starken Motivation, die Integrität der Gruppe zu bewahren*« (*A People*, S. 228).

Diese geschichtlichen Termini liefern aber nur die späteren Formulierungen des frühesten fanatischen und nationalistischen Monotheismus, der als Reaktion auf die durch die Mesopotamier erlittene Verachtung entwickelt wurde. So entdeckt MacDonald unter den soziologischen Zügen der Juden nur die Tendenz zu einer »*kollektivistischen Sozialstruktur und Ethnozentrismus*« (ebd.) und ignoriert das Ressentiment ihrer Wirtsvölker, das die intellektuelle Geschichte der Juden geprägt hat und vom Autor selbst in seinem dritten Band bestätigt wird (*The Culture of Critique*).

MacDonald betont nicht gebührend, daß das Hauptziel der jüdischen „Exklusivität" durch den Antagonismus zu den Anderen erzwungen ist. Er kommt diesem Verständnis jedoch nahe in dem Abschnitt über »*Gast-Aufenthalte und ihre Rolle in der Entwicklung des Judentums*«. (*A People*, S. 245-9), wo er bemerkt, daß für die biblischen Geschichten über die Besuche der Erzväter bei Fremden typisch ist, daß »*die Täuschung und Ausbeutung der Wirtsbevölkerung betont wird, nach der die Juden eine ausgeplünderte Wirtsbevölkerung zurücklassen, während sie ihren eigenen Reichtum und Fortpflanzungserfolg erhöht haben*« (*A People*, S. 246). Und er fügt ganz richtig hinzu:

> *»Ein Meilenstein des Judentums als gruppenevolutionäre Strategie stellt gerade ihre eigene Erfahrung dar, daß Besuchsaufenthalte eine höchst erfolgreiche Strategie sind, mit der eine ethnische Gruppe ihre Identität behalten und ihren Reichtum und Fortpflanzungserfolg sogar in einer Diaspora-Umgebung vergrößern kann«* (*A People*, S. 248).

Die Exklusivitäts-Tendenzen der verschiedenen jüdischen Gemeinden haben zur Entwicklung einer kollektivistischen Kultur bei den Juden geführt. Alle die verschiedenen Untersekten des Judaismus werden von einem Gesetzgeber namens Moses vereint, der den Kodex formulierte, um die »*egalitäre Verwandtschaftsgruppe*«, die die israelitische Gesellschaft ursprünglich war, zu konsolidieren und »*die Aufspaltung der Stämme zu minimieren*« (*A People*, S. 250). Obwohl die Stämme sich weiterhin in Teilgruppen aufspalteten, die nur angesichts äußerer Bedrohung geeint wurden, hat die von Moses eingeführte Priesterklasse (deren erster Hohepriester sein Bruder Aaron war) seit ihrem Anfang als eine strenge intellektuelle Führung des israelischen Volkes gewirkt.

> *»Es waren die Angehörigen der Priesterklasse und vor allem der* kohen gadol *(Hohepriester), die die Geschicke der Nation von der Zeit des babylonischen Exils an lenkten, bis sie in der Zeit nach der Zerstörung des Zweiten Tempels, einem Zeitraum von über 500 Jahren, durch eine nicht-erbliche Gelehrtenaristokratie von Rabbinern abgelöst wurden. Die Stärke dieser priesterlichen Tradition bei den Israeliten steht in starkem Kontrast zum Fehlen einer ähnlichen priesterlichen Zentripetalkraft bei den Nichtjuden. Das System der Spartaner war zum Beispiel schlecht gerüstet, um ein Reich zu verwalten, und es gab keine Einrichtungen, wie die erbliche Priesterklasse der Israeliten, die es ihm ermöglicht hätte, eine militärische Eroberung zu überleben.«* (*A People*, S. 257).

Die priesterliche Tradition der Israeliten wurde durch das Prestige gefördert, das die Juden dem systematischen Studium der Torah beimaßen, das nicht nur eine hochausgebildete Elite schuf, sondern auch als natürliches »*Selektionsmittel des gesellschaftlichen Aufstiegs in der jüdischen Gemeinde*« diente (*A People*, S. 167). Die Schriftgelehrten entwickelten sich bereits im 2. Jahrhundert vor Chr. zu einer hochgebildeten Klasse, obwohl, wie E.J. Bickerman (The Jews in the Greek Age, [die Juden im Zeitalter der Griechen] Cambridge: Harvard Univ. Press, 1988, S. 173) eingebracht hat, dieses Interesse an Bildung von der damaligen griechischen Bildung abgeleitet sein kann, da die Juden ihre eigene Intelligenz haben wollten, die mit der griechischen konkurrieren können sollte. Von entscheidender Bedeutung bei der jüdischen Religionsausbildung ist das Studium der Mischnah, die laut J. Neusner »*die anfängliche und endgültige Aussage des Juden-*



Der Tatort eines bolschewistischen Bombenanschlags kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die stark jüdische Revolutionsbewegung in Rußland benutzte offensichtlich humanistische Rhetorik und Reformforderungen als Mittel zur Erlangung einer despotischen Kontrolle, anstatt zugunsten der Interessen der Massen. Peter Stolypin wurde 1906 Rußlands Ministerpräsident. Er war ein Reformer, der die Revolutionäre verachtete. Da er davon überzeugt war, daß nur eine aufgeklärtere Politik die Monarchie retten könne, verkaufte er Land aus dem Staatsbesitz, hob gesetzliche Einschränkungen für Bauern bezüglich Landbesitz und Reisen usw. auf. Diese Initiativen bedrohten ernsthaft die bolschewistische Schlagkraft. 1906 wurde sein Haus in die Luft gesprengt, seiner Tochter wurden bei der Explosion die Beine zerschmettert. Am 14. September 1911 wurde Stolypin von einem bolschewistischen bewaffneten Banditen im Kiewer Opernhaus ermordet, während das Land befriedet war und gedieh.

tums« darstellt.[1] Die entscheidende Tatsache, die über die Mischnah festgehalten werden muß, ist, daß sie im wesentlichen ein Werk der Kasuistik und »*grundlegend irrational*« ist (*A People*, S. 176). Wie MacDonald ausführt:

> *»Sie erforderte eine gehöriges Maß an Intelligenz, aber letztlich gab es keinen Versuch, Wahrheit, religiöse oder sonstige, zu suchen. Und, wie es bei irrationalen Unternehmungen unvermeidlich ist, war die Übernahme des jüdischen Kanon im wesentlichen ein Akt autoritärer Unterwerfung.«* (Ebenda)

Im Gegensatz zum Scholastizismus des Thomas von Aquin war der abstruse und leere Intellektualismus der Mischnah mit »*evolutionären*« Zielen verbunden, wie die Übernahme der Kontrolle über ökonomische Ressourcen und Fortpflanzungserfolg, weil in der jüdischen Gemeinde Gelehrte vor allen anderen als künftige Bräutigame und Mitglieder der Unternehmer-Elite bevorzugt wurden. Im Gegensatz auch zu den arischen Brahmanen Indiens war die Gelehrtenelite nicht erblich; andererseits wurde die Bildung einer Finanzelite durch die systematische Unterbindung von Heiraten mit den Armen bewirkt, indem ein Minimum-Betrag für die Mitgift und eine zahlenmäßige Begrenzung der Heiraten armer Juden festgesetzt wurde (*A People*, S. 186).

Das besessene Streben der Juden nach Fortpflanzungserfolg kommt auch in der ganzen Überlieferung des Alten Testaments zum Ausdruck, das im ersten Pakt, den der jüdische Gott mit Noah einging (Bibel, Genesis 9:1), die Wichtigkeit der Fortpflanzung betont. Die religiöse Wertschätzung, die sich auf den Fortpflanzungserfolg konzentrierte, wurde bei den alten Israeliten durch die Praxis der Vielweiberei als auch der Endogamie (Verwandtenheirat) unterstützt. Die Tendenz zu Verwandten-Ehen nahm während des babylonischen Exils zu, da sie damals um so notwendiger wurde, um die jüdische Tradition in der Gefangenschaft zu bewahren.

Die Bemühung um Endogamie erhält ihre religiöse Dringlichkeit aus dem Gefühl des Anders-Sein, das der Monotheismus den Juden eingeprägt hat, denn ihr Gott war ein „eifersüchtiger Gott“, der alle die polytheistischen Götter ihrer Nachbarn zerstören wollte und jegliche eheliche Verbindung mit letzteren verbot. (Exodus 34:12-16). Das Ergebnis dieser soziologischen Besonderheit der Juden ist:

> *»Es gibt überwältigende Beweise für die Behauptung, daß der jüdische Gen-Pool signifikant abgrenzt ist von den Gen-Pools der* [jeweiligen] *Bevölkerung, in der die Juden über Jahrhunderte gelebt haben, während es zugleich eine signifikante genetische Gemeinsamkeit gibt zwischen jüdischen Gruppen, die über Jahrhunderte hinweg getrennt waren.«* (*A People*, S. 25)

Die Tendenz zur Exklusivität des Judentums begrenzt auch das Proselytentum und behandelt Konvertierte als zweitklassige Bürger der Gemeinschaft. Die Möglichkeit echter Konversion zum Judaismus ist also beträchtlich vermindert durch die Tatsache, daß Judentum nicht so sehr eine Religion als eine Nationalität ist. Wie G.F. Moore bemerkt:[2]

> *»Die Juden waren nicht Anhänger einer speziellen Religion, sondern Angehörige einer Nation, die ihr Ursprungsland in jedes Viertel mitbrachten, wo sie sich selbst, ihre nationale Religion und ihre nationalen Bräuche etablierten.«*

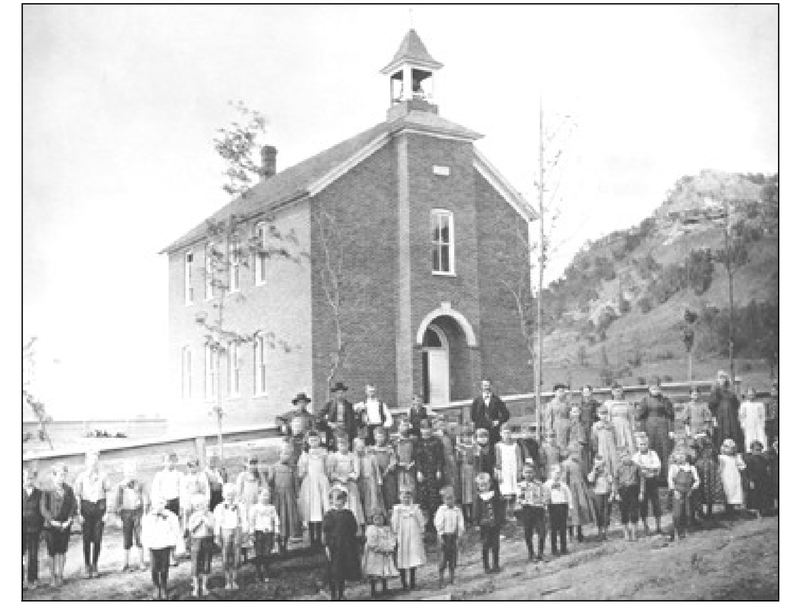
Die kulturelle Absonderung, die für die Juden kennzeichnend ist, manifestiert sich wirklich in ihrer ganzen Geschichte. Die erste Hauptbedrohung für diese Erscheinung war die Aufklärung, die sowohl das Konzept der Emanzipation als auch die Assimilation einführte, die beide der jüdischen Mentalität wesensfremd waren. Die Reformbewegung des Judaismus, die sich im 19. Jahrhundert als liberale jüdische Antwort entwikkelte auf die Herausforderung, eine im wesentlichen unassimilierbare Gruppe wie die Juden in den Rest der modernen westlichen Gesellschaft zu integrieren, versuchte, ihre Religion umzuformulieren als

> *»universalistische Missionsreligion, deren Mission es war, weiterhin getrennt von den Nichtjuden zu verbleiben, während sie diesen die wahre Religion zeigte und sie zu einem erhabeneren ethischen Verhalten führte – die uralte Idee, daß das Judentum das Licht der Nationen darstellt.«* (*A People*, S. 95)

Aber, wie alle „Reformen“ des Judaismus, war dies ein reiner Vorwand, weil es eine Kluft gab zwischen der von den Reformjuden gebrauchten Rhetorik, die theoretisch Mischheiraten und Konversion duldete, und der Praxis, die weiterhin streng von solchen Handlungen abhielt.

Die zentrale Idee im ganzen Judentum ist Israel, ob beim Reformjudaismus oder seinem scheinbaren Gegenteil, dem nationalistischen Zionismus oder dem modernen Phänomen einer „Bürger-Religion“, die weniger Wert auf die eher rituellen Aspekte der Religion legt, als auf die sogenannte „moralische“ Natur des Judaismus. Aber die „Moral“ des Judentums bleibt immer eine knifflige Frage, da sie nicht auf irgend einer universellen philosophischen Grundlage beruht und nicht über den ideologischen Begriff Israel hinausgeht.

Der Erfolg der Juden als Nation, die sich genetisch und kultu-



Schüler der öffentlichen Schule in Alma, Wisconsin, posieren 1897 vor einem Kameramann. Als dieses Foto aufgenommen wurde, war die „Treuepflicht“ ein tägliches Schulritual, und das Bildnis von George Washington blickte über Tausende amerikanischer Klassenzimmer. Im gleichen Jahr kam eine große Zahl jüdischer Einwanderer in Amerika an. Wie der Autor feststellt, legten diese Juden großen Wert auf Bildung und wurden alsbald im Lehrerberuf „überrepräsentiert.“ Als ihr Dienstalter und ihr Einfluß auf allen Ebenen innerhalb der akademischen Welt stiegen, begann eine entsprechende Abwendung von der vorher vorherrschenden Betonung patriotischer und fundamentaler Werte, – Werte, die die meisten jüdischen Lehrer sowohl als bedrohend wie auch als ihrer Natur fremd empfanden.

rell von den nichtjüdischen Gesellschaften absonderte, in denen sie Jahrhunderte hindurch gelebt haben, beruht auf ihrer Vortrefflichkeit im Wettbewerb mit Nichtjuden um Ressourcen und Fortpflanzung, dem hohen Maß an Kooperation und Altruismus, der innerhalb der jüdischen Gemeinden entwikkelt wurde, und der Wertschätzung von Bildung und hoher elterlicher Fürsorge als soziale Normen. Die erste dieser Taktiken hängt mit der traditionellen Rolle des Vermittlers zusammen, die die Juden immer in nichtjüdischen Gesellschaften gespielt haben, vor allem die Rolle dessen, der zwischen einer herrschenden Elite (selbst fremder Eliten) und der Normalbevölkerung gewinnt. Diese Rolle ist durch die Tatsache erleichtert worden, daß die genetische Abgrenzung der Juden diese in höchstem Grad von der ausgebeuteten Bevölkerung absonderte, und man konnte daher erwarten, daß sie die höchste Loyalität zu den Herrschenden hatten und die geringsten Sorgen wegen ihrer Ausbeutung.

Das trifft gleichermaßen auf die Sephardim in Spanien unter den christlichen und mohammedanischen Herrschern zu wie für die Aschkenasim in Polen und anderen Teilen Europas. Der Volkszorn gegen die Juden wurde durch die Protektion der herrschenden Klasse gezügelt. In Spanien erhoben sich die antisemitischen Tendenzen des Volkes oft über ihre künstlich errichteten Ufer, wie in den Aufständen 1391, den Anti-Converso-Aufständen im 15. Jahrhundert und schließlich der Inquisition selbst. In Polen wurden die Aschkenasim beim Adel als Gutsverwalter, Bankiers, und Geldverleiher willkommen geheißen. Die Juden waren somit in der Lage, ihr kaufmännisches Geschick in einem solchen Ausmaß zu ihrem eigenen Vorteil einzusetzen, daß immer wieder Gesetze erlassen werden mußten, um den jüdischen Handel und Geschäfte zu zügeln, wie zum Beispiel 1485, 1764 und im 19. Jahrhundert unter der galizischen Regierung, die einen wirtschaftlichen Boykott jüdischer Geschäfte organisierte.



Chaim Weizmann (1874–1952), der Wladimir Iljitsch Lenin sehr ähnlich sieht, wird bei einem Zionisten-Treffen geehrt. Weizmann war der erste Präsident der modernen zionistischen Einheit, die Israel genannt wird, von 1949, bis seine Gesundheit versagte. Von 1920 bis 1931 und von 1935 bis 1946 war er Präsident der Weltorganisation des Zionismus, die darauf hinarbeitete, Israel zu errichten, indem die eingeborenen Araber vertrieben wurden. Weizmann führte auch 1919 die jüdische Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz und arbeitete darauf hin, daß der Völkerbund Großbritannien die Verwaltung von Palästina zuwies, als Interims-Maßnahme nach der Niederlage des Osmanischen Reiches. 1917 erließ England, teils dank Weizmann, die Balfour-Erklärung, die die Idee eines jüdischen Heimlandes in Palästina unterstützte.

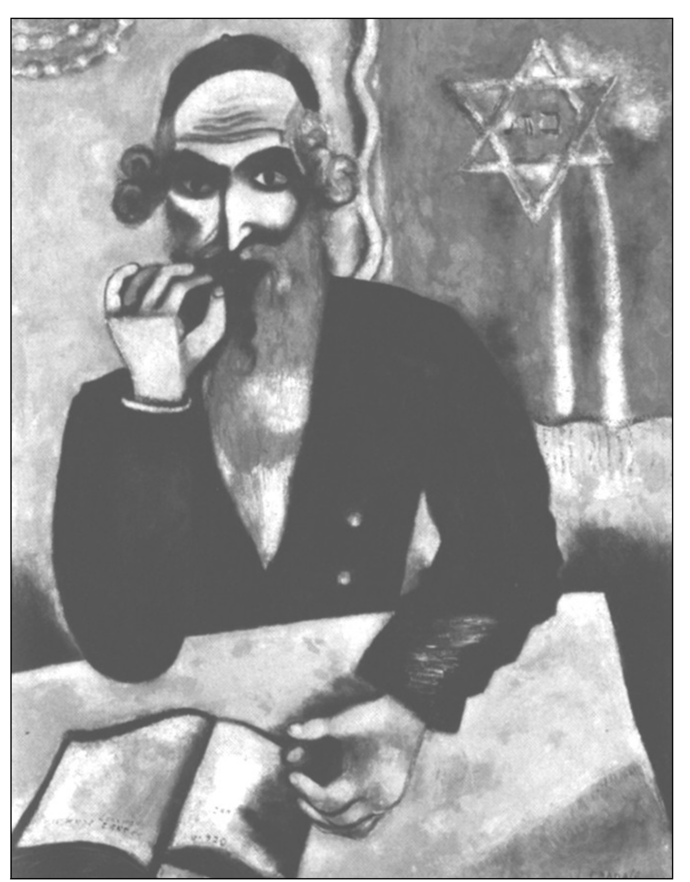
Nach der Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert öffneten sich den Juden mehr berufliche Fortkommensmöglichkeiten und sie waren bald überrepräsentiert auf Gebieten, die ein hohes Niveau an Ausbildung erforderten, wie Erziehung, Beamtenschaft und öffentlicher Dienst, wie auch im Geschäftsleben, während sie typischerweise in der Landwirtschaft unterrepräsentiert waren. Der ökonomische Aufstieg der Juden war von einer Bevölkerungsexplosion, begleitet, vor allem in Osteuropa.

Das war die Grundlage des wirtschaftlichen Antisemitismus, der sich allmählich sowohl in Westeuropa wie in Osteuropa ausbreitete. Die jüdische Teilnahme an der amerikanischen Gesellschaft im 20. Jahrhundert ist von einem ähnlichem Erfolg im akademischen, sozialen und kulturellen Leben geprägt, und bereits in den 1860er Jahren »*waren 20 Prozent der Fachbereiche der Prestige-Schulen jüdisch*« und Juden nahmen »*20 Prozent der Rechtsberufe*« ein (*A People*, S. 128). Der jüdische Anteil am akademischen Leben und den Medien hat sich in der jüngsten Zeit erhöht, so daß »*trotz der Tatsache, daß die Juden nur 2 Prozent der Bevölkerung ausmachen, fast die Hälfte aller amerikanischen Milliardäre Juden* [sind], *ebenso wie ungefähr 10 Prozent der Mitglieder des U.S. Kongresses*«.[3] In ähnlicher Weise werden die Medien und die Unterhaltungsbranche von Juden dominiert. Wie F. Salter ausführt,[4] kontrollieren Juden etwa 26 Prozent der »*kybernetischen Ressourcen*« der Vereinigten Staaten, wobei diese Ressourcen durch die Vertretung in Schlüsselbereichen wie Regierung, Medien, Finanzwelt, Akademisches Leben, Firmen und Unterhaltung gemessen wurden.

Der soziale Erfolg der Juden beruht zu einem großen Teil auf dem hohen Grad ihrer Gemeinschaftsorganisation, die auf die früheste Zeit der Diaspora zurückgeht, als sie eine bedrohte Gruppe waren, die inmitten oftmals feindlicher nichtjüdischer Bevölkerungen lebten. Die gegenseitige Zusammenarbeit und der Altruismus der Juden haben die Form einer protektiven Umsorgung und Nächstenliebe innerhalb der jüdischen Gruppen angenommen, verbunden mit einer moralischen Gleichgültigkeit gegen die nichtjüdische Gemeinde, die ohne Skrupel ausgebeutet werden konnte. Juden neigten seit dem Mittelalter dazu, Schutz-Handelszusammenschlüsse und Gilden mit anderen Juden zu bilden, und die Solidarität der jüdischen Händler im 19. Jahrhundert ähnelte der moderner Gewerkschaften. In ähnlicher Weise »*entwickelte sich unter dem Schutz der Rothschilds ein großes Netzwerk kleinerer jüdischer Bankiers*« (*A People*, S. 147). Alle diese ökonomischen Sicherheitsnetze wurden mit aggressiven Geschäftspraktiken verbunden, die gegen die nichtjüdischen Händler gerichtet waren. Folglich »*gab es freien Handel innerhalb der jüdischen Gemeinde, um den Käufer zu schützen, aber außerhalb der jüdischen Gemeinde wurden Monopol-Praktiken erlaubt*« (*A People*, S. 149) Andere weniger offensichtlich handelsmäßige Aspekte der jüdischen Solidarität beinhalteten die dauernde Unterhaltung jüdischer Wohltätigkeitsorganisationen, um die Gemeinde im Allgemeinen zu unterstützen. In der Tat stellt gegenwärtig, wo der Judaismus eine neue säkulare Ausprägung als Bürgerreligion erlangt hat, die Wohlfahrt ein Hauptmittel dar, um die jüdische Gruppenidentität aufrechtzuerhalten.

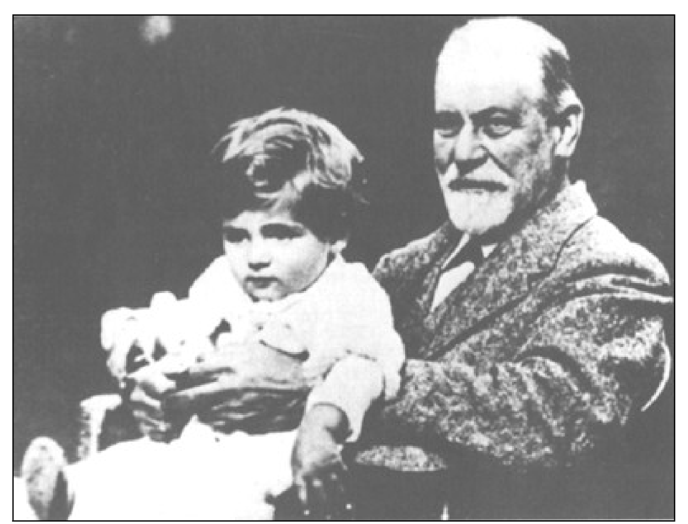
Das letzte Kennzeichen, das beim Judentum als Überlebensstrategie festgestellt werden muß, ist die von den Juden praktizierte hohe Investition in ihre Kinder. Arrangierte Heiraten waren bei den Juden bis nach dem 1. Weltkrieg die Regel, da die wirtschaftliche Grundlage einer Heirat alle romantischen Erwägungen übertrumpfte. Die Mitgift-Investition betonte gute Kinderfürsorge, persönliche Hygiene und Mäßigung, so daß uneheliche Kinder, voreheliche Schwangerschaft und Scheidung unter den Juden weniger verbreitet waren als in der umgebenden Bevölkerung. Eine zusammenhaltende und zusammenarbeitende Gruppe wie das Judentum betont natürlich nachdrücklich ein hohes Maß an Gruppenkonformität. Einzelpersonen, die von dieser kollektiven Kultur abweichen, werden wahrscheinlich von Angst geplagt, genauso wie Eltern, die vom Wunsch nach Erfolg ihres Kindes beherrschten waren, ihre Kinder ungewöhnlich anfällig für familiäre Schuldgefühle machen. Das erklärt den typisch jüdischen Persönlichkeitskomplex, der »*sehr mächtige Triebe nach Ressourcen-Erwerb, sozialer Dominanz und sinnlicher Befriedigung*« mit einem »*hohen Angstniveau, Schuld und Hemmungen*« verbindet (*A People*, S. 212) – wie die Entsprechungen im wirklichen Leben zu den fiktiven Charakteren, die Woody-Allen-Filme bevölkern.

Die unheilbare Entfremdung des „assimilierten" Juden ist tatsächlich der tiefste Grund für den Antisemitismus. Aber Macdonald sieht sie als nur eine von vielen beitragenden Ursachen an. Zum Beispiel zählt MacDonald in seinem zweiten Band, *Separation and Its Discontents*, die Leitmotive des Antisemitismus auf, Beschuldigungen der Absonderung, der Clan-Bildung, wirtschaftlicher, kultureller und politischer jüdischer Vorherrschaft, und jüdischer Illoyalität zu dem Staat, in dem sie leben. Aus den verschiedenartigen antisemitischen Bewegungen, die es im Westen gab, wählt MacDonald drei als Fallstudien aus: die des späten Römischen Reiches, des Mittelalters, und den deutschen Nationalsozialismus. MacDonald neigt dazu, den christlichen Antisemitismus von Denkern wie St. Johannes Chrysostomos (4. Jahrh. n. Chr.) hauptsächlich wirtschaftlicher Rivalität zwischen Christen und Juden zuschreiben. Aber das berücksichtigt nicht den Hauptpunkt der frühchristlichen Argumentation, daß die Juden eine verachtenswerte Rasse seien, gerade weil ihrer Religion jede wirkliche Geistigkeit fehle. Im Gegensatz zu den aufs Diesseits gerichteten Bestrebungen und der rassischen Absonderung der Juden betonten die christlichen Altväter die geistigen und universalen Aspekte des Christentums. Denn das Christentum ermunterte im Gegensatz zum Judaismus die Exogamie und die Assimilation. Angesichts dieser grundlegenden Unterschiede zwischen christlichem und jüdischem Ethos gibt MacDonalds Vorbringen, der frühe christliche Antisemitismus sei »*von Zügen charakterisiert, die Spiegelbilder des Judentums sind*« (d.h. seiner kollektivistischen Gruppenstruktur und seiner grundlegenden Unterscheidung zwischen Gruppenzugehörigen und Außenseitern) den falschen Eindruck, daß die europäischen Christen notwendigerweise von jüdischen Strategien abhängig gewesen seien, wenn sie den Judaismus bekämpfen wollten (*Separation*, S. 110). MacDonald trägt nicht der Tatsache Rechnung, daß die Juden ihre kollektiven Strategien in erster Linie als Reaktion eines außerhalb des Gesetzes stehenden Volkes gegenüber der überlegenen Kultur und Organisationsform ihres Wirtsvolkes entwickelten. Antisemitismus ist also nicht das „Spiegelbild" eines judäischen Kollektivismus, sondern eher eine kollektive Manifestation der zugrundeliegenden Verachtung, die die Wirtsvölker, unter denen die Juden seit dem mesopotamischen und ägyptischen Altertum gelebt haben, unumgänglich gegen die hebräischen Einwanderer entwickelt haben.


Dieses Portrait des 20.Jahrhundert, „Der Rabbi" von Mark Chagall, gibt die Pflege einer radikal andersartigen jüdischen Identität wieder. Auch wenn sie im allgemeinen als Minderheit unter Nichtjuden leben, haben die Juden der Assimilation bemerkenswert widerstanden. Daher wurden sie die nationalistischste aller Kulturen genannt und scheinen zu versuchen, so zu bleiben.

Nach dem Zusammenbruch des Westreiches lebte der christliche Antisemitismus wieder in größerem Umfang im 12. und 13. Jahrhundert auf. Das Wiederaufleben fiel mit dem Aufschwung der Franziskaner- und Dominikaner-Klöster und dem Erlaß der antijüdischen Gesetze des 4. Lateran-Konzils von 1215 zusammen, das von den Juden das Tragen besonderer Kleidung forderte, um sexuelle Kontakte zwischen Christen und Juden zu verhindern. Die organische kollektivistische Organisation der europäischen Gesellschaft im Mittelalter half dem mittelalterlichen christlichen Antisemitismus. Diese Organisationsform war auch diesmal nicht im Hinblick auf das Judentum geformt, sondern folgte den natürlichen hierarchischen Mustern der alten indoeuropäischen Gesellschaft. Die Unmöglichkeit, die Juden in die europäische Gesellschaft zu integrieren und das Mißlingen des Versuchs, konvertierte Juden im Spanien des 15. Jahrhunderts als „Neue Christen" anzuerkennen, weil diese, trotz ihrer oberflächlichen Konversion, heimlich am Judaismus festhielten, waren die wirkliche Ursache der Inquisition und ihrem Erzwingen von Gesetzen bezüglich „limpieza de sangre" oder „Blutsreinheit".

Auch der Nationalsozialismus ist bestimmt nicht – wie MacDonald im Kapitel 5 zu verteidigen versucht – ein »*echtes Spiegelbild*« des Judentums, sondern eher die Überreaktion auf das Problem, einen unassimilierbaren Fremdkörper im



Der österreichische Jude Sigmund Freud (1865-1939) in Positur mit seinem ältesten Sohn auf dem Schoß. 1938, nach der deutschen Besetzung von Österreich, verließ Freud Wien und ging nach London. Dank Freud und seinen oftmals ebenfalls jüdischen Nachahmern bleibt es in den USA ein nationaler Zeitvertreib, daß man mit seinem Therapeuten anstatt mit seinen Eltern über Mutter und Vater spricht, und das verschlingt weiterhin Milliarden Dollar amerikanischer Gelder und einen außerordentlich großen Anteil professioneller Ressourcen.

deutschen sozialen und politischen Organismus zu assimilieren. Der soziologische Aspekt im jüdischen Leben, der am meisten wirklicher Assimilation in die Wirtsgesellschaften, in denen die Juden lebten, entgegengewirkt hat, ist in der Tat ihre eigene kollektivistische Kultur, die auf Gruppenkonformität Wert legt, während sie die Absonderung von und den Wettbewerb mit Nicht-Gruppenangehörigen ermutigt. Antisemitismus ist also nicht auf die westlichen Gesellschaften beschränkt, sondern hat sich in

> *»einem weiten Spektrum sowohl westlicher als auch nichtwestlicher, christlicher als auch nichtchristlicher Gesellschaften, und in vorkapitalistischen, kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften gezeigt.«* (*Separation*, S. 29)

Aber ein entscheidender Unterschied zwischen der antisemitischen Haltung des westlichen christlichen Universalimus und dem Kollektivismus mohammedanischer Gesellschaften ist die Tatsache, daß die Mohammedaner, die in einer den Juden selbst ähnlichen kollektivistischen Weise organisiert sind,

> *»eher von Verachtung, als durch Haß, Furcht oder Neid geprägt sind, weil die antijüdischen Bräuche der Mohammedaner Juden im allgemeinen davon abgehalten haben, eine Position zu erlangen, die zu Neid, Angst oder Haß führen könnte. Gewalt gegen Juden erfolgte, wenn Juden über die Stränge schlugen.«* (*Separation*, S. 31)

Diese Verachtung gegenüber den Juden war auch bei den deutschen Philosophen des 19. Jahrhunderts anzutreffen, die bewußt den soziopolitischen Moden, die der Französischen Revolution und der Aufklärung entstammten, aus dem Weg gingen. Einige wenige amerikanische „Antisemiten" wie Gerald L.K. Smith und Henry Ford besaßen auch dieses Gefühl philosophischer und moralischer Überlegenheit. Ford bemerkte zum Beispiel scharfsinnig:

> *»Es ist das besondere Talent dieser* [d.h. der jüdischen] *Rasse, Probleme moralischer Art in jedem Unternehmen hervorzurufen, wo sie die Mehrheit erlangen«* (*The International Jew*, 1920).

Leider neigt die amerikanische Bevölkerung im allgemeinen zu einer toleranten religiösen und individualistischen Sozialkultur, was sie für jüdische Ausbeutung extrem anfällig macht.

Anmerkungen

Dr. Alexander Jacob ist indischer Abstammung. Er hat neun Bücher über Philosophie geschrieben, einschließlich einer Übersetzung der Erörterung der jüdischen Frage durch den deutschen Philosophen des 19. Jahrhunderts mit dem Titel *Eugen Duehring on the Jews* (Historical Review Press, Uckfield, GB, 1997). Dr. Jacob hielt Gast-Vorlesungen an verschiedenen Fachbereichen der Universität Toronto, einschließlich des Fachbereichs für Philosophie, dem Fachbereich für Religionsstudien und dem Fachbereich für Politikwissenschaft. Er ist in Toronto zu Hause.

Mit freundlicher Genehmigung von *The Barnes Review*, entnommen der Ausgabe 6(2) (2000), S. 21-27 (130 Third St., SE, Washington, D.C., 20003, USA), übersetzt von Patricia Willms.

[1] *The Philosophical Mishnah*, Scholars Press, Atlanta 1988.
[2] *Judaism in the First Centuries of the Christian Era*, Harvard Univ. Press, Cambridge 1927-30, S. 233.
[3] B. Ginsberg, *The Fatal Embrace*, Univ. of Chicago Press, Chicago, 1993.
[4] *Ethnic Infrastrutures U.S.A.*

Leserbriefe

zu J. Eibicht »*Terror: Solidaritätsverweigerung als Sicherheitsrisiko*«, *VffG* 3/2001, S. 333-336

Bomben auf Engeland!

Sehr geehrter Herr Rudolf,

da Sie oben genannten Beitrag auch in Ihrem Leitartikel erwähnen, dürfte auszuschließen sein, daß er „irgendwie reingerutscht ist".

Ich war überrascht, in den *VffG* einen Artikel zu lesen, dessen Autor bei der Betrachtung der Lage einen Standpunkt einnimmt, den man zumindest als höchst einseitig bezeichnen muß, bleiben doch bestimmte, aber unbestrittene Hintergründe des weltweiten US-Engagements unbeachtet.

Die Geschichte der USA, vor allem im 20. Jahrhundert, zeichnet sich durch ein Kontinuum aus: Ein mit unglaublicher Skrupellosigkeit und Brutalität durchgesetzter Imperialismus, der mit dem Kampf für den freien Markt, die Menschenrechte und Demokratie bemäntelt wird. Ellenlang ist das Sündenregister der USA – und vor allem ungesühnt! Die zerfetzten, gekochten, gebratenen, im siedenden Asphalt der Straßen verbrannten Frauen, Kinder, Verwundeten und Flüchtlinge von Dresden, die Zigtausende vernichteter Menschenleben von Hiroshima und Nagasaki, die mit Billigung der USA durch-

durchgeführte millionenfache Vertreibung und Ermordung der Ostdeutschen, die vietnamesischen Kinder, denen nach Napalmbombenangriffen die Haut in Fetzen vom Körper hing, die irakischen Soldaten, die man bei lebendigem Leib in ihren Stellungen begraben hat, die Hunderttausenden Kinder, die infolge eines Embargos in diesem Land verhungert sind, die bedingungslose Unterstützung für Israels Raubmordpolitik, die Verweigerung bei der Konferenz von Durban, Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzuerkennen.

Die Tatsache, daß die in die Millionen gehenden Opfer des amerikanischen Imperialismus in unserer glitzernden Medienwelt nicht präsent sind, heiß nicht, daß es sie nicht gibt! Die widerliche Scheinmoral, Arroganz und Geschmacklosigkeit der USA gipfelt beispielsweise darin, daß man am 55. Jahrestags des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki Miniaturausgaben der getauften (!) Bomben als Souvenirs und Ohranhänger verkauft.

Sollten hinter den Anschlägen vom 11. September tatsächlich arabische Attentäter stecken – es gibt durchaus ernstzunehmende Ansichten, die anderes glauben – dann war das die wütende und falsche, aber bis zu einem gewissen Grad verstehbare, Reaktion auf die skrupellose amerikanische One-World-Politik. – Und nicht ein Angriff auf die westliche Zivilisation, wie Herr Eibicht schreibt.

Die europäischen NATO-Vasallen (Bezeichnung der „Partner" durch den amerikanischen Geopolitiker Zbigniew Brzezinski) haben sich zur bedingungslosen Solidarität mit den USA bereit erklärt und tragen damit die US-Politik nicht nur moralisch, sondern auch militärisch voll mit. Anstatt daß Europa sich um Maßhaltung und Vermittlung bemüht, stellt man den US-Militärs einen Freibrief für alle Taten, Untaten und Forderungen aus – die sich in finanzieller Natur auch gegen Deutschland richten werden (wie im Golfkrieg).

Doch wer sich mit Hunden ins Bett legt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er mit Flöhen aufwacht! Darin liegt das europäische und insbesondere das deutsche Sicherheitsrisiko.

Herr Eibicht spricht davon, daß die UNO die Militärschläge gegen Afghanistan gebilligt hätte – das glatte Gegenteil davon ist der Fall! Nach zweimaliger Ablehnung des US-Antrags auf Mandatierung durch die UNO hat Herr Bush selber den Selbstverteidigungsfall erklärt und seine Bomberverbände nach Afghanistan losgeschickt.[1] Dort legt man jetzt alles in Schutt und Asche, weil sich der mutmaßliche(!) Drahtzieher der Attentate in diesem Land befindet.



Diesen Wahnsinn wollte selbst die meist US-dirigierte UNO nicht mittragen.

Das Verbrecherische dieses Angriffs wird Ihnen vielleicht bewußt, wenn Sie sich folgendes vorstellen:

In Düsseldorf kommt es zu einem verheerenden Anschlag, bei dem zahlreiche Menschen getötet werden. Die Polizei vermutet – und die Medien wissen sofort – daß der Anschlag von Rechtsextremisten durchgeführt worden ist. Die klassische Frage nach dem Motiv cui bono? wird erst gar nicht mehr gestellt. Als Drahtzieher des unglaublichen Verbrechens wird der Rechtsextremist Germar Rudolf bezichtigt, der ins englische Exil abgetaucht ist, und von dort aus seit Jahren seine extremistische Propaganda verbreitet. Germar Rudolf sendet an die Fernsehstationen, die sich noch nicht völlig der Menschenjagdhysterie ergeben haben, ein Videoband, in dem er zu dem Anschlag in Düsseldorf Stellung nimmt und mit aller Deutlichkeit feststellt, daß er mit dem Anschlag nichts zu tun hat, weil er mit friedlichen Mitteln für eine Revision des Geschichtsbildes kämpfe. Die Polizei verbietet daraufhin, daß Stellungnahmen von Rudolf im Fernsehen gezeigt werden, weil diesem Verbrecher kein Sprachrohr für seine rechtsextreme Propaganda geboten werden darf. Die kriegsgeile Medienmeute hetzt die deutschen Fernsehzuschauer gegen Rudolf immer mehr auf. Der Bundespräsident und der Bundeskanzler beschließen nun – ohne Vorwarnung und Kriegserklärung! – das Nest des Verbrechers Germar Rudolf auszuräuchern. Die Bundeswehr bombardiert die südenglische Küste, weil man den Verbrecher in diesem Gebiet vermutet. Krankenhäuser und Getreidespeicher werden getroffen; Berlin spricht von Kollateralschäden. Die deutsche Bevölkerung ist begeistert. Der Kampf gegen den Rechtsextremismus fordert bedingungslose internationale Solidarität, so daß auch andere europäi-

[1] So der amerikanische Völkerrechtler Francis Boyle in einem Interview mit dem Spiegel online, der folglich den derzeitigen Afghanistankrieg als »*eindeutig kein Fall von Selbstverteidigung*« und »*nach den Regeln des Völkerrechts als illegal*« bezeichnete.

sche Staaten, wie etwa Frankreich, die Schweiz, Spanien, Griechenland und auch die Türkei sich mit eigenen Truppen an der Zerschlagung des internationalen Rechtsextremismus beteiligen. Manche haben bereits legislative Maßnahmen gegen Rudolfs Revisionismus unternommen.

Kein Mensch kümmert sich darum, daß Rudolf seine Beteiligung an dem Düsseldorfer Anschlag immer wieder vehement bestreitet. Die Berliner Regierung, aufgefordert für Rudolfs Schuld Beweise vorzulegen, verweist nur darauf, daß sie genügend Indizien hätte, sie aber aus Ermittlungsgründen nicht öffentlich vorlegen könne. Man verweist darauf, daß Rudolf schon seit Jahren im Verfassungsschutzbericht unter der Rubrik Rechtsextremismus geführt wird – damit sind natürlich alle Zweifel ausgeräumt. Räuchern wir diesen scheiß Nazi Rudolf aus – spricht der Bundeskanzler, nunmehr zu einem Kriegsherrn gewandelt und der Bundestag applaudiert.

In diesen Tagen fallen Tausende Tonnen Bomben auf Südengland, wo man Rudolf fangen will: Dead or alive!

Herr Eibicht sieht das Miteinstimmen in den Kriegsgesang der US-Regierung als ein sicherheitspolitisches Muß, denjenigen, die sich erlauben, eine gegenteilige Meinung als die veröffentlichte zu haben, bezeichnet er als »*politisch-extremistische Hasardeure, unpolitische Irrlichter*« oder zumindest als »*Verantwortungslose*«. In völliger Verkennung der Tatsachen ortet er bei Betrachtung der parteipolitischen Landschaft die Kriegsskeptiker nur an zwei Orten: ganz links bei der PDS und ganz rechts, bei der DVU des Verlegers Dr. Gerhard Frey. Die Kriegsskeptiker innerhalb der SPD und der Grünen, die sich trotz der verordneten Parteidisziplin mit kriegskritischen Stimmen zu Wort melden und die Regierungskoalition in ihren innerparteilichen Balken krachen lassen, werden der Einfachheit halber verschwiegen.

Durch seine gegen die *Nationalzeitung* gerittene Attacke, der er nahezu die Hälfte seines Beitrags einräumt (man könnte sich fragen, ob Umfang der Berichterstattung und Bedeutung dieser Publikation in einem angemessenen Verhältnis stehen) erweckt Eibicht den Eindruck, als beschränke sich das kriegsskeptische Lager im Bereich der politischen Rechten auf die Leserschaft der *Nationalzeitung*. Ein Blick in den rechten Blätterwald hätte Herrn Eibicht eines Besseren belehrt. Könnte der unterbliebene Blick darauf zurückzuführen sein, daß die Kriegsskeptiker auch in den Redaktionen jener Blätter sitzen, in denen Herr Eibicht ansonsten zu veröffentlichen pflegt?



Dem von Eibicht kritisierten »*politisch kontraproduktiven, ideologischen Antiamerikanismus*« des Herrn Frey steht seine nicht minder kritisierenswerte Einseitigkeit in bezug auf die Darstellung der US-amerikanischen Politik im Kosovo und in Afghanistan gegenüber. Wenn Herr Eibicht tatsächlich glaubt, daß die beiden Weltkriege, der Koreakrieg, der Vietnamkrieg, der Panamakrieg, der Golfkrieg, der Kosovokrieg und nun der Afghanistankrieg von den USA nur deswegen geführt wurde, um die Menschenrechte zu bewahren und die Demokratie zu etablieren, dann wird er, so nehme ich an, in der Leserschaft der *VffG* auf einige Zweifler an dieser These stoßen.

Sven S., G.

Hysterisches Gesülze

Lieber Germar,

seit wann schwimmen die *VffG* denn mit dem Strom und preisen gar noch unsere Regierung? Die Chronologie der *SZ* 19-20.-21. 9. zeigt, daß Schröder erst davon ausging, daß die BRD nicht militärisch mitmachen müsse, dann aber widerrufen mußte. Soll man diese Fehleinschätzung auch noch als staatsmännisches Gebaren ausgeben?

Wenn man bei einem Attentat fast schon vorher den Täter kennt, macht mich das stutzig. Man findet die Beweise, die man finden will.

Vom Ausmaß her – 5000 Tote – ist die WTC-Sache, wenn man es als Krieg ansieht, geringfügig. Das außerordentliche ist das Überraschungsmoment – und da frage ich mich: wo waren die Geheimdienste? Oder haben die gerade mal weggeschaut?

In den Börsen-Nachrichten war übrigens davon die Rede – mit Betroffenheit –, daß etwa eine Woche vorher eine Anti-Flugzeug-Spekulation im Gange war, so daß selbst die angepaßten Börsianer sich fragten, ob da jemand was vorab wußte.

Ich bin skeptisch bei all den Terrorakten, an die weder eine Drohung noch

eine Erpressung geknüpft ist (wie bei Bologna; da las ich Jahre später, ein David Fiebelkorn habe zu den Tätern gehört) oder München (Oktoberfest), und zu denen sich auch niemand bekannte – während sich „alle“ gleich wieder einig sind, wer der böse Bube ist. WIR müßten doch diese Verfahrensweise – weil selbst erlebt – erkennen, und dann abwiegeln, statt mit in Hysterie zu schwelgen. Ob die jetzige Solidarität jemals uns zugute kommt – so was Naives. Politisch Stimmung kann man doch ganz schnell machen.

Und wann waren „die Araber“ jemals zu etwas in der Lage, das nur 1% der hier demonstrierten Koordination zeigt? Bei ihren Selbstmord-Attentaten gibt es doch nur ein paar Verletzte, der einzige Tote ist der Attentäter.

Nee, das trau ich denen einfach nicht zu. Bleibt also doch die Frage *cui bono*, die man durchaus nicht so 08/15 abhandeln sollte.

Wollen wir den 3. Weltkrieg? Bush hat den Amerikanern angekündigt, der Krieg würde ein Ausmaß annehmen, wie es noch kein Amerikaner erlebt habe – aber viele haben ja noch den Zweiten Weltkrieg erlebt.

Da lesen wir ständig in *VffG*-Artikeln, wie in den USA zum Ersten und Zweiten Weltkrieg gehetzt wurde, und merken es dann nicht mal, wenn die Weichen zum Dritten gestellt werden?

Solidarität mit wem? Die, die Bush angreifen will, sind doch genauso unschuldig, wie die Leute im WTC.

Schlagen schließlich die Leser von *VffG* das Heft auf, um was zu lesen, was sie in jeder sonstigen Gazette finden können, und gar noch Schröder-Gelaber? Wie können diese Ober-Kultur- und Rassenzerstörer glaubhaft gegen Kulturzerstörung wettern?

Warum soll die Mossad-Theorie nicht wenigstens (ernsthaft) diskutiert werden?

Der Bündnisfall wird bedingt durch einen bewaffneten Angriff. Linienflugzeuge sind aber, selbst wenn zweckentfremdet, keine Waffe.

Diese Geschlossenheit aller Staatsoberhäupter – „weil es auch im eigenen Interesse des Volkes und Staates steht“ – seit wann lassen sich deutsche Politiker vom Interesse des Volkes lenken?

Übrigens: „Rechte“ werden seit eh und je mit Kriminellen und Terroristen in einem Topf geführt – das kam in einer norwegischen Schengen-Broschüre ganz klar zum Ausdruck. Sollen wir also gegen uns selbst zum Krieg aufrufen?

Thora Pedersen



Kompetenzüberschreitung

Hallo Germar,

die beiden Beiträge von Eibicht und Dir in *VffG* zum Thema Terror fand ich doch sehr enttäuschend. Nach Aussage von *VffG* gehöre ich nämlich zu »*politisch-extremistischen Hasardeuren, unpolitischen Irrlichtern und vollkommen Verantwortungslosen*«, denen »*im Interesse ihres eigenen Klempnerladens*« der Gedanke aufkam, Deutschland sollte sich eigentlich der Solidarität mit den USA verweigern. Danach ist meine Haltung »*wahrlich ein Verbrechen an den Sicherheitsbedürfnissen unseres Volkes.*«

Ich vertrat zusammen mit Peter Scholl-Latour die Ansicht, was heute New York traf, kann morgen nicht so einfach Berlin, Hamburg, Frankfurt oder München treffen, denn:

– die westliche Freiheit wurde nicht angegriffen.
– Unsere Demokratie wurde nicht angegriffen.
– Unsere liberalen Werte wurden nicht angegriffen.
– Unser Wohlstand wurde nicht angegriffen.

Angegriffen wurde die terroristische Politik der USA mit ihrem Verbündeten Israel.

Das Problem ist, daß der deutsche Michel (und andere) den Konflikt überhaupt nicht verstanden hat oder verstehen will.

Deutschland wird bei den betreffenden arabischen Kräften als ein willenloses Opfer der USA gesehen, deswegen waren wir nicht in ihrem Visier. Doch genauso willenlos und speichelleckerisch verhalten „wir“ uns auch. Das müßte doch einem verfolgten Revisionisten klar sein!!! Auch wenn er in diesen USA Unterschlupf gefunden hat.

Hierzu die *Süddeutsche Zeitung* zu zitieren (Eibicht), ist für einen Revisionisten mehr als naiv. Wäre es für Dich etwa auch ein Argument, zum Thema Gaskammern die *SZ* oder den *Spiegel* zu zitieren?

Erst wenn wir jetzt »*uneingeschränkt solidarisch*« Soldaten nach Afghanistan schicken wollen, werden wir zur Zielscheibe.

Eine bestimmte Freiheit, die die USA sich (noch) gönnen, gibt es hier nicht.

Und daran sind auch gewisse Kräfte in den USA verantwortlich, die auch für die sonstige amerikanische Außenpolitik verantwortlich sind. Die großartige offizielle Meinungsfreiheit in den USA hat auch dort das Geschichtsbild noch nicht korrigiert, und dieses Land ist davon und von der Wahrheit allgemein weit entfernt. Solange die manipulativen Kräfte der Massenmedien unter einem bestimmten Einfluß stehen, wird dies auch weiter schwierig sein, und solange haben sie es auch nicht nötig, Freiheiten abzuschaffen. Dies ist in dem etwas weniger oberflächlichen Deutschland, natürlich auch, weil es Deutschland selbst betrifft, anders – deswegen die Gesetze. Der Revisionismus, vor allem der Holocaust-Revisionismus, ist leider tatsächlich für die Gesellschaft völlig unbedeutend. Dies wird jeder bestätigen, der noch normal in die „bürgerliche" Gesellschaft integriert ist. Mit der westlichen Darstellung der Terrorhintergründe sieht es nicht viel besser aus.

Wie soll also ein islamischer oder arabischer Kämpfer auf seine Sache aufmerksam machen bzw. die Amerikaner treffen? Mit einer Internetseite? Ich rechtfertige hier ausdrücklich keine Gewalt, aber Menschen können auch zu solcher Gewalt getrieben werden. Sich dann hinzustellen und „den Moralischen zu machen", ist schon fast verlogen. Ich behaupte jetzt mal, daß diejenigen amerikanischen „Kräfte", die für das IMT-Nürnberg usw. und seine Folgen mitsamt §130 StGB verantwortlich waren, auch die Terroranschläge vom 11. September herausgefordert haben und nun die Solidarität der Verbündeten erzwingen.

Wenn Du das Argument anführst, daß diese terroristische Gewalt die Bevölkerung nur noch mehr hinter die Regierung stellt, so ist dies für den Terroristen ohne Belang, da dies keine „Verschlimmerung" der amerikanischen Politik im Vergleich zu vorher bewirkt. Und in Bezug auf den Krieg, der nun gerade eskaliert, verweise ich schlicht auf Vietnam. Nicht zuerst, was den Ausgang betrifft, sondern vielmehr, was die Solidarität mit den Kriegsgegnern betrifft.

Es gibt außer der Meinungsfreiheit aber noch andere amerikanische „Werte", die allerdings für einen rational denkenden Menschen mehr als fraglich sind, und die seit 1945, vielen gar nicht bewußt, auch unsere Gesellschaft nicht zum positiven beeinflussen.



Sicher gibt es bei den islamischen Radikalen evtl. Strömungen, die gerne die ganze westliche Welt auflösen würden, aber das, was jetzt passiert ist, sollte eigentlich nicht das Problem Deutschlands sein. Es ist aber leider das Problem der BRD!

In *VffG* wird fast der Eindruck vermittelt, als wenn eine wildgewordene Meute von Moslem-Fanatikern nahezu grundlos ein freiheitliches Land angreift, auch wenn Du Dich als Gegner der US-Außenpolitik bekennst und das Albright-Beispiel nennst. Die für Deutschland behauptete unmittelbare Gefahr ist nämlich nicht mit Albright zu erklären. Ich will nicht rechtfertigen, wirklich nicht, doch zu solch einem Terrorpotential gehört ein konkreter Grund, der aus mehr besteht als aus Eifersucht auf den „überlegenen" Westen. Wer zu solchem Grund nicht beiträgt, braucht auch keinen solchen Terror zu befürchten.

Deswegen ist zwar eine „humanistische" Solidarität mit den USA unabdingbar, ein gleichzeitiges Streben nach einem Politikwechsel aber ebenfalls.

Ich möchte hier einen vielleicht unfairen Vergleich ziehen. Wenn man heute einen deutschen Durchschnittsbürger nach seiner Meinung über einen Holocaustrevisionisten fragt, wird sein Urteil über ihn von Abscheu und Verachtung bestimmt sein, genau wie über einen islamischen Terroristen. Nun wirst Du natürlich entgegnen, daß die Revisionisten keine Gewalt ausüben, geschweige denn Hochhäuser zusammenstürzen lassen. Aber die Antwort auf diese Frage findet sich am Beginn Deines Artikels, denn aufgrund der Auschwitzlüge verhungern auch keine europäischen Kinder oder werden von jüdischen Soldaten erschossen. Du schreibst von »*Sohn oder Tochter, Ehefrau oder Ehemann, Freund oder Freundin*«, die getötet wurden. Ich bin gespannt, wann die Anzahl der zivilen und unschuldigen getöteten afghanischen Söhne oder Töchter, Ehefrauen oder Ehemänner, Freunde oder Freundinnen durch die „Kollateralschäden" die Anzahl der getöteten New Yorker übersteigen wird. Wenn Du also diesen Krieg mit seinen Zivilopfern unter deutscher Beteiligung verteidigst, dann hat doch der Logik nach auch jeder islamische Fanatiker das Recht, die New Yorker Opfer als Kollateralschäden seines Krieges zu bezeichnen. Und die in Gang gesetzte Gewaltspirale erhöht nun die Gefahr, daß

»*Sohn oder Tochter, Ehefrau oder Ehemann, Freund oder Freundin*« getroffen werden, oder eben der Revisionist Rudolf in New York.

Daß Dir liebgewordene Menschen durch den Konflikt potentiell gefährdet waren, ist schlimm. Auch ich habe amerikanische Freunde, die natürlich potentiell dort oder woanders Opfer hätten sein können. Man muß dafür ja auch gar nicht Amerikaner sein, wie wir ja nun wissen. Aber durch die jetzige Politik der USA und unsere Solidarität wird sich diese Gefahr nicht nur nicht verringern, sondern erhöhen.

Das durch Deinen USA-Aufenthalt Deine Sicht der Dinge nicht unbeeinflußt bleiben würde, war zu erwarten oder zu befürchten. Ein Einlenken bei der Unrechtspolitik gegenüber Deutschland 1919-1939 hätte vermutlich ebenfalls einen eskalierenden Terrorkrieg vermieden. Es sei denn, immer wieder ähnliche Kräfte nehmen einen Krieg gerne in Kauf oder sie wünschen ihn sogar herbei, um ihre Politik weiterführen zu können.

> *»Mann stelle sich nur vor, es gäbe in der Zukunft einst ein anderes, revisionistisches Deutschland, das dann von anderen, entgegengesetzten Terrorgruppen ebenso mit Tod und Vernichtung überzogen würde?«*

Mit diesem Vergleich stellst Du aber revisionistische Politik mit der Politik der USA ethisch gleich. Das ist falsch. Die Motivation, aus der heraus Terror ausgeübt wird, ist ja für seine „Legitimation" und damit für seine Bekämpfung nicht unerheblich, oder?

Du behauptest:

> *»Schon ein einziger religiöser oder politischer Fanatiker mag in einigen hundert Jahren vielleicht in der Lage sein, die ganze Welt zu vernichten.«*

Dies spricht doch dafür, daß ein Krieg gegen den Terror überhaupt nichts nützt, da ein einziger immer übrig bleiben wird. Das Beseitigen seiner Ursachen würde aber sehr wohl etwas nützen.

Ich bin wahrlich kein Anhänger von Gerhard Frey bin ihm erstaunlicher Weise aber, durch Eure beiden Artikel näher gekommen.

Daß die angeblichen und tatsächlichen serbische Greuel in ähnlicher Weise für Kriegspropaganda hergehalten haben, wie die deutschen Greuel, müßte doch einem Revisionisten wenigstens verdächtig sein.

Da man Serbengreuel hierzulande noch bestreiten darf, sind sie ja auch prompt zu einem nicht unerheblichen Teil als eine Lüge aufgeflogen (das wurde sogar im WDR gesendet). Nicht nur bei Kriegsverbrechen vor 1945 ist eine Übertreibung und Verzerrung vorstellbar! Von der Rolle der durch die USA unterstützten Albaner ganz zu schweigen!





Alle Bilder zu den jüngsten Opfern in Afghanistan entnommen der Website http://www.dqc.org/~ben/

Auch ich war damals uneingeschränkt für den Kossovo-Einsatz. Bis mich die Greuellügen nachdenklich gemacht haben. Dies hat auch übrigens meine Haltung zum Revisionismus vorangebracht.

Lieber Germar, Du machst verständlicherweise den Eindruck, als wenn Du Dich nach etwas Gesellschaftskonformität zurücksehnst. Daß Du aber in Deiner Zeitschrift solche Vorwürfe gegen Menschen erhebst, die auch hier, also in noch mehr Fragen als der Gaskammerfrage, anders denken als die breite Masse, ist etwas schade. Mit freier Geschichtsforschung hat das nichts zu tun. Du hast Dein gutes Blatt und Deine revisionistische Autorität zu privater politische Agitation mißbraucht – leider lieber Germar. Leider war der Beitrag von Eibicht auch sprachlich und stilistisch würdelos. Die von Eibicht zitierten Frey-Argumente konnten mich mehr überzeugen als Eibichts Geschimpfe gegen sie.

Du solltest Dich eher auf den Revisionismus konzentrieren als leichtfertig revisionistische Kräfte zu spalten. Es ist wiedermal bezeichnend für die sogenannte „Rechte", daß sie sich selbst der größte Feind ist. Ich kann nur hoffen, daß nicht zu viele „Revisionisten" durch Eure Beiträge (vor allem Eibicht) beleidigt bzw. entsetzt sind.

Um ganz gemein zu sein, könnte man die Frage stellen, ob die Erkenntnis von der Nichtexistenz von Gaskammern den „Erleuchteten" auch sonst irgendwie weitergebracht hat. Aber diese Frage ist schon sehr respektlos. Um Welten seriöser war Dein Beitrag. Auch der Gedanke, daß der Anschlag dem Revisionismus geschadet haben könnte, ist mir gekommen. Deine Argumente sind richtig. Ich bin aber in Bezug auf die Einstellung zur amerikanischen Politik zu einem grundlegend anderem Ergebnis gekommen als Du. Ich will Dir auch erklären warum. Viele Menschen haben die Welt seit dem 11. September nicht mehr richtig verstanden. Anstatt sich vor der Verbindung des Revisionismus mit den „Arabern" und dem schlechten Licht zu fürchten, das der 11. September dadurch auf den Revisionismus geworfen haben könnte, sollte man das Informationsbedürfnis der Leute nutzen und ihnen ein paar bestimmte Zusammenhänge in der (Welt-)Politik erklären. Das gelingt

sicher nicht, wenn man sich uneingeschränkt auf die Seite des Holocaustmuseumslands Nr. 1 usw. stellt. Im Zuge der Ereignisse des 11. September und seiner propagandistischen „Aufklärung" kann in angemessener Weise eine deutlich revisionistischere Haltung bei vielen Menschen bewirkt werden. Für den Revisionismus ist eine amerikakritische Aufklärung unabdingbar. Erkenntnis durch Amerikakritik kann die Empfänglichkeit dafür erhöhen, auch andere große gesellschaftsbestimmende Dinge kritisch zu sehen!

Das stellt sich aber natürlich in den USA komplizierter dar. Natürlich sind die USA für den Revisionismus nicht unwichtig. Man muß hier sicherlich entsprechend etwas sensibel sein. Freys etwas plumpen Worte sind aber – Diplomatie hin oder her – womöglich gar nicht so falsch. selbst amerikanische „Rechte", so ist jedenfalls den Medien zu entnehmen, hatten mit den Zielen der Terroristen sympathisiert. Davon kann man halten, was man will. Die in *VffG* eingenommene Haltung ist für den Revisionismus aber meines Erachtens nicht förderlich.

Eine durch die militärische USA-Solidarität erreichte „Gleichstellung" der BRD mit den Siegermächten wird dem Revisionismus nichts nützen. Auch mich interessieren primär nicht die Interessen der islamischen Welt. Primär interessiert mich das Fortschreiten des Revisionismus.

Deine Befürchtung vor der Einschränkung der Bürgerrechte teile ich. Eben deswegen ist Deine Position gefährlich. Deine Argumente sind genau die, welche die Kontrollfanatiker (Schily in der BRD) nun zur Durchsetzung der Bürgerrechtseinschränkungen anführen. Indem man die Angst vor dem Terror schürt und seine Bedeutung für uns hochspielt, die Solidarität des Antiterrorkrieges beschwört, stärkt man die unfreiheitlichen und antirevisionistischen Kräfte. Mag sein, daß ich mich teilweise irre. Aber eine Darstellung meiner Position in Heft 4/2001 auch aus Deiner „Feder" würde *VffG* nicht schlecht zu Gesicht stehen.

So, das mußte ich mir mal von der Seele schreiben. Ich hoffe Du verübelst mir mein offenes Wort nicht.

Beste ehrliche Wünsche

Kylling

Anmerkung der Redaktion

Der Leitartikel im Heft 3/2001 wurde vor der Ankündigung eines Angriffskrieges gegen Afghanistan geschrieben und zum Drucker gebracht. Aus ihm geht deutlich hervor, daß ein notwendiger Kampf gegen den Terrorismus eben *nicht* dazu führen darf, wahllos auf Unschuldige einzuschlagen, also genau das, was jetzt passiert. Ich darf mich selbst zitieren:

> *»Zu hoffen ist, daß er* [der Krieg] *nicht eskaliert und weitere Unschuldige zu Opfern macht, auf beiden Seiten. Notwendig wäre in der Tat ein Überdenken der US-Außenpolitik im Nahen Osten, allerdings scheint nun gerade das Gegenteil der Fall zu sein, denn im Schatten von New York hat Israel in den letzten Wochen eine rücksichtslose Politik der „ethnischen Säuberung" und der Unterdrückung der Intifada in Palästina durchgeführt, und die USA scheinen nun noch eher bereit zu sein, im Nahen Osten auf alles einzuschlagen, was nicht pariert.«*

Man kann darüber diskutieren, ob das Taliban-Regime in Afghanistan selbst ein Unrechtsregime ist (bzw. war), aber das rechtfertigt natürlich nicht den gegen dieses Land und Volk zur Zeit geführten Krieg, für den ja ganz andere Gründe ins Feld geführt werden als der dort angeblich wütende islamische Extremismus. So berichtete der Nahost-Experte Robert Fisk denn auch, daß der Schrecken der Taliban lediglich durch den Schrecken der Nördlichen Allianz ersetzt wurde, deren Anhänger nun mordend, plündernd, brandschatzend und vergewaltigend durch die Städte Afghanistans ziehen (*The Independent*, 14.11.2001). Bin Laden aber ist immer noch nicht gefaßt. Dieser Krieg der USA und Großbritanniens gegen Afghanistan ist ein ungerechtfertigter Angriffskrieg gegen ein wehrloses Volk mit ungezählten Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Leider gibt es in diesem Fall weder Ankläger noch Richter, die die Schuldigen gemäß Völkerrecht zur Rechenschaft ziehen könnten.

Germar Rudolf

zu H.E. Barnes, »*Die Kreuzigung von Frankreichs Retter*«, *VffG* 3/2001, S. 255-262

Verehrte Redaktion!

Hätten alle diese verknöcherten ewiggestrigen, sentimental-katholischen französischen Nationalisten den NS unterstützt, hätten sie ihrer eigenen Zielsetzung mehr gedient – und wären nach Kriegsende nicht Opfer ihrer angeblichen Freunde geworden. Das Urteil der Geschichte wird sein: Pétain hat – ähnlich wie die Kirche – die tatsächliche Frontstellung und das Problem seiner Zeit nicht erkannt. Statt sich mit denen zu verbünden, die zu Kompromissen bereit waren, hat er diese mit seinen tatsächlichen Todfeinden bekämpft und entmachtet – und kam dann selbst dran. Als Franzose und General hätte Pétain doch die Geschichte Dantons und Robespierres kennen müssen. Was ist im heutigen Frankreich wohl von den Idealen eines Pétains geblieben? Und der Verfasser des Artikels gehört in die gleiche Schublade.

Leidende Bevölkerung in Frankreich? War Frankreich für die Deutschen nicht das Land, wo Milch und Honig flossen? Ich hab noch heute zwei Handtücher, die mein Onkel aus dem Frankreichfeldzug mitbrachte. Daß dies keine Ausräuberung war, geht aus einem Führererlaß hervor, die Soldaten dürften soviel mitnehmen – kaufen! –, wie sie tragen könnten – mit der beigefügten Interpretation, das müsse für einen anständigen Menschen als Definition reichen (Mitteilungen für das Offizierskorps, Oktober 1942 Nr. 10, herausgegeben vom OKW, WFSt/WPr(AP²) unter Mitwirkung des Oberkommandos der Wehrmachtsteile; Überschrift: »*Ungeschriebene Gesetze*«).

Claudia Werthebach

zu R. Faurisson, »*Auswirkung und Zukunft des Holocaust-Revisionismus*«, *VffG* 2/2001, S. 146-169

Sehr geehrter Herr Dr. Faurisson,

zunächst möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, mich von ganzem Herzen für Ihre Arbeit zu bedanken.

Darf ich Ihnen anläßlich Ihres wunderschönen o.g. Artikels einen Gedanken zur „symbolischen Zahl" vorstellen, der mir vor einiger Zeit bei der Lektüre des Alten Testamentes gekommen ist?

Das Vielfache von sechs wird im Alten Testament an zwei Stellen gebraucht, um die Gesamtheit des Volkes Israel zu bezeichnen.

2. Mos. 12,37, Auszug aus Ägypten:

> *»Nun brachen die Israeliten auf von Ramses nach Sukkoth, an die 600.000 Mann zu Fuß, die Kinder nicht gerechnet.«*

4. Mos, 11.21:

»Da sprach Mose: 600 000 Mann zu Fuß zählt das Volk, unter dem ich lebe […]*«*

Wenn es ein Rabbiner war, der als erstes die Zahl 6.000.000 ins Leben gerufen hat, könnte er die alttestamentliche Gesamtheit des jüdischen Volkes im Sinn gehabt haben.

Dazu paßt die These von Eduard Peter Koch, (*»Kritik am Lehrplan der Gedenkstättennetze*«, *Staatsbriefe* 5/93, S. 16 – 18), daß der Holocaust zum Bestandteil des jüdischen Glaubens geworden sei: Das Volk Israel habe sich als Ganzes geopfert, um als Ganzes entsühnt und so mit seinem Gott versöhnt wieder aufzustehen. Diese Versöhnung bedeute für Israel Endzeit, d. h., Israel sei von nun an berufen, mit seinem Gott über die Völker der Erde zu herrschen.

Koch nennt zwei Belege.

Jes. 48, 9f. Jachweh spricht:

»Um meines Namens willen halte ich hin meinen Zorn, und um meines Ruhmes willen verschone ich dich, daß ich dich nicht ausrotte. Siehe, ich habe dich geläutert, doch nicht als Silber, habe dich geprüft im Ofen des Elends.«

Mal. 3,2f. Am Tag des letzten Gerichtes:

»[…] *Denn er (Jachweh) ist wie das Feuer des Schmelzers und wie die Lauge der Wäscher. Er wird sich setzen zu schmelzen und zu reinigen, er wird die Söhne Levis reinigen, wird sie läutern wie Gold und wie Silber, daß sie dem Herrn richtige Opfergaben darbringen.«*

Mit der Vorstellung des reinigenden Endzeitopfers könnte man sowohl das verwirrende Miteinander von Vernichtung und Überleben, die immer wieder behaupteten Flammen aus den Schornsteinen der Krematorien, das unbelehrbare Festhalten an der Sechsmillionen-Zahl und vor allem die Angst vor der Widerlegung des Vernichtungsmythos erklären. Wenn es keine Vernichtung gegeben hat, dann gibt es auch keine Erlösung, keine Endzeit.

Könnten Sie diese Gedanken durch Ihre Studien erhärten oder erscheinen sie ihnen ganz aus der Luft gegriffen?

Es grüßt Sie sehr herzlich aus Deutschland

Maria Schmidt

zu R. Raico, »*Eine Neubewertung Churchills – Teil 1*«, *VffG* 2/2001, S. 188-195

Sehr geehrte Damen und Herren!

besten Dank für den sehr informativen Beitrag von Prof. Dr. Ralph Raico, der mit dem „politisch korrekten" Bild Churchills gründlich aufräumt.

Gestatten Sie mir aber eine kleine Korrektur zu der Anmerkung 13 auf S. 194. Dort ist vermerkt:

»Churchill hatte sogar für Hitler bewundernde Worte übrig. Noch 1937 schrieb er: […].*«*

Tatsächlich war es aber noch 1938. In der Londoner *Times* vom 7.11.1938 (vgl. Abbildung) ist der Wortlaut von »*Mr. Churchills Reply*« nachzulesen. Der betreffende Abschnitt lautet in deutscher Übersetzung:

»Herr Hitler sollte diese Gefühlslage [die Sorge um unsere Sicherheit, d.U.] *verstehen und respektieren. Ich habe immer gesagt, wenn Großbritannien im Kriege besiegt worden wäre, so würde ich hoffen, daß wir einen Hitler finden sollten, der uns auf einen rechtmäßigen Platz unter den Völkern zurückführte. Ich bedaure jedoch, daß er durch den großen Erfolg, der ihn begleitet hat, nicht gereift ist. Die ganze Welt würde erfreut sein, einen Hitler von Frieden und Toleranz zu sehen, und nichts würde seinen Namen in der Weltgeschichte so zieren, wie Taten von Großmut und Barmherzigkeit und von Mitleid mit den Verlassenen und Freudlosen, den Schwachen und Armen.«*

Soweit das Zitat. Der letzte, reichlich pathetisch klingende Satz muß allerdings als pure Heuchelei erscheinen, wenn man von der Kriegslüsternheit Churchills in Raicos Abhandlung gelesen hat.

Mit freundlichen Grüßen

ONK, Köln

Allgemeines: Wehrmacht und Waffen SS

Sehr geehrte Herren,

In Ihrem Bericht wird ständig, genau wie in der Wanderausstellung von Reemtsma, etwas durcheinander gebracht. So wird immer, wenn das Heer gemeint ist, der Ausdruck die Wehrmacht verwendet. Das ist nicht richtig. Die Wehrmacht bestand nämlich aus den Waffengattungen: Heer, also im weitesten Sinne die kämpfende Bodentruppen mit allen ihr angeschlossenen Gliederungen, der Luftwaffe, der Marine und der Waffen SS. Das bedeutet demzufolge auch, daß die Waffen SS dem Oberkommando der Wehrmacht unterstand und nicht, wie Sie schreiben, dem Reichsführer SS Heinrich Himmler. Dieser hatte zwar die disziplinarische Gewalt über die Waffen SS, aber nur im Hinblick auf reine SS-spezifischen Angelegenheiten, wie z.B. Ehrenkodex, außerplanmäßige Beförderung, Gerichtsbarkeit etc. Alle anderen Dinge wie Einsatz- und Aufmarschpläne waren Sachen der kommandierenden Generale, an der Spitze Paul Hausser und Sepp Dietrich, übrigens die beiden höchsten und einzigen SS-Generale mit dem Titel Oberstgruppenführer (Generaloberst). Es gab keinen höheren Rang in der Waffen SS und schon gar keinen Generalfeldmarschall. H. Himmler war außerdem nie Mitglied der SS-Verfügungstruppe oder der Waffen SS. Auch dies belegt, daß die Waffen SS bis zum letzten Tag des Krieges ihre Befehle ausschließlich vom Oberkommando der Wehrmacht bzw. direkt von Hitler bezog.

In der Hoffnung, etwas zur Klärung beigetragen zu haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

F.B. Hoffmann

Obersturmbannführer und Oberstleutnant der Waffen SS a.D.

MR. CHURCHILL'S REPLY

AGGRESSION UNDREAMT OF

Mr. Winston Churchill last night issued the following statement in reply to Herr Hitler's criticism of him in his speech at Weimar yesterday:—

I am surprised that the head of a great State should set himself to attack British members of Parliament who hold no official position and who are not even the leaders of parties. Such action on his part can only enhance any influence they may have, because their fellow-countrymen have long been able to form their own opinion about them and really do not need foreign guidance.

Herr Hitler is quite mistaken in supposing that Mr. Eden, Mr. Duff Cooper, myself, and leaders of the Liberal and Labour Parties are warmongers. Not one of us has ever dreamed of an act of aggression against Germany. We are, however, concerned to make sure that our own country is properly defended, so that we can be safe and free and also help others to whom we are bound.

Herr Hitler ought to understand this mood and respect it. I have always said that if Great Britain were defeated in war I hoped we should find a Hitler to lead us back to our rightful position among the nations. I am sorry, however, that he has not been mellowed by the great success that has attended him. The whole world would rejoice to see the Hitler of peace and tolerance, and nothing would adorn his name in world history so much as acts of magnanimity and of mercy and of pity to the forlorn and friendless, to the weak and poor.

The Times, 7.11.1938

In Kürze

UNO gegen Holocaust-Keule
U.N. Generalsekretär Kofi Annan forderte Israel am 31.8.01 auf, den Holocaust nicht länger als Vorwand zu benutzen für seine Politik der Besetzung, Vertreibung und illegaler Tötungen an Palästinensern. (*CNS-News Wire*, 1.9.01, *Jerusalem Post*, 11.9.01).

Priebke erhält Entschädigung
Erich Priebke (88), wegen seiner Beteiligung an von oben befohlenen völkerrechtskonformen Repressalerschießungen im Zweiten Weltkrieg in Italien während eines Schauprozesses zu lebenslanger Haft verurteilt, hat in einem Prozeß eine Entschädigung von 20 Millionen Lire (20.000 Mark) erstritten. Er hatte einen Buchautor verklagt, der ihn für die Repressalerschießung an italienischen Widerstandskämpfern verantwortlich gemacht hatte. Dieser Vorwurf sei unrichtig, hat ein Gericht in Rom befunden und dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer wegen Verletzung seine Ehre die Geldsumme zugesprochen. (*Hellweger Anzeiger*, 24.10.01)

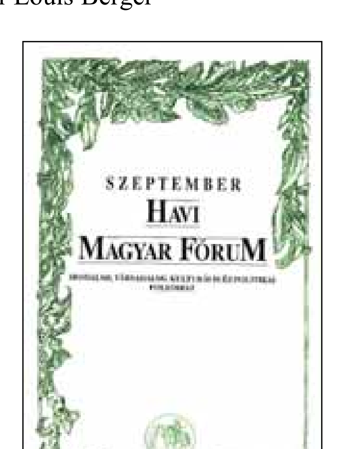
Bundeswehreinsatz im Kosovo »*rechtswidrig*«
Weil Kritiker während des Kosovokrieges Bundeswehrsoldaten zur Kriegsdienstverweigerung aufriefen, wurden sie wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten angeklagt. Das Berliner Amtsgericht verkündete am 2.3.2000, was laut Meldung des Radiosenders MDR vom 20.9.01 nun rechtskräftig ist. Aus dem schriftlichen Urteil:

> *»Die Tatbestände der Gehorsamsverweigerung und der Fahnenflucht waren nicht eröffnet, weil der Einsatz der Bundeswehr gegen die Bundesrepublik Jugoslawien rechtswidrig war.*
> *Ein Soldat macht sich nicht strafbar, wenn er die Teilnahme an einem völkerrechtswidrigen Kampfeinsatz ablehnt oder sich von der Truppe entfernt, um sich der Teilnahme an diesem Einsatz zu entziehen.«* (*UN*, 10/01, S. 8)

Frage: Wann werden diejenigen strafrechtlich verfolgt, die einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg führten?

Revisionistische Konferenz in Triest ein Erfolg
Unter dem Motto »*Revisionismus und die Würde besiegter Nationen*« wurde am 9.&10.10.01 eine revisionistische Konferenz in Triest durchgeführt, organisiert von der Association culturelle Nuovo Ordine Nazionale (Kulturgemeinschaft Neue Nationale Ordnung). Es nahmen teil: Jean-Louis Berger (Elsaß), Vincent Reynouard (Frankreich), Russ Granata (USA) Ahmed Rami (Marokko/Schweden), Jürgen Graf (Schweiz/Weißrußland), Fredrick Toben (Deutschland/Australien). Zudem wurde ein Beitrag von Robert Countess (USA) verlesen. *VffG* wird berichten.

Revisionismus in Ungarn
In der September-Ausgabe der Monatszeitschrift *Ungarisches Forum* (Auflage ca. 5000 Exemplare, vgl. Bild) erschien ein langer Artikel des Titels »*Holocaust-Behauptung, Holocaust-Leugnung*«. Der Artikel behandelt folgende Themen: Was ist Holocaust-Leugnung; Die Anzahl der Opfer (Schwankungen der Angaben); die Seifengeschichte; Vernichtungspolitik; Gaskammern (es wird erstmalig auf das Rudolf Gutachten eingegangen!); Höß-Geständnis; Gaskammer von Auschwitz I; Ziele der Holocaust-Lobby (Wiedergutmachung; Globalisierung; Holocaust-Religion).



Schweiz: Völkermord-Bestreitung nicht strafbar
Im September 1995 hatte das armenische Komitee zum Gedenken an den Genozid in der Schweiz eine Petition im Schweizer Nationalrat eingereicht mit der Aufforderung an die eidgenössischen Räte, die nötigen politischen Schritte zur Anerkennung und Verurteilung des Völkermords an den Armeniern vorzunehmen. Die Koordinationsstelle der türkischen Verbände in der Schweiz lancierte daraufhin eine Petition, worin die Initiative des armenischen Komitees als »*Hetzkampagne*« bezeichnet wurde, die an den »*angeblichen armenischen Völkermord*« erinnern solle. Mit der Bezeichnung »*armenischer Völkermord*« würden die historischen Tatsachen »*massiv verzerrt*«.
Die Türken wurden daraufhin von den Armeniern wegen Verletzung des Schweizer Anti-Rassismus-Paragraphen angezeigt. Im September erfolgte nun ein Freispruch für die Türken, und zwar auch auf Antrag der Staatsanwaltschaft! Grund für den Freispruch war das Fehlen rassistischer Motive, sowie der »*nachvollziehbare subjektive Reflex, aus borniertem Nationalismus*« die eigene kulturelle Identität zu verteidigen. Den mangelhaft gebildeten Angeschuldigten könne ihre beschränkte Geschichtskenntnis nicht zum Vorwurf gemacht werden. Auch die unklare gesetzliche Regelung dürfe sich nicht zu Lasten der Adressaten auswirken. (*Neue Zürcher Zeitung*, 15.9.01, S. 14) Bei Holocaust-Revisionisten erfolgt die Argumentation genau anders herum.

Schweizer Raubgold: Ein Mythos kollabiert
Das Ergebnis der Untersuchungskommission über die ruhenden Schweizer Bankkonten sieht wie folgt aus:
– Nur etwa 200 der 5.500 Konten gehörte NS-Opfern;
– ihr Wert beträgt zusammen 22 Mio. DM;
– 97% aller Konten gehört Reichen, die ihr Konto vergaßen;
– 5% aller ruhenden Konten hatten mehr als SF 100.000;
– ca. 50% der ruhenden Konten hatten weniger als SF 1.000;
– ca. $^1/_3$ hatten weniger als SF 100. (*Times*, 13.10.01)
Und wann erhält die Schweiz ihr abgepreßtes Geld zurück?

3 Monate Haft für Amaudruz
Der Schweizer Revisionist Gaston-Armand Amaudruz muß drei Monate ins Gefängnis. Sein Strafurteil wegen Verbreitung seiner revisionistischen Schrift und dem Verkaufsangebot des Buches *Grundlagen zur Zeitgeschichte* wurde vom höchsten Schweizer Gericht bestätigt. (*AP*, 2.11.01, Vgl. *VffG* 2/00, S. 470)

Empörung über Goebbels-Satire
Das Züricher Ring Theater provozierte die Empörung der Schweizer Jüdischen Gemeinde mit einer Satire, basierend auf Gedichten, einem Roman und einem Tagebuch, die Goebbels in den früher 20ern als Literaturstudent

verfaßt hatte. Theaterdirektor Andre Steger, 44, habe die Grenzen der Satire testen wollen, was der Führer der Schweizer Juden Sigi Feigel, 80, »*geschmacklos*« nannte. (*Daily Telegraph*, 27.11.01)

Schweizer Revisionist Vogt verurteilt

Wegen 14 revisionistischer Sätze in der Nr. 17 seines Periodikums *Aurora* (Auflage: einige hundert Exemplare) wurde der Schweizer Revisionist Arthur Vogt in zweiter Instanz zu einer Strafe von SF 25.000 (ca. €15.000) verurteilt. Vogt wird beim Bundesgericht Revision einlegen.

Österreich: 2 Jahre Haft und Reiseverbot für Verleger

Wegen der Verbreitung von Gedankengut, das sich angeblich am Nationalsozialismus orientiere, wurde Robert Dürr vom Oberlandesgericht Wien am 7.8.01 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt, wovon 18 Monate auf Bewährung ausgesetzt wurden. Dürr wird unter anderem vorgeworfen, sich in seinem Periodikum *PNO-Nachrichten*, im Internet und mit seinem Buch *Das antifa-Handbuch* (vgl. *VffG* 2/97, S. 119, 1/99, S. 117) für das Selbstbestimmungsrecht der Österreicher eingesetzt sowie zur Schuld am Zweiten Weltkrieg verbotene Ansichten verbreitet zu haben.

Aufgrund der nun rechtskräftigen Verurteilung hat die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See am 19.9.01 beschieden, daß Robert Dürr der Reisepaß und der Personalausweis entzogen wird, um ihm eine Ausreise aus Österreich unmöglich zu machen (gemäß §14f. Paßgesetz). Angeblich stelle Dürr eine Bedrohung der inneren und äußeren Sicherheit Österreichs dar. (Az. 11/06-4185/9)

Taxifahrer wegen Aufkleber angeklagt

Weil er Aufkleber mit dem Slogan »*Wahrheit macht frei*« mit dem Hinweis auf die Website www.vho.org verbreitet hat, wird der Taxifahrer Danis Patrick Doyle wegen Volksverhetzung angeklagt. Er wurde von einem BGS-Beamten am Stuttgarter Flughafen beim Versuch ertappt, Aufkleber an einem öffentlichen Telefon anzubringen. Wir raten daher dringend, Aufkleber nur bei Nacht und Nebel oder in Abwesenheit Dritter anzubringen!

DM 22.500 Geldstrafe wegen privatem Brief

Der parteilose Stadtrat von Schweinfurt Dr. Roderich Sell sandte einen persönlichen Brief an einen Journalisten mit dem ausdrücklichen Hinweis, diesen nicht als Leserbrief zu veröffentlichen. Die Zeitung mißachtete diese Bitte und publizierte den Brief, in dem Dr. Sell ausführte, ein »*gesundes Volk*« wehre sich gegen eine »*Invasion*« unerwünschter Ausländer. Das daraufhin eingeleitete Strafverfahren wegen Volksverhetzung brachte dem Stadtrat eine Strafe von DM 22.500 ein. (*Frankfurter Rundschau*, 4.7.01)

Verbotene Internet-Links: LKA durchsucht Wohnungen

Weil der Deutsche Freundeskreis Schwaben auf seiner Internetseite Links zu anderen Seiten angebracht hatte, auf denen „Gedankenverbrechen" begangen werden, bekam der Freundeskreis Besuch vom Landeskriminalamtes in einem gegen acht Personen eingeleiteten Verfahren wegen Volksverhetzung. Sieben Wohnungen in Stuttgart, Winnenden, Weizheim sowie in den Landkreisen Freudenstadt und Würzburg wurden durchsucht, Schriften, CDs, Videokassetten, und Computer beschlagnahmt.

Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens zeigt dieses Beispiel, daß man möglicherweise seine berufliche und familiäre Existenz gefährdet, auch wenn man nur unwissend oder fahrlässig den Einblick in eine unerwünschte Veröffentlichung ermöglicht, – so wie im Unrechtssystem DDR Leute verfolgt wurden, die eine unerwünschte „West-Zeitung" weitergaben, die sie als Verpackungsmaterial in einem Geschenkpaket erhalten hatten. Die zunehmende Behinderung der Informationsfreiheit und Meinungsbildung mit Hilfe des Strafrechts erinnert stark an überwunden geglaubte Unrechtssysteme. (*DRSK* 9/01)

Pensionskürzung für politisch unbeugsamen Lehrer

Im Januar 1997 entfachte das *Hohenloher Tagblatt* eine Hetzkampagne gegen den Pädagogen Dr. phil. E. Huber (Crailsheim, vgl. *VffG* 1/97, S. 50). Beispiel einer Schlagzeile:

> *»In einer Schule wird seit Jahren Eigenwilliges zu Nazis und Juden verbreitet und niemand ist empört.«*

Bereits drei Tage nach Erscheinen dieses Artikels wurde der Lehrer vom Dienst suspendiert. Es folgte ein förmliches Disziplinarverfahren und Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, die sich bis zum Eintritt des regulären Ruhestandes des Beamten im August 2000 hinzogen.

Erst im Jahre 2001 (!) entschied die Disziplinarkammer nun, gegen den Ruhestandsbeamten »*wegen eines Dienstvergehens eine Ruhegehaltskürzung in Höhe von 5. v.H. für die Dauer von zwei Jahren*« zu verhängen.

Die Hauptvorwürfe gegen den Geschichtslehrer:

- die Verwendung des Buches *Die 2. babylonische Gefangenschaft* von Steffen Werner als Referatthema,
- die Formulierung »*Eroberung Siziliens durch die Amerikaner*« auf einem Arbeitsblatt des Lehrers zum 2. Weltkrieg (nach Ansicht des Oberschulamtes hätte es »*Befreiung Siziliens durch die Amerikaner*« heißen müssen),
- die Formulierung »*Es ist keine Frage, daß Hitler am 1. 9.1939 den unverzeihlichsten Fehler seiner außenpolitischen Laufbahn gemacht hat.*« Dies wurde als Rechtfertigung Hitlers gedeutet, weil der Gemaßregelte »*Fehler*« und nicht »*Verbrechen*« geschrieben habe.

In einer abschließenden Anhörung wurde der Pädagoge bedrängt, der Ansicht zuzustimmen, Hitler habe doch auch seine Mutter umgebracht. (Zur Erläuterung: Die damals hochschwangere Mutter des Pädagogen war am 28.1.1945 zusammen mit der Großmutter und der Urgroßmutter und seinen beiden kleinen Brüdern bei einem alliierten Luftangriff auf eine Wohnsiedlung bei Stuttgart umgekommen). Da Herr Dr. Huber nicht bereit war, dieser Interpretation des Verhandlungsvorsitzenden zum Tod seiner Familie zuzustimmen, erging das obengenannte Urteil der Pensionskürzung. Diese Bestrafung wegen unerwünschter Wortwahl weckt Erinnerungen an die Heilige Inquisition. (*DRSK* 9/01)

Offizielle Lügen: Nationalhymne verboten

Laut *Nürnberger Zeitung* vom 10.7.01 erklärte Ulrike Frowein als Sprecherin des bayerischen Innenministeriums zu Pressemeldungen, daß bei Burschenschaftstreffen die Nationalhymne mit allen ihren Strophen gesungen werde:

> *»Die ersten beiden Strophen des Deutschlandliedes sind verboten. Wer es trotzdem tut, setzt damit ein deutliches Zeichen, daß er sich von der Republik distanziert. Sofern man der Leute habhaft wird, werden Strafverfahren eingeleitet.«*

Natürlich ist das völliger Unsinn, aber ein bezeichnendes Beispiel für die „repressiven Mittel“, zu denen Bundesinnenminister Schily aufgerufen hat. Der DRsK e.V. hat gegen die Sprecherin des bayerischen Innenministeriums Strafanzeige erstattet wegen falscher Anschuldigung und Verfolgung Unschuldiger. (*DRSK* 9/01)

Oradour-Video in Frankreich verboten

Mit Verfügung vom 27.9.01 verbot der französische Innenminister den öffentlichen Vertrieb oder die öffentliche Vorführung bzw. Zugänglichmachung der revisionistischen Videokassette über die Tragödie von Oradour-sur-Glane – zum „Schutz“ der Jugend (*Journal de la Republiqe Franqise* , Nr. 15923, 10.10.01).

Strafverfahren gegen S. Verbeke

Wegen der Verbreitung der Broschüre *Eine deutsche Antwort auf die Goldhagen- und Spielberglügen* sowie eines Flugblattes hat nun auch die StA Düsseldorf ein Strafverfahren gegen Siegfried Verbeke eingeleitet, dem die Verantwortung für diese Schriften zugesprochen wird. Ein älteres Verfahren der StA München am LG München II hat bisher zu nichts geführt (vgl. *VffG* 3/98, S. 243).

Belgien säubert Büchereien

Wie in *VffG* 2/01 gemeldet (S. 239), hatte der belgische Kultusminister Bert Anciaux am 16. Mai 2001 zu einer Säuberung aller belgischen Büchereien von revisionistischen Schriften aufgerufen. Uns wurde nun mitgeteilt, daß diese öffentlich angeordnete, landesweite Büchervernichtung inzwischen durchgeführt wurde.

Dänemark: Skandal um Reichstagskandidat

Anders Baardseth Nielsen, 25 Jahre alter Student der Physik und Chemie, kandidierte kurzzeitig für die Fremskridtspartiet zur dänischen Parlamentswahl im November. Es war aber um seine Kandidatur geschehen, als der Inhalt seiner persönlichen Stellungnahme auf seiner Website bekannt wurde: Er sehe es als einen seiner Hauptpunkte an, »*festzustellen, daß es nie Gaskammern gegeben hat.*« Weiter schrieb er:

> *»Diese Lüge wurde von den Juden erfunden, um den Westen zu erpressen und um politische Gegner zu vernichten. Die Lüge wurde auch von Sozialisten gepflegt, um ihre eigene Position zu festigen und ihre Ideologie aufrecht zu erhalten.«*

Kanada: Homosexualitäts-Gegner zensiert

Weil Hugh Owens in der kanadischen Zeitung *Saskatoon StarPhoenix* eine Anzeige veröffentlichte, in der er seine auf der Bibel basierende Gegnerschaft zur Homosexualität ausdrückte, wurde er von der kanadischen „Menschenrechtskommission“ zu einer Geldstrafe von $1.500 verurteilt. Er wird das Urteil wahrscheinlich akzeptieren. (*The Report Newsmagazine*, 10.9.01)

Musik-Magazin in LA greift in Wespennest

Die *Rock City News* ist eine Musik-Zeitschrift aus Hollywood mit einer Auflage von 15.000 Exemplaren. In der Ausgabe vom 4. Oktober 2001 druckte das Heft einen Beitrag ab über die jüdische Dominanz der Filmindustrie in Hollywood – entnommen der Website des *Journal of Historical Review* (http://ihr.org/jhr/v17/v17n5p-2_Sindi.html). Und Dan Reines, bekennender Jude bei der Los Angeles Wochenzeitung *New Times*, schrie daraufhin natürlich sogleich »*gefährlicher Antisemitismus!*« Es wurden umgehend die üblichen Anrufe bei Firmen gemacht und sie wurden unter Druck gesetzt, in dem Musikblatt keine Anzeigen mehr zu schalten. (*New Times* 18-24.10.01) Womit bewiesen wäre, daß in Hollywood nicht nur die Filmindustrie kontrolliert wird.

FBI darf nun das Internet ausspionieren

Zwei Tage nach den Angriffen vom 11. September passierte das zuvor umstrittene Anti-Terror-Gesetz (Combating Terrorism Act of 2001) unbeanstanded den US-Senat. Demnach ist es dem FBI erlaubt, die Internetbenutzer auch ohne richterliche Anordnung mit Hilfe des Programms *Carnivore* abzuhören. (www.wired.com/news/politics/0,1283,46852,00.html)

Anti-Revisionismus-Gesetz in den USA

Aufgrund des Ersten Zusatzes zur US-Verfassung ist es den USA zwar nicht möglich, den Revisionismus zu zensieren. Um so mehr sorgen Lobbygruppen aber dafür, daß die übliche Holocaustpropaganda mit staatlichen Mitteln gefördert wird. Am 6.2.01 wurde mit der Kennung H.R.477 ein Gesetz in den US-Kongreß eingeführt, das die Mittel zur Förderung der Holocaust-Erziehung und zur Widerlegung revisionistischer »*Falschbehauptungen*« an US-Schulen aufstocken soll. Als Begründung für die Notwendigkeit wird angeführt:

> *»[…]Weltweit, einschließlich in den USA, verbreiten revisionistische Historiker und Holocaustleugner Ungenauigkeiten und Falschheiten über den Holocaust und erschweren es daher den Erziehern, die Schüler über den Holocaust zu belehren.«*

Dafür sollen jährlich 3 Mio. Dollar ausgegeben werde. Das Programm erfolgt in Koordination mit dem US-Holocaust-Museum in Washington.

Doug Collins verstorben

Douglas Collins, bekannt geworden durch seine revisionistischen Artikel in der westkanadischen Zeitung *North Shore News*, ist am 29.9.01 im Alter von 81 Jahren verstorben.

Der 1920 in England geborene Collins meldete sich beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges freiwillig zur britischen Armee und wurde 1940 als Unteroffizier in Dünkirchen von den Deutschen gefangengenommen. Während seiner Gefangenschaft in verschiedenen Lagern in Deutschland und Ungarn gelangen ihm nicht weniger als 10 Ausbrüche, der letzte davon 1944 aus Rumänien war erfolgreich. Er schloß sich erneut der britischen Armee an und kämpfte für sie bis zum Kriegsende. Zwischen 1946 und 1950 diente Collins als Geheimdienstoffizier im Rahmen des britischen Entnazifizierungsprogramms in Deutschland. 1952 wanderte er nach Kanada aus, wo er eine Karriere als Journalist begann, die zu mehreren Ehrungen und Büchern führte.

Zwischen 1983 und 1997 schrieb Collins eine beliebte, aber zugleich kontroverse Kolumne in den *North Shore News*. Weil er in einem seiner Artikel Spielbergs Film *Schindlers Liste* als »*Hollywood-Propaganda*« bezeichnet hatte (9.3.1994), wurde er anschließend über Jahre wegen »*Aufstachelung zum Haß*« vor verschiedene „Menschenrechtskommissionen“ Kanadas gezerrt und verurteilt (das Urteil ist immer noch in Berufung, vgl. *VffG* 2/99, S. 237).

Doug Collins habe das letzte Wort:

> *»Ich verteidigte die Freiheit in den 40ern, als Hitler die*

Gegend unsicher machte, in den 70ern, als die [kanadischen] *Haßgesetze erlassen wurden, und in den 90ern, als diese Idioten in Victoria das fehlbenannte Menschenrechtsgesetz erließen, und ich werde bis zu dem Tag für die Freiheit kämpfen, an dem ich sterbe.«*

Wolf Rüdiger Heß verstorben

Nach langem Nierenleiden ist der Sohn Rudolf Heß' am 24.10.01 verstorben. W.R. Heß setzte sich über Jahrzehnte dafür ein, die Umstände des Englandfluges seines Vaters 1941 aufzuklären sowie dessen Ermordung im Spandauer Gefängnis 1987 nachzuweisen und anerkannt zu bekommen. Der Sohn von Wolf Rüdiger Heß scheint die Fackel der Verteidigung seines Großvaters weitertragen zu wollen.

Polnischer Lagerkommandant vor Gericht

Czelaw Geborski, 76, nach dem Krieg Kommandant des Lagers Lamsdorf in Schlesien, in dem Tausende deutscher Gefangener umkamen, steht seit Juni 2001 in Oppeln vor Gericht wegen mehrfachen Mordes. Dies ist das erste Nachkriegsverfahren überhaupt wegen an Deutschen begangenen Kriegsverbrechen. Die Aussagen von Zeugen über die Zustände im Lager Lamsdorf unterbrach Geborski zornig:

»Es war wie ein Ferienlager! Sie hatten alle ihr eigenes Bett und drei bescheidene Mahlzeiten.« (*Calgary Herald*, 14.6.01)

Kann man 55 Jahre nach Kriegsende gegen die Verfolgung deutscher Greise sein, und zugleich die Verfolgung nichtdeutscher Greise gutheißen? Eine korrekte historische Aufklärung der Bevökerung Deutschlands und Polens – einschließlich daraus zu ziehender politischer Konsequenzen – wäre generalpräventiv sinnreicher als ein Exempel an einem Greis.

Holocaust-Überlebende gefunden

Nadia Larsen wuchs in Tel Aviv auf als Kind von Eltern, die keine Verwandten hatten. Vor elf Jahren jedoch machte sich Nadia auf und suchte in verschiedenen Akten und mit Hilfe von Rotkreuz-Suchdiensten nach den Wurzeln ihrer Mutter, und vor zwei Jahren begann sie mit der Suche nach der Familie ihres Vaters. Fünf Verwandte ihrer Mutter fand sie schließlich in Weißrußland, und Anfang September 2001 kam sie von einem Treffen mit 18 Mitgliedern der Familie ihres Vaters aus Polen zurück.

»Endlich habe ich eine Familie! Das fühlt sich großartig an. Ich weine immer noch.«

Laut US-Suchzentrum des Roten Kreuzes wurden in den USA bisher fast 1.000 Holocaust-Überlebende mit ihren Verwandten zusammengeführt. (*Arizona Daily Star*, 12.9.01)

Wenn alle 1.000 Überlebende je 20 Verwandte fanden, die sie vermißt oder umgekommen glaubten, heißt das dann, daß es 20.000 Holocaust-Opfer weniger gibt, und 20.000 glückliche, wiedervereinigte Menschen mehr? Und warum werden Menschen, die solche frohe Botschaften von ungezählten Massen Überlebender seit Jahrzehnten verkünden, in Deutschland in Gefängnisse gesperrt?

Sind 40% aller Juden Holocaust-Überlebende?

Seit Jahren versucht die jüdische Gemeinde Australiens, die revisionistische Website des Adelaide Institute zu zensieren (www.adelaideinstitute.org). Nachdem das Institut die Aufforderung durch die australische „Menschenrechtskommission" ignoriert hat, als anstößig empfundenes Material zu entfernen, hat die australische jüdische Gemeinde im April 2001 das australische Verfassungsgericht angerufen, die Entscheidung der Menschenrechtskommission durchzusetzen. Seit der Feststellung der „Menschenrechtskommission", daß die Wahrheit in ihren Verfahren keine Rolle spiele, hat Dr. Fredrick Toben sich geweigert, an deren Schauprozessen teilzunehmen. In ihrer Berichterstattung über diesen Fall meinte der *Jewish Chronicle* am 14.4.01:

»Etwa 40 Prozent der 120.000 Seelen starken australischen jüdischen Bevölkerung sind Holocaust-Überlebende.«

(http://www.thejc.com/News.asp?Page=3&Type=4&Record=10098)

Wenn diese Zahl auch nur annähern stimmt und nur annähernd repräsentativ ist für die Zusammensetzung der weltweiten jüdischen Bevölkerung, dann wären von den heute weltweit lebenden etwa 14 Mio. Juden etwa 5,6 Mio. Holocaust-Überlebende, was nach den üblichen Sterberaten hochgerechnet etwa 20-25 Mio. Holocaust-Überlebenden im Jahr 1945 entspricht. Kommentar überflüssig.

Stasi plünderte Gräber von NS-Opfern

1971 grub die Stasi die Leichen von 577 NS-Opfern aus, die in einem Massengrab in Lieberrose, einem Außenlager von Sachsenhausen, gefunden worden waren. Die Auswertung von Dokumenten im Besitz der Gauck-Behörde durch die Historikerin Andrea Weigelt ergab, daß die Stasi das Zahngold der exhumierten Opfer entfernte, etwas mehr als ein kg. (*Times/The Calgary Herald*, 3.10.01, S. A5)

»Wir Juden kontrollieren Amerika«

Während einer israelischen Kabinettsitzung, bei der Peres Sharon zum Einlenken auf diverse US-Forderungen drängte, reagierte Sharon wie folgt:

»Mach Dir keine Sorgen über den amerikanischen Druck auf Israel. Wir, das jüdische Volk, kontrollieren Amerika, und die Amerikaner wissen es.«

(Israelisches Radio *Kol Israel* /Palestinian Information Centre, 3.10.01; vgl. Taki, *New York Press*, 14(41), http://www.nypress.com/14/41/taki/taki.cfm)

Tagesfernsehen: noch ein Übel des Dritten Reichs

Die *Sunday Times* (26.8.01) konnte es nicht lassen: Eine Dokumentation im 4. Kanal des Britischen Fernsehens über Fernsehen im Dritten Reich mußte natürlich so übertitelt werden (wohl in einem Anflug schwarzen britischen Humors):

»Tageszeitfernsehen: Noch einen Horror, für den wir die Deutschen verantwortlich machen können«

Michael Kloft von *Spiegel TV* hatte diese Dokumentation über das schon in den 30er Jahren in Deutschland eingeführte Tagesfernsehprogramm angefertigt, das einen stark daran erinnert, wie es heute wieder ist – mit Feinschmeckerprogrammen, Sport, Nachrichten und Kleinkram-Dokumentationen. Allerdings – oh schreck –: Goebbels nutzte die Programme, um den deutschen Hausfrauen »*mit einem dunklen, schrecklichen Ton*« beizubringen, wie sie »*perfekte Nazi-Ehefrauen*« sein könnten (so Kloft).

Stand: 15.11.2001

Erratum

***VffG* 3/01,** S. 281, Bildunterschrift: Wie leicht anhand der Stahlhelme erkennbar, handelt es sich bei den beiden dargestellten Soldaten natürlich um deutsche Soldaten.